Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG Organisation für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 8/9/10
Juli 2000

Rot Front

Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 46)

- Voraussetzungen: Die Verbrechen des Nazifaschismus und ihre Bedeutung für die Linie der KPD/SED
- Kritische Einschätzung des KPD-Aufrufs vom 11. Juni 1945
- Hauptkettenglied Entnazifizierung – ein Prüfstein
- Gründung der SED – Verzicht auf Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus

Direktvertrieb über

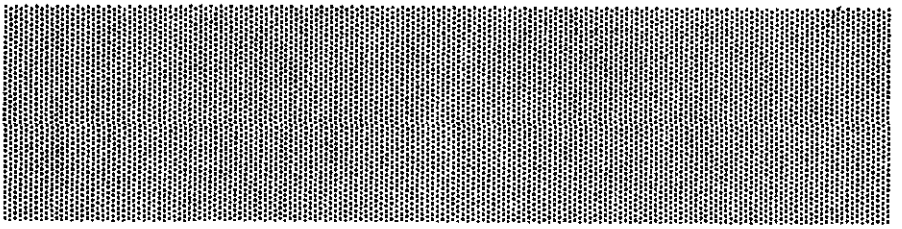
Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main, Telefax: 069/730920

und

Vertrieb für international Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

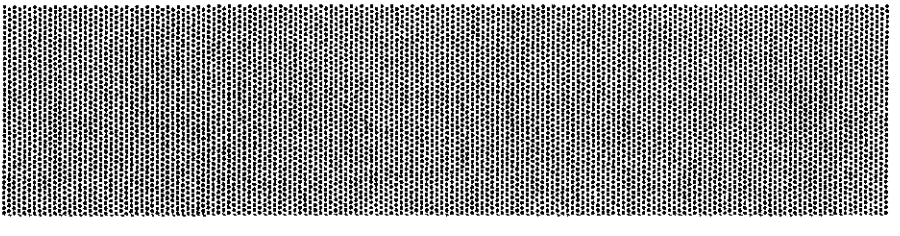
ISSN 16161-315X

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin



Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945–1946)

- **Teil A: Voraussetzungen: Die Verbrechen des Nazifaschismus und ihre Bedeutung für die Linie der KPD/SED**
- **Teil B: Kritische Einschätzung des KPD-Aufrufs vom 11. Juni 1945**
- **Teil C: Hauptkettenglied Entnazifizierung – ein Prüfstein**
- **Teil D: Gründung der SED – Verzicht auf Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus**



Editorial

Die folgende Dreifachnummer von „Rot Front" erscheint nicht nur eineinhalb Jahre nach der letzten „Rot Front", sondern auch noch zusätzlich zwei bis drei Monate zu spät.

Während die Vorbereitung zum politischen Kampf gegen den imperialistischen Rummel um „10 Jahre Einheit Deutschlands" viele praktische Kräfte bindet und gleichzeitig die nächste „Rot Front" für Dezember 2000 / Januar 2001 zum Thema „Die ersten 15 Jahre von Gegen die Strömung" in Vorbereitung ist, kostete die mehrfache Umarbeitung, Einarbeitung von Kritiken und Sichtung weiterer Literatur mehr Zeit als erwartet.

Die Form der nachfolgenden Arbeit ist auch aus Zeitdruck ungenügend, manchen Teilen merkt man noch den unzureichend überarbeiteten Manuskriptcharakter an – und es gibt Wiederholungen und Überschneidungen. Wichtiger als dieser Gesichtspunkt war es für uns, diese Arbeit hier abzuschließen und zur breiteren Diskussion zu stellen, um auf der Basis weiterer Kritiken und unserer weiteren Arbeit an der Analyse der SED später in überarbeiteter Form ein Buch zur Kritik der SED herausgeben zu können.

Im Moment bitten wir die Leserinnen und Leser, unsere Verspätung und teilweise unzureichende Endredigierung zu entschuldigen.

Redaktion von „Rot Front"

Hervorhebungen in Zitaten, soweit nicht als „Hervorhebung RF" gekennzeichnet, wie im Original

Quellenangaben enthalten den Titel im allgemeinen in Kurzform. Der vollständige Titel mit Ort, Jahr usw. ist in der Literaturliste enthalten.

Inhaltsübersicht

Statt einer Einleitung 9

Teil A: Voraussetzungen: Die Verbrechen des Nazifaschismus und ihre Bedeutung für die Linie der KPD/SED 33

I. Die Verbrechen des Nazifaschismus und deren Konsequenzen als Ausgangspunkt 38

II. Die Abkommen und Maßnahmen der Alliierten als Rahmenbedingung für den Kampf der KPD/SED 75

III. Grundlegende Anforderungen an die Theorie, Linie und Politik der KPD 110

Zusammenfassung 141

Teil B: Kritische Einschätzung des KPD-Aufrufs vom 11. Juni 1945 143

Der Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 1945 150

I. Richtige Positionen des Aufrufs des ZK der KPD 170

II. Kritik des Aufrufs des ZK der KPD 179

Zusammenfassung 203

Teil C: Hauptkettenglied Entnazifizierung – ein Prüfstein 205

I. Wichtige Ergebnisse der Entnazifizierung in der SBZ 212

II. Zunehmend Kompromisse mit den sogenannten „kleinen" Nazis 231

III. Weitere Prüfsteine im Kampf um das Hauptkettenglied 296

Teil D: Gründung der SED – Verzicht auf Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus 315

I. Ausgangspunkte der KPD für den Kampf um die Vereinigung 319

II. Die Vorbereitung der Vereinigung 329

III. Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED 387

Zusammenfassung 416

Gesamtzusammenfassung 419

Anmerkungen 429

Anhang 559

Personenregister 673

Literaturverzeichnis 677

Inhaltsverzeichnis 695

Statt einer Einleitung

Im April 1945 fand in Moskau eine wichtige Sitzung des Politbüros der KPdSU(B) mit den dort in der Emigration lebenden Genossen des ZK der KPD statt.[1] Originalprotokolle liegen uns nicht vor. Die nachfolgende, etwas gewagte literarische Wiedergabe dieser Sitzung bezieht ihre Substanz dennoch nicht nur aus der Phantasie, sondern aus dem Studium der verschiedenen Dokumente, Reden und Artikel der beteiligten Mitglieder der KPdSU(B) und der KPD. Es geht dabei nicht um Authentizität, sondern einzig und allein darum, angesichts der Fülle von durchzuarbeitenden Materialien und Zitaten die Leserinnen und Leser zunächst mit einigen Grundproblemen der damaligen Situation vertraut zu machen. (Redaktion „Rot Front".)

Genosse Stalin: Genossen der KPD, ich begrüße euch bei uns. Wir freuen uns, daß die Mitglieder des ZK der KPD, die bald nach Deutschland fliegen werden, um dort die politische Arbeit aufzunehmen, heute zu uns zur Diskussion ins Politbüro gekommen sind. In der jetzigen Situation, nachdem die militärische Niederlage der Nazis besiegelt ist, ist es sehr wichtig, daß wir die komplizierten Probleme des antinazistischen und kommunistischen Kampfes in Deutschland diskutieren.

Genosse Ulbricht:[2] Wir nutzen die Gelegenheit, um im Namen der KPD der Sowjetregierung, den Völkern der Sowjetunion, der KPdSU(B) und der Sowjetarmee für ihren heroischen Kampf gegen die Nazifaschisten unseren Dank auszusprechen. Wir wollen uns mit euch, Genossen, beraten, welche Punkte in einem zentralen Aufruf

---

[1] Vgl. Badstübner: „Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953", Berlin 1994, S. 50–53; Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 1, S.24

[2] Zur Biographie Ulbrichts siehe im Personenregister.

des ZK der KPD an die Parteimitglieder, an die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen enthalten sein sollten.

Genosse Stalin: Zur Sache. Zuerst sollten wir kurz die internationale Situation debattieren, die Entwicklung der wichtigsten Widersprüche des Imperialismus weltweit, um überhaupt verstehen zu können, was in Deutschland geschieht. Ich versuche einmal, ***den Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und den anderen Ausgebeuteten und dem Imperialismus in den imperialistischen Ländern und den Ländern Osteuropas,*** wie er sich gegenwärtig darstellt, zu charakterisieren.

In den meisten Ländern Europas, die von den Nazis überfallen wurden, gab es bewaffnete Kämpfe, Partisanenkämpfe. In Osteuropa, vor allem in Jugoslawien, Albanien, der Tschechoslowakei und Bulgarien haben sich bedeutende Massenkämpfe entwickelt, sind starke bewaffnete Kämpfe unter Führung der Kommunistischen Parteien dieser Länder entstanden. Dort war und ist die Sowjetarmee direkt oder indirekt ein entscheidender Faktor bei der Befreiung von den Nazis. In diesen Ländern wurden mit der Vertreibung der Naziarmeen und der SS auch die „eigenen" reaktionären bewaffneten Kräfte besiegt, die sich auf die Seite der Nazis gestellt hatten. Es besteht dort die Möglichkeit, über die Bildung einer antifaschistischen Regierung auf der Grundlage der bestehenden antinazistischen Einheitsfront, gestützt auf die bewaffneten antifaschistischen Kräfte, die demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauern zur errichten, um später zur Diktatur des Proletariats und zum Aufbau des Sozialismus überzugehen. Es besteht die reale Möglichkeit, daß die osteuropäischen Länder aus dem Lager des Imperialismus ausscheiden und ins antiimperialistische Lager übergehen.

Auch in Süd- und Westeuropa gab es in allen von den Nazis besetzten Ländern bewaffnete Kämpfe gegen die Nazi-Wehrmacht und die SS, wurde Widerstand gegen die Nazis geleistet. In Italien – dort gegen den „eigenen" Faschismus und ab 1943 im Norden Italiens auch gegen die Nazis –, in Frankreich und Griechenland waren es wirkliche Massenkämpfe unter Führung bzw. führender Mitwirkung der Arbeiterklasse und ihrer Parteien, der KP Frankreichs, der KP Italiens und der KP Griechenlands. Partisanenverbände wurden organisiert, die die Nazi-Wehrmacht und die SS bekämpften. Die KPF und die KPI sind Massenparteien. Es besteht die Hoffnung, daß beide mit schnellen Schritten, vielleicht über die Errichtung einer antifa-

schistischen Einheitsfrontregierung, auf die proletarische Revolution zugehen.

Doch auch in Ländern wie den Niederlanden, Dänemark, Belgien und Norwegen gab es Widerstand gegen die Nazis und in kleinerem Umfang auch Partisanenkämpfe. Die kleinen Kommunistischen Parteien dieser Länder waren daran führend beteiligt.

In England, einer imperialistischen Großmacht, Teilnehmer der Anti-Hitler-Koalition, hatten die Kommunisten einen schweren Stand. Sollten sie für die „Vaterlandsverteidigung" eintreten, für die Unterstützung des Krieges Englands gegen die Nazis an der Seite der Sowjetunion, oder was war die Alternative? Die Fehler gerade der Zeit zwischen 1939 und 1945 der KP Englands aufzuarbeiten, die im Zusammenhang mit Fehlern der gesamten Kommunistischen Internationale[3] entstanden sind, wird eine ganz besonders wichtige Aufgabe sein. Ähnlich ist die Situation für die KPUSA.

Die Kommunisten in Japan sind sehr schwach. Ihre Aufgabe besteht im Moment noch darin, alles für die Niederlage des japanischen Imperialismus zu tun. Nach dessen Niederlage müssen sie vorrangig die Aufgabe übernehmen, bei der Mehrheit des japanischen Volkes die tiefsitzende faschistische Ideologie zu bekämpfen. Aufgrund der Schwäche der KP Japans wird das nicht einfach sein.

Das sind kurz umrissen die wesentlichsten Merkmale der Situation in den wichtigsten imperialistischen Ländern – außer Deutschland – und Osteuropas, die für unsere Diskussion von besonderem Interesse sind.

---

[3] In der Zeit nach 1939, nach dem Abschluß des Nichtangriffspaktes der sozialistischen Sowjetunion mit Nazi-Deutschland bis zum Angriff der Nazis auf die Sowjetunion 1941 gab es einige falsche politische Einschätzungen innerhalb der kommunistischen Weltbewegung. Auch aufgrund der komplizierten internationalen Lage (Finnland führte mit Unterstützung Englands Krieg gegen die Sowjetunion, die Nazis unterbreiteten „Friedensangebote" etc.) wurde von führenden Mitgliedern der Kommunistischen Internationale und auch der KPD zeitweise England als „Hauptkriegstreiber" oder „reaktionärste Kraft der Welt" (Ulbricht) eingeschätzt („Die Welt" Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung", Nr. 6, 1940, S. 103). Diese Fehler selbstkritisch zu analysieren, ist noch eine anstehende Aufgabe.

Genosse Kalinin: Aufgrund des weltweiten Kampfes gegen den Nazifaschismus und den japanischen Faschismus kam es auch in vielen ***vom Imperialismus abhängigen Ländern zu einem revolutionären Aufschwung.***

In China hat der revolutionäre Befreiungskrieg unter Führung der KP Chinas im Kampf gegen den japanischen Imperialismus wichtige Siege errungen. Ich bin überzeugt, daß es nicht mehr lange dauern wird, bis der japanische Imperialismus vollständig aus China vertrieben und dann der Sieg auch über die „eigenen" herrschenden Ausbeuterklassen errungen sein wird.

Auch in Korea konnten mächtige Schläge gegen den japanischen Imperialismus geführt werden. Die koreanische Befreiungsbewegung erstarkt immer weiter.

In vielen anderen Ländern Asiens sind Kommunistische Parteien entstanden, erstarkt und zu einer wichtigen Kraft in den nationalen Befreiungskämpfen geworden, die das weltweite Kolonialsystem des Imperialismus erschüttern, was eine nicht unerhebliche Schwächung des Weltimperialismus bedeutet.

Genosse Shdanow: Kommen wir nun zu den ***zwischenimperialistischen Widersprüchen.*** Während des Zweiten Weltkrieges konnten wir die Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Ländern, den USA, Englands und Frankreichs sowie Deutschlands, Japans und Italiens ausnutzen, um unsere Positionen zu stärken, zum Beispiel durch den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit dem nazistischen Deutschland, der uns eine Atempause für die mit aller Kraft zu leistende Vorbereitung auf den Krieg ermöglichte. Es ist uns sogar gelungen, daß die USA und England – sowie jetzt auch Frankreich – allesamt imperialistische Mächte, einen Kompromiß mit uns eingehen und an unserer Seite gegen den deutschen, italienischen und japanischen Imperialismus kämpfen mußten. Die Ausnutzung dieser Widersprüche hat den Sieg über den Nazifaschismus erleichtert Wir müssen auch weiterhin versuchen, jegliche Widersprüche aufgrund der internationalen Situation zu nutzen, welche die USA, England und Frankreich dazu zwingen, mit uns bei der Vernichtung des Nazismus zusammenzuarbeiten. Doch wie wird sich diese Zusammenarbeit in der Zukunft gestalten? Das ist eine entscheidende Frage.

Genosse Ulbricht: Wir gehen davon aus, daß die Zusammenarbeit noch lange anhalten und ein wichtiger Faktor für unseren Kampf sein wird.

Genosse Stalin: Vorübergehend wird es sicher ein wichtiger Faktor sein. Unter dem Druck des weltweiten bewaffneten Kampfes gegen Nazi-Deutschland haben wir 1943 in Teheran und 1945 auf Jalta[4] gemeinsam mit den westlichen Alliierten wichtige Beschlüsse gegen die Nazis gefaßt. Das ist eine Tatsache. Bis jetzt ist der Haß der Völker auf Nazi-Deutschland zu groß, zu mächtig ist der Druck der Völker auf die imperialistischen Oberhäupter der USA und Englands, so daß sie es sich gegenwärtig nicht leisten können, die Zusammenarbeit aufzugeben. Das hat die Analyse der internationalen Situation gezeigt. Vor allem deshalb müssen die USA und England noch eine Zeitlang ihre Abkommen mit uns einhalten und erfüllen, vor allem deshalb werden wir sie zwingen können, noch weitere Abkommen einzugehen, weitere Maßnahmen gegen Nazi-Deutschland durchzuführen.

Sicher ist aber auch, daß die USA, England und Frankreich nicht über Nacht zu Schafen geworden sind, sondern imperialistische Wölfe bleiben. Das mußt du bedenken, Genosse Ulbricht, und auch die Genossen der KPF[5] sollten das nicht übersehen. Das bedeutet, daß die

---

[4] In Teheran fand Ende November 1943 die erste große Konferenz der Anti-Hitler-Koalition statt. Dort wurden hauptsächlich militärische Fragen des Kampfes gegen Nazi-Deutschland debattiert und entsprechende Beschlüsse festgelegt. In Jalta, im Februar 1945, ging es hauptsächlich um die Politik der Anti-Hitler-Koalition gegenüber Nazi-Deutschland nach der militärischen Niederlage. Dort wurden die meisten wichtigen Maßnahmen auf ökonomischem, politischem und ideologischen Gebiet gegenüber Nazi-Deutschland schon grundlegend festgelegt, die dann auf der Potsdamer Konferenz Ende Juli, Anfang August 1945 konkretisiert wurden.

[5] Dies ist eine Anspielung auf Äußerungen von Thorez, Generalsekretär der KP Frankreichs, der davon ausging, daß mit den westlichen Alliierten ein dauerhaften Frieden möglich sei. Es war richtig, die rasche Sprengung der Anti-Hitler-Koalition zur verhindern und in diese Richtung Druck auszuüben. Aber dies durfte nicht mit falschen Argumenten geschehen, die Genossinnen und Genossen durften nicht der Illusion aufsitzen, daß diese Zusammenarbeit auf lange Dauer bestehen bleiben kann. Bei Thorez heißt es noch 1947: „Wir prangern jene Abenteurer an, die auf unvermeidliche Differenzen zwischen den verbündeten Großmächten spekulieren und für die die Welt bereits endgültig in zwei große gegensätzliche Lager

Fortsetzung nächste Seite

Imperialisten früher oder später die mit uns abgeschlossenen Abkommen brechen, immer mehr zum offenen Kampf gegen uns übergehen werden. Denn wir sind ja schließlich ihr Todfeind, der für ihre Vernichtung kämpft – und sie sind unser Todfeind, sie wollen uns vernichten. Darauf unbedingt vorbereitet zu sein, um keine Überraschungen zu erleben und keine Illusionen über die imperialistischen Teilnehmer der Anti-Hitler-Koalition zu schüren, die den antinazistischen und kommunistischen Kampf nur lähmen würden – das ist die Aufgabe. Am Beispiel Griechenland wird es ganz deutlich: Die englischen Imperialisten wollen die kommunistisch geführten bewaffneten Kräfte entwaffnen, um ihre monarchistisch-reaktionären Freunde an die Macht zu bringen. Schon jetzt schrecken sie nicht davor zurück, dieses Ziel mit Waffengewalt durchzusetzen, wie im Dezember 1944 geschehen.[6]

Genosse Molotow: Wir sollten auch kurz über ***die Lage des besiegten imperialistischen Deutschlands und des vor der militärischen Niederlage stehenden imperialistischen Japan*** in den nächsten Wochen und Monaten reden. Im Augenblick liegen sie geschlagen am Boden. Ihre Armeen sind zerschlagen oder werden gerade zerschlagen, aber vor allem ihre ökonomische Macht ist noch nicht vollständig gebrochen, ihre internationalen Verbindungen sind nach wie vor eine Waffe, um ihre Macht wieder zu stärken. Deshalb besteht die Gefahr, daß sich beide wiederaufrichten, gegen ihre imperialistischen Konkurrenten, aber auch mit Hilfe der USA oder Englands, indem sie sich als „Bollwerk gegen den Kommunismus" anbieten.

Genosse Stalin: Vor allem der deutsche Imperialismus hat ja bewiesen, daß er in kürzester Frist in der Lage ist, seine alte Macht wiederherzustellen – wenn er nicht vollständig vernichtet wird. Diese Fähigkeit hat er nicht verloren. Das zeigt auch die Tatsache, daß die

---

Fortsetzung der Fußnote

gespalten ist..." (Thorez: „Ausgewählte Reden und Schriften 1933–1960", Berlin 1962, S. 439)

[6] 1944 wurden englische Truppen zur Verteidigung der griechischen monarchistischen Regierung eingesetzt. Sie führten zusammen mit den reaktionären Truppen der monarchistischen Regierung einen mehrwöchigen bewaffneten Kampf gegen die griechischen antifaschistischen Kämpferinnen und Kämpfer.

deutschen Imperialisten immer noch versuchen, die Anti-Hitler-Koalition zu sprengen, um den Krieg gegen die Sowjetunion zusammen mit den USA und England weiterführen zu können. Nach wie vor versuchen die deutschen Imperialisten mit großer Kraftanstrengung alles, um möglichst schnell wieder ihre alte Macht und Herrlichkeit zu erlangen. Das ist eine ganz große Gefahr, die wir mit aller Kraft bekämpfen müssen. Das muß vor allem den Genossinnen und Genossen der KPD, aber auch der Sowjetarmee bewußt sein.

Genosse Shdanow: Kommen wir zur ***besonderen Situation in Deutschland.*** Die Sowjetarmee wird in einem Teil Deutschlands die militärische Macht übernehmen. Es ist klar, daß wir nicht als Eroberer kommen, sondern weil wir die Nazi-Bestie bis in ihre Höhle verfolgen und in Deutschland erledigen müssen. Andere Teile Deutschlands werden von den imperialistischen Armeen der USA und Englands besetzt. Die Befreiung vom Nazifaschismus wird von außen geschehen, durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition. Unsere Einschätzung von 1941 und 1942, daß das deutsche Volk gegen die Nazifaschisten kämpfen, ja bewaffnet kämpfen, sich selbst befreien werde, traf leider nicht zu.[7] Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung

---

[7] Siehe dazu die Ausführungen von Genosse Stalin:

„Mehr als zwei Jahre eines blutigen Krieges, dessen Ende noch nicht abzusehen ist; Millionen geopferte Menschen, Hunger, Verelendung, Epidemien; ringsum eine deutschfeindliche Atmosphäre; Hitlers dumme Politik, die die Völker der UdSSR zu geschworenen Feinden des heutigen Deutschlands gemacht hat, – all das mußte unbedingt im deutschen Volk zu einer Wendung gegen den unnötigen und verheerenden Krieg führen. Nur die hitlerschen Narren können nicht begreifen, daß nicht nur das europäische Hinterland, sondern auch das deutsche Hinterland der deutschen Truppen einen Vulkan darstellt, bereit auszubrechen und die hitlerschen Abenteurer zu begraben.
(Stalin: „Der 24. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution", 1941, Werke Band 14, S. 255/256)

„Der Krieg hat dem deutschen Volk große Enttäuschungen, Millionen von Menschenopfern, Hunger und Verelendung gebracht. Das Ende des Krieges ist nicht abzusehen, die Menschenreserven aber gehen zu Ende, das Erdöl geht zu Ende, die Rohstoffe gehen zu Ende. Im deutschen Volk reift immer mehr die Erkenntnis heran, daß die Niederlage Deutschlands unvermeidbar ist. Für das deutsche Volk wird es immer klarer, daß der einzige Ausweg aus der geschaffenen Lage darin besteht, Deutschland von der Abenteurerclique Hitler-Göring zu befreien."
(Stalin: „Befehl des Volkskommissars für Verteidigung Nr. 130", 1. Mai 1942, Werke Band 14, S. 272).

stand zwischen 1933 und 1945 auf der Seite der Nazis oder leistete keinen Widerstand gegen die Nazis. Unser Empfang in Deutschland wird ein anderer sein als zum Beispiel in der Tschechoslowakei. Wir werden in Berlin um jedes Haus kämpfen müssen, wir sind schon froh, wenn einige Kleinstädte und Dörfer in Deutschland nach Abzug der Nazi-Wehrmacht rasch kapitulieren werden. Doch in vielen Teilen Deutschlands folgen die Nazis ihrem „Führer" immer noch in den Tod. Die Macht der Nazi-Ideologie in der deutschen Bevölkerung ist immer noch ungeheuer groß. Das haben wir vor allem bei den gefangenen Soldaten der Nazi-Wehrmacht gesehen. Die Mehrheit der Deutschen sind zuerst Deutsche, dann Menschen.

Genosse Stalin: Das trifft zwar den Kern, aber so solltest du dennoch nicht formulieren.

Genosse Shdanow: Die Formulierung[8] mag überspitzt sein, jedenfalls ist die Arbeit des NKFD in der Sowjetunion[9] ein gewichtiges Indiz, welche schwierige Arbeit auf die KPD zukommt. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung wird auch nach dem militärischen Sieg über den Nazifaschismus mit der Nazi-Ideologie verseucht sein.

---

[8] In der Formulierung klingen auch Äußerungen von Marx und Engels an, die sie in ihrer scharfen Polemik gegen die deutsche Ideologie verwendet haben. Vgl. zum Beispiel Marx' „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie", wo er in der Einleitung schreibt:

„Wie die Philosophie im Proletariat ihre *materiellen*, so findet das Proletariat in der Philosophie seine *geistigen* Waffen, und sobald der Blitz des Gedankens gründlich in diesen naiven Volksboden eingeschlagen ist, wird sich die Emanzipation der *Deutschen* zu *Menschen* vollziehn."
(Marx: „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung", 1844, Marx/Engels Werke, Band 1, S. 391)

[9] NKFD ist die Abkürzung für das Nationalkomitee Freies Deutschland, das aus dem Bund Deutscher Offiziere, einem Zusammenschluß von deutschen Offizieren in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, hervorgegangen ist. Danach entstanden auch in einigen westlichen Ländern ähnliche Nationalkomitees, die für die Niederlage des Nazifaschismus kämpften. Das NKFD in der Sowjetunion, in dem auch deutsche Kommunisten mitarbeiteten, versuchte hauptsächlich – zusammen mit sowjetischen Kommunisten – unter gefangenen deutschen Soldaten, aber auch direkt an der Front zu arbeiten, um die Wehrmachtssoldaten zur Abkehr von der Nazi-Ideologie zu bewegen. Dabei wurden jedoch nur geringe Erfolge erzielt.

Der Nazifaschismus hat tiefe Wurzeln in der deutschen Bevölkerung geschlagen: 8,5 Millionen Mitglieder der Nazi-Partei, allein über eine Million SS-Mitglieder, die riesigen Wahlerfolge der Nazis etc. zeigen dies überdeutlich.

An zwei Punkten ist das unübersehbar zu erkennen:

Ein wichtiger Punkt der Nazi-Propaganda war die massive Verbreitung der Lüge, daß die Anti-Hitler-Koalition „Deutschland verwüsten, zerstören wolle". Bei diese Nazi-Hetze stand der Appell an die niedrigsten Beweggründe der deutschen Bevölkerung im Vordergrund, um sie immer enger an die Nazis zu ketten. Nach dem vollständigen Sieg über Nazi-Deutschland wird diese Propaganda nahtlos fortgesetzt werden und mit der Behauptung verstärkt werden, daß Deutschland aufgrund des „alliierten Terrors" ein „einziges Trümmerfeld", eine „Trümmerwüste" sei etc. Der nazistische Räuber Deutschland soll damit als „Opfer" hingestellt werden – das ist der Kern. Auch diese Nazi-Lüge hat sich tief in das Bewußtsein der deutschen Bevölkerung eingeprägt, die sich ebenfalls als „Opfer" versteht und keinesfalls als mitschuldig an den Nazi-Verbrechen.

Der zweite Punkt betrifft die Hetze gegen die „marodierenden Zwangsarbeiter", die aus allen Teilen der deutschen Bevölkerung kommt. Die KPD ist gefordert, mit den Zwangs- und Sklavenarbeitern, die mit einer zutiefst feindlichen deutschen Bevölkerung konfrontiert waren, maximale Solidarität auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus zu üben, jegliche Hetze zu bekämpfen und gemeinsam in einer Front mit ihnen für das Hauptkettenglied Entnazifizierung zu kämpfen.

Widerstand gegen die Nazis gab es auch in Deutschland. An erster Stelle muß man die deutschen Kommunisten nennen, die einen heroischen Kampf in den Nazi-KZs, in Deutschland selbst und auch auf der Seite anderer Völker gegen die Nazis leisteten, obwohl ihre organisatorischen Strukturen fast vollständig zerschlagen wurden. Jedoch konnte die KPD zwischen 1933 und 1945 – trotz 300000 Mitgliedern und 6 Millionen Wählern 1933 – keine größere Massenaktion und vor allem keine nennenswerten militärischen Aktionen gegen die Nazis initiieren und leiten.

Genosse Stalin: An dieser Stelle möchte ich etwas ausholen, denn ich habe in den Gesprächen mit Genossinnen und Genossen der KPD immer wieder ein grundlegendes Problem bemerkt, das sehr tief geht.

Gerade die Kader der KPD, die in Deutschland kämpften, haben sich zwangsläufig immer wieder, je schlimmer es mit dem Einfluß der Nazis wurde, gefragt: Wofür, für wen kämpfe ich denn eigentlich? Und ebenfalls zwangsläufig wurde klarer, daß die Genossinnen und Genossen durchgehalten haben, die sich als proletarische Internationalisten verstanden, die wußten, daß sie zwar aktuell isoliert sind innerhalb der deutschen Arbeiterklasse, aber einig mit allen kämpfenden Völkern, die vom Nazifaschismus überfallen, beraubt und gemordet wurden.

Erlaubt mir, auf die Situation in Deutschland durch den Vergleich mit den Kadern in anderen Ländern einzugehen: Gewiß waren die Kader der KPI und der KPF zunächst auch weitgehend isoliert. Glaubt doch nicht, daß es in diesen Ländern nur ein einheitliches heroisches Volk gegeben habe und daß es keine Kollaborateure und Faschisten gegeben hätte – ein sehr unerfreuliches Kapitel, das noch geschrieben werden muß. Übrigens auch über die Kollaborateure, die es unter den Völkern der Sowjetunion auch gab.

Aber – und dies ist sehr wichtig für das Verständnis der Problematik der Politik der KPD heute – die Kader der Kommunistischen Parteien dieser Länder spürten, daß sie immer mit den Besten der eigenen Klasse, mit einer immer stärker werdenden antinazistischen Strömung in allen Teilen der Bevölkerung verbunden waren, die zum Aufstand, zum Sieg drängte. Schließlich stand die Kommunistische Partei in den Monaten des Sieges über die Nazis an der Spitze der antinazistischen Bewegung, als auch die Ängstlichen und Schwachen, die Schwankenden und die Opportunisten angeblich „schon immer gegen die Nazis" waren. Wie dem auch sei, die Arbeit hatte großen Erfolg, die Kräfte sind gewachsen und wachsen weiter. Die Kommunistischen Parteien haben dort im Kern erfolgreiche Arbeit geleistet.

Wie aber ist demgegenüber die Lage der Kader der KPD? Eigentlich muß ich jetzt gar nichts mehr sagen. Bitte versteht, was ich sage, keinesfalls als eine Herabsetzung eurer Kader. Das Gegenteil ist der Fall. Eure Kader sind heute nicht in der Lage, nachdem sie oft 12 Jahre in den KZs von 1933 bis 1945 inhaftiert waren und dort gekämpft haben, direkt und unmittelbar sagen zu können: ***Wir*** haben gesiegt. Sie haben durchgehalten, gesiegt hat aber ganz und gar nicht die Arbeiterklasse in Deutschland. Die Kämpfe um Berlin werden zeigen, daß diese einstige Hochburg der KPD von den Nazis zu ihrer

zentralen Festung ausgebaut wurde. Wir glauben längst nicht mehr an einen Aufstand.

Und die Schlußfolgerung? Da muß ich leider etwas allgemein werden, fast philosophisch, denn konkret politisch wird es ungeheuer schwer werden, und wer kurzfristig denkt, sollte einpacken und nach Hause gehen.

Kurzfristig beweisen unsere unwiderlegbaren Erfahrungen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes Feinde oder zumindest Leute sind, denen wir ganz und gar nicht trauen können. Wir verlassen uns auf unsere Kader, auf unsere Armee und auf die wenigen Kader von euch. Wir verlassen uns nicht auf die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse. Da haben wir keine Illusionen, da dürft auch ihr keine Illusionen haben. Aber kann man so Politik machen? Man muß. Man muß und man kann, und zwar aus folgendem Grund: Wir Kommunisten denken prinzipiell in erster Linie langfristig und nicht tagespolitisch. Das ist unser Ausgangspunkt. Daraus folgt, daß es bei der KPD Kader geben wird, die sich angesichts des heutigen Zustands der Arbeiterklasse angeekelt abwenden und jede politische Arbeit unter dieser mit Nazi-Ideologie vergifteten Masse ablehnen. Es werden nicht die Schlechtesten sein, die auf diese Weise mit scheinbar gutem Grund kapitulieren werden. Sie kapitulieren vor der großen und langfristigen Aufgabe, die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse für die Ideale von Marx und Engels zu gewinnen, sie aufzuklären und für den Kampf neu zu organisieren. Sie kapitulieren, weil sie die Größe der Aufgabe sehen und davor zurückschrecken. Kämpft um diese Genossinnen und Genossen, macht ihnen klar, daß sie die aktuelle Lage richtig sehen, aber wie Opportunisten nur kurzfristige Erfolge akzeptieren, und nicht, wie es sich für Bolschewiki ziemt, auf lange Sicht denken und handeln. Kämpft um sie und lernt von ihnen, keine Illusionen darüber zu haben, daß ihr rasch die Mehrheit der Arbeiterklasse gewinnen könnt.

Genosse Ulbricht: Mir erscheinen die Ausführungen des Genossen Stalin sehr wichtig, da ich gerade im Gespräch mit Kadern der KPD genau diese Beobachtung gemacht habe. Aber man kann die Mehrheit der Arbeiterklasse nicht gewinnen, indem man sie einfach beschimpft.

Genosse Stalin: Aber solche scheinbar „linken" Abweichungen von Kadern, die ihre Erschöpfung und ihre Kraftlosigkeit durch La-

mentieren über den Zustand der deutschen Arbeiterklasse verdecken und ihre Kapitulation als vernünftig erscheinen lassen wollen, das ist nur die eine Seite und bei weitem nicht die wichtigere. Diese Abweichung kann ja in der Tagespolitik gar keinen Erfolg haben und Einfluß gewinnen – die eigentliche Gefahr liegt darin, daß wertvolle Kader zu Kapitulanten werden.

Die weitaus größere Gefahr ist, daß die KPD zunächst guten Mutes prinzipienfest beginnt, sehr klar das taktische Hauptkettenglied Entnazifizierung anpackt, das langfristige kommunistische Programm entwickelt, die Schwächen der Sozialdemokratie geschickt aufgreift, um die Auflösung dieser konterrevolutionären Partei zu Ende zu führen, zumindest in der von uns besetzten Zone, dann aber spürt, zunächst an dieser Stelle, dann an jener, bei dieser Frage und auf jenem Gebiet, daß die KPD doch schneller Erfolge hat, wenn sie ein paar Zugeständnisse mehr macht. Sicher, das eine oder andere Zugeständnis muß man machen, aber welche, wie weit sollen sie gehen und wie viele? Der unmittelbare Erfolg wird einer rechtsopportunistischen Anbiederei an die Atmosphäre des deutschen Nationalismus scheinbar recht geben, die kleine oder größere Revision und Revidierung unser kommunistischen Prinzipien scheint sich mit kleiner Münze im Tagesgeschäft auszuzahlen – aber dies wäre ein äußerst trügerischer „Erfolg" mit langfristig verheerenden Folgen.

Diese Abweichung ist ganz gewiß die Hauptgefahr, konkret aufgedeckt und bekämpft werden kann sie nur von den Kadern der KPD selbst.

Ein weiterer zentraler Punkt ist vor allem die Frage der Mitschuld und der Reparationen.

Genosse Molotow: Das ist vielleicht sogar der wichtigste Punkt unserer Diskussion überhaupt.

Genosse Ulbricht: Inwiefern?

Genosse Shdanow: Ihr werdet erleben, wie im Zusammenhang mit der Schuldfrage von Dummen und Demagogen alles durcheinandergewirbelt wird. Wir hatten in den befreiten Gebieten der Sowjetunion schon einige Prozesse. Einige Angeklagte bedienten sich zu ihrer Verteidigung der Versatzstücke aus unserer Propaganda. Zu ihrer Verteidigung erklärten sie, daß doch das ganze deutsche Volk schuldig sei, nicht sie allein hätten ja den Krieg begonnen. Sich noch

schlauer dünkende erklärten uns gar, daß ja der Kapitalismus schuld sei, das ganze System, nicht der einzelne, das müßten wir als Marxisten doch wissen. Ich habe gut behalten, wie ein Genosse Volksrichter darauf antwortete. Er sagte: Für das ganze deutsche Volk ist die künftige Konferenz der siegreichen alliierten Mächte zuständig, für den Kapitalismus als System die sozialistische Revolution, für einzelne Verbrecher, wie ihr es seid, aber sind Richter wie ich zuständig.

Genosse Kalinin: Genosse Shdanow will klarmachen, daß in der Propaganda sehr genau klar sein muß, worüber man spricht. Bei diesen drei Ebenen – Kapitalismus, deutsches Volk und einzelne Personen – müssen wir aufpassen, daß diese Ebenen nicht unter den Hand gewechselt werden. Wir dürfen auf keine Ebene verzichten, weil Demagogen das durcheinanderbringen. Die Nazi-Verbrechen sind von Einzelnen in riesiger Zahl begangen worden, dies ist aufzuklären und in jedem Fall abzuurteilen. Das deutsche Volk, die deutsche Bevölkerung als Ganzes, hat seine Schuld und Verantwortung, und dies wird sich an der Frage der Reparationen festmachen. Die konterrevolutionären und reaktionären Elemente der deutschen Geschichte in ihrer ganzen Breite seit der Niederlage der Bauernkriege haben hier ihre Bedeutung. Die tiefsten Ursachen des Nazifaschismus, seine Wurzeln liegen im System des Kapitalismus. Der Nazifaschismus ist eine Ausgeburt des Imperialismus. Das alles muß sehr genau klargemacht und unterschieden werden, auf keine einzige dieser drei Ebenen darf verzichtet werden.

Genosse Shdanow: Die deutsche Bevölkerung hat eine riesengroße Mitschuld an den Naziverbrechen auf sich geladen. Sie ist mitschuldig an den bisher größten Verbrechen in der Geschichte, der systematischen, fabrikmäßig industriell durchgeführten Vernichtung der jüdischen Bevölkerung und der „Zigeuner" in eigens dafür erbauten Todesfabriken wie in Majdanek-Lublin oder Auschwitz-Birkenau, an der Ermordung von Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, an Millionen Sowjetbürgerinnen und -bürgern und insgesamt am Krieg gegen die Sowjetunion. Sicherlich sind die verschiedenen Schichten unterschiedlich belastet. Das unterschiedliche Ausmaß der Schuld müßt ihr genauestens herausarbeiten, um keine Fehler bei der Politik gegenüber den verschiedenen Teilen der deutschen Bevölkerung zu begehen.

Nicht vergessen dürft ihr die Fehler der KPD von 1918 bis 1945. Doch dazu später. Das ist alles notwendig, um größtmöglichen Aus-

gleich für die Naziverbrechen leisten zu können. Langfristig noch wichtiger ist die Verankerung der Notwendigkeit der Reparationen im Bewußtsein der Ausgebeuteten.

Die in Jalta Anfang 1945 von der Anti-Hitler-Koalition festgelegten Beschlüsse in bezug auf Deutschland, die demnächst in Berlin bzw. Potsdam konkretisiert werden, sind – wie bekannt – grob skizziert folgende:

Jeder Widerstand der Nazis in ganz Deutschland ist zu brechen. Alle Nazi-Verbrecher sind zu bestrafen, die großen, aber auch die angeblich „kleinen", die zwei oder drei Menschen denunziert und an die Gestapo ausgeliefert haben. Ganz entscheidend wird auch die Entfernung aller aktiven Nazis aus dem Staatsapparat in Deutschland sein. Die Abrechnung mit der Nazi-Diktatur muß durch die Aufklärung über den Umfang und die Bestialität der Nazi-Verbrechen an anderen Völkern, über die Mitschuld der deutschen Bevölkerung an diesen Verbrechen an Ehrlichkeit und Kraft gewinnen.

Keine Teilung Deutschlands. Gegen die deutschen Revanchisten muß die Oder-Neiße-Grenze, die neue Westgrenze Polens, verteidigt werden, die Umsiedlung deutscher Bevölkerung vor allem aus Polen muß weiter durchgeführt werden. Die Bedeutung der Frage der Reparationen haben wir weiter oben schon diskutiert.

Ob es rasch zur Verwirklichung dieser Aufgaben kommt, ob rasch ein Friedensvertrag ausgehandelt werden kann – all das ist unklar. Wir sollten uns lieber auf eine längere als auf eine kürzere Zeit einstellen, in der die sowjetische Armee in Deutschland bleiben muß. Es wird sicherlich um Jahre gehen.

Doch nur auf der Basis der Umsetzung dieser Beschlüsse ist auch die Errichtung eines wirklich antifaschistischen deutschen Staates möglich, der auf der Unterstützung der Mehrheit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, auf die Unterstützung der antinazistisch eingestellten Völker rechnen kann.

Genosse Pieck [10]***:*** Da wären wir bei einem anderen wichtigen Punkt. Im von den imperialistischen Armeen besetzten Teil Deutschlands werden die Kommunisten es schwer haben, am dort entstehen-

---

[10] Zur Biografie Piecks siehe im Personenregister.

den Staatsapparat beteiligt zu werden. Die imperialistischen Mächte USA und England in Zusammenarbeit mit der deutschen Reaktion werden alles daran setzen, einen reaktionären Apparat zu errichten – ohne Beteiligung der Kommunisten. Die Umsetzung der oben genannten Beschlüsse wird dort sehr schwierig sein.

Im von der sowjetischen Armee besetzten Teil Deutschlands wird eine ganz andere Situation sein. Dort werden die deutschen Kommunisten am entstehenden antifaschistischen Staat beteiligt werden. Das ist klar. Das Problem dabei ist, daß es sich dabei um einen Staat handeln wird, der sich zumindest die ersten Jahre nicht auf die Mehrheit der Werktätigen stützen kann, sondern hauptsächlich auf die Sowjetarmee stützen muß. So etwas hat es bisher noch nicht gegeben. Auch auf dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935 sind wir noch davon ausgegangen, daß eine antifaschistische Regierung, die ähnliche Funktionen wie unser zu schaffender Staat gehabt hätte, nur mit Unterstützung der Mehrheit der Arbeiterklasse bestehen kann. Es ist die Frage, ob so ein Staat, wie er entstehen soll, überhaupt Bestand haben kann.

Genosse Stalin: Das ist in der Tat ein wichtiges Problem. Das ist eine ganz neue und besondere Situation, die so noch nie dagewesen ist. Die Diskussionen auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale über Formen des Herankommens an die proletarische Revolution, insbesondere über die Errichtung einer Einheitsfrontregierung, müßt ihr auswerten. Theoretische Arbeiten darüber sind bis jetzt jedoch nicht vorhanden.

Doch ich denke, daß so ein Staat Bestand haben kann, wenn die KPD und auch die Sowjetarmee eine richtige Politik machen. Folgendes ist klar: Die Errichtung der Diktatur des Proletariats, der Aufbau des Sozialismus ist unmöglich, ohne die Mehrheit der Arbeiterklasse dafür gewonnen zu haben. Der Aufbau des Sozialismus steht in dem Teil Deutschlands, der von der Sowjetarmee besetzt ist – und erst recht in ganz Deutschland – nicht auf der Tagesordnung.

Es ist möglich, einen antifaschistischen Staat zu errichten, der sich vor allem auf die Sowjetarmee stützt, aber auch auf die KPD und die deutschen Antifaschisten, wenn – und das ist entscheidend – mit aller Kraft für die antinazistisch-demokratische Erziehung der Arbeiter und Arbeiterinnen gekämpft wird, gegen sämtliche opportunistischen Kräfte innerhalb der Arbeiterklasse, die dies verhindern wollen. Da-

für kann der ganze Staatsapparat eingesetzt werden. Es müssen unbedingt Massenkampagnen gegen den Nazismus von der KPD initiiert werden. Auch die sowjetischen Streitkräfte in Deutschland müssen durch ihr praktisches Verhalten und durch ihre Publikationsmöglichkeiten – Zeitungen, Rundfunk, Verlage – die antinazistische Erziehung der KPD unterstützen.

Und was werden die Imperialisten machen? Der deutsche Imperialismus liegt vorerst am Boden und kann uns in Deutschland nicht militärisch angreifen. Die anderen Imperialisten werden diesen demokratisch-antifaschistischen Staat vorübergehend akzeptieren müssen, weil er ja auch ihren Beschlüssen entspricht und sie sich im Moment – und das wird sicherlich noch einige Zeit so bleiben – aufgrund der weltweiten antinazistischen Stimmung und der Stimmung in ihren Ländern einen offenen Bruch der Beschlüsse von Jalta nicht leisten können.

Insgesamt ist es die Aufgabe der KPD, diesen ganzen Themenkomplex noch viel genauer theoretisch zu analysieren, damit diese Frage, diese Problematik ein wichtiger Baustein in der Agitation und Propaganda der KPD werden kann.

Genosse Shdanow: Es geht darum, die in Jalta festgelegten Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Und wir werden in den nächsten Monaten noch weitere gemeinsame Beschlüsse fassen. Die Bedeutung dieser Beschlüsse, die auf einer weiteren Konferenz noch genauer fixiert werden müssen,[11] ist vielen Genossinnen und Genossen vielleicht gar nicht wirklich klar. Die erste große Aufgabe der KPD wird es sein, sich selbst, ihrem Umfeld und dann den werktätigen und ausgebeuteten Massen in ganz Deutschland klarzumachen, daß sie die Erfüllung dieser Aufgaben zu ihrer Sache machen müssen. Beim Kampf um die Durchführung dieser Aufgaben muß die KPD an der Spitze stehen.

Genosse Kalinin: Wir sollten jetzt zur ***Situation der KPD*** übergehen. Wo sind im Moment eure Kader, die den Naziterror überlebt haben? Welche gravierenden Fehler wurden im Kampf gegen die

---

[11] Gemeint ist die Potsdamer Konferenz, die Ende Juli, Anfang August 1945 stattgefunden hat.

Nazis begangen? Wie sind sie zu korrigieren? Das sind die wohl wichtigsten Probleme.

Genosse Ackermann [12]**:** Unsere Kader verteilen sich grob gesagt auf folgende Gebiete und Bereiche:

a) Unsere Genossen in der Sowjetunion. b) Unsere Genossen in der westlichen Emigration. c) Unsere Genossen innerhalb Deutschlands. Dort haben wir nur sehr wenig Kontakte, viele haben auf eigene Faust weitergekämpft, ohne Kontakt zum ZK. Wir müssen sie zusammenfassen und neu organisieren. d) Unsere Genossen in den KZs und Gefängnissen des Nazifaschismus.

Es fehlt vor allem an einem die Partei ideologisch vereinigenden Dokument. Es gibt zwar das von Genosse Merker[13] und anderen in Mexiko herausgegebene Organ „Freies Deutschland",[14] die Genossen des ZK der KPD haben bis vor zwei Jahren noch in der Zeitung „Kommunistische Internationale" und der „Welt" geschrieben.[15] Dokumente wurden in Deutschland von der Saefkow-Jakob-Bästlein-Gruppe verfaßt. Ansonsten haben wir die Dokumente der „Brüsseler Konferenz" der KPD von 1935 und der „Berner Konferenz" von

---

[12] Zur Biographie Ackermanns siehe im Perosnenregister.

[13] Zur Biographie Merkers siehe im Personenregister.

[14] Diese Zeitschrift erschien von Anfang der vierziger Jahre bis 1945 und war das einzige regelmäßige Organ unter Führung von Genossen der KPD, das allgemeinen Charakter hatte. Für die gefangenen deutschen Soldaten und Offiziere innerhalb der Sowjetunion erschienen Flugblätter des NKFD. Das Zentralorgan der KPD, die „Rote Fahne", erschien nach 1933 nur noch im Ausland (nach 1935 wurde die „Rote Fahne" herausgegeben in unterschiedlichen Ländern: Tschechoslowakei, Frankreich, Holland, Belgien und in einigen Städten der Sowjetunion) und wurde von dort illegal nach Deutschland gebracht. Sie erschien bald nur noch unregelmäßig, nach 1941 gar nicht mehr. Auch die Mitglieder des ZK der KPD in Moskau haben – aus welchen Gründen auch immer – die Herausgabe der „Roten Fahne" nicht sichergestellt.

[15] Die „Kommunistische Internationale" erschien von 1919 bis 1943 als Organ des EKKI, des Exekutivkomitees der Komintern. Die Zeitschrift „Die Welt", mit dem Untertitel „Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung", erschien von 1939 bis 1943 in Stockholm unter Führung der Komintern. Mit dem Untertitel „Zeitschrift der deutschen Antifaschisten in Schweden" erschien „Die Welt" von 1943–1945 ebenfalls in Stockholm.

1939. Viele Genossinnen und Genossen erwarten dringend eine Rekonstruktion der Partei von der Spitze bis zur Basis. Auch dafür sollte der geplante Aufruf eine wichtige Funktion erfüllen.

Genosse Stalin: Meine Einschätzung der KPD ist folgende: Im wesentlichen war die Linie der KPD unter Führung Thälmanns – Kampf für die Diktatur des Proletariats, für die proletarische Weltrevolution – richtig. Die KPD hat sich in der Weimarer Republik zu einer Massenpartei entwickelt. Sie hat auch in der täglichen Propaganda vor allem recht behalten: Wer Hitler wählt, der wählt Krieg usw. Trotz riesiger Kaderverluste im Nazifaschismus hat sie einen heroischen Kampf vor allem in den Nazi-KZs geführt.

Doch dürfen auch die Fehler der KPD nicht vergessen, die selbstkritisch aufgearbeitet werden müssen.

Um die Fehler in ihrer Bedeutung und Tragweite aufdecken zu können, muß die KPD ihre ganze Geschichte nach 1918 einer gründlichen, tiefgehenden Selbstkritik unterziehen. Vor allem auch den Kampf gegen die nazifaschistische Ideologie. Die Zeit von 1918 bis 1923 ist eigentlich schon ganz gut analysiert und aufgearbeitet worden, in der Kommunistischen Internationale und auch von Genosse Thälmann, die Zeit von 1924 bis 1933 und erst recht von 1933 bis 1945 allerdings nur in Ansätzen. Darauf ist das Hauptaugenmerk zu legen.

Ich will hier nur auf die Fehler eingehen, deren Korrektur mir für die Durchführung einer richtigen Politik entscheidend scheint: die Fehler im Kampf gegen ***den deutschen Chauvinismus, der vielleicht die größte Waffe der Nazis war*** – das hat die Arbeit mit den deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion gezeigt –, und den nazistischen Rassismus im besonderen. Der deutsche Chauvinismus wirkte nicht nur bei den Nazis und ihren Anhängern, sondern auch bei ihren Verbündeten zur Zeit der Nazi-Siege und auch bei jenen Kräften, die sich inzwischen von den Nazis abgewandt haben, weil der Krieg verloren ist. Ja selbst bei den besten antifaschistischen Kräften, den Genossinnen und Genossen der KPD, kommt es sofort zu heftigen Diskussionen, wenn das Thema „deutscher Chauvinismus" auf der Tagesordnung steht.

Genosse Gerber, Mitglied der KPD, hat in einem Artikel, den er 1935 für die „Kommunistische Internationale" schrieb, Fehler der KPD im Kampf gegen den deutschen Chauvinismus ansatzweise

analysiert.[16] Daran muß angeknüpft werden, um diese Analyse zu vertiefen. Ein Genosse aus Polen hat mir erzählt, daß ein Mitglied des ZK der KPÖ im KZ Auschwitz eine wichtige Arbeit gegen den deutschen Chauvinismus geschrieben hat, die erhalten ist.[17] Auch diesen Artikel müßt ihr, Genossen, gründlich durcharbeiten, seine Stärken und Schwächen analysieren.

Auch der Antikommunismus wird eine Waffe der Reaktionäre sein, die die Nazis zwölf Jahre lang geschmiedet haben. Und der deutsche Chauvinismus ist für ihn ein großes Kraftpotential. Die Reaktion wird nahezu nahtlos an den Antikommunismus der Nazis anknüpfen können, der auch sehr tief in Teilen der deutschen werktätigen und ausgebeuteten Massen verwurzelt ist. Es wird darauf ankommen, den Kampf gegen den Antikommunismus richtig verknüpft mit dem Kampf gegen den deutschen Chauvinismus zu führen.

Genosse Kalinin: Mir liegt es sehr am Herzen, in dieser Aussprache noch ein paar Worte zu den Pogromen und Vernichtungsaktionen gegen die Juden in Deutschland und in den besetzten Gebieten zu sagen. Vom ersten Tag an hat Lenin im zaristischen Rußland den verfluchten Antisemitismus bekämpft, auf allen Ebenen. Das hat Lenin nie gehindert, bei uns auch jüdischen Nationalismus zu kritisieren. Aber der Haß des Genossen Lenin und der kommunistischen Kräfte in Rußland war so klar, so deutlich fühlbar, daß hier von Genosse Lenin nie Unklarheiten zugelassen worden sind. Einer der ersten Schallplatten mit Reden Lenins, die nach der Revolution veröffentlicht und im ganzen Land verbreitet wurden, war ein glühende Ansprache gegen das Gift des Antisemitismus, mit dem der Zarismus an den großrussischen Nationalismus appellierte und die schlechtesten Eigenschaften der Menschen nach Machthunger, Überlegenheitsgefühl und bestialischen Sadismus anheizte. Von unserer Arbeit

---

[16] Siehe dazu genauer Anhang 2: „Zur Linie der KPD zur ‚nationalen Frage'", S. 578 ff.

[17] Es handelt sich hier vermutlich um den polnischen Genossen Cyrankiewicz, der später Ministerpräsident der Volksrepublik Polen geworden ist. Die Arbeit des Genossen Alfred Klahr „Gegen den deutschen Chauvinismus" ist im Organ der KPÖ, „Weg und Ziel", erst 1957 abgedruckt worden. In der SBZ bzw. der DDR ist diese Arbeit nie veröffentlicht worden. Zu Alfred Klahrs Arbeit siehe Anhang 6, S. 607 ff.

unter den deutschen Kriegsgefangenen wird immer wieder berichtet, daß es – angesichts der Niederlage der deutschen Armee – gewisse Erfolge im Kampf gegen die Bindung an die Nazis gibt, auch manch antikapitalistisches Argument fällt zunächst auf fruchtbaren Boden, wagt man sich aber an das Thema „Juden" heran, so greift hier die Nazi-Propaganda voll. Es ist dann wie verflucht, kein logisches Argument überzeugt mehr, für diese Leute, die sich von den Nazis abzuwenden beginnen, scheinen die Juden der leibhaftige Teufel zu sein. Selbst dort, wo die Vernichtungsaktionen an den Juden – die Nazis haben diese ja systematisch durchgeführt, bei uns, auf dem Gebiet der Sowjetunion durch Erschießungskommandos, in Polen durch Gaskammern – von deutschen Kriegsgefangenen in Worten abgelehnt wurden, kam sofort ein einschränkendes großes Aber ... hinterher.

Ich will es kurz machen: Der Kampf gegen den deutschen Nationalismus ist eine riesige Aufgabe, aber eine humanistisch-demokratische Denkweise als Voraussetzung kommunistischer Denkweise und Moral setzt die Beseitigung des Antisemitismus in den Köpfen der Menschen voraus. Wenn wir unser sowjetisches Gesetz, das für antisemitische Äußerungen die Todesstrafe vorsieht, heute auf die deutschen Kriegsgefangenen und große Teile der deutschen Bevölkerung anwenden würden, hätten die Gerichte viel zu tun. Die Genossinnen und Genossen der KPD müssen in diesem Kampf einen sehr, sehr langen Atem haben, nicht auf kurze Erfolge aus sein, sondern langfristig und unerschütterlich am Kampf gegen Antisemitismus und deutschem Nationalismus festhalten.

Genosse Shdanow: In unserem theoretischen Organ „Bolschewik" erschienen nicht zufällig 1944 Artikel gegen das reaktionäre Preußentum bei Hegel, der auch bei vielen unserer Genossen als „großer Deutscher" galt.[18] Um den deutschen Chauvinismus und auch alle

[18] Zwei Artikel sind uns bekannt, die auch ins Deutsche übersetzt sind. Die Titel lauten: „Über Fehler und Mängel in der Beleuchtung der Geschichte der deutschen Philosophie am Ausgang des 18. und Beginn des 19. Jahrhunderts" und „Die idealistische Dialektik Hegels und ihr Gegensatz zur marxistisch-dialektischen Methode". Siehe dazu Anhang 5: „Kritische Anmerkungen der KPdSU(B) 1944 im theoretischen Organ „Bolschewik" zum reaktionären Staatsverständnis Hegels als Kernstück deutscher Ideologie", S. 603 ff.

anderen Wurzeln der Nazi-Ideologie bekämpfen zu können, bietet die Schrift „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum", die unsere Genossen 1942 herausgegeben haben, wichtige Hinweise. Dort wird nachgewiesen, daß der Nazifaschismus alle besonders reaktionären Züge des Preußentums in höchstem Grade entwickelte, daß einige seiner Wurzeln im reaktionären Preußentum aufzudecken sind und als Teil der „Deutschen Ideologie" bekämpft werden müssen.[19] An diese Arbeiten muß unbedingt angeknüpft werden. Vielleicht erscheint das manchen Genossen zu theoretisch. Aber wenn die KPD-Genossen nicht Klarheit über den deutschen Chauvinismus in allen Bereichen haben, wie wollen sie ihn dann tiefgehend und richtig vor und in der Arbeiterklasse bekämpfen?

In diesem Zusammenhang gibt es noch eine weitere Gefahr. Die KPD wird mit Sicherheit als „Handlanger Moskaus", als „antinational" beschimpft werden. Sich davon richtig abzugrenzen, wird entscheidend sein. Das geht nicht durch plumpe Gegenpropaganda. Durch die ganze Arbeit der KPD muß sichtbar werden, daß sich die Zusammenarbeit mit der KPdSU(B) und allen anderen kommunistischen Kräften aus den gemeinsamen Zielen der proletarischen Weltrevolution, des Sozialismus und Kommunismus ergibt. In der Propaganda muß überzeugend dargelegt werden, daß nur der Kampf um diese Ziele auch zur vollständigen Befreiung vom kapitalistischen Joch, zum Aufblühen der dann sozialistischen Nationen und schließlich zum Verschmelzen der Nationen im Weltkommunismus führen wird. Deshalb steht die KPD an der Spitze des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus im „eigenen" Land. Das klarzumachen wird oft eine Gratwanderung sein. Die Nazis haben schon die KPD unter Führung Thälmanns als „antinational" verschrien. Viel zu spät und auch nicht überzeugend hat sich die KPD dagegen zur Wehr gesetzt. Erst 1931 brachte sie ihre „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" heraus, in dem sie aber auch gravierende Fehler machte, was schon am Titel des Programms

[19] Siehe dazu Anhang 4: „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum", S. 599 ff.

sichtbar wird, vor allem aber an der falschen Haltung zur Selbständigkeit Österreichs.[20]

Die KPD kann nicht „antinational" sein, auch nicht aus taktischen Gründen. Sie muß insofern „national" sein, als sie sich für das „eigene" Land und insbesondere für die Arbeit im eigenen Land verantwortlich fühlt, sich mit der eigenen Geschichte, der Gegenwart und der Zukunft des „eigenen" Landes auseinandersetzt, weil sie sich nur so an die Spitze des revolutionären Kampfes im „eigenen" Land stellen kann. Nur so kann die KPD die Arbeiterklasse erziehen, um sie in die Lage zu versetzen, den „eigenen" Imperialismus zu besiegen und ihre Macht zu errichten. Dies alles kann nur gelingen, wenn der deutschen Nationalismus tiefgehend verworfen wird, den wir alle hassen gelernt haben.

Genosse Ackermann: Genosse Shdanow, das ist eine sehr schwierige Aufgabe, und ich bin sehr froh, daß diese Frage angeschnitten wurde. Wir können jedoch die Besonderheiten Deutschlands nicht wegoperieren, sie sind da. Doch ist durch eure Siege unsere Arbeit viel einfacher und leichter geworden als etwa zur Zeit vor der Oktoberrevolution. Dies darf auch nicht übersehen werden.

Genosse Stalin: Es gibt eine Fülle von Besonderheiten, die wichtigste ist, daß ganz Deutschland militärisch besetzt wird, daß in einem Teil Deutschlands die Armee eines sozialistischen Landes stehen wird. Wer hat zum Beispiel 1929 damit gerechnet?

---

[20] In dieser „Programmerklärung" setzt sich die KPD für die „Wiederangliederung" der von Deutschland durch den Versailler Vertrag abgetrennten angeblich „deutschen Gebiete" ein und mißachtete damit vor allem auch die Eigenständigkeit der österreichischen Nation. Es wird erklärt:

„Hitler und seine Partei haben hinter dem Rücken des deutschen Volkes einen schmutzigen Geheimvertrag mit der italienischen Faschistenregierung abgeschlossen, auf Grund dessen sie die deutschen (!) Gebiete Südtirols bedingungslos den ausländischen Erobern ausliefern. Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung Deutschlands." („Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes", Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 197 vom 24. August 1930, in: „Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946", 2. durchgesehene Auflage, Berlin 1955, S. 277)

Auf eine andere wichtige Besonderheit will ich genauer eingehen:

In dem Teil Deutschlands, der von den sowjetischen Streitkräften besetzt wird, ist ein Weg zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg im klassischen Sinne möglich – wenngleich die bewaffneten Arbeiterinnen und Arbeiter mit konterrevolutionären Aufständen rechnen müssen. Dies wird deshalb möglich, weil vor allem dort die bewaffneten Kräfte des deutschen Imperialismus zerschlagen sein werden. Das heißt natürlich nicht, daß das ein Weg ohne Anwendung revolutionärer Gewalt oder ohne Klassenkampf ist! Dieser Weg hat gar nichts mit dem opportunistischen „friedlichen oder demokratischen Weg" übers Parlament, ohne Gewaltanwendung, zu tun, den schon Bernstein oder Kautsky propagiert haben. Diese falsche Vorstellung muß die KPD unbedingt mit aller Kraft bekämpfen, weil sie die Arbeiterklasse entwaffnet und einlullt. Die Gesetzmäßigkeit der gewaltsamen proletarischen Revolution, des bewußt organisierten und bewaffneten Auftretens der Arbeiterklasse, der Notwendigkeit der Zerschlagung des reaktionären Staatsapparates, der Errichtung der Diktatur des Proletariats, der gewaltsamen Unterdrückung der Konterrevolution, der Verschärfung des Klassenkampfes bis zum Kommunismus – diese Gesetzmäßigkeit ist nach wie vor gültig. Das gilt es zu verteidigen gegen alle Angriffe der Opportunisten. Die Frage ist: Wer hat die Staatsmacht? Ist die Mehrheit der Arbeiterklasse bewaffnet?

Aber trotz dieser Besonderheit, Vorsicht mit „einfacher und leichter", Genosse Ackermann. Wir hatten nach dem Sturz des Zarismus und Imperialismus eine kampferprobte Kommunistische Partei mit Lenin an der Spitze, hinter uns stand die Mehrheit der Arbeiterklasse, in gewaltigen Kämpfen und Revolutionen erprobt und erzogen. Bei euch wird es ganz anders aussehen – das haben wir ja versucht heute zu analysieren.

Auf jeden Fall könnt ihr den konkreten Weg der proletarischen Revolution in Rußland 1917 nicht schematisch kopieren, da gibt es gravierende Unterschiede, auch wenn natürlich die revolutionären Grundprinzipien auch bei euch gelten.

Genosse Shdanow: Um einen erneuten Aufbau der darniederliegenden SPD als Instrument des Imperialismus zu verhindern, sollte gut überlegt werden, ob und wie eine Vereinigung der KPD mit der SPD durchgeführt werden kann. Aber es muß auch rasch gehen. Der Kern ist: Die konterrevolutionäre Sozialdemokratie kann als Organi-

sation zerschlagen werden, oder genauer, ihr Wiederaufbau kann verhindert werden. Nicht aus Liebe zur Sozialdemokratie, sondern weil wir ihre konterrevolutionäre Kraft kennen, sollten wir überlegen, ob wir durch das Projekt der Vereinigung von KPD und SPD der Sozialdemokratie den Garaus machen können. Ohne Zugeständnisse der KPD wird das nicht gehen. Aber wenn Zugeständnisse, Kompromisse eingegangen werden, so ist entscheidend, daß erstens kein „Prinzipienschacher" betrieben wird, wie das Marx formulierte, und zweitens müssen diese Kompromisse offen und ehrlich vor den Parteimassen und den Werktätigen zugegeben werden. Dann gilt es, durch einen intensiven ideologischen Kampf die sozialdemokratischen Positionen innerhalb der vereinigten Partei nach und nach zu vernichten, die Partei Schritt für Schritt zu „bolschewisieren", ähnlich wie nach der Vereinigung der KPD mit der USPD. Ihr solltet für den anstehenden Kampf zur Vereinigung von KPD und SPD unbedingt die Vereinigung von Bolschewiki und Menschewiki 1906 sowie die „Kritik des Gothaer Programms" von Marx auswerten, wo grundlegend festgelegt ist, wie bei solchen Vereinigungen der „Prinzipienschacher" vermieden wird, und es wäre ebenfalls angebracht, daß ihr eure eigene Vereinigung mit dem linken Flügel der USPD von 1920 im Zusammenhang mit den Hinweisen von Lenin selbstkritisch analysiert.

Genosse Stalin: Genossen, ich glaube, wir sind am Ende unserer Aussprache angekommen. Hoffentlich hat die Debatte den Genossen der KPD einige Anregungen für den Entwurf eines aktuellen Aufrufs für die politische Arbeit in Deutschland gegeben.

Genosse Pieck: Es gab viele wichtige Anregungen. Wir danken den Genossen der KPdSU(B) für die offene Aussprache.

Teil A:
Voraussetzungen: Die Verbrechen des Nazifaschismus und ihre Bedeutung für die Linie der KPD/SED

- **Die Verbrechen des Nazifaschismus und deren Konsequenzen als Ausgangspunkt**
- **Die Abkommen und Maßnahmen der Alliierten als Rahmenbedingung für den Kampf der KPD/SED**
- **Grundlegende Anforderungen an die Theorie, Linie und Politik der KPD**

Einleitung

In diesem ersten von vier Teilen der vorliegenden Arbeit wird die Ausgangssituation nach der militärischen Niederlage des deutschen Imperialismus im Mai 1945 skizziert.

Bevor innerhalb dieses Teils die „grundlegenden Anforderungen an die Theorie, Linie und Politik der KPD" thematisiert werden, sollen zunächst die Besonderheiten dieses geschichtlichen Abschnitts deutlich herausgearbeitet werden. Diese Besonderheiten waren gekennzeichnet durch das riesige Ausmaß der Verbrechen – konzentriert zusammengefaßt auf dem internationalen Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher – des Nazifaschismus bis zum letzten Tag vor seiner militärischen Niederlage, die mit breiter Unterstützung durch die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung durchgeführt wurden. Hieraus resultierte die Notwendigkeit der militärischen Besetzung Deutschlands. Beide Aspekte zu verstehen ist wiederum die Voraussetzung dafür, um die historische Dimension der Mitschuld der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung in Deutschland und die Notwendigkeit der von ihnen zu erbringenden Reparationen in aller Deutlichkeit herauszuarbeiten.

Noch vor den Überlegungen über Grundlagen und Anforderungen an die theoretische Arbeit der KPD, der Herausarbeitung von Prüfsteinen für ihre Linie und Politik, steht die Darlegung der Rahmenbedingungen für die politische Arbeit im besetzten Deutschland, die durch die weitgehend konsequente vertragliche Fixierung des Sieges der Anti-Hitler-Koalition über den deutschen Imperialismus und die Maßnahmen der Alliierten zu Vernichtung des Nazismus umrissen werden. Hier geht es vor allem um die Auswertung des Potsdamer Abkommens in seinen vielfältigen Bereichen, die genaue Behandlung der Urteile der Nürnberger Prozesse und schließlich um die sorgfältige Beachtung der grundlegenden Gesetze und Beschlüsse des Alliierten Kontrollrates über die Durchführung der Entnazifizierung und die Umsetzung der Beschlüsse von Potsdam.

Auf dem Boden der Kenntnisse dieser grundlegenden geschichtlichen Tatsachen wird zum Abschluß dieses ersten Teils – und als ge-

wisse Voraussetzung für die nachfolgende kritische Analyse der Dokumente der KPD/SED – der Versuch unternommen, positiv zu skizzieren, wie angesichts der hochkomplizierten geschichtlichen Situation die KPD große Prinzipienfestigkeit im Kampf gegen den Revisionismus und Rechtsopportunismus in Theorie und Politik hätte verbinden müssen mit einer messerscharfen und rücksichtslosen Feststellung der Besonderheiten der damaligen Lage. Ausgehend davon, daß diese besonderen Bedingungen die Realisierung der Diktatur des Proletariats als Tagesaufgabe unmöglich machten, hätte die KPD die Entnazifizierung im umfassenden Sinne als taktisches Hauptkettenglied festlegen müssen. Diskutiert wird die schwierige Beziehung von Minimalprogramm und Maximalprogramm der KPD in dieser Zeitspanne unter den Bedingungen der Besetzung Deutschland durch Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und angesichts einer Bevölkerung, die in ihrer großen Mehrheit nicht wirklich mit Kernbereichen der Nazi-Ideologie gebrochen hatte, sowie einer sich differenzierenden Sozialdemokratie. Dazu werden eigene Positionen – auch als Kriterien der nachfolgenden Kritik an der Linie der KPD/SED – herausgearbeitet und festgelegt.

☆ ☆ ☆

Die Nazis hatten die größte militärische Aggression der Weltgeschichte entfesselt, Europa, große Teile der Sowjetunion sowie auch Teile Afrikas mit Galgen und KZs, mit Mord und Raub, mit einem System von Terror und Schrecken überzogen, um den Kampf um die Weltherrschaft zwischen den imperialistischen Großmächten für sich zu entscheiden. Der Herrschaftsbereich des deutschen Imperialismus reichte von den Pyrenäen bis zur Wolga, von Norwegen bis nach Nordafrika. Der Nazifaschismus[21] war 1942 auf dem Zenit seiner Macht und schien unbesiegbar.

---

[21] Der Begriff Nazifaschismus drückt wissenschaftlich am exaktesten aus, daß der Faschismus in Deutschland von 1933 bis 1945 zwar die offene terroristische Diktatur des deutschen Finanzkapitals war, wie z. B. der italienische Faschismus die offen terroristische Diktatur des italienischen Finanzkapitals war, daß darüber hinaus den deutschen Faschismus aber wesentliche Besonderheiten prägten. Schon Dimitroff hat auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 den deutschen Faschismus 1935 als die „reaktionärste Spielart" des Faschismus bezeichnet. Mit dem industriellen Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und

Fortsetzung nächste Seite

Die Völker der Welt mußten all ihre Kräfte anspannen, um den deutschen Nazifaschismus in die Knie zu zwingen. Das gelang nur durch einen gigantischen antifaschistischen Befreiungskrieg – der sich auch gegen den italienischen und japanischen Faschismus richtete und auf Europa, Afrika und Asien erstreckte.

Am 30. April 1945 hißten Soldaten der sowjetischen Armee die Rote Fahne der Sowjetunion auf dem Reichstagsgebäude in Berlin als Zeichen der militärischen Niederlage der Nazis. Am 8. 5. 1945 kapitulierte die nazistische Militärmaschinerie. Die Armeen der Anti-Hitler-Koalition, die Sowjetarmee, die US-Armee und die englische Armee besetzten Deutschland. Die von den Nazis überfallenen Völker, die Häftlinge der KZs und Gefängnisse waren vom Nazifaschismus befreit. Zwölf Jahre nazifaschistischer Greuelherrschaft über fast ganz Europa waren beendet.

Nach dem nazistischen Raubkrieg und Terror, nach dem Nazi-Völkermord ging es allen wirklich ehrlichen antifaschistischen Kräften weltweit darum, niemals mehr zuzulassen, daß ähnliches sich wiederholen könnte.

Um den Kampf gegen die noch bestehenden Bestandteile des Nazifaschismus in Deutschland, gegen den deutschen Imperialismus richtig anpacken zu können, mußte es für die KPD/SED zuerst darum gehen, ohne Illusionen eine realistische Einschätzung der Ausgangssituation nach der Niederlage des deutschen Imperialismus zu erarbeiten.

Fortsetzung der Fußnote

an den Sinti und Roma Europas entwickelte der Nazifaschismus eine Steigerung des Terrors, die bisher in der Geschichte einmalig ist. Im Zusammenhang und im Rahmen des Kampfes der Anti-Hitler-Koalition wurden im agitatorischen Sinne zur Charakterisierung des Nazifaschismus auch Begriffe wie Hitler-Faschismus, Nazi-Regime oder Nazismus von den kommunistischen Kräften gebraucht.

I. Die Verbrechen des Nazifaschismus und deren Konsequenzen als Ausgangspunkt

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges wurde es immer deutlicher und zur schrecklichen Wahrheit: Der Nazifaschismus hatte Verbrechen begangen, die in ihrem Ausmaß, in ihrer Systematik und ihrer Grausamkeit bisher einmalig in der Weltgeschichte sind.

Die KPD/SED mußte möglichst umfassend die Nazi-Verbrechen kennen, um überhaupt die Aufgabe anpacken zu können, nach 1945 einen antinazistisch-demokratischen Kampf gegen alle Bestandteile des Nazifaschismus, für die umfassende Entnazifizierung und Aburteilung der Nazi-Verbrecher und die gigantische Aufgabe der Aufklärung über die Verbrechen des Nazifaschismus durchführen zu können.

Es galt – was mindestens genauso wichtig war – aber auch wirklich tiefgehend und ehrlich zu analysieren, daß große Teile der deutschen werktätigen und ausgebeuteten Massen an den Nazi-Verbrechen beteiligt waren bzw. diese stillschweigend geduldet hatten. Die genaue Kenntnis der Nazi-Verbrechen war also auch nötig, um das ganze Ausmaß der Mitschuld der werktätigen und ausgebeuteten Massen an den Nazi-Verbrechen überhaupt erkennen zu können.

Ein dritter Punkt war, daß die Nazi-Opfer völlig berechtigterweise Reparationen forderten – und zwar auf der Grundlage der an ihnen begangenen Verbrechen. Wollte die KPD/SED bei der Frage der Reparationen führend vorangehen, mußten die Nazi-Verbrechen aufgedeckt und im vollem Umfang bekanntgemacht werden, um den Arbeiterinnen und Arbeiter, den werktätigen und ausgebeuteten Massen die Pflicht zu Reparationszahlungen bewußtzumachen.

Schon 1945/46 standen ausreichend Quellen zur Verfügung, um ein realistisches Bild über die Nazi-Verbrechen zu erhalten:

Eine wichtige Quelle über Nazi-Verbrechen waren ***Berichte von Nazi-Opfern,*** von überlebenden und von ermordeten.[22]

Eine weitere Quelle waren ***Nazi-Dokumente,*** die von den Armeen der Anti-Hitler-Koalition gefunden wurden. Obwohl es Befehle von Hitler und Himmler gab, alle Spuren der nazistischen Völkermordpolitik zu beseitigen, war die Nazi-Bürokratie nicht so perfekt organisiert, daß sie alle Hinweise und Beweise vernichten konnte. Es blieben viele Dokumente erhalten, die Verbrechen der Nazis darlegen. Die wichtigsten, schon 1945/46 bekannten Dokumente sind die „Lageberichte" der SS-"Einsatzgruppen" über Massenmorde in Polen und der Sowjetunion. ***Aussagen von Nazikriegsverbrechern,*** wie z. B. von Höß, dem Kommandanten von Auschwitz, waren ebenfalls wichtig. Viele dieser Nazis schilderten bei den Vernehmungen Verbrechen bis ins Detail.

Eine wichtige Quelle, die Berichte der Nazi-Opfer und Ergebnisse der Auswertung von Nazi-Dokumenten zusammenfaßte, waren die zum Teil schon vor 1945 in vielen von den Nazis besetzten Ländern durchgeführten ***Prozesse gegen Naziverbrecher sowie die Berichte von Kommissionen, die Naziverbrechen untersuchten.*** Insbesondere in der Sowjetunion wurden Prozesse gegen Nazi-Verbrecher schon ab Ende 1943 in den von der Sowjetarmee befreiten Gebieten durchgeführt wie z. B. in Charkow Ende 1943, in Kiew, Minsk, Lemberg

---

[22] Zwei Beispiele: Ein Bericht eines ermordeten jüdischen Häftlings aus Majdanek beschrieb die Massenmorde durch Giftgas im Vernichtungslager Majdanek durch die Nazis. Dieser Bericht, den der ermordete Häftling in den Fußboden einer Baracke des Vernichtungslagers eingemauerte hatte, wurde nach 1945 gefunden und war ein wichtiges Dokument in vielen Prozessen gegen Nazi-Verbrecher. (Siehe: Langbein: „Nicht wie die Schafe zur Schlachtbank", Frankfurt/M. 1980, S. 267)

Ein bedeutender Bericht war der von Rudolf Vrba und Alfred Wetzler, ehemalige Häftlinge im KZ Auschwitz, denen 1944 die Flucht in die Tschechoslowakei gelang. Sie fertigten dort eine detaillierte Beschreibung über die Ermordung von Millionen von Juden und Jüdinnen durch Giftgas in Gaskammern und Krematorien in Auschwitz-Birkenau an, die den Alliierten schon 1944 vorlag. (Siehe: Autorenkollektiv: „Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus", Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 1998, S. 136 ff.)

etc. Sowjetische Kommissionen erstellten Berichte zu Nazi-Verbrechen wie zum Beispiel zu den Massenmorden im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau 1945. Wichtig waren ebenfalls Berichte und Protokolle, die von den Exilregierungen Frankreichs, Polens, Jugoslawiens und Griechenlands veröffentlicht wurden, in denen Nazi-Verbrechen dokumentiert wurden.

Von großer Bedeutung war der ***Prozeß gegen Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg,*** der am 20. 11. 1945 von den Staaten der sozialistischen Sowjetunion, Englands, Frankreichs und den USA vor einem internationalen Militärgerichtshof begonnen wurde. Er war Ergebnis des im Londoner Abkommen vom 8. 8. 1945 getroffenen Beschlusses, der Bezug nahm auf die Erklärung von Moskau vom November 1943, die von der Sowjetunion, den USA und England unterzeichnet worden war. Diese Erklärung schrieb die Verfolgung und Bestrafung der Nazi-Verbrechen gegenüber anderen Völkern fest. Die Nazi-Verbrecher sollten weltweit verfolgt und in den Ländern angeklagt und abgeurteilt werden, wo sie ihre Verbrechen begangen hatten. Die Hauptkriegsverbrecher, deren Verbrechen „keine bestimmte geographische Begrenzung" hatten, sollten in einem Hauptkriegsverbrecherprozeß abgeurteilt werden.

Es wurde in Nürnberg Anklage gegen führende Nazi-Verbrecher erhoben sowie gegen wichtige Nazi-Organisationen (SS, SA, Korps der politischen Leiter der Nazi-Partei, Reichsregierung, Gestapo, SD, Generalstab und Oberkommando der Wehrmacht), die als „verbrecherisch" angeklagt wurden. Anklagepunkte waren Verbrechen gegen den Frieden, d. h. die Planung, Vorbereitung und Durchführung des Nazi-Krieges, Kriegsverbrechen, d. h. Verbrechen, die während und im Zusammenhang mit dem Nazi-Krieg durchgeführt wurden, und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, d. h. Verbrechen vor oder während des Krieges in den von den Nazis überfallenen Ländern oder in Deutschland.[23]

Der Nürnberger Prozeß war somit die wichtigste Institution für die Zusammenfassung und Dokumentation der Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen über die Nazi-Verbrechen sowie der Dokumentation und Zusammenfassung aller weiteren damals verfügbaren zentralen

[23] Siehe „Das Urteil von Nürnberg", München 1946, S. 95 ff. u. 119 ff.

Beweise.[24] Die wichtigsten gefundenen Nazi-Dokumente wurden als Beweise vorgelegt, viele Überlebende von Nazi-Verbrechen wurden als Zeugen gehört, Aussagen von Nazi-Verbrechern, wie z. B. von Höß, wurden gehört oder verlesen, die wichtigsten Ergebnisse von Prozessen gegen Nazi-Verbrecher in den von den Nazis besetzten Ländern sowie Ergebnisse von Untersuchungskommissionen über Nazi-Verbrechen wurden als Beweismaterial für den Prozeß hinzugezogen und teilweise auch schon 1945/46 veröffentlicht.

In 42 Bänden mit 27 104 Druckseiten wurde die gesamte Verhandlung des Prozesses dokumentiert. In 22 weiteren Bänden wurden auf mehreren tausend Seiten die Dokumente abgedruckt, die im Nürnberger Prozeß als Beweise der Anklage gedient hatten. Die Protokolle der Verhandlungen sowie die Dokumente der Anklage wurden 1946/1947 veröffentlicht.

Der Nürnberger Prozeß war ein öffentlicher Prozeß, an dem Beobachter und Journalisten aus aller Welt teilnahmen. Nahezu an jedem Verhandlungstag wurden neue Beweise für Nazi-Verbrechen vorgelegt. Eine riesige Fülle von Beweisen wurde so in den Verhandlungstagen gesammelt und damit öffentlich bekanntgemacht. Es war und ist klar:

Die Analysen und Dokumente des Nürnberger Prozesses konnten und mußten zu einem wesentlichen Ausgangspunkt der KPD/SED für die Aufklärung über die Nazi-Verbrechen werden.

Die Anklageschrift des Nürnberger Prozesses vom 6. 10. 1945, die Urteilsbegründung vom August 1946 und Reden des sowjetischen Hauptanklagevertreters R. A. Rudenko, die 1945/46 veröffentlicht und in großer Auflage in der SBZ verbreitet wurden, gehen auf die größten Nazi-Verbrechen von 1933 bis 1945 ein.

---

[24] Zu den in Nürnberg verhängten Urteilen siehe die Bände „Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vom 14. November 1945–1. Oktober 1946", Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Band I – XXII, Erstveröffentlichung 1947, Nachdruck München und Zürich 1984.

1. Die Aufdeckung der größten Nazi-Verbrechen im Nürnberger Prozeß 1945/46

a) Nazi-Terror gegen antifaschistische und kommunistische Kräfte

Am 30. Januar 1933 wurde in Deutschland die offen terroristische Diktatur des deutschen Finanzkapitals errichtet, die Nazi-Partei übernahm die Regierungsgeschäfte. Sofort setzte der ***staatlich organisierte Nazi-Terror gegen die deutsche Arbeiterbewegung*** und andere Gegner des Nazi-Regimes ein. Schon am 1. April 1933 manifestierte sich der Antisemitismus im Boykottaufruf gegen jüdische Geschäfte. Die Nazis verhafteten, mordeten und folterten vor allem Kommunistinnen und Kommunisten, die Gefängnisse und die errichteten KZs waren bald gefüllt vor allem mit Genossinnen und Genossen der KPD, aber auch mit anderen wirklichen oder vermeintlichen Gegnern der Nazis.[25]

Nach dem Überfall des Nazifaschismus auf andere Länder ab 1938 füllten sich die KZs mit Genossinnen und Genossen aus diesen Ländern. Die Nazis überzogen ganz Europa mit einem System von Galgen, Massenerschießungen, Folter und Terror – das während des

---

[25] Siehe dazu „Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher", Band I, Erstveröffentlichung 1947, Nachdruck München und Zürich 1984, S. 35. Allein 150000 der 300000 Mitglieder der KPD wurden in Gefängnisse, KZs und Folterkeller gesperrt, mindestens 26000 davon ermordet. Nach heutigen bürgerlichen Analysen wurden von den Nazis über 12000 Menschen zwischen 1933 und 1944 nach Gerichtsurteilen offiziell hingerichtet (ohne die Opferzahlen der Nazi-Standgerichte). Durch Nazi-Standgerichte wurden allein in den ersten vier Monaten des Jahres 1945 weitere 8000 ermordet, vor allem auch viele Deserteure aus der Nazi-Wehrmacht (Weisenborn: „Der lautlose Aufstand", Frankfurt/M. 1974, S. 17).

Nürnberger Prozesses sehr detailliert für die einzelnen Länder geschildert wurde –, um jeden Widerstand schon im Keim zu ersticken, um eine Atmosphäre zu erzeugen, in der Widerstand sinnlos erscheinen sollte.[26]

b) Plünderungen und Zerstörungen der Nazis in anderen Ländern

Während des Nürnberger Prozesses wurde ausführlich auf die Plünderungen und Zerstörungen eingegangen, die die Nazis in den von ihnen überfallenen Ländern begangen hatten.[27]

Insbesondere in der sozialistischen Sowjetunion wurde ein immenser materieller Schaden angerichtet. Ganze Städte wurden teilweise oder vollständig zerstört, Dörfer vernichtet, in ungeheurem Ausmaß wurde geplündert, geraubt und zerstört.

In der Anklageschrift werden u. a. detaillierte Zahlen für die Sowjetunion, Frankreich und die Tschechoslowakei benannt:

R. A. Rudenko geht sehr ausführlich auf die Zerstörungen in der Sowjetunion ein und beziffert den Gesamtschaden, der der Sowjetunion durch Nazi-Deutschland zugefügt wurde, auf die Summe von 679 Milliarden Rubel (in staatlichen Preisen des Jahres 1941, das entsprach 128 Milliarden US-Dollar, A. d. V.). Der materielle Schaden allein durch Plünderungen durch die Nazis in Frankreich wird auf ca. 312 Milliarden Franc (Stand: 1945) geschätzt. Die Gesamt-

---

[26] Siehe dazu im Indexband der Dokumentenbände „Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher", wo Dutzende Seiten zu den Nazi-Verbrechen gegen die Widerstandsbewegung in anderen Ländern zu finden sind.

[27] Bei der exemplarischen Darlegung der Nazi-Verbrechen in den verschiedenen von den Nazis überfallenen Ländern konzentrieren wir uns im folgenden bewußt vor allem auf die Verbrechen der Nazis in der Sowjetunion, Polen und Frankreich. Einerseits auf Polen und die Sowjetunion, weil dort mit die schlimmsten Völkermordverbrechen der Nazis begangen wurden, andererseits auf Frankreich, um klarzumachen, daß die Nazis auch in Westeuropa ungeheuerliche Verbrechen begangen haben, die oftmals verharmlost oder gar „vergessen" werden. Der Nürnberger Prozeß geht auf Verbrechen der Nazis in allen von den Nazis überfallenen Ländern ein, auch auf Verbrechen in Afrika.

summe der ökonomischen Plünderungen der Nazis in der Tschechoslowakei wird auf 200 Milliarden tschechische Kronen (Stand: 1945) geschätzt.[28]

c) Millionenfache Sklavenarbeit

Mit dem Überfall auf andere Länder begannen die Nazis in ausgedehnten Treibjagden Menschen einzufangen und ins „Deutsche Reich" zu verschleppen, wo sie in Betrieben des deutschen Imperialismus Sklavenarbeit verrichten mußten. Das deutsche Finanzkapital preßte aus diesen Sklavenarbeiterinnen und -arbeitern riesige Profite heraus.

Die Anklageschrift beschreibt detailliert die grausamen Transportbedingungen. Zusammengepfercht in Eisenbahnwaggons, ohne ausreichende Nahrung und Kleidung, starben Hunderte schon während des jeweiligen Transports. Die Anklageschrift nennt auch Zahlen der Verschleppten. Einige wenige Beispiele: Aus der Sowjetunion wurden 4,98 Millionen, aus der Tschechoslowakei 750000, aus den Niederlanden 500000 nach Deutschland zur Sklavenarbeit verschleppt. Hunderttausende haben den Terror der Sklavenarbeit in den Betrieben des deutschen Imperialismus nicht überlebt.[29] Der Nürnberger Prozeß schlußfolgerte: „Die Verschleppung zur Sklavenarbeit war vielleicht das schrecklichste und größte Sklavenunternehmen der Geschichte."[30]

An diesem Punkt war und ist für die Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland zentral: Nicht nur die Konzerne des deutschen Imperialismus haben von der Versklavung von Millionen Menschen profitiert[31] und profitieren davon noch heute, sondern auch die

---

[28] Anklageschrift, in: „Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher", Band I, S. 62 ff.

[29] Ebenda, Band XIX/XX, S. 55/56.

[30] Ebenda, Band II, S. 164.

[31] So wurden allein 1944 acht bis neun Millionen Männer, Frauen und Kinder vor allem aus der Sowjetunion und Polen (aus Polen allein 2,46 Millionen) durch die Konzerne des deutschen Imperialismus im „Deutschen Reich" (dazu zählten die

Fortsetzung nächste Seite

gesamte deutsche Bevölkerung. Aufgabe der Kommunistischen Partei war und ist es, das Bewußtsein in der Arbeiterklasse über ihre Mitschuld und Verantwortung für diese Verbrechen des deutschen Imperialismus zu schaffen und für einen größtmöglichen Ausgleich einzutreten.

d) Bombardierung von Städten, Geiselerschießungen, Zwangsgermanisierungspolitik

Großstädte wie Rotterdam und Warschau ***wurden bombardiert,*** ganze ***Dörfer wurden ausgelöscht.*** Die Anklageschrift nennt hier z. B. Dörfer in Jugoslawien, Griechenland und der Tschechoslowakei. Allein in der Sowjetunion wurden 1710 Städte und mehr als 70000 Ortschaften aufs Schlimmste zerstört oder vollständig vernichtet.

Die SS, deutsche Polizeieinheiten und die Wehrmacht führten ***Geiselerschießungen*** in den besetzten Ländern durch. In der Anklageschrift finden sich mehrere Beispiele aus Frankreich, Polen, Griechenland und Jugoslawien.[32] Allein in Frankreich wurden über 29000 Geiseln von den Nazis ermordet.[33]

Auch die ***Politik der nazistischen „Umsiedlungen", der Zwangsgermanisierung,*** war ein riesiges Nazi-Verbrechen. Die Anklageschrift hebt hervor, was dies bedeutete: Zwangsverschleppung der einheimischen Bevölkerung, Ansiedlung von „Volksdeutschen" in den betreffenden Gebieten, wie z. B. in Polen, Frankreich ...[34]

Fortsetzung der Fußnote

Nazis außer Deutschland in den Grenzen von 1937 Österreich, Teile Polens und Teile der Tschechoslowakei) brutal ausgebeutet. Nicht mitgezählt sind dabei die Menschen, die auf sowjetischem Gebiet und in den anderen von den Nazis besetzten Ländern zur Sklavenarbeit gezwungen wurden (vgl. Flugblatt 2–3/00 von „Gegen die Strömung": „Die Forderungen der Verfolgten des Nazifaschismus sind berechtigt!", und Autorenkollektiv: „Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus", S. 149).

[32] „Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher", Band I, S. 66.

[33] Ebenda, Band VI, S. 154/155.

[34] Ebenda, Band I, S. 68 /69.

Nach heutigen Quellen ist bekannt, daß allein in Polen fast 2,5 Millionen Menschen zwangsweise von den Nazis „umgesiedelt" wurden.[35]

e) Massenmord an Kranken und Behinderten

Gleichzeitig mit dem Überfall auf Polen 1939 begann die erste systematisch durchgeführte ***Vernichtungsaktion*** des Nazifaschismus in eigens dafür eingerichteten Vernichtungszentren vor allem ***gegen Kranke und Behinderte*** (Kinder, Erwachsene und Greise), die im Nazi-Jargon als „lebensunwertes Leben" bezeichnet wurden. In mehreren Verhandlungstagen wurde dieses Nazi-Verbrechen bewiesen: Es waren Massenmorde mit Giftgas, die von Hitler selbst befohlen wurden. Sie wurden zum Teil in Deutschland durchgeführt wie z. B. in Hadamar. Im Nürnberger Prozeß wurde festgestellt, daß das ***„einfache deutsche Volk von diesen (...) Morden wußte"***.[36]

Im Nürnberger Prozeß wurde davon ausgegangen, daß die Nazis durch die Vernichtungsaktion gegen Alte, Kranke und Behinderte ca. 270000 Menschen ermordet hatten.[37]

---

[35] Autorenkollektiv: „Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern", S. 149.

[36] Siehe z. B. „Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher", Band XIX, S. 572.

[37] Ebenda, Band I, S. 340. Laut neueren Forschungen ermordeten die Nazis von Oktober 1939 bis August 1940 unter dem Tarnnamen „T4" ca. 80000 Kranke und Behinderte aus Polen, Deutschland und Österreich durch Giftgas in eigens dafür errichteten Vernichtungsanstalten in Deutschland und Österreich. Insgesamt, so die heutigen Schätzungen, ähnlich wie im Nürnberger Prozeß, fielen den „Euthanasie"-Morden der Nazis über 200000 Kranke und Behinderte vor allem aus Polen, der Sowjetunion, Deutschland und Österreich zum Opfer (siehe: Autorenkollektiv: „Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern", S. 33/34).

f) Massenmord an Polen und Polinnen

In Polen verübten die Nazi-Wehrmacht, SS und deutsche Polizeieinheiten insbesondere ab 1941 ***Massenmordaktionen*** nicht nur gegen die jüdische Bevölkerung, sondern auch ***gegen Menschen polnischer Nationalität.***

Insgesamt, so die Schätzung im Urteil von Nürnberg, wurden in Polen ein Drittel der gesamten Bevölkerung von den Nazis ermordet, d. h. fast 8 Millionen Menschen.[38]

Nach der in erster Linie betroffenen jüdischen Bevölkerung Polens mit 3,4 Millionen Opfern waren insbesondere die Menschen polnischer Nationalität der Verfolgung und Vernichtung ausgesetzt. Über eine Million wurden in KZs und Vernichtungslagern ermordet. Massenmorde an Polen und Polinnen wurden auch durch sogenannte „Befriedungsaktionen" begangen, bei denen Hunderte, ja Tausende in regelrechten Treibjagden ermordet wurden, hinzu kamen öffentlichen Hinrichtungen, furchtbar elende Lebensbedingungen, brutale Sklavenarbeit bis hin zu künstlich erzeugten Epidemien und Hungersnöten – alles Methoden des nazistischen Massenmords.[39]

g) Massenmord an der sowjetischen Bevölkerung und an sowjetischen Kriegsgefangenen

Am 22. Juni 1941 überfiel Nazi-Deutschland die sozialistische Sowjetunion unter Bruch des bestehenden Nichtangriffspaktes. Die Nazi-Wehrmacht begann zusammen mit SS-Truppen und mit Unterstützung deutscher Polizeieinheiten einen grausamen Raub- und Vernichtungskrieg in der Sowjetunion. Auf mehreren Seiten in der Anklageschrift werden ***Massenmordaktionen*** der Nazi-Wehrmacht, von SS und deutschen Polizeieinheiten ***in der Sowjetunion*** geschildert: Massenmord durch Erschießen, Erschlagen, Ertränken und durch

---

[38] „Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher", Band I, S. 266.

[39] Autorenkollektiv: „Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus", S. 148.

Anwendung von Giftgas an Hunderttausenden Männern, Frauen, Kindern und Greisen. Hier einige der Beispiele von nazistischem Massenmord, die die Anklageschrift belegt: Allein im Gebiet um Leningrad ermordeten die Nazis über 170000 Menschen, im Gebiet von Odessa 200000, in Charkow 195000, in Kiew 195000.[40]

Insgesamt fielen dem Nazi-Krieg gegen die Sowjetunion über 20 Millionen Menschen in der Sowjetunion zum Opfer.

Auch die ***sowjetischen Kriegsgefangenen*** wurden von den Nazis gemäß ihrem Programm der „Ausrottung der bolschewistischen Untermenschen" systematisch vernichtet. Aushungern, Vergiften und Erschießen, Mord durch grausame medizinische Versuche – das waren einige der grausamen Mittel, mit denen die Nazi-Mörder sowjetische Kriegsgefangene systematisch ermordeten.[41]

In der Anklageschrift heißt es daher: „Die Behandlung von Sowjet-Kriegsgefangenen war durch ganz besondere Unmenschlichkeit charakterisiert."[42] Beispielhaft wird die Ermordung von Zehntausenden von sowjetischen Kriegsgefangenen durch die Nazi-Wehrmacht benannt.[43]

Insgesamt wurden nach neueren Forschungen von der Nazi-Wehrmacht und der SS von den 5,7 Millionen gefangenen Rotarmisten 3,3 Millionen ermordet, davon zwei Millionen allein bis zum Februar 1942, also in acht Monaten.[44]

---

[40] „Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher", Band I, S. 52/53.

[41] „Das Urteil von Nürnberg 1946", München 1979, S. 100 ff.

[42] „Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher", Band I, S. 256.

[43] „Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher", Band I, S. 58.

[44] Ebenda, S. 128.

TÄGLICHE RUNDSCHAU

Nr. 3 (288) Zeitung für die deutsche Bevölkerung Freitag, 4. Januar 1946

Die Verhandlungen des Internationalen Gerichtshofes in Nürnberg

Wehrmacht unterstützte Massenermordungen

Ehemaliger SS-General Ohlendorf über die faschistischen Greuel in der Sowjetunion

(Von unseren Sonderberichterstattern Pomeranzow und Sigl)

Nürnberg, 3. Januar.

Schon am zweiten Verhandlungstag nach den Weihnachtsferien erweckte der Nürnberger Prozeß einen neuen Höhepunkt. Die amerikanische Anklagebehörde rief den ehemaligen Generaldirektor der Polizei und Chef der Sicherheitspolizei und des SD im Reichssicherheitshauptamt und Chef der deutschen Polizei im Reichsinnenministerium, SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf, in den Zeugenstand, der u.a. die entsetzenerregenden Aussagen machte, daß die deutsche Wehrmacht die Massenmorde in Rußland unterstützt hat.

Ohlendorf führte vom Juni 1941 bis 1942 eine Einsatzgruppe des SD in Südrußland. Nach seinem eigenen Geständnis hat er allein 90 000 Morde auf dem Gewissen.

Mit beispiellosem Zynismus sprach er über die „Tätigkeit" der Einsatzkommandos des SD in den besetzten Ostgebieten und bekannte mit seinen Aussagen insbesondere den Angeklagten Kaltenbrunner, Er war dabei sichtlich bestrebt, seine eigenen Untaten in ein möglichst mildes Licht zu rücken und der zweifelhaften Begründung, er sei immer dafür eingetreten, daß die Liquidierungen „so human wie möglich" durchgeführt werden sollten.

Eine ungeheure Spannung lag am Donnerstagvormittag über dem Nürnberger Schwurgerichtssaal, als nach Abschluß des Beweisführung gegen den Angeklagten Kaltenbrunner das Gericht bekanntgab, daß der amerikanische Ankläger Robert Amen die Vernehmung einiger Belastungszeugen vornehmen werde.

Ohlendorf, der dem Gericht aus der Haft vorgeführt wurde, trat in Begleitung eines amerikanischen Postens ein. Er ist ein kleiner, untersetzter Mann. Sein Haar hat er sorgfältig gescheitelt, jedoch sein stechender, heimtückischer Blick verrät die Gesinnung, die sich hinter der Maske eines wohlgepflegten Gentlemans verbirgt.

In dem Augenblick, da der Zeuge ruhig und abgeklärt den Eid sachgerecht, gibt es niemand im Gerichtssaal, der nicht den Kopfhörer aufgesetzt hätte, getreu dem Motto, der die sehr seltenen, aber darum um so interessanteren Berichte des Zeugen hinhört. Dieser erklärt auf Befragen, er sei 38 Jahre alt, 1925 in die Nazipartei und in die SA eingetreten, 1926 zur SS übergegangen. Vom Juli 1936, wo er noch Regierungsoberinspektor war, stieg Ohlendorf in rascher, für Nazibonzen bezeichnender Karriere bis zum Leiter des Hauptamtes III im Reichssicherheitshauptamt und zum Generalmajor der Polizei und SS-Brigadeführer auf. Das Amt III führte er von 1939 bis 1945. Außerdem führte er 1941 und 1942 eine Einsatzgruppe des SD in Südrußland.

Der Liquidationsbefehl

Ohlendorf erklärte, daß die Einsatzgruppen und Einsatzkommandos nach einem Abkommen zwischen dem Reichssicherheitshauptamt, dem OKW und OKH aufgestellt wurden. Jeder Heeresgruppe wurde eine Einsatzgruppe zur Durchführung der Liquidierung der Zivilbevölkerung zugeteilt. Etwa vier Wochen vor dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion wurde der Ueberfallplan Ohlendorf mitgeteilt. Von den vier Einsatzgruppen A, B, C, D wurde ihm die Gruppe D zugeteilt, die für den Kaukasus bestimmt war, der 11. deutschen Armee unterstand und im Verlauf des Krieges im Raum von Cernowitz, Odessa, Nikolajew, Cherson, Melitopol, Mariupol, Taganrog, Rostow und auf der Krim operierte.

Auf die Frage, mit welchen Weisungen seine Einsatzgruppe aus Deutschland abmarschierte, antwortete Ohlendorf: „Es war die Weisung erteilt, daß auf rückwärtigem Territorium die Juden, Zigeuner, Geisteskranken, Partisanen, Saboteure, Defaitisten und Hetzer zu liquidieren seien."

Ohlendorf: „Jawohl."

Oberst Amen: „Wissen Sie, wie diese Zahlen sich zu den Zahlen der anderen Einsatzgruppen über Liquidierung von Personen verhalten?"

Ohlendorf: „Die Zahlen, die mir von sechs Einsatzgruppen bekannt sind, sind natürlich größer."

Uhren für die Front

Der amerikanische Oberst fragt den Zeugen, ob er selber Massenhinrichtungen überwacht habe, worauf dieser kalt erwidert, er habe zwei Massenhinrichtungen inspektionsweise gesehen. Er schildert anschließend, wie derartige Massenhinrichtungen durchgeführt wurden, und erklärt dabei, daß nach seiner sicheren Idee die zu liquidierenden Personen auf LKWs an Panzergräben oder in Schluchten gebracht wurden, wo sie niederknien mußten und dann erschossen wurden, worauf die Einheitsführer gegebenenfalls den noch Lebenden Fangschüsse zu geben hatten. Die Kleidungsstücke der Opfer sowie deren Wertgegenstände, Geld, Silber und Wertpapiere, wurden registriert und nach Berlin an das Reichssicherheitshauptamt bzw. an das Reichsfinanzministerium geschickt. Die Kleidungsstücke wurden von der NSV erfaßt. Was an Ort und Stelle zu brauchen war, wurde unmittelbar verwendet.

Oberst Amen: „Was geschah z. B. mit den Uhren, die den Opfern abgenommen wurden?"

Ohlendorf: „Die Uhren wurden auf Anordnung der Armee der Front zur Verfügung gestellt."

Auf weitere Frage erklärt der Zeuge, daß *bis zum Frühjahr 1942 alle Opfer, Männer, Frauen und Kinder,* auf gleiche Weise Massengerichten wurden, die dann der Befehl kam, die Frauen und Kinder nur noch mit dem Gaswagen zu töten.

Oberst Amen: „Können Sie erklären, wie diese Gaswagen konstruiert waren und wie sie zur Anwendung gebracht wurden?"

Ohlendorf: „Den Gaswagen sah man von außen den Verwendungszweck nicht an. Sie waren verschlossene Lastwagen und so eingerichtet, daß nach Anlassen des Motors die Auspuffgase in den Wagen geleitet wurden, was den Tod der Insassen in etwa 10 bis 15 Minuten herbeiführte . . ."

Frage: „Können Sie in plastischen erklären, wie diese Wagen zu einer Hinrichtung verwendet wurden?"

Antwort: „Meine Instruktionen waren: 1. Ausschluß der Oeffentlichkeit, 2. die möglichst humane Durchführung durch Erschießen, 3. reibungsloser Verlauf des Hinrichtungsortes und der Durchführung der Exekutionen, und unnötige Erregungen zu vermeiden, 4. ordnungsgemäße Ablieferung des persönlichen Eigentums der zu Liquidierenden.

Es können sich bestenfalls auch noch andere Einzelheiten ergeben haben, an die ich mich augenblicklich nicht erinnere. Auf alle Fälle solchen *Mißhandlungen sowohl körperlicher* wie auch seelischer Art, wenn irgend möglich, vermieden werden."

Frage: „Was verstehen Sie bei Hinrichtungen unter Mißhandlungen?"

Antwort: „Wenn z. B. durch Erregung Ungehorsam bei den Opfern auftrat und in die Kommandos eben mit Gewalt die Hinrichtung durchgeführt werden mußten."

Frage: „Wer verstehen Sie unter psychischer Unterdrückung der Erregung unter den zum Tode Verurteilten?"

Antwort: „Wenn z.B. Schüsse vorgekommen sind, die nicht gesessen haben."

Frage: „Sie sagten, daß besondere Autos für die Durchführung der Todesstrafe verwendet wurden. Wissen Sie, mit wessen Hilfe Leiter jener Konstruktion der Gaswagen — Abteilung II — arbeiten wurde, kann es aber nicht mit Bestimmtheit sagen."

Frage: „Sie sagten, daß *in diesen Massenlagern* hauptsächlich Frauen und Kinder hingerichtet wurden. Aus welchen Ueberlegungen heraus?"

Antwort: „Es war ein Befehl Himmlers, und zwar sollten auf diese Weise die Frauen und Kinder der deutschen Belastungen der Exekutionshandlungen nicht ausgesetzt werden, *ebenso die Männer,* die es einem großen Teil verhindert waren, sollten nicht zusammen werden, auf Frauen und Kinder zu schießen."

Frage: „Hat jemand den Beschluß der zum Tode Verurteilten in diesen Maschinen beobachtet?"

Antwort: „Jawohl, der Arzt."

Frage: „Ist Ihnen bekannt, daß Berger gemeldet hat, daß der Tod in diesen Maschinen besonders qualvoll war?"

Antwort: „Ich weiß durch die Meldung des Arztes, daß die Opfer vor dem Eintritt des Todes keine Empfindungen hatten."

Frage: „Hat an den Massenhinrichtungen als Vertreter der Wehrmacht teilgenommen?"

Antwort: „In der Regel nicht."

Frage: „Und als Ausnahme?"

Antwort: „Ich meine in Simferopol und in Nikolajew als auch in Simferopol als Techniker vom Armeekommando vorübergehend anwesend war."

Frage: „Zu welchem Zweck?"

Antwort: „Wahrscheinlich, um sich persönlich zu informieren."

Frage: „Hat die Wehrmacht Exekutionserschießungen gestellt?"

Antwort: „Offiziell nicht."

Frage: „Und in Wirklichkeit?"

Antwort: „Die Wehrmacht hat Protestaktionen hier und da per Verfügung gestellt. *Allerdings* ist mir augenblicklich kein Fall in Erinnerung mit Ausnahme eines Falles, wo aus dem Heeresgebiet die Exekutionskommando gestellt wurde."

Auf eine weitere Frage des Obersten Pokrowski erklärt der Zeuge daß seine Leute die Erschießungen der Leitung in den Gaswagen vornahmen, und daß bei der Arbeit mit den Gaswagen *ungeheure psychologische* Wirkungen sich bei ihnen zeigten.

Oberst Pokrowski: „Was verstehen Sie unter ungeheurer psychologischer Wirkung?"

Zeuge: „Die Leichen wurden im Gaswagen in ihrem eigenen Kot liegend aufgefunden."

Oberst Pokrowski nickt hierzu den Schluß, daß der Tod dieser Leute furchtbar qualvoll gewesen sein muß.

Wie die Judenfrage „gelöst" wurde

Nürnberg, 3. Januar (ZNB — Eigener Bericht). Im zweiten Teil der heutigen Nachmittagssitzung *wird das Kreuzverhör mit dem Zeugen Ohlendorf* beendet. Dieser sind wie die Verteidiger, die Fragen an ihn stellen. Ohlendorf, der selbst auf das allerschwerste belastet und im Augenblick *Gefangener der amerikanischen Armee* ist, macht seine Aussagen in dem Bestreben, sich selbst und seine vorgesetzten Kommilitonen auf der Nürnberger Anklagebank nach Möglichkeit zu entlasten.

Auf die Frage des Verteidigers von Keitel nach den Verhandlungen über die Zuteilung von *Einsatzgruppen an die Armee erklärt der* Zeuge, daß er an diesen Besprechungen persönlich nicht teilgenommen habe.

Auf die Frage des Verteidigers, ob die Liquidierungsbefehle im Reichskabinett selbst beschlossen wurden, gibt der Zeuge eine verneinende Antwort.

Für den Angeklagten Speer fragt der Verteidiger, ob dem Zeugen bekannt sei, daß dieser Mitte Februar ein Attentat gegen Hitler vorbereitete und Himmler an die Alliierten ausliefern wollte. Der Zeuge verneint. Als der Verteidiger ihn weiter fragt, ob die Tatsache, daß die Minen am 26. Juli den Angeklagten Speer noch einem geglückten Umsturz in Handstreichen beseitigen wollten, so zu verstehen sei, daß Speer nur als Fachmann und nicht als Politiker zu werten sei, antwortet der Zeuge, er sei schwierig, nicht als Politiker zu sehen, wenn er auf einem entscheidenden Posten des Reiches stand.

Als nächster Zeuge wird der ehemalige SS-Hauptsturmführer Dieter Wisliceny vom Oberst Brochart vernommen. Wisliceny war seit 1934 Mitglied des Sicherheitsdienstes. Seit diesem Zeitpunkt arbeitete er mit dem Judenberater Eichmann zusammen. Im Jahre 1940 kam er in die Abteilung IVa des Reichssicherheitshauptamtes, das von Eichmann geleitet wurde.

Fortsetzung auf Seite 2!

Tägliche Rundschau, 4. Januar 1946, Auszug aus der Titelseite

h) Antisemitischer Terror, antisemitische Pogrome und rassistischer Völkermord an der jüdischen Bevölkerung in Europa

Die Anklageschrift stellt richtig heraus, daß die Nazis direkt nach 1933 den staatlich organisierten ***antisemitischen Terror gegen die Juden und Jüdinnen*** begannen. In der Anklageschrift und im Urteil von Nürnberg werden drei Etappen des antisemitischen Terrors der Nazis von 1933 bis 1938 benannt:

- die von den Nazis als „Boykott" der jüdischen Geschäfte bezeichnete antisemitische Terrorwelle vom April 1933,
- die rassistischen „Nürnberger Gesetze" von 1935[45]
- sowie die antisemitischen Pogrome vom November 1938 im Herrschaftsbereich der Nazis. Dazu heißt es in der Anklageschrift:

> „Auf Befehl des Chefs der Gestapo fanden im November 1938 antisemitische Demonstrationen in ganz Deutschland statt. Jüdisches Eigentum wurde zerstört, 30000 Juden wurden verhaftet und in Konzentrationslager geworfen und ihr Eigentum beschlagnahmt."[46]

Im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 begann der systematische ***Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma Europas.*** Die Anklageschrift nennt Massenermordungen durch Wehrmacht, SS und deutsche Polizeieinheiten

---

[45] „Das Urteil von Nürnberg 1946", München 1979, S. 31. Zu den wichtigsten antisemitischen Nazi-Verbrechen sowie zum Novemberpogrom von 1938 siehe genauer: Flugblatt 11–12/98 von „Gegen die Strömung": „Der Novemberpogrom 1938: Vor aller Augen!", abgedruckt in: „Politische Stellungnahmen 1997–1998. Zu Themen und Fragen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Sozialismus in Flugblättern und Plakaten von Gegen die Strömung", S. 175–186.

Zum Völkermord gegen die jüdische Bevölkerung Europas und gegen die Sinti und Roma sowie auch zu anderen Nazi-Verbrechen siehe ausführlich: Autorenkollektiv: „Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus", S. 128 ff.

[46] „Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher", Band I, S. 72.

vor allem in der Sowjetunion und in Jugoslawien von insgesamt mehreren Hunderttausend.[47] Allein die „Einsatzgruppe A" hat in der Sowjetunion über 229 000 Jüdinnen und Juden ermordet.[48]

Weiter heißt es in der Anklageschrift:

> „Von den 9 600 000 Juden, die in Gebieten Europas unter Nazi-Herrschaft lebten, sind nach vorsichtiger Schätzung 5 700 000 verschwunden, von denen die meisten absichtlich von den Nazi-Verschwörern ums Leben gebracht worden sind."[49]

Im Urteil von Nürnberg wird die Zahl der von den Nazis ermordeten Jüdinnen und Juden auf 6 Millionen geschätzt, was auch der heutigen Forschung entspricht.[50] Allein in Polen ermordeten die Nazis 3,2 Millionen Juden und Jüdinnen, stellte der sowjetische Hauptankläger R. A. Rudenko in einer seiner Reden fest.[51]

Im Urteil des Nürnberger Prozesses wird die ***industrielle Massenvernichtung von Jüdinnen und Juden in Nazi-Vernichtungslagern*** wie Treblinka oder Auschwitz-Birkenau durch Giftgas beschrieben.

Rudenko stellt heraus, daß allein im Vernichtungslager Chelmno mit Giftgas 340 000 Juden und Jüdinnen ermordet wurden.

Insgesamt wurden von den 6 Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden in den Nazi-Vernichtungslagern 4 Millionen ermordet, so die Schätzung im Urteil von Nürnberg.[52]

---

[47] Ebenda.

[48] Ebenda, Band VI, S. 72.

[49] Ebenda, Band I, S. 36/37.

[50] „Das Urteil von Nürnberg", München 1946, S. 92.

[51] Rudenko: „Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf!", Die Reden des sowjetischen Hauptanklägers Generalleutnant R. A. Rudenko im Nürnberger Prozeß der deutschen Hauptkriegsverbrecher, Berlin 1946, S. 193.

[52] „Das Urteil von Nürnberg", München 1946, S. 92.

i) Rassistischer Völkermord an „Zigeunern", den Sinti und Roma

Von Anfang an wurden die Sinti und Roma von den Nazis rassistisch verfolgt. Von den rassistischen „Nürnberger Gesetzen" von 1935, in deren Kommentaren es heißt, daß „Juden und Zigeuner artfremden Blutes sind", über die unzähligen Demütigungen und Verfolgungen vor 1939 begann mit der 1939 beschlossenen systematischen Deportation aller Sinti und Roma nach Polen die direkte Vorbereitung zum Völkermord. Im Dezember 1942, als schon Zehntausende Roma in Polen und in der Sowjetunion von den Nazis ermordet worden waren, wurde der sogenannte „Auschwitz-Erlaß" von den Nazis beschlossen, worin der Plan zum Völkermord, der Vernichtung aller Sinti und Roma festgeschrieben ist. Die Umsetzung dieses Plans wurde sofort begonnen. Aufgrund neuerer Forschungen wird geschätzt, daß von den in Europa lebenden Sinti und Roma ungefähr 500000 von den Nazis ermordet wurden.[53]

Die Anklageschrift im Nürnberger Prozeß hob völlig richtig hervor, daß besonders auch Sinti und Roma von der rassistischen Vernichtung durch die Nazis betroffen waren.

Die ***Massenvernichtung*** an den sogenannten „Zigeunern", also den ***Sinti und Roma,*** wurde im Nürnberger Prozeß konkret benannt und mit den „Ereignismeldungen" der „Einsatzgruppen" der SS und deutscher Polizeieinheiten belegt. In den meisten dieser „Meldungen" wird neben den Massenmorden an Jüdinnen und Juden in der Sowjetunion detailliert aufgelistet, wie viele „Zigeuner" ermordet wurden. Zum Beispiel heißt es in einem „Lagebericht" der „Einsatzgruppen" von 1943, daß „1 000 Juden und Zigeuner exekutiert"[54] wurden.

---

[53] Autorenkollektiv: „Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus", S. 111/112.

[54] „Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher", Band IX, S. 296.

2. Die Notwendigkeit und die Probleme der Besetzung Deutschlands durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition

a) Gründe für die Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands und warum es direkt nach 1945 kein „Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" gab

Während des militärischen Vormarsches der alliierten Armeen gegen die Nazi-Wehrmacht und die SS stellte sich die Frage, welche Politik nach der militärischen Niederlage des deutschen Imperialismus eingeschlagen werden sollte. Wurde auf der Konferenz von Teheran 1943 noch vor allem das weitere militärische Vorgehen gegen Nazi-Deutschland besprochen und koordiniert, so wurde im Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta in der Sowjetunion ein Abkommen vereinbart, in dem die alliierte Politik gegenüber dem militärisch besiegten Nazi-Deutschland grundlegend fixiert wurde. In dem Dokument der Konferenz von Jalta (Krim) heißt es in Abschnitt „II. Besetzung Deutschlands und Kontrolle über Deutschland":

> **„Wir sind über die gemeinsame Politik und die Pläne zur zwangsweisen Durchführung der Bestimmungen der bedingungslosen Kapitulation übereingekommen, die wir gemeinsam dem nazistischen Deutschland auferlegen werden, nachdem der bewaffnete deutsche Widerstand endgültig gebrochen sein wird. (...) Gemäß dem in gegenseitigem Einvernehmen festgelegten Plan werden die Streitkräfte der drei Mächte besondere Zonen in Deutschland besetzen. (...) Wir sind fest entschlossen, alle deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen; den deutschen Generalstab, der wiederholt zur Wiedergeburt des deutschen Militarismus beigetragen hat, ein für allemal zu zerschlagen, sämtliche deutschen militärischen Anlagen zu konfiszieren oder zu zerstören, die gesamte deutsche Industrie, die für militärische Produktion genutzt werden könnte, zu beseitigen oder unter Kontrolle zu stellen; alle Kriegsverbrecher einer gerechten und schnellen Bestrafung zuzuführen sowie Wiedergutmachung**

in Form von Sachleistungen für die Zerstörungen zu erheben, die von den Deutschen verursacht worden sind; die nazistische Partei, die nazistischen Gesetze, Organisationen und Einrichtungen zu liquidieren, alle nazistischen und militaristischen Einflüsse in den öffentlichen Einrichtungen sowie dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes zu beseitigen und gemeinsam solche anderen Maßnahmen in Deutschland zu ergreifen, die sich für den künftigen Frieden und die Sicherheit der ganzen Welt als notwendig erweisen können. Es ist nicht unser Ziel, das deutsche Volk zu vernichten. Nur dann, wenn der Nazismus und Militarismus ausgerottet sein werden, wird für das deutsche Volk Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen."[55]

Die Anti-Hitler-Koalition hat sich völlig zu Recht für die Besetzung Deutschlands entschieden. Die Besetzung Deutschlands war insbesondere auch deshalb notwendig, weil es keinen antinazistischen Massenwiderstand, keinen bewaffneten Massenkampf gegen das Nazi-Regime und seine Anhänger zwischen 1933 und 1945 in Deutschland gab, der aus eigener Kraft das Naziregime hätte stürzen können. Es gab direkt nach 1945 in Deutschland keine demokratisch-antinazistische Massenbewegung, die selbständig, aus eigener Kraft den Kampf gegen die noch bestehenden Bestandteile des Nazifaschismus hätte führen und gewinnen können. Es gab lediglich eine kleine Minderheit antinazistischer und kommunistischer Kräfte in Deutschland.[56]

Die Besetzung Deutschlands war also eine ***militärische Notwendigkeit,*** um die Nazi-Armee und die SS sowie alle anderen bewaffneten Kräfte des deutschen Imperialismus zu entwaffnen, sie möglichst vollständig zu zerschlagen und die nazistischen und reaktionären Kräfte in Deutschland niederzuhalten, um den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus und damit das erneute Entstehen eines

---

[55] Zit. nach: „Die Krim(Jalta)konferenz 1945", Moskau 1984/Köln 1986, S. 221/222

[56] Die Hoffnung Stalins auf einen Aufstand der deutschen Bevölkerung noch 1941 hat sich nicht bewahrheitet (vgl. Stalin, Werke Band 14, S. 255/256; siehe Fußnote 7 auf S. 15 in dieser Nummer).

Kriegsherdes Deutschland, der die Völker der Welt mit neuen Raubkriegen bedroht, zu verhindern.

Die Besetzung Deutschlands war eine ***politische Notwendigkeit,*** um auf der Basis der bewaffneten Niederhaltung der nazistischen und pronazistischen Kräfte, ja sämtlicher reaktionärer Kräfte des deutschen Imperialismus, die gegen das Potsdamer Abkommen auftraten, die antinazistische Erziehung der ausgebeuteten und werktätigen Massen im Kampf für den Aufbau eines demokratischen Deutschland überhaupt anpacken zu können.

Die Besetzung Deutschlands war notwendig, ***um größtmögliche Reparationen für die begangenen Nazi-Verbrechen garantieren zu können.*** Diese Garantie war aufgrund des extrem niedrigen Bewußtseinsstands der deutschen Bevölkerung nur möglich, wenn die alliierten Armeen die Reparationszahlung erzwangen, ihre Durchführung organisierten und überwachten.

Von 1945 bis heute ist das zentrale Argument des westdeutschen bzw. deutschen Imperialismus gegen die Besetzung Deutschlands nach 1945 und gegen das Potsdamer Abkommen, daß damit gegen das Prinzip des „Selbstbestimmungsrechts der deutschen Nation" verstoßen worden sei, weil beides ohne Zustimmung der deutschen Bevölkerung oder einer deutschen Regierung durchgeführt wurde. „Gerecht" wären Maßnahmen gewesen, wonach das „deutsche Volk in freier Selbstbestimmung über sein Schicksal hätte entscheiden können".

Für die demokratischen und kommunistischen Kräften war das eine gefährliche Provokation, die auf die Zustimmung durch die nazistisch verhetzte Bevölkerungsmehrheit abzielte. Für die KPD/SED mußte dies bedeuten, daß sie diese provokatorische Indienstnahme des „Selbstbestimmungsrechts" durch die deutschen imperialistischen Kräfte offensiv bekämpft und von Grund auf widerlegt.

Mit dem reaktionären Geschrei nach dem „Selbstbestimmungsrecht" wird so getan, als sei vor 1945 nichts gewesen. Der imperialistische Räuber, der deutsche Imperialismus, der das Selbstbestimmungsrecht der anderen Völker mit Füßen getreten hat, der den grausamsten Raub- und Vernichtungskrieg der Weltgeschichte durchgeführt hat, beruft sich auf sein „Selbstbestimmungsrecht", um zu verhindern, daß über ihn als besiegten Räuber zu Gericht gesessen wird, um den aus seinen Verbrechen resultierenden Konsequenzen zu ent-

gehen: der Besetzung, dem zeitweiligen Verlust der politischen Unabhängigkeit, der Entnazifizierung, den Reparationen etc.

Die Gewährung des „Selbstbestimmungsrechts für Deutschland" wäre gleichbedeutend mit der politischen Unabhängigkeit Deutschlands gewesen und hätte den Abzug der Besatzungstruppen und weitere reaktionäre Konsequenzen zur Folge gehabt. Es wäre angesichts des extrem niedrigen Bewußtseinsstands der werktätigen und ausgebeuteten Massen unmittelbar nach Kriegsende ein reaktionärer, pronazistischer deutscher Staat entstanden, der sämtliche gerechten Forderungen des Potsdamer Abkommens mit Füßen getreten und sofort eine imperialistische Politik für den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus eingeleitet hätte.

Deshalb mußte klar sein, daß aus antinazistisch-demokratischer und aus kommunistischer Sicht dieses großmachtimperialistische „Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" keinerlei Berechtigung hatte.

Für die demokratischen und kommunistischen Kräfte ging es direkt nach 1945 darum, die Nazis und ihre Unterstützer diktatorisch niederzuhalten, den Nazis möglichst weitgehend die demokratischen Rechte zu entziehen, und zwar auf der Grundlage der Entziehung der politischen Selbständigkeit Deutschlands durch seine zeitweilige Besetzung, mit Hilfe von Gefängnissen, gestützt auf die Panzer, Gewehre und Soldaten der Armeen der Anti-Hitler-Koalition, vor allem der sowjetischen Streitkräfte.

Es ging aber nicht nur um die Unterdrückung und Niederhaltung der nazistischen Kräfte. Die Nazis waren bewußt und gezielt ein Bündnis mit breiten Teilen reaktionärer „deutschnationaler" Kräfte eingegangen, um ihren Masseneinfluß maximal zu erhöhen. Diese Kräfte und auch andere reaktionäre Kräfte, die zwar mit den Nazis zwischen 1933 und 1945 kein direktes Bündnis eingegangen waren, jedoch nach 1945 die Ziele der deutschen Imperialisten politisch vertraten, wie z. B. große Teile der SPD unter Führung Schumachers, waren ausdrücklich und direkt gegen das Potsdamer Abkommen eingestellt.

Auch für diese Kräfte, die das Potsdamer Abkommen im Dienste des Wiederaufstiegs des deutschen Imperialismus sabotieren wollten, gab es kein „Selbstbestimmungsrecht". Auch sie mußten diktatorisch niedergehalten werden, um den Kampf zur Vernichtung der noch

bestehenden Bestandteile des Nazifaschismus überhaupt anpacken zu können.

Die Besetzung Deutschlands und die Entziehung der politischen Souveränität war also solange notwendig, bis gewährleistet war, daß die demokratischen Kräfte in Deutschland aus eigener Kraft ein demokratisches Deutschland auf der Grundlage der diktatorischen Unterdrückung der nazistischen und anderer reaktionärer Kräfte aufbauen konnten, das sämtliche gerechten Forderungen der von den Nazis überfallenen Völker erfüllen konnte und in der Lage war, dauerhaft die Entmilitarisierung Deutschlands zu garantieren. Erst unter diesen Voraussetzungen stand die Aufhebung der Besetzung Deutschlands und die damit verbundene Rückgabe der politischen Souveränität an eine zu schaffende deutsche demokratische Regierung zur Diskussion.[57]

b) Zum Charakter der Anti-Hitler-Koalition

Die Anti-Hitler-Koalition war das militärische Bündnis zwischen der sozialistischen UdSSR einerseits und den imperialistischen Staa-

---

[57] Der Plan der sozialistischen Sowjetunion hinsichtlich der Aufhebung der Besetzung Deutschlands wurde im April 1947 bei der Ausarbeitung eines Vertrages mit den USA, England und Frankreich über die Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands kurz fixiert. Molotow faßte diesen so zusammen:

„Wenn die Verbündeten imstande sein werden zu sagen, daß in Deutschland die Erreichung der Hauptziele der Besetzung in bezug auf die Entmilitarisierung und Demokratisierung sowie auf die Erfüllung der festgelegten Reparations- und sonstigen Verpflichtungen den verbündeten Ländern gegenüber gewährleistet ist, dann soll die Besetzung aufgehoben werden." (Molotow: „Fragen der Außenpolitik", Moskau 1949, S. 477)

Was den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland betrifft, ging die Sowjetunion von folgendem Plan aus, den Molotow im Juli 1946 folgendermaßen kurz beschreibt:

„Wir sind natürlich im Prinzip für den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland, bevor aber ein solcher Vertrag abgeschlossen wird, muß eine einheitliche deutsche Regierung geschaffen werden, die demokratisch genug ist, um alle Überreste des Faschismus in Deutschland auszurotten, und verantwortlich genug ist, um allen ihren Verpflichtungen den Verbündeten gegenüber nachzukommen, darunter besonders auch den Reparationslieferungen an die Verbündeten." (Ebenda, S. 73)

ten USA und Großbritannien andererseits mit dem Ziel, den Krieg zu beenden und den Nazifaschismus zu besiegen. Zu keiner Zeit der Anti-Hitler-Koalition waren allerdings die antagonistischen Widersprüche zwischen den englischen Imperialisten, den US-Imperialisten und der sozialistischen Sowjetunion verschwunden.

Die aus diesen Widersprüchen entspringende Todfeindschaft zwischen Imperialismus und Sozialismus wurde zur Zeit des Zweiten Weltkrieges – und auch danach – lediglich nicht in Form von direkten kriegerischen Handlungen zwischen imperialistischen Ländern und dem Land des Sozialismus ausgetragen, weil andere Widersprüche, die zwischen den verschiedenen imperialistischen Großmächten USA und England auf der einen Seite, Deutschland und Japan auf der anderen Seite, in den Vordergrund traten.[58] Diese zwischenimperiali-

---

[58] Stalin erklärte 1952 in seiner Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", warum die innerimperialistischen Gegensätze während des Zweiten Weltkriegs stärker waren als der Gegensatz zwischen Imperialismus und Sozialismus, warum der Zweite Weltkrieg als Krieg zwischen verschiedenen kapitalistischen Ländern begann und nicht als Krieg des Imperialismus gegen die sozialistische Sowjetunion, obwohl es theoretisch richtig ist, daß der Gegensatz zwischen Imperialismus und Sozialismus stärker, tiefer ist als der Gegensatz im imperialistischen Lager:

„Man sagt, daß die Gegensätze zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus stärker sind als die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern. Theoretisch ist das natürlich richtig. Das ist nicht nur jetzt, in der gegenwärtigen Zeit, richtig, das war auch vor dem zweiten Weltkrieg richtig. ... Und dennoch begann der Zweite Weltkrieg nicht mit einem Krieg gegen die UdSSR, sondern mit dem Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern. Warum? Erstens, weil ein Krieg gegen die UdSSR, als das Land des Sozialismus, für den Kapitalismus gefährlicher ist als ein Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern, denn wenn es bei einem Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern nur um die Frage der Vorherrschaft dieser oder jener kapitalistischen Länder über andere kapitalistische Länder geht, so muß ein Krieg gegen die UdSSR unbedingt die Frage der Existenz des Kapitalismus selbst aufwerfen. Zweitens, weil die Kapitalisten, obwohl sie zum Zwecke der ‚Propaganda' über eine Aggressivität der Sowjetunion zetern, selbst nicht an solche Aggressivität glauben, da sie der Friedenspolitik der Sowjetunion Rechnung tragen und wissen, daß die Sowjetunion die kapitalistischen Länder nicht von sich aus angreifen wird. (...)

Natürlich verfolgten die USA und England, als sie Deutschland halfen, sich ökonomisch aufzurichten, die Absicht, Deutschland, nachdem es sich aufgerichtet hat, gegen die Sowjetunion zu lenken, es gegen das Land des Sozialismus auszuspielen. Deutschland richtete seine Kräfte jedoch in erster Linie gegen den englisch-französisch-amerikanischen Block. Und als Hitlerdeutschland der Sowjetunion den Krieg erklärte,

Fortsetzung nächste Seite

stischen Widersprüche konnte die Sowjetunion ausnützen und den USA und England weitgehende Kompromisse abringen. Also war schon zu Beginn der Anti-Hitler-Koalition klar, daß sie kein Bündnis auf Generationen zur Verwirklichung langfristiger Ziele sein konnte, sondern damit zu rechnen war, daß die USA und England sich nicht sehr lange an die gemeinsam formulierten Ziele der Anti-Hitler-Koalition halten, sondern entsprechend ihrem imperialistischen Charakter die Anti-Hitler-Koalition sprengen würden.

Insbesondere nach 1945 bekamen auch die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten USA, England und Frankreich (das der Anti-Hitler-Koalition beitrat) auf der einen Seite und den antifaschistisch und antiimperialistisch eingestellten Millionenmassen und Völkern auf der anderen Seite ein großes Gewicht für die Möglichkeit eines zumindest noch zeitweiligen Weiterbestehens der Anti-Hitler-Koalition.

Denn die imperialistischen Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition hatten sich vor allem auch unter dem Druck der weltweiten antifaschistischen Massenbewegung, insbesondere in Europa und Asien, am Kampf gegen den Nazifaschismus beteiligt.

Die werktätigen und ausgebeuteten Massen, die gegen den Nazifaschismus gekämpft hatten, waren auch nach 1945 zu großen Teilen gegen die Nazis eingestellt. Besonders in Osteuropa waren die werktätigen und ausgebeuteten Massen, die einen wichtigen Beitrag zum Kampf gegen den Nazifaschismus geleistet hatten – die Hauptlast trugen die Völker der Sowjetunion –, international eine starke Kraft für die Fortsetzung des Kampfs gegen die noch bestehenden Bestandteile des Nazifaschismus. In Asien verstanden sich vor allem die Völker Vietnams, Chinas und Koreas als Teil der weltweiten Front gegen den japanischen Faschismus und den Nazifaschismus. Diese

---

Fortsetzung der Fußnote

schloß sich der englisch-französisch-amerikanische Block nicht nur nicht Hitlerdeutschland an, sondern war im Gegenteil gezwungen, eine Koalition mit der UdSSR gegen Hitlerdeutschland einzugehen.

Folglich erwies sich der Kampf der kapitalistischen Länder um die Märkte und der Wunsch, ihre Konkurrenten abzuwürgen, praktisch als stärker denn der Gegensatz zwischen dem Lager des Kapitalismus und dem Lager des Sozialismus."
(Stalin: „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", 1952, Werke Band 15, S. 325/326)

Kräfte bestanden mit großem Nachdruck auf der vollständigen Vernichtung des Nazifaschismus. Sie forderten vehement die Beseitigung der von Deutschland bisher ausgegangenen Kriegsgefahr.

Die kapitalistischen Herrscher in den USA und in England mußten – über eigenständige imperialistische Interessen hinaus – die Kraft der internationalen antifaschistische Front, aber auch die antifaschistische Stimmung unter der „eigenen" Bevölkerung unmittelbar nach dem Sieg über den Nazifaschismus berücksichtigen, vor allem um sich bei den Völkern Osteuropas, aber auch Westeuropas „beliebt zu machen", um diese Völker dem Einfluß des Imperialismus zu unterwerfen.

Aufgrund des Wirkens dieser Widersprüche innerhalb der Anti-Hitler-Koalition entstanden besondere Bedingungen in Deutschland, die die KPD/SED analysieren und berücksichtigen mußte:

Der Osten Deutschlands wurde zur Sowjetischen Besatzungszone und von den Streitkräften der sozialistischen Sowjetunion besetzt. Der Westen Deutschland wurde von den Armeen der imperialistischen Mächte USA, England und Frankreich besetzt. Das waren völlig unterschiedliche Bedingungen des Klassenkampfes.

Die Sowjetunion hatte als sozialistisches Land grundsätzlich das Ziel, einen reaktionären Kriegsherd wie den deutschen Imperialismus zu vernichten, die kommunistischen Kräfte in Deutschland maximal zu unterstützen im Kampf zur vollständigen Vernichtung des Nazifaschismus und im Kampf für den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland als Teil der proletarischen Weltrevolution.

Die imperialistischen Mächte USA, England und Frankreich versuchten, den deutschen Imperialismus, der aufgrund des Wirkens der zwischenimperialistischen Widersprüche ihr Feind, aber im Kampf gegen die Welt des Sozialismus ihr Verbündeter und Klassenbruder war, am Leben zu erhalten, gemäß ihrer eigenen imperialistischen Interessen. Aufgrund ihres imperialistischen Charakters war klar, daß auch während des Bestehens der Anti-Hitler-Koalition reaktionäre Taten von der USA und Englands zu erwarten waren. Das bewies auch die Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Die USA und England wälzten durch die verspätete Eröffnung der zweiten militärischen Front gegen den Nazifaschismus die Hauptlast des Krieges auf die Sowjetunion ab. Dadurch sollte erreicht werden, daß nach dem Sieg über Nazideutschland der eigentliche Todfeind der Imperialisten aller

Länder, der erste sozialistische Staat der Welt, um so leichter vernichtet werden konnte.

Stalin kritisierte immer wieder öffentlich die viel zu späte Eröffnung der „zweiten Front" in Europa durch die USA und England. Er stellte klar, daß dies eine der Ursachen für die zeitweiligen Erfolge der Nazi-Armeen beim Überfall auf die sozialistische Sowjetunion war.[59]

Ein anderes Mittel der USA und Englands, die kommunistischen Kräfte innerhalb der weltweiten antifaschistischen Front zu schwächen und zu bekämpfen, war die Unterstützung reaktionärer Kräfte, die gegen die Nazis kämpften, aber auch gegen die antifaschistischen und kommunistischen Kämpferinnen und Kämpfer.

Zum Beispiel wurde die Armija Krajowa in Polen durch die USA und England mit Waffen und Geld ausgerüstet. Einheiten dieser antikommunistischen und antisemitischen Organisation massakrierten antifaschistische jüdische und kommunistische Widerstandskämpfer.[60]

---

[59] Stalin führte dazu aus:

„Womit ist die Tatsache zu erklären, daß es den Deutschen in diesem Jahr dennoch gelungen ist, die Initiative der Kriegshandlungen an sich zu reißen und an unserer Front ernste taktische Erfolge zu erringen?

Das ist damit zu erklären, daß es den Deutschen und ihren Bundesgenossen gelungen ist, alle ihre freien Reserven zusammenzuziehen, sie an die Ostfront zu werfen und an einem der Abschnitte ein großes Kräfteübergewicht zu schaffen. Es steht ganz außer Zweifel, daß die Deutschen ohne diese Maßnahmen keinen Erfolg an unserer Front hätten erringen können. (...)

Der Hauptgrund der taktischen Erfolge der Deutschen an unserer Front in diesem Jahr besteht also darin, daß das Fehlen einer zweiten Front in Europa ihnen die Möglichkeit gab, alle freien Reserven an unsere Front zu werfen und am südwestlichen Abschnitt ein großes Kräfteübergewicht zu erzielen."

(Stalin: „Der 25. Jahrestag der großen sozialistischen Oktoberrevolution, November 1942, Werke Band 14, S. 284)

[60] Zwei der größten Massaker an Einheiten der kommunistischen „Volksarmee" und der kommunistischen „Volksgarde" wurden im Dezember 1943 und Februar 1944 durchgeführt. Am 7.12.1943 vernichtete eine Einheit der Armija Krajowa die Abteilung „Zawisza Czarny" der Volksgarde, am 12.2.1944 ermordete eine andere Einheit der Armija Krajowa die Abteilung „Army Sowinski" der Volksarmee (vgl. Góra: „Sie waren mit uns", Warschau 1966).

England unterstützte in Griechenland nicht etwa die antifaschistische Befreiungsfront EAM, sondern reaktionäre monarchistische Kräfte wie das „Heilige Bataillon". Im Dezember 1944 wurden englische Truppen zur Verteidigung der griechischen monarchistischen Regierung eingesetzt. Sie führten zusammen mit den reaktionären Truppen der Regierung einen mehrwöchigen bewaffneten Kampf gegen die antifaschistischen Kämpferinnen und Kämpfer.

Auch auf der Potsdamer Konferenz wurden die Gegensätze der Anti-Hitler-Koalition offensichtlich. Bestimmte Vorschläge der Sowjetunion gingen den USA und England zu weit, waren ihnen zu sehr darauf ausgerichtet, den deutschen Militarismus wirklich in Schach zu halten. Vor allem ein Vorschlag der sozialistischen Sowjetunion wurde besonders bekämpft und schließlich aus klar imperialistischen Machtinteressen abgelehnt: die ***Kontrolle des Ruhrgebietes*** durch die USA, England und die ***Sowjetunion.***[61] So war schon auf der Potsdamer Konferenz zu sehen, daß vor allem die USA, aber auch England, die Sowjetunion ganz bewußt von der Kontrolle des wichtigsten ökonomischen Kriegspotentials des deutschen Imperialismus ausschließen wollten, weil die Sowjetunion dann effektiver gegen eine Remilitarisierung ganz Deutschlands hätte kämpfen können.

Direkt nach der militärischen Niederlage des Nazifaschismus und auch nach der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens wurden viele bekannte Nazi-Verbrecher und Zehntausende SS-Mörder, Mitglieder des SD, deutsche Nazi-Wissenschaftler, die an Naziverbrechen beteiligt waren (wie z. B. der SS-Offizier von Braun, der an der V-Raketenproduktion und damit an den Verbrechen im KZ Dora beteiligt war) mit Hilfe vor allem der imperialistischen USA ihrer gerechten Strafe entzogen.[62] Entweder wurde die Flucht nach Lateinamerika oder in den Nahen Osten organisiert, oder wichtige Nazi-Persönlichkeiten wurden von den US-Imperialisten sofort für ihre

---

[61] „Die Potsdamer (Berliner) Konferenz der höchsten Repräsentanten der drei alliierten Mächte", Moskau/Berlin 1986, S. 19.

[62] Dies wird auch in westdeutschen antinazistischen bürgerlichen Quellen entlarvt, z. B. Giefer: „Die Rattenlinie. Fluchtwege der Nazis", Eine Dokumentation, Frankfurt/M. 1991, S. 8 bzw. S. 139.

Zwecke, vor allem für die Vorbereitung des antikommunistischen Feldzugs gegen die sozialistische Sowjetunion und die osteuropäischen Volksdemokratien eingesetzt. Gewisse „Erfahrungen" der Nazis wollte man sich nicht entgehen lassen durch unnötig „strenge Entnazifizierung". Bekanntestes Beispiel dieser Zusammenarbeit ist Gehlen, der Chef des Nazi-Geheimdienstes „Ost", der seine „Fähigkeiten" in der Bekämpfung des Kommunismus direkt nach 1945 dem US-Imperialismus zur Verfügung stellte und dann in den fünfziger Jahren den BND mit Hilfe von SS- und SD-Kadern aufbaute.[63] Ein weiterer prominenter Fall ist Hermann Josef Abs, der während der Nazi-Zeit Generaldirektor der Deutschen Bank und führend an der Ausplünderung der von den Nazis besetzten Länder und am Programm der Sklavenarbeit beteiligt war. Abs wurde in Jugoslawien in Abwesenheit zu fünfzehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er wurde direkt nach 1945 „Finanzberater" des US-Imperialismus und des englischen Imperialismus in Deutschland und war schon 1950 wieder an leitender Stelle, unter anderem in der Deutschen Bank für den wiedererstarkenden deutschen Imperialismus tätig.[64]

c) Die Sowjetarmee und die deutsche Bevölkerung

Als die sowjetische Armee zum Beispiel in Sofia, der Hauptstadt Bulgariens, zusammen mit bulgarischen Partisanenverbänden einmarschierte und Bulgarien vom Nazifaschismus und seinen einheimischen Lakaien befreit war, standen am Straßenrand Massen von jubelnden Menschen, die die Sowjetarmee als Befreierin begrüßten.

Die Soldaten und Offiziere der Sowjetarmee, die 4 Jahre lang im blutigsten und grausamsten Krieg der Weltgeschichte die Nazi-Bestie zusammen mit den Armeen der Anti-Hitler-Koalition und den Partisaninnen und Partisanen verschiedener Länder besiegt hatten, die durch von den Nazis völlig zerstörte sowjetische Gebiete gezogen sind, die Bestialitäten und Grausamkeiten der Nazi-Mörder mit eige-

---

[63] Ebenda, S. 168/169.

[64] Diesen und weitere Fälle enthüllte die folgende, Mitte der 60er Jahre herausgegebene Veröffentlichung: „Braunbuch Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin", Berlin 1968, S. 36/37.

nen Augen gesehen hatten, spürten und wußten, daß die Mehrheit der werktätigen und ausgebeuteten Massen in Bulgarien in der Sowjetarmee ihren Freund und Verbündeten, ihre Befreierin sah. Die Soldaten und Offiziere spürten und wußten, daß die werktätigen Massen dort den antifaschistischen Kampf Seite an Seite mit der Sowjetarmee weiterführen würden. Ganz anders war es jedoch in Deutschland.

Die sowjetische Armee mußte sich Stadt für Stadt, Dorf für Dorf, oftmals Haus für Haus gegen fanatischen Widerstand der Nazi-Wehrmacht, der SS und des „Volkssturms", gegen HJ-Jungen mit Panzerfäusten und gegen eine fanatisierte deutsche Bevölkerung, die die bewaffneten nazistischen Kräfte oftmals direkt oder indirekt unterstützte, unter riesigen Verlusten vorkämpfen.

In Berlin war der nazistische Widerstand am erbittertsten. Haus für Haus, Stockwerk für Stockwerk mußten die sowjetischen Streitkräfte erobern. Allein im Kampf um Berlin verloren Hunderttausende Sowjetsoldaten vor dem 8. Mai 1945, dem Tag der militärischen Kapitulation des deutschen Imperialismus, ihr Leben.[65]

Auch nach der Beendigung des nazistischen militärischen Widerstandes war klar: Deutschland war für die Armeen der Anti-Hitler-Koalition Feindesland. Heckenschützen, „Werwölfe", nazistische Terrorbanden, eine zutiefst feindliche deutsche Bevölkerung mit tiefsitzenden rassistischen und antikommunistischen Vorurteilen, die die Nazis insbesondere gegen Ende des Krieges auf die Spitze getrieben hatten, indem sie propagierten, die Rote Armee wolle angeblich alle Deutschen ermorden und plane den „Untergang des europäischen Abendlandes", um die Nazi-Front gegen die vorrückende Sowjetarmee zu verstärken – das war der Alltag für die sowjetischen Streitkräfte in der SBZ direkt nach 1945.

---

[65] Der sowjetische General Schukow stellte dazu fest: „Als Teilnehmer an der Operation Berlin muß ich sagen, daß sie zu den schwierigsten des zweiten Weltkriegs gehörte. Die gegnerische Gruppierung – insgesamt rund 1 Million Mann –, die sich in der strategischen Richtung Berlin verteidigte, kämpfte erbittert, besonders an den Seelower Höhen, an den Zugängen von Berlin und in der Stadt selbst. Bei dieser abschließenden Operation hatten die sowjetischen Truppen schwere Verluste, ungefähr 300 000 Gefallene und Verwundete." (Schukow, Georgi K.: „Erinnerungen und Gedanken", Berlin 1976, S. 374)

Nachdem die Sowjetarmee die Armeen der Nazis von Stalingrad bis nach Berlin unter ungeheuren Verlusten zurückgetrieben hatte, mußten sie nach 1945 wiederum ihr Leben einsetzen, um in der SBZ die nazistischen Kräfte diktatorisch niederhalten, die wie der „Fisch im Wasser" sich in Deutschland bewegen konnten, weil sie Teil der weitgehend nazistisch verseuchten deutschen Bevölkerung waren. Für die kommunistischen Kräfte in der Sowjetarmee war klar, daß es richtig und notwendig war, den Kampf gegen die Nazis und ihre Herren, die deutschen Imperialisten, in Deutschland weiterzuführen und daß sie deshalb in Deutschland bleiben mußten, denn sie waren proletarische Internationalisten. Jedoch war auch klar, daß sie mit ihren Herzen in der sozialistischen Sowjetunion waren, wo es nach 1945 darum ging, die Zerstörungen des Nazi-Krieges zu beseitigen und weiter am Aufbau des Sozialismus zu arbeiten.

Dieses besondere Verhältnis zwischen deutscher Bevölkerung und Sowjetarmee bzw. den Genossinnen und Genossen der KPdSU(B) mußte die KPD/SED genau analysieren und in ihrer täglichen Agitation und Propaganda berücksichtigen, um auch das eigene Verhältnis zur KPdSU(B) nach 1945 richtig einschätzen zu können.

d) Über die Unmöglichkeit des „Exports der Revolution"

Ein zentrales antikommunistisches Argument der Kräfte des deutschen Imperialismus nach 1945 war die Behauptung, daß in der SBZ angeblich „eine bolschewistische Diktatur" von „einer ausländischen Macht", der Sowjetunion, errichtet worden sei. Die KPD/SED sei nur das „gehorsame Werkzeug" der KPdSU – so „argumentierten" die Antikommunisten. Gegen diese antikommunistische Hetze mußte ein Zweifrontenkampf geführt werden, einerseits gegen die falsche Vorstellung vom „Export der Revolution" und andererseits gegen die nationalistisch-revisionistische Vorstellung von einem „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" im Gegensatz zum Weg der Oktoberrevolution sowie die nationalistische Vorstellung, daß der Kampf in Deutschland nur Sache der deutschen kommunistischen Kräfte sei und deshalb die Besetzung durch die sowjetische Armee schädlich wäre.

Die KPD/SED mußte Lenins Kampf gegen diese oder ähnliche Vorstellungen nach dem Ersten Weltkrieg – unter Berücksichtigung aller Unterschiede – zum Vorbild nehmen.

Einen „Export der proletarischen Revolution", des Aufbaus des Sozialismus, in dem Sinne, daß die sowjetischen Kommunisten in Deutschland den Sozialismus durch den Zwang ihrer Waffen errichten wollten – wie die antikommunistische Reaktion in Deutschland behauptete –, war und konnte nicht das Ziel der KPdSU(B), der Sowjetunion sein. Denn das war unvereinbar mit dem wissenschaftlichen Kommunismus und dem Prinzip, daß die Befreiung des Proletariats nur das Werk des Proletariats sein kann.

Als nach dem Ersten Weltkrieg die konterrevolutionäre deutsche Sozialdemokratie unterstützt durch die internationale Reaktion in den gewaltigen antikommunistischen Chor einstimmte: „Die Bolschewiki wollen Deutschland erobern und dadurch das Sowjetsystem aufzwingen", stellte Lenin den sowjetischen Kommunisten auf dem VIII. Parteitag der KPR(B) 1919 die Aufgabe, diese Hetze zu bekämpfen:

> **„Schon behaupten die Scheidemänner von uns, wir wollten Deutschland erobern. Das ist natürlich lächerlich und unsinnig. (...) Die Bolschewiki haben, so sagt man, ein große Armee und wollen auf dem Wege der Eroberung ihren Bolschewismus nach Deutschland verpflanzen. (...) Wir müssen die Sache so anpakken, daß den deutschen Sozialverrätern die Möglichkeit genommen wird zu sagen, die Bolschewiki wollten ihr Universalsystem aufzwingen – als ob man es auf den Spitzen der Rotarmistenbajonette nach Berlin tragen könne."**
>
> (Lenin: „Bericht über das Parteiprogramm", gehalten auf dem 8. Parteitag der KPR(B), 1919, Werke Band 29, S. 158/159)

Lenin macht hier klar, daß ein „Aufzwingen" des Sozialismus durch den Einmarsch der Roten Armee in ein anderes Land, wie die Antikommunisten behaupten, unmöglich ist. Ein solcher „Export der Revolution" war und ist deshalb nicht möglich, weil die proletarische Revolution nur durch den bewußten und organisierten Kampf der Mehrheit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten eines jeden Landes unter Führung ihrer „eigenen" Kommunistischen Partei durchgeführt werden kann. Diese Aufgabe kann nur die Kommunistische Partei des „eigenen" Landes leisten – mit der möglichst weitgehenden, auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus durch-

geführten Unterstützung der kommunistischen Kräfte aller Länder –, weil nur sie sich mit den Massen wirklich verbinden kann, ihre Sorgen und Nöte am besten kennt, weil nur sie die Besonderheiten des Klassenkampfes im jeweiligen Land wirklich so berücksichtigen kann, daß der Sturz der Bourgeoisie möglich ist.

Lenin stellte als Ausgangspunkt gegen nationalistische Vorstellungen jedoch auch immer wieder klar: Die grundlegenden Erfahrungen der Oktoberrevolution, die auf dem Boden des Marxismus wissenschaftlich verallgemeinert wurden, sind in allen Ländern der Welt gültig, sind Grundlage des revolutionären Kampfes in jedem Land, um den Sieg der proletarischen Revolution zu erkämpfen. In jedem Land geht es auf dieser Basis darum, die allgemeingültigen Erfahrungen der Oktoberrevolution entsprechend den besonderen Bedingungen eines jeden Landes richtig anzuwenden. Auf der Grundlage der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus, des Leninismus, geht es weiter darum, aus den internationalen Erfahrungen und Kämpfen der revolutionären Bewegungen aller Länder maximal zu lernen.[66]

---

[66] Ein weiterer Ausgangspunkt Lenins war, daß auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus, des gemeinsamen Kampfes um die proletarische Weltrevolution gegen den Weltimperialismus, die revolutionären Bewegungen aller Länder sich gegenseitig maximal unterstützen.

Darunter verstand Lenin gerade auch, daß die Armee eines sozialistischen Landes dem Proletariat, das sich im Bürgerkrieg zum Sturz der herrschenden Klassen befindet – wenn es die Kräfteverhältnisse zulassen – zu Hilfe kommt. Lenin konkretisierte diese Idee in bezug auf eine solche Hilfe für die kommunistischen Kräfte in Deutschland 1919:

„Wenn wir stärker wären, morgen viel Getreide erhielten, die technischen Einrichtungen usw. besäßen, würden wir den Scheidemännern (der konterrevolutionären SPD, A. d. V.) nicht gestatten, die Spartakusleute niederzumachen, sondern würden sie stürzen. Aber gegenwärtig ist das eine unangebrachte Phantasie, den Weltimperialismus stürzen kann gegenwärtig unser Land allein nicht, solange die anderen Länder sich in einer Periode befinden, in der es keine Sowjetmehrheit gibt, in der in vielen Ländern Sowjets eben erst zu entstehen beginnen, und darum müssen wird den Imperialisten Zugeständnisse machen."
(Lenin: „Antwort auf schriftliche Anfragen" auf der Sitzung des Petrograder Sowjets, 12. März 1919, Werke Band 29, S. 12/13)

Lenin macht hier klar, daß es unmöglich ist, durch die Rote Armee der Sowjetmacht in Rußland allein, also von „außen", das zu erreichen, was nur durch den

Fortsetzung nächste Seite

Die Zusammenarbeit der sowjetischen kommunistischen Kräfte mit den deutschen kommunistischen Kräften basierte auch nach 1945 auf dem gemeinsamen Ziel der Vernichtung des Weltimperialismus durch die proletarische Weltrevolution und wurde auf proletarisch-internationalistischer Grundlage, der Idee der gegenseitigen maximalen Unterstützung durchgeführt. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) war das oberste Staatsorgan in der SBZ direkt nach 1945, das von führenden Genossinnen und Genossen der KPdSU(B) geleitet wurde. Es gab bei allen wichtigen Entscheidungen und Befehlen der SMAD Konsultationen und Diskussionen mit den deutschen kommunistischen Kräften. Diese Zusammenarbeit war jedoch geprägt von der Tatsache, daß die SMAD die reale politische Macht ausübte, die auf der Basis der Interessen der proletarischen Weltrevolution handelte, während die KPD/SED ihre Politik im Rahmen der Politik der SMAD durchführen mußte und konnte.

Fortsetzung der Fußnote

revolutionären Kampf im jeweiligen Land durch die Mehrheit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten erreicht werden kann, nämlich eine Mehrheit der Arbeiterklasse für die „Sowjetmacht", die Diktatur des Proletariats zu gewinnen. Ist diese entscheidende Voraussetzung durch den revolutionären Kampf im „eigenen" Land geschaffen, dann und nur dann kann auch die Rote Armee eines anderen sozialistischen Landes durch direkte militärische Hilfe etwa dem Aufstand in einem anderen Land zum militärischen Sieg verhelfen.

1920 machte Lenin entsprechend diesen Vorstellungen klar, daß es die internationalistische Pflicht des Proletariats in Rußland war, den Arbeiterinnen und Arbeitern in Polen bei ihrem entscheidenden revolutionärem Kampf um die Errichtung von Sowjets der Arbeiter und Bauern zu Hilfe zu kommen, wenn es möglich ist durch die militärische Besetzung Polens (das Rußland überfallen hatte) durch die Rote Armee. Aufgrund der nicht ausreichenden Kräfte der jungen sozialistischen Sowjetrepublik und vorübergehender militärischer Niederlagen im Bürgerkrieg gegen die imperialistische Intervention konnte dieser Plan jedoch nicht durchgeführt werden:

„Als unsere Kräfte, wie Sie wissen, nicht ganz ausreichten, um bis Warschau vorzurücken und die Macht den Warschauer Arbeitern zu übergeben, um in Warschau Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten zusammenzurufen, um ihnen zu sagen: ‚Wir sind euch zu Hilfe zukommen', als die Armee nach unerhörten und beispiellosen heroischen Anstrengungen alle ihre Kräfte erschöpft hatte – da trat die militärische Niederlage ein."

(Lenin: „Rede auf dem Verbandstag der Arbeiter und Angestellten der Lederindustrie", 1920, Werke Band 31, S. 301)

3. Zur Mitschuld der werktätigen und ausgebeuteten Massen an den Nazi-Verbrechen und zur Notwendigkeit von Reparationen

In kaum einer Frage wurde und wird von den bürgerlichen Ideologen soviel Demagogie betrieben und Verwirrung gestiftet wie in der Frage der Mitschuld der deutschen Bevölkerung an den Verbrechen des Nazifaschismus. Gerade die diversen Pseudomarxisten lassen es so erscheinen, als widerspräche die Feststellung der Mitschuld, insbesondere der werktätigen und ausgebeuteten Massen, der marxistischen klassenmäßigen Herangehensweise. Demagogisch behaupten sie, man müsse die Schuld der herrschenden Klasse herausstellen, man könne doch nicht den Kommunisten, die von den Nazis in die Gefängnisse und KZs geworfen wurden, ebenfalls eine Mitschuld an den Verbrechen des Nazifaschismus geben.

Bei der Entlarvung dieser Demagogie handelt es sich um Kernfragen, die für die Politik der Kommunistischen Partei in Deutschland direkt nach 1945 glasklar sein mußten bzw. auch heute sein müssen, will sie die Millionenmassen der Ausgebeuteten für den Kampf gegen die noch bestehenden Bestandteile des Nazifaschismus, für den Sieg über den deutschen Imperialismus, für die Diktatur des Proletariats gewinnen.

Grundsätzlich gilt, was Friedrich Engels, der Mitbegründer des wissenschaftlichen Kommunismus, bereits 1848 schrieb:

> **„Die Schuld der mit Deutschlands Hülfe in andern Ländern verübten Niederträchtigkeiten fällt nicht allein den Regierungen, sondern zu einem großen Teil dem deutschen Volke selbst zur Last. Ohne seine Verblendungen, seinen Sklavensinn, seine Anstelligkeit als Landsknechte und als ‚gemütliche' Büttel und Werkzeuge der Herren ‚von Gottes Gnaden' wäre der deutsche Name weniger gehaßt, verflucht, verachtet im Auslande..."**
> (Engels: „Auswärtige deutsche Politik", „Neue Rheinische Zeitung" Nr. 33, 3. Juli 1848, Marx/Engels Werke Band 5, S. 155, als Zitat auch angeführt in: Autorenkollektiv: „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum", S. 54)

Marx ging davon aus, daß der erste Schritt zur Anerkennung der Mitschuld der werktätigen und ausgebeuteten Massen an den Verbrechen der herrschenden Klassen Deutschlands die Entwicklung einer Art Scham im Gegensatz zu einem insbesondere in Deutschland tief verwurzelten reaktionären Nationalstolz war. Marx betonte:

> **„Ich antworte: Die Scham ist schon eine Revolution... Scham ist eine Art Zorn, der in sich gekehrte. Und wenn eine ganze Nation sich wirklich schämte, so wäre sie der Löwe, der sich zum Sprunge in sich zurückzieht. Ich gebe zu, sogar die Scham ist in Deutschland noch nicht vorhanden; im Gegenteil, diese Elenden sind noch Patrioten."**
> (Marx: „Briefe aus den Deutsch-Französischen Jahrbüchern", 1843, Marx/Engels Werke Band 1, S. 337)

Daraus folgt, daß dem Proletariat bewußtgemacht werden muß, daß es gerade auch nach dem Sturz der Bourgeoisie vor der Aufgabe steht, maximalen Ausgleich zu schaffen für die unter der Herrschaft des Imperialismus begangenen Verbrechen. Ohne dieser Verpflichtung in der Tat nachzukommen, ist an den proletarisch-internationalistischen Zusammenschluß mit den vom deutschen Imperialismus unterdrückten Völkern auf dem Weg zum vertrauensvollen, freiwilligen Verschmelzen der Nationen im Kommunismus nicht zu denken. Engels hat programmatisch festgestellt, was für ein zukünftiges sozialistisches, aber auch direkt nach 1945 für ein von der KPD/SED geführtes demokratisches Deutschland Gültigkeit hatte:

> **„Nun aber steht hinter dem offiziellen Deutschland das sozialistische Deutschland, die Partei, der die Zukunft, die nahe Zukunft des Landes gehört. Sobald diese Partei an die Herrschaft kommt, kann sie diese weder ausüben noch festhalten, ohne die Ungerechtigkeiten wiedergutzumachen, die ihre Amtsvorgänger gegen andre Nationen begangen."**
> (Engels: „Der Sozialismus in Deutschland", 1891, Marx/Engels Werke Band 22, S. 253, als Zitat auch enthalten in: Autorenkollektiv: „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum", S. 82)

Dies alles gilt in besonderem Maße für die Verbrechen des Nazifaschismus, an denen die werktätigen und ausgebeuteten Massen, die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter eine Mitverantwortung, einen bedeutenden Teil Mitschuld haben. Warum war das so?

Als erstes muß klargestellt werden: „Die Nazis" – das waren nicht nur die „reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten

imperialistischen Elemente des Finanzkapitals", die die offen terroristische Diktatur des deutschen Finanzkapitals, den Nazifaschismus errichtet hatten, wie Georgi Dimitroff auf dem 7. Weltkongreß der Komintern 1935 richtig ausführte, sondern das war gerade auch eine nazistische „Volks"-Bewegung riesigen Ausmaßes. Nazis und deutsche Bevölkerung ohne Überschneidung ausgerechnet als sich ausschließende Gegensätze hinzustellen, genau das war und ist eben falsch.

Eines der wesentlichen Merkmale des Nazifaschismus war, daß er sich in Deutschland auf eine breite ***Massenbasis*** von Millionen von verhetzten Werktätigen stützen konnte.

Dieser Einfluß bestand nicht nur ideell, im Bewußtsein dieser Massen, wobei der gigantische Nazi-Propagandaapparat eine enorme Bedeutung hatte. Die Nazis haben diesen Einfluß organisatorisch verankert, indem sie eine Vielzahl von nazistischen Massenorganisationen geschaffen hatten, welche breite Massen der Werktätigen von der Kindheit („Pimpfe") über die Jugend („Hitlerjugend" inklusive „Bund deutscher Mädchen") bis zum Erwachsenenalter in allen gesellschaftlichen Bereichen erfaßte („Deutsche Arbeitsfront" usw.). Allein die Nazi-Partei hatte auch 1938 schon mehrere Millionen Mitglieder, die SA zwei Millionen, die SS 250000 bis 300000. In der HJ war ab einem bestimmten Alter die gesamte von den Nazis als „gesund und arisch" eingestufte deutsche Jugend organisiert, 1939 ca. 12,5 Millionen. Paul Merker, Mitglied des ZK der KPD, berechnete für das Jahr 1939 fünf bis sechs Millionen Nazi-Funktionäre. Es ist sicherlich nicht übertrieben, was Paul Merker über die Situation im Jahr 1939 geschrieben hat:

> „Die Gesamtzahl der unter dem Einfluß der NSDAP Gestandenen dürfte im Jahre 1939 mindestens 22,5 Millionen betragen haben oder 50 Prozent der erwachsenen deutschen Bevölkerung von 45 Millionen. Und auch von den restlichen 50 Prozent waren bei weitem nicht alle bewußt antinazistisch gesinnt."[67]

Also: Die Nazis hatten Massenorganisationen mit über zwölf Millionen Mitgliedern, die Nazi-Partei hatte 1938 mehrere Millionen

---

[67] Merker: „Das Dritte Reich und sein Ende", Band 2, Mexiko 1945, Frankfurt/M. 1972, S. 55.

Mitglieder, die Nazis hatten fanatischen und begeisterten Massenanhang in allen Schichten der deutschen Bevölkerung!

Daraus ergeben sich drei zentrale Schlußfolgerungen:

1) Dem deutschen Imperialismus war es gelungen – durch chauvinistische Verhetzung und Terror, durch Schmeichelei bzw. Bestechung –, eine noch nie dagewesene Massenverankerung bei der Niederschlagung der Arbeiterbewegung, für den Raubkrieg gegen andere Völker, für die Hetze und Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung sowie gegen Sinti und Roma bis hin zum Völkermord zu erreichen. Diese Massenverankerung war so weitgehend, daß die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Nazis die Treue bewahrte, zumindest bis sie den Krieg für endgültig verloren hielt.

2) Die werktätigen und ausgebeuteten Massen haben die Nazi-Verbrechen nicht verhindert. Abgesehen davon, daß die große Mehrheit sich entweder direkt daran beteiligte oder sie guthieß oder nichts dagegen unternahm – sie waren insgesamt nicht in der Lage, die Naziführung zu stürzen und den Krieg von sich aus zu beenden. Der Nazifaschismus mußte ***„von außen"***, durch den bewaffneten Kampf der anderen Völker, durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition, voran die sowjetische Armee, durch den Partisanenkampf und Aufstände in den von den Nazis besetzten Ländern zerschlagen werden.

3) Große Teile der werktätigen und ausgebeuteten Massen haben von den Nazi-Verbrechen profitiert. Abgesehen davon, daß sich ein großer Teil direkt bereicherte, bei der „Arisierung", bei Plünderungen, bei der Verteilung der Kriegsbeute – auch insgesamt war die deutsche Bevölkerung Nutznießer der Verbrechen des deutschen Imperialismus. Der Masse der deutschen Werktätigen ging es eben besser als den von der Naziarmee überfallenen Völkern. Ihre Lebensbedingungen waren aufgrund der Ausplünderung der überfallenen Völker wesentlich besser, im Vergleich beispielsweise zur sowjetischen Bevölkerung sogar noch nach Kriegsende. Sie waren von Kriegsschäden überhaupt erst in der Schlußphase des Krieges betroffen, und auch dann in geringerem Ausmaß.[68]

---

[68] Selbst die bewußtesten deutschen Kommunistinnen und Kommunisten konnten sich dem nicht entziehen, wenn sie von den Nazis als „arische Deutsche" eingestuft wurden – und zwar bis hinein in die KZs, wo von den Nazis als „arische Deutsche"

Fortsetzung nächste Seite

Aus all diesen Gründen war es völlig gerechtfertigt, daß die deutsche Bevölkerung ***größtmöglichen Ausgleich für diese Verbrechen*** schaffen mußte, Reparationen an die Opfer des Nazifaschismus zu leisten hatte.

Die Kommunistische Partei trägt für diesen größtmöglichen Ausgleich eine besondere Verantwortung. Dies gilt nicht nur für die Verbrechen des Nazifaschismus, sondern darüber hinaus für die ganze ungebrochene Kette von Verbrechen des deutschen Imperialismus in allen Teilen der Welt. Sie mußte den Kampf für Reparationen und Entschädigungen schon vor dem Sturz der deutschen Bourgeoisie führen, also direkt nach 1945. Und gerade nach dem Sturz der deutschen Bourgeoisie, der Zerschlagung des deutschen Imperialismus, wird das revolutionäre Proletariat den vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völkern maximale Reparationen und darüber hinaus maximale Hilfe überhaupt leisten, gemäß deren Bedingungen und Forderungen.

Die Anerkennung der Mitschuld der ausgebeuteten und werktätigen Massen an den Nazi-Verbrechen in der Tradition von Marx und Engels waren also als Ausgangspunkt des Kampfs gegen den Nazifaschismus unerläßlich.

Die Mitschuld galt es auf der Basis der klassenmäßigen Differenzierung herauszuarbeiten:

Zweifellos trägt die Hauptschuld an den Naziverbrechen der deutsche Imperialismus, die deutsche Monopolbourgeoisie insgesamt. Dies schließt die Hauptrepräsentanten der Politik des Nazifaschismus, die Nazi-Führer und den Generalstab der Nazi-Wehrmacht etc. als Teil der herrschenden Klasse mit ein.

Danach folgen die Hunderttausenden, die sich direkt daran beteiligten: die KZ-Schergen, die Henker und Folterer, Soldaten, welche die unglaublichsten Greuel und Verbrechen begangen haben.

Dann ist da die Mehrheit der Nazi-Anhänger, die diese Verbrechen unterstützten und sie guthießen, daran direkt profitierten.

Fortsetzung der Fußnote

eingestufte Kommunisten und Kommunistinnen von den Nazis bewußt „privilegiert" wurden.

Es folgt die große Masse derjenigen, die mit diesem oder jenem Verbrechen der Nazifaschisten nicht einverstanden waren, sie jedoch aus Feigheit duldeten und nichts dagegen unternahmen.

Und schließlich sind da diejenigen, z. B. Anhänger von SPD und KPD, die den Nazifaschismus und seine Verbrechen zwar ablehnten, aber nicht die Kraft und Prinzipienfestigkeit besaßen, sich in den aktiven Widerstand einzureihen.

Dem gegenüber steht der organisierte antinazistische Widerstand (und auch einzelne individuelle Handlungen des Widerstandes) jener Minderheit der deutschen Bevölkerung, die aktiv gegen den Nazifaschismus gekämpft hat und damit die Lebenslüge, „man konnte doch nichts machen", widerlegt hatte.

Die Hoffnung der weltweiten antinazistischen Kräfte auf einen Aufstand in Nazideutschland mit dem Ziel des Sturzes des Nazi-Regimes hatte sich nicht erfüllt. Die unbestreitbare Wahrheit ist, daß der Widerstand innerhalb Deutschlands viel zu schwach und viel zu gering war. Die Tatsache, daß es aber diese kleine Minderheit gab und daß sie so klein blieb, macht das ganze Ausmaß der historischen Schuld der werktätigen und ausgebeuteten Massen erst richtig deutlich.

Die KPD hat einen opferreichen, heroischen Kampf gegen den Nazifaschismus geführt, der gegen die diversen antikommunistischen Verleumdungen verteidigt und propagiert werden mußte und muß. Zugleich hat die KPD in der Theorie und in der Praxis des Kampfes gegen den Nazifaschismus auch eine Reihe von folgenschweren Fehlern gemacht, woraus sich eine zusätzliche Mitverantwortung ergibt. Diese Fehler mußten in scharfer Abgrenzung von allen rechtsopportunistischen oder offen antikommunistischen Attacken umfassend selbstkritisch analysiert werden. Dabei durfte keinesfalls der große historische Unterschied zu den allermeisten Führern der Sozialdemokratie verwischt werden, die in der Zeit vor 1933 mit ihrer antikommunistischen, proimperialistischen Politik den Nazifaschisten den Weg bereiteten und die Spaltung der notwendigen antifaschistischen Einheit betrieben hatten.

II. Die Abkommen und Maßnahmen der Alliierten als Rahmenbedingung für den Kampf der KPD/SED

1. Das Potsdamer Abkommen

a) Zum Charakter des Potsdamer Abkommens

Von Ende Juli bis zum 2. August 1945 trafen sich in Potsdam die Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition, die Vertreter der sozialistischen Sowjetunion, der USA und Englands. Die antifaschistisch und fortschrittlich eingestellte Welt blickte auf dieses Treffen. Die antifaschistischen Kämpferinnen und Kämpfer, die ihr Leben im Kampf gegen die Nazis eingesetzt hatten, erwarteten, daß dort, vor allem wegen der Teilnahme der sozialistischen Sowjetunion und Stalins, entscheidende Weichen zur Vernichtung der noch bestehenden Bestandteile des Nazifaschismus gestellt werden würden.

Es gelang den Vertretern der sozialistischen Sowjetunion, den imperialistischen Teilnehmern der Potsdamer Konferenz weitgehende Zugeständnisse abzuringen.

Als grundlegende Ziele der Politik der Anti-Hitler-Koalition in Deutschland wurde im Potsdamer Abkommen folgendes festgelegt:

> **„Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten werden in Übereinstimmung miteinander in**

der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen treffen, die notwendig sind, damit Deutschland nie wieder seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk[69] zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben im weiteren auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf dieses Ziel gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, mit der Zeit einen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“[70]

Das Potsdamer Abkommen stellte sich die Aufgabe, den „deutschen Militarismus und Nazismus“ „auszurotten“, also zu vernichten. Dies sollte jedoch nicht nur durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition verwirklicht werden, sondern das Potsdamer Abkommen stellte klar, daß es darum ging, daß das „deutsche Volk“ selbst für die Erfüllung dieser Aufgabe kämpft, das heißt für ein demokratisches Deutschland.

Diese demokratische Zielsetzung des Potsdamer Abkommens war eine wichtige Waffe für die kommunistischen Kräfte, barg aber auch ein Problem in sich, das bewußt sein mußte.

Der Nazismus und deutsche Militarismus konnte letztendlich von der Wurzel her nur durch die proletarische Revolution vernichtet werden. Das Potsdamer Abkommen hatte aber nicht das Ziel, das kapitalistisch-imperialistische System in Deutschland zu beseitigen – was sich allein schon aus der Tatsache ergibt, daß drei imperialistische Staaten dieses Abkommen mit unterzeichnet hatten (und wie beschrieben, die proletarische Revolution ohnehin nicht exportiert werden kann).

---

[69] Zur Problematik des Begriffs „deutsches Volk“ siehe S. 191 ff in dieser Nummer.

[70] „Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945“, Nachdruck Georgi Dimitroff, Frankfurt/M., ohne Jahr, S. 6. Alle weiteren Zitate aus dem Potsdamer Abkommen nach dieser Ausgabe.

Jedoch war das Potsdamer Abkommen deshalb keineswegs eine Vereinbarung, die von den deutschen Imperialisten leicht akzeptiert werden konnte und bloß reformistische Illusionen in eine „Vernichtung des Nazismus" ohne proletarische Revolution schürte. Das Potsdamer Abkommen traf mit seinen Forderungen und Beschlüssen sehr weitgehend zentrale Interessen der deutschen Imperialisten und war ***eine zentrale Waffe im Kampf der kommunistischen Kräfte gegen den deutschen Imperialismus.***

Erstens entstanden ***entscheidende Rahmenbedingungen für die Errichtung eines demokratischen Deutschland, in dem die Nazis diktatorisch unterdrückt werden konnten.*** Dieses demokratische Deutschland, davon ging das Potsdamer Abkommen zu Recht aus, konnte nur geschaffen werden durch den demokratischen Kampf der Mehrheit der deutschen Bevölkerung, den das Potsdamer Abkommen forderte und unterstützte.

Zweitens ging es darum, den deutschen Imperialismus weitgehend zu schwächen und zu kontrollieren, verbunden mit dem Ziel, ***den Kriegsherd Deutschland auszuschalten.*** In diesem Sinne wurden dann die konkreten Beschlüsse des Potsdamer Abkommens formuliert.

Die antinazistischen, antimilitaristischen und demokratischen Forderungen des Potsdamer Abkommens hatten zwar nicht das Ziel, den Kapitalismus in Deutschland zu vernichten, sie ermöglichten jedoch, den Kampf in eine antikapitalistische Richtung zu führen und waren deshalb eine wichtige Waffe der kommunistischen Kräfte nicht nur im demokratischen Kampf, sondern auch für ihre kommunistische Propaganda. Denn sie gaben einen Anstoß zu diskutieren, was denn zu tun ist, um wirklich tiefgehend die Wurzeln des Nazismus zu vernichten, boten die Möglichkeit bewußtzumachen, daß dafür der antinazistisch-demokratische Kampf und die Umsetzung des Potsdamer Abkommens allein nicht ausreichen, daß es dazu der sozialistischen Revolution bedarf.

Drittens. Die Erklärung „Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben im weiteren auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage wiederaufzubauen" enthält einen weiteren Kernpunkt des Potsdamer Abkommens. Es ging darum, daß die deutsche Bevölkerung direkt nach 1945 auf der Basis der diktatorischen Unterdrückung der Nazis

durch die alliierten Armeen lediglich ***die Möglichkeit*** bekam, sich auf die selbständige Errichtung eines demokratischen Staates ***vorzubereiten,*** daß es also keineswegs darum ging, daß die deutsche Bevölkerung direkt nach 1945 schon das Recht bekam, freie Wahlen durchzuführen, um eigenständig eine neue deutsche Regierung einzusetzen. Der Grund war, daß dieses Recht nach zwölf Jahren Nazifaschismus dazu geführt hätte, daß eben gerade nicht ein demokratischer Staat errichtet worden wäre, sondern ein reaktionärer, pronazistischer deutscher Staat. Erst wenn die deutsche Bevölkerung durch Taten, durch ihre „unablässige Anstrengung" bewiesen hatte, daß sie auf der Grundlage der durch die alliierte Besetzung Deutschlands geschaffenen demokratischen Verhältnisse in der Lage war, eigenständig einen demokratischen Staat zu errichten, erst dann sollte sie auch das Recht dazu erhalten. Diese Tatsachen mußte die KPD/SED immer wieder herausstellen, um dem Druck reaktionärer Kräfte wirkungsvoll zu begegnen, die mit der Forderung „Freie Wahlen für Deutschland" versuchten, die kommunistischen Kräfte als „undemokratisch" hinzustellen.

Aufgrund dieses Charakters des Potsdamer Abkommens war es unvermeidlich, daß die reaktionären Hetzer des deutschen Imperialismus von Anfang an über dieses Abkommen herfielen und Dutzende von Lügen zu erfinden begannen, die alle dazu dienten, die deutsche Bevölkerung gegen das Potsdamer Abkommen aufzubringen und die imperialistischen Herren davor zu schützen, daß es in Deutschland umgesetzt werden würde.

b) Die zentralen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zur Entnazifizierung auf militärischem, politischem, ökonomischem und ideologischem Gebiet

Auf militärischem Gebiet

Ein erklärtes Ziel des Potsdamer Abkommens war es, den Nazifaschismus und Militarismus „auszurotten", das heißt zu vernichten. Dies konnte nur erreicht werden, wenn die folgende Aufgabenstellung konsequent durchgeführt würde:

„Völlige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands..."[71]

Der erste Schritt hierzu war, die Waffen und bewaffneten Kräfte des Nazifaschismus unter die Kontrolle der alliierten Armeen zu bringen. Denn die Machtübernahme in Deutschland durch die alliierten Armeen war zuallererst eine Frage der militärischen Macht, denn die politische Macht kommt, wie Mao Tse-tung richtig ausführte, aus den Gewehrläufen.

Deshalb mußten sofort sämtliche militaristischen und bewaffneten Organisationen des Nazifaschismus aufgelöst und entwaffnet sowie sämtliche Waffen der bewaffneten Kräfte des deutschen Imperialismus entweder zerstört oder durch die Alliierten in Besitz genommen werden. Ebenfalls sollten alle Organisationen, die der Erhaltung des deutschen Militarismus dienten, völlig aufgelöst werden. Entsprechende Beschlüsse wurden im Potsdamer Abkommen fixiert (S. 7).

Auf politischem Gebiet

Die Nazi-Partei und ihre Organisationen hatte sich in der Zeit von 1933 bis 1945 in allen Bereichen der deutschen Gesellschaft festgesetzt. Sie waren das zentrale Instrument zur Bindung der deutschen Bevölkerung an den Nazifaschismus, sie waren ein wesentlicher Teil des Nazi-Staatsapparates. Nicht nur die NSDAP, auch die „Deutsche Arbeitsfront" (DAF), die nazistische „Gewerkschaft", die HJ oder der BDM, der Nazi-Beamten- oder Lehrerbund usw. mußten vernichtet sowie sämtliche nazistischen Ämter des Beamtenapparates in Deutschland mußten nach 1945 aufgelöst werden als erster Schritt der Vernichtung der Bestandteile des Nazifaschismus auf politischem Gebiet. Entsprechende Beschlüsse wurden im Potsdamer Abkommen fixiert:

„Die nationalsozialistische Partei, ihre Zweigeinrichtungen und die von ihr kontrollierten Organisationen sind zu vernichten; alle nazistischen Einrichtungen sind aufzulösen, es sind Si-

---

[71] „Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945", Nachdruck Georgi Dimitroff, Frankfurt/M., ohne Jahr, S. 7. Sofern nicht anders angegeben beziehen sich die weiteren Seitenzahlen in diesem Abschnitt auf diese Ausgabe.

cherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wiedererstehen können...“ (S. 7)

Ein wichtiges Kennzeichen des Nazifaschismus war es, daß er nicht nur bestimmte Machtbefugnisse seiner Organisationen, z. B. der Nazi-Partei, sondern auch Verbrechen juristisch legitimiert und festgeschrieben hat. Nazi-Gesetze sollten die deutsche Bevölkerung von der „Rechtmäßigkeit“ der Nazi-Diktatur und der Nazi-Verbrechen überzeugen und insgesamt dem Nazi-System eine rechtsstaatliche Legitimität verleihen.

Es galt, alle Nazi-Gesetze nach 1945 zu beseitigen; es ging darum, neue demokratische, antirassistische Gesetze zu erlassen. Dieser Beschluß wurde ebenfalls im Potsdamer Abkommen festgehalten und konnte auch ohne größere Schwierigkeiten verwirklicht werden:

„Alle nazistischen Gesetze, die die Grundlage für das Hitlerregime geschaffen oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse,[72] Religion oder politischer Überzeugung festgelegt haben, müssen außer Kraft gesetzt werden.“ (S. 8)

Wenn die nazistischen Organisationen zerschlagen, die nazistischen Gesetze beseitigt waren, dann waren damit allerdings noch keineswegs auch die Personen verschwunden, die die Nazi-Verbrechen geplant und durchgeführt hatten, die die aufgelösten Nazi-Organisationen angeführt hatten oder deren „einfache“ Mitglieder waren. Wie sollte man diese in die Millionen gehenden Teile der deutschen Bevölkerung behandeln?

Auf dieses große Problem der Entnazifizierung ging das Potsdamer Abkommen sehr differenziert ein.

1. Aufgabe: Inhaftierung und Aburteilung aller Nazi-Kriegsverbrecher sowie ihrer Unterstützer

Einer der ersten Aufgaben, die es nach der militärischen Niederlage des Nazifaschismus in Deutschland durchzuführen galt, war die Inhaftierung und gerechte Bestrafung aller, die an Naziverbrechen be-

---

[72] Im Kontext ist hier klar, daß es um die Beseitigung aller Gesetze ging, denen der „Rasse“-Begriff der Nazis zugrunde lag. Wollte man allgemein demokratisch formulieren, müßte es heißen, daß jede Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe und der Herkunft zu beseitigen ist.

teiligt waren, egal ob sogenannte „große" Nazis oder Nazianhänger oder die sogenannten „kleinen" Helfershelfer, die an Nazi-Verbrechen beteiligt waren und ohne die die Nazigreuel niemals hätten durchgeführt werden können.

Die Hauptkriegsverbrecher, also die noch lebenden Naziführer wie Göring, Rosenberg, Heß etc., die Vertreter des deutschen Finanzkapitals wie Flick, Krupp, Abs etc., das Oberkommando der nazifaschistischen Wehrmacht, Keitel und Jodl etc., sollten von den Alliierten gemeinsam in einem Prozeß, dem Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, der dann im November 1945 in Nürnberg eröffnet wurde, angeklagt und abgeurteilt werden:

> **„VII. Über Kriegsverbrecher (...)**
>
> **Die drei Regierungen (der Anti-Hitler-Koalition A. d. V.) bekräftigen ihre Absicht, diese Verbrecher einer schnellen und gerechten Aburteilung zuzuführen. Sie hoffen, daß die Verhandlungen in London zu einer schnellen Vereinbarung führen, die diesem Zweck dient, und sie betrachten es als eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit, daß der Prozeß gegen diese Hauptverbrecher zum frühestmöglichen Zeitpunkt beginnt." (S. 14)**

Was mit den anderen Nazi-Kriegsverbrechern und ihren Helfern geschehen sollte, legte das Potsdamer Abkommen ebenfalls eindeutig fest:

> **„5. Kriegsverbrecher und jene, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen teilgenommen haben, die Greueltaten oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder zum Ergebnis hatten, sind zu verhaften und *vor Gericht zu stellen.*" (S. 8)**

Das Potsdamer Abkommen stellt hier klar, daß nicht nur die Nazi- und SS-Größen sowie die Generäle der nazifaschistischen Wehrmacht, die Führungsspitzen von I. G. Farben, Daimler-Benz und der Deutschen Bank etc., die für die Planung und Ausführung von Kriegsverbrechen verantwortlich sind, verhaftet, vor Gericht gestellt und abgeurteilt werden müssen, sondern alle, die direkt oder indirekt an der Planung oder Verwirklichung von Nazi-Kriegsverbrechen beteiligt waren.

2. Aufgabe: Verhaftung und Internierung von Nazi-Funktionären sowie aller Personen, die die Umsetzung des Potsdamer Abkommens bekämpfen

Es gab in Deutschland nicht nur Nazi-Kriegsverbrecher und ihre Unterstützer, die sofort ausgemacht werden konnten. Es gab auch Hunderttausende von Nazis und Nazi-Kollaborateuren, die aktiv die Nazi-Politik unterstützt bzw. mitgestaltet hatten, bei denen es aber schwierig war, sofort die Beteiligung an Naziverbrechen nachzuweisen. Hinzu kamen diejenigen, die nicht direkt in Nazi-Verbrechen verwickelt waren. Diese in die Hunderttausende gehenden Nazi-Kräfte mußten zuerst verhaftet und interniert werden, um dann, wenn entsprechende Gesetze geschaffen und Untersuchungen eingeleitet waren, insbesondere auch durch den im November 1945 beginnenden Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, diejenigen, die in Verbrechen verwickelt waren, aburteilen zu können. Insbesondere betraf dies die große Zahl der nazistischen Funktionäre der Nazi-Partei, die allein 600000 Personen umfaßte.[73]

Das Potsdamer Abkommen legte hierzu folgendes fest:

> **„Nazistische Führer, einflußreiche Nazianhänger und das leitende Personal der nazistischen Einrichtungen und Organisationen sowie alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren."** **(S. 8)**

Nach 1945 gab es nicht nur Nazi-Kräfte, sondern auch reaktionäre Kräfte, proimperialistische Kräfte, die zwar nicht offen pronazistisch waren, wie z. B. Teile der SPD unter Führung Schumachers, die aber gegen das Potsdamer Abkommen eingestellt waren. Gegen all diese Kräfte, gegen alle, „die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind", mußten Mittel und Wege gefunden werden, um zu gewährleisten, daß sie die Umsetzung des Potsdamer Abkommens nicht bekämpfen konnten.

Jede Person, ob nun ein Nazi, der rassistische, antisemitische Propaganda betrieb, jedes SPD-Mitglied, das gegen die Oder-Neiße

---

[73] „Das Urteil von Nürnberg 1946", München 1979, S. 140.

Grenze hetzte, alle, die für die Besatzungspolitik der Anti-Hitler-Koalition gefährlich waren, mußten verhaftet und interniert werden. Diese Beschlüsse waren wichtig für den Kampf gegen die illegale Nazi-Bewegung und andere reaktionäre Kräfte des deutschen Imperialismus. Nur die Möglichkeit der sofortigen und schnellen Internierung stellte ein ausreichendes Mittel dar, um die illegale Nazi-Bewegung, jede sich entwickelnde reaktionäre Bewegung gegen die Besatzungspolitik schon im Keim zu ersticken.

3. Aufgabe: Säuberung aller aktiven Mitglieder der Nazi-Partei und aller gegen das Potsdamer Abkommen eingestellten Personen aus staatlichen und wirtschaftlichen Positionen

Im Potsdamer Abkommen heißt es weiter:

> **„Alle *Mitglieder der nazistischen Partei,* die *mehr als nominell*[74] an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, *sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Dienst* und von verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen *zu entfernen.* Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, die nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften für fähig befunden werden, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken." (S. 8)**

Das Potsdamer Abkommen legte fest, daß alle aktiven Mitglieder der Nazi-Partei, alle, die gegen die Ziele und Beschlüsse der Potsdamer Konferenz feindlich auftraten, aus allen staatlichen Organisationen oder Einrichtungen wie Schule, Gerichtswesen, Polizei etc. und von verantwortlichen Positionen in wichtigen nichtstaatlichen Einrichtungen zu entfernen sind.

Direkt nach 1945 war es nicht überraschend, daß alle Nazis versuchten, sich reinzuwaschen, sich als lediglich nominelle Mitglieder der Nazi-Partei oder anderer Nazi-Organisationen hinzustellen. Um dies zu erreichen wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt – von angeblichen Zeugen, die die nominelle Mitgliedschaft belegen sollten,

---

[74] Zu den sogenannten „nominellen Nazis" vgl. auch im Teil C. den Abschnitt II. „Zunehmende Kompromisse mit den ‚kleinen' Nazis", S. 231 ff.

bis hin zu Bestechung, Betrug, Vernichtung von Beweisen etc. in größtem Ausmaß. Es bestand also die Schwierigkeit, die wirklich nominellen Mitglieder von den Nazis zu unterscheiden, sich als angeblich nominelle Mitglieder tarnende Nazis zu entlarven und zu verhindern, daß sich Nazis massenhaft in wichtigen staatlichen und nichtstaatlichen Positionen festsetzen konnten.

Ein weiteres Problem war es, die Nazis durch antinazistisch eingestellte Kräfte zu ersetzen, wie es das Potsdamer Abkommen forderte. Denn es gab direkt nach 1945 nur sehr wenige wirklich antinazistische Fachkräfte, die verantwortliche staatliche und nichtstaatliche Positionen auf ökonomischem und politischem Gebiet aufgrund ihrer Qualifizierung hätten einnehmen können, weil erstens die Nazis gerade in diesen Schicht einen sehr großen Einfluß hatten und weil zweitens die Ausbildung von demokratischen Fachkräften auf diesem Gebiet gerade erst begonnen hatte.

Für die diktatorische Unterdrückung der Nazis und die Säuberung des Staatsapparates legte das Potsdamer Abkommen völlig richtig den Rahmen fest. Die konkrete Praxis und Planung der Entnazifizierung (mit Ausnahme des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses) mußte in den einzelnen Besatzungszonen selbst, unter Führung und Kontrolle der jeweiligen alliierten Armee und mit Unterstützung der deutschen antinazistischen und kommunistischen Kräfte durchgeführt werden.

Auf ökonomischem Gebiet

Vernichtung des ökonomischen Kriegspotentials des deutschen Imperialismus – Vernichtung der übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft der Monopole des deutschen Imperialismus

Die Fähigkeit des deutschen Imperialismus, Raubkriege zu führen, war vor allem auch dadurch gegeben, daß er die notwendigen Kriegsprodukte, Waffen und anderes aus eigener Kraft herstellen konnte und damit ein eigenständiger Kriegsherd war. Ohne entsprechende Waffenproduktion, ohne ausreichende Stahlproduktion, ohne eine entsprechende Chemie- und Maschinenbauindustrie etc. war der deutsche Imperialismus nicht in der Lage, neue Raubkriege aus eigener Kraft vorzubereiten. Die Unterbindung bzw. Beschränkung der

Herstellung kriegswichtiger Güter war also eine Voraussetzung, um das Kriegspotential des deutschen Imperialismus wirklich beseitigen zu können. Deshalb wurde auf ökonomischem Gebiet auf der Potsdamer Konferenz beschlossen, daß in Deutschland die Produktion, die Kriegszwecken diente oder dienen könnte, entweder zu unterbinden, zu beschränken oder streng zu überwachen ist.[75]

> **„B. Wirtschaftliche Grundsätze (...)**
>
> **11. Mit dem Ziel der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials ist die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstungen und Kriegsmitteln und auch die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Seeschiffen zu verbieten und unmöglich zu machen. Die Produktion von Metallen und chemischen Produkten, der Maschinenbau und die Herstellung anderer Gegenstände, die unmittelbar für die Kriegswirtschaft notwendig sind, sind streng zu kontrollieren und zu beschränken entsprechend dem genehmigten Stand der friedlichen Nachkriegsbedürfnisse Deutschlands...“ (S. 9)**

Ein weiterer Punkt des Potsdamer Abkommens auf ökonomischem Gebiet war folgender Beschluß:

> **„12. In praktisch kürzester Frist ist die deutsche Wirtschaft zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, die sich besonders in Form von Kartellen, Syndikaten, Trusts und andere Monopolvereinigungen verkörpert.“ (S. 9/10)**

Gerade die Monopole des deutschen Imperialismus waren die Initiatoren und Hauptprofiteure des nazistischen Raubkrieges, sie wa-

---

[75] Außerdem sollte eine umfassende Kontrolle der deutschen Wirtschaft geschaffen werden, die vor allem dazu diente, die Entmilitarisierung durchzuführen und aufrechtzuerhalten, die Reparationen zu garantieren und die Versorgung der Besatzungstruppen sowie die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit einem gewissen Minimum an Waren sicherzustellen. Ein deutscher Selbstverwaltungsapparat wurde zur „Einführung und Aufrechterhaltung der durch den Kontrollrat errichteten wirtschaftlichen Kontrolle“ geschaffen. Diese Verwaltung führten deutsche Behörden durch. Jede Verwaltungstätigkeit, die den Zielen der Besetzung, also des Potsdamer Abkommens widersprach, wurde verboten („Die Potsdamer (Berliner) Konferenz der höchsten Repräsentanten der drei alliierten Mächte“, Moskau/Berlin 1986, S. 388/389).

ren es, die die gesamte gesellschaftliche Produktion durchdrangen und der Kriegsproduktion unterwarfen.

Die Formulierung „Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft" bestimmte noch nicht genau, was zu tun sei: Ob zum Beispiel nur große kapitalistische Monopole wie die I. G. Farben, die Deutsche Bank etc. in mehrere kleinere Gesellschaften aufgeteilt werden sollten, ob dadurch aus einem großen Monopol eben nur drei kleinere entstanden, oder ob das auch gleichzeitig die Enteignung der Monopole, die Überführung ihres Eigentums in den Besitz des aufzubauenden antifaschistischen Staates bedeutet, diese Fragen wurden mit dem Potsdamer Abkommen nicht entschieden. Gleichzeitig blieb offen, was mit dem Großgrundbesitz der Junker passieren sollte. Das Potsdamer Abkommen ließ also mehrere Möglichkeiten offen.

Auf ideologischem Gebiet

Im Potsdamer Abkommen wurde der Kampf zur „Ausrottung des Nazismus und Militarismus" nicht auf den Kampf auf militärischem, politischem und ökonomischem Gebiet reduziert. Es war bewußt, daß ohne die Bekämpfung der Nazi-Ideologie Nazismus und Militarismus weiterleben würden. Das Potsdamer Abkommen legte daher fest:

> **„... jede nazistische und militaristische Betätigung oder Propaganda ist zu verhindern" (S. 7)**[76]

---

[76] In einer anderen Auflage des Potsdamer Abkommens lautet die Übersetzung dieses Satzes: „...jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen" („Potsdamer Abkommen und andere Dokumente", Berlin/DDR 1951, S. 18)

„Vorbeugen" bedeutet, wenn man tiefergehend den Kampf führen wollte, daß die nazistischen und militaristischen, ja alle reaktionären Ideen in den Köpfen der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung bekämpft werden mußten. Denn nur so war es möglich, daß militaristische und nazistische Propaganda wirklich verhindert werden konnte, weil sie sich eben sonst weiterhin aus einer wichtigen Quelle speisen konnte, dem in zwölf Jahren Nazifaschismus verseuchten Bewußtsein von Millionen werktätiger und ausgebeuteter Massen. „Vorbeugen" bedeutete aber auch, den Kampf gegen die Wurzeln der Nazi-Ideologie, gegen die „deutschen Ideologie" zu führen, um wirklich tiefgehend die Nazi-Ideologie vernichten zu können.

In bezug auf das deutsche Erziehungswesen konkretisierte das Potsdamer Abkommen, was es darunter verstand:

> **„Das Bildungswesen in Deutschland muß so kontrolliert werden, daß nazistische und militaristische Doktrinen völlig ausgemerzt werden und eine erfolgreiche Entwicklung demokratischer Ideen möglich gemacht wird." (S. 8)**

Die Propaganda der nazistischen Rassentheorie, des nazistischen Antisemitismus und Chauvinismus, des nazistischen Antikommunismus und der Kriegstreiberei mußte in allen gesellschaftlichen Bereichen verboten werden. Besonders das Erziehungswesen mußte unbedingt vollständig von jeglicher Nazi- und militaristischen Ideologie gereinigt werden, alle nazistischen und militaristischen Schulbücher, Zeitschriften etc. mußten sofort beseitigt bzw. gesäubert werden, um ein neues demokratisches Erziehungswesen überhaupt aufbauen zu können.

Auch an diesem Punkt legte das Potsdamer Abkommen einen wichtigen Rahmen fest. Die KPD/SED mußte den systematischen ideologischen Kampf gegen die Nazi-Ideologie und den weitergehenden Kampf gegen die Wurzel der Nazi-Ideologie auf der Grundlage dieses Beschlusses des Potsdamer Abkommens vorbereiten und durchführen.

c) Das Potsdamer Abkommen über die Verantwortung der deutschen Bevölkerung für die Naziverbrechen und zur Notwendigkeit von Reparationen

Die deutsche Bevölkerung muß von ihrer Verantwortung für die Nazi-Verbrechen überzeugt werden

Zur Frage der Mitschuld und Mitverantwortung der deutschen Bevölkerung an den Nazi-Verbrechen formulierte das Potsdamer Abkommen:

> **„III. Über Deutschland**
>
> **Die alliierten Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk hat begonnen, Sühne zu leisten für die furchtbaren Verbrechen, die unter der Füh-**

rung derer, die es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. (...)

A. Politische Grundsätze (...)

II. Das deutsche Volk ist zu überzeugen, daß es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung für das entziehen kann, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, daß seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben." (S. 6/7)

Das Potsdamer Abkommen legt in diesen kurzen Absätzen wesentliche Kernpunkte für ein richtiges Herangehen an die Frage der Mitschuld der deutschen Bevölkerung an den Nazi-Verbrechen fest.

Im ersten Absatz wird die Mitschuld der deutschen Bevölkerung an den Nazi-Verbrechen herausgestellt und deutlich gemacht, daß die deutsche Bevölkerung während der erfolgreichen Nazi-Raubzüge, mindestens bis zur Schlacht um Stalingrad 1943, ***offen das Nazi-Regime anerkannt hat, es gebilligt hat,*** ihm zugejubelt hat (natürlich mit Ausnahme der Minderheit derjenigen, die gegen die Nazis gekämpft haben). Es wird weiter betont, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung das Nazi-Regime nicht nur offen gebilligt hat, sondern es auch ***aktiv unterstützt hat, indem es den Befehlen der Nazi-Führung blind gehorcht hat:*** den Aufrufen zu antisemitischen Pogromen, den Aufrufen und Befehlen im Zusammenhang mit dem Nazi-Raubkrieg, den Aufrufen und Befehlen zur Mißhandlung ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland – um hier nur einige wenige Beispiele zu nennen. Die tiefgehende Verankerung in der deutschen Bevölkerung und die weitreichende Unterstützung durch sie waren eine Stärke der Nazis, die es ihnen überhaupt ermöglichte, ihre Verbrechen in gigantischem Ausmaß zu verüben und ihre Raubkriege vorzubereiten und zu führen.

Dies führt zur Konsequenz, daß die deutsche Bevölkerung für ihr Verhalten büßen muß und mit Beginn der Besetzung durch die Alliierten Entschädigung für die Mitschuld und Teilnahme an den Nazi-Verbrechen zu leisten hat.

Im zweiten Absatz wird klargemacht, daß es darum geht, die deutsche Bevölkerung von ihrer Mitschuld an den Nazi-Verbrechen zu überzeugen. Es wird hervorgehoben: ***Die deutsche Bevölkerung***

kann sich nicht ihrer Verantwortung an den Naziverbrechen entziehen. Hervorgehoben wird die ***mitleidlose Kriegführung der deutschen Bevölkerung und der fanatische Widerstand der Nazis,*** um zu verdeutlichen, daß dies die Ursachen dafür sind, daß die alliierten Armeen in heftigsten militärischen Luft- und Bodenkämpfen die Nazis in Deutschland niederringen mußten, was auch erforderte, die deutsche Kriegswirtschaft möglichst weitgehend zu treffen.

Eine genaue Differenzierung der Mitverantwortung und Mitschuld der deutschen Bevölkerung, das heißt festzustellen, wie groß die Mitschuld der verschiedenen Teile der deutschen Bevölkerung war, gehörte sicherlich nicht zu den Aufgaben des Potsdamer Abkommens. Es kam darauf an, einen grundlegenden Ausgangspunkt für die weiter- und tiefergehende Klärung dieser Frage durch die deutschen antinazistischen und kommunistischen Kräfte festzuschreiben. Und diese Aufgabe hat das Potsdamer Abkommen erfüllt.

Deutschland muß in größtmöglichem Ausmaße Reparationen leisten

Im Potsdamer Abkommen heißt es zur Frage der Reparationen:

> **„IV. Reparationen von Deutschland**
>
> **In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Krimkonferenz,[77] wonach Deutschland gezwungen werden soll, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und die Leiden, die es den Vereinten Nationen zugefügt hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen, wurde die folgende Vereinbarung über Reparationen erreicht...“ (S. 12)**

Völlig zu Recht legten die Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition fest, daß Deutschland ***gezwungen*** werden sollte, Reparationen in größtmöglichem Ausmaß zu leisten.

Da nach 1945 nur der kleine Teil der antinazistischen und kommunistischen Kräfte in Deutschland das Potsdamer Abkommen anerkannte, war es notwendig, gegen die deutsche Bourgeoisie und andere reaktionäre Kräfte und zunächst auch gegen die Mehrheit der deut-

---

[77] Gemeint ist die Konferenz in Jalta vom Februar 1945.

schen Bevölkerung die Reparationen auf der Basis der bewaffneten Macht der Armeen der Anti-Hitler-Koalition durchzusetzen.

Die Formulierung in „größtmöglichem Ausmaß (...) Ausgleich zu schaffen" beinhaltet, daß nicht für alle Nazi-Verbrechen durch Reparationszahlungen „Ausgleich" geschaffen werden konnte. War es noch möglich, zerstörte materielle Werte durch Geldzahlungen oder Wiederaufbaumaßnahmen weitgehend „auszugleichen", so ist klar, daß der millionenfache Mord und die anderen millionenfachen Grausamkeiten der Nazis in keinster Weise jemals durch eine noch so große Summe an Reparationszahlungen „ausgeglichen" werden konnten und können. Diese Formulierung zeigte aber auch bereits auf, daß die konkreten Reparationsforderungen, die im Potsdamer Abkommen festgelegt wurden, keineswegs ausreichend waren, sondern daß es darüber hinaus darum ging, alle Reparationsforderungen der „Vereinten Nationen", also derjenigen Staaten, die von den Nazis überfallen und ausgeraubt wurden, maximal zu erfüllen. Im Potsdamer Abkommen wurden also völlig richtig Rahmenbedingungen der internationalen Reparationen für die Naziverbrechen festgelegt.

Das Potsdamer Abkommen behandelt konkret die Reparationen, die Deutschland an die USA, England, die Sowjetunion und Polen zu zahlen hat:[78]

- Die westlichen Alliierten sollten ihre Reparationen aus den westlichen Besatzungszonen und aus deutschem Auslandsvermögen erhalten, die Sowjetunion vor allem aus der SBZ und aus

[78] Die Reparationsansprüche Polens sollten aus den Reparationen an die Sowjetunion entnommen werden (S. 12). Die nötigen Reparationen für Gruppen in Deutschland, wie die Kranken und Behinderten, die Homosexuellen etc., für nationale Minderheiten oder Nationen, die noch keinen eigenen Staat besaßen, wie die Sinti und Roma, die jüdische Bevölkerung oder andere rassistisch Verfolgte, wurden im Potsdamer Abkommen nicht behandelt, weil es ein Abkommen zwischen den Staaten der Anti-Hitler-Koalition war – hinsichtlich der Reparationen war auch Polen mit einbezogen – und deshalb wurden nur die jeweiligen staatlichen Forderungen dieser Länder fixiert. Bei der Festlegung der Reparationen für alle Naziverbrechen, gerade auch diejenigen, die innerhalb Deutschlands gegen deutsche Staatsbürger begangen wurden, mußte wiederum die KPD/SED die Initiative ergreifen, gestützt auf die Richtlinien des Potsdamer Abkommens.

deutschem Auslandsvermögen sowie auch aus Westdeutschland, vor allem in Form von Industrieanlagen.

- Zu den Reparationen aus den westlichen Besatzungszonen, die die Sowjetunion erhalten sollten, heißt es im Potsdamer Abkommen: Fünfzehn Prozent der verwendungsfähigen und kompletten Industrieanlagen vor allem aus der Schwerindustrie, die für die „deutsche Friedenswirtschaft entbehrlich" waren, sollte die Sowjetunion im Austausch von Waren eines entsprechenden Wertes erhalten. Zehn Prozent an verwendungsfähigen Industrieanlagen, die für die deutsche Friedenswirtschaft entbehrlich waren, sollte die Sowjetunion ohne Gegenleistung erhalten. Der Umfang dieser Anlagen sollte innerhalb von sechs Monaten festgelegt werden, innerhalb von zwei Jahren sollte die Entnahme abgeschlossen sein. (S. 12)

d) Das Potsdamer Abkommen zur Festlegung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens und zur Notwendigkeit der Umsiedlung von deutscher Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn

Schon auf der Konferenz von Teheran 1943 wurde über die mögliche neue Westgrenze Polens, die Oder-Neiße-Grenze, debattiert.[79] Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 wurde beschlossen, daß die Westgrenze Polens weiter nach Westen verlegt werden sollte und daß die Ostgrenze Polens wieder die sogenannte „Curzonlinie" wird.[80]

---

[79] „Die Teheraner Konferenz 1943", Moskau 1984, Köln 1986, S. 138.

[80] Dazu hieß es in der Erklärung der Konferenz von Jalta: „Die drei Regierungschefs erkennen an, daß Polen im Norden und im Westen einen wesentlichen Gebietszuwachs erhalten muß." („Die Krim(Jalta)konferenz 1945", Moskau 1984, Köln 1986, S. 225). Der beschlossene Gebietszuwachs im Westen konnte nur bedeuten, daß mindestens ein Teil des damaligen deutschen Staatsgebiets polnisches Gebiet werden mußte.

Die Festlegung der „Curzonlinie" als Ostgrenze Polens hatte zur Folge, daß die Teile Belorußlands und der Ukraine, die das reaktionäre Polen als Ergebnis der

Fortsetzung nächste Seite

Das Potsdamer Abkommen legte dann genauer die neue Westgrenze Polens fest:

> **„b) Hinsichtlich der *Westgrenze* wurde folgende Vereinbarung erzielt: In Übereinstimmung mit der auf der Krimkonferenz erzielten Vereinbarung über Polen haben die drei Regierungschefs die Meinung der Provisorischen Polnischen Regierung der Nationalen Einheit über das Territorium im Norden und Westen erörtert, das Polen erhalten soll. Der Vorsitzende des Landesnationalrates Polens und die Mitglieder der Provisorischen Polnischen Regierung der Nationalen Einheit sind auf der Konferenz empfangen worden und haben ihren Standpunkt in vollem Umfang dargelegt. Die drei Regierungschefs bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll.**
>
> **Die drei Regierungschefs stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früheren deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teils Ostpreußens, der in Übereinstimmung mit dem Beschluß der Berliner Konferenz nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gestellt wurde, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen." (S. 16)**

Im Potsdamer Abkommen heißt es, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz mit dem Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland zurückgestellt werden sollte.[81]

Seit dem Abschluß des Potsdamer Abkommens 1945 bis heute spekulierten und spekulieren damit die politischen Abteilungen des

---

Fortsetzung der Fußnote

Intervention des Weltimperialismus der jungen sozialistischen Sowjetunion in den zwanziger Jahren raubte, wieder der Sowjetunion angeschlossen wurden.

[81] Siehe hierzu: Molotow: „Fragen der Außenpolitik", Moskau 1949, S. 259.

westdeutschen bzw. deutschen Imperialismus und stellten und stellen es so hin, als sei die Oder-Neiße-Grenze bis heute nicht völkerrechtlich gültig, weil es keinen Friedensvertrag gebe.

Doch trotz dieser Formulierung im Potsdamer Abkommen war schon auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 klar, daß die Westgrenze Polens die Oder-Neiße-Linie werden würde. Denn mit der Grenzziehung war untrennbar der Beschluß zur Umsiedlung von deutscher Bevölkerung aus Polen und anderen Ländern verknüpft.

Das Potsdamer Abkommen legte dazu folgendes fest:

> **„XIII. *Geregelte Überführung der deutschen Bevölkerung.* Die Konferenz erzielte folgende Vereinbarung über die Aussiedlung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn: Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Geschichtspunkten beraten und erkennen an, daß die *Überführung der deutschen Bevölkerung* oder eines Teils derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben ist, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in organisierter und humaner Weise erfolgen soll." (S. 19)**

Damit war klar, daß entlang der im Potsdamer Abkommen benannten Oder-Neiße-Linie die neue polnische Westgrenze festgelegt worden war. Denn die Umsiedlung von Millionen Deutschen aus Polen (soweit sie nicht schon mit der Nazi-Wehrmacht vor dem Vormarsch der Sowjetarmee geflohen waren), die hauptsächlich nahe der Oder-Neiße-Linie wohnten, und die Ansiedlung von polnischer Bevölkerung in diesem Gebiet war beschlossene Sache. Es war klar, weil direkt nach der Potsdamer Konferenz durch den Plan des Alliierten Kontrollrats vom 20. 11. 1945 mit den ordnungsgemäßen Umsiedlungen begonnen wurde und in weniger als einem Jahr ca. 2,5 Millionen Deutsche umgesiedelt worden sind (bis zum 1. Januar 1947 insgesamt 5,7 Millionen Deutsche aus Polen).[82] Auf einer kommenden Friedenskonferenz sollte die neue Grenze durch einen zwischenstaatlichen Vertrag im Detail völkerrechtlich fixiert und exakt festgelegt werden, d. h. welches Dorf, welcher See, welche Straße

[82] Vgl. ebenda, S. 258 bzw. S. 455.

zukünftig zu Deutschland oder Polen gehören sollte. In diesem Sinne spricht das Potsdamer Abkommen von „endgültig".[83]

Ein weiterer Kernpunkt der reaktionären Hetze gegen das Potsdamer Abkommen war es auch direkt nach 1945, die Umsiedlungen aus Polen und der Tschechoslowakei als „unrechtmäßig" zu bezeichnen und als „Verbrechen" zu titulieren. Dahinter stand das Verlangen des deutsche Imperialismus nach Revision der Grenzen, nach der „Heimholung" der angeblich „deutschen" Ostgebiete, die polnisches Staatsgebiet sind (einschließlich der Teile im ehemaligen sogenannten „Ostpreußen"), das er direkt nach 1945 formuliert und bis heute nie aufgegeben hat. Die angebliche „Sudetenfrage" war und ist ebenfalls ein Kernpunkt der revanchistischen Hetze und Politik des deutschen Imperialismus. Die deutschen Revanchisten behaupten, daß die deutsch sprechende Bevölkerung in der ehemaligen Tschechoslowakei unrechtmäßig „vertrieben" worden sei und es deren „Heimatrecht" durchzusetzen gelte.

---

[83] Molotow bekräftigte die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze in diesem Sinne in einem Interview mit der polnischen Presseagentur am 17. September 1946, das in sowjetischen Zeitungen veröffentlicht wurde. Molotow erläutert:

„Die Beschlüsse der Berliner Konferenz (der Potsdamer Konferenz, A. d. V.) sind keineswegs auf dem Papier geblieben. (...) Schon über ein Jahr ist vergangen, seit die Westgrenze Polens längs der Linie Swinemünde – Oder – Westliche Neiße verläuft. Die Verwaltung des ganzen Territoriums ostwärts von dieser Linie liegt bereits das zweite Jahr in den Händen der polnischen Regierung. Schon am 20. November 1945 legte der Kontrollrat in Deutschland den Plan für die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen fest. Gemäß diesem Plan wurde an die Umsiedlung von dreieinhalb Millionen Deutschen aus Polen in die sowjetische und englische Besatzungszone Deutschlands gegangen. Während des ganzen darauffolgenden Zeitabschnitts nahm diese Übersiedlung pausenlos bis auf den heutigen Tag ihren Fortgang. Über zwei Millionen Deutsche sind bereits aus Polen auf deutsches Territorium umgesiedelt worden, davon über die Hälfte in die englische Zone. An Stelle der ausgesiedelten Deutschen siedeln sich Polen aus anderen Bezirken Polens an. In die polnischen Westgebiete übersiedelten bereits einige Millionen Polen (...) Wem könnte der Gedanke in den Kopf kommen, daß diese Aussiedlung der Deutschen nur als zeitweiliges Experiment vorgenommen wurde? (...) All das spricht davon, daß der von Truman, Atlee und Stalin unterzeichnete Beschluß der Berliner Konferenz die Westgrenzen Polens bereits festgelegt hat und nur seiner Besiegelung auf der künftigen internationalen Konferenz über den Friedensvertrag mit Deutschland harrt." (Ebenda, S. 258/259)

Das Potsdamer Abkommen hatte nicht die Aufgabe, die Umsiedlungen gegen die Hetze der deutschen Imperialisten zu verteidigen. Hier waren wiederum die kommunistischen Kräfte gefordert. Gegen diese Hetze mußten sie neben historischen Klarstellungen vor allem hervorheben: Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei und Polen spielte in der Politik der Nazifaschisten die Rolle einer „fünften Kolonne" der deutschen Angriffspolitik. Sie machte sich durch aktive Beihilfe, zumindest aber durch stillschweigende Billigung schuldig bzw. mitschuldig an den Verbrechen der Nazi-Okkupanten gegen die polnische und tschechoslowakische Bevölkerung, insbesondere auch an der Völkermordpolitik gegen die jüdische Bevölkerung und gegen die Sinti und Roma im sogenannten „Protektorat Böhmen und Mähren" bzw. in Polen. Ein Ausdruck dieser Mitschuld und Beteiligung an Nazi-Verbrechen ist die Tatsache, daß ca. 4 Millionen Deutsche schon in den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs vor dem Einmarsch der sowjetischen Streitkräfte in Polen nach Westen flohen, sehr viele aus „gutem Grunde".

Der Beschluß des Potsdamer Abkommens über die Festlegung der Oder-Neiße-Grenze bzw. der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung bzw. Teile derselben nach Deutschland ist auf dem Hintergrund der Eroberungen des reaktionären Preußentums und des deutschen Imperialismus gerecht und notwendig gewesen, um nicht zuzulassen, daß sogenannte „Deutschstämmige" noch einmal zur „fünften Kolonne" einer von Deutschland ausgehenden imperialistischen Aggression werden. Außerdem war ein Zusammenleben mit diesen Bevölkerungsteilen aufgrund ihrer pronazistischen Haltung bzw. aktiven Unterstützung der Nazi-Verbrechen nach 1945 für die von den Nazis verfolgten Opfer in Polen bzw. der Tschechoslowakei nach 1945 nicht mehr möglich.[84]

[84] Es galt auch die Lüge von den angeblichen „urdeutschen Gebieten", die „Deutschland geraubt" worden seien, zu entlarven. Der weitaus größte Teil der Gebiete um die Oder-Neiße-Linie wurde in den letzten Jahrhunderten zusammengeraubt, kolonialisiert und „germanisiert", d. h. mit deutscher Bevölkerung besiedelt. Die deutschen herrschenden Klassen betrieben über Jahrhunderte hinweg eine brutale Politik des Raubes, der Versklavung und Vernichtung der dort lebenden Bevölkerung.

Fortsetzung nächste Seite

Die verschiedenen Versuche „historischer Ableitungen" – daß dieses oder jenes Gebiet östlich der Oder-Neiße doch tatsächlich „deutsch" gewesen sei, von mehreren Generationen Deutscher besiedelt worden sei etc. – können an den geschichtlichen Grundtatsachen überhaupt nichts ändern. Ja, sie waren und sind insbesondere nach 1945 und sind auch heute irrelevant, weil die hauptsächliche Begründung für die ***Rechtmäßigkeit*** der Grenzziehung und der planmäßigen Umsiedlung der deutschen Bevölkerung östlich der Oder-Neiße nicht „historische Analysen" der letzten Jahrhunderte betrifft, sondern eben

---

Fortsetzung der Fußnote

Über Jahrhunderte hinweg hatten entweder die feudalistischen deutschen Raubritter, dann die reaktionären Armeen Preußens und später das „Deutsche Reich" das polnische Volk immer wieder überfallen und in Polen bestialisch gehaust und gemordet. Schon Marx und Engels haben die Unterdrückungspolitik Deutschlands gegenüber Polen scharf verurteilt, für sie war die Haltung zu Polen ein wichtiger Prüfstein für die revolutionäre Bewegung in Deutschland. Marx charakterisiert die Art, wie die preußischen Räuber in Polen hausten, wie folgt:

„[Seit Anfang] 1771 wurden ganze Kantone von Preußisch-Polen durch preußische Soldatenknechte überschwemmt, die unglaubliche Plünderungen, Grausamkeiten, Gemeinheiten und Brutalitäten jeder Art verübten. Nicht nur stehlen die hungrigen Kanaillen privatim und von Staats wegen. Sogar Weiberabgaben wurden verschrieben, die die Dörfer liefern müßten, die in ihnen gepreßt und dazu verurteilt wurden, die schmutzigen preußischen Kommißkanaillen zu heiraten."
(Zitiert nach: Autorenkollektiv: „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum", S. 25/26)

Die Nazi-, SS- und Wehrmachtshorden trieben diese „deutsche Tradition" durch unvorstellbare Brutalität und Grausamkeit auf die Spitze.

Das von den deutschen Revanchisten so genannte „Sudetengebiet" war nie ein Teil Deutschlands. Bei der Herausbildung des deutschen Nationalstaates 1871 war das „Sudetengebiet" nicht dabei. Dieses Gebiet war damals Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie. Mit dem Ende des Krieges zwischen Preußen und dem Habsburgerreich 1866 war entschieden, daß die von der Habsburger Monarchie beherrschten Länder, darunter auch Böhmen und Mähren, wozu das „Sudetengebiet" gehörte, außerhalb der Entwicklung des deutschen Nationalstaates bleiben und kein Teil Deutschlands werden würden. Die Nazis raubten Teile der Tschechoslowakei mit Hilfe des „Münchner Abkommens" von 1938, darunter auch das „Sudetengebiet". Nach 1945 war auch aus diesen historischen Gründen die Nichtanerkennung des „Münchner Abkommens" und die Wiederherstellung der deutsch-tschechischen Grenze von vor 1938 Grundlage des Beschlusses der Potsdamer Konferenz über die Umsiedlungen von deutscher Bevölkerung.

die aktuellen Abschnitte der Geschichte, die Verbrechen des Nazifaschismus in Polen.[85]

e) Staatliche Unabhängigkeit Österreichs

Die Formulierungen im Potsdamer Abkommen zu Österreich basieren auf der Grundlage der Moskauer Erklärung vom 1. 11. 1943, die die USA, England und die Sowjetunion unterzeichnet hatten.[86] Dort heißt es:

> **„Die Regierungen Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika kommen überein, daß Österreich, das erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist, von der deutschen Herrschaft befreit werden muß. Sie betrachten den Anschluß, der Österreich am 15. März 1938 von Deutschland aufgezwungen worden ist, als null und nichtig. (...) Sie geben dem Wunsch Ausdruck, den freien und unabhängigen Staat wiederhergestellt zu sehen...**
>
> **Österreich wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß es unweigerlich die Verantwortung für die Teilnahme am Krieg**

---

[85] Zu keinem Zeitpunkt, auch nicht nach Abschluß des „Grenzvertrages" mit Polen 1990 – den die west/deutschen Imperialisten aus reinem imperialistischen Kalkül abschlossen, um die Einverleibung der DDR und Westberlins über die Bühne zu bringen –, hat der deutsche Imperialismus die Oder-Neiße-Grenze als gerechte und unveränderbare Westgrenze Polens anerkannt. Statt dessen wird weiter gegen die berechtigte und notwendige Umsiedlung deutscher Bevölkerungsteile aus Polen gehetzt. In der Verfassung des deutschen Imperialismus, dem Grundgesetz, ist zudem der revanchistische Paragraph 116 nach wie vor enthalten, wonach die in den angeblich ehemaligen „deutschen Ostgebieten" „als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling" in den Grenzen von 1937 lebenden angeblich „Deutschstämmigen" die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Nach wie vor erhebt der deutsche Imperialismus also großdeutsche „Rechtsansprüche" vor allem Polen gegenüber.

[86] Bereits die „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang" hatte 1938 klargemacht, daß die Einverleibung Österreichs durch den deutschen Imperialismus verbrecherisch war und die staatliche Unabhängigkeit Österreichs betont:

„Österreich gehörte weder vor noch nach dem Kriege (gemeint ist der Erste Weltkrieg, A. d. V.) zu Deutschland. Der *gewaltsame* Anschluß Österreichs an Deutschland bedeutet eine brutale imperialistische Annexion fremden Territoriums."
(„Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang", S. 414)

auf Seiten Hitler-Deutschlands zu tragen hat und daß bei einer endgültigen Regelung unbedingt ins Gewicht fallen wird, wieviel es selbst zu seiner eigenen Befreiung beiträgt."
("Moskauer Erklärung gegenüber Österreich vom 1. November 1943", in: "Sowjetpolitik gegenüber Österreich", S. 4)

Unter der Überschrift „Österreich" wurde dann im Potsdamer Abkommen in einem eigenen Abschnitt auf der Basis der Moskauer Erklärung folgendes festgelegt:

„Die Konferenz hat einen Vorschlag der Sowjetregierung über die Ausdehnung der Kompetenz der Provisorischen Österreichischen Regierung auf ganz Österreich geprüft.

Die drei Regierungen stimmten darin überein, daß sie bereit sind, diese Frage nach dem Einzug der britischen und amerikanischen Streitkräfte in die Stadt Wien zu prüfen." (S. 15)

Das Potsdamer Abkommen legt also fest, daß die staatliche Unabhängigkeit Österreichs wiederhergestellt wird. Die grundlegenden Positionen der Moskauer Erklärung wurden also durch diese Formulierung im Potsdamer Abkommen bestätigt.

Die westdeutschen bzw. deutschen Revanchisten haben nach 1945 die verbrecherische Okkupation Österreichs durch die Nazis mehr oder weniger offen und direkt verteidigt, indem behauptet wurde, Österreich gehöre eben „geschichtlich zum großdeutschen Reich".

Dagegen mußte die KPD/SED die staatliche Unabhängigkeit Österreichs verteidigen und begründen. Aus historischer Sicht bildeten sich spätestens nach dem Krieg Preußens gegen Österreich 1866 getrennt voneinander eine deutsche und eine österreichische Nation heraus. Die Idee eines „Großdeutschen Reiches" war seit dieser Zeitspanne, also auch vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg eine ganz falsche, die eigenständige österreichische Nation verleugnende Idee, die sogar bis in die Reihen auch der deutschen Arbeiterbewegung hineingewirkt hat.[87]

---

[87] Alfred Klahr hatte zur Frage der eigenständigen österreichischen Nation und zum Kampf in dieser Frage gegen den deutschen Chauvinismus und Revanchismus tiefgehende Kritiken an der deutschen Sozialdemokratie und auch indirekt an der KPD 1937–1939 verfaßt, die die KPD tiefgehend auswerten mußte, um selbstkritisch ihre Fehler in dieser Frage aufzuarbeiten. Die Artikel Alfred Klahrs, zum Teil

Fortsetzung nächste Seite

2. Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46

Wir haben bereits ausführlich dargestellt, daß der Nürnberger Prozeß 1945–1946 grundlegende Bedeutung für die Enthüllung der Verbrechen der Nazis hatte. Im Nürnberger Prozeß wurden nicht nur deutsche Hauptkriegsverbrecher des Nazifaschismus verurteilt, sondern dort wurden auch sehr wichtige und weitreichende Feststellungen über den verbrecherischen Charakter der Nazi-Partei und ihrer Untergliederungen getroffen.[88]

Im „Statut für den Internationalen Militärgerichtshof" war in Artikel 9 und 10 festgelegt worden, daß der Militärgerichtshof eine Gruppe oder Organisation, deren Mitglied einer der Angeklagten war, für verbrecherisch erklären konnte. Dies ermöglichte dann in künftigen Prozessen, jedes Mitglied einer solchen Organisation wegen der Mitgliedschaft in dieser verbrecherischen Organisation zu verurteilen und dafür auch mit dem Tod zu bestrafen. Der Nachweis des verbrecherischen Charakters der Organisation mußte nicht noch einmal erbracht werden.[89]

Die Ankläger von Nürnberg forderten in der Anklageschrift, neben der Gestapo, dem SD, der SS, der SA, der Naziregierung und dem Generalstab und Oberkommando der Nazi-Armee vor allem auch das gesamte Korps der Politischen Leiter der Nazi-Partei zur verbrecherischen Organisationen zu erklären. Damit waren alle Personen erfaßt, die nach allgemeiner Naziterminologie zu irgendeiner Zeit „politi-

Fortsetzung der Fußnote

zuerst veröffentlicht in der „Kommunistischen Internationale", sind abgedruckt in: Klahr: „Zur österreichischen Nation", Wien 1994.

[88] Rudenko: „Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf!", S. 162 ff.

[89] Siehe: „Das Urteil von Nürnberg 1946", München 1979, S. 136/137.

sche Leiter" von irgendeinem Grad oder Rang waren:[90] vom obersten Naziführer Hitler über die Reichsleitung, die Gauleiter und ihre Stäbe, die Kreisleiter und ihre Stäbe, die Ortsgruppenleiter bis zu den Zellenleitern und Blockleitern. Insgesamt war dies eine Gruppe, die schätzungsweise mindestens 600 000 Menschen umfaßte.[91]

Die Anklageschrift lenkte dabei die Aufmerksamkeit gerade auch auf die wichtige Rolle der niedrigeren „Politischen Leiter" für die Durchsetzung der Nazi-Politik und für die Durchführung der Nazi-Verbrechen. So waren die Blockleiter durch das Handbuch der Nazi-Partei angewiesen, den Ortsgruppenleitern all jene Personen anzuzeigen, die sich kritisch gegenüber den Nazis äußerten.[92]

Nach der Beweisaufnahme erklärte der sowjetische Hauptankläger Rudenko in seiner Abschlußrede auf dem Nürnberger Prozeß, daß die Beweise, die gegen die Hauptkriegsverbrecher vorgelegt wurden, sogar voll ausreichen, um die gesamte Nazipartei zu einer verbrecherischen Organisation im Sinne des Artikels 9 des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofes zu erklären. Dies war jedoch nicht Gegenstand der Anklage.[93]

Im weiteren Verlauf seiner Schlußrede legte Rudenko dann nochmals besonderes Gewicht auf die verbrecherische Rolle der sogenannten kleinen Nazis, der Zellenleiter und Blockleiter. Er zeigte auf, daß die Betriebszellenleiter systematisch zur Bespitzelung auch der Arbeiter und Arbeiterinnen in den besetzten Gebieten eingesetzt wurden. Eine Richtlinie Himmlers verpflichtete

> „...die Betriebszellenleiter, besonders sorgfältig auf die Stimmung der ausländischen Arbeiter zu achten. Zu diesem Zweck ist die enge Zusammenarbeit der Partei-, Staats- und Wirtschaftsstellen mit der Gestapo erforderlich."[94]

---

[90] Siehe: „Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher" Band I, S. 86 ff.

[91] Siehe: „Das Urteil von Nürnberg 1946", München 1979, S. 140.

[92] Ebenda, S. 141.

[93] Rudenko: „Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf!", S. 162.

[94] Ebenda, S. 168.

Und weiter zu den Blockleitern:

> „Der Blockleiter war der Vermittler der nationalsozialistischen Weltanschauung inmitten der ihm politisch anvertrauten Bevölkerung und der Mitglieder der faschistischen Partei, er warb Mitglieder für die Hitlerjugend, SA, SS und DAF, er sorgte für den Besuch der nationalsozialistischen Veranstaltungen, für die Teilnahme an Demonstrationen usw. ... jeder Deutsche kannte seinen Blockleiter, und dieser Blockleiter verbreitete ständig die faschistische Infektion, vergiftete das Bewußtsein der Menschen und förderte damit die Erfüllung der allgemeinen Pläne der Hitlerverschwörer.
>
> Die Blockleiter waren kleine Führer, aber sie hatten eine durchaus reale Macht über alle Bürger, die in ihrem Block wohnten.
>
> Natürlich haben die Blockleiter die Pläne der Angriffskriege nicht ausgearbeitet, aber sie haben viel dazu beigetragen, daß diese Pläne Wirklichkeit wurden.
>
> Sie waren ferner ein sehr wichtiger Bestandteil der Hitlerpartei, die den Mittelpunkt der faschistischen Verschwörung darstellte.
>
> Deshalb bestehen wir darauf, daß die Gruppe der Leiter der Hitlerpartei, all die großen und kleinen Führer, Reichsleiter und Gauleiter, Kreisleiter und Ortsgruppenleiter, Zellenleiter und Blockleiter, das gesamte Führerkorps des ungeheuerlichen Mechanismus der faschistischen Diktatur als eine verbrecherische Organisation erklärt wird."[95]

Das am 30. September und 1. Oktober 1946 in Nürnberg verkündete Urlieb leider hinter den Anträgen der Ankläger zurück. Das politische Korps der Nazi-Partei wurde nicht insgesamt für verbrecherisch erklärt. Die Verbrechen des politischen Korps wurden zwar angeprangert und richtig wie folgt charakterisiert:

> „Das Korps der Politischen Leiter wurde zu Zwecken benutzt, die vom Statut als verbrecherisch bezeichnet werden und die folgendes bedeuten: Die Germanisierung einverleibter Gebiete, die Verfolgung der Juden, die Durchführung des Sklavenarbeitsprogramms und die Mißhandlung von Kriegsgefangenen."[96]

---

[95] Ebenda, S. 169/170.

[96] Siehe: „Das Urteil von Nürnberg", München 1946, S. 145.

Dennoch wurden nur die Gruppe der Reichsleiter, Gauleiter, Kreisleiter und Ortsgruppenleiter als Teil des politischen Korps für verbrecherisch erklärt.[97] Die Blockleiter und Zellenleiter wurden ausgenommen. Eine Erklärung für diese Einschränkung findet sich nicht. Das Urteil mußte dennoch für die SED eine entscheidende Grundlage sein, um in der SBZ dafür zu sorgen, daß Anklage erhoben wird gegen die sehr große Zahl von Personen, die dem Korps der „Politischen Leiter der Nazi-Partei" angehörten. Darüber hinaus hat der sowjetische Ankläger Rudenko die argumentative Grundlage dafür dargelegt und mit entsprechenden Beweisen ausgearbeitet, die in den Dokumenten des Nürnberger Prozesses festgehalten sind, um auch die sogenannten „kleinen" Naziführer zur Rechenschaft zu ziehen und zu verurteilen.

Das Urteil von Nürnberg war in bestimmter Hinsicht richtungsweisend, das betonen wir im Bewußtsein der Tatsache, daß der Nürnberger Urteilsspruchs auch Fehler und Mängel enthielt, die zum großen Teil von der sowjetischen Seite unmittelbar kritisiert worden sind.[98]

---

[97] Hier suggeriert die Ausgabe „Das Urteil von Nürnberg 1946" (München 1979), erstmals 1961 herausgegeben vom Deutschen Taschenbuch Verlag, auf S. 146, daß nur die Gruppe der Reichsleiter als verbrecherisch erklärt wurde, indem aus einem Absatz im Originaldokument zwei Absätze gemacht werden. Im nachfolgenden Absatz heißt es nämlich: „Der Gerichtshof erklärt, daß im Sinne des Status diejenige Gruppe verbrecherisch ist, die sich aus den Mitgliedern des Korps der Politischen Leiter zusammensetzt, welche die ***im vorhergehenden Absatz*** aufgezählten Stellungen innehatten." (vgl. „Das Urteil von Nürnberg", München 1946, S. 102, Hervorhebung RF).

[98] Ende September 1946 wurde das Urteil in Nürnberg verkündet. Es wurden in der Mehrzahl gerechte Strafen verhängt. Nazi- und Wehrmachtsführer wie Streicher, Rosenberg, Keitel und Frank etc. wurden zum Tode verurteilt und auch hingerichtet. Heß u. a. bekamen allerdings „lebenslänglich". Teile des Funktionärskorps der Nazi-Partei, die SS, der SD und die Gestapo wurden als verbrecherische Organisationen verurteilt.

Aber es wurden auch einige wenige Naziverbrecher aufgrund der Intervention der Richter der USA, Englands und Frankreichs entweder freigesprochen oder sie bekamen viel zu niedrige Haftstrafen, wie Speer, Dönitz und Schacht. Trotz vehementer Proteste der Ankläger und der Richter aus der sozialistischen Sowjetunion, die zu Recht für Heß die Todesstrafe und für die freigesprochenen Angeklagten eine Verurteilung forderten, konnte dies nicht verhindert werden.

Fortsetzung nächste Seite

3. Die alliierten Kontrollratsgesetze und -beschlüsse über die Entnazifizierung

Das Potsdamer Abkommen gab den Rahmen für die grundsätzlichen Ziele und großen Maßnahmen der drei, dann vier Mächte vor, welche Deutschland besetzt hatten. Für die Bestrafung der Nazi-Verbrecher und für die praktische Durchführung der Entnazifizierung Deutschlands überhaupt war es jedoch auch notwendig, besonders auch im Zusammenhang mit dem Nürnberger Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher, diese grundsätzlichen Ziele und großen Maßnahmen in weiteren Beschlüssen zu konkretisieren. Diese Beschlüsse auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens waren für die KPD bzw. SED ebenfalls feststehende Rahmenbedingungen und bindende Vorgaben. Wie sich zeigen wird, sind diese Gesetze und Be-

---

Fortsetzung der Fußnote

Das sowjetische Mitglied des Internationalen Militärgerichtshofes kritisierte den unbegründeten Freispruch des angeklagten Nazis Schacht, des angeklagten Nazis von Papen, des angeklagten Nazis Fritzsche, das geringe Strafmaß für den angeklagten Nazi Heß sowie die unrichtigen Entscheidungen, das Reichskabinett, den Generalstab und das Oberkommando der deutschen Wehrmacht (OKW) nicht für verbrecherische Organisationen im Sinne des Status des Internationalen Nürnberger Gerichtshofs zu erklären. (Siehe: Abweichende Meinung des sowjetischen Mitgliedes des Internationalen Militärgerichtshofes, in: „Das Urteil von Nürnberg 1946", München 1979, S. 266 ff.).

Die SA wurde fälschlicherweise nicht als verbrecherische Organisation verurteilt, sondern entgegen den vor allem vom sowjetischen Anklagevertreter Rudenko (siehe: „Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf!", S. 182 ff.) vorgebrachten Beweisen als „zu einem großen Teil aus Raufbolden und Draufgängern zusammengesetzten Gruppe" und nach 1934 als „unbedeutende Nazianhängergruppe" verharmlost („Das Urteil von Nürnberg 1946", München 1979, S. 165). Bei allen anderen Nazi-Organisation wurde die falsche Einschränkung gemacht, daß nur die Mitgliedschaft ab dem 1. September 1939, also mit dem Überfall auf Polen, eine Rolle spiele, da vorher angeblich der verbrecherische Charakter dieser Organisationen nicht für jeden zu erkennen gewesen sei.

schlüsse auf politischer Ebene schärfer, klarer und deutlicher als das meiste, was die KPD bzw. SED selbst formuliert hat.[99]

a) Kontrollratsgesetz Nr. 10

Das alliierte ***Kontrollratsgesetz Nr. 10: „Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen Frieden oder gegen Menschlichkeit schuldig gemacht haben"*** vom 20. Dezember 1945 bestimmte im Hinblick auf den zu diesem Zeitpunkt noch stattfindenden Nürnberger Prozeß, daß die Zugehörigkeit zu Organisationen, deren verbrecherischer Charakter vom Internationalen Militärgerichtshof festgestellt worden ist, ein Verbrechen darstellt.[100]

Das Kontrollratsgesetz Nr. 10 erklärt die Bestimmungen der Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943 „über die Verantwortlichkeit der Hitleranhänger für begangene Greueltaten"[101] und des Londoner Abkommens vom 8. August 1945 „über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der Europäischen Achse"[102] als untrennbare Bestandteile dieses Kontrollratsgesetzes. Demnach stellt jeder der folgenden Tatbestände ein Verbrechen dar:

> „a) Verbrechen gegen den Frieden...
>
> b) Kriegsverbrechen...
>
> c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit...
>
> d) Zugehörigkeit zu gewissen Kategorien von Verbrechervereinigungen oder Organisationen, deren verbrecherischer Charakter vom Internationalen Militärgerichtshof festgestellt worden ist."[103]

---

[99] Ein anderes Kapitel ist es, daß die westlichen Alliierten in ihren Besatzungszonen im Zusammenhang mit ihrem Antikommunismus und ihrer Wiederaufpäppelung des west/deutschen Imperialismus besonders ab 1947 eine zunehmende Rehabilitierung und Wiedereingliederung der Nazis ermöglichten und damit ihre eigenen Beschlüsse brachen.

[100] Siehe: „Das Urteil von Nürnberg 1946", München 1979, S. 136/137.

[101] Siehe: Heidmann: „Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition (1943–1949", Dokumente und Materialien zur Zeitgeschichte, Berlin 1968, S. 39–41

[102] Siehe: „Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher", Band I, S. 7

[103] „Die Berliner Konferenz der Drei Mächte", Berlin 1946, S. 72/73.

Das Gesetz bestimmt im weiteren in allgemeiner Form, wer alles schuldig ist an diesen Verbrechen, von der Planung bis zur Durchführung, welche Strafen dafür vorgesehen sind, von der Todesstrafe bis zur völligen oder teilweisen Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, und legt die durchzuführenden Maßnahmen bei der Verfolgung dieser Verbrechen fest.

b) Die alliierten Entnazifizierungsbeschlüsse Nr. 24 und Nr. 38

Auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens hatte für die Entnazifizierung die ***„Direktive Nr. 24 des Kontrollrats vom 12. 1. 1946 – Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen“*** [104] eine zentrale Bedeutung.

Darin werden im einzelnen die Nazi-Organisationen und die öffentlichen und halböffentlichen Ämter und verantwortlichen Stellungen in bedeutenden privaten Unternehmen[105] aufgelistet, aus denen die Nazis entfernt werden mußten. Bemerkenswert ist, daß es nicht nur um den Ausschluß oder die Entfernung von Nazis geht, sondern ausdrücklich auch um andere deutsche Reaktionäre, Militaristen und Revanchisten:

> „Die Ausmerzung des Nationalsozialismus und Militarismus macht es erforderlich, ***Personen, die voraussichtlich undemokratische Traditionen verewigen*** würden, von allen ausschlaggebenden oder einflußreichen Stellungen zu entfernen und auszuschließen. Außer den Personen, die unter die in Artikel 10 aufgezählten Kategorien fallen und daher zwangsläufig zu entfernen sind, sind die folgenden Gruppen sorgfältig zu überprüfen:

---

[104] Abgedruckt in: Heidmann: „Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition“, S. 144–151.

[105] Dabei wird auch klargestellt: „Es ist von größter Wichtigkeit, die Denazifizierung der Industrie mit äußerstem Nachdruck durchzuführen, und der Umstand, daß ein Unternehmen ***klein*** ist, stellt keinen Grund für eine Unterlassung der Denazifizierung dar.“ (Zit. Nach dem von bürgerlicher Seite zusammengestellten und kommentierten Buch: „Entnazifizierungspolitik der KPD/SED“, Goldbach 1994, S. 66, alle folgenden Zitate in diesem Abschnitt nach dieser Ausgabe.)

a) Berufsoffiziere der Deutschen Wehrmacht, einschließlich der früheren Reichswehr,

b) Personen, die die ***preußische Junkertradition*** verkörpern. Es ist schwer, solche Personen genau zu kennzeichnen. Sorgfältig geprüft werden müssen jedoch solche Personen, welche Mitglieder einer preußischen oder ostpreußischen, pommerschen, schlesischen oder mecklenburgischen Adelsfamilie sind oder die einer Familie mit ausgedehntem Besitztum in Preußen angehören oder die Mitglieder eines Elitekorps deutscher Studenten (wie die Bonner Borussen oder alle zum Kösener S. C. gehörenden Studenten) waren oder die den ostpreußischen oder schlesischen Landsmannschaften angehörten; die Entfernung oder der Ausschluß solcher Personen ist wahrscheinlich angemessen, da sie voraussichtlich die ***deutsche militaristische Tradition*** fortsetzen würden." (S. 78/79)[106]

„Es ist schwer, solche Personen genau zu kennzeichnen", heißt es in der Direktive. Das bedeutet, daß hier eine wichtige Aufgabe für die KPD bzw. SED lag.

Wichtig sind am Ende der Direktive auch noch die „Richtlinien für die Ausübung des Ermessens bei Entfernung und Ausschluß von Einzelpersonen", also in all den Fällen, bei denen ein Ausschluß oder eine Entfernung nicht zwangsläufig vorgegeben ist:

„In Zweifelsfällen sollen Leute nicht eingestellt oder in Beschäftigung behalten werden, falls andere politisch zuverlässigere, wenn auch sachlich weniger geeignete Personen zur Verfügung stehen. Solchen Personen sind nach Möglichkeit nur Posten von geringerer Verantwortung zu geben, bis sie ihre politische Zuverlässigkeit bewiesen haben. Es ist ***wesentlich,*** daß die leitenden deutschen Beamten an der Spitze von Provinzen, Regierungsbezirken und Kreisen erwiesene Gegner des Nationalsozialismus sind, selbst wenn dies die Anstellung von Personen nach sich zieht, deren Eignung, ihren Aufgabenkreis zu erfüllen, geringer ist." (S. 81)

Die Direktive Nr. 24 gab also der KPD bzw. dann der SED einen weiten Spielraum, um den Kampf für die Entnazifizierung mit größtmöglicher Konsequenz voranzutreiben.

---

[106] Hervorhebungen RF.

Noch weiterreichend ist die ***„Direktive Nr. 38 des Kontrollrats – Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen"*** vom 12. Oktober 1946.

Zwecks Durchführung der im Potsdamer Abkommen aufgestellten Grundsätze wurde es für notwendig erachtet, Kriegsverbrecher und Personen, die möglicherweise gefährlich werden können, in fünf Hauptgruppen aufzuteilen und einer jeden Gruppe angemessene Strafen und Sühnemaßnahmen festzusetzen:

> „1. Hauptschuldige;
>
> 2. Belastete (Aktivisten, Militaristen und Nutznießer);
>
> 3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe);
>
> 4. Mitläufer;
>
> 5. Entlastete (Personen der vorstehenden Gruppen, welche vor einer Spruchkammer nachweisen können, daß sie nicht schuldig sind)." (S. 99)

Alle diese Gruppen werden in der Direktive genau definiert und präzise entsprechende Strafen und Sühnemaßnahmen festgelegt. Im Zusammenhang mit der Linie der KPD bzw. SED zur Entnazifizierung ist besonders wichtig, daß in der Kategorie 4 „Mitläufer" die sogenannten „nominellen" Nazis behandelt werden.

Laut der Direktive Nr. 38 gehören die nominellen Nazis zu den „Mitläufern"[107] und sind wie folgt kennzeichnet:

> „I. Mitläufer ist:
>
> Wer nur als ***nomineller Parteigänger*** an der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft teilgenommen oder sie unterstützt hat.
>
> II. Demgemäß ist insbesondere als Mitläufer zu betrachten:

---

[107] Die Verwendung des Begriffs „Mitläufer" für nominelle Nazis etwa in der politischen Propaganda der KPD bzw. SED ist unserer Meinung nach problematisch. Denn es gab schließlich auch sehr viele „Mitläufer", die – möglicherweise ohne innere Naziüberzeugung, aus Opportunismus, Feigheit, Karrierismus oder welchen Gründen auch immer – bei der aktiven Teilnahme an den Verbrechen der Nazis „mitgelaufen" sind.

1. Wer als Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen – ausgenommen HJ und BDM – lediglich Mitgliedsbeiträge bezahlt, an Versammlungen, deren Besuch obligatorisch war, teilgenommen oder unbedeutende oder laufende Obliegenheiten, wie sie allen Mitgliedern vorgeschrieben waren, wahrgenommen hat.

2. Wer, ohne Hauptschuldiger, Belasteter oder Minderbelasteter zu sein, Anwärter der NSDAP, aber noch nicht endgültig als Mitglied aufgenommen war.

3. Wer, nach Ansicht des Zonenbefehlshabers, als früherer Angehöriger der Wehrmacht auf Grund seiner Fähigkeiten die Ziele der Alliierten gefährden könnte." (S. 104)

Da auch die nominellen Nazis („Mitläufer") Schuld hatten, mußten auch gegen diese Sühnemaßnahmen ergriffen werden:

„1. Sie können angehalten werden, sich an ihrem Wohnort regelmäßig bei der Polizei zu melden.

2. Sie dürfen weder eine Zone noch Deutschland ohne Genehmigung verlassen.

3. Zivilpersonen dieser Gruppe sind bei keiner Wahl wählbar, sie können aber wählen.

4. Bei Beamten kann zusätzlich Versetzung in den Ruhestand oder in ein Amt mit geringerem Rang oder an eine andere Dienststelle, gegebenenfalls unter Kürzung der Bezüge oder Rückgängigmachung einer während der Zugehörigkeit zur NSDAP erlangten Beförderung, angeordnet werden. Bei Personen der Wirtschaft einschließlich Land- und Forstwirtschaft können entsprechende Maßnahmen angeordnet werden.

5. Mitläufern kann die Zahlung einmaliger oder laufender Beiträge zu einem Wiedergutmachungsfonds auferlegt werden. Bei der Bemessung sind die Dauer der Mitgliedschaft, die Höhe der Beiträge und sonstigen Zuwendungen sowie die Vermögens-, Erwerbs- und Familienverhältnisse und andere wichtige Umstände zu berücksichtigen." (S. 107/108)

Als „nomineller" Nazi eingestuft zu werden, bedeutete also ***nicht,*** von Schuld und Mitschuld entlastet zu sein oder keine Strafen und Sühnemaßnahmen auferlegt zu bekommen. Gemäß der Direktive Nr. 38 galt nämlich nur als „entlastet":

„Wer trotz seiner formellen Mitgliedschaft oder Anwartschaft oder eines anderen äußeren Merkmals sich nicht nur passiv verhalten,

sondern auch aktiv nach besten Kräften der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Widerstand geleistet und dadurch Nachteile erlitten hat." (S. 104)

☆ ☆ ☆

Das Potsdamer Abkommen, der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46 sowie die alliierten Kontrollratsgesetze und -beschlüsse über die Entnazifizierung – all diese Abkommen und Maßnahmen der Alliierten müssen also in der weiteren Betrachtung als ein grundlegender, vorgegebener Rahmen für die Politik der KPD/SED bewußt sein. Ebenso ist aber auch deutlich geworden, daß diese alliierten Gesetze und Beschlüsse auch eine Fülle von sehr konkreten Bestimmungen enthielten, welche von der KPD bzw. SED im Kampf für eine möglichst tiefgehende Entnazifizierung genutzt werden konnten und genutzt werden mußten.

III. Grundlegende Anforderungen an die Theorie, Linie und Politik der KPD

1. Bestandsaufnahme

Die KPD stand 1945 vor einem Desaster. Die KPD hatte von 1933 bis 1945 einen illegalen Kampf in Deutschland gegen die Nazis geführt, ihre Mitglieder hatten in den Nazi-KZs weitergekämpft, aber sie hatte in ihrem Kampf gegen die Nazis vor allem eine schwere Niederlage erlitten. Ihre Massenbasis, die sie während der Weimarer Republik gehabt hatte, war verloren. Die Nazis hatten viele der besten deutschen Kommunisten und Kommunistinnen ermordet. Die KPD war faktisch von den Nazis weitgehend zerschlagen worden.

Viele Genossinnen und Genossen waren 1945 gerade erst aus den nazistischen Gefängnissen und KZs befreit worden. Viele Genossinnen und Genossen mußten während der Nazi-Zeit in andere Länder flüchten und kamen nach 1945 aus der Emigration zurück, die wichtigsten Gruppen aus Moskau und aus Mexiko.

Die Genossinnen und Genossen der KPD standen vor einer komplizierten internationalen Situation und einer komplizierten Lage in Deutschland. Dies barg große Probleme und Aufgaben in sich, die bewußt sein mußten.

Es galt zunächst eine Art Bestandsaufnahme der eigenen Partei selbstkritisch einzuleiten – die eigene Arbeit vor und während des Nazifaschismus zu durchdenken, die Kader zu überprüfen und neu zu sammeln. Dabei stand fest, daß vor 1933 nicht zu erwartende und

daher nicht diskutierte Besonderheiten die Lage nach dem Mai 1945 kennzeichneten:

Die sozialistische Sowjetunion hatte gemeinsam mit imperialistischen Großmächten das nazifaschistische Deutschland in verschiedenen Besatzungszonen besetzt und Kernbereiche des deutschen Staatsapparats, vor allem die Armee und die Geheimpolizei zerschlagen.

Die große Mehrheit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen war bis in die letzten Tage und über die letzten Tage hinaus in keinster Weise bereit, bewaffnete Aktionen zum Sturz des Nazifaschismus durchzuführen. Der Masseneinfluß der Nazifaschisten reichte von den Werktätigen in Deutschland bis zu den kriegsgefangenen deutschen Soldaten und hatte ein ungeheures Ausmaß erreicht.

Die Kommunistische Partei hatte unvorstellbare Verluste hinnehmen müssen.

Eine schematische Fortsetzung der Linie der KPD aus der Zeit der Weimarer Republik oder aus der Zeit des Nazifaschismus war angesichts dieser Besonderheiten undenkbar. Hinzu kam, daß die KPD auch eine Linie des Parteiaufbaus festlegen mußte, die Konsolidierung und Überprüfung der alten Kader vornehmen und die Linie zur Neuaufnahme junger Kader bestimmen mußte, wobei insbesondere das Problem der Aufnahme von Kadern aus der Sozialdemokratie klare Kriterien verlangte.

Theoretisch mußte Maximalprogramm und Minimalprogramm klar unterschieden werden. Dies erforderte das Festhalten an den Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus und die Verteidigung seiner Prinzipien im Kampf gegen die Gefahr des Revisionismus verbunden mit einer möglichst präzisen Analyse der Besonderheiten der Lage und den sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen.

Praktisch galt es, je nach Betonung der beiden grundlegenden Besonderheiten (Anwesenheit der Sowjetarmee, Masseneinfluß der Nazi-Ideologie), im Zweifrontenkampf Illusionen zu bekämpfen:

Weder war die Anwesenheit der Sowjetarmee allein ausschlaggebend, um an die Verwirklichung des Maximalprogramms in schnellstem Tempo zu denken, noch durfte aus falsch verstandener Rücksicht auf die Rückständigkeit der Massen auf die Propagierung des Maximalprogramms verzichtet werden.

Bezüglich der taktischen Orientierung auf das Hauptkettenglied Entnazifizierung mußte die KPD/SED dagegen ankämpfen, daß diese taktische Orientierung ausgenutzt wurde, um die grundlegende kommunistische Orientierung in Frage zu stellen.

Im Rahmen des taktischen Hauptkettengliedes mußte die KPD/SED (auch wenn die Beziehung zwischen den taktischen und strategisch-programmatischen Aufgaben richtig bestimmt worden wären) wiederum konsequent die Aufgaben eines Zweifrontenkampfes anpakken: Zum einen mußte gegen eine sich radikal gebärdende, tatsächlich aber vor den Schwierigkeiten der Aufgaben kapitulierende Haltung angesichts der nazistischen Massenindoktrinierung angekämpft werden, die den Erfolg nur in Zwang und Administration suchte; zum anderen galt es, die rechtsopportunistische, schnellen Erfolg versprechende Anbiederei an die reaktionären Ansichten der werktätigen Massen grundsätzlich und tagtäglich zurückzuweisen und bloßzustellen – wobei letzteres angesichts der konkreten Lage nach dem Mai 1945 eindeutig die Hauptgefahr war, gegen die sich der Zweifrontenkampf vor allem richten mußte.

Hinter all diesen Aufgaben stand das grundlegende Problem, im Kampf gegen Revisionismus und Rechtsopportunismus die nötige Prinzipienfestigkeit zu verbinden mit einem genauen Verständnis der besonderen Lage und der besonderen Aufgaben.

2. Probleme des Maximalprogramms

Hinsichtlich des Maximalprogramms zeichneten sich zwei entscheidende Fragen des Verhältnisses von programmatischer Zielsetzung und besonderer Lage ab:

Erstens mußte am Ziel des Kommunismus und der Errichtung der Diktatur des Proletariats festgehalten und das politischen System der Sowjets in der sozialistischen Sowjetunion anerkannt und als Vorbild propagiert werden.

Zweitens konnte die Frage der gewaltsamen proletarischen Revolution der bewaffneten Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zumindest in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nicht einfach als

Frage der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes verstanden werden.

In beiden Punkten galt es, das Prinzipielle vom Besonderen zu trennen. Die Anerkennung der Sowjetmacht als höchste Form der Diktatur des Proletariats auf dem Weg zum Kommunismus war nötig und zwingend, schloß aber die Erkenntnis des Leninismus ein, daß in einem jeden Land auch andere Formen der Diktatur des Proletariats denkbar sind.

Das Festhalten an der Grundidee der gewaltsamen proletarischen Revolution und somit auch an der Idee der Diktatur des Proletariats war in mehrfacher Hinsicht besonders nötig und eine besondere Herausforderung und mußte deshalb theoretisch klar erläutert werden.

Diese Frage war seit den Zeiten von Bernstein und Kautsky eine Kernfrage des Kampfes zwischen kommunistischer und revisionistisch-sozialdemokratischer Linie.

Das kommunistische Maximalprogramm war im allgemeinen ja die Kriegserklärung an die bestehende Staatsmacht, insbesondere die bestehende Militärmacht, die im bewaffneten Aufstand der Mehrheit der bewaffneten Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten zerschlagen werden mußte. Die Anerkennung des unvermeidlichen Bürgerkriegs und der konsequenten Vorbereitung darauf war spätestens seit der Gründung der Komintern international ein Kernpunkt kommunistischen Selbstverständnisses.

Eine andere konkrete Lage, wie die militärische Zerschlagung der Hauptkomponente des deutschen Staatsapparates durch die alliierten Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition und die Besetzung Deutschlands durch die Alliierten erforderte eine sehr genau zu bestimmende Veränderung der Linie der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes gegen die bestehende Staatsmacht. Gleichzeitig mußte die Lage in der SBZ deutlich unterschieden werden von der Lage in den westlichen Besatzungszonen.

Unter den günstigen Bedingungen der SBZ stand die KPD/SED vor der Aufgabe, folgende prinzipiellen Ausgangspunkte herauszustellen und bewußtzumachen:

Die gewaltsame proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist auch in der SBZ nicht hinfällig oder überflüssig. Lediglich richtet sich in der SBZ die proletarische Re-

volution nicht gegen den bestehenden Staatsapparat, sondern an dieses Ziel kann nur herangekommen werden, indem die Arbeiterklasse und ihre werktätigen Verbündeten den in großen Teilen neu geschaffenen demokratischen Staatsapparat nutzen, gestützt vor allem auf die sowjetischen Streitkräfte und zunehmend auch auf die zu bildenden bewaffneten Kräfte der demokratisch orientierten Teile der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in der SBZ.

Dann ging es darum, daß die Arbeiterklasse bewußt die Diktatur des Proletariats errichtet und als Instrument zur Unterdrückung und Niederhaltung der Ausbeuter einsetzt, da diese niemals freiwillig ihr „Paradies" aufgeben. Bei der gewaltsamen Niederringung der kapitalistischen Ausbeuterklasse mußte sich die Arbeiterklasse selbst den „alten Dreck" der Ausbeutergesellschaft vom Halse schaffen. In dieser Orientierung auf die gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter mußte schließlich auch bewußtgemacht werden, daß die Ausbeuterklassen zu den Waffen greifen können, um sich in einem bewaffneten Kampf der Errichtung und Festigung der Diktatur des Proletariats zu widersetzen. Deshalb müssen auch die Arbeiterklasse und ihre werktätigen Verbündeten darauf vorbereitet sein, daß die Ausbeuterklassen im bewaffneten Kampf niedergeschlagen werden müssen.

Dies war in der Tat – wie jeder zugeben wird – eine erhebliche Veränderung der Linie gegenüber der klassischen Orientierung der KPD Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und Ernst Thälmanns auf den bewaffneten Aufstand. Völlig falsch wäre es nun, eine solche Änderung der Linie schlichtweg zu verschweigen oder nicht als Änderung bewußtzumachen. Noch viel gefährlicher wäre es jedoch, dem Umfang und den Inhalt dieser Veränderung so zu interpretieren, als sei nun die Frage einer „gewaltsamen" Revolution erledigt und die alte sozialdemokratische Phrase vom „friedlichen Hineinwachsen" in den Sozialismus erhalte nun doch eine Berechtigung, die sie nie hatte und niemals haben kann.

Die Besonderheiten der vorangegangenen Zerschlagung des Militärapparats des deutschen Imperialismus durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition im antinazistischen Krieg und der Lage nach dem 8. Mai 1945 erlaubten bei einer prinzipienfesten Betrachtung des Problems, ausgehend von den gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, ***nicht*** die Illusion, daß die Beseitigung des Kapitalismus nun ohne diktatorische Maßnahmen, ohne gewaltsames und bewaffnetes Vorgehen der Arbeiterinnen und Arbeiter zu bewerkstelligen sei und

sozialistische Maßnahmen ohne Diktatur des Proletariats durchgeführt werden könnten. Die Möglichkeit der Vermeidung des Ausbruchs eines Bürgerkriegs (unter deutlicher Einbeziehung der realen Möglichkeit, daß die konterrevolutionären Kräfte doch einen Bürgerkrieg auslösen) setzt gerade die Existenz bewaffneter Kräfte der Arbeiterklasse und ein diktatorisch-gewaltsames Vorgehen gegen die Ausbeuterklassen voraus, die niemals freiwillig ihre Privilegien aufgeben.

Nur bei der Klarstellung dieser programmatischen Selbstverständlichkeiten einer Kommunistischen Partei konnten die sozialdemokratischen Phrasen eines „friedlichen Weges" im Sinne eines angeblich „demokratischen Weges", eines angeblich „gewaltlosen Weges" von der Wurzel her bekämpft, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats erörtert und die Unerläßlichkeit der bewaffneten Macht der Arbeiterklasse als Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus erklärt werden. Nur so konnte auch die bösartige Gegenüberstellung eines angeblich „demokratischen Weges" gegenüber dem Weg der Oktoberrevolution oder eines „demokratischen Weges" in Gegenüberstellung zu einem „revolutionären Weg" von Grund auf entlarvt werden und als Besonderheit eingegrenzt werden, daß auf dem Boden der SBZ die Möglichkeit und Chance bestand, mit der Sowjetarmee im Hintergrund militärische Konflikte zwischen der bewaffneter revolutionären Arbeiterklasse und den konterrevolutionären Kräften des deutschen Imperialismus zu vermeiden.

Eine solche Erklärung der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten und der Besonderheiten beim Übergang zum Sozialismus entsprechend der Lage in Deutschland hätte klargemacht, daß die Frage der gewaltsamen revolutionären Enteignung der Bourgeoisie, die Frage der Notwendigkeit der bewaffneten Arbeiter, die Frage der diktatorischen Maßnahmen des Proletariats gegen alle Elemente des Kapitalismus allgemeingültig sind und auch in Deutschland angepackt werden müssen, während sich die Besonderheiten ausschließlich auf die Tatsache beziehen, daß durch den konsequenten antinazistischen Kampf, gestützt auf den militärischen Sieg der Sowjetarmee, die Kräfte des deutschen Kapitalismus nur über begrenzt einsetzbare bewaffnete Kräfte (im Untergrund) verfügten, die je nach Stärke möglicherweise nicht in der Lage sein werden, als bewaffnete Kon-

terrevolution einen Bürgerkrieg gegen das sozialistische Proletariat auszulösen.[108]

3. Probleme des Minimalprogramms und des taktischen Hauptkettengliedes

Hier sollen zunächst die vielleicht brennendsten Fragen der damaligen Zeit angeschnitten werden.

Erstens war dies die Frage des richtigen abgestuften Vorgehens gegenüber den Nazis bis tief hinein in die Arbeiterklasse als ein Kernpunkt der Entnazifizierung.

Zweitens war damit eng verbunden der Kampf gegen die „Schlußstrichmentalität" und die Verkündigung des „positiven Aufbaus" als angebliches „Hauptkettenglied".

Drittens war dies die Frage, welche Bedeutung die Entlarvung des deutschen Nationalismus haben mußte und wie der Kampf gegen den deutschen Nationalismus prinzipiell, und dennoch taktisch geschickt geführt werden mußte.

Viertens mußte theoretisch die Bedeutung dieses demokratischen Kampfes mit dem „Hauptkettenglied Entnazifizierung" richtig eingeordnet und begründet werden.

Im Grunde drehen sich diese vier Punkte alle um dieselbe Frage: Wird prinzipienfest das „Hauptkettenglied Entnazifizierung" genutzt, um über eine Politik des harten und demokratisch-diktatorischen Kampfes gegen alle noch existierenden Bestandteile des Nazifaschismus den Boden ideologisch und politisch zu bereiten, um in der Mehrheit der Arbeiterklasse die Bewußtheit und Organisiertheit zu schaffen, die nötig ist, um die tiefsten Wurzeln des Nazifaschismus zu beseitigen und die prinzipielle Begründung für die Notwendigkeit

---

[108] Die Ereignisse am 17. Juni 1953 haben zu diesem Themenkomplex einiges deutlich gemacht. Wir werden darauf in einer späteren Nummer eingehen.

der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats bewußtzumachen und organisatorisch vorzubereiten?

a) Das abgestufte Vorgehen gegen die Nazi-Verbrecher und ihre Anhänger als ein Kernpunkt der Entnazifizierung

Alle Länder, die durch den Sieg der Sowjetarmee und der anderen Armeen der Anti-Hitler-Koalition über Nazi-Deutschland befreit wurden und sich in unterschiedlichem Maß selbst befreiten, sahen sich vor der Aufgabe, eine blutige und harte Abrechnung mit den Quislingen und Kollaborateuren der Nazis – nicht wenige an der Zahl – vorzunehmen: Von Italien bis Norwegen, von Frankreich bis Bulgarien säuberten die bewaffneten demokratischen Volksmassen unter Führung der Kommunistischen Parteien als erstes den Staatsapparat von den Kollaborateuren und bestraften in großem Umfang jene, die Nazi-Verbrechen verübt oder unterstützt hatten.

Es wäre hilfreich, sich diesen Prozeß in den von der Nazi-Besatzung befreiten Ländern mit Zahlen und Fakten, Einzelheiten und Grundzügen vor Augen zu führen, um sich dann zu vergegenwärtigen, was eigentlich in Deutschland in dieser Hinsicht geschehen ist und was hätte geschehen müssen.

Die geschichtliche Aufgabe, die tagespolitisch als demokratische Aufgabe unmittelbar als Hauptkettenglied angepackt werden mußte, war das Aufreißen der von den Nazi-Diktatur zugehaltenen großen Wunde: die Kluft zwischen dem Teil der Bevölkerung, der die Nazi-Verbrechen durchführte und unterstützte, und all jenen, die als antinazistische Kräfte, sei es in der Tradition der Arbeiterbewegung, sei es durch demokratisch-humanistische Überzeugung aktiv bereit waren, mit allen Mitteln und auf Leben und Tod mit allem abzurechnen, was Nazismus bedeutet und unterstützt.

Dieser Riß mußte durch die deutsche Bevölkerung gezogen werden, wobei es galt, diesen Riß politisch so zu gestalten, daß nach Möglichkeit in diesem antinazistischen Kampf die Mehrheit der Arbeiterklasse gewonnen und wichtige Teile der anderen werktätigen Bevölkerung aktiviert oder zumindest neutralisiert werden konnten. Die Vorstellung aber, daß ein einheitliches deutsches Volk gegen einige Nazi-Spitzen vorzugehen habe – sozusagen 99 Prozent „gutes

Volk" gegen 1 Prozent Verbrecher –, war absolut unrealistisch und ging an den wirklichen Aufgaben vorbei. Ebenso war die Vorstellung ganz falsch, daß die Nazis 99 Prozent ihrer Anhänger „irregeführt", sie angeblich über ihre wahren Ziele getäuscht hätten und es eben deshalb nur darum ginge, die Wahrheit über die Nazis zu verkünden, schon hätte man 99 Prozent der deutschen Bevölkerung hinter sich. In Wahrheit kannten alle Nazi-Anhänger ganz genau die Absichten der Nazis und begrüßten zumindest die grundlegenden nazistischen Ziele wie das „Juda, verrecke" und den Überfall auf andere Völker bewußt und zu großen Teilen begeistert. Die Nazi-Ideologie und Unmoral hatte sich eben extrem tief in das Bewußtsein großer Teile der deutschen Bevölkerung eingefressen – wer das nicht in seinem wirklichen Ausmaß ernst nahm, unterschätzte die Größe der Aufgabe der Entnazifizierung.

Der nötige Versuch, die Mehrheit der Arbeiterklasse für eine möglichst weitgehende Entnazifizierung zu gewinnen und in ihr die Auffassung zu verankern, „je weiter man dabei geht, um so besser ist es", war also eine riesige Aufgabe, die voller Haß, aber mit kühlem Kopf und dem taktischen Arsenal der kommunistischen Weltbewegung erst einmal bewältigt und siegreich abgeschlossen werden mußte.

Grundlegende Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit der kommunistischen Kräfte war gewiß, ohne Umschweife und deutlich die Notwendigkeit der diktatorischen Unterdrückung der Nazis durch die Alliierten zu unterstützen, zu fördern, wo nötig zu fordern und jegliches Konzept einer Demokratie für Jedermann, also auch für offene oder verkappte Nazis, abzulehnen und zu entlarven. Es galt, offensiv über die nötige Bandbreite staatlicher Unterdrückungsmaßnahmen gegen NSDAP-Nazis und Nazis ohne Parteibuch Rechenschaft abzulegen.

1. Die Palette von staatlichen Maßnahmen umfaßte zunächst die Internierung von Hunderttausenden zur Klärung individueller Schuld, die Aburteilung aller Kriegsverbrecher und aller Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor entsprechenden Gerichten.

2. Über die Internierung hinaus war zudem die systematische Erfassung von Millionen Mitgliedern und Aktivisten der Nazi-Organisationen notwendig, mit dem Ziel der möglichst umfassenden Klärung individueller Beteiligung an den Nazi-Verbrechen im engen und weiten Sinne des Wortes.

3. Um diese Repressionen erfolgreich durchzuführen, mußte offensiv – parallel zur nötigen Verhängung von Untersuchungshaft und Eröffnung von Ermittlungsverfahren – klargemacht werden, zunächst auch nach formellen Kriterien, woraus die Berechtigung für die antinazistische staatliche Maßnahme resultierte, im Massenumfang Ermittlungen und Repression zu verbinden: Klarheit über den Charakter und Umfang der Massenbewegung der Nazis und ihrer Verankerung in allen Bereichen der Gesellschaft sowie des Umfangs der innerhalb und außerhalb Deutschlands begangenen Verbrechen.

4. Aus dem Umfang der Verbrechen ergab sich die Notwendigkeit, auch die Zeitspanne der notwendigen Untersuchung und Abklärung der individuellen Beteiligung an Verbrechen nicht eng, sondern weit zu fassen. Schon im Keim mußte Unverständnis über den Umfang und die Zeitspanne der notwendigen Untersuchungen mit der Anklage erstickt werden, daß sich nicht Millionen an Massenverbrechen erst beteiligen und dann „rasche Erledigung" einfordern können.

5. Neben den nötigen Repressionsmitteln wie Hinrichtung, Gefängnis etc. war es von besonderer Wichtigkeit, auch das Mittel des Entzugs der Staatsbürgerrechte für Nazis (kein aktives bzw. passives Wahlrecht, Verbot des Eintritts in demokratische Parteien) prinzipiell zu propagieren und offensiv als nötiges Mittel zur Stabilisierung eines Kerns demokratischer Kräfte zu erklären.

6. Dabei ist ganz gewiß zunächst zwingend, daß grobe formale Kriterien angesichts der zu leistenden millionenfachen Untersuchungen, insbesondere bei der Aburteilung sämtlicher Nazi-Verbrecher aufgrund des Urteils von Nürnberg und bei der Frage der Erteilung von Staatsbürgerrechten, an erster Stelle standen. Dabei mußte klar sein, daß formale Kriterien in zweierlei Hinsicht zunächst unvermeidlich von Nachteil sind: Die sogenannten „kleinen Nazis", die oft nicht Mitglied der NSDAP waren, konnten durchschlüpfen (das war mit Sicherheit die größere Gefahr); und in einzelnen Fällen konnte es sicher auch zu Ungerechtigkeiten gegen Funktionsträger kommen, die trotz ihrer Funktion antinazistische Handlungen unterstützt hatten.

Es war wesentlich, gegen dümmliche Hetze und Demagogie Verständnis dafür zu schaffen, daß die Gefahr von Fehlurteilen in beiderlei Hinsicht nicht zu vermeiden ist, um die nötigen Kräfte zu mo-

bilisieren, durch weitere Untersuchungsarbeit möglichst wenig Fehler in beide Richtungen zu begehen.

Daher mußte ein Bewußtsein dafür geschaffen werden, daß es ***kein*** Entweder-Oder bei der Frage „kleine" oder „große" Nazis – PG oder nicht PG geben durfte, sondern nur ein Sowohl-als-auch.

Die Notwendigkeit, dieses oder jenes formell zu regeln, barg in sich die Gefahr, daß gerade Nazis sich als Spezialisten des Nazismus lang und breit darüber verbreiteten, welche Abteilungen der SA, des NS-Kraftfahrerkorps etc. welche Funktion hatten. Entscheidender als solche Debatten war es, daß individuell unter Aufarbeitung der lokalen Geschichte bis ins letzte Dorf und mit Unterstützung durch die antinazistischen und kommunistischen Kräfte der von den Nazis überfallenen Länder Mitverantwortung und Mitschuld öffentlich thematisiert wurden – gegen alle Widerstände und Vertuschungsversuche, gestützt auf Zeugenaussagen und Dokumente.

Eine grobe Durchsicht der Diskussionen der KPD und SED, der an dieser Stelle im einzelnen nicht vorgegriffen werden soll, zeigt bereits, daß Monat für Monat die Verpflichtung verwässert wurde, die Kluft zwischen Nazis und Antinazis aufzureißen, daß mit Spezialdiskussionen die grundlegende und verpflichtende Position einer möglichst weitgehenden Entnazifizierung in Frage gestellt und schließlich in den Hintergrund gedrängt wurde.

Ein Kernproblem war dabei die oberflächliche Vorstellung, daß jemand nur beweisen müsse, daß er ***nicht*** bei den Nazis mitgemacht habe, dann könne er wieder bei demokratischen Parteien mitarbeiten.

Völlig in den Hintergrund trat die eigentlich viel wichtigere Aufgabe aller im Nazismus Verstrickter offen und ehrlich ihre individuelle Beteiligung, ihr Denken, ihr Mittun aufzudecken, um so zur möglichst genauen Aufklärung der individuellen Schuld beizutragen, um nach Klärung der Schuld und Verbüßung möglicher Strafe, Gefängnis, Entzug der Bürgerrechte etc., durch eigenes aktives Handeln zu beweisen, daß der- oder diejenige ***gegen*** die Nazis überhaupt und den Nazismus bei sich selbst ankämpft und an diesem „Hauptkettenglied" mitarbeitet.

Es mußte dabei klargestellt werden: Für die Nazis und ihre Unterstützer gab es bewußt keine demokratische Rechte, sie mußten diktatorisch unterdrückt werden. Auf dieser antinazistischen Grundlage

waren auch Argumente und Begründungszusammenhänge für das Herankommen an den Gedanken der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie zu entwickeln.

b) Gegen den Ökonomismus des „positiven Aufbaus" und die „Schlußstrichmentalität"

Daß die Ergreifung des Hauptkettenglieds Entnazifizierung unvereinbar ist mit jeglicher „Schlußstrichmentalität", aber auch mit einer wie auch immer gearteten Vorrangstellung des „positiven Aufbaus" bzw. des „Wiederaufbaus" und daß dies eine wichtige Frage in der Situation nach 1945 war, liegt eigentlich auf der Hand. Dieser Gesichtspunkt muß hier also nur knapp angerissen werden. Es geht – kurz gesagt – darum, daß gegen alles Lamentieren über die angeblich ach so schlimme konkrete Lage nach dem 8. Mai 1945 in Deutschland unnachgiebig und unnachsichtig vorgegangen werden mußte. In erster Linie galt es dabei herauszuarbeiten, daß für jeden noch so geringen Schaden allein Nazi-Deutschland die Verantwortung hatte und jede Häuserruine ein Anklagepunkt gegen die Nazis war. Zweitens mußte gegen alle Übertreibungen die reale Lage verdeutlicht werden, daß Deutschland als Verursacher des Zweiten Weltkrieges sich in einer vergleichsweisen komfortablen Lage befand. Drittens und praktisch von entscheidender Bedeutung war jedoch, daß die Kader der KPD, die selbstverständlich auch Hand anlegten, wenn es galt, Infrastruktur und Verwaltung zu stabilisieren, sich dadurch keinesfalls ablenken ließen, sondern sich im demokratischen Kampf vor allem auf das Hauptkettenglied Entnazifizierung konzentrieren mußten und der vorherrschend geschürten Stimmung „zwar braun, aber Fachmann" nicht nachgeben durften.

c) Die Unterschätzung der nationalen Demagogie als Quelle der Nazi-Ideologie und die falsche Antwort eines „guten" Nationalismus

Schon vor 1933, verstärkt auf dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935 wurde zu Recht das Problem aufgeworfen, daß die KPD die Entlarvung der nazistischen Demagogie mit ungenügenden und falschen Mitteln und viel zu geringer Wirkung betrieben hat. Das gilt

für den Rassismus der Nazis, und es gilt für die nationale Demagogie. Der ungenügende Kampf der KPD gegen den Rassismus, den Antisemitismus, den Antiziganismus, aber auch andere Formen des Rassismus – ein wichtiges Problem, auf das noch genauer eingegangen wird –, war aufs engste verbunden mit der Kehrseite der rassistisch-nationalistischen deutschen Überheblichkeit, einem rassistisch-nationalistischen Volksbegriff und einer bestimmten, ganz falschen Haltung zur deutschen Nation, die angesichts der politischen Demagogie der Reaktionäre, insbesondere in den Westzonen, zunehmend eine Rolle spielte. Die KPD mußte die rassistische und nationalistische Ideologie von der angeblichen deutschen Überlegenheit bloßlegen und theoretisch und politisch klarmachen, daß es zwei Antworten auf die Feststellung gibt, daß die Nazi-Ideologie in der nationalen Demagogie unterschätzt wurde:

Die Haltung der KPD zur „nationalen Frage" war ideologisch und politisch in der Tat ein ganz entscheidender Punkt, nicht nur für die weitere Entwicklung ihrer Linie, sondern auch für eine prinzipienfeste, revolutionäre Haltung gegenüber dem deutschen Imperialismus.

In der Selbstkritik der KPD gab es zweierlei diametral entgegengesetzte Antworten auf die Frage: Was bedeutet die richtige Feststellung, daß die KPD die „nationale Frage unterschätzt" hat?

Antwort eins lautete, und damit war eine Fülle von Fehlern im weiteren Kampf gegen den deutschen Imperialismus vorprogrammiert: Die KPD habe „den Mißbrauch" der berechtigten und guten „nationalen Gefühle" durch den Nazifaschismus nicht durch eigene nationale Parolen paralysiert und bekämpft und deshalb sei es ihr nicht gelungen, die werktätigen Massen dem Einfluß der Nazis und der Vorherrschaft des deutschen Imperialismus zu entreißen.

Antwort zwei: Die nationale Demagogie wurde unterschätzt, die chauvinistische Vergiftung der Bevölkerung bis in die Reihen der Arbeiterklasse, wie sie die Erfahrung des Ersten Weltkriegs schon bewiesen hatte, wurde unterschätzt. Die Kommunistischen Partei mußte ihrer Verantwortung für ein sozialistisches Deutschland durch antichauvinistische Aufklärung und internationalistische Erziehung der Arbeiterklasse gegen jegliche nationale Demagogie in Wort und Tat nachkommen.

Um im Kampf um das Hauptkettenglied Entnazifizierung möglichst große Teile der Arbeiterklasse und auch der anderen Werktätigen

gewinnen zu können, sie möglichst weitgehend an diesem Kampf zu beteiligen, mußte ein tiefgehender Kampf gegen den deutschen Nationalismus und Chauvinismus geführt werden, der von den reaktionären Kräften in Deutschland nach 1945 vor allem als Waffe gegen eine umfassende Entnazifizierung eingesetzt wurde. Gegen die Entnazifizierung wurde von den Reaktionären vor allem das angeblich Gemeinsame hervorgehoben, die „deutschen Interessen", es wurde betont, daß es den „Siegern" nur darum ging, „Rache an den Deutschen" zu üben, kurz: es wurde an dem tiefsitzenden chauvinistischen Herrenmenschendünkel bei breiten Teilen der deutschen Bevölkerung angesetzt und die deutsch-nationalistische Einheit zwischen „allen Deutschen" beschworen, um die Entnazifizierung zu sabotieren.

Wollte man den Riß zwischen den antinazistischen Kräften und den Nazis und ihren Anhängern so weit wie möglich vertiefen, so mußte dieser deutsch-nationalen „Volksgemeinschaft" der Krieg erklärt werden. Hier war eine sehr komplizierte Situation entstanden, da der Kampf für ein einheitliches demokratisches Deutschland richtig war, aber nicht zur Anpassung an die reaktionäre Entwicklung im Westen führen durfte. Und hier war auch über Jahrzehnte vorprogrammiert, daß der Kampf gegen den deutschen Imperialismus eine prinzipienfeste Haltung zur nationalen Frage in Deutschland beinhalten mußte. Die planmäßige Wechselhaftigkeit des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus bei der Nutzung der „nationalen Frage" für seine imperialistischen Zwecke konnte nur durch Aufklärung entlarvt werden, Appelle an die durch und durch „reaktionären nationalen Gefühle der Volksmassen" mußten prinzipiell verworfen werden.

Das „Manifest der Kommunistischen Partei" erklärt präzise, daß die Arbeiterklasse, die die Diktatur des Proletariats im eigenen Land erobern will, in diesem Sinne national ist, nie aber in der romantisch-reaktionären, die Klassengegensätze verschleiernden und vertuschenden und zudem mit imperialistischen Zielen verknüpften Weise der Bourgeoisie, die sich auf dem ideologischem Gebiet des Nationalen fest eingenistet hat. Ohne richtige Behandlung dieses Fragenkomplexes, ohne entschiedenen Kampf gegen die nationale Demagogie konnte die KPD die Mehrheit der Arbeiterklasse nicht für eine wirklich kommunistische Position gewinnen.

d) Die erstrangige Begründung für die tagespolitische Unmöglichkeit einer sozialistischen Revolution lag nicht an geschichtlichen und objektiv-ökonomischen Besonderheiten Deutschlands, sondern im subjektiven Bereich, der fehlenden Bewußtheit und Organisiertheit der Mehrheit der Arbeiterklasse

Auch dieser Gesichtspunkt ist eigentlich klar und deutlich, wurde jedoch immer wieder auf diffizile Weise verdunkelt.

Das Gewicht der demokratischen Kämpfe in einem hochindustrialisierten Land wie Deutschland konnte und mußte natürlich betont werden auf dem Hintergrund der besonders reaktionären deutschen Geschichte, der gescheiterten Revolutionen von 1525, 1848 und 1918. Doch ausschlaggebend für die tagespolitische Unmöglichkeit einer sofortigen sozialistischen Revolution nach 1945 war die realistische Einschätzung der nazistischen und reaktionären Indoktrinierung der breiten Massen.[109] Davon abzulenken und aus der Entnazifizierung als Hauptkettenglied des demokratischen Kampfes mit theoretischen Klimmzügen in erster Linie eine Bewegung zur Vollendung der gescheiterten bürgerlichen Revolution von 1848 zu konstruieren, mußte als theoretische Verrenkung entlarvt und als politische Ablenkung von den eigentlichen Gründen bekämpft werden. Zumal eine solche theoretische Verrenkung damit einherging, die programmatische Linie der KPD als grundlegend falsch zu diffamieren und entgegen der festgelegten Linie der KPD und der Komintern aus Formen des Herankommens an die proletarische Revolution unter schemati-

---

[109] Lenins Leitlinie mußte eine Grundlage sein:

„Ihr seid verpflichtet, ihnen (den Massen, A. d. V.) die bittere Wahrheit zu sagen. Ihr seid verpflichtet, ihre bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteile (in Deutschland nach 1945 vor allem die nazistischen und reaktionären Vorurteile, A. d. V.) beim richtigen Namen zu nennen. Aber zugleich seid ihr verpflichtet, den *tatsächlichen* Bewußtseins- und Reifegrad eben der ganzen Klasse (und nicht nur ihrer kommunistischen Avantgarde), eben der ganzen werktätigen *Masse* (und nicht nur ihrer fortgeschrittensten Vertreter) *nüchtern* zu prüfen."
(Lenin: „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 43/44)

scher und falscher Berufung auf Lenins Linie im zaristischen Rußland eine grundlegende demokratische Etappe der Revolution im Deutschland nach 1945 zu konstruieren.

Auf dieser grundlegenden Linie aufbauend mußte die KPD im demokratischen Kampf Antwort auf weitere brennende Fragen auf der Basis des Potsdamer Abkommens und der Beschlüsse der Alliierten geben und weitere Besonderheiten Deutschlands erkennen und daraus sich ergebende Kampfaufgaben formulieren.

Im weiteren Verlauf unserer Analyse werden wir auf Fragen der Verwischung von Maximal- und Minimalprogramm eingehen. Innerhalb des demokratischen Minimalprogramms gilt es insbesondere festzustellen, welche Haltung die KPD/SED zur Frage der einmaligen Verbrechen an den jüdischen Bevölkerung Europas und den Verbrechen gegen die Sinti und Roma einnahm. Genauer behandelt wird die Frage der Mitschuld und die Frage, welche offensive Haltung zur nötigen Besetzung Deutschlands und zu den Umsiedlungen eingenommen wurde. Die Haltung zu den deutschen Kriegsgefangenen und die dahinter stehende Haltung zur deutschen Wehrmacht werden ebenso eine Rolle spielen wie Fragen des ideologischen Kampfes gegen Nazi-Ideologie und deutschen Nationalismus.

Was hier knapp zusammengefaßt relativ einfach aussieht, war in Wirklichkeit eine durch Dutzende demagogische Hauptmanöver der in vielfältigen Formen auftretenden Reaktion ständig umkämpfte Grundposition, die in Dokumenten der KPD selbst so nirgends fixiert worden war. So standen die Kader der KPD in den tagtäglichen Kämpfen vor der Aufgabe, vor allem grundlegende Debatten zu führen und Klarheit zu schaffen. Die Genossinnen und Genossen der KPdSU(B) und die Soldaten der sowjetischen Streitkräfte in der SBZ boten den militärischen gesicherten Rahmen, um der KPD die Möglichkeit zu geben, diese Fragen in Theorie und Praxis immer besser zu lösen.

4. Einige richtige Positionen und deren Bedeutung

Zum Maximalprogramm und Fragen der Unterscheidung von Maximal- und Minimalprogramm, von Strategie und Taktik konnte die KPD 1945 durchaus auf Elementen einer richtigen Linie aufbauen.

Die richtige Linie der KPD schloß ein, eine richtige Haltung zur Besetzung Deutschlands, zur Mitschuld und zur Umsiedelung, zu den Verbrechen der Nazis und der Nazi-Wehrmacht und der Frage der Kriegsgefangenen, zum Kampf gegen die Nazi-Ideologie und den Nationalismus zu erarbeiten. Zu diesen Fragekomplexen gab es, studiert man die Fülle des Materials der ersten zwei Jahre der KPD und SED nach dem Krieg, eine Fülle von richtigen Ansatzpunkten, viele richtige Elemente einer korrekten Linie, die leider nicht systematisiert, sondern verstreut und oft direkt mit falschen Positionen verbunden waren.

Die KPD und SED hatte also viele und große Möglichkeiten, auf damals bereits existierende Analysen und Positionen aufzubauen und sie zusammenzuführen zu einer umfassenden kommunistischen und demokratischen Linie. Sie hat es nicht getan, wie sich zeigen wird. Im Verlauf des gesamten umfangreichen Textes wird immer wieder, oft auch in den Anmerkungen und im Anhang darauf verwiesen.

Angesichts der nachfolgenden umfassenden und oft sehr harten und prinzipiellen Kritik erscheint es uns sehr wichtig, zunächst diese verstreuten positiven Ansätze vorzustellen und hervorzuheben – im Bewußtsein, daß diese Zusammenschau ***nicht*** der Linie der KPD und SED entsprach. Wenn nachfolgend eine Art Zusammenschau herausragender richtiger Positionen aus den verschiedensten Dokumenten und von den verschiedensten Kadern vorgenommen wird, dann handelt es sich also um eine Konstruktion, die das Ziel hat, den Kontrast mit den im Verlauf des Textes kritisierten Positionen noch deutlicher zu machen.

1. *Zum Maximalprogramm und Fragen der Unterscheidung von Maximal- und Minimalprogramm, Strategie und Taktik*

Die Brüsseler Konferenz, auch der 13. Parteitag der KPD genannt, hat 1935 klargestellt, daß das Ziel der Kommunismus ist und strategisch die Diktatur des Proletariat das Etappenziel ist, und der zu forcierende demokratische Kampf eine Frage der Taktik ist.

Pieck betonte, daß die taktische Wendung nicht bedeutet, „daß wir etwa nicht mehr unser revolutionäres Endziel oder unser kommunistisches Programm propagieren und popularisieren“[110] und erklärte „die Richtigkeit der strategischen Zielsetzung der KPD – die proletarische Revolution zur Errichtung der Diktatur des Proletariats“.[111]

2. Erstaunlich klar hat Grotewohl[112] zum ***marxistischen Prinzip der Bewaffnung*** als Kernpunkt einer revolutionären Linie auf dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD betont, daß „in den schlimmen Erfahrungen der Hitler-Ära der deutschen Arbeiterklasse die Wahrheit des Wortes von Karl Marx buchstäblich eingebleut worden (ist), wonach die Waffe der Kritik niemals die Kritik der Waffen ersetzen kann.“[113]

3. Ausgerechnet Walter Ulbricht hat sehr deutlich 1945 als Begründung für die tagespolitische Unmöglichkeit einer „Einführung“ des Sozialismus betont, daß der ***subjektive Faktor***, die konkrete Lage der Bewußtheit der Arbeiterklasse, ihre noch weitgehende Verseuchung mit Nazi-Ideologie ausschlaggebend ist.

a) Im Jahre 1945 stellt Ulbricht klar:

> „Es wäre eine Selbsttäuschung, zu glauben, daß Hitler seine barbarische Kriegspolitik nur mit Hilfe des grausamsten Terrors gegen das eigene Volk durchführen konnte. Wer sich daran erinnert, mit welcher Begeisterung die Mehrheit des deutschen Volkes Hitler zujubelte, als die deutschen Armeen vor Moskau standen, der wird

---

[110] Bericht von Wilhelm Pieck: „Erfahrungen und Lehren der deutschen Parteiarbeit im Zusammenhang mit dem Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale“, zitiert nach: Mammach (Hg.): „Die Brüsseler Konferenz der KPD“, Frankfurt/M. 1975, S. 170.

[111] Ebenda, S. 72/73.

[112] Zur Biographie Grotewohls siehe im Personenregister.

[113] „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD“, Berlin 1946, S. 129.

nicht bestreiten können, daß die imperialistische und militaristische Ideologie tief in unserem Volk sitzt."[114]

b) Im Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945 heißt es:

„Unser Unglück war, daß Millionen und aber Millionen Deutsche der Nazidemagogie verfielen, daß das Gift der tierischen Rassenlehre, des „Kampfes um Lebensraum", den Organismus des Volkes verseuchen konnte.

Unser Unglück war, daß breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen eine gut gedeckten Mittags- und Abendbrottisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach." [115]

c) Gegen den Versuch, sofort den Sozialismus zu errichten, stellte Ulbricht den subjektiven Faktor heraus: „Aber wie soll das angesichts der ideologischen Verwüstung, die bis tief in die Reihen der Arbeiterklasse geht, geschehen?"[116]

Er betont: „Die Errichtung einer sozialistischen Ordnung setzt eine hohe Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft voraus" und verweist darauf, daß es „die deutsche Arbeiterschaft und die antifaschistischen Kräfte nicht vermochten, aus eigener Kraft den Sturz der Hitlerherrschaft herbeizuführen. Infolgedessen müssen wir auf längere Zeit mit der Beibehaltung der Besatzung rechnen; die Mehrzahl der Besatzungsmächte sind jedoch keine Anhänger des Sozialismus."[117]

4. Richtige Positionen zum ***Kampf für die Liquidierung des Sozialdemokratismus*** in der zu gründenden Einheitspartei des Proletariats und gegen faule ideologische Kompromisse und Liberalismus gegenüber der sozialdemokratischen Ideologie.

---

[114] Ulbricht: „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Band II, Stuttgart 1953, S. 435–437.

[115] „Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945", zitiert nach: „Deutsche Volkszeitung", Nr. 1, 13. Juni 1945.

[116] Ulbricht: „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Band II, S. 437.

[117] Ulbricht, „Strategie und Taktik der SED", in: „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Band III, Stuttgart 1953, S. 63/64.

a) Auf den erweiterten Sitzungen des ZK der KPD am 19. und 20. 11. 1945 betonte Dahlem sehr richtig, daß der Kampf für die Vereinigung den ***Kampf zur Vernichtung des Sozialdemokratismus*** zur Grundlage haben muß:

> „ (...) wir müssen uns darüber klar sein, daß die konsequente, schrittweise Annäherung, das enge Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten bis zur Erreichung des Zieles, der Vereinigung, ***ein ständiger Prozeß der Liquidierung aller Grundlagen der sozialdemokratischen Ideologie, des Sozialdemokratismus ist.***“ [118]

b) Pieck betonte auf einer ZK-Sitzung der KPD richtig, daß es zwar nötig sei, „zeitweise gewisse Konzessionen“ an die Sozialdemokratie zu machen, aber ***„ohne faule Kompromisse und einen faulen Liberalismus zu machen“***. [119]

5. Bezüglich der ***Einmaligkeit des Nazi-Verbrechens durch Giftgas*** wurde sehr klar vom Aufruf der KPD 1945 die staatlich organisierte „fabrikmäßige“ Ermordung herausgestellt und von Rehberg recht genau der ***Massenmord an den Juden*** thematisiert.

a) Im Aufruf von 1945 heißt es:

> „An den Händen der Hitlerdeutschen klebt das Blut von vielen, vielen Millionen gemordeter Kinder, Frauen und Greise. In den Todeslagern wurde die Menschenvernichtung Tag für Tag fabrikmäßig in Gaskammern und Verbrennungsöfen betrieben.“ [120]

b) Rehberg stellt nach der Beschreibung der Massenmorde in den Vernichtungslagern fest: „Eine so abgrundtiefe moralische Verderbnis, so ungeheuerliche Verbrechen hatte die Geschichte der Menschheit bis dahin nicht gekannt.“ [121] Und er hebt hervor:

---

[118] „Protokoll der erweiterten Sitzung des ZK der KPD“, 19./20. 11. 1945, in: Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland“, Band 2, S. 297/298, Hervorhebung RF.

[119] Ebenda, S. 352, Hervorhebung RF.

[120] „Aufruf des ZK der SED vom 11.6.1945“, zitiert nach: „Deutsche Volkszeitung“, Nr. 1, 13. Juni 1945.

[121] Georg Rehberg, „Hitler und die NSDAP in Wort und Tat“, Berlin 1946, S. 90.

„Deutsche Ingenieure und Techniker arbeiteten die Projekte für die Gaskammern, Verbrennungsöfen und Vergasungsautos aus und deutsche Arbeiter stellten sie her. Deutsche Gelehrte erfanden das Giftgas für die Gaskammern, deutsche Arbeiter verfertigten die Ausrüstungsgegenstände für die Gaskammern, die Vergasungsautos, die modernisierten fahrbaren Galgen, die Giftgase für die Todeslager, sie sortierten und verpackten in diesen Lagern die Haare und die Sachen der Ermordeten. Deutsche Eisenbahner fuhren Millionen unschuldiger Menschen in Folterung und Tod. Deutsche Stenotypistinnen schrieben die Befehle, in denen die Massenmorde angeordnet wurden. Deutsche Professoren und Ärzte impften gesunden Menschen furchtbare Krankheiten ein, kastrierten Tausende junger Männer und machten Tausende junger Frauen unfruchtbar, deutsche Studenten und junge deutsche Ärzte lernten an lebenden Menschen. Und Millionen deutscher Frauen und Männer schließlich trugen die Sachen der Ermordeten."[122]

6. Die ***Verbrechen der Wehrmacht und des deutschen Volkes und die Rolle der deutschen Soldaten und der Mehrheit des deutschen Volkes*** wurden sehr scharf in mehreren Artikeln charakterisiert.

a) Im Juli 1945 schrieb die „Deutsche Volkszeitung" (Zentralorgan der KPD) mit wünschenswerter Klarheit:

„Breite Volksmassen sind zutiefst verroht. Und wer jetzt etwa die Entschuldigung versuchen möchte: ‚Das sind die Folgen von fünf Jahren Krieg' – der hat das Wesentliche noch immer nicht begriffen. Der wird auch nicht begreifen, wieso es möglich war, daß nicht nur SS-Verbrecher, sondern auch ganz durchschnittliche Landser, deutsche Familienväter, im Zivilleben korrekte Angestellte, fleißige Arbeiter, kurz: solche Menschen, wie sie da in diesem Varieté über Roheiten lachten – daß diese selben Deutschen seelenlos Menschen in die Gaskammern und Verbrennungsöfen der Himmlerschen Todesfabriken schickten, daß sie unbedenklich ganze Dörfer mit Mann und Frau und Greis und Kind als angebliche Partisanendörfer ausrotteten. Mit einem Wort, daß sie, mit oder ohne Parteiabzeichen, echte Hitleristen waren!

Hier ist die Brücke zum Begreifen von vielem, was geschah. Hier zeigt sich aber auch die Tiefe der nazistischen Verrohung und wie gründlich die Umerziehung, die Ausrottung des Nazismus im

[122] Ebenda, S. 92.

Tägliche Rundschau

Nr. 4 — Tageszeitung des Kommandos der Roten Armee für die deutsche Bevölkerung — 17. Mai 1945

Der Nazismus wird ausgerottet werden

Hitler wird zur Zeit von vielen Deutschen verflucht. Die geschichtlich beispiellose militärische Zerschmetterung Deutschlands, die mit der bedingungslosen Kapitulation der ganzen deutschen Wehrmacht und mit der Besetzung seines gesamten Territoriums endete, hat den Deutschen die Augen geöffnet über die abenteuerliche und verbrecherische Politik, die von Hitler und seiner Banditenclique getrieben wurde. Deutschlands Zusammenbruch war durch Hitlers Machtübernahme bedingt und war die direkte Folge des, von ihm 1939 angezettelten Krieges.

Aber dieses Fluchen auf Hitler und auf den Nazismus sind oft nur ein direkter Ausdruck der Verzweiflung von Menschen, denen Hitler zwar alles versprochen, in Wirklichkeit jedoch alles genommen hat. Solche Verwünschungen sind oft bloße Gefühlsäußerungen und keine Bereitschaftserklärungen zu aktivem Handeln, das die Ausrottung der Wurzeln all dieser Leiden zum Ziele hat.

Bewußter und zielstrebiger Haß gegen Hitler fordert jedoch den aktiven Kampf zur Vernichtung des Nazismus und Militarismus als der Hauptquellen aller Leiden, die über die Völker der ganzen Welt gekommen sind, auch über das deutsche.

In den Beschlüssen der Krimkonferenz ist dies klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Diese weitsichtigen Beschlüsse zeigen ganz richtig, daß die Aufgabe der Vernichtung des Nazismus untrennbar mit der Aufgabe der Ausrottung seiner Wurzeln verbunden ist, mit der Aufgabe der Beseitigung aller jener Gründe, welche Deutschland im Verlaufe von Jahrzehnten immer wieder zu einem Nest der Kriegsgefahr für die ganze Welt gemacht haben. Im einzelnen lauten die Beschlüsse der Krimkonferenz, in denen von Deutschland die Rede ist, wie folgt:

„Unser unabänderliches Ziel ist die Vernichtung des deutschen Militarismus und Nazismus und die Schaffung der Garantie dafür, daß Deutschland nie mehr imstande sein wird, den Frieden der ganzen Welt zu stören. Wir sind von der Entschlossenheit erfüllt, sämtliche deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen, den deutschen Generalstab, der wiederholt zur Wiederauferstehung des deutschen Militarismus beitrug, ein für allemal zu vernichten, alles deutsche Kriegsgerät einzuziehen oder zu vernichten und die gesamte deutsche Industrie, die für Rüstungszwecke ausgenutzt werden konnte, zu liquidieren oder unter Kontrolle zu stellen; alle Kriegsverbrecher einer gerechten und schnellen Bestrafung zu unterziehen und für die von den Deutschen angerichteten Zerstörungen Schadenersatz in Gestalt von Sachleistungen einzutreiben. Die Nazipartei, die Nazigesetze, -organisationen und -institutionen vom Erdboden zu tilgen; jeden nazistischen und militaristischen Einfluß aus den öffentlichen Institutionen, aus dem Kultur- und Wirtschaftsleben des deutschen Volkes zu beseitigen und gemeinsam solche weiteren Maßnahmen Deutschland gegenüber zu ergreifen, die sich für den künftigen Frieden und für die Sicherheit der ganzen Welt als notwendig erweisen sollten. Zu unseren Zielen gehört nicht die Vernichtung des deutschen Volkes. Erst wenn der Nazismus und der Militarismus in Deutschland ausgerottet sind, wenn sie wirklich alle ihre Verpflichtungen erfüllt haben, die sie auf sich genommen haben, wird es für die Alliierten möglich sein, Deutschland die Möglichkeit zu geben, sich auf demokratischer Grundlage und in friedlichem Sinne wieder aufzubauen."

Diese Beschlüsse sind nur deshalb so ausführlich, weil darin die tatsächlichen Ziele aufgezeigt sind, welche sich die Vereinten Nationen bezüglich Deutschlands gesteckt haben, und welche soweit wie der Himmel von der Erde von den nazistischen Märchen von der Vernichtung des deutschen Volkes entfernt sind. Nein! Der andere Grund besteht darin, daß in diesem Ausspruch eine klare Antwort auf die Frage nach den Schuldigen an diesem Kriege und nach den Wegen der Beseitigung der Friedensgefährdung in Europa gegeben ist, jener Gefahr, die im Verlaufe der letzten 25 Jahre zwei der besten Jugendgenerationen Europas unter den Boden gebracht hat. Um diese Idee vereinigen sich die fortschrittlichen Völker der Welt. In diesen Ideen kommt der Wille der bewußtesten, zivilisiertesten Menschheit zum Ausdruck, und für jeden vernünftigen Menschen ist es klar, daß darin die Richtung des Hauptstoßes gegen den Nazismus und Militarismus aufgezeigt ist, und daß sich in ihr alle Kräfte vereinigen, die zu diesem Kampf bereit und fähig sind. Der Nazismus wird ausgerottet werden, ganz gleich ob sich die deutsche Bevölkerung daran aktiv beteiligt oder nicht. Der Zeitpunkt aber, wann eine „würdige Existenz für das deutsche Volk" und „ein Platz in der Gemeinschaft der Nationen" kommen wird, hängt von seiner Aktivität ab. Dieser Schluß folgt aus den oben angeführten Beschlüssen der Krimkonferenz und nur die lügenhafte nazistische Propaganda konnte ein Interesse an ihrer Verheimlichung haben.

Viele Deutsche sagen heute: „Wir konnten nicht gegen Hitler kämpfen, unter uns saßen so viel Spitzel und überall drohte die Gestapo und das Konzentrationslager". Es lohnt sich nicht, dieser Einstellung eine Bewertung zu erteilen. Sie hat ihre Bewertung erhalten in der furchtbaren Katastrophe, in welche das deutsche Volk heute gestürzt ist.

Es ist aber angebracht zu betonen, daß Leute, die in ihrem Innern absolut gegen Hitler eingestellt waren, im günstigsten Falle aber nur eine neutrale Haltung an den Tag legten, durch ihre Neutralität Hitler unterstützt haben. Dasselbe Hindernis, welches ihrer Meinung nach ein aktives Handeln gegen Hitler erschwerte, half Hitler, sein Verbrecherwerk durchzuführen. Dies Hindernis ist jetzt beseitigt. Jetzt gibt es keine Hitlerspitzel und keine Gestapo mehr und auch keine Konzentrationslager, die von der SS bewacht werden. Jetzt sind in Deutschland die notwendigen Bedingungen geschaffen, um den Nazismus zu vernichten und seine Ueberreste auszutilgen. Jetzt gibt es keine Hemmnisse mehr zu einer Entwicklung der politischen Aktivität der Massen des deutschen Volkes.

Die Sowjetvölker brachte ungeheure Opfer im Kampf gegen Hitlerdeutschland. Die ganze Welt erkennt an, daß ihr das entscheidende Verdienst bei der Zerschmetterung der Hitlerarmee zukommt. Und derjenige täuscht sich sehr, der da annimmt, daß die Sowjetunion vor der Erreichung ihres Zieles — der Vernichtung des Nazismus und Militarismus — stehen bleibt, jetzt, wo in Berlin die bedingungslose Kapitulation unterzeichnet worden ist, die dem bewaffneten Widerstand der Hitlerarmee ein Ende bereitet hat.

Es besteht auch kein Grund, darauf zu rechnen, daß dieser Kampf eine Schwächung erfahren wird durch irgendwelche

Tägliche Rundschau, 17. Mai 1945, Auszug aus der Titelseite

deutschen Menschen zu erfolgen hat und welch gigantische Aufgabe das ist..."[123]

b) Nur wenige Tage später heißt es wiederum in der „Deutschen Volkszeitung":

„Mehr als 10 Millionen deutscher Wähler haben schon vor 1933 ganz freiwillig, ohne in irgendeiner Weise gezwungen zu sein, für die Kriegspartei Hitlers gestimmt. Gewiß sagen sie heute: wir sind betrogen worden. Doch in ihren Hintergedanken bedauern noch die meisten, daß die Sache schief gegangen ist. Daß die Politik der Hitlerpartei, ganz gleichgültig, ob sie erfolgreich oder erfolglos war, an und für sich eine den wahren Interessen des deutschen Volkes widersprechende Politik war, daß dieser Krieg ein ungerechter, ein reaktionärer und schändlicher Krieg war, das sehen auch heute noch viele ehemalige Naziwähler nicht ein. Sie haben ohne alle Bedenken auf Hitler, auf eine Politik der Ausräuberung und Versklavung fremder Völker gesetzt, und ihr einziges Bedauern gilt heute dem verlorenen Krieg, nicht aber dem Riesenverbrechen, das dieser Krieg von allem Anfang an war.

Wir Antifaschisten würden uns verhängnisvollen Illusionen hingeben, wenn wir nicht erkennen wollten, wie tief der bestialische Nationalismus der Hitlerpartei sich in unser Volk eingefressen hat. Es ist nun einmal Tatsache, daß die Mehrheit des deutschen Volkes – nicht nur die freiwilligen Wähler der Hitlerpartei – die Mittel zur Überwindung der eigenen Not nicht in der Veränderung der schlechten sozialen und politischen Zustände zu Hause sahen, sondern in einer Bereicherung Deutschlands durch Erwerb fremder Länder und durch Verfügungsgewalt über andere Völker und ihren Besitz. Viele frühere Gegner des Naziregimes ließen sich von den zeitweiligen Erfolgen Hitlers blenden und marschierten mit mehr oder minder großer Begeisterung mit in den Abgrund. (...)

Womit ist die militärische Macht des Naziregimes nach außen zu erklären? Sprechen wir es ruhig aus: Hitler besaß zumindest solange, als seine Kriegspolitik zeitweilige Erfolge aufzuweisen hatte, die aktive Unterstützung der Mehrheit des deutschen Volkes. Es ist leider etwas daran, wenn die Naziführer jahrelang mit solcher Zufriedenheit von den Qualitäten des deutschen Soldaten erzählten. Eine Millionenarmee, die widerwillig, nur durch Zwang und Terror ge-

[123] „Deutsche Volkszeitung", 4.7.1945.

trieben, in den Krieg zog, hätte niemals den größten Teil Europas erobern können. Tatsache ist, daß das Nazireich ausschließlich den militärischen Schlägen von außen erlegen ist, und zwar nachdem der Kampf bereits in der Reichshauptstadt tobte. (...)

Die SS und alle anderen Terrororganisationen waren nicht allmächtig. Sie wären ohnmächtig gewesen, wenn die Wehrmacht – und das waren Millionen von einfachen, bis an die Zähne bewaffneten Deutschen – dem Treiben der Nazis entgegengetreten wäre. Auch ein unbewaffneter Widerstand breiter Massen des deutschen Volkes hätte das Henkerbeil stumpf und schartig gemacht. Das beweist uns der heldenmütige Widerstand selbst kleiner Völker Europas, die durch Streiks, Sabotage und Demonstrationen das Gewaltregiment Hitlers lahmgelegt haben. (...)

Nein und nochmals nein: die Möglichkeit, das Hitlerregime zu stürzen oder wenigstens durch die verschiedensten Formen des Widerstandes zu einer bedeutenden Abkürzung des Krieges beizutragen, diese Möglichkeit hat das deutsche Volk in vollem Umfange besessen."[124]

c) Eine dritte Stelle aus der „Deutschen Volkszeitung" sei noch angeführt. Anknüpfungspunkt ist eine Alltagserfahrung jener Zeit: heimkehrende Soldaten auf den Straßen deutscher Städte, um daran anknüpfend die entscheidenden Fragen zu stellen:

„Ist aber auch allen, die beim Anblick dieser Elendsgestalten mehr oder minder zum Nachdenken angeregt werden, der tatsächliche Zusammenhang bewußt? Sehen sie nicht vielmehr in diesen Rückkehrern nur arme, bedauernswerte Opfer des Krieges? Selten wohl kommt dem einzelnen zum Bewußtsein, daß er und der Rückkehrer mit schuld an Kummer, Leid und Elend sind. (...)

Es waren nicht zuletzt gerade jene Soldaten, die heute als Elendsfiguren durch unsere Straßen wandern, die damals durch Goebbelssche Gesundstoßversprechungen voller Eifer bis an die Wolga marschierten. Und es sind auch diese, die nach der Katastrophe von Stalingrad, nach dauernden Niederlagen und Rückzügen immer weiter Hitlers Befehlen folgten. Als alle Welt genau wußte, daß die weitere Kriegführung Hitlers nur noch der Verlängerung des Naziregimes diente, als die militärische Sinnlosigkeit dem General wie dem ein-

[124] „Deutsche Volkszeitung", 8.7.1945.

fachen Landser bewußt wurde, auch da gab es keinen ernsthaften Widerstand, auch da glaubte man lieber den Goebbels-Lügen und ließ sich von einer totalen Mobilisierung in die andere jagen, obwohl jeder wissen mußte, daß nur nutzlose Opfer gebracht, daß sinnloses Zerstören verursacht wurde.

...die Weiterführung des Krieges ist ein Verbrechen am eigenen Volk und bedeutete es erst recht noch an anderen Völkern. Dieses Verbrechen begingen Millionen deutsche Männer. (...)

Sei sich jeder dieser Tatsachen bewußt, wenn ihm trotz längerer Gewohnheit doch immer wieder die zerstörte Stadt schmerzhaft bewußt wird, wenn ihm heute die aus der Kriegsgefangenschaft entlassenen Wehrmachtsangehörigen begegnen. Nur so wird die Reaktion darauf in eine Richtung gehen, die allein unserem Volke nützt – in dem glühenden Willen, den Nazismus mit allen Mitteln aus unserem Volke zu beseitigen und alle Kräfte einzusetzen, um ein besseres Deutschland wiederaufzubauen." [125]

d) Bereits 1945 stellte die „Tägliche Rundschau" klar:

„Viele Deutsche versuchen die ganze Schuld für die in den von Deutschen besetzten Ländern verübten Verbrechen und Bestialitäten der SS allein zuzuschieben. Gewiß ist die SS in erster Linie für die Greueltaten verantwortlich. Auszüge aus deutschen Feldpostbriefen jedoch, die von der Roten Armee im Laufe der Kämpfe erbeutet wurden, stellen es unter klaren Beweis, daß auch einfache Soldaten und Offiziere der regulären deutschen Truppen an diesen Verbrechen mitbeteiligt und mitschuldig waren." [126]

Sehr massiv wurden also reaktionäre Ansichten zur Mitschuld mit klaren Argumenten zurückgewiesen.

7. Am ausführlichsten wird dokumentiert werden, daß es klare Positionen zur ***Entnazifizierung*** gab, gegen Nazis ***keine*** Kompromisse einzugehen, nicht dem Dummspruch „Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen" nachzugeben, sondern angemessen große und kleine Nazis zu verfolgen und zur Strecke zu bringen. Dabei stechen Positionen von Paul Merker, aber auch Eingaben an das ZK insbesondere von der Ortsgruppe Waltersdorf der KPD hervor.

---

[125] „Deutsche Volkszeitung", 22. 8. 1945.

[126] „Tägliche Rundschau", 8. 6. 1945.

a) Die antinazistische Gruppe „Weiße Rose" folgerte in ihrem Flugblatt IV schon aus der ‚klaren Erkenntnis aller Schuld des deutschen Volkes', daß „mit aller Brutalität die Kluft zwischen dem besseren Teil des Volkes und allem, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhängt, aufgerissen werden" muß. Sie forderte, nach dem Krieg „ein Exempel" zu statuieren, aus Liebe zu den nächsten Generationen. Sie riefen auf: „Vergeßt auch nicht die kleinen Schurken dieses Systems, merkt Euch die Namen, auf daß keiner entkomme! Es soll ihnen nicht gelingen, in letzter Minute noch nach diesen Scheußlichkeiten die Fahne zu wechseln und so zu tun, als ob nichts gewesen wäre!"[127]

b) Merker charakterisierte die Nazis treffend: „Sie alle sind im Geiste der Lüge, der Hinterhältigkeit, der Demagogie, der vollkommenen Charakterlosigkeit, des Terrorismus, des Raubes und des Mordes erzogen worden." Er fordert, ihnen keinen Glauben zu schenken, wenn sie sich, die denken, „zur Creme der Menschheit zu gehören", sich „vor den Besatzungsbehörden (...) bis in den Staub verbeugen".[128]

c) Die „Deutsche Volkszeitung" beklagte den Unsinn, einfach nur in Pg und Nicht-Pg zu unterscheiden oder schematisch nach „Führungsdienstgraden" zu differenzieren fordert „wirklich hieb- und stichfest alle Tatsachen fest(zu)stellen" und gegen alle Nazis, ob mit oder ohne Parteibuch „unerbittlich und konsequent vorgehen".[129]

d) Die „Tägliche Rundschau" warnte im Oktober 1945: „Ein Kompromiß mit den Faschisten wäre das gefährlichste", denn „die Faschisten muß man alle über einen Kamm scheren".[130] Ähnlich argumentiert auch die „Deutsche Volkszeitung im Januar 1946:

> „Wir wollen aus unserem Sprachgebrauch jenen falschen Begriff von kleinen und großen Nazis ein für allemal ausmerzen. Der kleine Nazi, das heißt derjenige, der kleinere Posten im Haus und an der

---

[127] „Weiße Rose": Flugblatt IV (1943), in: Scholl: „Die weiße Rose", Frankfurt/M. 1985, S. 114.

[128] Merker: „Das Dritte Reich und sein Ende", Band 2, S. 104.

[129] „Deutsche Volkszeitung", 17.7.1945.

[130] „Tägliche Rundschau", 18.10.1945.

> Arbeitsstelle innehatte, sich als Stellvertreter Hitlers betrachtete und danach handelte, darf genau so wenig seiner Strafe entgehen wie der große Nazi, der in hohen Führungsposten saß. Jeder im Volke weiß das, jeder kennt einen dieser widerwärtigen, bösartigen Blutegel."[131]

e) Die KPD-Ortsgruppe Waltersdorf und andere Zellen betonten – gegen Pieck –, daß sie vor Ort „ihre Nazis" genau kennen und es ***nicht nur*** um persönliche Verbrechen geht:

> „Aktiver Nazi ist jeder, dessen Haltung in der Hitlerzeit so war, daß er die Entfaltung antifaschistischer Arbeit in seinem Bereich unterdrückt oder unmöglich gemacht hat."[132]

Die KPD/SPD Betriebszelle „Feinmechanik GmbH" aus Babelsberg brachte es auf den Punkt: „Wir wollen nicht, daß man die Kleinen hängt und die Großen laufen läßt, aber wir wollen, daß man die Großen hängt und die kleinen auch nicht laufen läßt." Sie betont, daß Millionen von sogenannten „kleinen" Pgs ihr Nazitum nur ablegten, „weil der Krieg unglücklich für sie zu Ende ging", daß diese „bis zur letzten Stunde" noch den Sieg Nazideutschlands erhofften und „bedauern noch heute insgeheim seine Niederlage."[133]

8. Vereinzelt gibt es auch Stellungnahmen, in denen die ***Notwendigkeit der Besetzung Deutschland*** offensiv begründet und begrüßt wurde.

a) Der gemeinsame Aufruf der SPD und KPD Sachsen ist eines der ganz wenigen Dokumente, worin die Besetzung des Ostens Deutschlands klar und eindeutig begrüßt wurde:

> „Wir, die wir im Sektor der sowjetischen Administration leben, haben die weitestgehenden politischen Freiheiten, viel mehr als in den westlichen Gebieten. Daß wir diese Freiheit haben, ist nicht das Verdienst einer der beiden Arbeiterparteien. Die Arbeiterklasse hat sich die Befreiung vom faschistischen Joch leider nicht erkämpft.

---

[131] „Deutsche Volkszeitung", 31. 1. 1946.

[132] Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 4, S. 402 ff.

[133] Ebenda, S. 572/573.

Wir haben unsere Freiheit als Geschenk von der Roten Armee erhalten."[134]

b) In der Begründung eines von der SED vorgelegten Verfassungsentwurfs vom 22. 9. 1946 heißt es richtig:

„Schwere Schuld ist im Namen dieses Volkes auf Deutschland geladen. Wir haben weder ein Recht zu jammern, noch zu klagen. Wir stehen dagegen vor der Aufgabe, uns in dem für uns abgesteckten Rahmen zurechtzufinden und zu versuchen, die ehrlichen und gutwilligen Aufbaukräfte des demokratischen Deutschlands zu sammeln und mit Initiative zu erfüllen. Die Bestimmungen der Potsdamer Beschlüsse zeigen uns klar und unzweideutig die politische Situation des deutschen Volkes. Sie liegt in den Worten des Potsdamer Dokumentes:

‚Das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden.‘

Darum ist ganz Deutschland von den alliierten Armeen besetzt, darum sind wir unter die alliierte Kontrolle gestellt, darum soll der deutsche Militarismus und Nazismus ausgerottet werden, darum gibt man uns aber auch die Möglichkeit zur Vorbereitung für die Wiederherstellung unseres Lebens auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage."[135]

9. Auch hinsichtlich der von der Reaktion favorisierten Frage der ***„Wiedergutmachung"*** gibt es vereinzelt herausragende Positionen.

a) Es war Merker, der 1945 klarstellte:

„Alles geraubte Eigentum, besonders dasjenige der deutschjüdischen Bevölkerung ist ohne juristische Formalitäten an den rechtmäßigen Besitzer zurückzuerstatten ohne Rücksicht darauf, ob

---

[134] „Gemeinsamer Aufruf der SPD und der KPD, Land Sachsen, vom 19. November 1945 an alle Mitglieder, für die Einheit der Arbeiterbewegung zu wirken", in: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, Berlin 1959, S. 273.

[135] Otto Grotewohl „Warum Verfassungsentwurf?", in: Sonderbeilage der „Einheit", Nr. 7 (Dezember 1946), S. 3/4.

es unterdessen veräußert wurde und ob es sich in zweiter, dritter oder vierter Hand befindet."[136]

b) Und Abusch[137] schrieb:

„Die Deutschen müssen wiedergutmachen, was deutsche Hände verbrachen. Ohne diesen ersten und ehernen Grundsatz kann es keine moralische Erneuerung des deutschen Volkes geben. (...) die Vernichtung der Naziverbrecher ist nur ein Teil der deutschen Selbstreinigung."[138]

c) Dabei sah die KPD 1945 auch sehr wohl die Problematik des Begriffs „Wiedergutmachung":

„Dabei kann es sich im wesentlichen nur um eine Wiedergutmachung des materiellen Schadens handeln, denn die unzähligen Opfer, die der Hitlerkrieg das Sowjetvolk kostete, können nicht wieder zum Leben erwachen, das unsagbare Leid kann nicht aus der Welt geschafft werden."[139]

d) Völlig zurecht resümierte Karl Steinhof, Präsident der Provinzialverwaltung Brandenburg, im „Neuen Deutschland" 1946:

„Wer, und das gilt unterschiedslos für jeden Deutschen, nicht vorbehaltlos und mit vollem Herzen anerkennt, daß die Wiedergutmachung zu leisten ist, der ist für die deutsche Demokratie unbrauchbar und verloren."[140]

10. Vereinzelt herausragende Positionen finden sich ebenfalls bezüglich der Frage der ***nötigen Umsiedlung,*** zu der deutlich geschichtliche und vor allem aktuelle Argumente entwickelt wurden. Es war das unbestreitbare Verdienst von Paul Merker, als einziger führender Kader der KPD bereits im September 1945 eindeutig die Berechtigung der Umsiedlung hervorzuheben:

---

[136] Merker: „Das Dritte Reich und sein Ende. Deutschland – Sein oder Nicht-Sein?", Band 2, Mexiko 1945, Frankfurt/M. 1972, S. 106.

[137] Zur Biographie von Abusch siehe im Personenregister.

[138] Abusch: „Irrweg einer Nation", Berlin 1946, S. 268.

[139] „Der zweite Weltkrieg", „Vortragsdisposition", herausgegeben vom ZK der KPD, Nr. 20, ohne Ort, 1945, S. 19.

[140] „Neues Deutschland", 19.7.1946.

„Die Sowjetunion und Polen haben 15 bis 20 Millionen ihrer Bürger als Tote zu beklagen und weitere Millionen als Kranke und Krüppel. Kann ihnen unter diesen Umständen das Recht abgesprochen werden, sich für die Zukunft durch eine grundlegende Änderung der Landkarte Europas zu sichern und eine Wiederholung der von den deutschen Imperialisten verursachten Katastrophe auf jeden Fall zu verhüten? Das Recht ist auch in der Frage der Umsiedlungen auf ihrer Seite; England und die USA haben es anerkannt."[141]

11. Gegen den deutschen Nationalismus gab es bemerkenswerte Ansätze zur ***kritischen Durchleuchtung der deutschen Geschichte,*** insbesondere von Abusch. Er erklärte:

„Die Enthüllung aller reaktionären Elemente in der deutschen Geschichte, Literatur und Philosophie, die zu Wegbereitern für Hitler werden und seine Herrschaft begünstigen konnten, ist zur unabdingbaren Verpflichtung geworden. Die ganze verpfuschte Geschichte der deutschen Nation steht zur Kritik in dieser Selbstprüfung, die eine tiefe Selbstreinigung erstrebt."[142]

☆ ☆ ☆

Gewiß, hier wurden nur exemplarisch einige Positionen herausgegriffen. Oder es handelt sich gar nur um vereinzelte Positionen, die im gesamten durchgearbeiteten Material nur an ein oder zwei Stellen auftauchen. Diese teilweise hervorragenden Äußerungen bestimmten also, wie wir zeigen werden, nicht das Gesamtbild der KPD/SED 1945–1946. Dennoch oder gerade deshalb zeigen diese Positionen, daß falsche Positionen im Gegensatz zu vorhandenen richtigen Positionen entwickelt wurden – und daß diese unvereinbaren Standpunkte nicht wirklich öffentlich und offen ausgetragen wurden, wie es gerade beim Aufbau einer Kommunistischen Partei eigentlich als grundlegendes Prinzip richtig gewesen wäre. Auch in dieser methodischen Frage, des fehlenden umfassenden innerparteilichen Kampfes, der

[141] Merker: „Die Potsdamer Beschlüsse", in: „Freies Deutschland" (Alemania Libre), German Democratic Monthly, 4. Jahrgang, Nr. 10, September 1945, Mexiko, S. 7.

[142] Abusch: „Irrweg einer Nation", S. 257.

deutlich ausgetragen wird, ist schon angelegt, daß richtige Positionen sich nicht oder nicht tiefgehend durchsetzen konnten.

☆ ☆ ☆

Nur im Kampf gegen falsche Positionen, im Kampf für eine immer genauer werdende grundlegende Linie im Maximalprogramm sowie in der tagespolitischen Festlegung und Konkretisierung des Hauptkettengliedes Entnazifizierung konnte prinzipienfest die eigene Partei gefestigt, der Einfluß der KPD erweitert und die prinzipienfeste Auseinandersetzung mit der sich neu bildenden SPD, wo möglich solidarisch, auf den verschiedenen Ebenen vorbereitet und durchgeführt werden.

Zusammenfassung

Wir haben in diesem Teil über die Ausgangssituation nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im Mai 1945 versucht, den inneren Zusammenhang zwischen der Notwendigkeit einer grundlegend prinzipienfesten Politik und dem Verständnis der Besonderheiten des damaligen historischen Zeitabschnittes, international und in Deutschland, zu erklären. Es muß betont werden, daß gerade das Ausmaß der Verbrechen und die Beteiligung und Unterstützung großer Teile der deutschen Bevölkerung und die daher begründete Mitschuld von entscheidender Bedeutung sind, um wieder und immer wieder, fast schon penetrant bei den nachfolgenden Kritiken an der SED das Dilemma sichtbar zu machen, daß die KPD/SED auch aus diesen Gründen mit aller Kraft bemüht sein mußte, Masseneinfluß zu erhalten und dennoch doppelt prinzipienfest diese Verbrechen und diese Mitschuld als taktischen Ausgangspunkt des Hauptkettenglieds Entnazifizierung in allen Bereichen zu verstehen und die grundlegenden Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus, das Endziel des Kommunismus, die Diktatur des Proletariats, die Diktatur der bewaffneten kommunistisch orientierten Teile der Arbeiterklasse, den Aufbau einer starken, am Marxismus-Leninismus orientierten Kommunistischen Partei, beharrlich weiterzuverfolgen. Einfacher war keine richtige Politik zu machen. Der tagespolitische Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945 war der Prüfstein für die richtige taktische Orientierung (Teil B). Die Phase vor der Gründung der SED mußte zeigen, ob die KPD an der richtigen taktischen Orientierung in Theorie und Praxis festhielt, welche Fehler korrigiert, neu gemacht oder ausgebaut wurden, und wie die grundlegende programmatisch-kommunistische Orientierung auch großer Teile der sich vom klassisch konterrevolutionären Sozialdemokratismus abwendenden Arbeiterinnen und Arbeitern vorbereitet und diskutiert wurde (Teil C). Der Vereinigungsparteitag von KPD und SPD, die Gründung der SED im April 1946 schließlich war ein inhaltlicher und methodischer Meilenstein, der auf das genaueste unter die Lupe genommen werden muß (Teil D).

Teil B:
Kritische Einschätzung des KPD-Aufrufs vom 11. Juni 1945

- **Der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945**
- **Richtige Positionen des Aufrufs des ZK der KPD**
- **Kritik des Aufrufs des ZK der KPD**

Einleitung

Direkt nach der militärischen Niederlage des Nazifaschismus begannen die schwachen deutschen antinazistischen Kräfte – mit den kommunistischen Kräften an der Spitze – auf Grundlage der Beschlüsse der Konferenz von Jalta (Februar 1945) den Kampf zur Entnazifizierung aufzunehmen.

Mit großem Kraftaufwand und Energie wurden schon im Mai 1945 auch in Deutschland wichtige Aufgaben angepackt. Daran waren viele Verfolgte des Naziregimes beteiligt, die erst kurz zuvor aus den KZs der Nazis befreit worden waren.

In vielen Gebieten Deutschlands entstanden antifaschistische Ausschüsse, bei denen sehr oft kommunistische Kader eine führende Rolle einnahmen. Diese Ausschüsse begannen, zum großen Teil im Auftrag der Alliierten, Betriebe und Ämter von Nazis zu säubern und übergaben diese der Sowjetarmee und den anderen Armeen der Anti-Hitler-Koalition.

In einigen Städten Deutschlands wurde provisorisch unter Leitung von neu geschaffenen Betriebsräten die Produktion wiederaufgenommen.

Deutsche Verwaltungsorgane in Städten und Gemeinden, wie sie dann vor allem das Potsdamer Abkommen vorsah, wurden unter der Leitung und mit Unterstützung der alliierten Armeen geschaffen. Aufgabe dieser Organe war es unter anderem, in größtmöglichem Umfang die Entfernung nazistischer Symbole und Literatur anzupakken, Seuchen wie Ruhr und Typhus einzudämmen oder Aufräumungsarbeiten zu initiieren und zu organisieren.

Die KPD war die erste politische Partei in Deutschland, die nach der militärischen Zerschlagung des Nazifaschismus mit einer aktuellen Stellungnahme an die Öffentlichkeit trat. Das war der Aufruf des

ZK der KPD vom 11. Juni 1945. Dieser Aufruf wurde innerhalb der KPD breit diskutiert.[143]

☆ ☆ ☆

In diesem Teil wird ausführlich der Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 analysiert und kommentiert.

Zunächst wird der Originaltext vorgestellt. Dabei haben wir bereits einige Kommentare und Kritiken in Fußnoten angebracht.

Die ***Hauptverdienste*** des Aufrufs werden hervorgehoben: Die Benennung welthistorisch einmaliger Verbrechen des Nazi-Faschismus und die Notwendigkeit, ihn „von außen zu zerschlagen", die Analyse der Hauptschuldigen bei Betonung der Mitschuld der breiten Masse

---

[143] Zum Beispiel wurden allein in Sachsen innerhalb von zehn Tagen, vom 13. bis zum 24. Juni 1945, 166 Mitgliederversammlungen durchgeführt, in deren Mittelpunkt die Diskussion des Aufrufs der KPD stand (siehe Bednareck: „Ein erfülltes Programm", S. 22). Auch international wurde der Aufruf diskutiert. So erschien z. B. laut Bednareck am 25. Juni 1945 in der „Prawda" eine Besprechung, die uns aber im Wortlaut nicht vorliegt (siehe ebenda, S. 30).

1985 veröffentlichten die SED-Revisionisten Bednareck, Beschorner, Kühne und Lipski von der Parteihochschule „Karl Marx" (Lehrstuhl Geschichte der SED) das Buch „Ein erfülltes Programm – Zum 40. Jahrestag des Aufrufs des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945" (Berlin 1985). Auch wenn diesem Buch dieser oder jener Hinweis entnommen werden kann, so wie wir oft gezwungen sind, auf bürgerliche Bücher zurückzugreifen, um diesen oder jenen Fakt anzugeben, darf darüber grundlegend nicht einen Moment vergessen werden: Dieses Buch ist von vornherein und insgesamt verlogen, da die revisionistische SED nicht nur den wissenschaftlichen Kommunismus, sondern auch den antinazistischen Kampf verraten hat, dessen herausragendes Dokument nach 1945 eben der Aufruf der KPD war.

Ein Beispiel ist, wie darin die Mitschuld der werktätigen Massen an den Naziverbrechen weggewischt wird:

„Gewiß, die Hauptverantwortung dafür trugen die Faschisten und Militaristen und ihre Auftraggeber, die Herrn der Monopole und die Großgrundbesitzer, ***nicht das deutsche Volk insgesamt***. Doch dieser Unterschied wurde von den Völkern 1945 noch nicht gesehen." (S. 158)

Von den Völkern 1945 noch nicht gesehen? Damit wird die Mitschuld, die international vor allem im Potsdamer Abkommen festgeschrieben wurde, faktisch zu einer verfehlten Sichtweise der anderen Völker erklärt.

Preis 20 Pf

Deutsche Volkszeitung

Nummer 1 / 1. Jahrgang — Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands — Berlin, 13. Juni 1945

AUFRUF

der Kommunistischen Partei Deutschlands

Schaffendes Volk in Stadt und Land!
Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft *ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und Abermillionen Menschen*opfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete. Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen.

Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen, und aus den Ruinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der *Seuchen, der Arbeitslosigkeit, des Hungers.*

Und wer trägt daran die Schuld?

Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es *sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodel und Kon*sorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Rochling, Poensgen und Siemens.

Eindeutig ist diese Schuld. Sie wurde von den Naziführern selbst offen be*kannt, als sie auf der Höhe ihrer trügerischen Triumphe standen, als ihnen* Sieg und Beute gesichert erschienen.

Euch allen, Ihr Männer und Frauen des schaffenden Volkes, Euch Soldaten und Offizieren klingen noch die Worte in den Ohren:

„Das ist für uns der Sinn des Krieges: Wir kämpfen nicht um Ideale; wir kämpfen um die okkupierten Weltgebiete, um das kapitalistische Erbe, den Reichtum der Welt. Gamelandschen wollen wir nur!"

Dafür wurde das deutsche Volk unserer Volksgenossen [illegible] *totale Krieg Hitlers, — das war der ungerechteste, wildeste und ver*brecherischste Raubkrieg aller Zeiten!

Das Hitlerregime hat sich als Verderben für Deutschland erwiesen; denn durch seine Politik der Aggression und der Gewalt, des Raubes und des Krieges, der Völkervernichtung hat Hitler unser eigenes Volk ins Unglück gestürzt und es vor der gesamten gesitteten Menschheit mit schwerer Schuld und Verantwortung beladen.

Ein Verbrechen war die gewaltsame Annexion Oesterreichs, die Zerstückelung der Tschechoslowakei. Ein Verbrechen war die Eroberung und Unterdrückung Polens, Dänemarks, Norwegens, Belgiens, Hollands und Frankreichs, Jugoslawiens und Griechenlands. Ein Verbrechen, das sich so furchtbar an uns selbst rächte, war die Ceventierung und Ausradierung englischer Städte.

Das größte und verhängnisvollste Kriegsverbrechen Hitlers aber war der heimtückische, wortbrüchige Ueberfall auf die Sowjetunion, die uns einen Krieg mit Deutschland gewollt hat, aber seit 1917 dem deutschen Volke zahlreiche Beweise ehrlicher Freundschaft erbracht hat.

Deutsche Arbeiter! Konnte es ein größeres Verbrechen als diesen Krieg gegen die Sowjetunion geben?!

Und unerhört sind die Greueltaten, die von den Hitlerbanditen in fremden Ländern begangen wurden. An den Händen der Hitlerdeutschen klebt das Blut von vielen, vielen Millionen gemordeter Kinder, Frauen und Greise. In den Todeslagern wurde die Menschenvernichtung Tag für Tag *fabrikmäßig in Gaskammern und Verbrennungsöfen betrieben.* Bei lebendigem Leibe verbrannt, bei lebendigem Leibe verscharrt, bei lebendigem Leibe in Stücke geteilt, — so haben die Nazibanditen gehaust!

Millionen Kriegsgefangene und nach Deutschland verschleppte ausländische Arbeiter wurden zu Tode geschunden, starben an Hunger, Kälte und Seuchen.

*Die Welt ist erschüttert und zugleich von tiefstem Haß gegen ihrer Deutsch*land erfüllt angesichts dieser beispiellosen Verbrechen, dieses grauenerregenden Massenmordens, das von Hitlerdeutschland als System betrieben wurde.

Wäre gleiches mit gleichem vergolten worden, deutsches Volk, wer wäre mit dir geschehen?

Aber auf der Seite der Vereinten Nationen, mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, *der Freiheit und das Vernichten. Die Rote Armee und die Armeen Ihrer* Verbündeten haben durch ihre Opfer die Sache der Menschheit vor der Hitlerbarbarei gerettet. Sie haben die Hitlerarmee zerschlagen, den Hitlerstaat zerstrümmert und damit auch Dir, schaffendes deutsches Volk, Frieden und Befreiung aus den Ketten der Hitlersklaverei gebracht.

Umso mehr muß in jedem deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen, daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt.

Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutsche, die *1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten,* obwohl wir Kommunisten warnten: „Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!"

Ihr Teil Schuld tragen alle jene deutschen Männer und Frauen, die willenlos und widerstandslos zusahen, wie Hitler die Macht an sich riß, wie er alle demokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiterorganisationen zerschlug und die besten Deutschen einsperrte, martern und köpfen ließ.

Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Anbetung die „Größe Deutschlands" sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das alleinseligmachende Heil der Nation erblickten.

Unser Unglück war, daß Millionen und aber Millionen Deutsche der Nazidemagogie verfielen, daß das Gift der tierischen Rassenlehre, des „Kampfes um Lebensraum", den Organismus des Volkes verseuchen konnte.

Unser Unglück war, daß breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen einen gutgedeckten Mittags- und Abendbrottisch auf Kosten anderer Völker, durch Krieg und Raub versprach.

So wurde das deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner imperialistischen Auftraggeber.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Deutsche Arbeiterjugend! *Schaffendes deutsches Volk!*

Gegen den Willen eines geeinten und kampfbereiten Volkes hätte Hitler niemals die Macht ergreifen, sie festigen und seinen verbrecherischen Krieg führen können. Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten *Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben,* die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, um werktätiges Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf zu führen und [illegible] zu verweisen, an der [illegible] deutsche Volksgeschichte versagte.

Nach all dem Leid und Unglück, der Schmach und Schande, nach der dunkelsten Aera deutscher Geschichte, heute, am Ende des „Dritten Reiches", wird uns auch der sozialdemokratische Arbeiter recht geben, daß *sich die faschistische Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil 1918* die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft blieben, weil nicht der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde, weil die Weimarer Republik der Reaktion freies Spiel gewährte, weil die Antinazikräfte einiger demokratischer Führer Hitler den Weg ebnete und die Ablehnung der antifaschistischen Einheitsfront die Kraft des Volkes lähmte.

Daher fordern wir:

Keine Wiederholung der Fehler von 1918!
Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes!
Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion.
Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion; denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt.

Die Kommunistische Partei Deutschlands war und ist die Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg. Sie ist nie von diesem Wege abgewichen. Sie hat die Fahne Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, Ernst Thälmanns und Jonny Schehrs stets reingehalten. Mit Stolz blicken wir Kommunisten auf *diesen Kampf zurück, in dem unsere besten und treuesten Genossen* fielen. Rechtzeitig und eindringlich haben wir gewarnt, der imperialistische Weg, der Weg des Hitlerfaschismus führt Deutschland unvermeidlich in die Katastrophe.

Im Januar 1932 forderte die Kommunistische Partei zum einmütigen Generalstreik auf, um den Machtantritt Hitlers zu verhindern.

Im Juni 1933 haben wir gewarnt:

„Der Krieg steht vor der Tür! Hitler treibt Deutschland in die Kata*strophe!"*

Im Januar 1939 hat die Berner Konferenz der KPD dem deutschen Volk zugerufen:

„Im Osten wie im Westen schafft das Hitlerregime eine Lage, wo über Nacht das deutsche Volk in die Katastrophe des Krieges gestürzt werden kann, — einen Krieges gegen die gewaltige Front aller von Hitler und der Kriegsnahe bedrohten und angegriffenen Völker."

Im Oktober 1941, als Hitler prahlerisch verkündete, Sowjetrußland sei endgültig zu Boden geworfen und werde sich niemals mehr erheben, erklärte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands in seinem Aufruf an das deutsche Volk und an das deutsche Heer:

„Dieser Krieg ist als für das deutsche Volk hoffnungsloser Krieg. Hitlers Niederlage ist unvermeidlich. Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Kriege Schluß zu machen. Um aber mit dem *Kriege Schluß zu machen, muß Hitler gestürzt werden. Und wehe unse*rem Volk, wenn es sein Schicksal bis zuletzt an Hitler bindet!"

Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden!

Werde sich jeder Deutsche bewußt, daß der Weg, den unser Volk bisher *ging, ein falscher Weg, ein Irrweg war, der in Schuld und Schande,* Krieg und Verderben führte!

Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. Möge der

Deutsche Volkszeitung, 13. Juni 1945, Auszug aus der Titelseite

der Werktätigen, die – vorsichtige – indirekte Kritik an der SPD-Führung sowie die selbstkritische Aufgabenstellung der Analyse der Arbeit der KPD. Vor allem hervorzuheben ist aber die richtige taktische Linie der KPD: der Kampf um Entnazifizierung auf allen Gebieten als Hauptkettenglied (Zehn Punkte Dringlichkeitsprogramm) einschließlich der Anerkennung der Reparationen an die überfallenen Völker.

Auf dieser Basis werden dann die zentralen Fehler und Unterlassungen des „Aufrufs" herausgearbeitet, die in den kommentierenden Fußnoten teilweise schon angedeutet werden.

Neben den unverzeihlichen Unterlassungen, die jüdische Bevölkerung Europas und die Sinti und Roma nicht als Opfer des rassistisch motivierten Völkermordes zu benennen, die Frage der in Jalta beschlossenen Umsiedelungen und neuen Grenzen Deutschlands einfach auszuklammern sowie die Verpflichtung für Reparationen der in Deutschland Verfolgten nicht anzusprechen konzentriert sich unsere Kritik vor allem auf drei Punkte, die in engem Zusammenhang stehen:

- Erstens wird der Gesamtkomplex der notwendigen Besetzung Deutschlands mit seinen Implikationen verschwiegen.
- Zweitens wird die sich aus der demokratischen Aufgabe der umfassenden Entnazifizierung ergebende unvermeidliche „Spaltung des Volkes" und die nötige demokratisch-antinazistisch motivierte diktatorische Unterdrückung verschleiert.
- Drittens: Der fehlende Bruch mit dem Nationalismus, festzumachen unter anderem an der unkritischen Verwendung des Begriffs „deutsches Volk", was in engem Zusammenhang mit Punkt zwei steht.

Fast durchgehend wird – vor allem in den Fußnoten zum Originaltext – eine an den falschen Bewußtseinsstand nicht anknüpfende, sondern sich opportunistisch anbiedernde Sprache kritisiert. Immer wieder werden falsche Zugeständnisse an den niedrigen, vor allem nationalistischen Bewußtseinsstand der breiten Massen in Deutschland 1945 gemacht.

So kommt die folgende Analyse zu dem Fazit, daß bei allen gewichtigen und zentralen Verdiensten des „Aufrufs" es sich dennoch um ein zwiespältiges Dokument handelt, in dem Thesen und Mecha-

nismen angelegt sind, die später bei der Schaffung der SED aufgegriffen, ausgebaut und zu ganz falschen Grundpositionen entwickelt werden konnten. Um so zentraler erscheint es uns dennoch, die klar positiven Aspekte des „Aufrufs" des ZK der KPD vom Juli 1945 herauszuarbeiten, um im Keim einen Gegensatz aufzuzeigen, der im Verlauf der Analyse der Dokumente der KPD und SED entfaltet werden wird.

Der Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 1945[144]

Schaffendes Volk[145] in Stadt und Land!

Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und Abermillionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime[146] verschuldete. Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen.

---

[144] Abdruck nach: „Deutsche Volkszeitung", Nr. 1, 13. Juni 1945. Alle Hervorhebungen im Original.

[145] Als grob mißlungen ist der Versuch zu bewerten, die werktätigen und ausgebeuteten Massen mit *„schaffendes* Volk in Stadt und Land" oder *„schaffendes* deutsches Volk" einzugrenzen. Denn damit wird der nötige radikale Bruch mit der Nazisprache und der damit verbundenen Nazi-Ideologie nicht vollzogen, da der Begriff „schaffend und raffend" 12 Jahre lang im antisemitischen Zusammenhang eingehämmert worden war.

[146] „Hitlerregime", „Hitlerismus", „Hitlerstaat", „Hitlerdeutschland", „Hitlerbarbarei" – mit solchen und ähnlichen Begriffen versuchte das ZK der KPD in seinem Aufruf, den Nazifaschismus in verständlicher, populärer Form zu beschreiben. Dennoch sind solche personalisierenden, auf die Person Hitlers abzielenden Formulierungen gerade nach dem Tode Hitlers problematisch und zur Aufklärung eigentlich nicht brauchbar, denn sie haben einen großen Nachteil: Die Realität wird auf den Kopf gestellt. Denn in Wirklichkeit war der Nazifaschismus im weiteren Sinne eben nicht das Regime, der Staat oder das Deutschland Adolf Hitlers, sondern der herrschenden Klasse in Deutschland: des deutschen Finanzkapitals. In Wirklichkeit war das Wesentliche im engeren Sinne am Nazifaschismus nicht die Person Hitlers, sondern die verbrecherische nazifaschistische Ideologie und Politik.

Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen,[147] und aus den Ruinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der Seuchen, der Arbeitslosigkeit, des Hungers.

Und wer trägt daran die Schuld?

Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens.

Eindeutig ist diese Schuld. Sie wurde von den Naziführern selbst offen bekannt, als sie auf der Höhe ihrer trügerischen Triumphe standen, als ihnen Sieg und Beute gesichert erschienen.

Euch allen, Ihr Männer und Frauen des schaffenden Volkes, Euch Soldaten und Offizieren klingen noch die Worte in den Ohren:

„Das ist für uns der Sinn des Krieges: Wir kämpfen nicht um Ideale; wir kämpfen um die ukrainischen Weizenfelder, um das kaukasische Erdöl, den Reichtum der Welt. Gesundstoßen wollen wir uns!"

Dafür wurde das nationale Dasein unseres Volkes aufs Spiel gesetzt.[148] Der totale Krieg Hitlers – das war der unge-

---

[147] Siehe dazu den Teil zur Kritik des „Aufrufs", S. 179 ff.

[148] Was bedeutet das „nationale Dasein unseres Volkes"? Statt der nazistischen deutsch-nationalistischen Ideologie den Kampf anzusagen, versucht die KPD sich bei denjenigen verhetzten Deutschen anzubiedern, die die Versklavung und Vernichtung anderer Völker bejaht und unterstützt haben und sich nun darüber beschweren, daß zum Zwecke der Beendigung der nazistischen Völkermordpolitik das „nationale Dasein" der Deutschen in einem selbständigen Staat durch die ab-

Fortsetzung nächste Seite

rechteste, wildeste und verbrecherischste Raubkrieg aller Zeiten!

Das Hitlerregime hat sich als Verderben für Deutschland erwiesen; denn durch seine Politik der Aggression und der Gewalt, des Raubes und des Krieges, der Völkervernichtung hat Hitler unser eigenes Volk ins Unglück gestürzt und es vor der gesamten gesitteten Menschheit mit schwerer Schuld und Verantwortung beladen.

Ein Verbrechen war die gewaltsame Annexion Österreichs, die Zerstückelung der Tschechoslowakei. Ein Verbrechen war die Eroberung und Unterdrückung Polens, Dänemarks, Norwegens, Belgiens, Hollands und Frankreichs, Jugoslawiens und Griechenlands. Ein Verbrechen, das sich so furchtbar an uns selbst rächte, war die Coventrierung und Ausradierung englischer Städte.[149]

Fortsetzung der Fußnote

sehbare, wichtige und notwendige Besetzung des Landes zeitweilig unterbunden werden mußte.

[149] Kritisch muß hier angemerkt werden, daß die verbrecherische Bombardierung durch die Nazi-Luftwaffe hier tendenziell auf die gleiche Stufe gestellt wird wie die gerechtfertigte und notwendige Bombardierung deutscher Städte durch die Luftgeschwader der Alliierten, zumal letztere nirgends betont oder erklärt wird. Bei der Bombardierung deutscher Städte durch die Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition ging es aber nicht um Rache oder Vergeltung, nicht darum, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Es galt, Nazideutschland militärisch zu besiegen. (Vgl. dazu ausführlich das Flugblatt 2–3/95 von „Gegen die Strömung": „Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden mußte!", abgedruckt in: „Politische Stellungnahmen 1995–1996. Zu Themen und Fragen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Sozialismus in Flugblättern und Plakaten von Gegen die Strömung", S. 5–10.)

Ein Ziel der alliierten Kriegführung war es, durch den Luftkrieg den Mythos von der Unbesiegbarkeit der deutschen Luftwaffe zu vernichten, Bombe für Bombe den Glauben an die angebliche Unfehlbarkeit der Naziführer zu zerschlagen, um die Bindung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung an eine Führung, die offensichtlich ihre „Schutz"-Versprechen nicht halten konnte, zu zerbrechen. Die Bombardierungen der deutschen Großstädte zeigten gerade in diesem Sinne durchaus Wirkung.

Fortsetzung nächste Seite

Das größte und verhängnisvollste Kriegsverbrechen Hitlers aber war der heimtückische, wortbrüchige Überfall auf die Sowjetunion, die nie einen Krieg mit Deutschland gewollt hat, aber seit 1917 dem deutschen Volke zahlreiche Beweise ehrlicher Freundschaft erbracht hat.

Deutsche Arbeiter! Konnte es ein größeres Verbrechen[150] als diesen Krieg gegen die Sowjetunion geben?!

Und ungeheuerlich sind die Greueltaten, die von den Hitlerbanditen in fremden Ländern begangen wurden. An den Händen der Hitlerdeutschen klebt das Blut von vielen, vielen Millionen gemordeter Kinder, Frauen und Greise. In den Todeslagern wurde die Menschenvernichtung Tag für Tag fabrikmäßig in Gaskammern und Verbrennungsöfen betrieben. Bei lebendigem Leibe verbrannt, bei lebendigem Leibe verscharrt, bei lebendigem Leibe in Stücke geteilt, – so haben die Nazibanditen gehaust!

Millionen Kriegsgefangene und nach Deutschland verschleppte ausländische Arbeiter wurden zu Tode geschunden, starben an Hunger, Kälte und Seuchen.

Die Welt ist erschüttert und zugleich von tiefstem Haß gegenüber Deutschland erfüllt angesichts dieser beispiellosen Verbrechen, dieses grauenerregenden Massenmordens, das von Hitlerdeutschland als System betrieben wurde.

Fortsetzung der Fußnote

Noch wichtigere Gründe für den alliierten Luftkrieg resultierten aus den klaren militärischen Notwendigkeiten, auf die nazistische Taktik der „Verwandlung der Großstädte in Festungen" zu reagieren, Nachschub und Infrastruktur sowie auch Industrie zu zerstören, die Evakuierung der Zivilbevölkerung zu erzwingen, um die nazistische Vernichtungsmaschinerie zu stoppen und schließlich Deutschland mit möglichst geringen eigenen Verlusten besetzen zu können.

Was Formulierungen betrifft, möchten wir hier zu bedenken geben, daß die kommentarlose Verwendung eines Begriffs wie „Ausradierung" in der Nazisprache verhaftet bleibt.

[150] Siehe dazu den Teil zur Kritik des „Aufrufs", S. 179 ff.

Wäre Gleiches mit Gleichem vergolten worden, deutsches Volk, was wäre mit Dir geschehen?

Aber auf der Seite der Vereinten Nationen, mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts. Die Rote Armee und die Armeen ihrer Verbündeten haben durch ihre Opfer die Sache der Menschheit vor der Hitlerbarbarei gerettet. Sie haben die Hitlerarmee zerschlagen, den Hitlerstaat zertrümmert und damit auch Dir, schaffendes deutsches Volk, Frieden und Befreiung aus den Ketten der Hitlersklaverei[151] gebracht.

Um so mehr muß in jedem[152] deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen, daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt.

---

[151] Für problematisch halten wir bei genauer Betrachtung die agitatorisch verwendete Wendung „Befreiung aus den Ketten der Hitlersklaverei" als Synonym für die Befreiung vom Naziterror in Deutschland.

Erstens wird die subjektive Ebene, die Freiwilligkeit der Zustimmung und auch Unterstützung großer Teile der deutschen Bevölkerung für den Nazi-Faschismus damit ausgeblendet. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung fühlte sich subjektiv keinesfalls als Sklaven, sondern als Herrenmenschen.

Zweitens fällt auch die massenhafte Bereicherung werktätiger Schichten bei „Arisierungen" und bei Plünderungen durch einfache Soldaten in den besetzen Ländern damit faktisch unter den Tisch, wenn lediglich von den „Ketten der Hitlersklaverei" gesprochen wird.

Drittens wird nicht klar, wie privilegiert die „versklavten" deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter im Gegensatz zu den Millionen Zwangs- und Sklavenarbeitern waren. (Vgl. dazu Flugblatt 2–3/2000 von „Gegen die Strömung": „Zum Thema Zwangsarbeit: Die Forderungen der Verfolgten des Nazifaschismus sind berechtigt!")

Redaktionell hätte diese Passage folgendermaßen verbessert werden können:

„Die sowjetische Armee und ihre Verbündeten brachten die Befreiung vom Nazi-Regime, auch wenn viele nazistisch verhetzte Deutsche die Besetzung Deutschlands noch nicht als Befreiung begreifen!"

[152] Siehe dazu den Teil zur Kritik des „Aufrufs", S. 179 ff.

Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutschen, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten: „Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!"

Ihr Teil Schuld tragen alle jene deutschen Männer und Frauen, die willenlos und widerstandslos zusahen, wie Hitler die Macht an sich riß, wie er alle demokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiterorganisationen, zerschlug und die besten Deutschen[153] einsperren, martern und köpfen ließ.

Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die „Größe Deutschlands" sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das allein seligmachende Heil der Nation erblickten.

Unser Unglück war, daß Millionen und aber Millionen Deutsche der Nazidemagogie verfielen, daß das Gift der tierischen Rassenlehre, des „Kampfes um Lebensraum", den Organismus des Volkes verseuchen[154] konnte.

Unser Unglück[155] war, daß breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verlo-

---

[153] Nebenbei bemerkt: Wer etwas genauer darüber nachdenkt, wird rasch begreifen, daß die Charakterisierung der Frauen und Männer des Widerstands als „beste Deutsche" in nationalistischen Kategorien verhaftet bleibt. Ist es denn wirklich so schwer, in diesem Zusammenhang beispielsweise von „den besten Kräften in Deutschland!" zu sprechen? Mit einem Wettstreit darüber, welche politische Kraft die „besten Deutschen" vorzuweisen hat, wird letztendlich nur dem deutschen Nationalismus Vorschub geleistet.

[154] Kritisch muß angemerkt werden, daß die KPD mit der Formulierung: „den Organismus des Volkes verseuchen", zu einer Sprache greift, die deutlich macht, daß es ihr hier nicht gelungen ist, einen radikalen Bruch mit der Nazisprache zu vollziehen, die jahrelang millionenfach in die Köpfe der werktätigen Massen eingetrichtert worden war. Gerade vor diesem Hintergrund halten wir die Verwendung von biologistischen Formulierungen wie die hier kritisierte für verfehlt, da sie sich nahtlos in die rassistische Nazi-Ideologie einfügen.

[155] Siehe dazu den Teil zur Kritik des „Aufrufs", S. 179 ff.

ren und Hitler folgten, als er ihnen einen gut gedeckten Mittags- und Abendbrottisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach.

So wurde das deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner imperialistischen Auftraggeber.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Deutsche Arbeiterjugend! Schaffendes deutsches Volk!

Gegen den Willen eines geeinten und kampfbereiten Volkes hätte Hitler niemals die Macht ergreifen, sie festigen und seinen verbrecherischen Krieg führen können. Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte.

Nach all dem Leid und Unglück, der Schmach und Schande, nach der dunkelsten Ära deutscher Geschichte, heute, am Ende des „Dritten Reiches", wird uns auch der sozialdemokratische Arbeiter recht geben, daß sich die faschistische Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil 1918 die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft blieben, weil nicht der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde, weil die Weimarer Republik der Reaktion freies Spiel gewährte, weil die Antisowjethetze einiger demokratischer Führer[156] Hitler den Weg ebnete und die Ab-

[156] Ansatzweise und sehr vorsichtig, geradezu mit Samthandschuhen möchte man sagen, wird Kritik an bestimmten Aspekten der Politik der reaktionären Sozialdemokratie vor 1933 geübt. Unerwähnt bleibt allerdings, daß 1918/19 eine sozialdemokratisch geführte Regierung die Novemberrevolution erwürgte, daß sozialdemokratische Minister, Polizeipräsidenten usw. die Faschisierung vorantrieben und Steigbügelhalter der Nazifaschisten waren.

Fortsetzung nächste Seite

lehnung der antifaschistischen Einheitsfront die Kraft des Volkes lähmte.

Daher fordern wir:

Keine Wiederholung der Fehler von 1918!

Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes!

Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion.

Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion:

denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!

Die Kommunistische Partei Deutschlands war und ist die Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg. Sie ist nie von diesem Wege abgewichen.[157] Sie hat die Fahne Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, Ernst Thälmanns und Jonny Schehrs stets reingehalten. Mit Stolz[158] blicken wir

---

Fortsetzung der Fußnote

Hier deutet sich faktisch schon an, was dann bei der Gründung der SED im April 1946 offenkundig wird: Um der angestrebten Einheit mit Teilen der Sozialdemokratie willen wird von vornherein auf die taktisch geschickte, aber dennoch demokratische und rücksichtslose Entlarvung der reaktionären Sozialdemokratie verzichtet. Dabei wäre genau das notwendig gewesen, um ehrliche und sich selbstkritisch neu orientierende Kräfte, vor allem aus der Basis der Sozialdemokratie, die sich während der Zeit des Nazifaschismus tatsächlich differenziert hatte, in prinzipienfester Weise im Kampf gegen die nach wie vor vorhandenen reaktionären Kräfte der Sozialdemokratie für eine antinazistisch-demokratische Kampfeinheit zu gewinnen.

[157] Diese Formulierung ist falsch, da die KPD, wie der „Aufruf" selbstkritisch feststellt, sehr wohl „abgewichen" ist! Richtig ist aber, daß die KPD nie kapituliert und den Kampf aufgegeben hat.

[158] Bei dieser Formulierung möchten wir folgendes zu bedenken geben: Erstens ist es unbestritten und muß gegen alle antikommunistischen Angriffe verteidigt werden, daß die deutschen kommunistischen Kräfte in Deutschland gegen die Nazis an vorderster Front und an führender Stelle gekämpft haben, daß viele von ihnen dem

Fortsetzung nächste Seite

Kommunisten auf diesen Kampf zurück, in dem unsere besten und treuesten Genossen fielen. Rechtzeitig und eindringlich haben wir gewarnt, der imperialistische Weg, der Weg des Hitlerfaschismus führt Deutschland unvermeidlich in die Katastrophe.

Im Januar 1933 forderte die Kommunistische Partei zum einmütigen Generalstreik auf, um den Machtantritt Hitlers zu verhindern.

Im Juni 1933 haben wir gewarnt:

„Der Krieg steht vor der Tür! Hitler treibt Deutschland in die Katastrophe!"

Im Januar 1939 hat die Berner Konferenz der KPD dem deutschen Volk zugerufen:

„Im Osten wie im Westen schafft das Hitlerregime eine Lage, wo über Nacht das deutsche Volk in die Katastrophe des Krieges gestürzt werden kann – eines Krieges gegen die gewaltige Front aller von Hitler und der Kriegsachse bedrohten und angegriffenen Völker."

Fortsetzung der Fußnote

Nazi-Terror widerstanden haben, ob in den Folterkellern der Gestapo-Gefängnisse oder in den Nazi-KZs. Zweitens muß aber auch bewußt sein, daß der gesamte Widerstand in Deutschland – und damit natürlich auch der kommunistische Widerstand – viel zu schwach war, daß das Nazi-Regime schließlich „von außen" durch die Anti-Hitler-Koalition gestürzt werden mußte. Angesichts dieser Situation war es sehr wichtig, gerade diesen, wenn auch zu schwachen Widerstand immer und immer wieder herauszustellen gegen die Lebenslüge „man konnte ja gegen Hitler nichts machen". Die Tatsache aber, daß die Sowjetarmee mit ungeheuren Opfern die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten befreien mußte, scheint uns kein Anlaß für „Stolz" zu sein. Wir halten es deshalb für unverzichtbar, bei der Herausstellung des kommunistischen Widerstands auch zu betonen, daß die deutschen kommunistischen Kräfte hinsichtlich ihrer Erfolge im Kampf gegen die Nazis vor 1945 eher eine Art ***Scham*** erfassen mußte. Insofern ist der Begriff „Stolz" hier nicht angebracht – unabhängig davon, daß man auch den Begriff an sich durchaus hinterfragen kann und zu diskutieren wäre, ob er nach 1945 überhaupt noch von deutschen kommunistischen Kräften benutzt werden konnte angesichts der Nutzung durch bürgerliche Kräfte und vor allem auch durch die Nazis.

Im Oktober 1941, als Hitler prahlerisch verkündete, Sowjetrußland sei endgültig zu Boden geworfen und werde sich niemals mehr erheben, da erklärte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands in seinem Aufruf an das deutsche Volk und an das deutsche Heer:

„Dieser Krieg ist ein für das deutsche Volk hoffnungsloser Krieg. Hitlers Niederlage ist unvermeidlich. Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Kriege Schluß zu machen. Um aber mit dem Kriege Schluß zu machen, muß Hitler gestürzt werden. Und wehe unserem Volk, wenn es sein Schicksal bis zuletzt an Hitler bindet!" [159]

---

[159] Der Grundtenor der durch die „deutsche Brille" formulierten und an die deutschen Soldaten gerichteten Aussage von 1941 ist: „Der Krieg ist für Deutschland praktisch verloren. Deshalb müßt ihr das sinkende Schiff lieber früher als zu spät verlassen!" Die deutsche Bevölkerung soll offenbar gewarnt werden, das Naziregime nicht mehr länger zu unterstützen. Aber wie? „Wehe unserem Volk, wenn es sein Schicksal bis zuletzt an Hitler bindet!" Vor wem wird hier gewarnt? Vor der Verachtung der Völker der Welt? Vor den Folgen für Deutschland und die Deutschen? Vor der angeblichen „Rache der Sieger"? Doch gerade diese Frage hätte der Aufruf vier Jahre später nicht unbeantwortet im Raum stehenlassen dürfen.

Gewichtiger ist aber folgender Umstand: Der Auszug aus dem Aufruf von 1941, der sich „an das deutsche Volk und an das deutsche Heer" richtete, stellte den Versuch der KPD dar, die sehr großen Teile der deutschen Bevölkerung zu erreichen, die nicht gegen den Nazifaschismus, gegen seinen Raub- und Vernichtungskrieg aus demokratischen oder humanistischen Motiven zu mobilisieren waren, sondern nur noch mit dem ***Argument des wahrscheinlichen Mißerfolgs*** dieses Regimes und der Konsequenzen, die dieser Mißerfolg für jeden einzelnen nach sich zieht.

Man mag darüber geteilter Meinung sein, ob dieser Rückgriff auf das Argument des drohenden Mißerfolgs, der Appell an das rechtzeitige opportunistische Umschwenken 1941 im Aufruf einer Kommunistischen Partei zulässig war oder nicht. Wenn man jedoch in Betracht zieht, daß es in diesem Aufruf „an das deutsche Volk und an das deutsche Heer" nicht um die Gewinnung der Masse der Bevölkerung für den antinazistischen Kampf ging, weil davon angesichts deren Verhetzung gar keine Rede sein konnte; wenn man ferner berücksichtigt, daß es galt, eine Wirkung zu erreichen, die für die Armeen der Anti-Hitler-Koalition und die Partisanengruppen nützlich war, ist unsere Meinung, daß Appelle, die eigene Haut zu retten, dann als Nebenaspekt einer prinzipiell aufgebauten Argumentation zulässig sind, wenn klargestellt und anschließend auch wertend charakterisiert wird, auf welcher Ebene hier Agitation betrieben wird.

Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden!

Werde sich jeder Deutsche bewußt, daß der Weg, den unser Volk bisher ging, ein falscher Weg, ein Irrweg war, der in Schuld und Schande, Krieg und Verderben führte!

Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. Möge der Neubau Deutschlands auf solider Grundlage erfolgen, damit eine dritte Wiederholung der imperialistischen Katastrophenpolitik unmöglich wird.

Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen,[160] die feudalen Überreste völlig

---

[160] Diese Formulierung ist nicht falsch, möglicherweise jedoch nicht deutlich genug. 1945 war das brennende Problem nicht, vorrangig die fast hundert Jahre zurückliegende bürgerlich-demokratische Revolution von 1848 zu vollenden. In Deutschland hatte sich bereits um die Jahrhundertwende der deutsche Imperialismus herausgebildet und es herrschte das Finanzkapital. Schon die Novemberrevolution 1918/19, die in diesem Zusammenhang im Aufruf nicht genannt wird, hatte durch den Sturz der Monarchie zur bürgerlich-demokratischen Herrschaftsform der deutschen Bourgeoisie geführt.

Damit bestreiten wir nicht die aus der deutschen Geschichte stammenden besonderen Merkmale des deutschen Imperialismus, deren Gewicht sich durch den Nazifaschismus auf neuer Grundlage erhöht hatte, dabei insbesondere die Rolle des reaktionären Preußentums. Aber diese Aufgaben galt es im Zusammenhang mit dem Hauptkettenglied Entnazifizierung (und ihm untergeordnet) zur Vertiefung des antinazistischen Kampfs anzupacken. Sonst könnte im Grunde (wie später geschehen) vom entscheidenden Problem des Nazifaschismus abgelenkt werden, wenn davon losgelöst, sozusagen als eigenständiger Bereich, die Aufgabe gestellt wird, „die feudalen Überreste völlig zu beseitigen".

Tatsächlich bestanden nach der weitgehend gescheiterten Revolution von 1848 die feudalen Verhältnisse oder Elemente keineswegs einfach weiter. Vielmehr entwikkelte sich insbesondere seit 1871 der industrielle Kapitalismus, aber auch der Kapitalismus in der Landwirtschaft auf dem von Lenin so genannten „preußischen Weg" sprunghaft vorwärts. Das Bündnis zwischen deutscher industrieller Bourgeoisie und feudalistischen Großgrundbesitzern, insbesondere den preußischen

Fortsetzung nächste Seite

zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.[161]

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.

An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt[162] unseres Landes auf!

Fortsetzung der Fußnote

Junkern, führte schließlich zur Verschmelzung beider zur einen herrschenden Klasse in Deutschland: die einen in der Hauptsache als industrielle, die anderen in der Hauptsache als landwirtschaftliche Kapitalisten. So entstand der von Lenin so benannte „junkerlich-bourgeoise Imperialismus" in Deutschland. Seit 1918/19 waren „feudalen Überreste" in Deutschland jedenfalls nicht mehr entscheidend. Der noch vorhandene, teilweise riesige Großgrundbesitz war in der Tat ein Resultat dessen, daß in Deutschland niemals der Großgrundbesitz in einer siegreichen bürgerlich-demokratischen Revolution zerschlagen wurde.

[161] Siehe dazu den Teil zur Kritik des „Aufrufs", S. 179 ff.

[162] Die Verwendung des nebulös mystisch-religiösen Begriffs „Wiedergeburt" im Zusammenhang mit der Schaffung eines antinazistischen demokratischen Regimes auf den Trümmern des geschlagenen Nazideutschlands halten wir für falsch. Die Frage, welches Deutschland hier „wiedergeboren" werden soll, bleibt unbeantwortet. Nicht nur aus kommunistischer, auch aus antifaschistisch-demokratischer Sicht besteht jedoch kein Zweifel daran, daß geschichtlich die Wiederkehr keines vorherigen Regimes in Deutschland wünschenswert war.

Die unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben auf diesem Wege sind gegenwärtig vor allem:

1. Vollständige Liquidierung der Überreste[163] des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung der versteckten Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banditen. Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazisten. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte al-

---

[163] Die Verwendung des Begriffs „Überreste" ist hier unserer Meinung nach nicht völlig falsch, aber auch nicht in jeder Hinsicht richtig.

Im allgemeinen Sprachgebrauch versteht man unter „Überreste" eher kleine Nebensächlichkeiten, Überbleibsel eben, nachdem die Hauptsache bereits erledigt ist. ***Insofern*** ist die Verwendung des Begriffs „Überreste" im „Aufruf" problematisch, konnte man ihn doch als Verniedlichung der anstehenden Aufgaben auffassen, so als ob die Hauptaufgaben im antinazistischen Kampf bereits erledigt seien und es jetzt nur noch um die restlose Vernichtung einiger Überbleibsel ginge. Vielmehr war die Situation aber so, daß die Partisaninnen und Partisanen zusammen mit den Armeen der Anti-Hitler-Koalition gerade die erste wesentliche Hürde zur Vernichtung des Nazismus genommen hatten, nämlich die Brechung des militärischen Widerstands Nazi-Deutschlands, die Zerschlagung der Nazi-Wehrmacht und der übrigen bewaffneten Nazi-Verbände. Nicht unerhebliche Teile des Überbaus der nazifaschistischen Diktatur mußten noch zerschlagen werden, die Entnazifizierung auf politisch-ideologischem und auf ökonomischem Gebiet hatte gerade erst begonnen.

Der Begriff „Überreste" hat in den Dokumenten des wissenschaftlichen Kommunismus jedoch noch eine weitere Bedeutung, wie er auch in den Schriften Lenins und Stalins zu finden ist, wenn es beispielsweise um die „feudalen Überreste" im zaristischen Rußland geht. In diesem Sinne bedeutet „Überreste", daß trotz der allgemeinen Entwicklung des Kapitalismus im damaligen zaristischen Rußland bestimmte mittelalterlich-feudale Methoden der Ausbeutung und Unterdrückung wie z. B. die Leibeigenschaft beibehalten wurden und mit dem bürokratisch-militärischen Überbau des zaristischen Regimes verschmolzen. In diesem Sinne bedeuten „Überreste" ganz und gar keine Kleinigkeiten, vielmehr waren sie auf dem russischen Dorf die dominierende Form der Unterdrückung, und das Vorhandensein dieser feudalen Überreste drückte der gesamten Revolution in Rußland ihren Stempel auf, denn die Zerschlagung des Zarismus und der zaristisch-feudalen Überreste waren die Hauptzielscheibe der demokratischen Revolution.

ler jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat[164] schuldig gemacht haben. Schnellste und härteste Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen, gegen alle Versuche, die Herstellung von Ruhe und Ordnung und eines normalen Lebens der Bevölkerung zu stören.[165]

2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen. Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums.[166] Wirkungsvolle Maß-

---

[164] Zu kritisieren ist die Formulierung „Hitlers Volksverrat". Die Nazis mit Hitler an der Spitze haben nie auf der Seite des „Volks" gestanden. Worin also soll dieser „Verrat" bestanden haben?

[165] Gewiß, nach dem militärischen Sieg über den Nazifaschismus gab es kriegsbedingte Zerstörungen und sicherlich auch chaotische Zustände. Die „Herstellung von Ruhe und Ordnung" ist jedoch von jeher ein Kampfbegriff der Reaktion, der sich gerade auch gegen „kommunistische Unruhestifter" wendet, um die „Ruhe und Ordnung" der kapitalistischen Ausbeuterordnung zu sichern bzw. wiederherzustellen.

Unbestreitbar gab es dieses Bestreben innerhalb der Bevölkerung. Wir denken jedoch, daß die KPD im Kampf dagegen hätte bewußtmachen müssen, daß es nach zwölf Jahren nazistischen Terrors, Versklavung anderer Völker und Völkermord keineswegs einfach eine Rückkehr zur „Normalität" geben kann. Die KPD stand vor der Aufgabe, der Masse der Werktätigen bewußtzumachen, daß es vor allem um die Aufgabe der Entfachung eines umfassenden und massenhaften Kampfes gegen die Nazis und den Nazismus ging, und nicht vorrangig um die Wasserspülungen der Toiletten.

[166] Das hier vorgeschlagene Aktionsprogramm zielte nicht auf die Beseitigung des Kapitalismus ab, sondern auf eine möglichst umfassende und tiefgehende Liquidierung des Nazismus. Dennoch ist die „völlig ungehinderte Entfaltung" der kapitalistischen „Initiative" eine Übertreibung, die aus zweierlei Gründen falsch ist. Zum einen waren kapitalistische Kriegsverbrecher und Nazis ausgenommen, sie wurden, wie der Punkt 6 richtig ausführt, enteignet. Deren „private Unternehmerinitiative" war sehr wohl eingeschränkt. Zum anderen bedeutet „völlig unge-

Fortsetzung nächste Seite

nahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Schulen, Wohn- und Arbeitsstätten. Strenge Sparsamkeit in der Verwaltung und bei allen öffentlichen Ausgaben. Umbau des Steuerwesens nach dem Grundsatz der progressiven Steigerung, Sicherung der restlosen Ernteeinbringung auf dem Wege breiter Arbeitshilfe für die Bauern. Gerechte Verteilung der Lebensmittel und der wichtigsten Verbrauchsgegenstände; energischer Kampf gegen die Spekulation.

3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes. Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen, demokratischen Parteien. Umbau des Gerichtswesens gemäß den neuen demokratischen Lebensformen des Volkes. Gleichheit aller Bürger ohne Unterschiede der Rasse[167] vor dem

---

Fortsetzung der Fußnote

hindert" im Grunde eine schrankenlose kapitalistische Ausbeutung. Gleichzeitig und im Widerspruch hierzu formuliert Punkt 5 eine ***Beschränkung*** der kapitalistischen Ausbeutung.

[167] Der aus der Biologie stammende Begriff „Rasse" ist ein wichtiger Bestandteil der bürgerlichen Ideologie, um an tiefsitzende Vorurteile anzuknüpfen und Menschen aufgrund äußerer Merkmale wie z. B. der Hautfarbe analog zum Tierreich bestimmte Charaktereigenschaften anzudichten.

In den Dokumenten der kommunistischen Weltbewegung der zwanziger und dreißiger Jahre taucht in der Tat – und unserer Meinung nach problematisch – der Begriff „Rasse", „Rassendiskriminierung" an verschiedenen Stellen als Synonym für die Unterdrückung von Menschen „nichtweißer" Hautfarbe auf, so beispielsweise in den Dokumenten der Kommunistischen Internationale zum Kampf gegen die Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung in den USA, aber auch in der 1936 verabschiedeten Verfassung der sozialistischen Sowjetunion, in der die „Gleichberechtigung der Bürger der UdSSR (...) unabhängig von ihrer Nationalität und Rasse" festgeschrieben wurde (siehe Stalin: „Verfassung der UdSSR", 1938, Werke Band 14, S. 114). Doch darum geht es hier nicht.

Wenn der „Aufruf" jedoch „Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rasse vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses" fordert , so liegt die Vermutung nahe, daß es dem Aufruf hier ***nicht*** um den Kampf gegen die Diskriminierung etwa von Menschen schwarzer Hautfarbe in Deutsch-

Fortsetzung nächste Seite

Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses. Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten. Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi-Rassentheorie, über die Verlogenheit der „Lehre vom Lebensraum", über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk.[168] Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.

Fortsetzung der Fußnote

land geht. Zumindest hat die übergroße Mehrheit diese Passage sicherlich so verstanden, daß damit die jüdische Bevölkerung (und möglicherweise „die Zigeuner", die Sinti und Roma) gemeint sind, die in der nazirassistischen Ideologie als „Rassen", ja sogar als „minderwertige Menschenrassen" galten. Die KPD stellt sich im Aufruf nun auf den Standpunkt „Alle Rassen sind gleich" und akzeptiert damit die absurde These, daß Juden, Sinti und Roma „Rassen" seien, statt den nazistischen Rassebegriff, insbesondere im Kampf gegen den Antisemitismus und den Antiziganismus, selbst in Frage zu stellen.

Unter diesem Gesichtspunkt wäre statt dessen folgende Formulierung, in Anlehnung an Marx' programmatische Formulierung in den Statuten der Ersten Internationale (vgl. Marx: „Allgemeine Statuten und Verwaltungs-Verordnungen der Internationalen Arbeiterassoziation", 1871, Marx/Engels Werke Band 17, S. 441) sicherlich eindeutiger und klarer gewesen:

„Gleichheit aller Bürger ohne Rücksicht auf Farbe, Glaube, Nationalität oder Geschlecht vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassismus."

[168] Sicherlich war es richtig und Bestandteil der Aufklärung über die Naziverbrechen, ***auch*** klarzumachen, welche Verbrechen die Nazis gegenüber Teilen der deutschen Bevölkerung begangen haben, insbesondere aber nicht zu verwischen, daß diese Verbrechen an der deutschen jüdischen Bevölkerung und den deutschen Sinti sowie auch an den deutschen Antifaschistinnen und Antifaschisten begangen worden waren.

Indem dies aber nicht in den Rahmen gestellt wird, vorrangig die Aufklärung über die Folgen der Nazipolitik für die anderen Völker zu fordern, wird im Grunde der nationalistisch beschränkte Wahrnehmungshorizont eines „durchschnittlichen Deutschen" nicht überschritten, der die „katastrophalen Folgen" des Nazifaschismus ***für sich*** eben darin sah, daß der Krieg mit der deutschen Niederlage endete,

Fortsetzung nächste Seite

4. Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- beziehungsweise Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage.

5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung. Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden. Tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke. Besonderer Schutz den Müttern.[169]

6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher, Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinzialen Selbstverwaltungsorgane.

7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesver-

---

Fortsetzung der Fußnote

daß es nun auch in Deutschland teilweise Zerstörungen gab, mancher Angehörige (als Angehöriger der verbrecherischen Nazi-Wehrmacht) gefallen oder verstümmelt oder in Kriegsgefangenschaft geraten war, ohne Schuld und Mitschuld zu erkennen und anzuerkennen, ohne Schuld- und Schamgefühl gegenüber den entsetzlichen Naziverbrechen an den Völkern zu empfinden.

[169] Hier werden verschiedene Probleme aufgelistet, die es gerade auch im Interesse der antinazistischen Erziehung der breiten Massen der Werktätigen zu unterscheiden und auseinanderzuhalten galt. Den Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors in den Vernichtungslagern, KZs und Kerkern mußte ideologisch und politisch doch ein ganz anderer Nachdruck und Stellenwert verliehen werden, als den in der werktätigen Bevölkerung weitgehend als „selbstverständlich" angesehenen Fürsorgemaßnahmen etwa für Waisenkinder und Mütter oder gar für Invalide, die sich ihre körperliche Beeinträchtigung durch die Teilnahme am verbrecherischen Nazikrieg zugezogen haben.

waltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.[170]

8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.), sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.

9. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern. Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes.

10. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden. Gerechte Verteilung der sich daraus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, daß die Reicheren auch eine größere Last tragen.[171]

---

[170] Selbstverständlich wurden Großbauern, wenn sie Nazis waren, auch enteignet. Für den Zeitraum bis 1. 1. 1950 sind folgende Angaben vorhanden: Im Zusammenhang mit der Bodenreform gingen aus „Privatbesitz unter 100 Hektar (Nazis und Kriegsverbrecher)" 4537 Objekte mit einer Gesamtfläche von 131742 Hektar in den Bodenfonds ein (vgl. Ulbricht: „Zur Geschichte der neuesten Zeit", Band I, 1. Halbband, Berlin 1955, S. 414).

[171] Dieses zunächst möglicherweise plausibel erscheinende, weil klassenmäßig klingende Kriterium impliziert bei näherer Betrachtung im Grunde die Formel: „Je reicher, desto mehr Schuld." Es gab eine riesige Masse von Naziverbrechern ohne großes Vermögen, die in sehr großem Ausmaß Naziverbrechen begingen. Das Kriterium mußte jedoch vorrangig die schuldhafte Einbindung in das Nazi-Regime sein und nicht die Frage des Vermögens einzelner Personen.

Noch eine grundsätzliche Anmerkung darüber hinaus: Der Begriff „Wiedergutmachung" ist für das Gesamtproblem der Naziverbrechen allenfalls in materieller Hinsicht verwendbar. Die Verbrechen der Nazis, insbesondere der Völkermord an

Fortsetzung nächste Seite

Werktätige in Stadt und Land!

Das sind die ersten und dringendsten Aufgaben zum Wiederaufbau Deutschlands, zur Neugeburt unseres Volkes. Diese Aufgaben können nur durch die feste Einheit aller antifaschistischen, demokratischen und fortschrittlichen Volkskräfte verwirklicht werden.

Erfüllt von der Erkenntnis des Ausmaßes der Katastrophe und den verhängnisvollen Folgen der bisherigen Spaltung des Volkes gegenüber Nazismus und Reaktion, bricht sich in Stadt und Land immer stärker der Drang zur Einheit Bahn. In Übereinstimmung mit diesem Willen des Volkes darf den Spaltern und den Saboteuren der Einheit kein Zoll Raum für ihr verräterisches Werk gegeben werden. Notwendig ist

die Schaffung einer festen Einheit der Demokratie für die endgültige Liquidierung des Nazismus und zum Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschlands!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines

Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien

(der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und anderer) dienen kann.

Wir sind der Auffassung, daß ein solcher Block die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Überre-

---

Fortsetzung der Fußnote

der jüdischen Bevölkerung sowie an den Sinti und Roma, die millionenfache Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener usw., alles das konnte durch niemanden und nichts „wiedergutgemacht" werden. Es konnte und mußte darum gehen, wie es im Potsdamer Abkommen heißt, „in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Leiden einen Ausgleich zu schaffen". Es galt, die überlebenden Opfer maximal zu entschädigen und für die materiellen Schäden und Verwüstungen umfassend Reparationen zu leisten.

ste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann.

Ein neues Blatt in der Geschichte des deutschen Volkes wird aufgeschlagen. Aus den Lehren des Niederbruchs Deutschlands bahnen sich im Volke neue Erkenntnisse den Weg.

Wir erklären:

Feste Einheit, entschlossener Kampf und beharrliche Arbeit bilden die Garantien des Erfolges unserer gerechten Sache!

Fester den Tritt gefaßt! Höher das Haupt erhoben! Mit aller Kraft ans Werk! Dann wird aus Not und Tod, Ruinen und Schmach die Freiheit des Volkes und ein neues, würdiges Leben erstehen.

Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Deutschlands

Im Auftrage:

Wilhelm Pieck	**Gustav Sobottka**	**Hans Jendretzky**	**Bernhard Koenen**
Walter Ulbricht	**Ottomar Geschke**	**Michel Niederkirchner**	**Martha Arendsee**
Franz Dahlem	**Johannes R. Becher**	**Hermann Matern**	**Otto Winzer**
Anton Ackermann	**Edwin Hörnle**	**Irene Gärtner**	**Hans Mahle** [172]

Berlin, den 11. Juni 1945.

[172] Zur Biographie einiger der unterzeichnenden Genossinnen und Genossen siehe im Personenregister.

I. Richtige Positionen des Aufrufs des ZK der KPD

1. Zu den bisher welthistorisch einmaligen Nazi-Verbrechen

Sehr wichtig sind die Passagen im Aufruf zu den welthistorisch bisher einmaligen Verbrechen Nazideutschlands.

Von großer Bedeutung ist, daß die KPD hier den Versuch unternimmt, die ungeheuren Verbrechen des Nazifaschismus anzuprangern, von der gewaltsamen Annexion Österreichs über die Verschleppung der Zwangsarbeiter bis zur „fabrikmäßigen" Ermordung von vielen Millionen Menschen in den Gaskammern und Verbrennungsöfen in den Vernichtungslagern:

> „Ein Verbrechen war die gewaltsame Annexion Österreichs, die Zerstückelung der Tschechoslowakei. Ein Verbrechen war die Eroberung und Unterdrückung Polens, Dänemarks, Norwegens, Belgiens, Hollands und Frankreichs, Jugoslawiens und Griechenlands."

Weiter wird der

> „heimtückische, wortbrüchige Überfall auf die Sowjetunion, die nie einen Krieg mit Deutschland gewollt hat, aber seit 1917 dem deutschen Volke zahlreiche Beweise ehrlicher Freundschaft erbracht hat"

angeprangert.

Zu den Nazi-Völkermordverbrechen heißt es:

> „Und ungeheuerlich sind die Greueltaten, die von den Hitlerbanditen in fremden Ländern begangen wurden. An den Händen der

Hitlerdeutschen klebt das Blut von vielen, vielen Millionen gemordeter Kinder, Frauen und Greise. In den Todeslagern wurde die Menschenvernichtung Tag für Tag fabrikmäßig in Gaskammern und Verbrennungsöfen betrieben. Bei lebendigem Leibe verbrannt, bei lebendigem Leibe verscharrt, bei lebendigem Leibe in Stücke geteilt, – so haben die Nazibanditen gehaust!

Millionen Kriegsgefangene und nach Deutschland verschleppte ausländische Arbeiter wurden zu Tode geschunden, starben an Hunger, Kälte und Seuchen.

Die Welt ist erschüttert und zugleich von tiefstem Haß gegenüber Deutschland erfüllt angesichts dieser beispiellosen Verbrechen, dieses grauenerregenden Massenmordens, das von Hitlerdeutschland als System betrieben wurde."

2. Der Nazifaschismus wurde „von außen" militärisch besiegt

Der Aufruf lenkt dann die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß der Nazifaschismus „von außen", durch den gerechten antinazistischen Krieg der anderen Völker, von den Armeen der ***Anti-Hitler-Koalition,*** voran die sowjetische Armee, zerschlagen werden mußte, weil die antinazistischen Kräfte in Deutschland zu schwach waren, um den Nazifaschismus zu vernichten. Dabei war die Betonung der gerechten Ziele des Krieges der Anti-Hitler-Koalition angesichts der weitgehenden nazistischen Verhetzung der breiten Massen in Deutschland absolut angebracht:

„Aber auf der Seite der Vereinten Nationen, mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts."

3. Die Hauptschuldigen an den Nazi-Verbrechen werden benannt

Bei der Bestandsaufnahme ***der aktuellen Lage*** beginnt der Aufruf mit einer knappen Schilderung der Situation in Deutschland am Ende des Krieges und wendet sich dann der ***Schuldfrage*** zu. Die Hauptschuldigen werden zunächst eindeutig benannt:

> „Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens." [173]

4. Betonung der Mitschuld der breiten Massen der deutschen Werktätigen an den Nazi-Verbrechen

Sehr wichtig und richtig ist, daß der Aufruf im Einklang mit den Vorstellungen von Marx die Notwendigkeit der Entwicklung einer Art kollektiver ***Scham*** feststellt, die auf der Anerkennung der Mitschuld der breiten Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Werktätigen an den Naziverbrechen basiert. Es wird herausgestellt, daß

[173] Wir geben den Aufruf des ZK der KPD im folgenden nach dem Erstabdruck in der „Deutschen Volkszeitung", Nr. 1, 13. Juni 1945, S. 1/2, wieder.

„das Bewußtsein und die Scham brennen (muß), daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt."

In den folgenden Absätzen wird die ***Frage der Mitschuld*** der deutschen Bevölkerung differenziert und abgestuft behandelt. Es wird konkret gezeigt, daß eben nicht nur die Naziführer oder gar nur Hitler schuld an all den furchtbaren Verbrechen waren. Hervorzuheben sind im weiteren zwei Feststellungen, die der Aufruf über das Bewußtsein, die Moral und die Gefühle bzw. die Gefühllosigkeit von Millionen und Abermillionen Deutschen macht: Erstens waren diese zutiefst von der chauvinistischen, rassistischen und antisemitischen Nazidemagogie verhetzt. Zweitens hatten in Verbindung damit breite Bevölkerungsschichten „das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren", als sie der Nazimoral folgten, um sich einen „gut gedeckten Mittagstisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub" zu sichern. Dies zeigt die großen demokratischen Aufgaben auf, um im antinazistischen Kampf überhaupt ein bürgerlich-demokratisches „Normalmaß" zu erreichen:

„Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutschen, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten: ‚Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!'...

Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die ‚Größe Deutschlands' sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das allein seligmachende Heil der Nation erblickten."

Es wird herausgestellt,

„daß Millionen und aber Millionen Deutsche der Nazidemagogie verfielen" und

„daß breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen einen gut gedeckten Mittags- und Abendbrottisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach."

5. Indirekte Kritik an den SPD-Führern, die „Hitler den Weg ebneten"

Schließlich wendet sich der Aufruf – wenn auch sehr zurückhaltend und nur indirekt – der Frage zu, ***warum der Nazifaschismus nicht durch den Kampf der fortschrittlichen und revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse und aller antinazistischen Kräfte verhindert werden konnte.*** Der grundlegende Fehler, so der Aufruf, war die fehlende Kampfeinheit und Kampfbereitschaft der ausgebeuteten Massen gegen die Nazis. Weiter heißt es:

> „... heute, am Ende des ‚Dritten Reiches', wird uns auch der sozialdemokratische Arbeiter recht geben, daß sich die faschistische Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil 1918 die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft blieben, weil nicht der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde ..."

Weiter werden indirekt die sozialdemokratischen Politiker kritisiert – sie werden als „demokratische Führer" bezeichnet –, die mit der Ablehnung einer antifaschistischen Einheitsfront „Hitler den Weg ebneten".

6. Selbstkritische Haltung zum Kampf der KPD gegen die Nazis

Selbstkritisch beleuchtet die KPD auch ihre eigene Rolle und übernimmt Verantwortung, weil es ihr, wie es im Aufruf heißt, „infolge einer Reihe unserer Fehler" nicht gelungen sei, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen zu schmieden:

> „Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte

für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte."

Welche Fehler dies waren, wird an dieser Stelle nicht gesagt.[174] Richtig ist aber auf jeden Fall, die ***selbstkritische Aufarbeitung der eigenen*** Linie und Politik zum Thema zu machen. Anhand von Auszügen aus verschiedenen Aufrufen aus den Jahren 1933–1941 wird deutlich gemacht, daß die KPD entschieden vor dem Nazifaschismus gewarnt und diesem den Kampf angesagt hatte.

7. Entnazifizierung als Hauptaufgabe des demokratischen Kampfes

Bei der ***Bestimmung der anstehenden Aufgaben*** wird zuerst die Aufgabe der ***Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands*** begründet. Der Aufruf geht dann zur Frage der nächstliegenden Zielsetzung nach der militärischen Zerschlagung des Nazifaschismus über. Zunächst wird die Aufgabe der Demokratisierung Deutschlands gefordert und begründet. Programmatisch heißt es:

„Der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden."

In der Tat war der Nazifaschismus auf der Basis der Herrschaft des deutschen Imperialismus in vielerlei Hinsichten ein ins Extrem gesteigertes Konzentrat der reaktionärsten Merkmale der Geschichte Deutschlands.

Der Aufruf stellt richtig fest, daß angesichts der Mitschuld und des niedrigen Bewußtseinsstandes der ausgebeuteten und werktätigen Massen nicht der Sozialismus, sondern die Errichtung eines antifaschistisch-demokratischen Regimes auf der Tagesordnung stand.

---

[174] Genauer hat dies die KPD in den Dokumenten der Brüsseler (1935) und der Berner Konferenz (1939) und nach 1945 vor allem auf dem 15. Parteitag unmittelbar vor Gründung der SED im April 1946 ausgeführt. Siehe dazu in den entsprechenden Teilen in dieser Nummer.

Der Aufruf formuliert im Anschluß zehn unmittelbar anstehende Aktionsforderungen, das ***Zehn-Punkte-Dringlichkeitsprogramm.*** Die Aufgabe der vollständigen Liquidierung des Naziregimes und der Nazipartei wird hier zu Recht an erster Stelle und im wesentlichen richtig gestellt. Es wird dazu aufgerufen, alle Naziverbrecher aufzuspüren und zu bestrafen. Besonders wichtig ist auch die Forderung nach schnellsten und härtesten Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen. Damit wird ein Ausgangspunkt gesetzt, um mit den Nazis wirklich radikal abzurechnen:

> „Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung der versteckten Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banditen. Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazisten. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen (...) schuldig gemacht haben. Schnellste und härteste Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen ..."

8. Anerkennung der Pflicht zu Reparationszahlungen an die vom Nazifaschismus überfallenen Völker

Im Anschluß daran werden eine Reihe richtiger Aufgaben auf dem Gebiet des Gerichtswesens, der Erziehung und des Bildungswesens sowie des ideologischen Kampfes gegen den Nazi-Rassismus, für die Liquidierung des Nazismus und die Demokratisierung gestellt. Die Enteignung des gesamten Vermögens der Naziführer und Kriegsverbrecher ist ebenfalls eine wichtige Forderung. Größte Bedeutung hat ohne Zweifel die Forderung 10 zur

> „Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden."

Die Verankerung der Verpflichtung zu Reparationen und Entschädigungen ist unserer Meinung nach ein positiver Kernpunkt des Aufrufs, ein unverzichtbarer Ausgangspunkt für den anstehenden Kampf.

In diesen abschließenden Ausführungen unterbreitet der Aufruf ***allen antifaschistischen und demokratischen Kräften ein Angebot zur Einheit,*** die als Gewähr für den Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschlands angesehen wird.[175]

☆ ☆ ☆

Die Qualität des Aufrufs zeigt sich insbesondere in der Tatsache, daß die SED später in vielerlei Hinsicht gerade die richtigen Positionen des Aufrufs revidiert hat oder hinter diese Positionen zurückgefallen ist. Andererseits enthält der Aufruf auch schwerwiegende Mängel und Fehler, die später von der SED kultiviert wurden und anhand derer sich grundlegende Probleme herausarbeiten lassen.

Wir halten es für erforderlich, den Aufruf der KPD Punkt für Punkt zu besprechen und kritisch einzuschätzen. Eine solche kritische Einschätzung darf jedoch folgende grundlegenden Gesichtspunkte nicht außer acht lassen:

- Der Aufruf von 1945 war nicht nur die erste grundsätzliche Stellungnahme der KPD seit der Berner Konferenz von 1939. Es ist ebenfalls unbestreitbar, daß er zu einem herausragenden Dokument in einer Reihe wegweisender Erklärungen, zu einem Meilenstein in der Geschichte der KPD wurde.

- Mit dem kurz gehaltenen Aufruf versuchte die KPD, die zentrale taktische Aufgabe der Stunde, das Hauptkettenglied – nämlich den Kampf gegen die noch existierenden Bestandteile des Nazifaschismus auf allen Ebenen – möglichst populär darzulegen und zu begründen.

- Angesichts einer Bevölkerung, die in ihrer übergroßen Mehrheit nazistisch verhetzt war und die Nazifaschisten buchstäblich bis zur letzten Minute unterstützt hatte, lautete die grundlegende taktische Orientierung des Aufrufs, die gesamten Kräfte darauf zu konzentrie-

[175] Der hier propagierte „Block der antifaschistischen, demokratischen Parteien" wurde bekanntlich wenig später in der SBZ auch realisiert.

ren und alle zu ergreifenden Maßnahmen daran zu messen, was nötig war, um den Nazifaschismus auf allen Ebenen zu vernichten – auch als unabdingbare Voraussetzung für das Herankommen an die sozialistische Revolution. Diese antinazistisch-demokratische Orientierung scheint uns richtig. Ja mehr noch: Sie ist auch das Kriterium für die oft scharfe und uns notwendig erscheinende Kritik an Abweichungen von einer solchen konsequent demokratischen Orientierung.

- Der Aufruf kann nicht umstandslos in die Reihe der programmatischen Dokumente der KPD eingeordnet werden. Solche Erwartungen wären verfehlt. Die Ausarbeitung programmatischer Dokumente mußte Aufgabe der Parteikonferenzen und Parteitage sein. Vielmehr ging es dem ZK der KPD im Aufruf darum, die Verbrechen des Nazifaschismus, die erstrangige Frage der Schuld und Mitschuld, die Ursachen für die Besetzung Deutschlands möglichst genau zu bestimmen, zumindest einen kurzen Rückblick auf die Arbeit der KPD vorzunehmen, alles mit dem grundlegenden Ziel vor Augen, die antinazistische ***taktische*** Orientierung der KPD möglichst umfassend zu begründen und entsprechende Aufgabenstellungen zu formulieren.

Bei der folgenden kritischen Besprechung des Aufrufs werden wir sehen, daß der Aufruf eine ganze Reihe unterschiedlich gewichteter Mängel und Fehler enthält: von wirklich schwerwiegenden Fehlern und Versäumnissen, wie beispielsweise die Ausklammerung des rassistischen Völkermords an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma, der im Aufruf an keiner Stelle explizit erwähnt wird, bis zu damit verglichen nebensächlichen Kritiken, etwa an einzelnen Begrifflichkeiten, die uns beim Studium des Aufrufs aufgestoßen sind, wie etwa der mystisch-religiöse Begriff der „Wiedergeburt unseres Landes". Die spätere Entwicklung der KPD bzw. SED zeigt jedoch, daß etwa Rückgriffe auf nationalistische Begriffe und Argumentationsstränge, die im Aufruf zunächst fast als zufällige Mißgriffe in der Formulierung eingeschätzt werden könnten, durchaus kein Zufall sind. Deshalb halten wir es für richtig, auch solche Kritiken kurz vorzubringen, weil sich dahinter nicht selten grundlegende Probleme der Herangehensweise verbergen.

II. Kritik des Aufrufs des ZK der KPD

Einige unserer grundlegenden Kritiken am Aufruf des ZK der KPD beziehen sich darauf, welche Fragen ***nicht*** behandelt und ***nicht*** vom kommunistischen Standpunkt aus beleuchtet werden.[176]

1. Keine Verteidigung der nötigen Besetzung Deutschlands

Beim Studium des Aufrufs des ZK der KPD fällt auf, daß die ***Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands*** durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition an keiner Stelle propagiert wird. Dabei wäre es eine vordringliche Aufgabe gewesen, die ausgebeuteten und werktätigen Massen offensiv von der Notwendigkeit der Besetzung und den gerechten Maßnahmen der Anti-Hitler-Koalition zu überzeugen. Denn es war absehbar, daß die Propagierung dieser Maßnahmen auf Jahre und Jahrzehnte hinaus ein Angelpunkt des Kampfes gegen die Nazi-Ideologie und den deutschen Chauvinismus überhaupt sein mußte. In diesem Zusammenhang war es auch ein schweres Versäumnis, daß die Notwendigkeit und die Ziele der militärischen Besetzung Deutschlands, wie sie in ihren Grundzügen im Abkommen von Jalta festgeschrieben worden waren, nicht erwähnt wurden.

In zwei weiteren Passagen behandelt der Aufruf indirekt – und auf falscher Grundlage – die Frage der Besetzung Deutschlands.

---

[176] Alle Hervorhebungen in den Zitaten in diesem Teil der Nummer von RF.

a) Das Vermögen „in die Hände des Volkes"?

Das ZK der KPD betonte einleitend im Aufruf, daß die Herren der Großbanken und Konzerne die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei waren. Im Zehn-Punkte-Programm wird jedoch nicht die Enteignung der Großbanken und Konzerne verlangt, sondern die „Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher". Das ist sowohl dem Umfang als auch dem Motiv nach offenbar nicht identisch mit der Enteignung der Großbanken und Konzerne überhaupt, auch wenn es selbstverständlich einen sehr engen Zusammenhang gibt, weil mit Sicherheit alle Großbanken und Konzerne in Naziverbrechen verwickelt waren. Eine solche Zuspitzung der unmittelbaren Forderung auf die Nazi- und Kriegsverbrecher – das betonen wir ausdrücklich – erscheint uns hier nicht falsch.

Die Forderung nach Übergabe dieses Vermögens „in die Hände des Volkes" ignoriert allerdings, daß das enteignete Nazivermögen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) faktisch unter Kontrolle der Sowjetischen Militäradministration (SMAD)[177] stehen würde und dann auch stand. Was damit geschehen sollte und was nicht, wurde letztendlich eindeutig bestimmt von den Erfordernissen und Zielen der Besetzung Deutschlands, die in den Beschlüssen der Alliierten formuliert worden waren. Das war der von vornherein festgelegte Rah-

---

[177] Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) war die Behörde in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, die dort die oberste Befehlsgewalt ausübte. Die SMAD charakterisierte ihre Funktion selbst in „Anordnung für die Sowjetische Militäradministration über die Verwaltung der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland" vom 6. 6. 1945, die die Gründung der SMAD bekanntgab:

„Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland hat die Aufgabe, die Einhaltung der Bedingungen, die sich aus der bedingungslosen Kapitulation für Deutschland ergeben, zu kontrollieren, die Sowjetische Besatzungszone in Deutschland zu verwalten und die vereinbarten Beschlüsse des Kontrollrates zu grundsätzlichen militärischen, politischen, ökonomischen und anderen für ganz Deutschland gemeinsamen Fragen durchzusetzen." („Anordnung für die Sowjetische Militäradministration über die Verwaltung der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland" vom 6. 6. 1945, in: „Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland", Berlin 1968, S. 51)

men, in dem das enteignete Nazivermögen dann in die „Verfügung der kommunalen oder provinzialen Selbstverwaltungsorgane" gelangte.

Wir halten es für falsch, daß der Aufruf den Eindruck erweckt, als habe „das Volk" Deutschlands bzw. der SBZ nach der Enteignung des Vermögens der Naziführer und Kriegsverbrecher die ökonomische Macht über dieses Eigentum in Händen. Diese Macht lag in den Händen der Sowjetarmee und der SMAD. Perspektivisch war das Ziel der Selbstverwaltung sicherlich, daß nach und nach die werktätigen antinazistischen Massen selbst die Kontrolle über die enteigneten Betriebe übernehmen sollten. Das war im Juni 1945 angesichts des Bewußtseinsstands der breiten Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Werktätigen nicht möglich und auch nicht vorgesehen.[178]

Unserer Meinung nach wäre es richtig und nötig gewesen, unmittelbar im Zusammenhang mit dieser Forderung zu verankern, daß das enteignete Nazieigentum in erster Linie für Reparationen herangezogen werden sollte.

b) „Deutschland das Sowjetsystem aufzwingen"?

Im Aufruf wird die Auffassung vertreten,

> „daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland."

Richtig ist, daß die Errichtung eines Sowjetsystems[179] und der Aufbau des Sozialismus in Deutschland unmittelbar nach 1945 nicht auf

---

[178] Die Übergabe des beschlagnahmten und sequestrierten Vermögens an die deutschen Selbstverwaltungsorgane erfolgte in der SBZ im Mai 1946. Siehe dazu in dieser Nummer die Abschnitte „Enteignung der Monopolindustrie sowie anderer Nazi- und Kriegsverbrecher", S. 221 ff sowie „Enteignung der Großgrundbesitzer und Junker und die Durchführung einer demokratischen Bodenreform mit Unterstützung von Teilen der werktätigen Bevölkerung", S. 224 ff.

[179] „Sowjetsystem" wurde in diesem Zusammenhang damals faktisch als Synonym für die Diktatur des Proletariats genommen, obwohl dies theoretisch nicht zwingend ist. Denn es kann auch eine demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern in Form von Sowjets, d. h. von Räten, geben. Zudem ist die Räteform gerade in

Fortsetzung nächste Seite

der Tagesordnung stand. Dazu fehlte vor allem eine entscheidende Voraussetzung: die im revolutionären Klassenkampf gegen die Bourgeoisie gestärkte, bewußte und organisierte Arbeiterklasse. Denn nur die bewußte revolutionäre Aktion der Mehrheit der Arbeiterklasse kann die Diktatur des Proletariats erkämpfen, den Sozialismus aufbauen und den Weg zum Kommunismus beschreiten. Das Proletariat in Deutschland war direkt nach 1945 aber in seiner übergroßen Mehrheit durch nazifaschistische, reaktionäre Ideologie verhetzt und schon deshalb nicht in der Lage und nicht Willens, die Diktatur des Proletariats zu errichten und den Aufbau des Sozialismus anzupakken. Dieser entscheidende Grund wird aber nicht ausgesprochen.

Das ZK der KPD grenzt sich in diesem Zitat, allerdings völlig unzureichend, von einer Position ab, die von kommunistischen Kräften nicht vertreten wurde. Es widerspricht dem Wesen des wissenschaftlichen Kommunismus, der Arbeiterklasse eines Landes in irgendeiner Situation das „Sowjetsystem", sprich: den Übergang zum Sozialismus, aufzuzwingen. Die Errichtung des Sozialismus muß das Werk der Arbeiterklasse des jeweiligen Landes selbst sein und kann nicht „aufgezwungen" werden.

Oberflächlich erinnert diese Formulierung an einen Hinweis Lenins auf dem VIII. Parteitag der KPR(B) 1919, den wir bereits zitiert und besprochen haben. Angesichts der Demagogie der konterrevolutionären deutschen Sozialdemokratie, die im Chor mit der internationalen Reaktion in einer groß angelegten antikommunistischen Hetzkampagne tönte: „Die Bolschewiki wollen Deutschland erobern und dadurch das Sowjetsystem aufzwingen", erklärte Lenin nach dem Ersten Weltkrieg:

> **„Wir müssen die Sache so anpacken, daß den deutschen Sozialverrätern die Möglichkeit genommen wird zu sagen, die Bolschewiki wollten ihr Universalsystem aufzwingen – als ob man es auf den Spitzen der Rotarmistenbajonette nach Berlin tragen könne."**
> (Lenin: „VIII. Parteitag der KPR(B)", 1919, Lenin Werke Band 29, S. 159)

Fortsetzung der Fußnote

den ersten Jahren nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats nicht zwingend, wie die Erfahrung der Volksdemokratien nach 1945 gezeigt hat. Dies wird an anderer Stelle genauer zu diskutieren sein.

Lenin stellte hier den sowjetischen Kommunisten die Aufgabe, die antikommunistische Hetze vom „Aufzwingen" zu bekämpfen. Richtig wäre es gewesen, wenn die KPD sich klar und deutlich ebendiese Aufgabe des Kampfes gegen die antikommunistische Demagogie gestellt hätte.

Wer hatte eigentlich nach 1945 in der SBZ die Möglichkeit, etwas „aufzuzwingen", ist zu fragen. Die KPD hatte damals diese Möglichkeit gewiß nicht. Offenbar hatten in der SBZ nur die SMAD und die sowjetischen Streitkräfte die Machtmittel, etwas „aufzuzwingen". Wird also gegen Ansichten polemisiert, die aus den Reihen der SMAD oder der Sowjetarmee kamen? Oder etwa gegen Ansichten einiger Genossinnen und Genossen der KPD, welche in der Roten Armee der Sowjetunion den Hebel sahen, um auf allzu einfache Weise zum Sowjetsystem zu gelangen?

Das Zitat enthält noch eine zweite, mehr als problematische Seite, wenn man es im Wortsinn analysiert und die längerfristige Perspektive der Errichtung der Diktatur des Proletariats vor Augen hat, auch wenn dies aktuell zur Zeit des Aufrufs 1945 nicht auf der Tagesordnung stand. Die Formulierung „... Deutschland das Sowjetsystem aufzwingen, wäre falsch" berücksichtigt nicht, daß einer Minderheit eines Landes – in diesem Fall Deutschlands – ganz eindeutig ***immer*** das „Sowjetsystem", das heißt die Diktatur des Proletariats aufgezwungen wird: der Bourgeoisie und sämtlichen Reaktionären. Diese Formulierung des Aufrufs verwässert somit eine wesentliche Seite der Diktatur des Proletariats, die Aufgabe der Unterdrückung, der Niederhaltung der Bourgeoisie und sämtlicher Reaktion durch die revolutionäre, bewaffnete Gewalt der Arbeiterklasse als wesentliche Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus.

Mit solchen falschen und mehrdeutigen Formulierungen werden dem Antikommunismus Anknüpfungspunkte geliefert, anstatt ihn konsequent zu entlarven und zu bekämpfen.

c) „Das Sowjetsystem aufzuzwingen (...) entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen"?

Der Weg des „Aufzwingens", so der Aufruf, widerspreche „den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland". Gemeint ist damit sehr wahrscheinlich, daß unter den Bedingungen des damali-

gen Deutschland der Aufbau des Sozialismus nicht auf der Tagesordnung stand. Die Formulierung, wie sie im Aufruf gewählt wurde, läßt jedoch den Schluß zu, daß es später durchaus richtig sein könne, „das Sowjetsystem aufzuzwingen". Damit wird im Grunde der antikommunistischen Demagogie Nahrung gegeben, daß die Kommunistische Partei oder auch die Sowjetunion sozusagen nur auf den richtigen Zeitpunkt lauere, um einem Land bzw. der Mehrheit der Bevölkerung „das Sowjetsystem aufzuzwingen".

2. Kein Verständnis für die Unmöglichkeit der „Einheit des deutschen Volkes" (zum Hauptkettenglied Entnazifizierung)

a) „Verhängnisvolle Folgen der Spaltung des Volkes"?

Wir meinen, daß die gesamte Problematik des Nazifaschismus und des Kampfes dagegen unzulässig verkürzt dargestellt wird, wenn in den Mittelpunkt gestellt wird, daß es nunmehr vor allem darauf ankomme, die bisherige „Spaltung des Volkes" zu überwinden.

Die politische, ideologische und organisatorische Gespaltenheit der Arbeiterklasse durch den Einfluß des Reformismus und Revisionismus, vor allem durch den Einfluß der reaktionären Sozialdemokratie, war sicherlich ein gewichtiger Faktor, warum das deutsche Finanzkapital die Nazis relativ problemlos an die Macht berufen konnte. Aber das Ausmaß der Verbrechen in den zwölf Jahren der Herrschaft des Nazifaschismus ergibt sich nicht einfach daraus. Denn sehr rasch konnte sich der Nazifaschismus aus verschiedenen Gründen (mit Sicherheit auch durch den enormen Terror gegen die antinazistischen Kräfte) auf eine sehr breite Zustimmung zu seiner Politik, also eine nazistische Einheit, stützen. Eine tiefe „Spaltung des Volkes" mit der realen Chance auf eine Zuspitzung zum Bürgerkrieg gegen die Nazidiktatur gab es nicht. Insofern galt es 1945 in vielerlei Hinsicht, vor allem auch in ideologischer Hinsicht, die Abspaltung großer Teile der Werktätigen vom Einfluß des Nazifaschismus in Wort und Tat

erst noch herbeizuführen. Dies war die notwendige Vorbedingung, um eine antinazistische Einheit zu erkämpfen.

b) „Werde sich jeder Deutsche bewußt"?

Jeder Deutsche, so der Aufruf, solle sich bewußt werden,

> „daß der Weg, den unser Volk bisher ging, ein falscher Weg, ein Irrweg war ..."

„Jeder Deutsche" – das waren ja auch die Himmler und Goebbels, die Krupp und Siemens, die Keitel und Jodl, über die der Aufruf gleich einleitend zu Recht festgestellt hatte, daß sie, die Repräsentanten des deutschen Finanzkapitals, ihre nazistischen Handlanger im Staatsapparat und Militär, die Hauptschuld für den Nazifaschismus und seine Verbrechen tragen. Die Errichtung der nazifaschistischen Diktatur entsprach ihren Herrschaftsinteressen, und von Bewußtmachung konnte bei ihnen keine Rede sein. Sie mußten abgeurteilt, ihre wirtschaftliche und politische Macht mußte zerschlagen werden. Auch die Nazis aus den übrigen Teilen der deutschen Bevölkerung, aus den Reihen der Werktätigen und auch der Arbeiterklasse, mußten bestraft und unterdrückt werden, auch ihnen war mit „guten Worten", mit Überzeugung und Bewußtmachung nicht beizukommen. Schließlich sei noch angemerkt, daß unter die Kategorie „jeder Deutsche" auch die deutschen Jüdinnen und Juden, die deutschen Sinti und Roma, deutsche Antifaschistinnen und Antifaschisten zu zählen sind. Sollte ihnen „bewußtgemacht" werden, daß der Weg des Nazifaschismus falsch war? Kurzum, der Aufruf wirft hier alles in einen Topf, was doch im Interesse des antinazistischen Kampfes gerade auseinandergehalten werden sollte.

c) Diktatorische Unterdrückung der Nazis oder „alle demokratischen Rechte und Freiheiten für das Volk"?

Es heißt im Aufruf:

> „Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer

parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk."

Die Losung einer „parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk" läßt gerade das entscheidende Merkmal der damaligen Lage außer acht: Auch wenn mit „Volk" die große Masse der Ausgebeuteten und Werktätigen gemeint ist, so konnten diese 1945 nicht „alle demokratischen Rechte und Freiheiten" erhalten. Diese Rechte und Freiheiten waren notwendigerweise eingeschränkt, begrenzt und zum Teil entzogen durch das entscheidende Erfordernis der diktatorischen Unterdrükkung und Liquidierung aller nazistischen oder pronazistischen Aktivitäten und Äußerungen. Hier zeigt sich von neuem, daß der Aufruf nicht die Aufgabe sieht, die Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands und der Unterdrückung der Nazi-Anhänger zu vermitteln.

3. Kein Bruch mit dem deutschen Nationalismus

Die Genossinnen und Genossen der KPD standen im Mai 1945 vor der schwierigen Aufgabe, in einem Land politisch zu arbeiten, in dem die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, auch große Teile der Arbeiterinnen und Arbeiter, nazistisch verhetzt waren. Bei der Erfüllung der dringendsten aktuellen Aufgabe, des Kampfs gegen den Nazismus, mußte sie die nicht zahlreichen antinazistischen Kräfte ermutigen und stärken und mit ihnen zusammen diejenigen erreichen, die gewillt waren, sich vom Nazismus abzuwenden.

Die Frage, die es zu lösen galt, war: Wie kommen wir an diese Menschen heran, wie können wir sie aufklären, ohne ihre falschen Vorstellungen zu beschönigen, zu verniedlichen oder zu rechtfertigen? Als Anknüpfungspunkt für eine solche Propaganda war es uns legitim, die Wahrnehmungen der großen Masse der Bevölkerung aufzugreifen, ***sofern*** diese subjektiven Erfahrungen mit der objektiven Realität konfrontiert und bewertet werden, ***sofern*** diese falschen Vorstellungen widerlegt und richtiggestellt werden. Viele der Passagen im Aufruf, die kommentarlos die Auffassung eines „durchschnittlichen Deutschen" der damaligen Zeit transportieren, hätten

redaktionell mit wenigen Ergänzungen richtiggestellt werden können, wie wir weiter unten zeigen werden. Da der Aufruf ebendiese Aufgabe nicht leistet, werden deutsch-nationalistische Vorstellungen kommentarlos wiedergegeben und damit befördert.

Gerade anhand des Wahrnehmungshorizonts der großen Masse der Werktätigen, der im Aufruf an verschiedenen Stellen beschrieben wird, läßt sich indirekt ablesen, wie niedrig der allgemeine Bewußtseinsstand dieser Massen war. Im Grunde sind drei Argumentationsweisen festzustellen und zu unterscheiden, die auf Solidarisierung und Abkehr vom Nazi-Regime abzielen:

- Der Appell zur Vermeidung des eigenen Nachteils, der Appell, die eigene Haut zu retten und das sinkende Schiff zu verlassen, wie wir ihn in den im Aufruf zitierten Erklärungen der KPD finden, bevor die militärische Niederlage des Nazifaschismus besiegelt war. Die Tatsache, daß die KPD auf diese allerniedrigste Form der „Solidarisierung nur mit sich selbst" zurückgegriffen hat, läßt erahnen, in welchem Maß die übergroße Mehrheit der deutschen Bevölkerung verhetzt war, was zur Folge hatte, daß Appelle, die das durch den Nazifaschismus hervorgerufene Leid der anderen Völker in den Mittelpunkt stellen, wirkungslos abprallten.
- Der nationalistisch-völkische Blickwinkel des eigenen „Volkes", wie er im Aufruf an verschiedenen Stellen unwidersprochen wiedergegeben wird, wodurch die Verbrechen des Nazifaschismus, der Kampf der Völker der Welt zur Zerschlagung des nazifaschistischen Regimes, die aktuelle Lage im Nachkriegsdeutschland usw. durch die „deutsche Brille" betrachtet und die „Folgen für uns Deutsche" besonders hervorgehoben werden.
- Die internationalistische Perspektive der Solidarität mit den Völkern der Welt, die sich nicht nach dem eigenen Vorteil oder dem Vorteil der eigenen Bevölkerung richtet. Im Kampf gegen die egoistische oder nationalistische Perspektive mußte die KPD sich gerade die Aufgabe stellen, die internationalistische Perspektive zu propagieren.

a) „Eine Katastrophe (...) ist über Deutschland hereingebrochen"?

Diese Formulierung ist ein Paradebeispiel für unsere Generalkritik, daß die Denkvorstellungen der großen Masse der deutschen Bevölkerung kritik- und widerspruchslos, quasi ohne Wertung und damit anbiedernd, beschrieben werden. „Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört ..."[180] lautet gleich der erste

---

[180] Wobei diese Formulierungen des ZK der KPD die wirkliche Situation in Deutschland nach 1945 nicht richtig wiedergeben: Es ist eine Übertreibung zu behaupten, daß „unsere Städte zerstört" waren. Ebenso ist es Übertreibung, daß es sozusagen in allen Teilen Deutschlands („wohin wir blicken") nichts als „Ruinen, Schutt und Asche" gab. Die Wahrheit ist, daß in Deutschland am Ende des Krieges lediglich zehn bis zwanzig Prozent der ***Fabriken*** zerstört waren. In Großstädten, die nazistische Kriegszentren waren, wie Dresden, Magdeburg, Berlin, Hamburg etc., waren vor allem die ***Innenstädte*** zu großen Teilen durch den Luftkrieg der Alliierten zerstört. Viele Städte Deutschlands waren kaum oder gar nicht vom Luftkrieg oder von militärischen Handlungen betroffen, wie z. B. Wiesbaden. Auf dem Land waren die Kriegsfolgen in der Regel gering. Große Teile waren überhaupt nicht vom Krieg berührt worden. Diese übertriebene Schilderung der Realität in Deutschland nach 1945 durch das ZK der KPD knüpft wiederum an einer in der deutschen Bevölkerung weit verbreiteten falschen Position an, ohne sie zu entlarven.

Sehr eindringlich schildert der US-Offizier Padover in seinem Buch „Lügendetektor" die Mentalität großer Teile der deutschen Bevölkerung, über das „arme Deutschland" zu jammern, obwohl im Vergleich zu den von den Nazis überfallenen Ländern die soziale Situation in Deutschland viel besser war. Padover fuhr hinter der militärischen Front der US-Armee durch Deutschland und interviewte Deutsche, um die Nazimentalität besser verstehen und dadurch die psychologische Kriegsführung der USA gegen Nazi-Deutschland verbessern zu können. Saul Padover berichtet:

„Wir schlenderten durch das verlassene Viertel und staunten über die prächtigen Häuser. Das waren keine Millionärsvillen, sondern gutbürgerliche Wohnhäuser, die, bis auf eine kaputte Tür oder gelegentlich ein zerbrochenes Fenster, zum größten Teil unversehrt geblieben und mit Elektrogeräten, Haushaltsgeräten und wuchtigen Möbelstücken reich ausgestattet waren. Schränke und Kommoden waren vollgestopft mit Seide, Spitzen und feinem Tuch, eleganten Anzügen, Sommer- und Wintersachen. Ich mußte an die Versorgungsmängel in England denken und an die bittere Armut in Frankreich. (...) ‚Armes Deutschland!' Wie oft sollte ich

Fortsetzung nächste Seite

Satz im Aufruf und macht deutlich, daß die welthistorischen Verbrechen des Nazifaschismus in erster Linie durch die „deutsche Brille" wahrgenommen werden. Diese Ruinen und zerstörten Städte waren aber schließlich die Folge davon, daß Deutschland „von außen" durch den antinazistischen Kampf der Völker der Welt befreit werden mußte. Ohne als erstes auf die Befreiung, ohne auf das Leid der vom Nazifaschismus geschundenen Völker einzugehen, spricht der Aufruf dann – und ***das*** ist der Kern unserer Kritik – in Anbiederung an den deutschen Nationalismus davon, daß

> „eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes (...) über Deutschland hereingebrochen"

sei.

Dieser vage formulierte Satz mit schwammigen Kategorien wie „Katastrophe", „Deutschland" und „hereinbrechen" läßt Spielraum für mehrere völlig falsche Vorstellungen.[181]

Erstens wird mit der Formulierung, etwas sei „über Deutschland hereingebrochen", die Tatsache ignoriert, daß das Finanzkapital ja auch zu „Deutschland" gehört. Es trägt jedoch die Hauptschuld an den Naziverbrechen. Diese Formulierung ignoriert ebenfalls, daß der Nazifaschismus und dessen Verbrechen auch über die Masse der deutschen Ausgebeuteten und Werktätigen nicht einfach „hereingebrochen" ist, wie eine Naturkatastrophe unvorhergesehen herein-

---

Fortsetzung der Fußnote

diesen Seufzer noch aus deutschen Mündern hören!" (Padover: „Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45", Frankfurt/M. 1999, S. 37/38)

[181] Wir halten es auch nicht für angebracht, in diesem Zusammenhang von einem „unvorstellbaren Ausmaß" zu sprechen. Das bedeutet, die Nazi-Verbrechen an den anderen Völkern herabzumindern oder auf die gleiche Stufe zu stellen – denn was könnte schlimmer sein als die Vorstellung eines „unvorstellbaren Ausmaßes"?

Der sowjetische Stadtkommandant Berlins, Generaloberst N. E. Bersarin, hat in seiner Rede zur Amtseinführung des demokratischen Magistrats von Berlin am 19. Mai 1945 festgestellt:

„Alle Zerstörungen, die Sie in Deutschland haben, sind Kleinigkeiten, gemessen an den Zerstörungen, die wir erfahren haben." (Zitiert nach: „Die Befreiung Berlins 1945 – Eine Dokumentation, Westberlin 1985, S. 241.)

bricht, weil sie – wie es im Aufruf an anderer Stelle richtig heißt – daran Mitschuld hatten.[182]

Zweitens läßt der Ausdruck „Katastrophe" die verschiedensten Lesarten zu bis hin zu den nationalistischen. War damit etwa die Errichtung der nazifaschistischen Diktatur gemeint? Oder etwa die kriegsbedingten Zerstörungen in Deutschland? Oder etwa, was im Juni 1945 sicherlich die übergroße Mehrheit der deutschen Bevölkerung darunter verstand, die militärische Niederlage des Nazifaschismus, die eine „Katastrophe" war, weil „wir den Krieg verloren haben"?

Die Niederschlagung Nazideutschlands bedeutete die Befreiung der Konzentrationslager, die Befreiung der geschundenen und versklavten europäischen Völker. Die Niederlage Nazideutschlands war für alle Verfolgten des Naziregimes ein Tag der Befreiung, weil er das Ende der nazistischen Vernichtungsmaschinerie bedeutete. In diesem Zusammenhang den Gedanken aufkommen zu lassen, daß dies aus Sicht der Kommunisten eine „Katastrophe" sei, ist durch nichts zu rechtfertigen. Auch für die Verfolgten des Nazifaschismus in Deutschland war der Sieg über den Nazifaschismus alles andere als eine „Katastrophe". Wer hier von „Katastrophe" spricht, vermittelt die rein deutsche Perspektive der rückschrittlichsten Teile der Bevölkerung.

Diese falsche Sicht wird später im Aufruf aufgegeben, indem die Naziverbrechen an anderen Völkern behandelt werden, die militärische Niederlage des Nazifaschismus als Befreiung gekennzeichnet wird und auf die Mitschuld eingegangen wird. Das ändert jedoch nichts daran, daß die hier kritisierten falschen Formulierungen zu Beginn des Aufrufs in eine ganz falsche, nationalistische Richtung weisen und in dieser nationalistischen Richtung ihre Wirkung entfalten.

Bei einer Redaktionssitzung vor Veröffentlichung des Aufrufs hätte diese Passage durchaus nicht gestrichen werden müssen. Schon klei-

---

[182] Gegen die Vorstellung von den Deutschen als „Opfer, die man 1933 mitten im Schlaf überfallen" habe, nahm der KPD-Genosse Alexander Abusch in seinem 1946 erschienenen Buch „Irrweg einer Nation – ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte" richtig Stellung (siehe dazu ausführlich Anhang 8, S. 618 ff.).

ne Ergänzungen hätten deutlich gemacht, daß und warum die KPD diese Auffassungen für falsch hält und bekämpft. Sie hätte etwa wie folgt lauten können:

> „Viele hört man jetzt sagen: ‚Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen.' Daß die Nazis geschlagen sind, soll eine Katastrophe sein – für wen? Wir sagen klar, daß wir als Kommunisten zusammen mit den Völkern der Welt, den Verfolgten des Naziterrors und den antifaschistischen Kräften in Deutschland nichts mehr herbeigesehnt haben als diese Niederlage."

Die Tatsache, daß die KPD dieses Problem nicht so oder so ähnlich auflöste – ***das*** ist unsere Kritik.

b) Die Problematik der Begriffe „Volk" und „deutsches Volk"

Unsere folgende Kritik bezieht sich auf ein Problem, das den gesamten Aufruf und auch die Politik und Theorie der KPD und später der SED durchzieht. Es wird schon an der Überschrift des Aufrufs „Schaffendes Volk in Stadt und Land!" deutlich: Beim Studium des Aufrufs stoßen wir auf das Problem, daß an verschiedenen Stellen der Begriff „Volk" und vor allem „deutsches Volk" gebraucht wird. Wir halten die Verwendung dieses Begriffs mit seinen verschiedenen Bedeutungen im Aufruf des ZK der KPD aus verschiedenen, sehr vielschichtigen Gründen für problematisch.

„Bevölkerung" und „Volk"

Mit dem Begriff „Volk" kann die ***gesamte Bevölkerung*** eines Landes gemeint sein, also „deutsches Volk" im Sinne von „deutsche Bevölkerung" oder „die Deutschen".[183] Diese Bedeutung von „Volk"

---

[183] Brecht verdeutlicht dieses Problem in seinen „Flüchtlingsgesprächen":

„Das Wort ‚Volk' ist ein eigentümliches Wort, ist Ihnen das auch schon aufgefallen? Es hat eine ganze andere Bedeutung nach außen als nach innen. Nach außen, nach den anderen Völkern hin, gehören die Großindustriellen, Junker, höheren Beamten, Generäle, Bischöfe usw. natürlich zum deutschen Volk, zu keinem andern. Aber nach innen hin, wo es sich also um die Herrschaft handelt, werden Sie diese Herrn immer vom Volk reden hören als von ‚der Masse' oder ‚den kleinen

Fortsetzung nächste Seite

umfaßt sowohl die herrschenden Klassen als auch das Proletariat und die anderen ausgebeuteten und werktätigen Massen sowie die sonstigen Zwischenschichten eines Landes. In dieser Bedeutung bezieht sich „Volk" also auf die Ebene zwischen den Staaten bzw. zwischen den Völkern.

Vor diesem Problem der Bedeutungsunklarheit des Begriffs „Volk" standen und stehen sicherlich kommunistische Kräfte in vielen Ländern.[184] Ein Aufruf von kommunistischen Kräften in Deutschland mußte unserer Meinung nach aber darüber hinaus in Betracht ziehen, daß die demagogische Berufung auf das „Volk" gerade in der Nazisprache eine große Rolle spielte.[185]

„Volk" im Rahmen der Klassenanalyse und „schaffendes Volk"

Davon zu unterscheiden ist die Bedeutung von „Volk", wie sie seit der bürgerlich-demokratischen Revolution im klassischen Sinne und

---

Fortsetzung der Fußnote

Leuten' usw.; sie selber gehören nicht dazu. Das Volk tät besser, auch so zu reden, nämlich daß die Herren nicht dazugehören." (Brecht: „Flüchtlingsgespräche" in: Gesammelte Werke in 20 Bänden, Band 14, Frankfurt/M. 1980, S. 1479)

[184] Über diese beiden Bedeutungen des Wortes „Volk" hinaus taucht „Volk" in der Tradition der internationalen kommunistischen Bewegung vor allem in Bezug auf die Kämpfe in den abhängigen und halbkolonialen Ländern in zahlreichen Wortbildungen wie „Volksrevolution" oder „Volkskrieg" auf, um die massenhafte Beteiligung der werktätigen Massen an den revolutionären Kämpfen deutlich zu machen. Jedoch gilt es auch hier, Lenins Hinweis zu berücksichtigen, der erklärte, die Kommunistische Partei:

„... kämpfte und kämpft mit vollem Recht gegen den bürgerlich-demokratischen Mißbrauch des Wortes Volk. Sie verlangt, daß mit diesem Wort nicht das Unverständnis für die Klassenantagonismen innerhalb des Volkes bemäntelt wird."
(Lenin: „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution", 1905, Lenin Werke Band 9, S. 102)

[185] Am 20. April 1933 schreibt Victor Klemperer in seiner Abhandlung über die Nazisprache, die „LTI" (Lingua Tertii Imperii), in sein Tagebuch:

„‚Volk' wird jetzt beim Reden und Schreiben so oft verwandt wie Salz beim Essen, an alles gibt man eine Prise Volk: Volksfest, Volksgenosse, Volksgemeinschaft, volksnah, volksfremd, volksentstammt ..." (Klemperer: „LTI", 1946, Leipzig 1996, S. 43)

teilweise auch in der Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung verwendet wird. In dieser Bedeutung bezeichnet „Volk" nicht die gesamte Bevölkerung eines Landes, sondern lediglich die ***ausgebeuteten und werktätigen Massen,*** die – auch das impliziert das Wort „Volk" in diesem Sinne – von der dort herrschenden Klasse und deren Staat ausgebeutet und unterdrückt werden. „Volk" in dieser eingegrenzten, engeren Bedeutung ist also ein Synonym für die ausgebeutete und werktätige Masse der Bevölkerung eines Landes im Sinne eines klassenmäßigen Unterscheidungskriteriums.

Im Aufruf des ZK der KPD wird dieses klassenmäßige Herangehensweise an manchen Stellen durch die Verwendung von Begriffen wie „werktätiges Volk" oder einfach „Werktätige" signalisiert.

„Deutsches Volk" und deutscher Nationalismus

Der Begriff „Volk" ist generell ein wichtiger Begriff im System der bürgerlichen Ideologie. Das gilt insbesondere für den Begriff „deutsches Volk". Im Rahmen der romantisch-mystischen „deutschen Ideologie" und der Nazi-Ideologie als reaktionärstes Konzentrat der „deutschen Ideologie" ist „Volk" bzw. „deutsches Volk" ein wahrer Kampfbegriff gegen den wissenschaftlichen Kommunismus, um durch das Vertuschen der Klassengegensätze, durch „völkischen" Chauvinismus und Rassismus das proletarische Klassenbewußtsein und den proletarischen Internationalismus zu bekämpfen. Von daher muß die Kommunistische Partei im allgemeinen sehr vorsichtig und eindeutig mit dem Begriff „Volk" umgehen. Dies gilt ganz besonders für die Verwendung des Begriffes „deutsches Volk" vor dem Hintergrund der von der Propagandamaschinerie der Nazis betrieben Demagogie mit diesem Begriff.[186]

---

[186] Gerade vor diesem Hintergrund schrieb Bertolt Brecht am 11. 11. 1943 in sein „Arbeitsjournal":

„ich wünschte wirklich, daß nie mehr gesprochen oder geschrieben werde vom ‚deutschen menschen' (lies: ‚doidschen') ... alle diese redensarten einer pfiffigen salesmanship von ‚deutscher wissenschaft', ‚deutschem gemüt', ‚deutscher kultur' führen unhinderbar dann zu diesen ‚deutschen schandtaten'. gerade wir sind die rasse, die den anfang damit machen sollten, unser land das land nummer 11 zu nennen und basta." (Brecht: „Arbeitsjournal", Zweiter Band, Frankfurt/M. 1974, S. 409)

Nazifaschismus und deutsches Volk (I): Die Perspektive der Alliierten im Potsdamer Abkommen

In den Dokumenten der Anti-Hitler-Koalition und speziell im Potsdamer Abkommen wird wiederholt vom „deutschen Volk" gesprochen. So heißt es im Potsdamer Abkommen etwa:

> **„... das *deutsche* Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden."**
> („Das Potsdamer Abkommen", in: „Die Berliner Konferenz der Drei Mächte", S. 7)

> **„Das *deutsche* Volk ist zu überzeugen, daß es eine militärische Niederlage erlitten hat ..."**
> (Ebenda, S. 9)

Das Potsdamer Abkommen als Dokument der UdSSR, der USA und Großbritanniens meint damit keineswegs nur das ausgebeutete und unterdrückte Volk im klassenmäßigen Sinn im Gegensatz zur herrschenden Ausbeuterklasse, d. h. zur imperialistischen Bourgeoisie. Vielmehr ist damit im wesentlichen ***die gesamte deutsche Bevölkerung*** gemeint. Dies ist aus der Sicht der Staaten der Anti-Hitler-Koalition eindeutig und völlig logisch. Es ging darum, „Deutschland" bzw. „die Deutschen" haftbar zu machen und in die Verantwortung zu nehmen für die von ihnen begangenen Verbrechen. Selbstverständlich differenzierte auch das Potsdamer Abkommen, aber im Kern eben nicht nach klassenmäßigen Kriterien, sondern nach den Kriterien der antinazistischen Ziele. Die Differenzierung erfolgte nach der Größe der Schuld und Verantwortung für die Kriegs- und Völkermordverbrechen des Nazistaates. Die klassenmäßige Differenzierung der deutschen Bevölkerung konnten und mußten die Dokumente der Anti-Hitler-Koalition nicht vornehmen. Das war die Aufgabe der Genossinnen und Genossen der KPD.

Nazifaschismus und deutsches Volk (II): Die Perspektive der KPD

Aus der Sicht der Genossinnen und Genossen der KPD war die Frage komplizierter.

Die KPD stand einerseits vor der Aufgabe, im Proletariat und den anderen ausgebeuteten und unterdrückten Massen die Pflichten und Aufgaben bewußt zu machen, die sich für „Deutschland" bzw. eben die deutsche Bevölkerung aus den Naziverbrechen gegenüber den anderen Völker ergaben. Dieses Wissen, das Bewußtsein über die Verbrechen des Nazifaschismus, war natürlich kein Selbstzweck, sondern mußte in antinazistisches Handeln umgesetzt werden.

Der unerläßliche Kampf für die Anerkennung und Durchsetzung der Forderungen des Potsdamer Abkommens gegenüber „Deutschland" überhaupt mußte andererseits richtig ***verbunden*** werden mit der grundlegenden Linie und Politik, die sich aus dem proletarischen Klassenstandpunkt, aus dem klassenanalytischen Herangehen ergibt, um auf lange Sicht die Mehrheit des Proletariats im Bündnis mit Teilen der anderen ausgebeuteten und unterdrückten Massen für den Sturz der deutschen Imperialisten, für die sozialistische Revolution zu gewinnen.

Diese in gewisser Weise doppelte Aufgabe stellte auch hohe Anforderungen an die differenzierte Verwendung geeigneter und eindeutiger Begriffe in der Propaganda und Agitation. Einerseits ging es nicht einfach um Festlegungen im Klassenkampf innerhalb Deutschlands, andererseits durfte aber auch das notwendige Bekenntnis zu einer ***deutschen*** Schuld nicht die nötige Klassendifferenzierung durch die KPD als Avantgarde der Arbeiterklasse zudecken.

Beim Studium des Aufrufs ist spürbar, daß dem ZK der KPD dieses Problem bewußt war, und daß versucht wurde, dem auch Rechnung zu tragen, indem manchmal pauschal von „Deutschland" die Rede ist, wenn es um die gesamte deutsche Bevölkerung, um die Deutschen geht, an anderer Stelle dann wieder direkt etwa an die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter oder die Werktätigen appelliert wird.

Weitaus häufiger anzutreffen sind jedoch Formulierungen, die unklar sind und die jeweilige Interpretation den Leserinnen und Lesern überlassen. Doch gerade bei Begriffen wie „Volk", „unser Volk", „deutsches Volk" usw. konnte und durfte die KPD kein richtiges Verständnis bei den Adressaten des Aufrufs voraussetzen. „Reden wir eine Zeitlang nicht mehr vom ***Volk.*** Reden wir von der Bevölke-

rung!“[187] – diesen Ratschlag Brechts hätten die Genossinnen und Genossen des ZK der KPD beherzigen sollen. Denn die demagogische Berufung auf „das deutsche Volk“ war ein wesentlicher Baustein der „völkischen“ Nazi-Ideologie, die noch tief in den Köpfen der werktätigen Massen verankert war. Die untaugliche und schematische Übertragung von Formulierungen aus den Dokumenten der Anti-Hitler-Koalition zum Thema Schuld und Verantwortung für die deutschen Kriegs- und Völkermordverbrechen konnte da nur Verwirrung stiften.

So heißt es beispielsweise nach der Schilderung des nazifaschistischen Raubkriegs im Aufruf zunächst:

> „Dafür wurde das nationale Dasein unseres Volkes aufs Spiel gesetzt.“

Hier legt der Zusammenhang nahe, daß mit „Volk“ die Deutschen, die deutsche Bevölkerung insgesamt gemeint ist. An anderer Stelle wird der Begriff „deutsches Volk“ in einer anderen Bedeutung verwendet, wenn festgestellt wird,

> „daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt.“

Hier ist „deutsches Volk“ gleichbedeutend mit der Masse der ausgebeuteten und unterdrückten Massen – im Unterschied zu den Hauptschuldigen des Nazifaschismus, die der Aufruf zuvor benennt. An dieser Stelle wäre es richtig und notwendig gewesen, mit klassenmäßiger Differenzierung und Eindeutigkeit klar von der Masse der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Ausgebeuteten und Unterdrückten zu sprechen.

Wer – wie das ZK der KPD es im Aufruf tut – bei der Errichtung eines antinazistischen Regimes, das den Nazismus bis in seine Wurzeln vernichten soll, von den „Interessen des deutschen Volkes“ spricht, wer betont, daß das „schaffende Volk nicht gespalten“ werden dürfe, schafft unweigerlich ein Wir-Gefühl, einen Zusammenhalt auf völkisch-nationaler Basis. Dieses Wir-Gefühl untergräbt den anstehenden notwendigen Kampf gegen die Nazis, der selbstverständ-

---

[187] Brecht: „Gespräche mit jungen Intellektuellen“ in: Gesammelte Werke in 20 Bänden, Band 20, S. 313.

lich auch eine Spaltung herbeiführen mußte, die auch durch die Reihen der werktätigen Massen geht.

Schließlich war die Vorbedingung für die Einheit der ausgebeuteten und werktätigen Massen erst einmal, diese Massen dem Einfluß der nazistischen Ideologie zu entreißen. Das bedeutete, daß die antifaschistischen und kommunistischen Kräfte überall einen Kampf für die Ermutigung der jeweils vor Ort arbeitenden Antinazistinnen und Antinazisten und gegen die Nazis, ihre Helfershelfer und Spitzel entfachen mußten, um in diesem Kampf bei den werktätigen Massen ein demokratisches und antifaschistisches Bewußtsein zu schaffen.

Beim Kampf gegen den Nazifaschismus auf allen Ebenen war es also die Aufgabe der KPD, diesen Gegensatz nicht mit Parolen wie „Keine Spaltung des schaffenden Volkes!" zuzukleistern, sondern mit geeigneten Begriffen und „mit aller Brutalität", wie es die Widerstandsgruppe „Weiße Rose" in einem Flugblatt formulierte, „die Kluft" zwischen den Nazis und den antinazistischen Kräften aufzureißen und den daraus folgenden Kampf auszutragen.[188]

Nazifaschismus und deutsches Volk (III): Die Perspektive der einzelnen KPD-Kader

Nach der militärischen Niederschlagung des Naziregimes war die Perspektive der deutschen Kommunistinnen und Kommunisten ge-

---

[188] Dem Aufbau eines antifaschistischen Deutschland, heißt es im Flugblatt IV der Gruppe von 1943:

„...muß aber die klare Erkenntnis aller Schuld, die das deutsche Volk auf sich geladen hat, und ein rücksichtsloser Kampf gegen Hitler und seine allzuvielen Helfershelfer, Parteimitglieder, Quislinge usw. vorausgehen. Mit aller Brutalität muß die Kluft zwischen dem besseren Teil des Volkes und allem, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhängt, aufgerissen werden. Für Hitler und seine Anhänger gibt es auf dieser Erde keine Strafe, die ihren Taten gerecht wäre. Aber aus Liebe zu kommenden Generationen muß nach Beendigung des Krieges ein Exempel statuiert werden, daß niemand auch nur die geringste Lust je verspüren sollte, Ähnliches aufs neue zu versuchen. Vergeßt auch nicht die kleinen Schurken dieses Systems, merkt Euch die Namen, auf daß keiner entkomme! Es soll ihnen nicht gelingen, in letzter Minute noch nach diesen Scheußlichkeiten die Fahne zu wechseln und so zu tun, als ob nichts gewesen wäre!" (Scholl: „Die weiße Rose", S. 114)

genüber der deutschen Bevölkerung, gegenüber dieser verhetzten Bevölkerung, die dem Nazifaschismus und seinen Verbrechen bis zuletzt massenhafte Unterstützung zukommen ließ, sehr ambivalent. Berechtigte Wut und Empörung über die unbeschreibliche Charakterlosigkeit, über den Verlust der elementarsten Grundsätze des menschlichen Zusammenlebens, über die nazistische Verhetzung und den mörderischen Rassismus der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung waren Gefühle, mit denen die damaligen kommunistischen Kräfte und jeder einzelne kommunistische Kader umgehen mußten. Andererseits trugen die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten als Mitglieder der KPD auch eine Mitverantwortung, wie im Aufruf differenziert und selbstkritisch festgestellt wird. Und nicht zuletzt: Sie waren auch Deutsche. Hier spielte auch die Biographie jeder einzelnen Genossin, jedes einzelnen Genossen eine Rolle. Nicht wenige dieser Kader haben sich in den Reihen der Sowjetarmee aktiv an der militärischen Niederwerfung des Nazifaschismus beteiligt und kehrten nun nach Jahren des politischen Exils als Offiziere der sowjetischen Streitkräfte nach Deutschland zurück.

Sichtbar wird diese Ambivalenz auch an den Formulierungen des Aufrufs. Von „unserem Volk", von „unserem Unglück", von „Verbrechen, die sich so furchtbar an uns selbst rächten", ist die Rede. Dann wieder heißt es distanziert: „Euch allen, Ihr Männer und Frauen des schaffenden Volkes", „Dir, schaffendes deutsches Volk" und „Wir Kommunisten warnten". Dieser, aus der Sicht des einzelnen Kaders erklärbare und vielleicht verständliche Satz, ist für eine Kommunistische Partei jedoch fatal. Nicht um den Gegensatz: hier Kommunistische Partei als „Wir" und dort „deutsches Volk" bzw. „deutsche Werktätige" als „Ihr" handelte es sich. Der Gegensatz, den Kampf, den es auszutragen galt, verlief zwischen den antinazistischen Kräften unter Führung der KPD gegen die Nazis und ihre Anhänger.[189]

---

[189] Ganz deutlich kommt diese falsche Haltung bei der Rundfunkansprache des damaligen Vorsitzenden der KPD, Wilhelm Pieck, am 4. Mai 1945 anläßlich der Befreiung Berlins zum Ausdruck:

„Werktätige von Berlin! (...) Ihr habt auf die Warnung der Antifaschisten nicht gehört, seid ihren Aufrufen nicht gefolgt, ihr ließet euch blenden von den scheinbaren Erfolgen der Hitlermacht und nahmt in euch das Nazigift der imperialisti-

Fortsetzung nächste Seite

Bei der Erfüllung der aktuellen Aufgabe, nach dem 8. Mai 1945 einen systematischen Kampf gegen die Nazis und die Nazi-Ideologie für die Schaffung eines demokratisch-antifaschistischen Bewußtseins bei den werktätigen Massen zu entfalten, mußte die KPD bei der Herangehensweise an die deutsche Bevölkerung einen Kampf an zwei ideologischen Fronten führen: Zum einen gegen Resignation und Depression, nämlich vor der schwierigen Aufgabe der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den antinazistischen Kampf zu kapitulieren, die Aufgaben angesichts der Verhetzung und massenhaften Beteiligung an den Verbrechen für „unlösbar" zu erklären und sich in bloßen Beschimpfung zu ergehen. Um die werktätigen Massen dem Einfluß des Nazismus zu entreißen, mußte es den kommunistischen Kräften jedoch – aber eben nicht um jeden Preis – gelingen, an diese Massen heranzukommen und sich bei ihnen Gehör zu verschaffen. Aber nicht mit Lügen und Schmeicheleien, sondern nur mit der Wahrheit, mit Prinzipienfestigkeit und Geduld und ohne

---

Fortsetzung der Fußnote

schen Raubideologie auf. Ihr wurdet zu Werkzeugen des Hitlerkrieges und habt damit große Mitschuld und Verantwortung auf euch geladen." (Rundfunkansprache Wilhelm Piecks vom 4. Mai 1945 anläßlich der Befreiung Berlins, in: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 8)

Daß das verständliche, aber falsche „ihr" den Werktätigen in Deutschland gegenüber seitens des zurückgekehrten Kader der KPD nicht haltbar ist, wenn die KPD eine Mehrheit der Werktätigen gewinnen und Vorhut dieser Werktätigen werden will, liegt auf der Hand. Insofern ist es nur die Kehrseite der Sache, daß in derselben Rede Piecks schon ausgesprochen wird, was uns die ganze Analyse der KPD und SED begleiten wird, die nicht ehrliche, im Grunde verlogene Anbiederei an „das deutsche Volk" durch eine falsche Beschreibung der Lage der deutschen Bevölkerung im Stil des sogenannten „normalen Deutschen". So heißt es bei Pieck, nachdem er das deutsche Volk als Werkzeug Hitler bezeichnet hat:

„Ward je ein Volk so tief geschändet und so tief zu Boden getreten wie das deutsche Volk durch Hitler? Er ist es, der unser Volk total versklavt und seinen kräftigsten Teil ausgerottet hat." (Ebenda, S. 7)

In dieser Ansammlung von Halbwahrheiten steckt ein ganzes falsches Programm, das „deutsche Volk und sein kräftigster Teil" – eine schlimme Umschreibung der deutschen Soldateska –, in erster Linie doch als Opfer und nicht als mitschuldig einzustufen, sozusagen den Alliierten zuliebe von Schuld und Werkzeug zu sprechen, dann aber das deutsche Volk als „Opfer" zu bemitleiden.

Illusionen. Dies war die zweite, noch gewichtigere ideologische Front: angesichts des niedrigen Bewußtseinsstands der nazistisch verhetzten Massen nicht den Weg der nationalistischen Anbiederung einzuschlagen.

☆ ☆ ☆

Im Bestreben, mit ihrer Propaganda die große Masse der Werktätigen zu erreichen, knüpfte das ZK der KPD in seinem Aufruf an deren Bewußtseinstand und Denkweise an, ohne jedoch diese Vorstellungen als falsch zu charakterisieren und direkt zu kritisieren sowie das Wesentliche an diesen falschen Vorstellungen herauszuarbeiten. Durch diese „deutsche" Sichtweise wurden faule Zugeständnisse an den deutschen Nationalismus gemacht, und die – an anderer Stelle – klar formulierten Aussagen zu den Naziverbrechen an anderen Völkern, zur Mitschuld der deutschen Bevölkerung verlieren damit erheblich an Bedeutung. Im Zusammenhang damit lenkte die beschworene „Einheit der Werktätigen" im Kampf gegen die sogenannte „Spaltung des Volkes" vom Hauptkettenglied Entnazifizierung, vom notwendigen antinazistischen Kampf ab, der eine „Spaltung" in Nazi-Anhänger und Nazi-Gegner vornehmen mußte.

4. Drei unverzeihliche Auslassungen

a) Wer war Opfer der rassistisch motivierten Völkermorde

Ein grundlegender Fehler des Aufrufs besteht unserer Meinung nach darin, daß das furchtbarste Wesensmerkmal des Nazifaschismus, ***der Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Romà,*** nicht konkret benannt wird.

Es wird zwar die fabrikmäßige Ermordung von Millionen Menschen durch die Nazis angeprangert. Es wird aber nicht ausgesprochen, daß dies ein Völkermord vor allem an Millionen von Juden und Jüdinnen, an Hunderttausenden von Sinti und Roma aus rassistischen Gründen war. Dabei war das Ausmaß der Völkermordverbrechen an

der jüdischen Bevölkerung Europas im Juni 1945 weitgehend bekannt. Eine wesentliche Besonderheit der Naziverbrechen wird somit nicht herausgestellt. Das war nicht nur für die Aufklärung über die Naziverbrechen ein schwerwiegender Fehler, sondern auch für den Kampf gegen den Antisemitismus sowie auch gegen den Antiziganismus des Nazifaschismus. Deren furchtbarste Konsequenz war der Völkermord an den Jüdinnen und Juden sowie auch an den Sinti und Roma.

Der nazistische Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma wird nicht erwähnt, gleichzeitig heißt es an anderer Stelle im Aufruf aber:

> „Konnte es ein ***größeres Verbrechen*** als diesen Krieg gegen die Sowjetunion geben?!"

Diese völlig falsch gestellte rhetorische Frage negiert indirekt die grauenvollste Besonderheit des Nazifaschismus, den welthistorisch zum ersten Mal begangenen, industriell durchgeführten rassistischen Massenmord an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma.

b) Keine Forderung nach Reparationen für die in Deutschland Verfolgten

Völlig zu Recht erkennt der Aufruf des ZK der KPD die Pflicht zu Entschädigungen und Reparationen für die Naziverbrechen an anderen Völkern an. Wir halten es aber für einen erheblichen Mangel des Aufrufs, daß diese Verpflichtung nicht auch für die jüdische Bevölkerung, die Sinti und andere Verfolgte des Naziregimes in Deutschland festgeschrieben wird. Es wäre dabei die Aufgabe der KPD gewesen, innerhalb Deutschlands die Notwendigkeit eines maximalen Ausgleichs für diese Opfer des Nazifaschismus zu propagieren und sich dafür besonders einzusetzen, da sich die Beschlüsse der Alliierten der Anti-Hitler-Koalition selbstverständlich im wesentlichen um die Reparationen und Entschädigungen der Naziopfer in den Ländern kümmerten, welche Nazideutschland überfallen hatte.[190]

---

[190] Daß hier ein Fehler von großem praktischen Gewicht vorlag, zeigte sich an den später geführten teilweise haarsträubenden Diskussionen zu der Frage, wer in

Fortsetzung nächste Seite

c) Nichts zu den neuen Grenzen

Auch die bereits auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 vereinbarte Neubestimmung der deutsch-polnischen Grenze wird im Aufruf nicht erwähnt. Dies war ebenfalls ein schwerer Fehler, ein folgenreiches Versäumnis angesichts der erschreckenden nationalistischen Fehler und Schwankungen der KPD/SED, die sich in dieser Frage schon bald zeigen sollten.

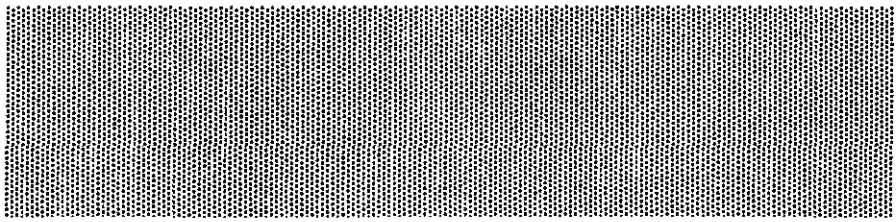
Fortsetzung der Fußnote

Deutschland als Naziopfer zu gelten hatte. Im „Aufruf" selbst zeigt sich diese Schwäche auch in dem Zehn Punkte-Dringlichkeitsprogramm.

Zusammenfassung

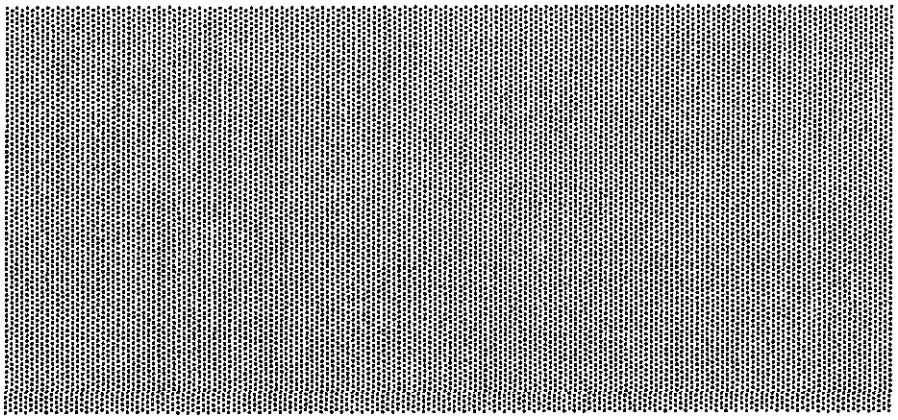
Die Quintessenz unserer Kritik am Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 ist, daß nicht wirklich konsequent, obwohl viele nötige Einzelüberlegungen richtig dargelegt sind, das Problem der Entnazifizierung bis mitten hinein in die breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung als Voraussetzung kommunistischer Politik durchdacht, durchformuliert und als taktische Linie vorgestellt wurde.

Mit dem nationalistisch unterlegten Mythos vom „einheitlichen deutschen Volk" hat die KPD die Widersprüche zugedeckt anstatt die tiefe Kluft aufzureißen, die zwischen Nazi-Aktivisten und der den Umständen angepaßten Reaktion als Ganzes auf der einen Seite und dem von den kommunistischen Kräften geführten antinazistischen Lager auf der anderen Seite bestand – das ist die tiefe Ursache für die grundlegenden Fehler des Aufrufs. Das Motiv, für den Kampf zur Entnazifizierung breitere Massen zu mobilisieren, führte im Aufruf des ZK der KPD dazu, daß die KPD ihre Linie den rückständigen, von zwölf Jahren Nazifaschismus geprägten Vorstellungen und nationalistischen Vorurteilen der breiten werktätigen Massen anpaßte. Doch die einzig richtige Taktik war das Aussprechen der ganzen Wahrheit, ohne taktische Winkelzüge und Anbiederei, um vielleicht nicht kurzfristig, aber doch auf längere Sicht im Kampf und durch den Kampf für die Entnazifizierung auch in den Köpfen der potentiellen Massenbasis der KPD, der Arbeiterklasse und ihrer möglichen Verbündeten in anderen Schichten auf dem Dorf und in der Stadt, einen grundlegenden Umschwung herbeizuführen.



Teil C: Hauptkettenglied Entnazifizierung – ein Prüfstein

- **Wichtige Ergebnisse der Entnazifizierung in der SBZ**
- **Zunehmend Kompromisse mit den sogenannten „kleinen" Nazis**
- **Weitere Prüfsteine im Kampf um das Hauptkettenglied**



Einleitung

Thematisch im Mittelpunkt steht in diesem Teil C die Ausdifferenzierung der einzelnen Themen, die unter den Begriff „Hauptkettenglied Entnazifizierung" zusammengefaßt werden können. Im Teil D werden dann die Diskussionen über die Vorbereitung des Zusammenschlusses von SPD und KPD bezüglich der programmatisch grundlegenden Fragen (Maximalprogramm) vorgestellt und analysiert.

In diesem Teil C werden zunächst thematisch gegliedert, dann aber innerhalb der einzelnen Fragenkomplexe (teilweise auch im Anhang) chronologisch die verschiedenen Aspekte des Hauptkettenglieds Entnazifizierung behandelt.

Gerade angesichts unserer vielfach scharfen Kritik haben wir im Kapitel I bewußt den Überblick über wichtige Ergebnisse der Entnazifizierung in der SBZ 1945/1946 an den Anfang gestellt, die unzweifelhaft schwere Schläge gegen den deutschen Imperialismus darstellten.

Im Kapitel II geht es um einen grundlegenden ***Prüfstein*** im Kampf um das Hauptkettenglied Entnazifizierung: die oft vielschichtigen Fragen der ***Entnazifizierung auf politischem Gebiet,*** wobei es jeweils zu prüfen gilt, ob der Gegensatz zwischen antinazistischen und nazistischen Kräften wirklich radikal ausgetragen oder letztlich nicht doch verkleistert und vertuscht wurde.

Im Kapitel III werden kurz weitere Prüfsteine im Kampf um das Hauptkettenglied vorgestellt, die sehr ausführlich in den Anmerkungen dokumentiert sind. Zuerst geht es um die ***Haltung zur Mitschuld*** der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Werktätigen an den Nazi-Verbrechen und um die ***Frage der Reparationen.*** Da die deutsche Arbeiterklasse selbst nicht in der Lage war, den Nazifaschismus durch die bewaffnete Erhebung im Bündnis mit den gegen den Nazifaschismus kämpfenden Völkern zu zerschlagen, wurde die Besetzung Deutschlands durch die alliierten Armeen notwendig. Die ***Haltung zur Besetzung Deutschlands,*** die es offensiv zu propagie-

ren galt, ist daher der nächste Prüfstein. Ein weiteres gewichtiges Problem, das vor allem auch ein gefährliches Einfallstor für deutschen Nationalismus war, ist die ***Haltung zu den deutschen Kriegsgefangenen.*** Danach wird der ***Kampf gegen die Nazi-Ideologie*** behandelt, die nach der militärischen Zerschlagung des Nazifaschismus und auch nach gewichtigen Erfolgen im Kampf um die Entnazifizierung auf politischem Gebiet in ganzen Komplexen in den Köpfen breiter Massen der Werktätigen festsaß und langfristig planmäßig bekämpft werden mußte. Einen weiteren Prüfstein bildet die ***Haltung zur Oder-Neiße-Grenze und zu den Umsiedlungen:*** Eine richtige Haltung dazu setzt im Grunde eine richtige Haltung zu den vorherigen Prüfsteinen voraus, so vor allem zu den Nazi-Verbrechen, erfordert in Verbindung damit aber weitere Argumentationen zur Geschichte der deutschen Aggressionen gegen Polen.

Zum Schluß geht es um die ***Haltung zum deutschen Nationalismus***. Dieser Punkt ist die Klammer um alle anderen Prüfsteine, denn beim Kampf um das Hauptkettenglied Entnazifizierung war eine Hauptwaffe der Reaktion die Propaganda von deutschem Nationalismus und Chauvinismus, der an weitverbreiteten und tiefsitzenden deutsch-nationalistischen Grundpositionen im Bewußtsein der großen Mehrheit der werktätigen und ausgebeuteten Massen ansetzen konnte.

☆ ☆ ☆

Insbesondere in Kapitel II werden sehr unterschiedliche ***Quellen und Belege*** verwendet, um das Hin und Her innerhalb der KPD/SED zu dokumentieren und verständlich zu machen. Dabei muß für die Bewertung der einzelnen Aussagen allerdings bewußt sein, daß es natürlich einen Unterschied macht, ob es sich jeweils um einen Redebeitrag eines Delegierten, einen Entwurf eines Beschlusses oder um einen Beschluß, um einen Leitartikel oder einen Leserbrief handelt usw.

☆ ☆ ☆

In der Zeitspanne von Juni 1945 (Aufruf des ZK der KPD) bis Ende April 1946 (Gründung der SED) fanden eine ganze Reihe von Konferenzen statt, die hier kurz vorgestellt werden sollen, da deren Dokumente die Grundlage für die nachfolgende Analyse bilden:

- Die sogenannte ***„Erste Sechziger-Konferenz"*** von ca. je 30 führenden Mitgliedern der SPD und der KPD vom 20. – 21. Dezember 1945.
- Die ***Wirtschaftskonferenz*** der KPD vom 7. Januar 1946.
- Die erste Gesamtkonferenz der KPD nach der militärischen Zerschlagung des Nazifaschismus, die sogenannte ***„Reichsberatung der KPD"*** vom 8. – 9. Januar 1946.
- Die zentrale ***Kulturtagung*** der KPD vom 3. – 5. Februar 1946.
- Die sogenannte ***„Zweite Sechziger-Konferenz"*** von ca. je 30 führenden Mitgliedern der SPD und KPD vom 26. Februar 1946.
- Die ***Erste Reichskonferenz der KPD*** vom 2. – 3. März 1946 mit 400 Delegierten.
- Der ***40. Parteitag der SPD*** und der ***15. Parteitag der KPD*** am 19. April 1946, ein Tag vor dem Gründungsparteitag der SED.

Von diesen Kongressen und Konferenzen sind Wortprotokolle, Beschlußentwürfe und Beschlüsse als Quellen verwendet worden.[191]

---

[191] Eine wichtige Quelle dafür sind die sechs von Benser und Krusch zwischen 1993 und 1997 herausgegebenen Bände „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Reihe 1945/1946. Band 1 enthält Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD vom Juli 1945 bis April 1946, Band 2 Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD vom Juli 1945 bis Februar 1946, Band 3 das Protokoll der Reichsberatung der KPD am 8./9. Januar 1946, Band 4 das Protokoll der Reichskonferenz der KPD am 2./3. März 1946, Band 5 das Protokoll des 15. Parteitags der KPD am 19./20. April 1946 und Band 6 das Register. Wir haben bisher keinen Grund, die Echtheit dieser Materialien in den Bänden zu bezweifeln, zumal es sich bei den meisten um Faksimiles handelt. Über die möglicherweise reaktionär-tendenziösen Auswahlkriterien des Materials wissen wir aber nichts.

Einen ähnlichen Charakter hat der 1990 unter Redaktion von Gabert, Krusch und Malycha herausgegebene Dokumentenband „Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946", auch wenn die darin enthaltenen Materialien nicht faksimiliert sind.

Von Bedeutung sind auch die vom ZK der KPD in hoher Auflage herausgegebenen ***Vortragsdispositionen,*** die jeweils zu einem Thema die Leitlinie für die Funktionäre der KPD enthielten.[192]

---

[192] Laut dem Renegaten W. Leonhard wurden diese „Vortragsdispositionen" in einer Auflage von 120000 in der SBZ erstellt (Leonhard: „Die Revolution entläßt ihre Kinder", Köln 1990, S. 516). Er schreibt zu ihrer Rolle:

„Ab Juni erschienen die ***Vortragsdispositionen*** – in Parteikreisen ***Schulungshefte*** genannt – unter Oelßners Oberhoheit mit einer Präzision, die angesichts der damaligen Situation bewundernswert war. Was auch immer geschah – die Schulungshefte waren pünktlich in den Händen der Parteiorganisationen. Jeden Dienstagabend waren alle Parteiorganisationen in der ganzen sowjetischen Zone verpflichtet, aufgrund dieser Dispositionen Schulungsabende zu veranstalten." (Ebenda, S. 514)

Wolfgang Leonhard ist einer der wichtigsten „Zeitzeugen" des west/deutschen Imperialismus für die antikommunistische Hetze und die Verfälschung der Geschichte der SED. Leonhard war 1935 im Alter von dreizehneinhalb Jahren mit seiner Mutter in die Sowjetunion emigriert, wo er dann an der Schule der Kommunistischen Internationale vor allem für seinen Einsatz nach der militärischen Zerschlagung des Nazifaschismus ausgebildet und vorbereitet wurde. 1945 kehrte Leonhard mit der ZK-Gruppe um Walter Ulbricht nach Deutschland zurück und hatte verschiedene Funktionen im zentralen Apparat der KPD bzw. dann der SED. 1949 setzte sich Leonhard nach Jugoslawien zu den Titoisten ab, wo er gegen die Verurteilung der Tito-Revisionisten durch die Resolutionen der Kommunistischen Informationsbüros hetzte. 1950 übersiedelte Leonhard nach Westdeutschland. Dort erschien 1955 sein Buch „Die Revolution entläßt ihre Kinder", das als eine Art politische Biographie Leonhards bis 1949 angelegt ist und das zu einem zentralen antikommunistischen Standardmachwerk des westdeutschen Imperialismus wurde. Seitdem wird Leonhard mit einer Reihe von Büchern, im Fernsehen und in bürgerlichen Zeitungen immer wieder als „glaubwürdiger Zeitzeuge" präsentiert, d. h. als wichtiger antikommunistischer Hetzer im Dienste des west/deutschen Imperialismus.

Die Wirksamkeit und damit auch die Gefährlichkeit von Leonhards antikommunistischer Hetze und Geschichtsfälschungen in seinem Buch „Die Revolution entläßt ihre Kinder" ergibt sich daraus, daß er keineswegs nur plump eine Lüge an die andere reiht, sondern als Kenner der ehemals sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Stalins und als Mitarbeiter im zentralen Apparat der KPD und SED von 1945 bis 1949 auch vieles schreibt, was womöglich den Tatsachen entspricht, aber nur um es so mit Lügen und Spekulationen zu vermischen, daß insgesamt übelste antikommunistische Hetze herauskommt.

Leonhard äußert sich besonders begeistert über den „besonderen deutschen Weg", den er „schon seit langem ersehnt" (ebenda, S. 520) habe, da dieses nationalistisch-

Fortsetzung nächste Seite

Hinzugezogen werden zudem anhand der Werkausgaben die ***Artikel, Reden und Schriften von Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, und Otto Grotewohl.***

Von Gewicht sind auch die ***Zeitschriften*** aus dieser Zeitspanne, die durchgesehen und ausgewertet wurden:

- Die ***„Tägliche Rundschau"***, ab dem 15. Mai 1945 herausgegeben von der Sowjetarmee für die deutsche Bevölkerung.
- Die ***„Deutsche Volkszeitung"***, ab 13. Juni 1945 bis zur Gründung der SED täglich erscheinendes Zentralorgan der KPD.
- Nach der Gründung der SED im April 1946 das ***„Neue Deutschland"***, Zentralorgan der SED.
- Wieder einen anderen Charakter hat das gewichtige ***theoretische Organ:*** Vor der Gründung der SED erschienen ab Februar 1946 Vorbereitungsnummern der ***„Einheit"*** mit dem Untertitel „Monatsschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei", herausgegeben vom gemeinsamen Vorbereitungsausschuß der KPD und der SPD der SBZ.
- Nach April 1946 wurde die ***„Einheit"*** monatlich erscheinendes theoretisches Organ der SED.
- Ebenfalls herangezogen wurde die – nicht sehr ergiebige – Zeitschrift der SED ***„Neuer Weg"***, Monatsschrift für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung.

So ergab sich aus den recht unterschiedlichen Quellen die Möglichkeit, ein möglichst lebendiges Bild der damaligen Positionen und Debatten – in diesem Kapitel zunächst zum Thema „Hauptkettenglied Entnazifizierung" – nachzuzeichnen.

Fortsetzung der Fußnote

revisionistische Konzept endlich „eine grundsätzliche Abgrenzung von der Entwicklung in der Sowjetunion" versprochen habe (S. 521). Sein deutscher Chauvinismus zeigt sich dabei in seiner Hetze gegen die sowjetische Besatzungsmacht (S. 598), gegen die Reparationsleistungen (S. 521) sowie in seinem Bedauern über den Verzicht auf eine „selbständige Haltung zur deutschen Ostgrenze" (S. 566), d. h. die definitive Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die SED.

I. Wichtige Ergebnisse der Entnazifizierung in der SBZ

Wenn wir nachfolgend wichtige Errungenschaften des Kampfes für die Entnazifizierung in der SBZ darstellen, die gewichtige Schläge gegen den deutschen Imperialismus darstellten, so muß dem unbedingt nochmals die generelle Klarstellung vorausgeschickt werden, daß dies in einer doppelten Weise durchaus nicht in erster Linie das Verdienst der KPD war, sondern primär durch die sowjetische Armee ermöglicht wurde, die in der SBZ durch die SMAD repräsentiert war.

Erstens und vor allem war der militärische Sieg über den Nazifaschismus und die Besetzung des Ostens Deutschlands durch die Sowjetarmee überhaupt der entscheidende Faktor, der die Erfolge der Entnazifizierung im weiteren erst möglich machte.

Zweitens hatte letztlich eindeutig die SMAD die führende Initiative bei der Durchsetzung und Durchführung der im Potsdamer Abkommen formulierten Ziele und Maßnahmen der Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands.

1. Erfolge der Entnazifizierung auf politischem Gebiet

Im Aufruf vom 11. Juni 1945 hatte das ZK der KPD aufgefordert, bei der „Aufspürung versteckter Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banditen" zu helfen, „alle öffentlichen Ämter von den aktiven Nazisten" zu säubern sowie einen Beitrag zur schnellen Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher zu leisten.

In der SBZ wurden rasch erste lokale Entnazifizierungsausschüsse gebildet. Rechtliche Grundlage für deren Aktivitäten im Hinblick auf Überprüfungen und Untersuchungen waren zu Beginn ihrer Tätigkeit die Beschlüsse der Alliierten von 1943 und 1945, das Potsdamer Abkommen sowie entsprechende SMAD-Befehle.

Zehntausende Genossinnen und Genossen der KPD und später der SED waren an führender Stelle in den Entnazifizierungskommissionen sowie bei der Internierung, Aburteilung und Säuberung der aktiven Nazis beteiligt.

Die Entnazifizierungsausschüsse wurden von Vertreterinnen und Vertretern aller antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen und den neuen Verwaltungen auf Orts-, Kreis- und Landesebene gebildet, um die Nazis wirksam auszuschalten und zu bestrafen. Die Aufgabe bestand darin, Nazi-Verbrecher aufzuspüren und sie den deutschen Gerichten oder der SMAD zur Aburteilung und Bestrafung zu übergeben sowie die Säuberung von Staat und Wirtschaft von aktiven Nazis vorzubereiten und mit durchzuführen.

Bei der Entnazifizierung auf politischem Gebiet unter führender Beteiligung der KPD/SED – unter Kontrolle und mit entscheidender Unterstützung der sowjetischen Streitkräfte – wurden wichtige Erfolge erzielt.

Bis Ende 1946 waren in der SBZ insgesamt 390478 ehemalige Nazis aus ihrer Stellung entlassen bzw. nicht wieder eingestellt worden.[193]

---

[193] Im ersten Halbjahr 1947 wurden in der SBZ nochmals insgesamt 64578 Personen entlassen bzw. bei Bewerbungen nicht eingestellt (laut „Neues Deutschland" vom 27.8.1947, in: Vollnhals: „Entnazifizierung – Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949", München 1991, S. 210).

Bis zum 10. März 1948, als die Entnazifizierungskommissionen ihre Tätigkeit einstellten, sind nach Angaben der SED insgesamt rund 520000 Naziaktivisten aus allen führenden Stellungen entfernt worden (laut „Neues Deutschland" vom 21.4.1948, in: Vollnhals: „Entnazifizierung", S. 220). Der bürgerliche Autor Vollnhals hält die Zahl von 520000 für zu hoch gegriffen, da diese Mehrfachzählungen enthalte. Er hält rund 200000 Entlassungen für realistisch.

Die Entnazifizierung bedeutete nicht nur die Entlassung von Nazis und deren Ersetzung durch antinazistisch orientierte Kräfte, sondern auch deren gerechte Bestrafung und Unterdrückung.

Bis zum 1. Januar 1947 wurden in der SBZ 36737 ehemalige Angehörige der SS, der Gestapo, des SD und Mitglieder des Führungskorps der Nazipartei verhaftet. Von diesen waren 17175 Personen verurteilt worden. Dabei muß bewußt sein, daß die Verhaftung und Verurteilung der Nazis selbstverständlich nach 1946 weiterging. So dauerte die Umsetzung der dafür so wesentlichen alliierten Direktive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946 weit über das Jahr 1946 hinaus.[194]

Alle gesellschaftlichen Bereiche umgehend von den Nazis zu säubern bedeutete zugleich, daß diese durch antinazistische Kräfte ersetzt werden mußten. Dies konnte nur funktionieren, wenn der neue Staatsapparat maximal entbürokratisiert wurde, wenn die Verwaltungsaufgaben maximal durchsichtig wurden, so daß möglichst schnell die verschiedenen Aufgaben von demokratischen Nicht-Fachkräften erlernt werden konnten. Der Erfolg der Entnazifizierung basierte somit auf zwei untrennbar miteinander verbundenen Seiten: auf der maximalen diktatorischen Säuberung von Nazis und dem Aufbau einer möglichst weitgehend demokratischen Verwaltungsstruktur des neuen Staates.

---

[194] Bis März 1948 wurden 18328 aktive Nazis unter Anklage gestellt, davon wurden mehr als 50 Prozent zu Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren verurteilt. 118 Kriegsverbrecher wurden zum Tod, 231 zu lebenslänglichen Zuchthausstrafen verurteilt (Bednareck: „Ein erfülltes Programm", S. 47).

Nach Angaben des sowjetischen Außenministeriums vom Juli 1990 wurden insgesamt über 120000 Verdächtige, ehemalige aktive Nazis oder Personen, die eine Gefahr für die Umsetzung des Potsdamer Abkommens darstellten, in der SBZ/DDR bis 1950 in antifaschistischen Internierungslagern interniert (vgl. Vollnhals: „Entnazifizierung", S. 55). Diese Maßnahme war dringend nötig. Denn nicht wenige der untergetauchten oder nicht erkannten Nazis organisierten sich, um weiterhin ihren Nazi-Terror auszuüben.

So kostete ein Sprengstoffanschlag auf einen Personenzug in Burkau (Kreis Kamenz) fünf Menschen das Leben und forderte zahlreiche Verletzte. In Görlitz richteten Angehörige von Nazi-Banden ihre Angriffe gegen Einrichtungen der Parteien des antifaschistisch-demokratischen Blocks und der sowjetischen Kommandantur (siehe Bednareck: „Ein erfülltes Programm", S. 49). Auf die Probleme der Entnazifizierung ab 1947 werden wir an anderer Stelle eingehen.

Wir greifen hier beispielhaft die Entnazifizierung der Betriebe, der Justiz und des Erziehungswesens heraus.

In den ***Betrieben*** begannen Arbeiterinnen und Arbeiter mit der Säuberung von Nazis. Die Werktätigen in den Betrieben kannten zumeist die Nazis und auch viele der Nazis ohne Parteibuch, die für die Gestapo Spitzeldienste geleistet oder Verbrechen gegen Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter begangen hatten. Die aktiven Nazis und Kriegsverbrecher wurden vielfach durch Beschlüsse der Belegschaften aus den Leitungen der Betriebe entfernt. Arbeiterinnen und Arbeiter verschiedener Betriebe beschlossen von sich aus, die Betriebe aus dem Konzernverband zu lösen und die Leitung den Verwaltungen der Länder und Provinzen zu übertragen. Bald wurden auch entsprechende Verordnungen der Provinzialverwaltungen in der SBZ über die politische Säuberung der Wirtschaft erlassen.[195]

In der „Thüringer Volkszeitung" vom 24. Januar 1946 heißt es in einem Bericht unter der Überschrift „Betrieb von Nazidirektion gereinigt" über die Absetzung der Betriebsleitung der Kaligrube in Bischofferode, Bismarckhall-Hohlungen:

> „Vor einigen Tagen fand im Werk Bismarckhall eine allgemeine Belegschaftsversammlung statt, in der die Absetzung der bisherigen Betriebsleitung und die einstweilige Neubesetzung dieser Stellen mit betriebsangehörigen Antifaschisten bekanntgegeben wurde. (...)
>
> Es wurde u. a. einem Betriebsleitungsmitglied nachgewiesen, daß es Ukrainermädchen in ein Straflager gebracht hat und überhaupt ein unmenschliches Verhalten gegenüber ausländischen Arbeitern an den Tag legte. (...)
>
> Der antifaschistische Ausschuß und der Betriebsrat beschlossen, auf Grund des gesammelten Materials selbst die Initiative zu ergreifen und die Betriebsleitung zum Teufel zu jagen."[196]

Auf der ersten Delegiertenkonferenz des FDGB (Februar 1946) berichtete ein sächsischer Gewerkschafter, daß die Säuberung der Be-

---

[195] So am 13. September 1945 die Verordnung der Provinzialverwaltung Sachsen über die politische Säuberung der Wirtschaft (abgedruckt in: „Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland", S. 150–153).

[196] Zitiert nach Vollnhals: „Entnazifizierung", S. 190.

triebe auf den heftigen Widerstand der nazistischen Konzernherrn und Kriegsverbrecher stieß:[197]

> „Die faschistischen Unternehmer versuchen wieder aus den Mauselöchern hervorzukriechen. Es gefällt ihnen natürlich nicht, daß ihre Betriebe von Treuhändern besetzt worden sind. Insbesondere sind es die Herren von Stahl und Eisen, die Kohlenbarone und die Leiter der Konzerne, die dabei äußerste Aktivität an den Tag legen. Ich kann an dieser Stelle die Versicherung abgeben, daß diese Herren besonders in Sachsen diesmal kein Glück haben werden." [198]

Die Erfolge bei der Säuberung der Betriebe von aktiven Nazis und Kriegsverbrechern waren ein empfindlicher Schlag für den deutschen Imperialismus auf dem Territorium der SBZ. Denn die Leiter der Großindustrie, der Banken, die Großgrundbesitzer und ein Großteil der Bürokratie waren Nazis.[199]

---

[197] W. Ulbricht weist darauf hin, daß die nazistischen Reaktionäre sich auch in die neuen Organe einzuschleichen versuchten:

„Die Gefahr der Restauration der alten Kräfte und der Wiedererstarkung des Imperialismus und Militarismus bestand auch in der sowjetischen Besatzungszone noch fort. Die alten Kräfte hatten nicht wenige Agenten innerhalb der Parteien und in den Verwaltungsorganen in der sowjetischen Besatzungszone. Auch in den Betrieben hatten sich manche ihrer Spießgesellen tarnen können." (Ulbricht: „Zur Geschichte der neuesten Zeit", S. 274)

[198] Protokoll der ersten allgemeinen Delegiertenkonferenz des FDGB, S. 60/61, zitiert nach Ulbricht: „Zur Geschichte der neuesten Zeit", Berlin 1955, S. 272.

[199] Ulbricht stellte in seinem Referat auf einer erweiterten Sitzung des ZK der KPD am 20.11.1945 zu Recht klar, daß die pseudolinke Losung der Verstaatlichung, die insbesondere auch von reaktionären sozialdemokratischen Kräften verbreitet wurde, um die Entnazifizierung zu sabotieren, falsch war:

„Die sozialdemokratischen Genossen haben verlangt, daß die Losung der Verstaatlichung oder sogar der Sozialisierung ausgegeben wird. Wir haben sie darauf hingewiesen, daß es gegenwärtig keine Staatsregierung in Deutschland gibt, sondern daß der Interalliierte Kontrollrat die Regierungsgewalt hat, und wir haben ihnen gesagt: Ihr wollt also bei ihm die Verstaatlichung dieser Betriebe beantragen? Bitte schön, wenn ihr denkt, daß das zum Erfolg führt, versucht es! – Wir sind der Meinung, daß die Losung der Verstaatlichung nicht auf der Tagesordnung steht. Warum? Weil in der jetzigen Situation die Aufgabe der Liquidierung des Faschismus, der Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten in den Leitungen der Industrie als Hauptaufgabe zu lösen ist. Wenn wir sagen würden: Verstaatlichung, so würde das bedeuten, daß die Unternehmer oder Aktionäre enteignet werden

Fortsetzung nächste Seite

80 Prozent der Richter und Staatsanwälte waren Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen, und bei mittleren Beamten oder Angestellten der ***Justiz*** stieg die Zahl sogar auf 90 Prozent.[200] Mit dem Befehl Nr. 49 vom 4. September 1945 verfügte die SMAD, daß nicht nur die aktiven, sondern sämtliche Mitglieder der Nazipartei aus ihren Stellungen im Justizdienst entfernt werden, vor allem Richter oder Staatsanwälte. Damit blieb die Gerichtsbarkeit auch den nominellen Nazis verschlossen. Insbesondere in diesem Punkt ging die SMAD über das am 4. Oktober 1945 erlassene Kontrollratsgesetz Nr. 4 hinaus, das nur die Entfernung von aktiven Nazis aus der Justiz vorsah.[201]

Das Problem der fehlenden demokratischen Fachkräfte für den neuen Staat, das vor allem direkt nach 1945 auftrat, konnte tiefgehend und im Sinne einer wirklichen Demokratisierung des Staatsapparates weitgehend durch den Aufbau von Volksrichterschulen gelöst werden.[202] Die SMAD verfügte im Dezember 1945 deren Aufbau. Zunächst in sechs bis acht Monaten, ab 1947 in einem Jahr, wurden

---

Fortsetzung der Fußnote

deshalb, weil sie Kapitalisten sind. Wir enteignen sie aber nicht deshalb, weil sie Kapitalisten sind, sondern weil sie Kriegsverbrecher, Nazis oder Kriegsinteressenten sind." (Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 2, S. 195/196)

[200] „Entnazifizierungspolitik der KPD/SED", S. 27.

[201] Ebenda, S. 28.

[202] Auf der Reichskonferenz der KPD am 2./3. März 1946 schilderte ein Teilnehmer aus Thüringen, wie notwendig es war, an die Stelle der reaktionären Justizbeamten neue, antifaschistische Kräfte vor allem aus den Reihen der Arbeiterinnen und Arbeiter zu stellen. So wollte in Thüringen ein Staatsanwalt Anklage wegen „Urkundenfälschung und Gefangenenbefreiung" erheben gegen einen Mann, dem es gegen Ende der Herrschaft des Nazifaschismus gelungen war, 22 Entlassungsscheine für Gefangene zu fälschen und dadurch 22 politisch Inhaftierten zur Freiheit zu verhelfen. In einem anderen Fall weigerte sich ein Oberstaatsanwalt unter dem Vorwand einer angeblich fehlenden gesetzlichen Handhabe zunächst hartnäckig, Anklage gegen einen Mann zu erheben, der einen Antifaschisten denunziert hatte, der daraufhin hingerichtet wurde. Erst unter dem Druck einer Massenkundgebung wurden Maßnahmen eingeleitet (siehe Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 4, S. 235/236).

hier antinazistische Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte auf ihren Einsatz als Richter und Staatsanwälte vorbereitet.[203]

Diese Möglichkeit gab es selbstverständlich auch in anderen Bereichen der staatlichen Verwaltung.

Der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 forderte die „Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat".

Kaum ein anderer Beruf wies so viele Nazis auf wie der der Lehrer. In der SBZ waren 72 Prozent, in Thüringen gar 90 Prozent aller Lehrer Mitglied der Nazipartei gewesen.[204] Von den zirka 38000 Lehrkräften an allgemeinbildenden Schulen im Osten Deutschlands waren 1945 zirka 28000 Mitglieder der Nazipartei, darunter ein Großteil in Führungspositionen. 62 Prozent aller männlichen Nazimitglieder in der nazifaschistischen Lehrerschaft waren zugleich „Politische Leiter" der Nazipartei, rund 10000 hatten verantwortliche Aufgaben in den faschistischen Jugendorganisationen. Deshalb mußten bereits innerhalb weniger Monate 20000 Lehrer aus dem Schuldienst entlassen werden.[205]

Nachdem die aktiven Nazis entfernt waren, fehlten für den Schulbetrieb in der SBZ fast 40000 Lehrerinnen und Lehrer, das sind zwei Drittel des Lehrkörpers. Dem wurde im wesentlichen mit zwei Maßnahmen begegnet:

Erstens wurden alte, von den Nazis gemaßregelte Lehrerinnen und Lehrer sowie pädagogisch begabte Werktätige in den Schuldienst eingestellt.[206] Der Befehl Nr. 40 der SMAD an die deutschen Verwaltungsorgane in der SBZ sah unter anderem vor,

---

[203] Von den zur Zeit der Gründung der DDR tätigen 1285 Richtern und Staatsanwälten hatten 50 Prozent die Volksrichterlehrgänge absolviert. (Bednareck: „Ein erfülltes Programm", S. 74).

[204] Laut Ulbricht: „Zur Geschichte der neuesten Zeit", S. 286.

[205] Bednareck: „Ein erfülltes Programm", S. 75/76.

[206] Im Bereich der Hochschulen war von besonderer Bedeutung die „Rückberufung aller von der Hitlerregierung vertriebenen Dozenten und Professoren". („Aufruf des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD vom 18. Oktober 1945 zur demokratischen Schulreform", zitiert nach: „Dokumente und

Fortsetzung nächste Seite

„i) diejenigen Personen aus demokratischen, antifaschistischen Kreisen der deutschen Intelligenz, die die erforderliche Allgemeinbildung besitzen und den Wunsch haben, als Lehrer in Volks- und Mittelschulen zu wirken, zur pädagogischen Arbeit heranzuziehen."[207]

Zweitens wurden Zehntausende Werktätige mit den notwendigsten pädagogischen Kenntnissen ausgestattet und kamen als Neulehrerinnen und Neulehrer in die Schulen. Die Einrichtung von Kurzlehrgängen zur Ausbildung für Antifaschisten war ein entscheidendes Mittel dafür. Innerhalb von zwei Jahren wurden dementsprechend 45 000 Neulehrerinnen und -lehrer ausgebildet und eingesetzt.[208]

Doch es ging bei der Entnazifizierung der Schulen und des gesamten Ausbildungs- und Erziehungswesens um weit mehr als um personelle Neubesetzungen. Ein neues demokratisches Schulwesen mußte aufgebaut werden. Im gemeinsamen Aufruf des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD vom 18. Oktober 1945 zur demokratischen Schulreform wird festgestellt:

„Die Naziherrschaft hatte das gesamte deutsche Schulwesen vom Kinderhort bis zur Universität in den Dienst des faschistischen Partei- und Rassenhasses, der geistigen und körperlichen Kriegsvorbereitungen, der chauvinistischen Verhetzung und des militärischen Drills gestellt.

War es von jeher schon das Erbübel der deutschen Schule, Untertanen statt selbständig denkende Menschen zu erziehen, so erniedrigte die Naziherrschaft die Schule völlig zur Drillanstalt für ihren Raubkrieg."[209]

Fortsetzung der Fußnote

Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 212)

[207] „Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland", S. 129.

[208] Bednareck: „Ein erfülltes Programm", S. 77.

[209] „Aufruf des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD vom 18. Oktober 1945 zur demokratischen Schulreform", zitiert nach: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 210.

Es galt also, nicht nur mit dem Nazismus, sondern mit dem gesamten reaktionären, zutiefst undemokratischen und militaristischen Erbe des deutschen Schulwesen zu brechen.

Die SMAD ordnete in ihrem Befehl Nr. 40 vom 25. August 1945 an,

> „a) zur Vorbereitung der Schulen auf den Schulunterricht alle Maßnahmen zu treffen, um die völlige Ausmerzung nazistischer, militaristischer, Rassen- und anderer reaktionärer Theorien sowie aller Elemente theoretischer und praktischer Kriegsvorbereitung aus dem Unterricht und der Erziehung zu gewährleisten; (...)
>
> e) die Benutzung aller während des faschistischen Regimes herausgegebenen Lehrbücher und die Propaganda von nazistischer, militaristischer und Rassentheorien enthaltenden Büchern in den Schulen zu verbieten, diese Bücher den Schülern abnehmen zu lassen ..." [210]

In der Vortragsdisposition Nr. 17 (1945) „Demokratische Schulreform" [211] heißt es:

> „Die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Durchführung der Schulreform ist die völlige Säuberung der Schulverwaltung, der Lehrkörper, der Lehr- und Stoffpläne, der Lehr- und Lernmittel, Büchereien und sonstige Ausstattungen von dem nazistischen Unrat. Unnachsichtiges Durchgreifen ist erforderlich. Wichtig ist die Umbenennung der Schulen, die Entfernung aller Bilder, Symbole, Embleme und Plaketten; nichts darf in den Schulen geduldet werden, was an die verlogenen Verherrlichungen der Vertreter früherer Ausbeuter, Unterdrücker, ihrer Lakaien und Handlanger und ihrer Wahnideen erinnert." [212]

---

[210] Zitiert nach: „Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland", S. 128/129.

[211] Wichtig und richtig ist, daß in dieser Vortragsdisposition nicht nur die Nazi-Schule angeprangert wird, sondern das gesamte reaktionäre Erbe des deutschen Schulwesens seit seinem Entstehen.

[212] „Demokratische Schulreform", „Vortragsdisposition", Nr. 17, 1945, S. 9.

Bei der Umsetzung dieser Anforderungen wurden wichtige Erfolge erzielt.[213] Eine größere Gruppe sowjetischer Pädagogen halfen dabei mit ihren Erfahrungen beim Aufbau einer fortschrittlichen Schule.

2. Enteignung der Monopolindustrie sowie anderer Nazi- und Kriegsverbrecher

Im Aufruf vom 11. Juni 1945 forderte das ZK der KPD die „Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher".[214]

Die SMAD schuf dafür die Grundlage mit den Befehlen Nr. 124 und Nr. 126 vom 30. und 31. Oktober 1945. Danach war das gesamte Eigentum des Nazi-Staates, der nazistischen Organisationen sowie der Nazi- und Kriegsverbrecher vorläufig zu beschlagnahmen und unter Sequester, das heißt unter zeitweilige Zwangsverwaltung gestellt.[215] Für die beschlagnahmten Betriebe und Einrichtungen wurden antinazistische Kräfte als Treuhänder eingesetzt. Damit war noch keine Entscheidung über die künftigen Eigentumsverhältnisse gefallen. Aber ein erster Schritt war getan, und den Nazi- und Kriegsverbrechern wurde die Verfügung über ihr Eigentum entzogen, das sie

---

[213] Am 22. Mai 1946 wurde in Sachsen das „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule" beschlossen. Fast gleichlautende Gesetze wurden von den anderen Landes- und Provinzialverwaltungen der SBZ erlassen.

[214] Im September 1945 ging die KPD darüber hinaus und forderte, „die kapitalistischen Monopolvereinigungen, die Kartelle, Syndikate, Truste und Konzerne, zu entmachten, die Kommandohöhen der deutschen Wirtschaft von Kriegsverbrechern, Nazis und Militaristen zu säubern, jegliche Sabotage zu brechen und alle beiseite zu schieben, die sich dem friedlichen demokratischen Neuaufbau entgegenstemmen". („Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 175) Die unmittelbar praktischen Maßnahmen erfolgten allerdings eindeutig unter dem Motto, die Nazi- und Kriegsverbrecher zu enteignen.

[215] Die beiden Befehle sind abgedruckt in: „Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland", S. 189 ff. und S. 194 ff.

zu großen Teilen durch Betrug, Raub, Mord und Krieg „erworben" hatten.

Der Gründungsparteitag der SED im April 1946 forderte schließlich, „die Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten zu enteignen und ihre Betriebe wie ihr gesamtes Vermögen in die öffentliche Hand zu überführen".[216]

Eine wichtige Rolle bei der praktischen Verwirklichung dieses richtigen Beschlusses spielte der Volksentscheid in Sachsen vom 30. 6. 1946. 93 Prozent der Stimmberechtigten gaben ihre Stimme ab. Von diesen stimmten ***77 Prozent für die entschädigungslose Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher.*** Auf Grundlage dieses Beschlusses wurden 1760 Betriebe vollständig, 101 mit Anteilen enteignet.[217]

Bewußt muß sein, daß über 22 Prozent der Abstimmenden nicht für die Enteignung stimmten. Das bedeutete, daß sie sich für das Wohlergehen der schlimmsten Naziverbrecher einsetzten. An diesem Abstimmungsergebnis wurde klar, daß es in Deutschland eben auch 1946 nicht so war, daß 99,9 Prozent der Bevölkerung gegen die Nazis eingestellt war, sondern daß es ein Kampf der antinazistischen Kräfte gegen einen Teil der deutschen Bevölkerung war, der nach wie vor auf der Seite der Naziverbrecher stand.[218]

---

[216] „Manifest an das deutsche Volk", zitiert nach: „Dokumente der SED", Band 1, Berlin 1951, S. 27.

[217] Bednareck: „Ein erfülltes Programm", S. 130 ff.

[218] Weit übertrieben und daher schädlich ist der Kommentar des ZK der SED zur Bedeutung des Volksentscheids in Sachsen vom 6. 7. 1946:

„Die Bevölkerung des Landes Sachsen hat mit überwältigender Mehrheit in geheimer und freier Abstimmung ein Bekenntnis gegen die Kriegs- und Naziverbrecher, für Frieden und Demokratie abgelegt. Damit ist der Welt gezeigt, daß das deutsche Volk nicht an eine neue Aggression gegen andere Völker denkt und sich auf den Boden der Demokratie stellt." („Dokumente der SED", Band I, S. 64)

Der positive Ansatz des Volksentscheids wird hier mit der Methode der Übertreibung falsch bewertet. Er zeigt eben nicht, daß das deutsche Volk auf dem Boden der Demokratie steht. Denn erstens wurde die Abstimmung nur bei einem kleinen Teil der deutschen Bevölkerung durchgeführt. Was der andere Teil dachte, war daher zumindest unklar. Zweitens, selbst wenn eine Mehrheit der werktätigen

Fortsetzung nächste Seite

Nach diesem Votum für die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher wurden solche Enteignungen auch in den anderen Teilen der SBZ durchgeführt.

Gestützt auf die bewaffnete Macht der Sowjetarmee wurden kapitalistische Monopole wie Deutsche Bank, Dresdner Bank, AEG, Siemens, Göring-Konzern, I. G. Farben, der Flick-Konzern usw. und Betriebe von anderen Nazi-Verbrechern in der SBZ/DDR entschädigungslos enteignet.

Die sehr weitgehende Enteignung der Monopolindustrie und der Industrie der Nazi- und Kriegsverbrecher in der SBZ/DDR müssen wir unbedingt als eine ganz wichtige Errungenschaft im Kampf gegen den deutschen Imperialismus propagandistisch verteidigen. Dies war der schwerste Schlag, den der deutsche Imperialismus nach dem 8. Mai 1945 auf dem Gebiet der SBZ/DDR einstecken mußte. Dieser Schlag war objektiv eine Grundlage für den weitergehenden Kampf zur Vernichtung der Ausbeutungsverhältnisse des deutschen Imperialismus auf allen Gebieten.[219]

Fortsetzung der Fußnote

Bevölkerung Deutschlands für die Enteignung gestimmt hätte, wäre das noch lange kein Beweis dafür gewesen, daß diese Mehrheit auf dem Boden der Demokratie steht. Denn es hätte nach wie vor so sein können, daß diese Mehrheit gleichzeitig die Oder-Neiße-Grenze oder die Reparationen ablehnt. Das ZK der SED begann schon 1946 ihre Lebenslüge aufzurichten, nach der angeblich schon immer die Mehrheit hinter der Politik der SED gestanden habe.

[219] Zwei Dinge müssen dabei allerdings bewußt sein:

Erstens: Der entscheidende ökonomische Schlag gegen den deutschen Imperialismus auf dem Gebiet der SBZ/DDR war unter dem Vorzeichen der Liquidierung der Nazi- und Kriegsverbrecher erfolgt, nicht aber als Ergebnis der Kampfansage an die Monopole als entscheidende Träger der kapitalistischen Ausbeutung und Herrschaft.

Zweitens wäre selbst mit der Liquidierung sämtlicher Monopole keinesfalls das Privateigentum an Produktionsmitteln in der Industrie vollständig beseitigt gewesen. Es gab in der SBZ/DDR noch Ausbeutung im industriellen Bereich, es gab noch einen relativ großen Bereich an kapitalistischer Industrie, vor allem Klein- und Mittelbetriebe, da ja keine sozialistische Revolution durchgeführt worden war.

Hier muß gerade auch die subjektive und die objektive Seite auseinandergehalten werden. Die ***subjektive*** Zielsetzung, mit der die Arbeiterinnen und Arbeiter mobilisiert wurden, war klar und eindeutig die Liquidierung aller Betriebe der Naziver-

Fortsetzung nächste Seite

3. Enteignung der Großgrundbesitzer und Junker und die Durchführung einer demokratischen Bodenreform mit Unterstützung von Teilen der werktätigen Bevölkerung

Eine der wesentlichen Forderungen im Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 war die „Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern".

Zeitlich betrachtet war die Enteignung der Großgrundbesitzer und Junker und die sich daran anschließende Bodenreform der erste große Eingriff gegen den deutschen Imperialismus auf ökonomischem Gebiet.

In allen Provinzen der SBZ wurden Anfang September 1945 Beschlüsse gefaßt, wessen Güter enteignet werden sollten. Die Gesetze

---

Fortsetzung der Fußnote

brecher und Kriegsschuldigen. Da annähernd das gesamte Monopolkapital in die Nazi- und Kriegsverbrechen verstrickt war, ergab sich ***objektiv*** durch die Enteignungsmaßnahmen sehr weitgehend die ökonomische Entmachtung des Monopolkapitals in der SBZ. Der Unterschied mag nicht als sehr groß erscheinen, er ist aber unter dem Blickwinkel der zentralen ideologischen Aufgabe der Kommunistischen Partei, der Schaffung des proletarischen Klassenbewußtseins, von großer Bedeutung, um sich und andere nicht über die Größe der erst noch bevorstehenden Aufgaben hinwegzutäuschen.

Bezeichnend ist, daß die modernen Revisionisten der DDR später genau diesen wichtigen Punkt vertuschten. So fälscht die „Kurze Geschichte der DDR" von Stefan Doernberg (Berlin 1969) die Verordnungen von 1946 zur Enteignung der Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher um in „Verordnungen über die Enteignung des Monopolkapitals" (S. 87).

in den anderen Provinzen der SBZ sahen im wesentlichen genau so aus wie das Gesetz der Provinz Brandenburg, in dem folgendes steht:

> „Folgender Grundbesitz (...) wird enteignet:
>
> a) Der Grundbesitz der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen mit allen darauf befindlichen landwirtschaftlichen Vermögen;
>
> b) der Grundbesitz mit allen darauf befindlichen landwirtschaftlichen Vermögen, der den Naziführern und den aktiven Verbrechern der Nazipartei und ihren Gliederungen, sowie den führenden Personen des Hitlerstaates gehörte, darunter allen Personen, die in der Periode der Naziherrschaft Mitglieder der Reichsregierung und des Reichstages waren.
>
> 3. Gleichfalls wird der gesamte feudaljunkerliche Boden und der Grundbesitz über 100 ha mit allen Bauten, lebendem und totem Inventar und anderem landwirtschaftlichen Vermögen enteignet."[220]

Für die Enteignungen gab es also eine doppelte Begründung: Zum einen sollten alle Güter der Nazi- und Kriegsverbrecher enteignet werden, unabhängig von deren Größe. Zum anderen alle Güter über 100 ha, unabhängig von der unmittelbaren Verwicklung ihrer Eigentümer in Naziverbrechen.[221]

Für die antifeudale Enteignung aller Güter über 100 ha hatte aber das Argument auch großes Gewicht, daß die Junker von jeher nicht nur Brutstätte, sondern auch Zufluchtsort für die extremen Reaktionäre, die Arbeitermörder und Nazis waren.[222]

---

[220] Zitiert nach Forster: „Freies Land im Morgenrot", S. 31/32.

[221] In den ideologisch-theoretischen Begründungen der KPD bzw. SED für die strategische und taktische Orientierung 1945 findet sich in diesem Zusammenhang immer wieder das Argument, daß es nunmehr in erster Linie gelte, die nicht vollendeten Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 zu Ende zu führen. Wie wir bereits ausgeführt haben, wird damit abgelenkt von der taktischen Hauptaufgabe Entnazifizierung.

[222] Vgl. Ulbricht, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Band II, S. 513/514 und S. 464. Allerdings übertreibt Ulbricht hier die Rolle der Großgrundbesitzer und Junker, wenn er diese als ***die*** ausschlaggebenden „Brutstätten" des Nazismus darstellt (S. 513/514).

Ein Erfolg war, daß es bei der Enteignung der Großgrundbesitzer und Junker gelang, größere Teile der Bauernschaft einzubinden und zu mobilisieren.

Auf Initiative der KPD fanden in den Dörfern im Spätsommer 1945 zahlreiche Versammlungen statt, auf denen die Notwendigkeit, der Inhalt und die Formen der Bodenreform beraten wurden. „Junkerland in Bauernhand" – das wurde rasch bei den Landarbeiterinnen und Landarbeitern, bei den Massen der armen und ausgebeuteten werktätigen Bauernschaft zu einer sehr populären Forderung.

In ihrem Aufruf vom 8. September 1945 bezeichnete es das ZK der KPD als vordringlich, Gemeindebodenkommissionen zu wählen sowie Versammlungen der Landbewerberinnen und -bewerber einzuberufen, auf denen die wichtigsten Maßnahmen zur Durchsetzung der Verordnungen über die Bodenreform beraten und beschlossen wurden.[223]

Diese Gemeindekommissionen wurden durch Versammlungen der werktätigen und armen Landbevölkerung – aus Landarbeitern, landlosen Bauern, Bauern mit weniger als 5 ha Land und in der Gemeinde lebenden Umsiedlern – gewählt. In diesen Kommissionen durften ***keine*** ehemaligen Mitglieder der Nazipartei aufgenommen werden. Die Kommissionen hatten die Aufgabe, die Bodenreform vorzubereiten und durchzuführen. Etwa 50000 Werktätige waren darin organisiert.

Im allgemeinen sollte der durch die Bodenreform zugeteilte Boden nicht mehr als 5 ha übersteigen.[224]

Die Landarbeiterinnen und Landarbeiter sowie landarmen Bäuerinnen und Bauern wurden bei der Durchführung der Bodenreform auch von den Arbeiterinnen und Arbeitern sowie anderen Werktätigen der Städte unterstützt. Dies war gerade auch wichtig, weil die Großgrundbesitzer und Junker sowie deren Agenten alle möglichen Tricks

---

[223] „Aufruf des ZK der KPD vom 8. September 1945 zur Durchführung der demokratischen Bodenreform", zitiert nach: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 151.

[224] Forster, „Freies Land im Morgenrot", S. 33–35.

und Druckmaßnahmen anwandten, um die Bodenreform aufzuhalten und die bis dahin von ihnen Unterdrückten einzuschüchtern.

Die Großgrundbesitzer und Junker versuchten unter anderem mit folgenden Schlichen die Aufteilung ihrer Güter zu verhindern:

- Zahlreiche Gutsbesitzer boten ihre Besitzungen durch Mittelsmänner den Landesverwaltungen als Mustergüter zum Anbau von Saatgut oder zur Aufzucht von Herdbuchvieh an, um die Landaufteilung zu verhindern, da sie hofften, zu einem späteren Zeitpunkt ihren Besitz zurückzubekommen.

- Andere Gutsbesitzer versuchten noch schnell ihre Ländereien unter Familienangehörige oder von ihnen abhängigen Personen aufzuteilen.

- Wieder andere schlossen rückwirkend Verträge mit ausländischen Gesellschaften ab, um durch den Verkauf ihrer Güter der Bodenreform zu entgehen.

- Gleichzeitig drohten die Großgrundbesitzer und Junker den Landarbeiterinnen und Landarbeitern sowie landarmen Bäuerinnen und Bauern mit Vergeltungsmaßnahmen, was manche zumindest vorübergehend einschüchterte und zunächst davon abhielt, Bodenanteile zu übernehmen.

Insgesamt gesehen konnte der reaktionäre Widerstand der Großgrundbesitzer und Junker die Bodenreform jedoch nicht aufhalten.

Die Bodenreform ging in hohem Tempo vor sich. Anfang 1946 war zirka ein Drittel der gesamten Bodenfläche enteignet.[225] Nicht nur der enteignete Boden wurde großteils den ehemals landlosen Bauern übergeben, sondern auch enteignetes Inventar der Großgrundbesitzer und Nazi-Verbrecher. Aus diesem beschlagnahmten Vermögen bekamen die armen Bauern und die Landarbeiter Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Vieh, Traktoren und andere Landmaschinen. Außerdem erhielten ehemals landlose Bauern Vorzugskredite. Durch die Bodenreform geschaffene Wirtschaften durften weder verkauft, ver-

[225] Der Boden der Kirchen und Klöster, der Stadtverwaltungen, der Schulen, Forschungsinstitute, Versuchsanstalten fiel nicht unter die Bodenreform. (Siehe Ulbricht: „Zur Geschichte der neuesten Zeit", S. 221.)

pachtet, geteilt noch verpfändet werden, damit klein- und mittelbäuerliches Eigentum nicht in die Hände von Spekulanten und kapitalistischen Elementen gelangte.

Im Bericht auf dem 15. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946 in Berlin konnte als vorläufige Bilanz[226] der Bewegung für die Bodenreform festgestellt werden:

> „9500 Kommissionen zur Durchführung der Bodenreform mit 52388 Mitgliedern in der sowjetisch besetzten Zone waren tätig. Unterstützt von den Selbstverwaltungsorganen und von der Arbeiterschaft der Städte, führten diese Kommissionen, Landarbeiter, Bauern und andere Werktätige, die Bodenreform durch. Insgesamt wurden 6350 Landgüter mit über 100 Hektar beschlagnahmt. Die Gesamtfläche betrug 2254436 Hektar, davon 730000 Hektar Waldfläche. Außerdem wurden 2230 Güter mit einer Gesamtfläche von 77800 Hektar, die Kriegsverbrechern und aktiven Faschisten gehörten, sowie eine Fläche von 384800 Hektar aus Staats- und Länderbesitz beschlagnahmt. Vieh, Geräte und Maschinen der früheren Großgrundbesitzer wurden kostenlos unter die Neubauern aufgeteilt, größere Maschinen, Zuchtstationen und dergleichen erhielten die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe."[227]

Eine große Rolle spielte bei der Bodenreform die Unterstützung durch die SMAD. Diese hatte mit ihren Befehlen auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens eindeutig den Rahmen abgesteckt, mischte sich aber nicht in den Kampf ein, sofern nicht direkt Fragen

---

[226] Falsch war allerdings die Feststellung:

„Wir können jetzt, ein Jahr nach dem Sturz der Hitlerherrschaft, berichten, daß die demokratische Bodenreform beendet wurde." (Ulbricht: „Bericht auf dem 15. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946 in Berlin", 19. April 1946, zitiert nach: Ulbricht: „Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik", Berlin 1961, S. 90)

Die Bodenreform wurde nämlich noch mit wesentlichen Ergebnissen bis ca. 1950 weitergeführt. Das zeigen die statistischen Angaben eindeutig. (Siehe dazu „Statistische Angaben über die Bodenreform", in Ulbricht: „Zur Geschichte der neuesten Zeit", S. 414–416).

[227] Ulbricht: „Bericht auf dem 15. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946 in Berlin", 19. April 1946, zitiert nach: Ulbricht: „Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik", S. 90.

der Besatzungsmacht berührt waren. Direkt unterstützte die SMAD die Bodenreform durch ihre Beratung, aber auch materiell, zum Beispiel durch die Bereitstellung von Baumaterialien für die Ausleihstationen oder Maschinenhöfe (den späteren Maschinen-Ausleih-Stationen). Die SMAD trat den Junkern auch selbst direkt entgegen, wenn diese bei ihren reaktionären Machenschaften gegen die Ziele der Besatzung verstießen.

Den Kampf für die Bodenreform trieb die KPD gegen den massiven Widerstand bürgerlicher Kräfte, gegen ausdrücklichen und versteckten Widerstand in den bürgerlichen Parteien voran. Unter Führung der KPD wurde der Widerstand vor allem der reaktionären Führung der CDU der SBZ unter Hermes und Schreiber gebrochen, die im Dezember 1945 sogar durch den Druck aus den eigenen Reihen aus der Führung dieser Partei ausgeschlossen wurden. Dadurch erhöhte sich die Autorität der KPD unter den ausgebeuteten und werktätigen Massen gerade auch auf dem Land und es wurde ein wichtiger Schritt vorwärts getan im Kampf für die Schaffung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der großen Masse der ausgebeuteten und werktätigen Bauernschaft, für die Erkämpfung die Hegemonie der Proletariats.[228]

Allerdings gab es in der SBZ/DDR nach wie vor einen sehr großen kapitalistischen Sektor in der Landwirtschaft. Die Großbauern waren jetzt die größten Ausbeuter auf dem Lande.

Durch die demokratische Bodenreform wurde den preußischen Junkern, die Teil der herrschenden Klasse des deutschen Imperialismus waren, ihre ökonomische Macht genommen. Sie wurden enteignet. Das war ein überaus wichtiger Erfolg des antifaschistisch-demokratischen Aufbaus in der SBZ.

---

[228] Jedoch war der Kampf um die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher auf dem Land auch von schweren Fehlern gekennzeichnet, die auch öffentlich diskutiert wurden. In der „Deutschen Volkszeitung" vom 26. 1. 1946 wird etwa im Artikel von R. Reuter unter der Überschrift „Antifaschisten, Neubauern, seid wachsam!" aufgezeigt, daß zum Beispiel bei der Bodenaufteilung des Großgrundbesitzes in Sachsen große Fehler gemacht wurden, daß die Junker wieder Morgenluft witterten und zum Teil auf ihre Güter zurückkehrten. Vor allem wurde es versäumt, den enteigneten Boden auch wirklich aufzuteilen, statt dessen wurden Hunderttausende Hektar zu lange im Bodenfonds belassen usw.

Fazit

Somit ergibt sich unzweifelhaft, daß bei der Entnazifizierung in der SBZ sowohl auf ökonomischem wie auf politischem Gebiet, aber etwa auch auf dem Gebiet der Erziehung dem deutschen Imperialismus gewichtige Schläge versetzt worden sind, worüber die deutschen Imperialisten, Militaristen und Revanchisten bis heute ihr reaktionäres Wutgeheul anstimmen. Diese Erfolge waren eine wichtige Basis für den Kampf zur Vernichtung sämtlicher noch vorhandener Teile des Nazifaschismus und für den langfristig zu führenden Kampf für die Revolutionierung der Arbeiterklasse, für die Vernichtung des deutschen Imperialismus in der sozialistischen Revolution.

II. Zunehmend Kompromisse mit den sogenannten „kleinen" Nazis

„Der Gegensatz zwischen antinazistischen und nazistischen Kräften muß bis zum Letzten ausgetragen werden." (Paul Merker)

Nach den bestialischen Verbrechen der Nazis schien es für alle Antifaschisten und wirklichen Demokraten eine klare politische Aufgabe zu sein, dafür zu sorgen, daß die großen wie auch alle „kleinen" Nazis, die an Verbrechen beteiligt waren, und sämtliche sonstigen Kriegsverbrecher und ihre Helfer nach dem Sieg über den Nazifaschismus ihrer gerechten Strafe nicht entgehen.

Der gesamte Erfolg der Entnazifizierung auf politischem Gebiet hing von der richtigen Beantwortung der entscheidenden Frage ab: Wie weit soll man gehen?

Wir denken, daß Stalin die einzig richtige Antwort gegeben hat, die nicht nur auf das Vorgehen gegen zweitrangige Kriegsverbrecher hätte angewandt werden müssen, sondern auch insgesamt zum Prinzip der Entnazifizierung hätte werden müssen:

> **„Frage: Wie weit sollten nach Ansicht des Kreml die verbündeten Mächte bei der Fahndung nach zweitrangigen Kriegsverbrechern in Deutschland und deren gerichtlicher Belangung gehen? Ist man der Meinung, daß die Nürnberger Entscheidungen eine hinreichend feste Basis für solche Schritte ergeben haben?**
>
> **Antwort: Je weiter man gehen wird, desto besser."**
> (Stalin, „Antworten auf die Fragen des Moskauer Korrespondenten der ‚Sunday Times', Mr. Alexander Werth, in einem Schreiben vom 17. September 1946", 24. September 1946, Werke Band 15, S. 92)

„Je weiter man gehen wird, desto besser" – diese These Stalins mußte unbedingt als Handlungsanleitung für die gesamte Entnazifi-

zierung in der SBZ/DDR durchgesetzt werden. Diese These Stalins bedeutete, daß die Verbrechen der Nazifaschisten möglichst weitgehend ***aufgeklärt*** werden mußten, daß auf dieser Basis möglichst alle Nazi-Verbrecher klar verurteilt werden mußten, und daß damit einhergehend auch zu klären war, welche politischen Rechte jemand wahrnehmen konnte und wem sie entzogen werden mußten.

Ähnlich formulierte auch Paul Merker im August 1945:

> „Der Gegensatz zwischen antinazistischen und nazistischen Kräften muß bis zum Letzten ausgetragen werden."[229]

---

[229] Merker: „Das Dritte Reich und sein Ende", Band 2, S. 105.

Ausführlich heißt es bei Paul Merker:

„Es wird sich erweisen, daß der Gegensatz zwischen nazistischen und antinazistischen Kräften nie so kraß zum Ausdruck kam, wie er nach dem Zusammenbruch des nazistischen Blutregimes zum Ausdruck kommen wird. Es wäre ein Verbrechen, diesen Gegensatz ausgleichen oder ihn mit Gewalt unterdrücken zu wollen. Es wäre ein Verbrechen, ähnlich wie 1918, von Anfang an die sogenannte reine Demokratie zu fordern und keinen Unterschied zwischen den demokratischen Massen und den nazistischen Verbrechern und den von ihnen Beeinflußten zu machen. Der Gegensatz zwischen antinazistischen und nazistischen Kräften muß bis zum Letzten ausgetragen werden." (Merker: „Das Dritte Reich und sein Ende", Band 2, S. 105)

Paul Merker entwarf auch einen sehr weitgehenden konkreten Katalog entsprechend dem Prinzip „Je weiter man gehen wird, desto besser", welche Schichten des Nazi-Regimes unbedingt vor Gericht gestellt werden sollten:

„Anklage muß gegen Hunderttausende Polizisten, Scharfmacher und Spitzel in den Betrieben, Beamte der verschiedenen Behörden, Funktionäre aller Grade der nazistischen Organisationen, Lehrer der Rassenhetze und gegen alle, die freiwillig der Allgemeinen SS, dem SD, und dem Volksbeobachtungsdienst beitraten, erhoben werden." (Ebenda, S. 105)

In der „Täglichen Rundschau" wird herausgestellt, daß im Zusammenhang mit dem Anklagepunkt „verbrecherische Organisationen" Millionen von Deutschen im Nürnberger Prozeß unter Anklage stehen, aber nicht die ganze deutsche Bevölkerung:

„Er (Jackson, Hauptankläger der USA, A. d. V.) erklärte, daß wohl Millionen Deutsche, aber nicht ganz Deutschland im Zusammenhang mit dem Tatbestand der verbrecherischen Organisationen unter Anklage stehen. Der Verteidiger der Reichsregierung erklärte, daß von dieser Anklage schätzungsweise 7½ Millionen Deutsche betroffen werden." („Tägliche Rundschau", 1.3.1946)

Um diesen Forderungen tatsächlich gerecht zu werden, war die Verwirklichung von drei Aufgaben entscheidend, die programmatisch schon im Potsdamer Abkommen festgeschrieben waren:

1. Internierung aller Personen, die sich der Umsetzung des Potsdamer Abkommens widersetzen oder seiner Umsetzung gefährlich werden könnten.

2. Umfassende, möglichst weitgehende Aburteilung und Bestrafung aller Nazi-Verbrecher und ihrer Helfershelfer.

3. Säuberung der aktiven Nazis aus staatlichen und wirtschaftlichen Positionen als Voraussetzung für den Aufbau eines antifaschistischen Staates.

Dabei war klar, daß ehemalige Mitglieder der Nazipartei den Entnazifizierungsorganisationen keinesfalls angehören durften.[230]

Bei der Umsetzung dieser Aufgaben hatten die antifaschistischen und kommunistischen Kräfte mit einer Fülle von Problemen zu kämpfen:

- Schon während des Vormarsches der Sowjetarmee auf Berlin setzten sich viele bekannte Nazi-Größen Richtung Westen ab. Den Kampf für die Entnazifizierung in der SBZ/DDR stellte diese Tatsache vor ein großes Problem. Viele der in der SBZ/DDR zurückgebliebenen Nazis waren nicht so bekannt und waren entschlossen, ihre Pfründe, ihre Positionen und ihr Eigentum in der SBZ/DDR zu verteidigen und den „Kampf gegen den Bolschewismus" dort aufzunehmen. ***Diese Nazis mußten zuerst einmal als solche entlarvt werden.*** Tarnung, Verleumdung und Lüge – das waren die bewährten Mittel der aktiven Nazis, die sie bis zur Perfektion beherrschten.

---

[230] Die Sowjetische Militärverwaltung hatte ausdrücklich ohne jegliche Unterdifferenzierung festgelegt, daß etwa bei der Schaffung von antifaschistischen Frauenausschüssen ehemalige Mitglieder der Nazipartei nicht dabei sein dürfen. „Den Ausschüssen dürfen ehemalige Mitglieder der faschistischen Partei und die Funktionäre der faschistischen Frauenorganisationen nicht angehören." („Mitteilung der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland vom 3. November 1945 über die Bildung von Frauenausschüssen bei den Stadtmagistraten" in: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 255)

Es war ein häufig anzutreffendes Täuschungsmanöver der Nazis, wenn sie ihre Nähe zum Nazi-Regime schon nicht vollständig verschleiern konnten, zu behaupten, sie seien lediglich nominell Mitglied in der NSDAP gewesen, hätten sich nicht aktiv für den Nazifaschismus eingesetzt – so oder so ähnlich versuchten sich nicht wenige Nazi-Verbrecher herauszureden. Viele ließen sich sogenannte „Persilscheine" unterschreiben, Versicherungen, die angeblich ihre Unschuld dokumentieren sollten. Oftmals konnte die Echtheit oder der Wahrheitsgehalt dieser Schriftstücke nicht genau nachgeprüft werden. Um diese Probleme richtig anpacken zu können, mußte der Grundsatz gelten, den Paul Merker zu Recht betonte und begründete:

> „Keinem ehemaligen nazistischen Funktionär, keinem ehemaligen bewährten nazistischem Parteimitglied, keinem SS-Mann, keinem SA- oder NSKK-Funktionär darf Glauben geschenkt werden. Sie alle sind im Geiste der Lüge, der Hinterhältigkeit, der Demagogie, der vollkommenen Charakterlosigkeit, des Terrorismus, des Raubes und des Mordes erzogen worden. Sie alle stehen mit ihren ‚Ehrbegriffen' denjenigen der Antinazisten unversöhnlich gegenüber. Sie alle werden für ihre persönliche Unbill, den Verlust ihrer Macht und ihres Raubes nicht sich selbst und ihrem Regime die Schuld geben, sondern dem ‚Neid der Sklavenvölker', dem ‚Haß der Juden', den ‚Weltherrschaftsplänen der Bolschewiken'. Sie alle werden sich, je weniger ihnen blieb, desto mehr mit dem Gedanken trösten, zur Herrenrasse, zur Creme der Menschheit zu gehören. Sie werden sich vor den Besatzungsbehörden einerseits, wie heute schon unzählige Beispiele beweisen, bis in den Staub verbeugen, und zur selben Stunde auf blutige Rache sinnen. Am Tage werden sie, wenn ihnen die Gelegenheit dazu geboten wird, die ergebenen, tadellosesten Diener der Besatzungsbehörden sein, bei Nacht aber als Mitglieder von Feme-Gerichten amtieren, Antinazisten und Juden überfallen und Sabotage verüben oder verüben lassen."[231]

---

[231] Merker: „Das Dritte Reich und sein Ende", Band 2, S. 104.

Paul Merker machte noch ein weiteres großes Problem bewußt: „Selbst bei energischstem Vorgehen wird es außerordentlich schwierig sein, aller schweren Verbrecher habhaft zu werden; denn wie wir gesehen haben, trat selbst in der Nazi-Zeit nur ein Teil offen auf: Viele waren im Geheimen als SD- und VBD-Spitzel (Spitzel des „Volksbeobachtungsdienstes", einer Unterorganisation des SD, A. d. V) auf alle Institutionen des Staates, der Wirtschaft und der Armee verstreut." (Ebenda, S. 105)

● Ein weiteres Problem ergab sich daraus, daß nicht alle Beamte, Wissenschaftler oder andere Intellektuelle, die an Nazi-Verbrechen beteiligt waren oder im Nazi-Staatsapparat arbeiteten, Mitglieder der Nazipartei, der SS oder der SA waren. Um die Schuld dieser Personengruppe festzustellen, war die Prüfung der Mitgliedschaft in einer Nazi-Organisation oder auch die Feststellung einer nicht ganz nazikonformen Haltung zwischen 1933 und 1945 kein ausreichendes Kriterium. Es galt, die Taten jedes einzelnen genau zu prüfen, um den Nazi-Kollaborateur genau von demjenigen zu unterscheiden, der aus Egoismus oder ähnlichem stillgehalten hat, damit zwar auch eine Mitschuld an den Nazi-Verbrechen auf sich geladen hatte, aber eben anders behandelt werden mußte als der Kollaborateur, der an Nazi-Verbrechen beteiligt war, sie unterstützt und ermöglicht hat.

Die von Paul Merker formulierte Position bot eine Grundlage, um diese nötige Unterscheidung genauer zu fassen und systematisch differenziert auszuarbeiten:

> „Nicht nur diejenigen, die mit eigenen Händen Mord, Raub und Zerstörung verübt haben oder den direkten Befehl dazu gaben, sondern auch die intellektuellen Urheber müssen verfolgt werden. Unter anderem alle diejenigen, welche die verbrecherische Rassentheorie entwickelten und durch Artikel, Bücher und Reden verbreiteten, die zum Rassenhaß und zu Judenpogromen aufstachelten, die Geld zur Finanzierung der nazistischen Bewegung gaben, und die Hitler, Göring, Goebbels, Himmler, Hess, Rosenberg, Ley, Haushofer und Konsorten moralisch durch ihre Autorität unterstützten.
>
> Sie alle haben sich an der Vorbereitung und Durchführung des millionenfachen Meuchelmordes beteiligt und sind als Massenmörder zu bestrafen. Es darf weder vor Monopolisten, Großgrundbesitzern, Königssöhnen, Herzögen, Prinzen, Adelssöhnen, Generalen, hohen Politikern und Beamten, noch vor sogenannten Wissenschaftlern Halt gemacht werden, wenn man eine Wiederholung dieser furchtbaren Ereignisse wirklich verhindern will."
> (Ebenda, S. 102)

Die KPD/SED stand also vor der wichtigen Aufgabe, die Nazis zu erkennen und aufzuspüren, um möglichst umfassend mit ihnen abzurechnen und so im Kampf für die politische Entnazifizierung voranzugehen.

● Ein weiteres Problem war, daß viele Nazis nicht ganz zu Unrecht damit spekulierten, daß sie aufgrund ihrer Kenntnisse, ihres

Spezialwissens auf ihrem Gebiet – ob in der Verwaltung oder in anderen Bereichen – für die Aufrechterhaltung der Staatsgeschäfte direkt nach 1945 benötigt würden, weil es viel zuwenig demokratische Kräfte für diese Positionen gab. In ihrer großen Mehrheit hatten die antinazistischen Kräfte in der Tat keine Erfahrung auf dem Gebiet der Staatsverwaltung, sondern mußten sich die nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten erst in einer mehrjährigen Ausbildung aneignen.

Gerade weil eine Diskrepanz bestand zwischen den vorhandenen antinazistischen Kräften und den benötigten Kenntnissen für die Staatsverwaltung, mußte diese Lücke geschlossen werden durch die Stärkung der antinazistischen Kräfte und durfte nicht der falsche Weg der Kompromisse eingeschlagen werden, indem in begrenzter Zahl Nazis im Staatsdienst belassen oder wiederaufgenommen werden.

☆ ☆ ☆

Auf keinem anderen Gebiet der Tätigkeit der KPD/SED läßt sich ein solches Hin und Her feststellen wie 1945/1946 beim Kampf um die Entnazifizierung auf politischem Gebiet. Hier stehen praktisch zur gleichen Zeit diametral entgegengesetzte Positionen mehr oder weniger direkt nebeneinander. Dieses Problem wird in den Stellungnahmen der KPD/SED nirgends aufgedeckt, sondern weitgehend zugedeckt durch eine begriffliche Verwirrung, die größer kaum sein kann. „Nominelle Pgs", „kleine Nazis" und „große Nazis", „einfache Mitglieder" der Nazipartei, „Mitläufer" und andere Begriffe werden in den Beschlüssen, Publikationen und Organen der KPD/SED durcheinander verwendet. Teilweise werden Begriffe wie „kleine Nazis" in Artikeln des Zentralorgans der KPD abgelehnt, vom Vorsitzenden der KPD dann aber doch wieder verwendet.

Eine eindeutig festgelegte und von oben bis unten einheitlich durchgeführte Linie ist für diesen Zeitabschnitt nicht feststellbar, auch wenn sich eine bestimmte Tendenz hin zu einer kompromißlerischen Linie gegenüber einem Großteil der Nazis feststellen läßt.

Die ***Beschlußlage,*** vor allem durch einen Parteitag oder eine Parteikonferenz oder aber durch das ZK, gibt keine echte Klarheit. Nach dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 war für die Beschlußlage für die Zeit 1945/1946 zunächst maßgeblich der ***Beschluß der Blockparteien der SBZ „Bestrafung der Naziverbrecher"*** vom 30. Oktober 1945. An der Formulierung dieses Beschlusses hatte die

KPD zweifellos einen maßgeblichen Anteil. Darin wird versucht, durch die Festlegung einiger Kategorien ein differenziertes Vorgehen gegenüber den Nazis zu entwickeln. Deren Kern ist die Unterscheidung zwischen „aktivistischen" Nazis und „nominellen" Mitgliedern der Nazi-Partei, wobei gegenüber diesen nominellen Mitgliedern bereits eine kompromißlerische Abschwächung der nötigen Entnazifizierung festzustellen ist. Die ***Resolution der „Reichskonferenz" der KPD*** vom 2./3. März 1946 vertrat dann – gegen ziemlich breiten Protest aus zahlreichen Grundeinheiten der KPD – bereits ziemlich offen eine kompromißlerische Haltung zu den sogenannten „kleinen Pgs", die großteils als angeblich nur „Irregeführte" in Schutz genommen werden. Nach der Gründung der SED bedeutete dann der ***Beschluß des SED-Parteivorstands „SED und nominelle Pgs"*** vom 20. Juni 1946 eine weitere Aufweichung der antinazistischen Frontlinie, indem faktisch für alle „einfachen Mitglieder der Nazipartei, die nicht besonders (!) belastet sind", eine Art politische Amnestie beschlossen wird.

Im vorliegenden Material finden sich neben völlig falschen Stellungnahmen, wie etwa die eines FDGB-Mitglieds, das den nazistischen Zellenleitern eine Beurteilung zukommen lassen will, „die dem gesunden Volksempfinden entspricht", auch sehr richtige Positionen, welche herausstellen, wie sehr die sogenannten „kleinen" Nazis unerläßliche und tragende Säulen des Naziterrors waren.

1. Juni – Dezember 1945

Die erste Debatte über das Herangehen an die Mitglieder der Nazipartei (Juni – Juli 1945) beginnt fünf Wochen nach der Befreiung vom Nazismus am 16. 6. 1945 in der „Deutschen Volkszeitung", dem ***Zentralorgan der KPD,*** mit dem Artikel von Anton Ackermann „Keine Nachsicht mit dem Nazismus!". Nachdem Ackermann zu Recht zur Wachsamkeit gegen Nazis aufgerufen hat, warnt er vor einer angeblichen „Werwolf-Angst-Psychose", als wäre das in der SBZ das Problem gewesen und nicht die Unterschätzung der noch vorhandenen Kräfte der Nazis. Wichtig ist der Schluß des Artikels, weil sich daran kontroverse Diskussionen entzündet haben:

„Einfache Mitglieder der Nazipartei – das ist ein festes Prinzip unter allen bewußten Antifaschisten – werden nicht angetastet, sofern sie sich wie anständige Menschen betragen und sich den neuen Verhältnissen gegenüber loyal verhalten. Daß Übereifer nur schadet, gilt besonders in dieser Hinsicht, und deshalb soll man sich davor hüten. Aber ***wachsam*** gilt es zu sein."[232]

Falsch ist die generelle Aufforderung, alle „einfachen Mitglieder" nicht anzutasten. Falsch ist zudem, bei der Beurteilung der „einfachen Mitglieder" nur darauf zu achten, wie sie sich ***heute,*** also im Juni 1945 verhalten, da es doch gerade vor allem um ihr „Verhalten" vor dem 8. Mai 1945 gehen muß, um ihre Beteiligung bzw. Mitschuld an den Nazi-Verbrechen.

In der Nummer 15 der „Deutschen Volkszeitung" vom 29.6.1945 wird mit dem Artikel „Antwort auf eine oft gestellte Frage ***Was tun wir mit den kleinen ‚Pgs'?*** – Wachsamkeit, Sühne und klare Einschätzung" versucht, die begonnene Debatte aufzubereiten.

Die Redaktion der „Deutschen Volkszeitung" nimmt am 29.6.1945 Bezug auf den Artikel von Ackermann vom 16.6.1945 und verteidigt zunächst dessen falsche Linie:

„Die Stellungnahme der ‚Deutschen Volkszeitung' ist in großen Zügen bereits im Aufsatz des Genossen Ackermann vom 16. Juni 1945 bekanntgegeben worden. In diesem Aufsatz heißt es nämlich dazu: ‚Einfache Mitglieder der Partei – das ist ein feste Prinzip unter allen bewußten Antifaschisten – werden nicht angetastet, sofern sie sich wie anständige Menschen betragen und sich den neuen Verhältnissen gegenüber loyal verhalten. Daß Übereifer nur schadet, gilt besonders in dieser Hinsicht, und deshalb soll man sich davor hüten.' Die Zuschriften, die bei der Redaktion täglich einlaufen, machen aber eine weitere Klärung notwendig.

Selbstverständlich sind alle Mitglieder der ehemaligen Nazipartei mit äußerster Wachsamkeit zu behandeln. Irgendeinem von ihnen auch nur irgendwelche verantwortliche Posten anzuvertrauen, hieße gerade die für diese Kreise notwendige Umerziehungsarbeit am falschen Ende zu beginnen."

---

[232] Deutsche Volkszeitung, 16.6.1945.

Zustimmend wird eine Zuschrift zitiert, in der es über die Nazis sehr richtig heißt:

> „Ihnen steht ein Platz, an dem sie auch nur einem einzigen Bürger übergeordnet sind, keinesfalls mehr zu."

Dann wird auf die sogenannten „Prozentnazis" eingegangen, das heißt auf jene, die da nach dem 8. Mai 1945 behaupteten, sie wären nur aus wirtschaftlichen Gründen Mitglieder der Nazipartei geworden, im übrigen aber innerlich Gegner des Nazismus gewesen. Die Redaktion zitiert hier wiederum zustimmend eine völlig richtige Zuschrift:

> „Auch hier trifft eine Zuschrift von Hermann Butzke ins Schwarze, wenn es darin unter anderem heißt:
>
> ‚Ihr seid eingetreten, um Nachteile zu vermeiden und Vorteile zu genießen. Ihr habt Euch verkalkuliert, nun tragt den Schaden, den Ihr Euch zuzuschreiben habt und für den niemand verantwortlich ist. Jeder Pg ist verantwortlich für die Untaten der Partei. Ihr könnt nicht jahrelang die Vorteile genossen haben, um Euch nun außerhalb der Partei teilhaftig der Vorteile der Nichtparteizugehörigkeit zu machen.'
>
> Klare und eindeutige Sprache den NSDAP-Mitgliedern gegenüber. Jedem Versuch, den sie machen sollten, sich ihrer schweren Verantwortung zu entziehen, sich zu tarnen oder gar aktive Gegenarbeit zu betreiben, ist mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Wenn manche Maßnahmen, die von einzelnen Behörden getroffen werden, nicht dieser Forderung entsprechen, dann muß die antifaschistische Öffentlichkeit dafür Sorge tragen, daß begangene Fehler berichtigt werden."

Nach diesen zweifelsohne sehr richtigen Passagen werden dann in dem Artikel einige Zuschriften zitiert, die für falsch gehalten und als angebliche „Übertreibungen" zurückgewiesen werden:

> „Falsch aber ist jene Auffassung, die in einer Zuschrift von Ernst L. Zimmermann zum Ausdruck gebracht wird. Zimmermann schreibt unter anderem folgendes:
>
> ‚Aber geht unser Kampf denn allein gegen die Hitlerpartei? Geht unser Kampf nicht vielmehr gegen den Faschismus? Und sind Sie, Frau Krause, nicht auch eine Faschistin gewesen? Ach, Sie konnten sich nicht wehren, weil Hitler die Macht hatte? (...) Natürlich weh-

ren Sie sich dagegen, Faschistin genannt zu werden, aber Sie sind es aus Dummheit doch.'

Zimmermann wendet sich hier gegen eine symbolische Frau Krause, die wahrscheinlich Vertreterin jener Schicht sein soll, die heute noch unzufrieden ist, über die Schwierigkeiten des täglichen Lebens klagen, sich schuldlos fühlen, weil sie der Partei nicht angehörten, ihre eigene Mitschuld nicht sehen und auch nicht die Notwendigkeit erkennen, durch eigenen Einsatz am Wiederaufbau mitzuarbeiten. Sie nun als Faschistin abzustempeln, wäre genau so falsch wie unsinnig. Falsch darum, weil man nicht neben dem Hitlerismus in Deutschland noch eine sogenannte gemäßigte Spielart, den Faschismus, konstruieren kann, und unsinnig, weil natürlich nicht unser ganzes Volk, mit Ausnahme der wirklichen Hitlergegner, Faschisten genannt werden können, nur aus dem Grunde, weil sie die Machtübernahme Hitlers und seine weiteren Verbrechen nicht verhindert haben."

Diese Antwort ist im Kern nicht richtig. Die Zuschrift weist doch auf das große Problem hin, daß es wirklich nicht nur um die Nazi-parteimitglieder geht, wenn man vom Nazifaschismus spricht. Nicht alle außerhalb der Nazipartei waren Nazis, aber erstens gab es außerhalb der Nazipartei sehr viele Nazis und zweitens hatte der Nazifaschismus mit seinen Massenorganisationen innerhalb der deutschen Bevölkerung einen sehr weitreichenden Einfluß. Dies mit dem Hinweis auf die Problematik des Begriffs „Faschismus" in bezug auf den Nazifaschismus in Deutschland abzutun – dazu noch mit dem Hinweis auf den angeblich richtigeren Begriff „Hitlerismus", der in Wirklichkeit den Nazifaschismus falsch auf die Person Hitlers reduziert –, lenkt die Debatte vom Kernpunkt ab, den der Leserbrief richtig hervorgehoben hat: Wie geht man an die Nazis ohne Parteimitgliedsbuch heran?

Es ist eine unzulässige Vereinfachung, wenn es von seiten der Redaktion als Fazit heißt:

„Klare Abgrenzung zwischen NSDAP-Mitgliedern und den anderen deutschen Männern und Frauen, das ist zunächst einmal das Erste. Eine zweite Frage ist dann die Gesamtschuld des ganzen Volkes."

Die Losung Paul Merkers, daß der Gegensatz zwischen Nazis und Antinazisten bis zum Letzten ausgetragen werden muß, wird hier

zurückgezerrt auf die Unterscheidung zwischen Parteimitglied und Nichtmitglied, die an erster Stelle zu stehen habe.

Zitiert wird im weiteren auch folgende Zuschrift, in der es richtig heißt:

> „Nur kein falsches Mitleid, es war ja nur ein kleiner Pg. Viel Kleines ergibt ein Großes, denn nur die Masse der kleinen Pgs gaben dem wirklichen Kriegsverbrecher Hitler die Macht zur Durchführung seiner sadistischen Pläne und führten sie meistenteils selber aus."

Die Redaktion der „Deutschen Volkszeitung" stellt sich gegen diese richtige Position und nimmt wie folgt Stellung:

> „Gewiß sind die Mitglieder der Partei als unmittelbare Träger und Anhänger des Programms schwerer belastet, und sie werden das noch in aller Schärfe zu fühlen bekommen. Doch auch die Masse des Volkes, die außerhalb der Partei stand, wurde zum Werkzeug in der Hand Hitlers, trägt eine bestimmte Verantwortung und Mitschuld. Wenn es nun Unsinn ist, die Schuld der wirklich verantwortlichen Anstifter und Führer aller Verbrechen und Untaten des Dritten Reiches mit der jedes einzelnen Deutschen gleich zu setzen, so kann man ebensowenig den kleinen Pg mit der gleichen Schuld bemessen wie seine Führer. Allerdings wenn er unmittelbar an den Verbrechen beteiligt war, dann trifft ihn genau dieselbe Strafe wie den Führenden. (...) Der kleine Pg wird die Strafe erhalten, die ihm gebührt, und sei es zunächst harte Arbeit. Er wird ungefährlich sein und verschwinden (?), wenn wir wachsam gegen jeden sind, der unser Aufbauwerk stört (...)."[233]

In der Antwort der Redaktion wird mit der Methode der Demagogie gearbeitet. Im Leserbrief wird gar nicht behauptet, daß die Schuld der „großen" und „kleinen" Nazis „gleichgesetzt" werden soll, sondern es wird sehr richtig darauf hingewiesen, daß die Naziführer ohne ihren millionenfachen Anhang, ohne die Millionen Mitglieder der Naziorganisationen niemals diese ungeheuerlichen Verbrechen hätten begehen können.

Übertriebene Härte im Umgang mit den Nazianhängern gab es – wenn überhaupt – nur in geringem Umfang. Das war mit Sicherheit

---

[233] Hervorhebung durch (?) RF).

keine reale Gefahr. Vielmehr war die große Gefahr, daß dem Druck, der von den Massen der Nazianhänger ausging, immer mehr nachgegeben, zwischen Nazianhängern und Nazigegnern versöhnt und ein konsequenter Kurs der Entnazifizierung, vor allem gegenüber den sogenannten „kleinen" Nazis, aufgegeben wird. Es ist eine Bagatellisierung der von diesen Nazi-Massen ausgehenden Gefahren, wenn der Gedanke zugelassen wird, daß diese „ungefährlich" seien und dann sogar „verschwinden" würden.

Entgegen den zuvor benannten falschen Positionen der Stellungnahme der Redaktion der „Deutschen Volkszeitung" wird in einem Leitartikel vom 12.7.1945 mit dem Titel „Bis zur Wurzel des Nazismus (...)" [234] Umfang und Tiefe des Problems des Nazismus aufgezeigt. Ausgehend von der Entlarvung eines Nazis „ohne Parteibuch" wird darin frontal und richtig Position bezogen gegen die unzureichende, irreführende und die Probleme verharmlosende Unterscheidung „Pg/Nicht-Pg".

Sozusagen programmatisch wird in diesem Artikel dazu aufgefordert, jeden Fall konkret anhand von Tatsachen zu untersuchen, um so die Schuld des einzelnen feststellen zu können:

> „Der Kern des Problems: zu erkennen, was Nazismus ist.
>
> Die Schwierigkeiten: seine Aufdeckung, die Differenzierung und schließlich Treffen der richtigen Entscheidung zu seiner Liquidierung.
>
> Zu erkennen, was Nazismus ist – damit fängt es an. In den wenigsten Fällen ist das äußerlich von der Person her zu entscheiden. Nämlich nur dort, wo es sich um bekannte Naziführer, Kriegsverbrecher, SS-Banditen, Gestapolumpen handelt. Über die brauchen wir uns nicht lange zu unterhalten. Sie sind, sofern sie sich nicht schon dem Gericht durch feigen Selbstmord entzogen haben oder bereits in sicherem Gewahrsam sind, aufzuspüren und ihrem gerechten Schicksal auszuliefern. Bei ihnen wird der Nazismus zugleich mit ihrer werten Person liquidiert werden. Das ist die klare Forderung aller anständigen Menschen in der ganzen Welt.
>
> Der Nazismus ist weiter verkörpert in einem Heer mittlerer und untergeordneter ehemals brauner Bonzen. Ihre Schuld ist eindeutig,

[234] Deutsche Volkszeitung, 12.7.1945.

beim einen größer, beim anderen geringer – aber straffällig sind sie alle. Nur hat das Maß ihrer Strafe dem Maß ihrer Schuld zu entsprechen. Man muß differenzieren. Und dabei vergrößert sich der Kreis: bis wir bei den unentwegten Ja-Sagern, den Mitmachern und Mitläufern, den ‚Mußnazis' und schließlich bei den einst begeisterten, zuletzt aber schwer enttäuschten Pgs angelangt sind.

Prüft und sichtet man derart konkret, dann stößt man immer wieder auf das Entscheidende. Nämlich darauf, ***daß die schematische Trennung zwischen Pg und Nicht-Pg sinnlos und die Unterscheidung zwischen Amtswalter- und Führungsdienstgraden eine irreführende Differenzierung ist.*** Worauf es einzig und allein ankommt – dafür ist dieser Erich Schaller geradezu das Musterbeispiel – ist die ganz konkrete Unterscheidung zwischen aktiven Nazis, passiven Elementen und Nazigegnern. Einer kann ohne Parteibuch, wie dieser Schaller, der Naziverbrecher in Reinkultur sein: Denunziant, Hetzer, Bluthund – der andere kann sich anständig benommen haben, auch wenn er ein Pg war. Und dazwischen liegen viele, viele Grade der Unterscheidung.

Man sieht, es kommt einzig und allein darauf an, jeden Fall ganz konkret zu betrachten und sich zweckentsprechend zu verhalten. Man muß wirklich hieb- und stichfest alle Tatsachen feststellen.

Das ist notwendige Voraussetzung. Sind aber die Tatsachen sicher, dann unerbittlich und konsequent vorgehen; nicht ruhen und rasten, bis die Sache geklärt und erledigt ist."[235]

Diese Positionen des Artikels „Bis zur Wurzel des Nazismus ..." hätten zu einer Grundlage des Kampfes der KPD um das Hauptkettenglied Entnazifizierung werden müssen!

Doch zwei Tage später veröffentlichte die „Deutsche Volkszeitung" am 14.7.1945 einen Artikel, der sich direkt gegen diese richtigen Ausgangspunkte und Herangehensweisen zur Frage der Entnazifizierung richtet, unter dem Titel „Wer ist ein aktiver Nazi, und wer soll bestraft werden? Die Forderung der Antifaschisten: Strenge Bestrafung jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat (?!) schuldig gemacht haben".[236]

---

[235] Ebenda, Hervorhebung RF.

[236] Deutsche Volkszeitung, 14.7.1945, Hervorhebung durch (?!) RF.

Der Artikel wendet sich gegen die Position all der Genossinnen und Genossen, welche ein scharfes Vorgehen gegen alle Nazis fordern und dabei angeblich nicht richtig zwischen den Hauptverbrechern und den anderen unterscheiden würden:

> „Ihr Augenmerk richtet sich weniger gegen die wirklich verantwortlichen, führenden und aktiven Nazisten – sie sehen nur den kleinen Nazi in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft.
>
> So schreibt uns jemand:
>
> ‚Wieder einmal hat die Frage der kleinen Pgs eine Auslegung gefunden an öffentlichem Ort von in leitender Stelle befindlicher Seite, die nicht unwidersprochen bleiben darf. Folgte man dieser Auslegung, so wird die Verfolgung der «großen» Kriegsverbrecher anerkannt – dann aber gesagt – die kleinen Pgs seien zu schonen.'
>
> Also meint der Verfasser, ohne sich klar auszudrücken: dieselbe (?!) Verfolgung der großen Kriegsverbrecher wie der einfachen Pgs."[237]

Auch hier wird wieder mit einer Unterstellung und mit Demagogie gearbeitet, wenn behauptet wird, daß der Verfasser „dieselbe Verfolgung" fordern würde.

Dennoch wird dann zu Recht festgehalten, daß der „kleine Pg" bestraft werden muß, wenn er Verbrechen begangen hat:

> „Stellen wir erst einmal eine Sache richtig: Niemals und an keiner Stelle wurde die Behauptung aufgestellt, die kleinen Pgs nicht anzurühren. Ein sogenannter ‚kleiner Pg' kann ein großer Verbrecher sein. Wenn also ein einfaches Mitglied der Partei aktiv mitbeteiligt an den Verbrechen der Naziführung war, dann trifft ihn die Strafe genau wie jeden anderen Kriegsverbrecher. Wer Menschen aus eigenem Antrieb oder auf Befehl mordete, folterte, beraubte, denunzierte, – der wird schonungslos abgeurteilt. Ihm wird es auch nicht lange möglich sein (?!), sich harmlos zu tarnen, zu verkriechen oder unter anderer Maske ein verderbliches Spiel zu beginnen."[238]

Hier wird im Grunde nur deutlich, daß von Redaktionsseite aus versucht wird, die eigene falsche Position zu den „kleinen Pgs" ir-

---

[237] Ebenda, Hervorhebung durch (?!) RF.

[238] Ebenda, Hervorhebung durch (?!) RF.

gendwie nachzubessern, ohne allerdings den Kern dieser falschen Position aufzudecken und zu verwerfen, nämlich die irreführende und verharmlosende Unterscheidung zwischen „kleinen" und „großen" Nazis als Beurteilungskriterium einzuführen, anstatt die Forderung zu erheben, jeden Fall konkret anhand von Tatsachen zu untersuchen, um so die Schuld des einzelnen festzustellen.

Auf den ***Erweiterten Sitzungen des ZK der KPD, August/September 1945,*** wurden mehrere Probleme der Entnazifizierung diskutiert, auf die wir genauer eingehen wollen.

Es wurde die Frage debattiert, wie mit den „nominellen" Mitgliedern der Nazipartei in bezug auf eine Mitgliedschaft in der KPD umzugehen ist.

Matern aus Sachsen führt auf der Sitzung der Sekretariat- und Agitprop-Leiter am 28.9.1945 in seinem Beitrag zur Lage auf dem Land folgendes aus:

> „Ich würde folgendes vorschlagen: Wenn jetzt solche Bauern, die früher der NSDAP angehörten und die im Dorf Ansehen (?!) genießen, nun in unsere Partei wollen, so sollte man im Dorfe eine Versammlung einberufen und die Frage öffentlich stellen, ob man sie aufnehmen kann. Denn wir haben Dörfer, da waren 98% Mitglied der NSDAP. Die Nichtmitglieder waren, die wollen wir auch nicht haben, denn die haben auch kein Ansehen im Dorf."[239]

Matern behauptet hier allen Ernstes, daß er die nazistische Stimmung im Dorf dazu benutzen will, um zu entscheiden, welcher Nazi für die KPD so „interessant" sein könnte, daß er Mitglied in der KPD werden sollte. Nichtmitglieder der NSDAP schließt Matern von vornherein als Kandidaten für die Mitgliedschaft in der KPD aus, da sie „kein Ansehen" im ehemaligen Nazi-Dorf genießen würden! Diese Position Materns kann man nur als Sabotage am Kampf für die Entnazifizierung bezeichnen.

Sägebrecht aus Brandenburg vertritt auf der erweiterten Sitzung des ZK der KPD einen Tag später eine im Kern richtige Position, die sich

---

[239] In: Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 2, S. 35/36.

indirekt gegen Matern richtet. Er schildert realistisch das Problem, daß Nazis versuchen, sich in die KPD einzuschleichen:

> „Ein Teil der Bauern, die bei den Nazis waren, versuchen es zu verschweigen, aber andere sehen ein, daß es nicht richtig war, daß sie zur NSDAP gegangen sind, und sie wollen heute der KPD beitreten. Wir haben ihnen gesagt, daß sie sich in der Bodenreform als Antifaschisten bewähren sollen, später wird für sie auch die Frage stehen, ob sie Mitglied der Partei werden können. (...) Wir müssen dort auf dem Lande, wo wir früher keine Ortsgruppen hatten, vorsichtig sein, damit sich nicht unter dem Deckmantel der Kommunistischen Partei Faschisten organisieren können."[240]

Wie verheerend der damalige ideologische Zustand innerhalb der KPD gewesen sein muß, wird aus dem Referat Oelßners auf der Sitzung des erweiterten ZK der KPD vom 28.9.1945 ersichtlich. Oelßner stellt fest, daß auch in die Reihen der KPD das nazistische Gift eingedrungen sei. Es kämen in die Partei neue Mitglieder, die

> „zum Teil überhaupt keine Ahnung haben, was Marxismus und Leninismus ist. Alle diese Schlacken der nazistischen Ideologie bringen sie in unsere Partei hinein. Ich sage nicht, daß wir etwa Furcht haben sollen, diese Leute in die Partei aufzunehmen. Sie abzulehnen, wäre töricht; denn dann würden wir wieder eine kleine Gruppe bleiben, klein aber rein, aber unter uns! Das erfordert aber von uns eine ganz bestimmte ideologische Aufklärungsarbeit innerhalb der Partei, einen Kampf gegen die Nazi-Ideologie auch innerhalb der Partei."[241]

Was diese Leute in der KPD zu suchen hatten, bleibt das Geheimnis Oelßners.[242] Die Formulierung „klein aber rein" ist reine Dem-

---

[240] Ebenda, S. 49.

[241] Ebenda, S. 62.

[242] Pieck, der Vorsitzende der KPD, forderte schon im Dezember 1944, daß auch solche Kräfte in die KPD aufgenommen werden können, die noch nicht völlig mit der faschistischen Ideologie gebrochen haben:

„Diesen Chancen muß ihr Parteiaufbau (der KPD, A. d. V.) ***entsprechen,*** ihre Organisationsform muß so gestaltet sein, daß sie ***möglichst breite Massen*** in sich aufnehmen kann, wenn diese auch noch nicht völlig mit der alten, teils kleinbürgerlichen-sozialdemokr[atischen], teils sogar fasch[istisch-]imp[erialistischen]

Fortsetzung nächste Seite

agogie. Damit soll offenbar die oberfaule Politik gerechtfertigt werden, daß die KPD, im Bestreben, Massenpartei zu werden, sogar nazistisch eingestellte Elemente aufnahm und dann das Problem hatte, daß sie selbst innerhalb der Partei massiv mit der Nazi-Ideologie konfrontiert war. Aber selbst diese Erkenntnis reicht Oelßner nicht, um klipp und klar zu fordern, daß die KPD von diesen Elementen gereinigt werden muß. Vielmehr verteidigt er diese verheerend falsche Aufnahmepolitik unter dem Vorwand der „Gefahr des Sektierertums".[243]

Fortsetzung der Fußnote

Ideologie gebrochen haben." (Pieck: „Gesammelte Reden und Schriften", Band VI, S. 310)

[243] Daß ein Gemisch aus reaktionärer und Nazi-Ideologie auch in der KPD stark verbreitet war, macht folgender Bericht der Genossin Malter auf der erweiterten Sitzung des ZK der KPD vom 19./20. 11. 1945 an der Frage der Haltung zu den Frauen deutlich:

„Aber ich kann Euch aus einer Bezirksparteischule berichten, Genossen, auf der ich als Lehrerin über die Arbeit der Frauenausschüsse tätig war, wo wiederum Parteifunktionäre aufgetreten sind und erklärt haben: man soll die Frauen nicht in Berufe nehmen; die Frau hat ihre natürlich Berufung als Frau und Mutter, und wenn der Mann den ganzen Tag gearbeitet hat, hat er abends das Recht, seine Ordnung und Bequemlichkeit zu haben. (...) solche Äußerungen beweisen doch, daß gerade in den jüngeren Parteikreisen eine solche ausgesprochene Nazi-Ideologie vorhanden ist und daß wir dort noch eine breite Aufklärungsarbeit zu leisten haben." (Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 2, S. 317/318)

Gewiß ist eine solche diskriminierende Haltung zu den Frauen nicht nur für die Nazi-Ideologie typisch, sondern tief in der reaktionären Ideologie überhaupt verankert. Aber die Nazis haben gerade auch in dieser Hinsicht die reaktionären Haltungen und Einstellungen auf die Spitze getrieben. Daher ist es durchaus angebracht, daß die Genossin von einer „ausgesprochenen Nazi-Ideologie" spricht. Solche Einstellungen waren keine Einzelfälle und sogar im Zentralorgan der KPD und auf einer zentralen Parteikonferenz der KPD zu finden.

In Nr. der 12/1945 der „Deutschen Volkszeitung" wurden zwei Leserbriefe zum Thema „Wo steht die deutsche Frau?" abgedruckt. In dem einen heißt es unkommentiert und unkritisiert, obwohl es eine Stellungnahme der Redaktion gibt:

„Wir müssen nun alle Maßnahmen treffen, um alle deutschen Frauen wieder zu wahrem Frauentum zu führen, das seine Hauptaufgabe im Helfen, Trösten und Heilen sieht." („Deutschen Volkszeitung", 26. 6. 1945)

Fortsetzung nächste Seite

Ein weiterer Diskussionspunkt war das Herangehen an die Nazis in den Betrieben.

Ulbricht vertritt in seinem richtungsweisenden Referat über Gewerkschaftsfragen die Position, daß man ***öffentlich*** die Haltung zu den Nazis in den Betrieben nicht ändern könne, aber im „persönlichen Gespräch" müsse man mehr „differenzieren". Ulbricht geht es um folgendes:

> „Sie (die ehemaligen Mitglieder der Nazipartei, A. d. V.) sind betrogen worden, sie sind einen falschen Weg gegangen, und heute sollen sie endlich den richtigen Weg gehen (...)
>
> Diese Auffassung, daß wir sie alle vernichten wollen (...) muß man wegbringen. Momentan können wir das noch nicht auf dem Wege der Presse, aber in den Betrieben muß das bereits offen gesagt werden."[244]

Das ist ein krasser Beleg für die „Aufweichungspolitik" von Ulbricht und anderen in der Haltung zu den Nazis. Ulbricht behauptet, daß die ehemaligen Mitglieder der Nazipartei „betrogen" worden seien, und übergeht damit, daß diese zum größten Teil in die Nazipartei eingetreten waren, obwohl oder sogar weil sie um die verbrecherischen Ziele und Taten der Nazifaschisten wußten.

Fortsetzung der Fußnote

Auf der „Reichskonferenz" der KPD vom 2./3. März 1946 erklärte ein Teilnehmer: „Benutzen wir aber auch einmal das von Herzen kommende Wissen unserer Frauen, die nicht nur von der logischen, vernunftmäßigen Seite an die Fragen herangehen, sondern eben oft genug mit dem Herzen entscheiden (...)" (Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 4, S. 247)

Ein anderer Teilnehmer äußerte auf dieser Konferenz, „wir müssen jetzt so schnell wie möglich versuchen, für unsere Mädchen Arbeitsstätten zu erschließen, die ihrer physischen Konstitution entsprechen, nicht wie das bisher von manchen Leuten unseren Mädchen anheimgestellt wurde, Maurer, Schlosser oder Zimmermann zu werden. Jawohl, sagen wir, wenn es notwendig ist, auch das, aber es gibt tausend Möglichkeiten, unsere Mädchen wirklich an Stellen unterzubringen, wo sie ihre ganze Kraft in den Dienst des schaffenden Volkes stellen können." (Ebenda, S. 260)

[244] Ulbricht zitiert nach: Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 2, S. 385.

Ulbricht schreckt hier auch nicht vor dem Bekenntnis zur Doppelzüngelei zurück, nämlich ganz bewußt in den Betrieben gegenüber den Nazis mündlich eine andere Haltung einzunehmen als in den öffentlichen Erklärungen in den Parteiorganen. Damit wird den ehemaligen Mitgliedern der Nazipartei faktisch der Wink gegeben, daß das, was in der Presse geschrieben wird, sowieso nicht so gemeint sei und über kurz oder lang auch fallengelassen würde. Mit kommunistischer Politik, die in Wort und Tat übereinstimmt, hat Ulbrichts Position nichts zu tun.

Am 18. Oktober 1945 erschien in der „Täglichen Rundschau", der Zeitung der sowjetischen Streitkräfte in der SBZ, der Artikel „Keine Kompromisse!". Dieser Artikel nahm sich bestimmte Argumentationsmuster zur Entlastung der Nazis vor, die bereits im Oktober 1945 so massiv vorhanden gewesen sein müssen, daß die „Tägliche Rundschau" mit dem Leitartikel auf Seite eins darauf reagierte und diese mit der Forderung „Keine Kompromisse!" zurückwies.

Der Artikel stellt an die Spitze der Argumentation, daß die Antifaschisten nach dem 8. Mai, gezeichnet von dem bißchen Leben, das Hitler gelassen hatte, von der ersten Stunde an dafür kämpften, das Bewußtsein der deutschen Bevölkerung, „ihres Volkes", allem „Undank" zum Trotz, neu zu formen. Wobei der Artikel deutlich macht, daß die Sowjetarmee das Leben der zwei Millionen Bewohner Berlins regelte: „Was von deutscher Seite dazu getan wurde, bleibt ausschließlich ein ***Verdienst der aktiven Antifaschisten.***"

Der Artikel schildert als ***erste*** große Gefahr die lügnerische Dreistigkeit der Faschisten, die die Tatsache, daß sie nicht allesamt sofort erschossen wurden, als Schwäche auslegten und ohne Skrupel sich auf antifaschistischen Listen eintrugen, alles unterschrieben, was unterschrieben werden mußte, usw.

Als ***zweite*** große Gefahr beschreibt der Artikel die heuchlerische Berufung auf „Fachkenntnisse" und fordert dagegen den eindeutigen Vorrang demokratischer Grundhaltung vor Fachkenntnis.[245]

---

[245] Ähnlich argumentiert der Genosse Wandel in seiner Rede zur Schulreform auf der erweiterten Sitzung des ZK der KPD vom 28.9.1945, in der er sich für die „Unnachsichtigkeit bei der Säuberung des Lehrkörpers" einsetzte und die Aufweichung der Entnazifizierung unter dem faulen Vorwand, daß dann ja fast keine

Fortsetzung nächste Seite

Als ***drittes*** zerpflückt der Artikel mit berechtigter Wut das unsägliche „Argument", man sei ja nur für die Nazis gewesen, um Posten, Verdienst und Familie zu sichern. Sehr deutlich wird auf den Egoismus derjenigen verwiesen, denen gleichgültig war, wenn Millionen starben, und die lügen, wenn sie sagen, „man konnte nichts machen", denn Tausende riskierten Zuchthaus und KZ und ihre Ermordung, um nicht „am organisierten Mord des Nazisystems mitschuldig zu bleiben".

Da nun die Zeit des Egoismus und der Lippenbekenntnisse vorbei sei, müssen sich die Nazianhänger nun eben auf ein „bescheideneres Leben" einrichten. Eindringlich zieht der Artikel die Schlußfolgerung:

> „Daß vom Faschismus politisch und moralisch infizierte Menschen heute noch verantwortliche Posten – und möchte es der niedrigste bei einem Bezirksvorstehers sein – bekleiden, ist vollkommen unmöglich.
>
> So ein Mensch wird immer schädlich wirken, bewußt oder unbewußt.
>
> Ein Kompromiß mit den Faschisten wäre das gefährlichste (...)."[246]

Fortsetzung der Fußnote

Lehrer mehr da seien, entschieden zurückwies. Wandel hebt sehr richtig hervor, daß die Säuberung der Schule von den Nazis die entscheidende Frage ist:

„Wenn wir schon überall den Grundsatz einer Säuberung von früheren Nazis aufstellen, so ist das auf dem Gebiete der Erziehung doppelt und dreifach zu fordern, obwohl täglich das Leben auf uns einstürmt und uns auf das gegenteilige Gleis schieben will, weil keine Lehrer vorhanden sind. Wir wollen die neue Schule schaffen. Wir wollen nicht nur den Schulbetrieb so schnell wie möglich aufnehmen, sondern wollen die neue demokratische Schule schaffen. Dabei wollen wir lieber bestimmte Schwierigkeiten in Kauf nehmen, die auftreten, weil wir auf Alte verzichten müssen, die nicht brauchbar sind (...) Die Frage der Säuberung ist die entscheidende Frage (...) Es gibt darunter welche, die nicht in der Nazipartei waren, sondern sogar gegen die Nazis aufgetreten sind, die aber Stockreaktionäre sind." (Ebenda, S. 89)

[246] „Tägliche Rundschau", 18. Oktober 1945.

Der Artikel geht dann zur direkten Kritik an dem Vorhaben über, daß in Sachsen Nazis in die Arbeit des Neuaufbaus eingeplant werden sollten.

> „Nachsicht oder gar Flauheit im Kampf gegen die Faschisten wäre ein neuer Anfang zu neuem Ende. Wenn man in keinem Fall alle Dinge über einen Kamm scheren darf, ***die Faschisten muß man alle über einen Kamm scheren.*** Die Frage, ob Faschisten heute noch in besonders gelagerten Fällen zu leitenden Posten für verantwortliche Positionen herangezogen werden können, muß ***mit einem klaren Nein beantwortet*** werden."[247]

Nach diesem Leitartikel in der „Täglichen Rundschau" hat der „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien"[248] am 30. Oktober 1945 die ***„Entschließung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien über die Bestrafung der Naziverbrecher und gerechte Sühnemaßnahmen gegen aktive Nationalsozialisten"*** gefaßt. Dieses Dokument muß zur Beurteilung der Linie und Politik der KPD herangezogen werden, da die KPD in diesem Block eine führende Rolle spielte.[249] Nach dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 war dieses Dokument auch für die Beschlußlage der KPD für die Zeit 1945/1946 sehr maßgeblich, zumal es ein anderes zentrales Dokument der KPD bis zur Gründung der SED dazu nicht gab.

---

[247] Ebenda.

[248] Das ZK der KPD hat in seinem Aufruf vom 11. Juni 1945 die Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien gefordert. Dieser Block kam am 14. Juli 1945 zustande. Bei den vereinbarten Aufgaben stand an erster Stelle die „Zusammenarbeit im Kampf zur Säuberung Deutschlands von den Überresten des Hitlerismus und für den Aufbau des Landes auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage." („Kommuniqué über die Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien", 14. Juli 1945, in: „Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland", S. 92)

[249] Das richtungsweisende Gesetz für die Entnazifizierung war im weiteren die Direktive Nr. 24 des Alliierten Kontrollrats vom 12. Januar 1946, welche die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens konkretisierte und für ganz Deutschland die Kriterien und Richtlinien für die Entnazifizierung festlegte. Auf dieser Grundlage wurden dann in den einzelnen Provinzen der SBZ Entnazifizierungsgesetze beschlossen.

Ausgangspunkt des Dokuments ist die richtige Feststellung, daß die Verbrechen des Nazistaates „ohne Beispiel in der Geschichte" sind und es notwendig ist, „alle Verbrechen auf das strengste zu ahnden, die von den Anhängern des Naziregimes (...) begangen worden sind".

In dem Dokument werden Richtlinien für deutsche Gerichte formuliert, die Naziverbrecher abzuurteilen haben. Gefordert wird auch die Schaffung neuer Gesetze, weil die bestehenden Gesetze (gemeint sind die bürgerlichen Strafgesetze usw. vor der Nazizeit) dafür nicht ausreichen:

> „Um sicherzustellen, daß die vom Hitlerregime und seinen Anhängern an der Menschheit und am deutschen Volke begangenen Verbrechen restlos gesühnt werden, muß außer durch energische Anwendung der bestehenden Gesetze durch entsprechende neue Gesetze[250] folgendes klargestellt werden:
>
> a) Als strafbar müssen alle diejenigen aus nazistischer Gesinnung heraus begangenen Verstöße gegen Menschlichkeit und Sittlichkeit behandelt werden, die zwar nach dem am Orte und dem Zeitpunkt der Tat geltenden Gesetz nicht verfolgt werden konnten, die aber nach dem natürlichen sittlichen Empfinden als strafbar anzusehen sind und daher Ahndung verlangen.
>
> b) Unter Strafe zu stellen sind hiernach insbesondere alle solche Handlungen, die gegen andere Menschen um ihrer politischen Überzeugung, ihres Glaubens oder ihrer Abstammung willen, gegen Kranke und Hilflose, gegen Ausländer und gegen die Insassen von Konzentrations-, Arbeits- oder Sammellagern gerichtet gewesen sind oder die der Förderung der nazistischen Willkürherrschaft gedient haben oder von Personen in leitenden Stellungen wider besseres Wissen zur Verlängerung des Krieges begangen worden sind sowie ferner die öffentliche Propagierung solcher Handlungen.
>
> c) Ferner ist festzustellen, daß für die Zeit der nazistischen Willkürherrschaft die Verjährungsfrist für Naziverbrechen als unterbrochen gelten muß.

---

[250] Eine mehr ins Detail gehende Analyse der Entnazifizierung in der SBZ müßte demnach auch der Frage nachgehen, welche Gesetze auf diesem Gebiet neu geschaffen wurden.

d) Die Höhe der Strafe für Naziverbrechen muß der Schwere der Verfehlung, die in einem solchen Verbrechen liegt, entsprechen."[251]

Die Anhänger der Nazipartei und des Naziregimes werden unabhängig von der individuellen strafrechtlichen Verfolgung in ***drei Kategorien*** unterteilt. Die erste Kategorie sind sogenannte „aktivistische Nazis", was nicht unbedingt von der formellen Mitgliedschaft in der Nazipartei abhing:

„Als aktivistische Nazis müssen alle Personen behandelt werden, die in der aufgelösten NSDAP, ihren Gliederungen, angeschlossenen und betreuten Verbänden und Organisationen ein Amt mit politischer Verantwortung bekleidet haben oder als Mitglieder des Großdeutschen Reichstages oder Preußischen Staatsrats oder auf sonstige Weise sich fortgesetzt öffentlich als Träger der Politik und der verbrecherischen Bestrebungen der NSDAP betätigt haben, auch wenn sie nicht Mitglieder der NSDAP waren.

Die den aktivistischen Nazis persönlich aufzuerlegenden Maßnahmen und Leistungen sollen bestehen:

a) im Ausschluß aus der öffentlichen Verwaltung und von der Betätigung in allen Stellungen, die ein öffentliches Vertrauen erfordern oder mit einer besonderen Verantwortung für das Wohl der Gesamtheit verbunden sind;

b) in zusätzlichen Arbeits-, Sach- und Geldleistungen, in der Kürzung von Versorgungsbezügen sowie in Beschränkung ihrer Teilnahme an der allgemeinen Versorgung, solange noch eine Mangellage besteht;

c) in der Versagung der politischen Rechte einschließlich der Zugehörigkeit zu den Gewerkschafts- oder anderen Berufsvertretungen und zu den antifaschistisch-demokratischen Parteien."[252]

Die zweite Kategorie sind „die nichtaktivistischen Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen". Es heißt richtig, daß diese nichtak-

---

[251] „Entschließung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 30. Oktober 1945 über die Bestrafung der Naziverbrecher", zitiert nach: „Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland", S. 187. Die Entschließung wurde auch als Leitartikel in der „Deutschen Volkszeitung", Zentralorgan der KPD, am 4. November 1945 abgedruckt.

[252] Ebenda, S. 188.

tivistischen, d. h. nominellen Mitglieder der Nazipartei und ihrer Gliederungen ebenfalls Schuld auf sich geladen haben:

> „Auch die nichtaktivistischen Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen haben als Anhänger dieser Terror-, Mord- und Kriegspartei eine schwere politische und moralische Schuld auf sich geladen, auch sie tragen eine große Verantwortung für die Folgen der Hitlerbarbarei und des Hitlerkrieges. Nur das offene Bekenntnis über die Verderblichkeit des Weges, den sie mit Hitler gegangen sind, und ihre keine Mühe und kein Opfer scheuende aktive Teilnahme am Wiederaufbau Deutschlands und an der Wiedergutmachung der Kriegsschäden können den Mitgliedern und Anhängern der NSDAP den Weg in die demokratische Gemeinschaft des Volkes wieder eröffnen."[253]

Das ist als Anforderung zu wenig. Hier hätte auch gefordert werden müssen, daß die Behandlung dieser ehemaligen Nazis auch davon abhängig zu machen ist, wie weit sie aktiv bei der Entnazifizierung mithelfen, um versteckte Nazis zu finden, sie abzuurteilen und unschädlich zu machen, und als ein Kernpunkt, inwieweit sie dabei mithelfen, maximal über ihre eigene Mitschuld aufzuklären. Das ist mehr als nur „das offene Bekenntnis über die Verderblichkeit des Weges, den sie mit Hitler gegangen sind" und die „Teilnahme am Wiederaufbau Deutschlands und an der Wiedergutmachung der Kriegsschäden", denn nötig war die aktive Beteiligung an der Entnazifizierung.

Falsch ist, daß dieser großen Gruppe gegenüber von vornherein auf jegliche Bestrafung und Sühnemaßnahmen verzichtet werden soll:

> ***„Ohne die politische Verantwortung aller sonstigen Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen abzuschwächen,*** sind diese, soweit sie nicht im Sinne dieser Richtlinien zu den Naziverbrechern oder zu den aktivistischen Nazis gehören, ***von der Bestrafung und Sühneleistung ausgenommen*** in der Erwartung, daß sie mit ihrer politischen Vergangenheit vollkommen brechen und sich mit ihrer ganzen Kraft am Wiederaufbau unseres Landes beteiligen. Sie dürfen jedoch in der öffentlichen Verwaltung und in öffentlichen Betrieben nur dann beschäftigt werden, wenn andere Bewerber gleicher Eignung nicht vorhanden sind.

---

[253] Ebenda, S. 186.

> Als Mitglieder einer der antifaschistisch-demokratischen Parteien können ehemalige Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederung keine Aufnahme finden, solange nicht eine entsprechende neue Beschlußfassung des zentralen Ausschusses der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien vorliegt."[254]

Es ist in sich unlogisch, auf der einen Seite die politische Verantwortung dieser Nazis für die Verbrechen der Naziherrschaft zu betonen, auf der anderen Seite aber zu erklären, daß sie pauschal und von vornherein ***„von der Bestrafung und Sühneleistung ausgenommen"*** seien. Das war ideologisch und politisch ein falsches Signal an diese nicht unerhebliche Gruppe von Nazis. Denn man gab ihnen damit zu verstehen, daß sie „geschont" werden sollten. Der gesamte Prozeß des Aufreißens der Kluft zwischen Nazis und Antinazisten als Grundbedingung der Entnazifizierung wurde damit nicht forciert, sondern dieser Riß wurde weiter zugekleistert.

Schließlich gab es noch eine dritte Kategorie für die Beurteilung von ehemaligen Anhängern des Naziregimes, denen sogar die Mitgliedschaft in antifaschistisch-demokratischen Parteien offenstand:

> „Diese Beschränkungen gelten nicht
>
> a) für diejenigen ehemaligen Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen, die wegen ihres politischen Verhaltens aus diesen Organisationen ausgeschlossen oder wegen ihrer politischen Haltung ihrer Freiheit beraubt oder unter Anklage gestellt worden sind oder die nachweisbar unter Einsatz ihrer Person am Kampf gegen den Nazismus teilgenommen haben;
>
> b) für lediglich nominelle Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen, die nach dem 1. Januar 1920 geboren sind."[255]

Hier ist ***ein*** klares Kriterium enthalten: die nachweisbare Teilnahme am Kampf gegen den Nazismus unter Einsatz des eigenen Lebens. Daneben steht aber noch ein zweites, unklares Kriterium, der Ausschluß aus der Nazipartei „wegen ihres politischen Verhaltens". Damit wird alles wieder verschwommen, denn es gab auch Ausschlüsse

---

[254] Ebenda, S. 188/189, Hervorhebungen RF.

[255] Ebenda, S. 189.

aus innernazistischen Gründen (siehe die Liquidierung des Röhm-Flügels der Nazipartei 1934).

Nicht überzeugend ist auch die Jahresgrenze 1. Januar 1920. Denn darunter fallen auch die Nazis, die 1945 schon mehrere Jahre erwachsen waren und die volle Verantwortung für ihr Handeln zu tragen hatten.

Diesen ehemaligen Mitgliedern der Nazipartei die Möglichkeit der Mitgliedschaft in den antifaschistischen Parteien, also auch in der KPD, zu eröffnen, war ein falscher Schritt der KPD im Kampf für die Entnazifizierung.

Die ***Beschlüsse der Konferenz des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD mit den Bezirksvertretern der beiden Parteien*** vom 20. und 21. Dezember 1945 stellten unserer Meinung nach weitgehend richtig fest:

> „Nur die Hauptkriegsverbrecher sitzen in Nürnberg vor dem Gericht der Vereinten Nationen auf der Anklagebank. Die Zahl ihrer aktiven Mitverbrecher aber ist groß, und ihnen ist das Handwerk noch nicht gelegt."[256]

Weiter heißt es darin:

> „Noch ist das Monopolkapital nicht vernichtet, noch hat es sogar zahlreiche Helfer und Verbündete.
>
> Seine Helfer und Verbündeten sind alle jene Günstlinge des Hitlerregimes und der Hitlerpartei, die mit dem Untergang des ‚Dritten Reiches' ihre Pfründe verloren haben.
>
> Seine Helfer und Verbündeten sind alle mit der Zerschlagung des Nazistaates ins Nichts geschleuderten asozialen Elemente aus den Reihen der faschistischen Terrororganisationen, die sich immer mehr in bloße Banditen und kriminelle Verbrecher verwandeln.
>
> Seine Helfer und Verbündeten sind aber auch die Einflüsse und Traditionen des Militarismus, des wilden Chauvinismus, der Völker-

[256] Zitiert nach: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 349.

und Rassenhetze, die in Deutschland so tiefe Wurzeln geschlagen hatten und beileibe noch nicht überwunden sind."[257]

Sehr wichtig ist, wenngleich auch hier die nationalistische Beimengung vom „Unglück unseres Volkes" enthalten ist, daß hier nicht nur von den Nazi-Hauptverbrechern die Rede ist, sondern von „den aktiven Nazis", vor deren Manövern gewarnt wird:

„Den aktiven Nazis, die am Unglück unseres Volkes die Hauptschuld tragen, darf ***kein Wahlrecht*** gewährt werden. Vor allem muß verhindert werden, daß ***versteckte Nazis*** oder Reaktionäre in die neuen Gemeindevertretungen gewählt werden."[258]

Hier wird deutlich, daß Umfang und Tiefe der Entnazifizierungsprobleme viel weitreichender sind als die Verurteilung und Bestrafung der hauptsächlichen Naziverbrecher, wenngleich hier nichts weiter über das brennende Problem der Haltung zu den sogenannten „kleinen" Nazis ausgeführt wird.

Auch auf der ***„Reichsberatung" der KPD*** am 8./9. Januar 1946 war ein zentrales Thema die Entwicklung der KPD im Zusammenhang mit der Frage der Haltung zu den ehemaligen Mitgliedern der Nazipartei.

Dahlem schildert in seinem Referat beispielhaft die Mitgliederentwicklung der KPD in Mecklenburg-Vorpommern. Vor 1933 hatte die KPD dort 3000 Mitglieder, am 31.8.1945 waren es ca. 8000, am 31.12.1945 bereits 34000.[259]

Dahlem lobt diese Entwicklung ausdrücklich und polemisiert gegen ein „Sektierertum" bei älteren Kadern, die gegen eine Verwässerung der Partei kämpfen.[260] Dahlem propagiert dagegen, „ziemlich schnell" eine „Millionenpartei"[261] zu werden. Bezeichnend ist hier wiederum die Akzentsetzung der ideologischen Abgrenzung gegen links. Ganz

---

[257] Zitiert nach: ebenda, S. 349.

[258] Zitiert nach: ebenda, S. 355.

[259] Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 3, S. 32.

[260] Ebenda, S. 33.

[261] Ebenda, S. 35.

gewiß war damals aber das „linke" Sektierertum für die Entwicklung der KPD keine echte Gefahr, sondern vielmehr der Rechtsopportunismus, von dem aber überhaupt keine Rede ist.

Daß unter diesen mehreren Zehntausend neuen Mitgliedern gerade auch in Mecklenburg-Vorpommern viele ehemalige Mitglieder der Nazipartei sein mußten, wird an anderer Stelle klar.[262] Warncke aus Mecklenburg gibt selbst zu, daß aufgrund der hohen Anzahl von Umsiedlern, die oftmals ihre Mitgliedschaft in der NSDAP verheimlichten, wohl ehemalige Nazis in die KPD aufgenommen wurden. Seine Schlußfolgerung lautet entsprechend der Linie von Oelßner: „nicht unsere Tore zu verschließen aus Angst, wir könnten einige Nazimitglieder aufnehmen".[263]

Am 9. Januar 1946 wird dann auf der „Reichsberatung" ein ZK-Beschluß der KPD verabschiedet, der besagt, daß in die KPD ehemalige einfache Mitglieder der HJ, aber auch unbesoldete untere Funktionäre der HJ („wenn sie sich keine verbrecherischen Handlungen gegen Antifaschisten und Angehörige anderer Völker zu schulden kommen ließen") aufgenommen werden können, wenn sie aufrichtig mit der Nazi-Ideologie gebrochen und durch „aktive Mitarbeit am demokratischen Aufbau" dies unter Beweis gestellt haben.[264] Dieses Kriterium ist – wie schon mehrmals ausgeführt – gerade nicht ausreichend für eine antinazistische Haltung, ja geschweige Aufnahmekriterium für die Mitgliedschaft in einer Kommunistischen Partei.[265]

---

[262] Eggerath aus Thüringen berichtet, daß dort die Nazis besonders großen Masseneinfluß hatten. Städte, wo über 90 % 1932 für die Nazis gestimmt hatten, sind keine Seltenheit. 95 % der Beamten und 92 % der Lehrer waren in Thüringen in der NSDAP. In vielen Dörfern waren 100 % Mitglieder der NSDAP (ebenda, S. 127/128).

[263] Ebenda, S. 50.

[264] Ebenda, S. 371. Mit der Formulierung „keine verbrecherischen Handlungen gegen Antifaschisten und Angehörige anderer Völker" werden die Verbrechen gegen die deutschen Jüdinnen und Juden nicht benannt.

[265] Zu den Kriterien und Anforderungen an die Mitgliedschaft in einer Kommunistischen Partei vgl. Resolution und Referat zu „Kommunistische Kader", in: „Rot Front", Nr. 4, Juli 1997, S. 91 ff.

Es gab auch andere Stimmen auf dieser „Reichsberatung", welche die Entnazifizierung auf breitester Grundlage forderten und sich so indirekt gegen die dort vertretenen rechten Positionen stellten. Der Genosse Schreck aus Mannheim betont sehr richtig, daß

> „die Aufgaben, die dem deutschen Volk gestellt sind, nur gelöst werden können, wenn die Entnazifizierung auf breitester Grundlage durchgeführt wird."[266]

In Mannheim sei die KPD dann auch so vorgegangen, berichtet Schreck. Schon vor dem ersten Gesetz der Alliierten habe sie begonnen, die Betriebe zu säubern, und heute sei kein aktiver Nazi mehr in den wichtigen Großbetrieben zu finden.[267]

2. Januar – April 1946

In der „Deutschen Volkszeitung" vom 31.1.1946 findet sich auf Seite eins ein Artikel mit dem Titel „Was wird aus den Nazis?" (gezeichnet mit dem Kürzel M. K.). Er vertritt im Grunde die Linie

---

[266] Zitiert nach Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 3, S. 175.

[267] Auf der Reichskonferenz der KPD am 2./3. März 1946 berichtete ein Delegierter aus Hessen, daß „wir den Denazifizierungsprozess zu 100% durchgeführt hatten und damit unpopulär geworden waren. Wir können ruhig sagen, daß wir in Groß-Hessen uns wegen unserer aktiven Tätigkeit bei der Denazifizierung einer großen Unbeliebtheit erfreuten, (...) dadurch, daß wir so unpopulär waren, sind wir eine aktive Partei ohne Wähler gewesen." (Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 4, S. 78/79)

Ähnlich schilderte Genosse Sperling aus München die Situation dort: „Die Kommunistische Partei war die einzige Partei, die im Interesse der Klärung und des demokratischen Wiederaufbaus klar und offen die Frage der Mitverantwortung des deutschen Volkes und die daraus resultierende Frage der Wiedergutmachungspflicht gestellt hat. Das wurde dazu benutzt, um die Überreste faschistischer Ideologie, die noch in Millionen von Köpfen unserer Landsleute sitzt, gegen uns zu aktivieren" (ebenda, S. 226). Angesichts dessen stellt er zu den Gemeindewahlen fest „daß die Wahlen verfrüht seien" (ebenda, S. 223).

des Beschlusses der Blockparteien ***„Bestrafung der Naziverbrecher"*** vom 30. Oktober 1945 und begründet diese.

Bemerkenswert und hervorzuheben ist darin allerdings folgende Passage, die über diese Entschließung hinausgeht und völlig zu Recht den falschen und irreführenden Begriff von „kleinen und großen Nazis" direkt bekämpft:

> „Wir wollen aus unserem Sprachgebrauch jenen falschen Begriff von kleinen und großen Nazis ein für allemal ausmerzen. Der kleine Nazi, das heißt derjenige, der kleinere Posten im Haus und an der Arbeitsstelle innehatte, sich als Stellvertreter Hitlers betrachtete und danach handelte, darf genau so wenig seiner Strafe entgehen wie der große Nazi, der in hohen Führungsposten saß. Jeder im Volke weiß das, jeder kennt einen dieser widerwärtigen, bösartigen Blutegel."[268]

„Wir wollen aus unserem Sprachgebrauch jenen falschen Begriff von kleinen und großen Nazis ein für allemal ausmerzen" – diese klare und richtige Stellungnahme muß doppelt und dreifach unterstrichen werden.

In der „Deutschen Volkszeitung vom 3. 2. 1946 ist unter dem Titel „Die nichtaktiven Nazis" ein Interview mit Wilhelm Pieck abgedruckt. Das Interview bezieht sich auf Piecks Rede am 30. Januar 1946 im Großen Sendesaal des Berliner Funkhauses. Piecks Aussagen stehen in direktem Gegensatz zu dem soeben zitierten Artikel vom 31. 1. 1946:

> „Es ist meine Stellungnahme zu den sogenannten kleinen Nazis, denen die Möglichkeit gegeben werden soll, sich in der antifaschistisch-demokratischen Kampffront zu betätigen, um sich dadurch von der Schande, Nazimitglied gewesen zu sein, zu befreien und sich wieder Vertrauen (?!) bei den Antifaschisten zu erwerben. Meine Ausführungen in der Versammlung haben bei einigen Teilnehmern oppositionelle Zwischenrufe ausgelöst. Mir ist diese Stimmung durchaus verständlich, denn sie entspricht im Grunde genommen einem gesunden Gefühl der Ablehnung alles dessen, was mit dem Nazismus zusammenhängt, den wir selbstverständlich mit aller Energie bekämpfen (...) aber sie (diese Stimmung, A. d. V.) ist in keiner Weise politisch orientiert (?!) und übersieht vollständig die ungeheu-

[268] „Deutsche Volkszeitung", 31. 1. 1946.

re Notlage (?!), in der sich unser Volk befindet. Wir müssen doch das größte Interesse daran haben, unsere Kampffront für die demokratische Erneuerung und für den wirtschaftlichen Aufbau unseres Landes, wie insbesondere auch für die Schaffung von Garantien gegen jede Aggression von deutscher Seite, so breit wie möglich zu machen. Dabei können wir unmöglich auf die Millionenmassen verzichten, die der Hitlerfaschismus, sei es durch Druck oder andere Mittel, in seine Partei hineingebracht hat. Wir wissen, daß davon ein sehr großer Teil (?!) sich nicht an der Durchführung der faschistischen Verbrechen beteiligte, wenn diese auch durch die Mitgliedschaft in der Partei begünstigt wurden."[269]

Mehrere Punkte sind hier im negativen Sinn hervorzuheben.

Erstens: Pieck verwendet ungeniert den Begriff von den „kleinen Nazis", der nur wenige Tage zuvor im Zentralorgan der KPD zu Recht als untauglich abgelehnt worden ist. Mit dem Begriff „kleine Nazis" suggeriert Pieck, daß diese ja nicht so „schlimm" gewesen sein können, weil sie ja so „klein" waren etc., um große Teile der Nazis samt ihren Anhänger aus der Schußlinie zu nehmen. Die „Aufweichungspolitik" gegenüber den Nazis wird also ausgeweitet.

Zweitens: Pieck beschimpft geradezu unverschämt all jene, die sich gegen die rechten Positionen innerhalb der KPD zu den ehemaligen Mitgliedern der Nazipartei stellen, als „unpolitisch" und tut damit deren Kritik als nicht ernstzunehmen ab.

Drittens: Als „politisch" stellt er die Linie hin, die aus Angst davor, daß die nazistischen Millionenmassen die Kräfte der Reaktion stärken könnten, das Entgegenkommen gegenüber diesen Kräften propagiert. „Politisch" ist diese Position, aber es ist eindeutig eine rechte Politik des Anbiederns an diese nazistischen Millionenmassen.[270]

---

[269] „Deutsche Volkszeitung", 3. 2. 1946, Hervorhebungen durch (?!) RF.

[270] Pieck weist im Laufe des Interviews alle Bedenken zurück und begründet dies damit, daß die ehemaligen Nazimitglieder ja geprüft würden.

„Reporter: Herr Pieck, was könnten Sie mir über etwaige Maßnahmen sagen, die bei einem Entgegenkommen gegenüber den nominellen Nazimitgliedern Sicherheiten bieten?

Fortsetzung nächste Seite

Viertens: Pieck beschönigt die Nazis, wenn er behauptet, daß „Millionenmassen" angeblich durch „Druck oder andere Mittel" in die Nazipartei hineingebracht worden seien. In Wirklichkeit war „Druck" angesichts des großen freiwilligen Zustroms zur Nazipartei zumeist nicht notwendig, und „andere Mittel" waren eben auch nicht vor allem Drohungen, sondern die Aussicht auf eine „Herrenposition", auf einen hohen Anteil an der Beute beim nazifaschistischen Raubkrieg usw. Völlig an der Wirklichkeit vorbei geht auch Piecks Behauptung, „ein sehr großer Teil" der Nazis habe sich „nicht an der Durchführung der faschistischen Verbrechen beteiligt".

Es muß hier betont werden, daß es der Vorsitzende der KPD war, der mit dieser falschen Position und auf diese unzulässige Weise sich von berechtigter Kritik abgegrenzt hat und sich dabei zu einer derartigen Beschönigung der großen Masse der Nazis verstiegen hat.

Am 16.2.1946 wurde in der „Deutschen Volkszeitung" der ***Entwurf der Resolution „Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands"*** abgedruckt. Im Vorspann zum Entwurf wurden die Parteiorganisationen der KPD ausdrücklich dazu aufgerufen, diesen Entwurf zu diskutieren und die Kritiken direkt an das ZK weiterzuleiten. Diese Resolution sollte dann von der Parteikonferenz der KPD am 2/3. März 1946 verabschiedet werden.

Dieser Entwurf führte zu einer heftigen innerparteilichen Debatte über die Haltung zu den ehemaligen Mitgliedern der Nazipartei und über die sogenannten „Mitläufer" der Nazis.

Die debattierte Passage des Resolutionsentwurfs lautet vollständig:

Fortsetzung der Fußnote

Pieck: Diese Sicherheit liegt in dem Charakter unserer ganzen Bewegung, die gerichtet ist auf die Schaffung einer wahren kämpferischen Demokratie, auf den Aufbau der Wirtschaft und auf die Sicherung des Friedens.

Reporter: Werden nicht die Nazimitglieder in ihrer Gesamtheit von der ihnen gebotenen Möglichkeit Gebrauch machen, was dem eigentlichen Zweck abträglich sein muß?

Pieck: Sicher werden sehr viele von ihnen versuchen, uns über ihre wahre Gesinnung zu täuschen, Herr Klein. Aber wir haben genügend Erfahrung und auch genügend Mittel in der Hand, unsere Prüfungen so vorzunehmen, die uns vor einem Betrug sichern." („Deutsche Volkszeitung", 3.2.1946)

„Es wäre falsch und undemokratisch,

die Millionenmassen der einstigen Mitläufer der Nazis

von dem demokratischen Neuaufbau auszuschließen. Die deutschen Imperialisten, die Bankiers, Konzernherren und Großgrundbesitzer haben es verstanden, durch eine skrupellose Propaganda Millionen deutscher Männer und Frauen irrezuführen. Nachdem sie unser Volk in das furchtbare Elend der Wirtschaftskrise gestürzt hatten, nutzten sie den tiefen Haß der Volksmassen gegen das verfaulende kapitalistische System aus, indem sie einen Ausweg aus der Krise auf Kosten anderer Völker versprachen.

Heute haben Millionen (?!) ehemaliger Nazianhänger erkannt, daß dieser Weg falsch und verderblich war. Es gibt heute fast keine Familie in Deutschland, die von den Naziverbrechern nicht in größtes Leid und bitterste Not gestürzt wäre. Es ist heute allen Einsichtigen klar, daß Hitler unser Volk in sein größtes nationales Unglück geführt hat.

Mögen die ehemaligen Nazianhänger auch eine besondere Schuld unserem Volke gegenüber (?!) tragen, es wäre doch abwegig, die Irregeführten (?!) jetzt für die begangenen Verbrechen hauptverantwortlich (?!) zu machen. Soweit sie nicht persönlich Verbrechen begangen haben, nicht führende faschistische Funktionäre waren und eine entschlossene Abkehr von ihren früheren Anschauungen vollzogen haben, soll daher den bloß nominellen Mitgliedern der Nazipartei die Gelegenheit gegeben werden, durch aktive ehrliche Mitarbeit am Neuaufbau und durch Teilnahme am Kampfe gegen Faschismus und Reaktion sich wieder Vertrauen zu erwerben und gleichberechtigte Glieder unseres Volkes zu werden.

Gewisse Kreise wollen durch eine übertriebene Hetze gegen die nominellen Nazis und die kleinen Pgs (!), die wirklichen Verbrecher, die Bankiers, Konzernherren und Großgrundbesitzer in den ***Hintergrund*** treten lassen, damit sie um so ungestörter ihre faschistische reaktionäre Politik weitertreiben können. Wir wollen nicht, daß man die Kleinen hängt und ***die Großen laufen läßt,*** sondern

wir wollen, daß vor allem die großen Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten bestraft werden."[271]

Diese Passage des Resolutionsentwurfs muß in mehrfacher Hinsicht scharf kritisiert werden:

Erstens: Hier wird frontal Stellung bezogen gegen die notwendige Diktatur über die Nazis, die auch die Nichtteilnahme der Nazis am demokratischen Aufbau in der Hinsicht garantieren muß, daß diese zwar arbeiten müssen, aber demokratische Rechte entzogen bekommen. Diese Diktatur mußte natürlich auch über die „Mitläufer" der Nazis ausgeübt werden. Das wird im Entwurf demagogisch als „undemokratisch" verleumdet.

Zweitens: „Mitläufer", „nominelle Nazis", „kleine Pgs", „ehemalige Nazi-Anhänger" – all diese Begriffe werden nicht analysiert, sondern durcheinandergewirbelt. Damit wird das Element der Verwirrung benutzt, um die ganz rechte Linie der Resolution zu verschleiern, wie zum Beispiel auch die extrem beschönigende und völlig aus der Luft gegriffene Einschätzung, daß „Millionen ehemaliger Nazianhänger" erkannt hätten, daß der Nazi-Krieg „falsch und verderblich war".

Drittens: Demagogisch und irreführend ist die Konstruktion, daß jemand die „kleinen Pgs" „hauptverantwortlich" machen wollte, die „Kleinen hängt und die Großen laufen läßt", perfide die Abgrenzung von „gewissen Kreisen" etc. – dies dient nur der Rechtfertigung eines Freispruchs für Millionen ehemaliger Nazis. Durch die Gegenüberstellung von „kleinen Pgs" und „wirklichen Verbrechern", den Kapitalisten etc., werden die „kleinen Pgs" pauschal als nicht-verbrecherisch hingestellt.

Viertens: Richtig ist hier zwar, daß es nicht nur auf Loyalität ankommt bei der Teilnahme am Neuaufbau, sondern auch um den Bruch mit den Nazi-Anschauungen. Jedoch greift auch dieses Kriterium zu kurz, da es – wie wir schon ausgeführt haben – insbesondere auch auf die eigene aktive Teilnahme am Kampf für die Bestrafung

[271] „Deutsche Volkszeitung", 16. 2. 1946, Hervorhebung durch (?!) und (!) RF, alle anderen Hervorhebungen im Original.

aller Naziverbrecher und die Liquidierung aller nazifaschistischen Einflüsse ankam.

Fünftens ist es eine Verharmlosung der Nazianhänger, hier einfach von „Irregeführten" zu sprechen, weil dadurch die nazifaschistische Überzeugtheit und das willentliche und aktive Eintreten für die verbrecherischen Maßnahmen und Ziele der Nazis ausgeblendet wird.

Der Entwurf dieser Resolution hat innerhalb und außerhalb der KPD eine Flut von Stellungnahmen ausgelöst.[272]

Da waren auf der einen Seite die zustimmenden Äußerungen – in erster Linie von NSDAP-Mitgliedern, die das alte Lied anstimmten:

Angeblich sei man zur Zeit des Nazifaschismus „nur dem dauerhaften Druck" erlegen (S. 419), heißt es da. Oder es ist die Rede von „fast 30jähriger untadeliger Dienstzeit" (S. 422). Es wird dreist behauptet: „wir haben keinem Mensch ein Leid zugefügt" (S. 425). Vor allem habe man sich, wie es heißt, angeblich „längst umgestellt" (S. 426).

Die SA-Leute auf dem Land hätten angeblich mit Judenverfolgungen nichts zu tun gehabt – „das Skatspielen" sei „meist das Wichtigste" (S. 432) gewesen, hieß es unverfroren in einem Brief an das ZK der KPD. Und die NS-Frauenschaft sei angeblich „oft ein Kaffeekränzchen ohne politische Bedeutung" (S. 424) gewesen.

Ein Mitglied des FDGB erdreistete sich, vom ZK der KPD zu fordern, den nazistischen „Zellenleitern eine Beurteilung zukommen zu lassen, die dem gesunden Volksempfinden entspricht" (S. 443).

Und dann durfte auch nicht fehlen, daß „die kleinen Pgs" angeblich „nur das Gute" gewollt hätten und angeblich „nur Idealisten gewesen" seien (S. 448). Leider sind die Antworten des ZK nicht bekannt oder es hat keine gegeben.

---

[272] Siehe Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 4, S. 402 ff. Dort sind im Kapitel „Entschließungen, Anträge und Zuschriften" auf über 250 Seiten zahlreiche Stellungnahmen zum Entwurf der „Resolution der Reichskonferenz der KPD" dokumentiert.

Alle weiteren Seitenangaben bis S. 272 beziehen sich auf diese Quelle.

Aufschlußreicher jedoch sind die ***Protestschreiben von KPD-Grundorganisationen,*** die das ZK der KPD erhielt.

Das ZK und die Äußerungen Wilhelm Piecks werden sehr grundsätzlich von der KPD-Ortsgruppe Waltersdorf kritisiert.

> „Die Stellungnahme der Parteileitung zu den ehemaligen Nazis wird in der Zeitung unserer Partei immer so gebracht, als wäre diese Ansicht die Meinung der gesamten Partei.
>
> Es dürfte unserer Parteileitung bekannt sein, daß dies bei weitem nicht der Fall ist, sondern daß die Genossen, die mit den ‚armen kleinen Pgs und nominellen Nazis' zu tun haben, eine ganz andere Einstellung zu diesen haben.
>
> Der Widerspruch selbst bei den Ausführungen unseres Genossen Wilhelm Pieck sollte das bewiesen haben.
>
> Es ist ein leichtes, diesen Widerspruch damit abzufertigen, als verstünden die widersprechenden Genossen nichts von der ‚großen Politik'.
>
> Wer nomineller Nazi oder kleiner Pg ist, kann nicht nach irgendwelchen Formeln am grünen Tisch (auch vom Zentralkomitee) festgestellt werden. Das können nur die Ortsgruppen für den Bezirk ihrer Ortsgruppe selbst feststellen, da sie die Tätigkeit aller Nazis am besten beurteilen können.
>
> Nach unserer Meinung – und das ist die Meinung des größten Teiles der ‚kleinen KPD-Genossen' – zählt der Nazi, der bis zur letzten Minute zu Adolf Hitler gehalten hat und für diesen eingetreten ist und dadurch die illegale Tätigkeit unserer Genossen gefährdet oder unterbunden hat, zu den aktiven Nazis.
>
> Wer dieses verkennt, der gefährdet die antifaschistische Tätigkeit und verwässert die Demokratie.
>
> Die Einschränkung ‚soweit sie nicht persönliche Verbrechen begangen, nicht führende faschistische Funktionäre waren und eine entschlossene Abkehr von ihrer früheren Einstellung vollzogen haben ...' ist ***viel zu einengend.***
>
> Wir haben viele Nazis, die persönlich keine direkten Verbrechen begangen haben, die keine führenden Funktionäre waren – und welcher Nazi zeigt sich nicht heute als Unschuldslamm und ‚macht ganz groß in antifaschistischer Haltung' –.

Aktiver Nazi ist jeder, dessen Haltung in der Hitlerzeit so war, daß er die Entfaltung antifaschistischer Arbeit in seinem Bereich unterdrückt oder unmöglich gemacht hat.

Wir bitten Euch, in diesem Punkt Eure Ansicht noch grundlegend zu ändern, sonst bringt Ihr wohl auf der Parteikonferenz die Ansicht des ZK zum Ausdruck; aber niemals die der Masse unserer Genossen.

Wir hier unten haben heute schon die üblen Auswirkungen Eurer Einstellung zu den Nazis zu tragen. Wenn Ihr auf dem Wege über die Parteikonferenz Eure Ansicht zu der der Mitglieder der Partei stempelt, dann tragt Ihr auch die Verantwortung für alles das, was wir hier unten durchaus erwachsen sehen.

Ihr tut ja die Warnungen, die wir Euch zurufen, ab mit dem Bemerken: ‚damit zeigt man, daß man von der Politik nichts verstünde.' Sehr leicht gesagt, hoffen und wünschen wir, daß es Euch nicht einmal wieder leid tun wird, diese Warnungen überhört zu haben.

Noch besser aber ist es, Ihr hört in letzter Minute auf die Warnungen der Genossen, die täglich mit den ‚nominellen Nazis und den kleinen Pgs' in Berührung kommen." (S. 433/434, Hervorhebungen RF)

„Aktiver Nazi ist jeder, dessen Haltung in der Hitlerzeit so war, daß er die Entfaltung antifaschistischer Arbeit in seinem Bereich unterdrückt oder unmöglich gemacht hat." Diese Formulierung ist unserer Meinung nach eine wichtige Hilfe, um am jeweiligen Ort oder im jeweiligen Betrieb unterscheiden zu können, wer „nomineller" und wer „aktiver Nazi" war.

Gerade angesichts der Manöver der Nazis, sich als nur nominelle Nazis auszugeben, ist es ein richtiger Hinweis, daß darüber vielfach nur die genaue Kenntnis und der konkrete Einblick der Genossinnen und Genossen vor Ort Klarheit schaffen konnten: ***„Das können nur die Ortsgruppen für den Bezirk ihrer Ortsgruppe selbst feststellen, da sie die Tätigkeit aller Nazis am besten beurteilen können."***

Bezeichnend ist, daß solche klaren Handlungsanleitungen sich ***nicht*** in den Direktiven der KPD-Parteizentrale finden. Noch schlimmer aber ist, daß solche klaren Vorschläge nicht aufgegriffen, sondern mit mehr als zweifelhaften Methoden abgeschmettert wurden.

Ein weiterer Kernpunkt vieler Kritiken war, daß vor allem sehr klar die ***Funktion*** der sogenannten „kleinen Pgs" aufgezeigt wurde. Insbesondere die KPD-Stadtteilgruppe Berlin-Kreuzberg verwies darauf, daß „die kleinen Pgs" die „ausführenden Organe" und das „Rückgrat" des Nazismus waren:

> „Zur Beleuchtung der Pg-Frage möchten wir nur an den Ausspruch Hitlers erinnern: ‚Schmäht mir nicht die kleinen Pgs. Sie sind die Garanten des Dritten Reiches.' Und waren sie es etwa nicht?
>
> Die kleinen Pgs. waren die ausführenden Organe, und sie gaben sich gerne dafür und dazu her. Tausende und abermals Tausende in die KZ-Lager brachten ja diese Pgs, fühlten sich als Denunzianten sehr stolz und [sind] somit das Rückgrat des Nationalsozialismus gewesen. Auf Grund der Mitgliederzahl und seiner Mitläufer war es einem Hitler nur möglich, einen derartig grauenhaften Krieg zu führen, ja noch vor Kriegsende spielten die Pgs mit einem Sieg auf die Volksmassen einen Druck aus." (S. 427)

Die KPD-Ortsgruppe Blankenfeldt ergänzte, daß es unbedingt nötig sei, auch und gerade gegen die Blockleiter vorzugehen:

> „Sie sind mit dem Vorsatz in die NSDAP gegangen, für die Partei zu arbeiten, trotzdem jeder Einzelne genau wußte, welche Ziele Hitler verfolgte und grade den Amtswaltern (Pol. Leitern), diesen Stubenschnüfflern haben wir es zu verdanken, daß Tausende u. Abertausende in die K. Z. gelangten." (S. 436)

Die KPD-Grundorganisation Neue Schleuse bezeichnete die große Masse der „kleinen Pgs" als „die Zuträger und Stützen der großen Nazibonzen" (S. 459).

Die Straßengruppe Stadtpark der KPD, Ortsgruppe Wittenau, machte unter anderem folgenden Änderungsvorschlag:

> „Die Straßengruppe Stadtpark ist der Auffassung, daß sämtliche Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen als Mitschuldige am Faschismus zu betrachten sind und ihnen daher kein Wahlrecht zu gewähren." (S. 606)

Gewicht hat auch die Entlarvung der lügnerischen Methoden der Nazis, worauf eine Zuschrift hinwies: „die wußten alle, was sie taten; nur jetzt stellen sie sich etwas tölpisch, sie wollten früher alle an Gemeinheiten groß werden." (S. 437)

Aus der KPD-Ortsgruppe Stadtlengsfeld schrieb Paul Gerhardt folgende Kritik am Resolutionsentwurf:

> „In der Resolution für die Parteikonferenz wird unter ‚die einstigen Mitläufer der Nazis' ausgeführt, daß diese ‚armen, irregeführten Geschöpfe den falschen und verderblichen Weg, dem sie gefolgt waren, erkannt hätten' usw. Haben die Hauptschuldigen die Sühne für ihre Verbrechen zu tragen, so sind die Mitläufer doch erst Schuld daran, daß es diesen Verbrechern möglich war, durch die stillschweigende Zustimmung der Mitläufer ihre Untaten zu begehen.
>
> Die Annahme der Parteizugehörigkeit der NSDAP erfolgte doch meistens nur um ***persönlicher*** Vorteile willen. Wer nicht Pg. war, war vom Futternapf ausgeschlossen. Bis 33 stand dieser Gesellschaft noch genügend soz[ialistische] Literatur zur Verfügung, es hätten sich auch die ‚Intellektuellen' etwas politisch bilden können und wären nicht dem Rattenfänger in ihrer pol. Dummheit zum Opfer gefallen.
>
> Trotzdem sie sahen, wie klassenbewußte Arbeiter in den Heldenkellern von einer sadistischen Bande gefoltert wurden, wie Familienväter auf Nimmerwiedersehen verschwanden, hat sich keine Hand gerührt, wurde kein Wort laut, um diese Taten zu ändern. Ihre soziale Lage war ja gesichert, dafür wurden sie ja Pg." (S. 496)

Paul Gerhardt betonte, daß die Frage, ob ein Nazi aus Eigennutz oder Dummheit gehandelt hat, unwesentlich sei, denn „Feind bleibt Feind" (S. 497). Die Wirkung des Handhinhaltens gegenüber den Nazis, so diagnostizierte er sehr genau, sei verheerend:

> „Im ersten Augenblick wird er die Hilfe dankbar empfinden, im nächsten Augenblick ist sein Gedanke, daß ihm diese Hilfe ja zusteht, und von da ist der Schritt nicht weit, daß diese Hilfe ungenügend und es eigentlich eine Gemeinheit ist, daß sich nicht die ganze Welt um ihn bekümmert." (S. 498)

Ziemlich einheitlich wurde gerade auch ***Zeit*** gefordert, die Notwendigkeit eines längeren Zeitraum herausgestellt, um mit den Nazis fertigzuwerden, so zum Beispiel in der bereits zitierten Stellungnahme einer KPD-Grundorganisation aus Berlin-Kreuzberg:

> „Alle Pgs haben erst eine zweijährige praktische Aufbauarbeit zu leisten und werden in erster Linie Schutt und Trümmer beseitigen müssen" (S. 427).

Aus Halle wurde der Antrag gestellt:

„Um eine Reinhaltung aller Verwaltungsbezirke von ehemaligen Nationalsozialisten während der ersten Jahre des Wiederaufbaues zu erzielen, beantragt der Stadtteil VIII, daß es allen Nationalsozialisten sowohl nomineller als auch aktiver Natur bis zum Jahre 1950 nicht gestattet wird, in einer Behörde irgendeine Stellung einzunehmen." (S. 437)

Die Ortsgruppe Waltersdorf der KPD stellte die Forderung,

„bei den ersten stattfindenden Wahlen nicht nur Kriegsverbrecher und führende Pgs auszuschalten, sondern sämtliche Mitglieder der früheren NSDAP und ihren Untergliederungen das Wahlrecht abzusprechen." (S. 454)

Ähnlich argumentiert auch die KPD-Gruppe Neue Schleuse, die über die NSDAP-Mitglieder hinaus auch alle Offiziere vom Wahlrecht ausschließen wollte:

„Alle ehemaligen Pg sind vorerst nicht würdig, das Wahlrecht auszuüben, denn gerade die große Masse der kleinen Pg waren einst die Zuträger und Stützen der großen Nazibonzen. Die Masse der ehemaligen kleinen Pg – mit wenigen Ausnahmen – zeigen gerade hier in unserem ausgesprochenen Industrieort, daß sie nichts zugelernt haben und sich vorerst auch nicht umstellen wollen. (...) Ehemaligen Offizieren vom Leutnant an, soweit sie sich nicht innerhalb der Kriegsjahre gegen die Kriegspolitik der Nazipartei antifaschistisch betätigt haben, müßte man ebenfalls das Wahlrecht absprechen, denn gerade diese Herren Offiziere waren diejenigen, die manchen guten Antifaschisten in den Tod getrieben haben." (S. 459)

Die Straßengruppe 574 in Berlin-Friedrichshain schlägt folgende Ergänzungen zur Resolution vor:

„Die Straßengruppe ist sich darüber einig, daß ein bestimmter Teil der kleinen Pgs nicht so harmlos war, wie sie es heute gern scheinen möchten. Ein bestimmter Teil der Pgs waren die Denunzianten, die die Genossen in die Kz's gebracht und die Bevölkerung 12 jahrelang terrorisiert haben. Es sind die Pgs, die heute ein Heer von Rechtsanwälten gegen die Arbeitenden in Bewegung bringen und wo sie nur können, den Wiederaufbau sabotieren. Die Straßengruppe 574 Friedrichshain empfiehlt folgendes zur Behandlung der Pgs:

Ein Urteil der Einstellung der Pgs zum demokratischen Aufbau ist z. Z. noch verfrüht. Sie sind der Meinung, daß die Pgs sich erst die volle berechtigen Einfügung (hier ist wohl gemeint: „die voll berechtigte Einfügung", A. d. V.) in die Gemeinschaft verdienen müs-

sen. Zu diesem Zweck werden sie von den Arbeitsämtern erfaßt und von diesen zur praktischen Arbeit und zwar an der Trümmerbeseitigung und am Aufbau des Verkehrs und der Produktionsstätten mindestens 1 Jahr beschäftigt. (...) Diejenigen Pgs, welche sich weigern, am Aufbau mitzuarbeiten, werden den aktiven Pgs gleichgestellt und als solche behandelt." (S. 516)

Besonders wichtig ist auch die Kritik der „Sozialistischen Betriebszelle" [273] der Feinmechanik GmbH in Babelsberg, die fordert, daß man die „großen" Nazis hängt, aber auch die „kleinen" ***nicht*** laufen läßt:

„Die Auffassung über die Millionenmassen der Nazis, wie sie in dem Entwurf zur Resolution niedergelegt ist, entspricht nicht unserm Empfinden. Wir wollen nicht, daß man die Kleinen hängt und die Großen laufen läßt, aber ***wir wollen, daß man die Großen hängt und die kleinen auch nicht laufen läßt.*** Wir sind nicht der Ansicht, daß die große Masse der Abzeichenträger als nominelle Pgs, sondern als Aktivisten zu betrachten sind. (...) Wir können nur die als nominelle Pgs anerkennen, die, aus Angst und Verfolgung in die NSDAP getrieben, schon während des Krieges durch Agitation gegen Hitler oder Unterstützung Verfolgter aktiv mit uns gekämpft haben. Dieses festzustellen ist Aufgabe der Betriebs- und Straßengruppen oder der evtl. dafür eingesetzten Sonderausschüsse. Alle anderen Abzeichenträger sind Aktivisten und müssen als solche behandelt werden. Es ist heute ***noch lange nicht an der Zeit,*** daß wir diesen Aktivisten das Wahlrecht geben können, oder daß sie sogar gewählt werden könnten. Wir stemmen uns mit allen Mitteln dagegen, daß sie in irgendeiner antifaschistischen Organisation aufgenommen werden, weder in eine der politischen Parteien noch in den FDGB. Für uns waren die Hitler, Göring, Goebbels und Konsorten, die Männer, Frauen und Kinder zynisch ermorden und quälen ließen, keine politischen Führer, sondern eine gemeine Verbrecherbande, und die ***Mitglieder*** ihrer Partei, die ihrem Treiben Beifall klatschten, sind ***kriminell belastet.*** Man soll niemals sagen, daß die einfachen Pgs unwissend waren. Sie alle kannten die Judengesetze, sie alle haben die Judensterne gesehen, die ihre Träger in gemeinster Weise kenntlich machten. Erinnern wir uns doch der Lokale und Geschäfte, bei denen der Eintritt ‚Juden und Hunden' verboten war. Sie alle kannten die KZ-

[273] Das war ein Zusammenschluß von sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterinnen und Arbeitern in einer Betriebsgruppe dieses Werks.

> Lager und wußten, daß unsere Genossen dort zu Tode gefoltert wurden. Ihre persönliche Stellung, ihr persönliches Ich bestimmte ihre Solidarität mit den Verbrechern der Nazipartei. Das sind Menschen, die zu jeder anderen Zeit jedes gemeine Gift in sich aufnehmen würden, selbst wenn es ihren Mitmenschen noch so viel Qual und Leid brächte, nur um ihr eigenes Leben schön zu gestalten. Diese nominellen Pgs, die nur ihr Nazitum ablegten, weil der Krieg unglücklich für sie zu Ende ging, erhofften ja bis zur letzten Stunde noch den Sieg Hitlers und bedauern noch heute insgeheim seine Niederlage. Wir appellieren an das proletarische Gewissen unserer Genossen. Hört ihr nicht mehr das Weinen der Mütter, Frauen und Kinder? Oder glaubt ihr vielleicht, daß irgendeiner der kleinen Pgs der Hakenkreuzfahne den Rücken gekehrt hätte, wenn der Krieg anders ausgelaufen wäre?" (S. 572/573, Hervorhebungen RF)

Alle diese Vorschläge und Kritiken wurden unseres Wissens ***nicht öffentlich*** dokumentiert. Wie bereits ausführlich gezeigt, hatte Wilhelm Pieck schon in der „Deutschen Volkszeitung" vom 3.2.1946 derartige Kritiken und Proteste abgebügelt.

Auf der Reichskonferenz selbst wird erstaunlicherweise ebenfalls nicht über den Resolutionsentwurf diskutiert, obwohl es – wie gezeigt – eine Fülle von Eingaben und Beiträgen von KPD-Bezirks-, Orts- und Betriebsgruppen gab, die direkt ans ZK der KPD geschickt wurden. Der Resolutionsentwurf wurde mit relativ unbedeutenden Veränderungen, aber mit den falschen Passagen trotz der heftigen Kritik von der KPD-Basis von der Reichskonferenz verabschiedet und veröffentlicht.[274] Dies wirft durchaus ein Schlaglicht auf die mangelnde innerparteiliche Demokratie in der KPD im März 1946.[275]

---

[274] Vgl. „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 525 ff.

[275] Vor ihrer inhaltlichen Kritik protestierte die KPD-Ortsgruppe Strausberg gegen die undurchsichtige Art der Einberufung der Parteikonferenz:

„Bevor wir unsere Änderungsvorschläge formulieren, protestieren wir gegen die kurzfristige und nach unserer Auffassung undemokratische Durchführung dieser Konferenz. Bis heute ist uns durch die Kreisleitung (...) noch keine Anweisung darüber zugegangen, ob und wieviel Delegierte von der Ortsgruppe zu dieser Konferenz zu wählen sind. Wir haben also keinerlei Gelegenheit, unsere Auffassung zu dieser Resolution persönlich zu vertreten. Wir sind durchaus Anhänger des von den Bolschewiki geschaffenen Prinzips des demokratischen Zentralismus, können

Fortsetzung nächste Seite

Um eine Frage wird – wenn auch nur mit indirekter Polemik – auf der Reichskonferenz eine Debatte geführt, und zwar um die Frage des Hauptkettenglieds der Politik der KPD im demokratischen Kampf.

Ulbricht behauptet in einem Redebeitrag:

> „Unsere erste Aufgabe nach dem Sturz des Hitlerfaschismus war ***die Linderung der Not des Volkes*** und die Durchführung aller notwendigen Maßnahmen, um das Fundament für den demokratischen Aufbau Deutschlands und für die Sicherung des Friedens zu schaffen." (S. 171, Hervorhebung RF)

Ulbrichts „erste Aufgabe" sind in Wirklichkeit zwei Aufgaben. Die „Linderung der Not des Volkes" und der Allgemeinplatz „Durchführung aller notwendigen Maßnahmen" werden als erste Aufgabe der KPD nach dem 8. Mai 1945 bezeichnet. Ulbricht erklärt damit sozusagen deutsch-nationalistisch die Sorge um das Wohlergehen der deutschen Bevölkerung zum Hauptkettenglied der Politik der KPD. Das steht im direkten Gegensatz zu der richtigen These vom Hauptkettenglied Entnazifizierung. Auch der weitere Verlauf des Satzes und die nächsten Absätze retten Ulbricht nicht, denn dort werden nur Allgemeinplätze vertreten. Mit keinem Wort ist von der Entnazifizierung als zentraler Aufgabe die Rede.

Diese direkt gegen eine radikale Politik der Entnazifizierung gerichtete These Ulbrichts kritisierten indirekt Kader der KPD in Redebeiträgen auf der Reichskonferenz.

Die Genossin Gertrud Rast aus Hamburg geht in ihrer Selbstkritik zur Politik der KPD in Hamburg indirekt auch auf diese Position Ulbrichts ein. Ihre Selbstkritik richtet sich auch gegen Ulbricht, indem sie klarmacht, daß das Hauptkettenglied die Entnazifizierung sein mußte, daß also keineswegs die „Leistungssteigerung" auf dem Gebiet der Produktion vorrangig war, um wirklich die Nazis bekämpfen zu können:

Fortsetzung der Fußnote

aber dieses Organisationsprinzip natürlich nur anerkennen, wenn die zentrale Politik der Partei durch demokratische Aussprache und daraus folgenden Beschlüssen geschaffen wird." (S. 601)

> „Dann haben wir einen zweiten Fehler gemacht, indem wir in einigen Versammlungen die Parole der Leistungssteigerung verkündet haben, ohne dabei zu beachten, daß man die Leistung nicht steigern kann, ohne vorher die Denazifizierung durchgeführt zu haben, weil nämlich sonst die Leistungssteigerung nicht dem Volk zugute kommt, sondern sehr leicht nur dazu dienen kann, die Existenz der Nazis zu verbessern (...)" (S. 308).

W. Koenen polemisiert zu Recht gegen die falsche These vom „Wiederaufbau", die unausgesprochen Ulbrichts Losung von der Hauptaufgabe „Linderung der Not des Volkes" zugrunde liegt:

> „Je klarer wir machen, daß es sich nicht um den Wiederaufbau, sondern um einen Neuaufbau handelt, um so stärker werden wir die Kräfte der fortschrittlichen Strömung im Ausland an unserer Seite spüren." (S. 336)

Koenen stellt hier richtig der These vom „Wiederaufbau", die ja durch das Wörtchen „wieder" nahelegt, daß es keinen radikalen Bruch mit dem Alten, mit dem Nazismus geben wird, die These vom „Neuaufbau" entgegen, d. h. daß es darum geht, mit dem Nazismus zu brechen, ihn zu vernichten, um ein neues, demokratisches Deutschland aufzubauen.

Eine direkte Kritik an Ulbrichts falscher These ist von Kadern der KPD, die an der Reichskonferenz teilnahmen, nicht zu finden.

Auf der ***Berliner Funktionärskonferenz der KPD*** am 8. März 1946 sagte Pieck hierzu eigentlich nichts Neues. Aber er reagiert auf seine Weise auf die oben geschilderte innerparteiliche Auseinandersetzung, und zwar falsch. Er setzte die „Millionenmassen der ***einfachen*** Nazis" gleich mit den „nichtaktivistischen Nazis" und hielt ein Plädoyer dafür, die nichtaktivistischen Nazis „normal" zu behandeln:

> „Wir wollen diesen Menschen die Möglichkeit geben, auf normale Weise wie jeder andere Bürger sich an der Aufbauarbeit zu beteiligen und auch an unserem Kampf gegen den Faschismus teilzunehmen."[276]

Pieck setzt sich in seiner Rede dafür ein, daß die „Millionenmassen der einfachen Nazis" sich auf „normale Weise" an der Aufbauarbeit

---

[276] „Deutsche Volkszeitung", 12. 3. 1946.

„beteiligen" und „auch" am Kampf gegen den Faschismus teilnehmen könnten. Der faule Punkt ist hier die Formulierung „auf normale Weise". Pieck setzt mit dem Versprechen einer „Normalität" für die große Masse der Nazis ein ganz falsches Signal. Das erforderliche harte Vorgehen gegen die Nazis, die Prüfung eines jeden einzelnen von ihnen hinsichtlich des Ausmaßes seiner Teilnahme an den Nazi-Verbrechen, seine dementsprechende Bestrafung usw., all das wischt Pieck mit seinem Normalitäts-Appell beiseite. Wenn man nicht so verfahren würde, wie Pieck es für richtig hält, dann bestünde die Gefahr, „die Millionenmassen der einfachen Nazis der Reaktion in die Arme zu treiben." Das ist ein fatales Argument. Denn Pieck erklärt damit faktisch, daß das Eintreten für eine konsequente Entnazifizierungspolitik zur Stärkung der Reaktion führen würde. Pieck propagiert damit offen die grundsätzlich falsche Haltung, reaktionäres Bewußtsein und rückschrittliche Haltungen nicht konsequent zu bekämpfen, sondern davor zurückzuweichen und sich anzubiedern.

Wichtig ist jedoch die Feststellung in den Ausführungen Piecks, daß die KPD immerhin ***keine Nazis aufnehmen*** wird, auch keine nominellen:

> „Das ist oft so ausgelegt worden, als ob wir mit der Aufhebung der Sondermaßnahmen gegen diese Leute ihnen gleichzeitig den Eintritt in eine der antifaschistisch-demokratischen Parteien ermöglichen. ***Wer das behauptet, entstellt unsere Bestrebungen."***

Interessant ist auch, daß Pieck mit folgender Frage konfrontiert wurde:

> „Wenn mir eben eine Anfrage heraufgereicht wurde, ob wir die nazistischen Kriegsversehrten auch den anderen gleichstellen wollen, so sage ich: hier trifft die gleiche Unterscheidung zu, wie wir sie für die Nazimitglieder in der Industriearbeit, in der Landwirtschaft usw. machen. Es geht hier darum, sehr sorglich zu prüfen, wo die Grenze zwischen den aktiven Nazis und den nominellen Nazimitgliedern zu ziehen ist."

In einem Bericht über das Arbeitsprogramm der Opfer des Faschismus wird richtig – mit anderem Akzent als bei Pieck – die Aufgabe gestellt, alle Nazi-Verbrecher aufzuspüren, wobei Zitate aus einer Rede des Berliner Stadtrats Geschke angeführt werden:

> „‚Es gab in Deutschland sechs und eine halbe Million Pgs. Heute aber will es keiner gewesen sein. Wir werden nie vergessen, was wir

erlitten und durch wen. Wir suchen und finden sie ... Wir müssen die Mörder und Denunzianten fassen, wenn wir das nazistische Gift ausrotten wollen.'

Jeder muß dem Hauptausschuß helfen beim Suchen und bei der Entlarvung der aktiven Nazis und Denunzianten, bei der Überprüfung derjenigen, die nach der Niederschlagung der Nazis plötzlich den Wohnort wechselten, und derjenigen, die sich innerhalb der politischen Parteien gegen die Einheit stellen."[277]

Die ***Vortragsdisposition Nr. 7/1946: „Kriegsverbrecher, aktivistische Nazis und nominelle Pgs"*** beginnt mit einer nicht klaren Darstellung der Lage 1945, bei der es eigentlich nur um die Not, „Verwüstungen" usw. in Deutschland geht. Zu den Verbrechen, die nur in allgemeinster Form aufgezählt werden, heißt es dann, zum Teil richtig: „ihr endgültiges Ausmaß wird wohl erst nach vielen Jahren vollständig zu übersehen sein." (S. 3)

Die Vortragsdisposition orientiert sich stark am Beschluß der Blockparteien der SBZ über die ***„Bestrafung der Naziverbrecher"*** vom 30. Oktober 1945, der bereits besprochen wurde.

Die Disposition enthält kaum etwas wirklich Neues, aber ein Punkt ist wichtig, nämlich der Abschnitt über „Die Notwendigkeit der Differenzierung". Hier spürt man, daß zu der Diskussion in der KPD faktisch Stellung genommen wird.

Zu Recht abgelehnt wird die Differenzierung in „Pgs und Nicht-Pgs", da auch „Nicht-Pgs" Naziverbrecher sein konnten, ebenso die Unterscheidung in „‚kleine' und ‚große' Nazis", da beide Differenzierungen keinen Aufschluß über die tatsächliche Beteiligung an Naziverbrechen geben:

„Andererseits gibt es auch viele sogenannte ‚kleine' Nazis, die die Antifaschisten der Gestapo denunzierten und auslieferten. Es gibt viele ‚kleine' Nazis, die ganz große Verbrechen auf dem Gewissen haben. Was hätten Hitler und Himmler tun können, wenn nicht zahllose ‚kleine' Nazis alle ihre verbrecherischen Maßnahmen unterstützt und die vielen Untaten begangen hätten?" (S. 15)

Als korrekte Differenzierung wird propagiert:

---

[277] „Deutsche Volkszeitung", 9. 10. 1945.

> ***„Die einzige richtige Differenzierung ist die Differenzierung zwischen aktiven und nichtaktiven Nazis*** (d. h. nominellen „Pgs".). Diese Differenzierung liegt auch der bedeutungsvollen Entschließung der Einheitsfront der antifaschistischen Parteien vom 30. Oktober 1945 zugrunde. Diese Differenzierung ist richtig, weil sie die tatsächliche Lage der Vergangenheit und Gegenwart in Betracht zieht. Denn es kommt nicht darauf an, ob die ehemaligen NSDAP-Mitglieder im Rang ‚klein' oder ‚groß' waren, sondern ob sie aktiv die verbrecherische Hitlerpolitik unterstützt haben oder nicht. ***Die Verhaltensweise der ehemaligen NSDAP-Mitglieder ist entscheidend."*** (S. 15/17)

Nun wäre es wichtig gewesen, diesen entscheidenden Punkt, die tatsächliche Verhaltensweisen als Grundlage der Differenzierung und Beurteilung zu beleuchten, zu problematisieren, vor möglichen Fallen zu warnen usw. Doch dies geschieht nicht.

Die Nazis werden aktuell in zwei Gruppen eingeteilt: Zum einen solche, welche begonnen hätten umzudenken und bereit seien, am demokratischen Neuaufbau mitzuwirken. Zum anderen gäbe es „immer noch viele", welche „die unverbesserlichen Nazis" seien, denen der schonungslose Kampf angesagt werden müsse.

In einem weiteren Punkt wird nun aber gegen links polemisiert und ohne jeden echten Beleg behauptet:

> „Es gibt einige Antifaschisten, die diese Verschiedenheit des Verhaltens der Pgs. nicht sehen wollen und jede (?!) Differenzierung verneinen. Sie behaupten, ‚alle müssen eingesperrt werden'. Sie kommen sich sehr radikal vor und bemerken dabei oft nicht, ***daß sie damit gewissen Kreisen dienen, die durch eine übermäßige Hetze (?!) gegen die nominellen Pgs. ablenken wollen vom Kampf gegen die Trust- und Konzernherren, die wahren Hintermänner und Auftraggeber der Nazipartei."*** (S. 19, Hervorhebungen durch (?!) RF)

Welche Antifaschisten „jede Differenzierung" der „Pgs" ablehnen und behaupten würden, „alle müssen eingesperrt werden", dies bleibt hier ohne Beweis. Statt dessen wird ein Zitat aus der Resolution „Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands" (als Entwurf veröffentlicht in der „Deutschen Volkszeitung" am 16.2.1946, verabschiedet von der Parteikonferenz der KPD am

2./3. März 1946)[278] nachgeschoben, in dem mit der bereits kritisierten Verdächtigung gearbeitet wird, „gewissen Kreisen" – gemeint sind die Helfershelfer der Reaktion – zu dienen.

Als angebliche „Gefahr" wird dann herausgestellt,

> „die Stoßrichtung unseres Kampfes nicht gegen die Trust- und Konzernherren, die Hauptschuldigen unseres Unglücks (?!), zu richten, sondern gegen die Millionenmassen der nominellen Pgs., die in vielen Fällen bereits ehrlich mit dem Nazismus gebrochen haben." (S. 19, Hervorhebung durch (?!) RF)

Das ist eine irreführende Polemik, da sie einen Gegensatz konstruiert, der so eben nicht besteht. Daß dabei „Millionenmassen" von Nazis bescheinigt wird, nur „nominelle" Mitglieder der Nazipartei gewesen zu sein, ist eine krasse Verharmlosung, da sie praktisch einen sehr großen Teil der Nazipartei freispricht von der Anklage der Teilnahme an den Nazi-Verbrechen, was der Realität der Beteiligung an den Naziverbrechen völlig widerspricht.

Die Ausführungen der Vortragsdisposition münden dann – nicht zufällig mit einem Zitat von Pieck aus dem zuvor kritisierten Interview „Die nichtaktiven Nazis" in der „Deutschen Volkszeitung" vom 3.2.1946 versehen – in den Schmusekurs gegenüber den nominellen „Pgs" mit der folgenden falschen Begründung:

> „Die Aufgaben sind zu groß, als daß wir einen so beträchtlichen Teil unseres Volkes davon ausschließen können." (S. 21)

Der Gedanke eines notwendigen Risses und Kampfes im „Volk" wird damit nicht zugelassen. Schließlich sollen die „Pgs" mit folgendem Argument entlastet werden:

> „Aber ist ihre Schuld etwa größer als die der Soldaten, die aktiv den räuberischen Hitlerkrieg unterstützten?
>
> Daher erklärt die KPD:
>
> ***Wer heute aus den Reihen der nur nominellen Mitglieder der NSDAP ehrlich und aufrichtig mit uns gehen will, sei uns willkommen. Die Vergangenheit soll nicht als ständiger Ballast an ihm hängenbleiben.***" (S. 21)

---

[278] Siehe dazu S. 262 ff in dieser Nummer.

Die Soldaten der Nazi-Wehrmacht, ob Mitglieder der Nazipartei oder nicht, die aktiv den räuberischen Krieg des Nazifaschismus unterstützten, machten sich damit ohne Zweifel schuldig. Die Mitglieder der Nazipartei gehörten aber gerade jener verbrecherischen politischen Partei an, die als lenkende politische und organisatorische Kraft überall an der Spitze stand bei der Durchführung der Verbrechen des Nazifaschismus. Die Verbrechen der Nazi-Wehrmacht als Entschuldigungsgrund für die „nominellen" Nazis anzuführen, ist daher wirklich demagogisch.

Doch ist dies nur der Auftakt dafür, die „nominellen Mitglieder der NSDAP" schlichtweg „willkommen" zu heißen, falls sie „ehrlich und aufrichtig" kommen wollen, und sie mit dem Versprechen zu ködern, ihre Nazimitgliedschaft werde als „Ballast" entsorgt, ja ihnen wird die Absolution für „die Vergangenheit" angeboten, denn diese dürfe sie nicht als „ständiger Ballast" belasten. Eine solche „Vergangenheitsbewältigung" kurz nach dem Ende der Naziverbrechen ist unerträglich – erst recht in einer Schulungsbroschüre der KPD.

Immerhin werden noch „die Gefahren der Tarnung" der Nazis erwähnt, aber diese Gefahr wird nicht als bedeutend angesehen, weil – Zitat Pieck-Rede vom 3.2.1946 – „die Kraft unserer Bewegung so groß" sei, dem entgegenzutreten.

Abschließend verwahrt sich die Vortragsdisposition noch dagegen, daß die KPD zu dieser Frage einen „neuen Kurs" fahre.

Aber klar ist, daß die Resolution der KPD Mitte Februar/Anfang März 1946 und die Rede von Pieck von Anfang Februar 1946 in der KPD großen Widerspruch ausgelöst haben und offenkundig einen Schritt nach rechts bedeuteten. Kennzeichnend für die Vortragsdisposition ist, daß zunächst einige Einwände aus der Diskussion aufgegriffen und auch richtig wiedergegeben werden, dann aber unseriös gegen berechtigte Kritik polemisiert wird, die nicht korrekt wiedergegeben wird, um schlußendlich den Schmusekurs gegenüber den „nominellen Nazis" zu rechtfertigen.

In Anton Ackermanns Referat auf dem ***15. Parteitag der KPD*** im April 1946 ist unseres Wissens die einzige Stelle in Dokumenten oder Beiträgen führender Kader der KPD enthalten, wo ***im Zusammenhang mit den nominellen Nazis*** die ideologische Offensive gegen die Nazi-Ideologie gefordert wird.

> „Erst wenn dieser ideologische Kampf erfolgreich entfaltet sein wird, werden wir auch unsere Stellung zu den nicht aktiven Pgs in das richtige Verhältnis zu der ***grundlegenden*** Aufgabe bringen, nämlich zu der Aufgabe der Vernichtung des Faschismus in allen seinen Erscheinungen und bis in seine Wurzeln. Mit anderen Worten: Es kommt nicht nur darauf an, den ehemaligen nichtaktiven Pgs zu sagen, daß wir keinesfalls gedenken, sie zu vernichten, sondern ihnen eine Rückkehr in die demokratische Gemeinschaft ermöglichen wollen; ***es kommt vor allem darauf an, den Nazi, der noch in vielen von ihnen steckt, gründlich auszutreiben.***"[279]

Dies auf dem Parteitag vor den Genossinnen und Genossen der KPD festzustellen, ist die eine Sache. Eine andere Sache aber ist es, diese Position in der tagtäglichen Praxis unter den großteils noch rückständigen und ideologisch noch sehr weitgehend reaktionär eingestellten Massen und gegenüber der pausenlosen Hetze der Reaktion durchzusetzen, wobei die nominellen Nazis einen nicht geringen Teil auch unter den werktätigen Massen ausmachten.

3. Ausblick: Nach Gründung der SED

Im ***„Aufruf des Blocks der antifaschistischen Parteien und des Landesverbandes Sachsen des FDGB zum Volksentscheid über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes"*** vom 25. Mai 1946 wird im Zusammenhang mit den nominellen Nazimitgliedern die Frage aufgeworfen und beantwortet:

> „Warum werden nominelle Nazimitglieder gewisse gewerbliche Betriebe zurückerhalten?
>
> Weil wir damit bekunden wollen, daß die ***großen*** Nutznießer des Krieges bestraft werden sollen und nicht die damaligen ***kleinen*** Mitläufer."[280]

---

[279] „Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 107, Hervorhebungen RF.

[280] Zitiert nach: „Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland", S. 283, Hervorhebung RF.

Gerade diese Gegenüberstellung ist falsch: Hier „die großen Nutznießer", da „die damaligen kleinen Mitläufer", als ob es nur „die großen Nutznießer" zu bestrafen galt. Damit distanziert sich die SED faktisch auch von der Politik der sowjetischen Besatzungsmacht und den Entnazifizierungsbeschlüssen der Alliierten überhaupt, die Bestrafung und Sühnemaßnahmen keineswegs nur für die vergleichsweise wenigen „großen Nutznießer", sondern auch für die große Zahl „nicht so großer" und „kleiner" Nutznießer vorsahen.

Im ***„Beschluß des Parteivorstands der SED „SED und nominelle Pgs"***[281] vom 20. Juni 1946 wird zunächst auf die Erfolge bei der Entnazifizierung in dem Jahr seit Zerschlagung des Nazifaschismus verwiesen. Ebenso wird bekräftigt:

> „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erklärt auch weiterhin ihre Entschlossenheit, unnachgiebig den Kampf zur Unschädlichmachung der hitlerschen Kriegsverbrecher und Naziaktivisten zu führen, die sich durch ihre Taten gegen das eigene Volk und gegen andere Völker als Feinde der Menschheit offenbart haben. Sie müssen aus dem Leben des deutschen Volkes ausgeschaltet werden."[282]

Im Mittelpunkt des Beschlusses stehen aber die „nominellen" Mitglieder der Nazipartei. Die ganze Passage dazu lautet:

> „Auch die ***nominellen Mitglieder*** der NSDAP haben auf Grund ihrer Mitgliedschaft zur Nazipartei einen Teil Schuld und Mitverantwortung für die verbrecherische Hitlerbande auf sich geladen. In dem verflossenen Jahre haben aber zahlreiche ehemalige ***einfache Mitglieder*** der Hitlerpartei in den Gemeinden und Städten loyal beim demokratischen Wiederaufbau mitgearbeitet. Sie haben damit bekundet, daß ihre frühere Einstellung falsch war, andere sind auf dem Wege, anzuerkennen, daß sie nur durch die Eingliederung in die demokratische Ordnung und durch eigene praktische Mitarbeit wieder gutmachen können, was sie in der Vergangenheit an Schuld auf sich geladen haben.

---

[281] Diesem Beschluß war vorangegangen, daß nach Entscheid der Landesverwaltung von Sachsen die ehemaligen nominellen Mitglieder der Nazipartei an der Volksabstimmung über die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher teilnehmen konnten, was die SED in ihrem Beschluß nachträglich ausdrücklich begrüßte.

[282] „SED und nominelle Pgs", Beschluß des Parteivorstandes der SED vom 20. Juni 1946, in: „Dokumente der SED", Band I, S. 52.

Auf Grund dieser Erwägungen hält die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands den Zeitpunkt für gekommen, das Problem der Eingliederung der Massen der ehemaligen ***einfachen Mitglieder*** *und* ***Mitläufer*** *der Nazipartei in den demokratischen Aufbau Deutschlands einer Lösung zuzuführen. Alle früheren* ***einfachen Mitglieder der Nazipartei, die nicht besonders belastet sind*** *und sich als aktive Mithelfer an der neuen demokratischen Ordnung betätigen, sollen als Staatsbürger anerkannt und behandelt werden."* [283]

Hier fällt auf, daß in einem Atemzug und im selben Zusammenhang mit den „nominellen Mitgliedern" der Nazipartei ***ohne Unterscheidung, ohne begriffliche Abgrenzung und Definition*** mehrere Begriffe aneinandergereiht werden, als ob diese alle das gleiche besagen würden:

- „nominelle Mitglieder" der Nazipartei;
- „einfache Mitglieder" der Nazipartei;
- „einfache Mitglieder der Nazipartei, die ***nicht besonders belastet*** sind";
- „Mitläufer".

Wenn es wirklich nur um die nominellen Mitglieder der Nazipartei geht, ist unklar, warum hier nicht durchgehend nur von nominellen Mitgliedern die Rede ist. Oder aber es sind nicht nur die nominellen Mitglieder gemeint, dann wäre es nötig, klar auszusprechen, wer oder was mit dem jeweiligen Begriff gemeint ist.

„Nominelles Mitglied" besagt, daß die betreffende Person als Mitglied der Nazipartei eingeschrieben ist, sich aber über seine Mitgliedschaft hinaus ***nicht aktiv*** nazistisch betätigt hat.

„Einfache Mitglieder" der Nazipartei sind nicht einfach identisch mit den nominellen Mitgliedern. Dies besagt eigentlich nur, daß die betreffende Person keine leitende Funktion in der Nazipartei gehabt hat. Ein „einfaches Mitglied" der Nazipartei konnte aber selbstverständlich nazistisch sehr aktiv und auch direkt an Nazi-Verbrechen beteiligt gewesen sein und war dies sehr häufig auch. Daher ist es ein

---

[283] Ebenda, S. 52/53, fette Hervorhebungen RF.

folgenschwerer Fehler, die „einfachen Mitglieder" pauschal als „nominelle Pgs" zu behandeln.

In der Aufzählung folgt der Begriff „einfache Mitglieder der Nazipartei, die ***nicht besonders belastet*** sind". Hier wird deutlich, daß der Parteivorstand der SED ein Problem bei den „einfachen Mitgliedern" sah, die teilweise sogar sehr erheblich mit Nazi-Verbrechen „belastet" waren. Die Einschränkung auf „nicht besonders belastete" Nazis macht die Sache aber auch nicht viel besser. Denn diese sollen gemäß dem Beschluß des SED-Parteivorstands gleich wie die nominellen Nazis behandelt werden und möglichst rasch als Staatsbürger anerkannt und behandelt werden. Gegen die „nicht besonders belasteten" Nazis waren aber viel schärfere Sühnemaßnahmen erforderlich als gegen die nur nominellen Nazis. Um so unverständlicher ist, daß sich die SED nach nur einem Jahr seit der militärischen Zerschlagung des Nazifaschismus dafür einsetzte, diese als Staatsbürger anzuerkennen und zu behandeln. Auch dies war unserer Meinung nach ein falsches Signal.

Indem nun zusätzlich auch noch die „Mitläufer" aufgezählt werden, wird die Konfusion nahezu perfekt. Denn unter Nazi-"Mitläufer" wird gemeinhin jemand verstanden, der ohne überzeugter Nazi zu sein, aus Anpassungssucht, Karrierismus, Sorge um die eigene Haut usw. bei den Nazis mitgemacht hat. Das kann bis zum direkten „Mitlaufen" bei Naziverbrechen reichen. Dabei muß beachtet werden, daß das gesamte System der nazistischen Organisierung darauf angelegt war, möglichst viele, ja möglichst alle direkt in die Teilnahme an nazistischen Verbrechen einzubinden.

In dem Beschluß „SED und nominelle Pgs" wird „zahlreichen ehemaligen einfachen Mitgliedern" der Nazipartei bescheinigt, daß sie loyal beim demokratischen Wiederaufbau mitarbeiten würden, andere seien auf dem besten Wege, dies ebenfalls zu tun. Offenbar wird hier nicht die Gefahr gesehen, die gerade von dieser riesigen Masse ehemaliger Nazi-Mitglieder für den demokratischen Wiederaufbau ausgeht. Vor irgendeiner Gefahr wird nicht gewarnt, nicht zur erhöhten Wachsamkeit im Kampf für die vollständige Entnazifizierung aufgerufen. Es gibt keine Richtlinien und Hilfestellungen für diesen komplizierter werdenden und verschärft zu führenden Kampf.

Das Kriterium der „loyalen Mitarbeit" reicht bestimmt nicht aus. Denn mit diesem Kriterium war nicht wirklich zu entscheiden, ob

sich bei den betreffenden ehemaligen Mitgliedern der Nazipartei tatsächlich ein antinazistisches Bewußtsein herausgebildet hatte, oder ob diese „Loyalität" nicht einfach aus Anpassung erfolgte, um in der SBZ mit dem Strom zu schwimmen. Gefordert waren andere Kriterien, vor allem der aktive Kampf gegen die Nazis, die Hilfe bei der Entlarvung der nazistischen Kräfte, das Eingeständnis und die Aufklärung über die eigene Mitschuld.[284]

In einer Kolumne des ***„Neuen Deutschland"***, dem Zentralorgan der SED, heißt es in der Ausgabe vom 7. 6. 1946:

> „Die Kleinen und die Großen
>
> Die Kleinen hängt man, die Großen – sitzen in Nürnberg. Solche und ähnliche Gedanken trüben heute vielfach den Blick der kleinen Nazis für den neuen Tag. Diese ehemaligen Bürger erster Klasse schauen meist scheel nach Nürnberg, wo sich das bisher noch ganz erträgliche Geschick der ersten Garnitur so lange hinauszögert. (...)
>
> Für uns ist das Problem der kleinen Pgs durchaus nicht klein. Das wird schon aus der Tatsache klar, daß acht Millionen Deutsche unmittelbar in der Nazipartei und ihren Gliederungen organisiert waren. (...)

---

[284] Im „Sozialistischen Bildungsheft" Nr. 8/1946 vom 1.10.1946 mit dem Titel „Unser Kampf gegen die Hetze der Reaktion" wird versucht, eine Definition dafür zu geben, wer „fortschrittlich" ist, und die Frage zu beantworten: Wer ist heute reaktionär?":

„Wer durch sein Handeln den Frieden festigen hilft und den demokratischen Neuaufbau Deutschlands fördert, ist fortschrittlich, selbst wenn er vielleicht in manchen untergeordneten Fragen altmodische Ansichten vertritt. Wer aber militaristische und imperialistische Bestrebungen verfolgt und den demokratischen Neuaufbau schädigt, verzögert oder kompliziert, ist ein Reaktionär, unabhängig davon, ob er dabei schöne Reden führt oder nicht." („Unser Kampf gegen die Hetze der Reaktion", „Sozialistische Bildungshefte", Nr. 8, 1946, S. 2)

Es wird nicht näher ausgeführt, was „manche untergeordnete Fragen" sein sollen. Der Begriff „altmodisch" klingt auch eher nach Verharmlosung, da es sicherlich nicht um die Hutmode oder ähnliches ging. Vor allem aber kann diese Formel auch eine Brücke sein, bei den ehemaligen Nazis und sonstigen Reaktionären ideologisch nicht mehr so genau hinzusehen und sie nur danach zu beurteilen, ob sie sich aktuell loyal verhalten. Das bedeutet, den nötigen harten ideologischen Kampf hintanzustellen.

> Wir sind der Meinung, daß kein ehemaliger Pg Mitglied einer antifaschistischen Partei werden soll, bevor nicht in Nürnberg die Aufdeckung aller faschistischen Untaten abgeschlossen ist. Wir hoffen, daß dieses Prinzip auch bei den anderen Parteien voll zur Anwendung kommt. Das ist besonders deshalb notwendig, weil die kleinen Pgs immer wieder versuchen, bei den antifaschistischen Parteien unterzuschlüpfen, indem sie sich als Demokraten ausgeben, ohne die geringste Spur einer Wandlung zu zeigen.
>
> Das mag für viele Pgs, die nicht mehr Schuld auf sich geladen haben als so mancher Vg,[285] hart sein. Nach diesem einen Jahr des Wartens mögen sie auch weiterhin Geduld zeigen. Schließlich mußten wir uns, ehe wir in den Wiederbesitz unserer staatsbürgerlichen Rechte kamen, zwölf Jahre gedulden. Die nominellen Pgs können aber überzeugt sein, daß wir es als eine deutsche Angelegenheit (?!) betrachten, ihnen die gleichen Rechte einzuräumen, sobald es die Verhältnisse erlauben."[286]

Hier wird zwar im Ansatz versucht, gegen die Vorstellung „Die Kleinen hängt man, die Großen sitzen in Nürnberg" anzukämpfen. Aber es ist nur ein Ansatz, der im weiteren verdorben wird. Ausgehend von einer deutsch-nationalistischen Grundposition („deutsche Angelegenheit") wird im Kern den „nominellen" Mitgliedern versprochen, daß ihnen bald die gleichen Rechte wie den antinazistischen Kräften eingeräumt werden. Zudem wird der falsche Begriff von den „kleinen Pgs" übernommen, ja es wird ihnen sogar die Möglichkeit der Aufnahme in die antifaschistischen Parteien in naher Zukunft schmackhaft gemacht. Beide Positionen bedeuten eine Aufweichung der Entnazifizierung.

Es wird in diesem Artikel zu Recht davor gewarnt, daß viele Nazis versuchen, in den antifaschistischen Parteien unterzutauchen. Und es wird der ***Zeitfaktor*** eingebracht, aber eher zur Beruhigung, statt als Hinweis auf einen notwendig längeren Zeitraum einer konsequenten Entnazifizierung: Die Antifaschisten mußten 12 Jahre auf ihre Rechte

---

[285] „Vg" ist die Abkürzung für „Volksgenosse", ein nazifaschistischer Ausdruck für alle, die als zur „Volksgemeinschaft" zugehörig eingeschätzt werden, ohne „Pg", d. h. „Parteigenosse", also Mitglied der Nazipartei zu sein. Es war ein Fehler, daß die SED diesen Nazi-Begriff in der eigenen Propaganda verwendet.

[286] „Neues Deutschland", 7. 6. 1946, Hervorhebung durch (?!) RF.

warten, so die Argumentation des Artikels, da werden die Nazis sich nach „diesem einen Jahr des Wartens" auch noch ein wenig gedulden können.

Kurze Zeit später wird dann im „Neuen Deutschland" vom 20.6.1946 ein Gesetzentwurf der SED zu den Gemeindewahlen abgedruckt. Dieser behandelt, wer zur Wahl zugelassen wurde und wer nicht. Ausdrücklich ausgeschlossen waren die Mitglieder der SS, des SD und der Gestapo, aber untere Funktionäre der SA und der NSDAP durften wählen (untere Funktionäre der NSDAP, das sind gerade die von Rudenko im Nürnberger Prozeß so prägnant als wichtige „kleine Nazis" beschriebenen Blockleiter).[287] Die SMAD hat diesen Vorschlag der SED bewilligt, dieser war auch Grundlage für den Volksentscheid in Sachsen. Es war also klar, daß auch Nazi-Funktionäre wählen durften.

Im „Neuen Deutschland" vom 2.7.1946 wurden die Wahlergebnisse des Volksentscheids in Sachsen abgedruckt.[288] Von den Wahlberechtigten waren zirka die Hälfte, also 1,8 Millionen ehemalige Mitglieder der NSDAP.[289] Das Fazit dieses Artikels lautet: Das Wahlergebnis sei ein erster sichtbarer Beweis, daß diese „Pgs" mit der Vergangenheit brechen. Und: „Die Mehrheit von ihnen hat die Prüfung bestanden". Richtige Stimmabgabe heißt Bruch mit dem Nazismus, so das „Neue Deutschland" – etwas zu einfach die Gleichung, wenn die Handlungsanleitung für die Entnazifizierung wirklich heißt: „Je weiter man geht, desto besser."

Zwei Tage später, am 4.7.1946, erschien im „Neuen Deutschland" „Unser Leitartikel – Der Volksentscheid und die nominellen Pgs" von A. Ackermann. Ackermann analysiert das Wahlergebnis des Volksentscheids in Sachsen im Hinblick auf die ehemaligen „Pgs":

---

[287] Im „Neuen Deutschland" vom 1.9.1946 wird Rudenkos Schlußrede im Nürnberger Prozeß geschildert. Es wird richtig die verbrecherische Rolle gerade der Blockleiter herausgestellt, die jedoch nach dem Vorschlag der SED bei den Gemeindewahlen in der SBZ wählen durften!

[288] 3,67 Mio. waren wahlberechtigt, 3,46 Mio. Stimmen insgesamt abgegeben, gültig: 3,25 Mio.; mit „Ja" stimmten: 2,68 Mio. = 77,7 %, mit „Nein": 0,57 Mio. = 16,5 %, (ungültig: 204 657 = 5,8 %). („Neues Deutschland", 2.7.1946)

[289] „Neues Deutschland", 4.7.1946.

„Zweifellos wäre dieses Resultat nicht möglich gewesen, hätte nicht ein beträchtlicher Teil der ehemaligen Pgs mit ‚Ja' abgestimmt. Das gilt es zu erkennen und offen auszusprechen.

Die ehemaligen Mitglieder der NSDAP stellen zusammen mit ihrem Familienanhang auch im Lande Sachsen die gute Hälfte aller Abstimmungsberechtigten dar. (...) unserer Meinung nach will es schon etwas heißen, wenn in so relativ kurzer Zeit nach dem Zusammenbruch des ‚Dritten Reiches' das Gros der ehemaligen nominellen Pgs in geheimer und freier Abstimmung eine solche Entscheidung gegen Hitler, seine verbrecherische Politik und seine aktiven Helfer und Hintermänner trifft. (...)

Es besteht auch kein Zweifel, ***wer*** von den ehemaligen Pgs in Sachsen mit ‚Ja' abstimmte und wo die etwa 16 Prozent Neinsager zu suchen sind. Mit ‚Ja' gestimmt haben die unbelasteten ehemaligen NSDAP-Mitglieder: vor allem die Eisenbahner, Postler, Lehrer, kleinen Geschäftsleute und viele ähnliche Kreise, die überhaupt nicht freiwillig, sondern nur unter politischem, moralischem und vor allem wirtschaftlichem Druck einmal den Aufnahmeschein für die NSDAP ausgefüllt haben. Ferner die enttäuschten und betrogenen kleinen Nachläufer, die auf die nationale und soziale Demagogie (vor allem auf die zeitweise mit höchster Lautstärke betriebene ***antikapitalistische*** Demagogie) der Hitler, Goebbels und Ley hereingefallen waren, die also als Betrogene zum Mitläufer des Faschismus wurden und nun, da die fürchterlichen Ergebnisse dieser Verbrecherherrschaft vorliegen, sich voll ehrlichen Abscheus davon abkehren.

Der Volksentscheid in Sachsen gegen die Kriegs- und Naziverbrecher war für die ehemaligen nur nominellen Pgs der (?!) Prüfstein. Hier hatten sie die Gelegenheit, mit der Vergangenheit zu brechen und das Anrecht auf die Eingliederung in die demokratische Gemeinschaft zu erwerben. Die Mehrheit von ihnen hat die Prüfung bestanden."[290]

Dieser Argumentation Ackermanns ist in mehrerer Hinsicht zu widersprechen:

Erstens kann das Wahlverhalten der ehemaligen NSDAP-Mitglieder nicht als eine Entscheidung gegen „Hitlers verbrecherische Poli-

[290] Ebenda, Hervorhebung durch (?!) RF.

tik" gewertet werden, weil die Motive der Abstimmung ja unklar sind. Es ist davon auszugehen, daß ein beträchtlicher Anteil der Stimmen aus purem Opportunismus mit „Ja" abgegeben wurden, weil man sich dadurch Vorteile versprach. Jedenfalls kann Ackermann dies nicht einfach ausschließen.

Zweitens: Es ist völliger Unsinn, diese eine Entscheidung – ein Kreuzchen auf einem Stimmzettel! – gar zu ***dem*** Prüfstein zu erklären und zu behaupten, es habe für die ehemaligen NSDAP-Mitglieder mit der Stimmabgabe die „Gelegenheit" bestanden, mit der Vergangenheit zu brechen" und gar zu schlußfolgern, die „Mehrheit von ihnen" hätte damit „die Prüfung bestanden".

Diese Einschätzungen sind wiederum ein Beispiel für eine extreme Beschönigung der Realität durch Kader der SED, um sich so bei reaktionären Teilen der Massen anzubiedern.

Drittens: Die ganze Passage ist in vielfacher Weise eine Beschönigung dieser Nazis. Sie traten natürlich in den meisten Fällen keineswegs nur unter Zwang in die Nazipartei ein, sondern weil sie sich Vorteile versprachen. Sie waren auch keineswegs irgendwelche gutmeinenden, eigentlich antikapitalistisch eingestellten Leute. Sie kannten allesamt genau die rassistisch-antisemitische „Herrenmenschen"-Hetze der Nazis. Es ist ebenfalls aus der Luft gegriffen und falsch, ihnen allen „ehrlichen Abscheu" zu bescheinigen. Sehr viel kritischer wurden die Ergebnisse der Wahlen zur Enteignung der Kriegsverbrecher in Sachsen übrigens von der SMAD kommentiert.[291]

---

[291] Zwar wird der Volksentscheid als Erfolg der SED eingeschätzt, dann heißt es aber auch:

„3. Die 16,5 %, die dagegen gestimmt haben, repräsentieren die Reaktion sowie rückständige Schichten, die sich noch im Schlepptau der Reaktion bewegen, die der Sowjetunion feindlich gesinnt ist; denn es war offenkundig, daß das Referendum auf Anweisung und mit direkter Unterstützung der sowjetischen Militärbehörden durchgeführt wurde.

4. Ein gewisser Teil der Bevölkerung sprach sich für die Enteignungen der Unternehmen von Nazi- und Kriegsverbrechern nicht aus tiefer innerer Überzeugung, sondern aus Furcht vor möglichen Folgen im Falle des Scheiterns des Volksentscheid aus: Verschärfung des Besatzungsregimes, Senkung der Nahrungsmittelrationen usw." („Memorandum S. Tjulpanovs für M. Suslov über den Ausgang des

Fortsetzung nächste Seite

Oelßners Stellungnahme im „Neuen Deutschland" vom 13.8.1946 bietet im Vergleich mit Ackermanns zuvor besprochenem Leitartikel vom Juli 1946 nichts Neues. Allerdings diente dieser Artikel der Schulung der SED. Ein interessanter Aspekt ist jedoch enthalten: Eine bürgerliche Zeitung brachte die Meldung, „daß eine SED-Ortsgruppe die ehemaligen Mitglieder der NSDAP zu ihrer Versammlung einladet". Oelßner weist dies ***nicht*** als Verleumdung zurück. Er argumentiert, daß man die Millionen (!?) von nominellen Mitgliedern der Nazi-Partei nicht ignorieren dürfe, daß man sie auch brauche:

> „Unser Land kann auf die Mitarbeit dieser Millionenarmee nomineller Pgs nicht verzichten. Sie sind aus dem wirtschaftlichen, politischen (!) und kulturellen Leben nicht auszuschalten. (...)
>
> Besondere Bedeutung erlangt die Frage bei den bevorstehenden Gemeindewahlen in der sowjetischen Besatzungszone. Viele ehemalige Nazis haben das Stimmrecht erhalten."[292]

Selbstverständlich mußten die Nazis politisch ausgeschaltet werden, etwa in den verschiedenen demokratischen Ausschüssen, Komitees usw., und insgesamt war überhaupt klar, daß Nazis eben nichts mitzuentscheiden haben durften. Oelßner vermengt demagogisch die verschiedenen Bereiche: Wirtschaftlich durften und mußten die Nazis arbeiten, politisch mußte aber klar sein, daß sie ausgeschaltet werden müssen, wenn der Kampf zwischen Antinazisten und Nazis bis zum Letzten ausgetragen werden soll.

Im „Neuen Deutschland" vom 16.10.1946 wird dann ganz offen die Parole propagiert: „Die SED steht auf dem Standpunkt, daß die Großen hängen müssen, die Kleinen aber eine Chance haben sollen." Hier geht es jetzt schon nicht mehr um „nominelle" Mitglieder der Nazipartei, sondern um die „Kleinen" im allgemeinen, die von der SED pauschal freigesprochen werden.

In der ***„Erklärung des Zentralsekretariats der SED aus Anlaß der Hinrichtungen in Nürnberg"*** vom 16.10.1946 heißt es:

Fortsetzung der Fußnote

Volksentscheids in Sachsen" (Auszug) vom 9. Juli 1946, in: Bonwetsch: „Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949", Bonn 1998, S. 49)

[292] „Neues Deutschland", 13.8.1946, Hervorhebung durch (!) RF.

„Nie wieder darf es reaktionären Kräften gelingen, unsere neu errungenen demokratischen Freiheiten und Einrichtungen zu zerstören. Damit aber jede Gefahr gebannt wird, darf die Hinrichtung in Nürnberg nur der Anfang der Abrechnung mit allen ***großen*** Pgs und ihren Hintermännern in der Industrie und Landwirtschaft sein. Nicht einer, der an einer ***hervorragenden*** oder ***leitenden*** Stelle im Staat oder in der Wirtschaft unter Hitler stand, darf seiner gerechten Strafe entgehen. (...)

Der Vollzug der Gerechtigkeit an Göring und seinen Komplicen sollte gleichzeitig allen ehemaligen nominellen Mitgliedern der NSDAP Anlaß zu einer ernsten Gewissensprüfung sein. Wer jetzt nicht auch innerlich den Bruch mit dem Ungeist des Faschismus vollzieht, der wird sich bei unserer neuen demokratischen Entwicklung selbst lebensunfähig und unglücklich machen.

Alle diejenigen, die ***nur irrten,*** wo ihre ***Führer Verbrechen*** begingen, sollten nach dem Nürnberger Prozeß und seinem Schlußakt, der Exekution, den Willen zu einem neuen und besseren Leben beweisen. (...)

Eine der Aufgaben, die sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gestellt hat, besteht darin, die nominellen Mitglieder der NSDAP, nach der vorgesehenen gesetzlichen Prüfung, in unser demokratisches Volksganzes (?!) einzugliedern und ihnen auch die staatsbürgerlichen Rechte zu geben, ohne die es freie Menschen nicht gibt.

Man kann heute bereits sagen, daß viele dieser kleinen Pgs sich im Aufbau bewährt haben."[293]

Auch hier wird einseitig die Aufmerksamkeit nur auf die Nazi-Hauptverbrecher und Hauptkriegsverbrecher gelenkt, als ob es zwischen diesen und den „nominellen Pgs" keine anderen Nazi-Verbrecher gegeben hätte.

Der Abschluß des Nürnberger Prozesses hätte demgegenüber Anlaß sein müssen, zum verstärkten Kampf für die Entnazifizierung auf allen Ebenen und in allen Bereichen aufzurufen, insbesondere auch zur Fortsetzung der Bestrafung und Sühnemaßnahmen all der Nazis in mittleren und unteren Positionen, ja egal in welcher Position, wel-

[293] „Neues Deutschland", 16. 10. 1946, Hervorhebung durch (?!) RF.

che durch ihre Mitwirkung die beispiellosen Nazi-Verbrechen bis hin zum Völkermord erst ermöglicht haben.

Die Anklage in Nürnberg warf die Frage nach der Verantwortlichkeit der sogenannten „einfachen Parteimitglieder" nicht auf.[294] Dies bedeutet aber nicht, daß diese Verantwortlichkeit nicht bestand, geschweige denn, daß es nunmehr nur noch darum hätte gehen müssen, geflüchtete Hauptkriegsverbrecher zu ergreifen und abzuurteilen.

Das Zentralsekretariat der SED bescheinigt den „nominellen Nazis" weitgehend, daß sie „nur irrten", während „ihre Führer Verbrechen begingen". Damit wird der völlig falsche Gedanke nahegelegt, daß eigentlich nur die Führer Verbrechen begangen hätten.

Falsch ist die Feststellung, daß die „nominellen Nazis" möglichst rasch die staatsbürgerlichem Rechte erhalten sollten, „ohne die es ***freie Menschen*** nicht gibt", gerade so, als ob es Aufgabe der SED sei, diese ehemaligen Nazis aus ihrer selbst verschuldeten und zu Recht bestehenden Lage zu „befreien".

Aus „nominellen Mitgliedern" werden unter der Hand im nächsten Absatz „kleine Pgs", was dazu dient, nicht nur fälschlicherweise den „nominellen Mitgliedern" Staatsbürgerrechte in Aussicht zu stellen, sondern dies auch noch auszudehnen auf „kleine Pgs", also auf Mitglieder der NSDAP, die lediglich keine Funktionäre waren, aber in vielen Fällen Verbrechen begangen hatten, daran beteiligt waren oder diese unterstützt haben. Gänzlich unangebracht ist auch der schmeichelnde Tonfall in diesem faktischen Plädoyer für jene Mitglieder der Nazipartei, die sich angeblich bereits nach so kurzer Zeit so weitgehend beim „Aufbau" bewährt hätten.

Hier wird wiederum ignoriert, daß dieser Einsatz – selbst wenn er denn in diesem Ausmaß bestand, wie das ZK der SED hier behauptet – keineswegs ein ausreichendes Kriterium für eine antifaschistische Grundhaltung war.

---

[294] Der sowjetische Hauptankläger Rudenko erklärte dazu: „Diese Beweise reichen voll aus, um die gesamte Hitlerpartei zu einer verbrecherischen Organisation, im Sinne des Artikels 9 des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofes, zu erklären. Die Anklage wirft jedoch nicht die Frage nach der Verantwortlichkeit der einfachen Parteimitglieder auf (...)." („Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf!", S. 162/163)

Der einzige namentlich gezeichnete Artikel von ***Paul Merker*** zur Entnazifizierung ist im „Neuen Deutschland" vom 5.11.1946 abgedruckt. Bezeichnend ist, daß er sich als einziger Kader der KPD überhaupt die wichtige Aufgabe vornimmt, die Kontrollratsdirektive Nr. 38 zu erläutern und auf die eigene Praxis anzuwenden.

Doch auch Merker hat sich in diesem Artikel der kompromißlerischen Linie und Politik der SED erheblich angepaßt, wenn er bei den westlichen Alliierten kritisiert,

> „daß die wirklichen Verbrecher freigesprochen und in Amt und Würden belassen wurden, während man kleine nominelle Nazis auf das schärfste verurteilte."[295]

Richtig wäre es gewesen, das Vorgehen gegen die „kleinen" Nazis zu unterstützen, die Verschärfung des Vorgehens gegen diese weiterhin zu fordern, ***und*** soweit die „Großen" freigesprochen wurden, dieses Vorgehen konkret und hart zu kritisieren.

Völlig aus der Luft gegriffen ist Merkers Behauptung, daß die Zugehörigkeit zur Nazipartei „in vielen Fällen erzwungen" worden sei. Das war eindeutig nicht der Fall, und Merker mußte dies eigentlich auch wissen.

Zusammenfassung

Unbestreitbar ist, daß in der KPD 1945 die Position vorhanden war, die Entnazifizierung maximal durchzuführen, den Gegensatz zwischen Nazis und Anti-Nazis bis zum Letzten auszutragen. Das zeigen hervorragende Ausführungen, etwa in Artikeln der „Deutschen Volkszeitung". Hier war eine Fülle von wichtigen und richtigen Positionen zu finden, die auf der Linie des Stalinschen Mottos zur Entnazifizierung liegen: „Je weiter man gehen wird, desto besser", und die Bestrafung und Aburteilung aller Nazis entsprechend ihrer begangenen Verbrechen und ihrer Schuld fordern.

---

[295] „Neues Deutschland", 5.11.1946.

Im Gegensatz zu diesen richtigen Ansätzen stehen von Anfang an rechte Positionen, insbesondere auch führender Kader der KPD, die ebenfalls in der „Deutschen Volkszeitung" verbreitet wurden. Die gegensätzlichen Auffassungen haben sich deutlich anhand folgender Kriterien feststellen lassen:

- Konsequent antinazistische Positionen stellten richtig fest, daß die Verbrechen des Nazifaschismus unmöglich ohne die Mitwirkung der Millionenzahl sogenannter „kleiner" Nazis hätten durchgeführt werden können und daher alle Nazis (außer denjenigen, welche trotz formeller Nazi-Mitgliedschaft nachweislich den Kampf gegen den Nazifaschismus unterstützt haben) verbrecherische Schuld auf sich geladen haben und bestraft werden mußten. Daher entspricht es der konsequent antinazistischen Position, die Unterscheidung zwischen „kleinen" und „großen" Nazis überhaupt abzulehnen. Dagegen unterscheiden die kompromißlerischen Positionen zwischen „nominellen", „kleinen" und „großen" Nazis, um einseitig die Hauptschuld der sogenannten „großen" Nazis zu betonen und andererseits die große Masse der Nazis von der Schuld an den Nazi-Verbrechen weitgehend zu entlasten, sie von der politischen Unterdrückung und Bestrafung weitgehend zu befreien.

- Konsequent antinazistische Positionen stellten richtig fest, daß es sich bei den Millionen von Nazi-Mitgliedern und -Anhängern keineswegs einfach um „betrogene" oder gar „gutmeinende" und „idealistische" Menschen handelte, denen man nur ihre Augen über den an ihnen begangenen Betrug öffnen müsse. Denn diese Nazimassen kannten die verbrecherischen, völkermordenden Ziele und Taten des Nazifaschismus. Sie beteiligten sich aus innerer Übereinstimmung, aus eigener Raubgier, aus Karrierismus oder sonstigen üblen Gründen auf diese oder jene Weise an der Realisierung der Naziverbrechen, sie waren insofern allesamt „kriminell belastet". Dagegen bescheinigten die kompromißlerischen Positionen der Masse der Nazis, mehr oder weniger aus gutem Glauben heraus gehandelt zu haben und durch den an ihnen begangenen Betrug nahezu auch „Opfer" des Nazifaschismus geworden zu sein, die so bitter „enttäuscht" worden seien.

- Konsequent antinazistische Positionen stellten richtig fest, daß die Entnazifizierung auf politischem Gebiet gemäß Stalins Formulierung „Je weiter man gehen wird, desto besser" gerade auch ***Zeit braucht,*** um wirklich überall vor Ort, in jedem Betrieb, in allen In-

stitutionen, allen Dörfern usw. die Nazi-Verbrecher aufzuspüren und gemäß ihrer Schuld zu bestrafen. Damit war auch, so wurde betont, jede voreilige „demokratische" Teilhabe von Nazis an politischer Selbstverwaltung oder Wahlen unvereinbar. Die kompromißlerische Position dagegen war bestrebt, das Verhältnis zur Masse der Nazi-Mitglieder möglichst rasch zu „normalisieren", sie so rasch wie möglich vom „ständigen Ballast" ihrer Nazi-Vergangenheit zu „befreien". Dabei sollte als Kriterium der Haltung zu ihnen primär auch nicht ihre Nazi-Vergangenheit genommen werden, sondern – den Gegensatz zwischen antinazistischen und nazistischen Kräften verkleisternd – vordergründig ihre Loyalität gegenüber dem wirtschaftlichen und politischen Neuaufbau.

Die Analyse der wichtigsten Beschlüsse der KPD bzw. der SED hat gezeigt, daß die rechten, kompromißlerischen Positionen sich weitgehend auch in den Parteibeschlüssen niedergeschlagen haben und vor allem von führenden Kadern der KPD bzw. SED wie Pieck, Ackermann und Oelßner vertreten wurden.

Wir haben aber auch festgestellt, daß gegen die Durchsetzung dieser rechten, kompromißlerischen Positionen von Anfang an Widerstand innerhalb der Reihen der KPD, von einzelnen Orts- und Betriebsgruppen der KPD, aber auch von einzelnen KPD-Mitgliedern geleistet, sehr richtige Kritik und berechtigter Protest geäußert wurde.

Bezeichnend ist, daß es aber eine echte Debatte mit lebendigem „Hin und Her" über die gegensätzlichen Positionen weder öffentlich noch intern gegeben hat. Damit wurde eine wichtige Chance gründlich vertan.

Bezeichnend für die öffentliche Debatte 1945 ist, daß sich Kader der KPD, wie z. B. Paul Merker, die früher an anderer Stelle richtige Positionen vertreten haben, nicht öffentlich und namentlich in diese Debatte eingeschaltet und dann sogar selbst inhaltlich nachgegeben haben.

Sehr negativ zu bewerten ist, daß die Vertreter der rechten Auffassungen, mithin entscheidende Teile der Parteileitung, nicht bereit waren, sich einer offenen und öffentlichen Debatte zu stellen. Sofern die berechtigten Kritiken veröffentlicht wurden, wurden sie mit demagogischen Winkelzügen „widerlegt" oder für „unpolitisch" erklärt. Intern ist – etwa auf der Parteikonferenz der KPD Anfang März 1946

– keinerlei Auseinandersetzung mit den Kritiken feststellbar, die faktisch vertuscht wurden.

Die Verabschiedung der kompromißlerischen Resolution der Parteikonferenz vom März 1946 ohne Rücksichtnahme auf eine Fülle berechtigter Kritiken und Anträge von der Parteibasis stellt ohne Zweifel einen wichtigen negativen Einschnitt in bezug auf das Hauptkettenglied Entnazifizierung dar, wodurch dann auch die Haltung der SED ab April 1946 sehr weitgehend bestimmt wurde.

Es bleibt zu prüfen, ob und inwieweit richtige Positionen nochmals an Boden gewonnen haben, als 1947/48, ausgehend von der SMAD, weitere Maßnahmen der Entnazifizierung durchgeführt wurden.

III. Weitere Prüfsteine im Kampf um das Hauptkettenglied[296]

1. Zur weltgeschichtlichen Einmaligkeit der Nazi-Verbrechen[297]

Unbestreitbar gehört es zu den großen Verdiensten der KPD, im Grunde als einzige politische Partei – mit Unterstützung der Sowjetarmee und ihrer Zeitung „Tägliche Rundschau" – in der Zeitspanne vor der Gründung der SED in ihrer Tagespresse erstrangig, deutlich und mit einer Fülle von unwiderlegbaren Tatsachen auf die Verbrechen des Nazifaschismus hingewiesen zu haben. Die Bedeutung dieser von uns mit einer Fülle von Belegen bewiesenen Tatsache muß sehr hoch eingeschätzt werden. So wird der Kontrast zu nachfolgendem deutlich.

Wie bereits gezeigt, besteht ein grundlegender Fehler des Aufrufs der KPD vom 11. Juni 1945 darin, daß das furchtbarste Wesensmerkmal des Nazifaschismus, der Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma, nicht konkret benannt wird. Dieser schwere Fehler blieb nicht ohne Konsequenzen. Ab Juni 1945

---

[296] Die ausführlichen und weiteren Belege zu den einzelnen Prüfsteinen, die im folgenden behandelt werden, befinden sich in den Anmerkungen, S. 429 ff.

[297] Siehe dazu ausführlich Anmerkung 1: „Richtige Ausgangspunkte und schwerwiegende Fehler und Mängel bei der Bewußtmachung der weltgeschichtlichen Einmaligkeit der Nazi-Verbrechen", S. 429 ff.

Preis 15 Pf. Berlin, Freitag, 19. Oktober 1945

Deutsche Volkszeitung

Nummer 111 Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands 1. Jahrgang

Erste offizielle Tagung des Alliierten Tribunals gegen die Hauptkriegsverbrecher

Anklageschrift veröffentlicht

Die Welt klagt Göring, Krupp, Keitel und Konsorten an

Unter dem Vorsitz General Nikitschenkos fand in Berlin am Donnerstag, dem 18. Oktober, 10.30 Uhr, im Gebäude des Alliierten Kontrollrates (ehemaliges Berliner Kammergericht) die erste offizielle Sitzung des Alliierten Tribunals zur Aburteilung der Hauptkriegsverbrecher statt.

In großen Plenarsaal herrschte eindrucksvolle Feierlichkeit. Juristen, Sachverständige, Kriegskorrespondenten, Journalisten und Bildreporter aus zahlreichen Ländern und Vertreter der Berliner Presse wohnten dem historischen Ereignis bei. Während begrüßten die Anwesenden den Einzug des Alliierten Tribunals in den Sitzungssaal.

Am Tisch der Richter ließen sich nieder: für die Vereinigten Staaten von Amerika die Herren Justice Parker und Francis Biddle; für die Sowjetunion M. Volchkow und Generalmajor Nikitschenko; *für die Französische Republik de Vabres und Falco; für Großbritannien Lord* I. Lawrence und J. Birkett.

Ihnen gegenüber nahmen ihren Platz ein, die von ihren Ländern zur Anklage und Durchführung des Prozesses Berollmächtigten: LtCol. M. Griffith-Jones, MC; Sir Hartley Shawcross, KCMP; *fr. Elwyn Jones, MP, für England; Commander Caplan; Mr. Francis Shea; Mr. Gordon Dean für* Amerika; Mr. Ushakow; General R. A. Rudenko; Major Deusel für die Sowjetunion; M. Ha-

Sozialistischen Sowjetrepubliken klagen der nac Verbrechen an:

Hermann Wilhelm Göring, Rudolf Heß, J von Ribbentrop, Robert Ley, Wilhelm Keitel Kaltenbrunner, Alfred Rosenberg, Hans Wilhelm Frick, Julius Streicher, Walter Hjalmar Schacht, Gustav Krupp von Bohle Halbach, Karl Dönitz, Erich Raeder, Bald Schirach, Fritz Sauckel, Alfred Jodl, Mart mann, Franz von Papen, Arthur Seyß-I Albert Speer, Constantin von Neurath un Fritzsche.

Die Regierungen der Vereinten Nationen klag Verbrecher als Einzelpersonen an sowie als M sind der Verbrechergruppen oder Organisation sie angehört haben, nämlich der Reichsregier

Der Internationale Militärgerichtshof

Nr. 1

Die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, die Vereinigten Staaten von Amerika *und die Französische Republik*

erheben Anklage gegen

Hermann Wilhelm Göring, Rudolf Heß, Joachim von Ribbentrop, Robert Ley, Wilhelm Keitel, Ernst Kaltenbrunner, Alfred Rosenberg, Hans Frank, Wilhelm Frick, Julius Streicher, Walter Funk, Hjalmar Schacht, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Karl Dönitz, Erich Raeder, Baldur von Schirach, Fritz Sauckel, Alfred Jodl, Martin Bormann, Franz v. Papen, Arthur Seyß-Inquart, Albert Speer, Constantin von Neurath und Hans Fritzsche, und zwar als Einzelpersonen sowie als Mitglieder folgender Gruppen und Organisationen, soweit sie ihnen angehörten: der Reichsregierung, des Korps der Politischen Leiter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Schutzstaffeln der NSDAP (allgemein bekannt als „SS") einschließlich der Sicherheitsdienstes (allgemein bekannt als „SD"), der Geheimen Staatspolizei (allgemein bekannt als „Gestapo"), der Sturmabteilungen der NSDAP (allgemein bekannt als „SA") und des Generalstabes und des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht.

Terrorisierung der deutschen Hitlergegner

b) Um ihre Herrschaft gegen Angriffe zu sichern und dem deutschen Volke Furcht einzuflößen, wandte von den Nazi-Verschwörern, ohne Methode zur Terrorisierung gesetzlicher und vermeintlicher oder tatsächlicher Gegner des Regimes ersonnen und angewandt. Sie warf solche Personen ohne Gerichtsverhandlung in Gefängnis, hielt sie in „Schutzhaft" und Konzentrationslagern und ging gegen sie mit Verfolgung, Erniedrigung, Aussaugung, Versklavung, Folter und Mord vor.

Diese Konzentrationslager wurden in Berlin der Jahre 1933 auf Anordnung des Angeklagten Göring errichtet und als erste gleichzeitig mit der terroristischen Politik und Methoden der Verschwörer aufgebaut und von ihnen zur Begehung der unterschriebenen Verbrechen gegen die Grundsätze der Humanität gebraucht. Zu den Hauptzwecken, die der Anklagevertretung dieser Verbrechen dargestellt werden, gehörten die SS und die Gestapo, die zusammen mit anderen privilegierten Staats- und Parteistellen oder -organen ohne jede gesetzliche Beschränkung handeln durften.

c) Die Nazi-Verschwörer erkannten, daß es außer der Unterdrückung eigentlicher politischer Opposition nötig war, gewisse andere Bewegungen oder Gruppen zu unterdrücken oder auszurotten, die bei Erlangung totaler Herrschaft in Deutschland und bei Erreichung der Ziele ihrer Aggressivität ein Hindernis als Gegner zu betrachten waren.

Zerschlagung der Gewerkschaften

Dementsprechend zerstörten die Nazi-Verschwörer die freien Gewerkschaften in Deutschland durch Einziehung ihres Kapital- und Grundvermögens, durch Verfolgung ihrer Führer und Verbot ihrer Tätigkeit und ersetzten sie durch eine Parteiuntergliederung. Das Führerprinzip wurde in der Industrie eingeführt; die Unternehmer wurde der Führer und die Arbeiterschaft seine Gefolgschaft. So wurde jeder etwaige Widerstand der Arbeiter zunichte gemacht und die Produktionskraft der deutschen Arbeiterschaft unter die wirksame Kontrolle der Verschwörer gebracht.

Verfolgung der Kirchen

2. Kirchen die Nazi-Verschwörer Glaubensfreiheit und deren Ausübung, die unvereinbar waren mit christlicher Lehre, und suchten hierdurch den Einfluß der Kirchen auf das Volk und insbesondere auf die deutsche Jugend zu untergraben. Sie erklärten als ihr Ziel die Ausmerzung der christlichen Kirchen in Deutschland und ersetzten sie durch Nazierziehungs- und Glaubenslehren, machten sich zum Programm die Verfolgung von Priestern und Angehörigen der Klerus und von Mönchsorden, die sie als Gegner ihrer Ziele betrachteten, und beschlagnahmten Kirchenvermögen.

3. waren die Nazi-Verschwörer in der Verfolgung politischer Gruppen einschließlich religiös-pazifistischer Bewegungen besonders unbarmherzig und grausam.

Ausrottung der Juden

d) Zur Verwirklichung ihrer „Rassenlehre" erhoben die Verschwörer zum Programmpunkt die unbarmherzige Verfolgung der Juden, die auf ihre Ausrottung abzielte. Verwirklichung der Juden war offizielle Staatspolitik, die durch amtliche Maßnahmen und durch Aufreizung zu Massen- und Einzelgewalttätigkeiten betrieben wurde.

Die Verschwörer bekannten sich offen zu ihrem Ziel. So erklärte der Angeklagte Rosenberg: „Antisemitismus ist das einigende Element des deutschen Wiederaufbaus." Bei einer anderen Gelegenheit erklärte er: „Deutschland wird die jüdische Frage erst dann als gelöst betrachten, wenn der allerletzte Jude den großdeutschen Lebensraum verlassen hat. Europa wird seine jüdische Frage erst dann gelöst haben, wenn der allerletzte Jude des europäischen Kontinent verlassen hat." Der Angeklagte Ley erklärte: „Wir schwören, wir werden den Kampf nicht aufgeben, bis der letzte Jude in Europa ausgerottet und wirklich tot ist. Es ist nicht genug, den Juden, den Feind der Menschheit, auszugliedern — der Jude muß konsequent durchgeführt wird, wird er ein Weltproblem werden, mit dem sich alle Völker werden auseinandersetzen müssen." Der Angeklagte Streicher erklärte: „Die Sonne wird den Völkern der Erde nicht scheinen, bis der letzte Jude tot ist." Diese Bekenntnisse und Aufreizungen waren typisch für die Erklärungen der Nazi-Verschwörer im gesamten Verlauf ihrer Verschwörung.

Das Aktionsprogramm gegen die Juden

Das Aktionsprogramm gegen die Juden umfaßte u. a. vor: Entziehung des Wahlrechtes, Brandmarkung, Aussetzung bürgerlicher Ehrenrechte, Gewalttaten gegen ihre Person und Habe, Verschleppung, Versklavung, Zwangsarbeit, Aushungerung, Mord und Massenvernichtung. Es kann nur geschätzt werden, bis zu welchem Ausmaß die Verschwörer ihr Ziel erreicht haben, jedenfalls war die Ausrottung *in vielen* Teilen Europas im wesentlichen vollständig.

lich von den Nazi-Verschwörern ums Leben gebracht worden sind. Nur Reste der jüdischen Bevölkerung Europas sind übriggeblieben.

Die nazistische Schulpolitik

e) Das Erziehungssystem und insbesondere die Erziehung und Schulung der deutschen Jugend wurden von den Nazi-Verschwörern umgestaltet, um das deutsche Volk ihrem Willen gefügig zu machen und es psychologisch auf Krieg vorzubereiten. Das Führerprinzip wurde in den Schulen eingeführt, und die Partei und angeschlossene Gliederungen erteilten weitreichende Anleitungsbefugnisse auf dem Gebiet der Erziehung. Die Nazi-Verschwörer stellten jede kulturelle Tätigkeit unter Aufsicht und kontrollierten die Verbreitung von Information und Meinungsäußerungen innerhalb Deutschlands wie auch den Nachrichtenverkehr jeder Art aus und nach Deutschland und schufen einen riesigen Propagandaapparat.

f) Die Nazi-Verschwörer gaben einer beträchtlichen Zahl der von ihnen beherrschten

Deutsche Volkszeitung, 19. Oktober 1945, Auszug aus Titelseite und Seite 2

wird ein beschämender Streit um die Frage „Wer ist Nazi-Opfer?" im Zentralorgan der KPD geführt. Dort heißt es:

> „Opfer des Faschismus sind Millionen Menschen, sind alle diejenigen, die ihr Heim, ihre Wohnung, ihren Besitz verloren haben. Opfer des Faschismus sind die Männer, die Soldat werden mußten und in die Bataillone Hitlers eingereiht wurden, sind alle, die für Hitlers verbrecherischen Krieg ihr Leben lassen mußten. Opfer des Faschismus sind die Juden, die als Opfer des faschistischen Rassenwahns verfolgt und ermordet wurden, sind die Bibelforscher und die ‚Arbeitsvertragssünder'. Aber so weit können wir den Begriff ‚Opfer des Faschismus' nicht ziehen. Sie haben alle geduldet und Schweres erlitten, aber sie haben nicht gekämpft! Diesen Menschen wird und muß im Rahmen der allgemeinen Fürsorge geholfen werden."[298]

Das Zentralorgan der KPD läßt hier einerseits den Unterschied zwischen wirklichen Opfern der Nazis und den Tätern verschwimmen. Zum anderen entbehrt es grundlegender Logik, als Opfer des Nazismus nur anzuerkennen, wer den Kampf dagegen geführt hat. Zudem ist diese pauschale Behauptung falsch, daß etwa die Jüdinnen und Juden „nicht gekämpft" hätten. Die Folge dieser Darlegung ist, daß man sich in Deutschland um einen Überlebenden des Nazi-Völkermordes nicht anders kümmern wird als um einen invaliden Nazi-Soldaten – für beide ist die allgemeine Fürsorge zuständig, so die Schlußfolgerung des Hauptausschusses. Solche Auffassungen waren ein Schlag ins Gesicht der jüdischen Überlebenden des nazistischen Völkermords. Zwar wird die Position vom Juli 1945 inhaltlich im September 1945 korrigiert, jedoch ohne selbstkritischen Ansatz, statt dessen heißt es lapidar in einer Überschrift: „Juden sind auch Opfer des Faschismus".[299]

Im zentralen Gründungsdokument der SED, den „Grundsätzen und Zielen der SED", findet sich kein Wort über die in der Geschichte einzig dastehenden Verbrechen des Nazifaschismus. Insbesondere aber ist in dieser Zeitspanne in der Propaganda der SED schon die nationalistische These eingeflochten, daß „das schlimmste aller Verbrechen" angeblich am deutschen Volk verübt wurde, weil die Nazis

---

[298] „Deutsche Volkszeitung", 1.7.1945.

[299] „Deutsche Volkszeitung", 26.9.1945.

Deutsche Volkszeitung

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Juden sind auch Opfer des Faschismus

Arbeitsprogramm der antifaschistischen Kämpfer



Stadtrat Ottomar Geschke, Vorsitzender des Hauptausschusses der Opfer des Faschismus
Foto: Pisarek

Der Hauptausschuß für die Opfer des Faschismus führte eine bedeutungsvolle Sitzung in Gegenwart von Vertretern der Presse und des Rundfunks durch.

Herr Brandt berichtete, daß nach dem 9. September, der das Ansehen des Hauptausschusses für die Opfer des Faschismus nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland gehoben hat, dem Ausschuß größere Wirkungsmöglichkeiten geboten sind. Diese Tatsache findet ihren ersten Ausdruck in der Lösung eines alten Problems, das von größter prinzipieller und sozialer Bedeutung ist. Dem Hauptausschuß wurde vorgeschlagen, die rassisch Verfolgten in den Kreis der von ihm betreuten Opfer des Faschismus einzubeziehen. Sie, die einem machtpolitisch begründeten Rassenwahn zum Opfer fielen, haben Ungeheures erlitten, und es ist Pflicht der Gesellschaft, ihre Not zu lindern.

Ihre Betreuung durch den Hauptausschuß wird daher durch eine besondere Abteilung desselben geschehen, die sowohl in den Räumen des Hauptausschusses wie auch in der Iranischen Straße im Jüdischen Krankenhaus Betreuungsstellen einrichten wird. Herr Meier tritt als Vertreter der Jüdischen Gemeinde in den Hauptausschuß ein.

Für die Betreuung auch der rassisch Verfolgten gelten ähnliche Bestimmungen wie für die übrigen anerkannten Opfer des Faschismus. Auch sie werden sich einer Kontrolle ihrer Angaben unterziehen müssen, um Unwürdige von der Betreuung auszuschließen. Betreut werden die Sternträger, Mischlinge, Kinder und Frauen, auch „arische", von getöteten Sternträgern.

Nachdem Herr Pfarrer Grüber einige wertvolle Fingerzeige gegeben hatte, erklärte sich der Hauptausschuß mit der Neuregelung einverstanden. Sein Beschluß führt zu einer weiteren Festigung der Einheit der Antifaschisten und wird allgemeine Zustimmung finden.

Herr Stadtrat Geschke erklärte, daß der 9. September seinen Zweck erfüllt habe: Die Berliner wären aus ihrer Lethargie herausgerissen.

Die Weltmeinung über das allgemeine Nichtwürdigsein des deutschen Volkes zur Teilnahme am gemeinsamen Leben der Völker, wäre geändert worden.

Die Größe der Zahl der Opfer des Faschismus hätte den Umfang des antifaschistischen Kampfes in Deutschland gezeigt. Dabei wären noch nicht alle erfaßt. Um einen Ueberblick zu bekommen, habe der Hauptausschuß Verbindung zu den Betreuungsstellen im ganzen Reich aufgenommen. Das Ansehen, das der 9. September den Opfern des Faschismus verschafft hätte, dürfe nicht verlorengehen. Dafür müßte durch emsigste Arbeit gesorgt werden. Zu diesem Zweck werde für den 7. Oktober eine Arbeitstagung der anerkannten Opfer des Faschismus stattfinden, auf der ein großes Arbeitsprogramm aufgestellt werden solle.

Im Mittelpunkt stehe die Vorbereitung des Weihnachtsfestes als „Erstes Weihnachtsfest des Friedens".

Die KZler wissen, was Frieren heißt und werden helfen, sagte Ottomar Geschke.

Die Weihnachtswoche

werde zur Woche der Menschenliebe werden. Kein Berliner Kind solle unbeschenkt ausgehen, ebensowenig die Kranken und Alten. Ueberall werden Weihnachtsfeiern stattfinden, zuletzt eine große Feier der anerkannten politischen Kämpfer gegen den Faschismus mit Beethovens „Neunter Symphonie". Die Frauen, die Jugendlichen, ja, selbst die Kinder in den Schulen sollen zur Vorbereitung herangezogen werden. Ganz Berlin müsse sich auf diese Weihnacht vorbereiten. Auch diesem Vorschlag stimmte der Hauptausschuß einstimmig zu.

Ferner wurde beschlossen, ein Mitteilungsblatt für die Opfer des Faschismus herauszugeben, das diese über wichtige Mitteilungen des Hauptausschusses und Probleme ihrer Arbeit als Vorarbeiter des Volkes informieren wird.

Zum Schluß wurden einige Zahlen über die Summe der Toten aus den Nazilagern genannt. Genaues ist nicht bekannt, aber die schon jetzt vorliegenden Zahlen einzelner Lager, zum Beispiel Auschwitz mit 4,8 Millionen, lassen die Zahl von 20 Millionen nicht als zu hoch erscheinen. Eine grauenvolle Statistik.

Erfreulich waren die Zahlen über die finanziellen Beihilfen, die der Hauptausschuß aus den einzelnen Berliner Bezirken erhalte. Da erscheinen die Bezirke Wedding, Schöneberg und Mitte mit je 50 000 RM, und auch aus den Berliner Betrieben strömen laufend Gelder ein. Alle sollen für die Weihnachtsfeier verwandt werden.

Auszug aus: Deutsche Volkszeitung, 26. September 1945

„den Namen und das Ansehen Deutschlands schändeten und unser Volk in die größte materielle und moralische Not stürzten",[300] wie die SED erklärte.

Gegen diese Art der Argumentation, die sich in der Folge noch verstärken sollte, war in verschiedenen Artikeln in den ersten Monaten nach der Zerschlagung des Nazifaschismus noch sehr offensiv vorgegangen worden. Für die gegensätzlichen Positionen in dieser Zeitspanne, für die Unvereinbarkeit solcher gegensätzlicher Standpunkte über die Aufklärung der Nazi-Verbrechen war ebenso bezeichnend, daß auch die Stellungnahmen mit den besten Argumenten niemals, auch nicht an einer einzigen Stelle, direkt und präzise mit zitierten Belegstellen nationalistische Auffassungen aufdeckten und widerlegten. Also stand Richtiges und Falsches nebeneinander, wobei zunächst noch richtige Thesen über die Verbrechen des Nazifaschismus überwogen. Nach der Gründung der SED ist eine nachlassende Aufklärung über die Nazi-Verbrechen festzustellen. Im Zentralorgan der SED wird gar pauschal „der Toten unseres Volkes"[301] gedacht.

2. Zur Mitschuld der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Werktätigen an den Nazi-Verbrechen und zur Frage der Reparationen[302]

Die Auswertung einer Fülle von Belegen ergibt unserer Meinung nach, daß von der KPD die Frage der Mitschuld teilweise sehr eingehend, argumentativ ausführlich und fundiert gegen chauvinistische Tendenzen entwickelt und gegen alle möglichen Einwände dargelegt worden war. So wurde deutlich festgestellt, daß die Nazimachthaber

---

[300] „Das Zentralsekretariat der SED aus Anlaß der Hinrichtungen in Nürnberg", „Neues Deutschland", 16. 10. 1946.

[301] Siehe „Neues Deutschland", 24. 11. 1946.

[302] Siehe dazu ausführlich Anmerkung 2: „Richtige Feststellungen und zunehmend falsche Äußerungen zur Mitschuld und zu den Reparationen", S. 447 ff.

„die aktive Unterstützung der Mehrheit des deutschen Volkes" hatten und eine „Mitschuld breiter Teile des deutschen Volkes" besteht.[303]

Die nationalistisch gefärbten oder auch offen chauvinistischen Einwände gegen die Mitschuld, die zunächst insbesondere von der SPD und Grotewohl in einer Pose der „Opposition" gegen die Siegermächte vorgetragen wurden, waren noch dadurch geprägt, den vorherrschenden und richtigen Argumenten zur Mitschuld entgegenzutreten. Die nötige Polemik gegen die weitgehende Leugnung der Mitschuld durch Grotewohl und die Sozialdemokratie wurde aber nicht konsequent, nicht offen und öffentlich geführt und zunehmend auch abgeschwächt.

Das Gründungsdokument der SED schweigt sich zur Mitschuld ansonsten aus.[304] Damit fällt es weit hinter den Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 zurück. Es zeigt sich, daß die gegen eine Mitschuld von breiten Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Werktätigen an den Nazi-Verbrechen gerichteten Positionen ihre Stärke nicht aus Argumenten, sondern aus der Gewißheit bezogen, dafür die Unterstützung bei den vom Chauvinismus geprägten breiten Massen zu erhalten. Davor wich die KPD/SED zunehmend zurück, wie ihr Aufruf vom Juni 1946 zu den Gemeindewahlen zeigt. Darin leugnet der Parteivorstand der SED indirekt die Mitschuld mit dem Lamento, daß noch nie in der Geschichte ein Volk „so schändlich mißbraucht" worden sei wie das deutsche, welches durch den Nazifaschismus in eine Katastrophe „gestürzt" worden sei.[305]

Die Kraßheit und Bösartigkeit der demagogischen Ausfälle der Gegner der Mitschuld, die durch unsere Belege in einer Anmerkung dokumentiert sind, denen nicht mit der notwendigen Entschiedenheit und Konsequenz entgegengetreten wurde, signalisierten in der Tat eine entscheidende Weichenstellung für einen überwiegend chauvini-

---

[303] „Zum Thema: Die Mitschuld des deutschen Volkes – Eine für viele unangenehme, aber lebensnotwendige Feststellung (...)", in: „Deutsche Volkszeitung", 10. 7. 1945.

[304] „Grundsätze und Ziele der SED", in: „Dokumente der SED", Band I, S. 6.

[305] „Wahlaufruf zu den Gemeindewahlen" vom 17. Juni 1946, in: „Dokumente der SED", Band I, S. 48.

stischen Kurs der SED zur Frage der Mitschuld in den kommenden Jahren.

Die Auswertung der Positionen zu der Frage der Reparationen ergibt, daß die KPD diesen Punkt insbesondere in Bezug auf die Anerkennung der Reparationen im Potsdamer Abkommen behandelt hat. Hervorzuheben ist das allerdings sehr allgemein gehaltene Bekenntnis zu Reparationsleistungen in der „Erklärung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz", wo es heißt:

> „Wir sind auch verpflichtet, nach dem Maße des Möglichen im Rahmen der vorgesehenen Reparationen einen Ausgleich für die den angegriffenen Völkern zugefügten Schäden zu leisten."[306]

Allgemeiner formuliert die Vortragsdisposition „Die Kriegsschuld Deutschlands und die Mitschuld des deutschen Volkes" von 1945, wo es heißt: ***„Pflicht zur Wiedergutmachung für das ganze deutsche Volk".*** [307]

Trotz dieser richtigen Positionen muß festgestellt werden: Es gibt ***kein*** zentrales Dokument der KPD/SED, welches als Waffe im ideologischen und politischen Kampf, als zentrale Grundlage für die Überzeugung breiter Massen im Kampf gegen die reaktionäre Ideologie zu dieser Frage umfassend für die Berechtigung und maximale Erfüllung aller Reparationsforderungen Stellung bezogen hat.

Vor allem ab der Vereinigung von KPD und SPD zur SED gibt es zunehmend Positionen, die die Pflicht zu Reparationen frontal angreifen oder als „Last" bezeichnen.

---

[306] Zitiert nach: „Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland", S. 120.

Das unter Führung der KPD stehende Nationalkomitee „Freies Deutschland", forderte in seinem Manifest vom 13. Juli 1943 noch weitergehend: „Sofortige Befreiung und Entschädigung aller Opfer des Hitlerregimes". („Manifest des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland' vom 13. Juli 1943", in: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 5)

[307] „Die Kriegsschuld Deutschlands und die Mitschuld des deutschen Volkes", „Vortragsdisposition", Nr. 3, 1945, S. 10.

Max Reimann,[308] der spätere Vorsitzende der KPD in Westdeutschland, erklärte im nationalistischen Tonfall auf dem Vereinigungsparteitag, daß die Kriegsverbrecher Reparationen bezahlen sollten und leugnet somit die Pflicht zu Reparationen der ganzen deutschen Bevölkerung:

> „Das werktätige Volk an Rhein und Ruhr will keinen Westblock, sondern verlangt, daß diese Kriegsverbrecher (die Imperialisten an Rhein und Ruhr, A. d. V.) das bezahlen und wiedergutmachen,[309] was sie selbst am deutschen Volke und an der Welt verbrochen haben. (Zustimmung.)"[310]

Das Gründungsdokument der SED spricht von der „Last der Wiedergutmachung"[311] Doch auch nach der Gründung der SED gibt es richtige Positionen, wie z. B. in einem Artikel im „Neuen Deutschland", wo es heißt: ***„Will man nicht erkennen, daß wir keine Tribute zahlen, sondern gutzumachen haben, freiwillig und aus innerer Erkenntnis."***[312]

---

[308] Zur Biographie von Max Reimann siehe im Personenregister.

[309] Sehr richtig wird in einer Vortragsdisposition der KPD von 1946 zum Begriff „Wiedergutmachung" betont: „Dabei kann es sich im wesentlichen nur um eine Wiedergutmachung des materiellen Schadens handeln, denn die unzähligen Opfer, die der Hitlerkrieg das Sowjetvolk kostete, können nicht wieder zum leben erwachen, das unsagbare Leid kann nicht aus der Welt geschafft werden." („Der zweite Weltkrieg", „Vortragsdisposition", Nr. 20, 1945, S. 19)

[310] „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD", S. 35.

[311] „Grundsätze und Ziele der SED", in: „Dokumente der SED", Band I, S. 6.

[312] „Neues Deutschland", 20. 7. 1946.

Karl Steinhof, Präsident der Provinzialverwaltung Brandenburg, stellt sehr richtig heraus, daß all jene nicht für den demokratischen Aufbau zu gebrauchen sind, die nicht vorbehaltlos und mit vollem Herzen die Notwendigkeit von Reparationen anerkennen: „Wer, und das gilt unterschiedslos für jeden Deutschen, nicht vorbehaltlos und mit vollem Herzen anerkennt, daß die Wiedergutmachung zu leisten ist, der ist für die deutsche Demokratie unbrauchbar und verloren." („Neues Deutschland", 19. 7. 1946)

3. Zur Besetzung Deutschlands[313]

Spricht man über kausale Zusammenhänge und denkt darüber nach, was auf welcher Basis argumentativ erstrangig oder zweitrangig ist, so wird deutlich, daß die Frage nach der Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands durch die Anti-Hitler-Koalition nur richtig beantwortet werden konnte, wenn wirklich verstanden wurde, warum Deutschland besetzt werden mußte: Die deutsche Bevölkerung hat – bis auf Ausnahmen – als Block auftretend den Nazifaschismus unterstützt, selbst als die Niederlage feststand. Damit hat sie ungeheure, unmeßbare Schuld auf sich geladen und mußte militärisch unterdrückt und unter Kontrolle gehalten werden. Die Notwendigkeit der Besetzung resultierte aus dem Ausmaß der Verbrechen und der Mitschuld der breiten werktätigen Massen daran. Wer also die Notwendigkeit der Besetzung nicht fundiert argumentierend erklärte, hatte in Wahrheit auch nur eine unvollständige Argumentation über Ausmaß und Beteiligung der breiten Massen an den Verbrechen und über die Mitschuld der deutschen werktätigen Bevölkerung.

In der Begründung eines von der SED vorgelegten Verfassungsentwurfs vom 22. 9. 1946 heißt es richtig:

> „Schwere Schuld ist im Namen dieses Volkes auf Deutschland geladen. Wir haben weder ein Recht zu jammern, noch zu klagen. Wir stehen dagegen vor der Aufgabe, uns in dem für uns abgesteckten Rahmen zurechtzufinden und zu versuchen, die ehrlichen und gutwilligen Aufbaukräfte des demokratischen Deutschlands zu sammeln und mit Initiative zu erfüllen. Die Bestimmungen der Potsdamer Beschlüsse zeigen uns klar und unzweideutig die politische Situation des deutschen Volkes. Sie liegt in den Worten des Potsdamer Dokumentes:
>
> ***‚Das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge***

[313] Siehe dazu ausführlich Anmerkung 3: „Defensive und falsche Haltung zur Besetzung Deutschlands", S. 477 ff.

offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden.'

Darum ist ganz Deutschland von den alliierten Armeen besetzt, darum sind wir unter die alliierte Kontrolle gestellt, darum soll der deutsche Militarismus und Nazismus ausgerottet werden, darum gibt man uns aber auch die Möglichkeit zur Vorbereitung für die Wiederherstellung unseres Lebens auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage."[314]

Im Unterschied zu den vorangegangenen Punkten muß bezüglich der Besetzung Deutschlands festgestellt werden, daß von der KPD/SED außer der eben zitierten Passage keine, aber auch wirklich keine fundierten Argumente für die Unterstützung der Besetzung Deutschlands durch die Siegermächte vorgetragen worden sind.

Festzustellen ist, daß die tatsächlich vorhandene politische Unterstützung der KPD und aller antinazistischen Kräfte für die Besatzungsmächte seit dem 8. Mai 1945 in einer beschämenden Art und Weise verschwiegen wird, als sei dies eine „unehrenhafte" Sache. Es gibt keinerlei Stellungnahmen, weder in grundlegenden Dokumenten noch in der Tagespresse, in denen die aktive Unterstützung der Besatzungspolitik propagiert und offensiv die grundlegende Tatsache herausgestellt worden wäre, daß die Besetzung geschichtlich und tagespolitisch richtig und notwendig war. So gab es in dieser wichtigen Frage auch keine krasse Gegenüberstellung von richtigen und falschen Argumenten. Die Lage war eher so, daß diejenigen, welche die Besetzung eigentlich unterstützten, entweder schwiegen oder aus opportunistischen Gründen die Besetzung als eine Art notwendiges Übel darstellten. Bezeichnend dafür ist Ulbrichts Äußerung, „daß wir Kommunisten von allen Deutschen am wenigsten für die Besatzung verantwortlich sind".[315] Zugleich gab es Äußerungen chauvinistischer Überheblichkeit und Prahlerei. Ohne auf Protest zu stoßen verkündete Grotewohl auf dem Gründungsparteitag der SED, daß die SED

---

[314] Otto Grotewohl „Warum Verfassungsentwurf?", in: Sonderbeilage der „Einheit", Nr. 7 (Dezember 1946), S. 3/4.

[315] „Antworten Walter Ulbrichts vom 19. Dezember 1945 auf Fragen von Arbeitern und Angestellten in Gewerkschaftsversammlungen", in: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 340.

eine solche „riesengroße politische Stärke" darstelle, „daß wir auf die Bajonette der Russen nicht mehr angewiesen sind. (Tosender, nicht enden wollender Beifall und Bravorufe)".[316]

4. Deutsche Wehrmacht und „unsere deutschen Kriegsgefangenen"[317]

Während in der „Täglichen Rundschau" 1945 wiederholt und nachdrücklich Verbrechen der deutschen Wehrmacht benannt und beschrieben und mit Hilfe von Briefen deutscher Kriegsgefangener das Märchen der sauberen Wehrmacht bekämpft wurde,[318] begann hierzu in der KPD schon 1946 ein Umschwung. Nämlich „die Sorge um die heimkehrenden Kriegsgefangenen" sollte, so erklärte das ZK der KPD am 9.1.1946, zu „einer der ersten Sorgen unserer Partei"[319] werden.

Die SPD erzeugte auf ihrem 40. Parteitag im April 1946 entsprechenden Druck und forderte mit überwältigender Mehrheit die „beschleunigte Entlassung der antifaschistischen kriegsgefangenen Männer und Jugendlichen". Diese Forderung wurde untermauert mit der falschen Grundthese, daß „in erster Linie" Antifaschisten eingezogen worden seien. Solche argumentativen Klimmzüge wurden dann im weiteren Verlauf des Parteitages nicht mehr benötigt, und es hieß dann, auf Sentimentalität abzielend: „In Tausenden von Familien fehlt noch immer der Vater und Ernährer und der Sohn."[320]

---

[316] „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD", S. 113.

[317] Siehe dazu ausführlich in der Anmerkung 4: „Haltung zu den Kriegsgefangenen: Nach anfänglich auch richtigen Ansätzen vor allem nationalistisch-populistische ‚Heimkehr'-Propaganda", S. 492 ff.

[318] Siehe zum Beispiel „Tägliche Rundschau", 8.6.1945.

[319] Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 3, S. 431.

[320] „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD", S. 120.

Nach der Gründung der SED wurde noch hemmungsloser, etwa im Aufruf zu den Gemeindewahlen am 30.6.1946, die „baldige Rückkehr der Kriegsgefangenen“[321] als Forderung erhoben. Ja, im „Neuen Deutschland“ vom 24.12.1946 werden gar Täter zu Opfern verklärt, wenn propagiert wird, daß auch die deutschen Kriegsgefangenen „Opfer der entmenschten Hitlerpolitik“ seien. Pieck und Grotewohl verkündeten zu Weihnachten im Namen des ZK der SED: „Herzliche Grüße an unsere deutschen Kriegsgefangenen.“[322] Die Verbrechen der deutschen Wehrmacht waren für die SED kein Thema mehr.

5. Zum Kampf gegen die Nazi-Ideologie[323]

Nach der militärischen Zerschlagung des Nazifaschismus erhielt der Kampf gegen die Nazi-Ideologie in den Köpfen der werktätigen Massen eine entscheidende Bedeutung, um mit dem Nazifaschismus auf allen Ebenen tiefgehend zu brechen. Dabei galt es auch nachzuweisen und zu entlarven, daß die Nazi-Ideologie ein Konglomerat und Konzentrat aller reaktionären Elemente der „deutschen Ideologie“ darstellte. Pieck betonte im September 1945 als wichtige Aufgabe „die Ausrottung der nazistischen Rassenlehre“.[324] Auf dem 15. Parteitag der KPD 1946 stellte Ackermann selbstkritisch die Unterschätzung der Nazi-Ideologie vor 1933 fest, gegen die der Kampf „vollkommen ungenügend“ geführt worden sei. Er betonte, daß für den aktuellen Kampf gegen die Nazi-Ideologie „die fähigsten Kräfte“ eingesetzt werden müßten.[325]

In der noch 1945 erschienenen „Vortragsdisposition“, Nr. 12, in der gewichtige Argumente gegen die Nazi-Ideologie zusammengetragen

---

[321] „Neues Deutschland“, 30.6.1946.

[322] „Neues Deutschland“, 24.12.1946.

[323] Siehe dazu ausführlich Anmerkung 5: „Zum Kampf gegen die Nazi-Ideologie“ S. 504 ff.

[324] „Deutsche Volkszeitung“, 15.9.1945.

[325] „Bericht vom 15. Parteitag der KPD“, Berlin 1946, S. 106/107.

wurden (etwa die Kritik an der Erfindung von „Rassen"), wurde gleichzeitig fälschlicherweise von einem „offenkundigen Bankrott der Nazi-Ideologie" gesprochen.[326] Die Nazi-Ideologie wurde einseitig und mit nationalistischen Untertöten angegriffen, indem ihre verheerenden Folgen für „das deutsche Volk" herausgestellt wurden.[327] Der Antisemitismus wurde verkürzt als „Ablenkung von den Ursachen des Elends" und als Mittel „zur schamlosen persönlichen Bereicherung" der Nazi-Bonzen bezeichnet.[328] Auf dem Vereinigungsparteitag 1946 betonte Grotewohl nicht zu Unrecht, „daß jede Überlieferung" deutscher Traditionen „fragwürdig" geworden sei und gründlich überprüft werden müsse. Dabei zielte er insbesondere ab auf die preußische Tradition des „Kadavergehorsams" und auf den „Untertanengeist".[329]

Festgestellt werden muß jedoch auch, daß es nicht ein einziges Dokument der KPD- und SED-Führung gibt, das sich explizit gegen den Antisemitismus oder gar Antiziganismus richtet. Bücher von Rehberg und Ulbricht gegen die Nazi-Ideologie und die „Legende vom deutschen Sozialismus",[330] die 1945 verbreitet wurden, zeigen sehr deutlich, welche unterschiedliche Qualität die Auseinandersetzung mit der Nazi-Ideologie in dieser Zeit hatte.

Ein vorläufiges Fazit ist, daß die KPD/SED einseitig – und oftmals auch noch ökonomistisch vergröbert – das Gewicht lediglich auf den Betrug der Massen legte. So gelang es nicht, die für die gewaltige Wirkung der Nazi-Ideologie wichtige Kombination aus Betrug und Korrumpierung herauszuarbeiten. Im Zusammenhang damit wird durch die These von der lediglich „verführten" und „völlig versklavten" deutschen Arbeiterklasse die Freiwilligkeit der Zustimmung zum Nazifaschismus ausgeblendet.

---

[326] „Der Kampf gegen die Naziideologie", „Vortragsdisposition", Nr. 12, 1945, S. 3.

[327] Ebenda, S. 13/14.

[328] Ebenda, S. 11.

[329] Siehe „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD", S. 105 und S. 110.

[330] Zu Rehbergs Buch siehe Anhang 9, S. 629 ff., zu Ulbrichts Buch Anhang 10, S. 638 ff.

6. Zur Oder-Neiße-Grenze und zu den Umsiedlungen[331]

Ein Versäumnis des Aufrufs des ZK der KPD vom Juni 1945 war es, wie schon kritisiert, die Frage der Oder-Neiße-Grenze nicht zu behandeln.

Im Juli/August 1945 reagierten Ulbricht und Pieck auf das Thema Oder-Neiße-Linie so, daß sie zumindest die neue Grenzziehung als Ergebnis des verlorenen Nazi-Krieges anerkannten. Hitler habe, so die verschwommene Metapher von beiden, diese Gebiete eben „verspielt".[332] In der „Vortragsdisposition", Nr. 5/6/7, 1945, taucht diese Metapher zwar ebenfalls auf, festgehalten wird aber, daß diese Gebiete „endgültig und unwiderruflich" trotz der formal vorläufigen Regelung abgetrennt sind. Die „Vortragsdisposition" verweist auf die Haltung der deutschen Bevölkerung, die bis fünf nach zwölf Hitler unterstützte, und behandelt ausführlich die geschichtlichen Raubzüge der Deutschen gegen Osten.[333]

In der „Deutschen Volkszeitung" vom 7. 8. 1945 erschien ein Artikel zum Potsdamer Abkommen, der ebenfalls hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie auf die Vorgeschichte der Raubzüge Deutschlands gegen Osten und auf die Kriegsführung der Nazis hinwies. Zu Recht wurde dort gegen deutsche Ansprüche betont: „jeder Hinweis auf historische Rechte ist sinnlos".[334]

---

[331] Siehe dazu ausführlich Anmerkung 6: „Haltung zur Oder-Neiße-Grenze und zu den Umsiedlungen als Prüfstein: Teilweise richtige Ausgangspunkte, vor allem aber zurückweichen vor dem chauvinistischen Druck, S. 518 ff.

[332] Ulbricht: „Das Programm der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, in: Ulbricht: „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Band II, S. 433, Pieck zitiert in: „Die Beschlüsse der Berliner Konferenz", „Vortragsdisposition", Nr. 5, 6, 7, 1945, S. 1945.

[333] Siehe „Die Beschlüsse der Berliner Konferenz", „Vortragsdisposition", Nr. 5, 6, 7, S. 45 ff.

[334] „Deutsche Volkszeitung", 7. 8. 1945.

Ganz anders dann der Gründungsparteitag der SED im April 1946. Grotewohl betonte ausdrücklich: „Noch sind die deutschen Grenzen nicht endgültig festgesetzt."[335] Im September 1946 forderte Pieck im „Neuen Deutschland", daß bei der „endgültigen Festlegung der Grenzen von den alliierten Mächten auf die Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes Rücksicht genommen"[336] werden müsse. In derselben Ausgabe erklärte Max Fechner, Spitzenkandidat der SED in Berlin, „daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sich jeder Verkleinerung deutschen Gebiets entgegenstellen wird".[337] Das war Klartext. Am 19.9.1946 forderte Pieck in Cottbus auf einer Kundgebung eine „Revision" der Ostgrenze. Dabei berief er sich auf „Lebensinteressen unseres Volkes".[338] Der Parteivorstand der SED beschloß zwei Tage später in diesem Sinne: „Die SED wird alles tun, damit auch in den Fragen der künftigen Grenzen Deutschlands die Stimme des deutschen Volkes auf der Friedenskonferenz Gehör findet."[339] Erst 1948 stellte die SED dann eindeutig den endgültigen Charakter der Oder-Neiße-Grenze klar.[340]

In der Frage der Umsiedlung und der Umsiedler war die Lage womöglich noch schlimmer. Otto Buchwitz[341] hetzte unwidersprochen am 26.2.1946 auf einer gemeinsamen Konferenz von Funktionären der SPD und KPD, „wie sich die Polen in diesen Wochen und Monaten an unseren Schlesiern vergehen (...)".[342] Lediglich Paul Merker ist in einem Artikel im „Freien Deutschland" in Mexiko offensiv für die Umsiedlungen eingetreten.[343] Die Berechtigung der Umsiedlung

---

[335] „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD", S. 115.

[336] „Neues Deutschland", 14.9.1946.

[337] Ebenda.

[338] „Die Nazilüge vom ‚Lebensraum'", „Sozialistische Bildungshefte", Nr. 2, 1947, S. 9.

[339] „Dokumente der SED", Band I, S. 99.

[340] Siehe „Dokumente der SED", Band II, Berlin 1951, S. 357.

[341] Zur Biographie von Otto Buchwitz siehe im Personenregister.

[342] „Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946", S. 256.

[343] Siehe „Freies Deutschland", 9/1945, S. 7.

Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch führende Kader der SED: Kundgebung unter einer Karte Deutschlands in den Grenzen von 1937 (!) mit der Aufschrift „Voraussetzungen für den demokratischen Neuaufbau“



UNSER TITELBILD:

Im Zeichen der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft zwischen SED und KPD stand die größte aller politischen Kundgebungen, die seit dem Kriegsende in Frankfurt a. M. stattfand und am 10. 3. 1947 in Anwesenheit der SED-Vorsitzenden Pieck und Grotewohl sowie der Genossen Gniffke und Dahlem 20 000 Frankfurter auf dem Römerberg zu einer eindrucksvollen Demonstration für die Einheit der Arbeiterklasse vereinigte.

(Foto: Karl Boese, Neu-Isenburg)

Neuer Weg, Nr. 3/4, 1947, Titelseite, Originalkommentar zum Titelbild und Bild aus dem Innenteil

wird in keinem zentralen Dokument der KPD/SED begründet und verteidigt. Im Gegenteil, der Parteivorstand der SED jammerte im Oktober 1946 über das Schicksal der Umsiedler: „Sie zogen irrend auf den endlosen Straßen des Elends."[344]

Die SED stellte im Grunde die Fürsorge für die Opfer des Faschismus auf eine Stufe mit der Fürsorge für Umsiedler und Heimkehrer, für die das ZK der SED „bevorzugte Versorgung" forderte.[345] Eine offensive Haltung der ideologischen und politischen Unterstützung für die berechtigten Maßnahmen der Alliierten hinsichtlich der Umsiedlung ist insbesondere nach der Gründung der SED nicht zu finden, im Gegenteil.

7. Keine Kriegserklärung an den deutschen Nationalismus[346]

Es kann festgestellt werden, daß die KPD nach 1945 keinen wirklich fundierten kommunistischen Kampf gegen den deutschen Nationalismus geführt hat. Das Grundmuster der KPD und SED war grob gesagt: Wir dürfen die nationale Frage nicht den Nazifaschisten und der Reaktion überlassen, dieses Feld muß von der KPD besetzt werden. Wir sind die „wahren Patrioten".

In einem Artikel der Zeitschrift „Einheit" über die Bedeutung des „Manifest der Kommunistischen Partei" schreibt Grotewohl, daß der Aufruf „Proletarier aller Länder, vereinigt euch" sich „für unsere Zeit und unser Land zu der Mahnung ‚Proletarier Deutschlands, vereinigt Euch' " verwandelt hätte. Nicht genug des Nationalismus, er versteigt

---

[344] „Dokumente der SED", Band I, S. 106.

[345] Ebenda, S. 147.

[346] Siehe dazu ausführlich Anmerkung 7: „Ein sich durchziehender Kernfehler: Keine Kriegserklärung an den deutschen Nationalismus", S. 539 ff.

sich sogar zu der These, daß der Arbeiter Heimat und Vaterland „nicht weniger als jeder andere" liebe.[347]

Diese nationalistischen Thesen wurden dann in Variationen und mit Penetranz wiederholt. Max Fechner erklärte, daß die Grundlage der Aktionseinheit von KPD und SPD „immer nur das Wohl und das Interesse der deutschen Werktätigen und darüber hinaus des ganzen deutschen Volkes" sei.[348] Gleichzeitig redete Fechner von der „Liebe zur Heimat" und „dem Stolz auf die technische und kulturelle Leistung unseres Volkes".[349]

Auf dem 40. Parteitag der SPD betonte Fechner, daß sich die zu gründende SED „einzig und allein im Dienste an unserem Volk einsetzen" werde.[350] Pieck mochte wohl der SPD an Vaterlandsliebe nicht nachstehen und erklärte ebenfalls im Februar 1946: Die KPD „stellt das Vaterland über alles".[351] Auf dem 15. Parteitag der KPD im April 1946 propagierte Ackermann in seiner Rede mit theoretischem Anspruch, die KPD habe ab jetzt keine zwiespältige, sondern eine „positive Einstellung zur Nation". „Damit sind Schranken niedergerissen", tönte er, die breite Volksmassen vom Anschluß an die sozialistische Bewegung abgehalten hätten. Dies gipfelte in der Parole, die neu zu bildende SED sei „die wahrhaft patriotische Partei".[352] Pieck ergänzte als Vorsitzender der KPD auf dem gleichen Parteitag, die SED werde „eine durch und durch deutsche Partei"[353] sein, und Ulbricht sekundierte, das oberste Gesetz der SED sei: „Alles für unser deutsches Vaterland."[354]

---

[347] Siehe „Einheit", Monatszeitschrift zur Vorbereitung der SED, Nr. 1, 1946, S. 9.

[348] Siehe ebenda, S. 5.

[349] Siehe „Einheit", Monatszeitschrift zur Vorbereitung der SED Nr. 2, 1946, S. 16

[350] „40. Parteitag der SPD", Berlin 1946, S. 131.

[351] Pieck: „Reden und Aufsätze", Band II, Berlin 1952 (Erstausgabe 1951), S. 34.

[352] „Bericht vom 15. Parteitag der KPD", Berlin 1946, S. 110.

[353] Ebenda, S. 217.

[354] Ulbricht: „Die Politik der Partei" – Bericht des ZK, in: „Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S 64.

Im „Manifest an das deutsche Volk", einem Gründungsdokument der SED, wird deutscher Nationalismus in extremer Form propagiert. Das „Wohlergehen des eigenen Volkes zum höchsten Gesetz" zu machen, „sich von allen fremden Einflüssen freihalten" [355], das heißt, daß sich die SED von vornherein gegen den proletarischen Internationalismus und für den deutschen Nationalismus entschieden hat.

All dies zeigt, daß theoretisch und ideologisch, politisch und ganz praktisch der deutsche Chauvinismus bei führenden Kadern der SPD, der KPD und dann der SED ein Brennpunkt war, in dem sich das falsche Denken und die anbiedernde Haltung gegenüber den breiten Massen in Deutschland konzentrierte.

[355] Siehe „Manifest an das deutsche Volk", in: „Dokumente der SED", Band I, S. 28.

Teil D:
Gründung der SED – Verzicht auf Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus

- **Ausgangspunkte der KPD für den Kampf um die Vereinigung**
- **Die Vorbereitung der Vereinigung**
- **Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED**

Einleitung

Nach umfangreicher Vorbereitung sollte die Gründung der SED im April 1946 ein bedeutender Einschnitt in der Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland werden.

Die historische Chance für eine Vereinigung zwischen KPD und Teilen der Mitgliedschaft der SPD war nach 1945 vorhanden. Am konterrevolutionären Charakter der sich auf die Arbeiteraristokratie stützenden Sozialdemokratie hatte sich allein schon durch den Wegfall der Möglichkeiten von Extraprofiten direkt nach 1945 Grundlegendes geändert. Vorausgegangen war die Verdrängung der Sozialdemokraten aus dem Staatsapparat durch den Nazifaschismus, hinzu kam die Verfolgung und Inhaftierung auch von Sozialdemokraten in Gefängnissen und KZs. Nach 1945 differenzierten sich die an der Zusammenarbeit mit der KPD orientierten demokratischen Kräften von den reaktionären proimperialistischen, am US-Imperialismus und dem englischen Imperialismus orientierten Kräften der Sozialdemokratie. Daraus ergab sich die historisch für eine kurze Zeitspanne bestehende Möglichkeit, eine wichtige Agentur des deutschen Imperialismus, die deutsche Sozialdemokratie, zumindest in der SBZ auch von innen heraus zu zersetzen und zu liquidieren und nicht unerhebliche Teile der sozialdemokratischen Anhängerschaft von der konterrevolutionären Sozialdemokratie loszureißen, sie in den Kampf für die Entnazifizierung einzubeziehen und an die Ideen des Kommunismus heranzuführen. Dabei war klar, daß eine solche Vereinigung nicht ohne Kompromisse mit dem zur Vereinigung mit der KPD bereiten Teil der sozialdemokratischen Parteiführung und sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeitern durchgeführt werden konnte. Diese wirklich einmalige historische Chance zu nutzen, in ihrer Bedeutung zu begreifen, ohne die neu gegründete SED durch den Sozialdemokratismus zu gefährden – das war eine entscheidende Aufgabe bei der Gründung der SED.

Es wird zu prüfen sein, wieweit die Gründung der SED Traditionen von Marx festgeschrieben und die Erfahrungen der KPD wirklich zusammengefaßt und bereichert hat. Es wird vor allem auch zu prü-

fen sein, ob die notwendigen Zugeständnisse an die SPD offen diskutiert und benannt wurden und ein zulässiger Rahmen nicht überschritten wurde.

I. Ausgangspunkte der KPD für den Kampf um die Vereinigung

1. Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935

Zu verstehen ist die Idee einer Vereinigung von KPD und SPD nur vor dem Hintergrund, daß die SPD nach 1945 in wichtigen Teilen und Bereichen einen anderen Charakter hatte als die SPD vor 1933. Schon 1935, auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, wurden diese Veränderungen im internationalen Maßstab diskutiert, und die Genossinnen und Genossen der KPD führten diese Diskussion auf der Brüsseler Konferenz von 1935 fort. Auf dem VII. Weltkongreß erläuterte Dimitroff, daß eine Differenzierung innerhalb aller sozialdemokratischer Parteien vor sich gegangen war. Er erklärte:

> „Es geht eine Differenzierung innerhalb aller sozialdemokratischen Parteien vor sich. In ihren Reihen bilden sich ***zwei Hauptlager*** heraus: neben dem bestehenden Lager der reaktionären Elemente, die mit allen Mitteln versuchen, den Block der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie zu erhalten und wütend die Einheitsfront mit den Kommunisten ablehnen, ***beginnt sich das Lager der revolutionären Elemente herauszubilden, die Zweifel an der Richtigkeit der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie hegen, die für die Schaffung der Einheitsfront mit den Kommunisten sind und in immer stärkerem Maße auf den Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes überzugehen anfangen.***“[356]

[356] Dimitroff: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Fa-

Fortsetzung nächste Seite

Auch innerhalb der SPD war dieser Prozeß 1935 im Gange und hatte sich bis 1945 weiter verstärkt. Viele SPD-Mitglieder hatten während der Zeit des Nazifaschismus, zum Teil zusammen mit Genossinnen und Genossen der KPD in den KZs oder in der Illegalität in Deutschland gegen die Nazis gekämpft. Nach dem 8. Mai 1945 gab es innerhalb der SPD eine relativ starke, an der Zusammenarbeit mit der KPD interessierte Strömung mit Grotewohl und der Mehrheit des Zentralausschusses der SPD an der Spitze, die für die Aktionseinheit mit der KPD eintrat. Es gab aber auch ein reaktionär-antikommunistisches Lager mit Schumacher an der Spitze, das vor allem im Westen Deutschlands großen Einfluß in der SPD hatte. Diese Situation barg also in sich wesentliche Voraussetzungen, um den Kampf für eine Vereinigung des linken Teils der SPD mit der KPD beginnen zu können, der von Anfang an auch ein Kampf gegen das reaktionäre Lager um Schumacher sein mußte.

Auf welcher theoretischen und politischen Grundlage konnte und mußte diese Vereinigung vollzogen werden? Auch diese Frage wurde auf dem VII. Weltkongress intensiv diskutiert. Dimitroff nennt für eine Vereinigung auf revolutionärer Grundlage fünf Bedingungen: Verzicht der Sozialdemokratie auf einen Bock mit der Bourgeoisie (wie z. B. in der Weimarer Republik), vorherige Herstellung der antifaschistischen Einheitsfront, Verzicht auf Unterstützung der „eigenen" Bourgeoisie im imperialistischen Krieg (entgegen der Linie der SPD und anderer sozialdemokratischer Parteien im Ersten Weltkrieg), Aufbau der vereinigten Partei auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus, schließlich die Anerkennung der Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats.

> „Dabei muß man aber den Arbeitern unbedingt klarmachen, daß eine solche Vereinigung nur bei einer Reihe von Bedingungen möglich ist: ***unter der Bedingung der völligen Unabhängigkeit von der Bourgeoisie und der völligen Zerreißung des Blocks der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie,*** unter der Bedingung der vorherge-

Fortsetzung der Fußnote

schismus", Referat auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935, in: „Protokoll des VII. Weltkongresses der Komintern", 1935, Band I, Nachdruck Erlangen 1974, S. 335.

henden Verwirklichung der ***Aktionseinheit,*** unter der Bedingung der Anerkennung der Notwendigkeit des ***revolutionären Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie und der Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Form der Sowjets,***[357] unter der Bedingung der Ablehnung der Unterstützung der eigenen Bourgeoisie ***im imperialistischen Krieg,*** unter der Bedingung des Aufbaus der Partei auf der Grundlage des ***demokratischen Zentralismus,*** der die Einheit des Wollens und Handelns gewährleistet und der durch die Erfahrung der russischen Bolschewiki erprobt worden ist."[358]

Der Kernpunkt ist hier die Anerkennung der Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie ***und*** der Diktatur des Proletari-

---

[357] Bei Dimitroff geht es dem Wortlaut nach um die Anerkennung der Diktatur des Proletariats in der Form von Sowjets. Diese Forderung war wichtig, denn es ging darum, daß die in der sozialistischen Sowjetunion errichtete Diktatur des Proletariats, die ja die Form der Sowjets angenommen hatte, anerkannt werden mußte, um auch zu zeigen, daß der Kampf gegen die antisowjetische Haltung in der Sozialdemokratie geführt worden war bzw. weitergeführt wurde.

Theoretisch mußte klar sein, daß die Formulierung „in der Form von Sowjets" ein Problem enthielt, da zwar diese höchste – in der sozialistischen Sowjetunion verwirklichte – Form der Diktatur des Proletariats anerkannt werden mußte, aber dies eben auch nicht die einzig mögliche Form war. Lenin hatte schon 1918 darauf hingewiesen, daß in verschiedenen Ländern unter verschiedenen Bedingungen des Klassenkampfs die Form der Diktatur des Proletariats wechseln kann, indem er klarmachte, daß es außer den Sowjets auch noch andere Formen der proletarischen Demokratie geben kann:

„Die proletarische Demokratie, deren *eine Form* die Sowjetmacht ist, hat gerade für die gigantische Mehrheit der Bevölkerung, für die Ausgebeuteten und Werktätigen, eine in der Welt noch nie dagewesene Entwicklung und Erweiterung der Demokratie gebracht."
(Lenin: „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky", 1918, Werke Band 28, S. 245, Hervorhebung RF)

Die Geschichte der kommunistischen Bewegung nach 1945 hat gezeigt, daß die Diktatur des Proletariats auch in Form der Volksdemokratien errichtet werden kann, einer niedereren Form der Diktatur des Proletariats als die Sowjetform.

[358] „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus", Resolution zum Referat des Genossen Dimitroff, in: „Protokoll des VII. Weltkongresses der Komintern", 1935, Band II, S. 996. Vgl. dazu auch das Referat von Dimitroff: „Protokoll des VII. Weltkongresses der Komintern", 1935, Band I, S. 375 ff.

ats als Bedingung der Vereinigung. Die Anerkennung der Diktatur des Proletariats war unbedingte Voraussetzung. Ohne Diktatur des Proletariats war die Erkämpfung der Ziele des Sozialismus und Kommunismus nach dem Sturz der Bourgeoisie unmöglich, denn nur auf diesem Weg konnte die gestürzte Bourgeoisie unterdrückt und schließlich als Klasse vernichtet werden. Die richtige Haltung zu diesem Kernpunkt des wissenschaftlichen Kommunismus war zentral und entscheidend für die Vereinigung von KPD und SPD, wie die Vorgeschichte der Vereinigung und die Vereinigung selbst zeigen wird.

Wesentlich war auch Dimitroffs richtiger Hinweis, der zum Credo der KPD in ihrem Kampf für die Vereinigung hätte werden müssen:

> „Wir müssen die sozialdemokratischen Arbeiter geduldig und kameradschaftlich aufklären, warum die politische Einheit der Arbeiterklasse ohne diese Bedingungen unmöglich ist. Zusammen mit ihnen müssen wir Sinn und Bedeutung dieser Bedingungen erörtern."[359]

2. Kein Handel um Prinzipien, Offenlegung der Widersprüche und Zugeständnisse, verschärfter Kampf gegen den Sozialdemokratismus

Die KPD mußte als einen Ausgangspunkt nicht nur die Linie des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zur Vereinigung von Kommunistischen Parteien mit sozialdemokratischen Parteien auswerten und deren Anwendung auf die Besonderheiten Deutschlands durch die Brüsseler Konferenz der KPD (1935) und die Berner Konferenz der KPD (1939) kritisch untersuchen.[360] Sie mußte auch die wichtigsten historischen Erfahrungen der Vereinigung von proletarischen Organisationen bzw. Parteien mit anderen proletarisch orientierten bzw. sozialdemokratischen Organisationen, um aus den

---

[359] Ebenda, S. 376.

[360] Siehe ausführlich Anhang 1, S. 429 ff.

begangenen Fehlern zu lernen und um die allgemeingültigen Prinzipien solcher Vereinigungen herauszuarbeiten und richtig auf die besonderen Bedingungen in Deutschland nach 1945 anzuwenden.

International war die Vereinigung der Bolschewiki und Menschewiki in Rußland 1906 ein lehrreiches Beispiel, das herangezogen werden mußte. In der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gab es vor allem zwei Vereinigungen, die es auszuwerten galt: die Vereinigung zur einheitlichen Arbeiterpartei 1875 und die Vereinigung der KPD mit der USPD 1920.[361] Aus der Analyse dieser historischen Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung ergaben sich insbesondere drei prinzipielle Punkte für eine richtige Herangehensweise an die Vereinigung für die KPD:

- Die große Lehre aus Marx' Kritik an der Vereinigung 1875 war, daß man sich bei allen notwendigen Zugeständnissen in dieser oder jener untergeordneten Frage nicht auf einen Handel um Prinzipen einlassen darf und keinerlei Zugeständnisse bei der Propagierung des kommunistischen Maximalprogramms zulässig sind. In prinzipiellen Fragen des wissenschaftlichen Kommunismus dürfen keine Zugeständnisse gemacht werden, das heißt die Prinzipien mußten gegen jede Verfälschung und Verwässerung verteidigt, es mußte erklärt werden, warum nur auf ihrer Grundlage eine wirklich kommunistische Vereinigungspartei entstehen konnte. Marx' Empfehlung, statt einer Vereinigung auf fauler programmatischer Grundlage eine Übereinkunft zur Aktion abzuschließen, um einen möglichen späteren Zusammenschluß auf revolutionärer programmatischer Grundlage durch eine längere gemeinsame Tätigkeit vorzubereiten, mußte für die KPD von höchster Aktualität sein.

- Das Studium der Vereinigung von Bolschewiki und Menschewiki 1906 in Rußland lehrte, daß es notwendig war, die vorhandenen Widersprüche und Meinungsverschiedenheiten im offenen und öffentlichen ideologischen Kampf auszutragen und vor allem dann, wenn ideologische und politische Kompromisse eingegangen wurden, diese offen und ehrlich vor der Partei und den werktätigen und ausgebeuteten Massen zur Diskussion zu stellen, zu erläutern, worin sie bestehen und warum sie eingegangen werden mußten. War es

[361] Siehe ausführlich Anhang 12, S. 649 ff.

zum Beispiel unmöglich, bestimmte kommunistische Positionen im Maximalprogramm zu verankern, ja setzten sich falsche sozialdemokratische Positionen durch, so mußte dies offen und ehrlich zugegeben werden.

- Die Analyse der Vereinigung der KPD mit dem linken Flügel der USPD 1919 zeigte, daß es darum ging, vor und vor allem auch nach der Vereinigung einen tiefgehenden ideologischen Kampf gegen die sozialdemokratischen Ideen innerhalb und außerhalb der KPD bzw. dann der SED zu führen, um den Sozialdemokratismus in der SED immer weitergehender zu vernichten im Kampf für die Schaffung einer wirklich revolutionären Kommunistischen Partei.

3. Die Verteidigung der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus vor allem gegen jegliche revisionistischen Verfälschungen und Verkürzungen und als Ausgangspunkt für die konkrete Analyse nach 1945

Für die KPD/SED war ein tiefgehendes Verständnis nötig, warum die Verteidigung der ***Prinzipien*** des wissenschaftlichen Kommunismus so wichtig war und ist.

Marx, Engels, Lenin und Stalin haben nicht nur die Gesetzmäßigkeiten und Prinzipien, die ganze Perspektive des Weltkommunismus herausgearbeitet, sondern sie haben auch stets einen erbitterten Kampf gegen alle Versuche der Revisionisten geführt, unter dem Motto der Ablehnung von jeglichem „Dogmatismus" die ***Grunderkenntnisse und Prinzipien*** ihrer Lehre anzugreifen und zu verwerfen. Das Leitmotto im Kampf gegen den Revisionismus hat Marx formuliert:

> **„man lasse sich auf keinen Prinzipienschacher ein ..."**
> (Marx: „Brief an Wilhelm Bracke vom 5. Mai 1875", veröffentlicht in „Kritik des Gothaer Programms", 1875, Marx/Engels Werke Band 19, S. 14)

Bei einem genauen Studium des gesamten Kampfes zwischen wissenschaftlichem Kommunismus und Revisionismus zeigt sich, wie

eng und untrennbar der Kampf zur Verteidigung der Theorie mit der Verteidigung des Konzentrats dieser Theorie, ihrer Ausgangspunkte und Schlußfolgerungen, ***der Prinzipien,*** verbunden ist.[362]

Dies gilt in doppelter Hinsicht:

Zum einen zeigen gerade die Klassiker, Marx, Engels, Lenin und Stalin, daß sie sich bei der Verteidigung der Theorie nicht in untergeordnete Details verlieren, sondern stets den Kampf zur Verteidigung der Theorie zuspitzen auf ***entscheidende Prüfsteine,*** eben auf die Prinzipien und zentralen Schlußfolgerungen.

Zum anderen aber wird klar, daß die Klassiker die von ihnen erarbeiteten Prinzipien ***nicht losgelöst*** von der gesamten Theorie, sondern eben als deren ***Konzentrat,*** als aus ihr abgeleitet und durch sie begründet verteidigten, als grundlegende Anleitung zum Handeln, als entscheidendes Mittel für die Verbindung von Theorie und Praxis.

Die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus sind keinesfalls Erfindungen begnadeter Persönlichkeiten, sondern Produkt gründlicher Analyse der Gesetzmäßigkeiten von Natur und Gesellschaft, die richtige Verallgemeinerung der Erfahrungen der Klassenkämpfe.[363] So hat Marx bestimmte Gesetzmäßigkeiten und Prinzipien

---

[362] Von besonderer Bedeutung für ein besseres Verständnis des Zusammenhangs zwischen kommunistischer Theorie und kommunistischen Prinzipien ist unserer Meinung nach die Betrachtung des Kampfes von Marx und Engels zur Verteidigung ihrer erstmals im „Manifest der Kommunistischen Partei" zusammengefaßt dargelegten Lehre. In der „Kritik des Gothaer Programms" wurden von Marx und Engels ein Vierteljahrhundert nach Erscheinen des „Manifests" in einem außerordentlich wichtigen und lehrreichen, vielfach unterschätzten Kampf mit beispielhafter Konsequenz die Theorie und Prinzipien des „Manifests" verteidigt (vgl. genauer dazu in: „Gegen die Strömung", Nr. 12, „Die Bedeutung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus im Kampf gegen den Revisionismus", September 1979, S. 8 ff.). Deshalb hätte das Studium und die Schulung gerade auch dieser Schriften ein Kern der kommunistischen Arbeit der KPD/SED bilden müssen.

[363] Engels sagte in diesem Sinn mit aller Deutlichkeit über die ***Entstehung*** der marxistischen Prinzipien:

„Die Prinzipien sind nicht der Ausgangspunkt der Untersuchung, sondern ihr Endergebnis. (...) Die Prinzipien sind nur insoweit richtig, als sie mit Natur und Geschichte stimmen."
(Engels: „Anti-Dühring", 1878, Marx/Engels Werke Band 20, S. 33)

erst nach langen Untersuchungen und durch genaue Analysen und durch die umfassende Auswertung der historischen Erfahrungen formuliert. Dies ist die Frage, welchen Charakter die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus haben und wie sie ***entstanden*** sind.

Die andere Frage besteht darin, daß die wissenschaftlichen Prinzipien, welche Gesetzmäßigkeiten widerspiegeln, die den Erscheinungen zugrunde liegen, als ***Ausgangspunkt*** und ***Werkzeug weiterer Erkenntnis*** benutzt werden müssen. Alle weiteren Untersuchungen können nur fruchtbar sein, wenn sie von der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus und ihren Prinzipien ausgehen und sich auf sie stützen. So oder so wird jeder, der nicht von der Theorie und den Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus ausgeht, die Wirklichkeit nicht tiefgehend, nicht ausgehend von ihren Gesetzmäßigkeiten, nicht in ihren inneren Zusammenhängen, also nicht richtig erkennen können.

Die zentrale, bei weitem dominierende, wirklich entscheidende Aufgabe im ideologischen Kampf war daher auch nach 1945 die Mißachtung und revisionistische Verfälschung der in sich geschlossenen Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus zu bekämpfen, die ***Prinzipienlosigkeit*** zu geißeln, also vor allem dem sozialdemokratischen Revisionismus, aber auch dem in der internationalen kommunistischen Bewegung direkt nach 1945 in Ansätzen schon aufkommenden modernen Revisionismus in allen seinen Schattierungen den schonungslosen Kampf anzusagen.

Auf dieser Basis ging es auch darum, sich das ***Verhältnis zwischen den allgemeingültigen Prinzipien und den besonderen Bedingungen*** klarzumachen. Hierbei war vor allem ein Aspekt besonders wichtig: daß die Prinzipien und die Besonderheiten miteinander verbunden sind, und zwar so, daß die Prinzipien nicht nur das verallgemeinerte Konzentrat der Erfahrungen der revolutionären Kämpfe aller Länder sind, sondern auch in den Besonderheiten des jeweiligen Landes existieren.[364]

---

[364] Mao Tse-tung hatte diese wechselseitige Verbundenheit ausführlich in seiner Schrift „Über den Widerspruch" von 1937 behandelt. Er schreibt zum Zusammenhang zwischen Allgemeinem und Besonderem und den daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen für die Analyse eines jeden Dinges:

Fortsetzung nächste Seite

Dieser Zusammenhang ist wichtig gegen Vorstellungen, die die allgemeingültigen Prinzipien von den Besonderheiten trennen, einen ausschließenden Gegensatz zwischen beiden konstruieren wollten, indem die Besonderheiten zu „grundlegend neuen Bedingungen" umgefälscht wurden, um die Prinzipien aufgrund dieser „neuen Bedingungen" als „ungültig" zu verwerfen.

Für die KPD/SED ergab sich die Aufgabe, die allgemeingültigen Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus herauszustellen, sie zu verteidigen und zu propagieren, denn es ist so, wie Lenin ausführt,

> **„daß jeder, der an spezielle Fragen herangeht, ohne vorher die allgemeinen gelöst zu haben, unweigerlich auf Schritt und Tritt, ohne sich dessen bewußt zu sein, über diese allgemeinen Fragen ‚stolpern' wird. Und wenn man in jedem einzelnen Falle blindlings über sie stolpert, so heißt das, seine Politik zu den schlimmsten Schwankungen und zur Prinzipienlosigkeit verurteilen."**
> (Lenin: „Die Stellung zu den bürgerlichen Parteien"; 1907, Werke Band 12, S. 492)

Die ***Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus*** mußten also der ***Ausgangspunkt*** sein, um die Besonderheiten in Deutschland wirklich analysieren und verstehen zu können. Denn nur durch die Lösung der besonderen Fragen, also der richtigen Analyse der besonderen Situation in Deutschland auf der Basis der Klarheit über die allgemeingültigen Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus konnte jene ***Verbindung von Allgemeinem und Besonderem*** hergestellt werden, die der wissenschaftliche Kommunismus als ***konkrete***

Fortsetzung der Fußnote

„Infolge der Tatsache, daß das Besondere mit dem Allgemeinen verbunden ist, daß jedem Ding nicht nur der besondere, sondern auch der allgemeine Charakter des Widerspruchs innewohnt, und daß die Allgemeinheit in der Besonderheit existiert, muß man beim Studium eines bestimmten Dinges diese beiden Aspekte und ihre wechselseitige Verbundenheit aufdecken, muß man das Besondere und das Allgemeine im Innern eines Dinges und die wechselseitige Verbundenheit dieser beiden Aspekte sowie den Zusammenhang zwischen dem betreffenden Ding und den zahlreichen anderen Dingen außerhalb seiner selbst aufdecken." (Mao Tse-tung: „Über den Widerspruch", 1937, „Ausgewählte Werke", Band I, S. 386)

Siehe hierzu: „Gegen die Strömung", Nr. 39, „Die revisionistischen Angriffe gegen die marxistisch-leninistische Philosophie zurückschlagen!", Dezember 1986, S. 37 ff.

Analyse bezeichnet. Lenin erklärte, wie diese Verbindung aussehen muß. Es geht um

> **„eine solche Anwendung der *grundlegenden* Prinzipien des Kommunismus (...), bei der diese Prinzipien *im einzelnen richtig modifiziert* und den nationalen und national-staatlichen Verschiedenheiten richtig angepaßt, auf sie richtig angewandt werden."**
> (Lenin: „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 79)

Die Aufgabe der kommunistischen Kräfte war also, im richtig geführten Kampf vor allem gegen ***die Gefahr der Revision der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus, aber auch gegen die Gefahr des Schematismus*** eine solche Anwendung der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus, wie sie Lenin forderte, vorzunehmen, um eine richtige kommunistische Politik durchzuführen[365] und den ***Kampf gegen*** den darniederliegenden, aber eben ***nicht zerschlagenen deutschen Imperialismus auf allen Gebieten aufzunehmen und den Kampf gegen die Bestandteile des Nazifaschismus konsequent zu Ende zu führen.***

---

[365] Daß diese richtige Anwendung keine leichte Aufgabe war, sondern Forschung, Studium und auch Klassengespür erforderte, macht Lenin einen Absatz weiter klar, wo er fordert,

„das national Besondere, das national Spezifische beim *konkreten* Herangehen eines jedes Landes an die Lösung der *einheitlichen* internationalen Aufgabe, (...) den Sturz der Bourgeoisie, an die Errichtung der Sowjetrepublik und der proletarischen Diktatur zu erforschen, zu studieren, herauszufinden, zu erraten und zu erfassen."
(Lenin: „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 79)

„Erraten" – das ist eben nur möglich, wenn die kommunistischen Kräfte Klassengespür bei der Analyse der besonderen Bedingungen beweisen, um auch versteckte, noch kaum wirkende Ursachen für zukünftige Entwicklungen erahnen und voraussehen zu können.

II. Die Vorbereitung der Vereinigung

1. Vorbereitende Beratungen und Konferenzen

a) Änderung der Position des ZK der KPD zum Zeitpunkt und zur Linie der Vereinigung

Nach Veröffentlichung des Aufrufs des ZK der KPD im Juni 1945 begannen Vertreter von KPD und SPD verstärkt, gemeinsam an der Vereinigung zu arbeiten. Von Anfang an gab es jedoch auch Aktionen und Vorstöße gegen eine Vereinigung, die von den reaktionären Kräften der Sozialdemokratie unter Führung Schumachers initiiert wurden. Im folgenden geht es nicht darum, eine vollständige Chronologie der Vorgeschichte der Vereinigung zu schildern. Vielmehr werden wir einige wichtige Einschnitte kurz darlegen.

Bereits am 19. Juni, also neun Tage nach Erlaß des SMAD-Befehls Nr. 2, der die Tätigkeit antifaschistisch-demokratischer Parteien in der SBZ förderte, trafen sich Vertreter von KPD und SPD zu einer ersten gemeinsamen Beratung und beschlossen die Bildung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses. Dieser Ausschuß legte unter anderem folgende Aufgaben fest: enge Zusammenarbeit beim Aufbau des antinazistisch-demokratischen Deutschlands, Bildung eines Blocks der antinazistisch-demokratischen Parteien, Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen beider Parteien, gemeinsame Beratungen zur Klärung ideologischer Fragen.

Von Seiten der SPD trat der SPD-Zentralausschuß schon im Juni 1945 für eine möglichst baldige Vereinigung von SPD und KPD ein. Ulbricht erklärte hingegen im gleichen Monat, daß und warum das ZK der KPD gegen eine sofortige Vereinigung war:

> „Von den Vertretern des Zentralausschusses der SPD wurde die Meinung geäußert, daß möglichst bald der Zusammenschluß der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei zu einer einheitlichen Partei der Arbeiterklasse herbeigeführt werden sollte. Wir haben dazu erklärt, daß wir überzeugt sind, daß durch die getroffene Vereinbarung und durch die Zusammenarbeit beider Organisationen die Voraussetzungen für die Vereinigung geschaffen werden.
>
> Die Voraussetzung für eine einheitliche Partei neuen Typus ist jedoch nicht nur die Herbeiführung einer engen Aktionsgemeinschaft, sondern auch die wissenschaftliche Erkenntnis der fortgeschrittensten Kräfte der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes über den Sozialismus in der Sowjetunion und über die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus. (...)
>
> Wir begrüßen es deshalb, daß in der Vereinbarung zwischen dem Zentralausschuß der SPD und dem Zentralkomitee der KPD gemeinsame Beratungen zur Klärung ideologischer Fragen vorgesehen sind."[366]

Die Linie des ZK der KPD zu diesem Zeitpunkt war also, daß es in erster Linie darum gehen mußte, die ideologischen Differenzen zwischen KPD und SPD in den prinzipiellen Fragen der Revolution zu klären, um eine gemeinsame revolutionäre ideologische Basis zu schaffen. Die sicherlich richtige Einschätzung der Führung der KPD war, daß diese Voraussetzung noch nicht vorhanden waren, sondern erst geschaffen werden mußte.

Am 12. August 1945 wurde vom Block der antifaschistischen Parteien, in dem die KPD die Führung innehatte und dem auch die SPD angehörte, ausdrücklich das Potsdamer Abkommen begrüßt und erklärt, daß die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens Grundlage des antifaschistisch-demokratischen Kampfes der KPD und SPD sind.

---

[366] Ulbricht: „Das Programm der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Rede auf der ersten Funktionärskonferenz der KPD Groß-Berlin", 25.6.1945, in: Ulbricht: „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Band II, S. 438/439.

Damit war indirekt klar, daß diese Beschlüsse auch Grundlage des Minimalprogramms der Vereinigungspartei sein mußten.[367]

Vom 5. bis 7. Oktober 1945 fand in Wenningen bei Hannover eine Konferenz der SPD für die britische Besatzungszone statt, an der auch Vertreter des Zentralausschusses der SPD teilnahmen. Auf dieser Konferenz bestritten die reaktionären Kräfte der SPD unter Leitung Schumachers die Legitimation des Zentralausschusses als Leitung der SPD für ganz Deutschland und behaupteten, seine Zuständigkeit sei auf das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone beschränkt.[368] Den reaktionären Kräfte in der SPD gelang damit ein weiterer Schritt bei der Sabotage der Vereinigung der KPD und SPD im Westen Deutschlands. Anfang Januar 1946 wurden für die britische und amerikanische Besatzungszone Bezirksleiterkonferenzen der SPD einberufen, auf denen beschlossen wurde, die Zusammenarbeit mit der KPD abzulehnen, die Beschlüsse des Zentralausschusses der SPD für die Westzonen Deutschlands wurden als nicht bindend erklärt sowie die Führung der SPD im Westen Deutschlands der Leitung Schumachers unterstellt.[369] Auf der Konferenz in Frankfurt am Main Ende Februar 1946 wurde auf Betreiben Schumachers beschlossen, daß alle, die der Teilnahme zum Parteitag der SPD in Berlin durch die Einladung des Zentralausschusses folgen wollen, aus der SPD ausgeschlossen sind.[370] Damit war faktisch der Sieg der reaktionären Kräfte in der SPD in den Westzonen besiegelt und somit die Vereinigung mit der KPD im Westen Deutschlands sabotiert.

Mittlerweile hatte die KPD im Hinblick auf die Vereinigung mit der SPD einen etwas anderen Akzent gesetzt. Im November 1945 änderte das ZK der KPD seine Position zum Zeitpunkt der Vereinigung. Nun war die Rede von einer Vereinigung, die „so bald als möglich" stattfinden sollte. „Bald" war, wie sich zeigen sollte, vor allem im Sinne von „schnell" gemeint, denn von nun an ging es Schlag auf Schlag: Bereits im Dezember 1945 wurde die erste ge-

---

[367] Vgl. „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 90/91.

[368] Vgl. ebenda, Vorwort S. *39.

[369] Ebenda, Vorwort S. *43.

[370] Ebenda, S. 522.

meinsame Konferenz von KPD und SPD abgehalten, im Februar 1946 erschien die erste Nummer der „Einheit" („Monatsschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei"), und im April 1946 fand schließlich der Vereinigungsparteitag von KPD und SPD statt.

Bewußt war aber auch, daß diese Vereinigung auch in der SBZ nur im Kampf gegen den reaktionären Teil der SPD und den Sozialdemokratismus möglich war.

Auf den erweiterten Sitzungen des ZK der KPD am 19. und 20. 11. 1945 wurde berichtet, daß Sozialdemokraten Versammlungen gestört hätten, auf denen Gewerkschaftsdelegierte gewählt werden sollten: „sie sind mit Sprechchören aufgetreten und haben unsere Genossen überhaupt nicht sprechen lassen."[371] Es wurde auch versucht, die Ursachen für die zunehmend feindliche Haltung von Teilen der SPD zu analysieren.[372]

---

[371] „Protokoll der erweiterten Sitzung des ZK der KPD", 19./20. 11. 1945, in: Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 2, S. 260.

[372] Fugger sieht in seinem Beitrag auf der ZK-Sitzung eine Ursache für die feindliche Haltung von Teilen der SPD zur Vereinigung darin, daß vor allem alte SPD-Mitglieder, die schon von vor 1933 Mitglied waren, ihre Felle davonschwimmen sehen, wenn es zur Einheit kommen sollte:

„Die Ursachen müssen also woanders (nicht bei den Massen, A. d. V.) liegen. Es ist schon erwähnt worden: Einwirkungen von außen, Spekulationen auf den kommenden Wahlkampf. Richtig! Ich glaube aber, ein wichtiges Moment liegt bei den sozialdemokratischen Führern und jenen alten Funktionärsschichten, die von ihrem alten traditionellen Denken noch nicht loskommen, in der Furcht vor unserem Einfluß. Sie wissen, daß sie unserer Theorie unterlegen sind und bei der Schaffung einer einheitlichen Partei nicht nur theoretisch, sondern auch durch eine stärkere Entfaltung von Aktivität und Lebendigkeit bei uns so in den Hintergrund gedrängt werden, daß ihnen das neue politische Leben in einer neuen Partei höheren Typus von vornherein nicht gefällt. Sie haften noch so sehr an ihrer alten Tradition, daß sie die innere Spannkraft nicht mehr aufbringen, mit dem ganzen Plunder der Vergangenheit aufzuräumen und sich ganz bewußt neu zu orientieren. Das scheint mit ein wichtiger Grund für die Führer und für die oberen Funktionärsschichten zu sein, der sich in den nächsten Monaten für die – ich möchte sagen: in der Entwicklung zurückgebliebenen Schichten um so schlimmer auswirken wird. Dem stellen wir gegenüber – das zeigen ja auch alle Berichte, die wir bis jetzt gehört haben und die uns auch durchaus freudig stimmen – den wachsenden festen Willen zur Einheit unten." (Ebenda, S. 262)

Dahlem betont auf derselben Sitzung sehr richtig, daß der Kampf für die Vereinigung den Kampf zur Vernichtung des Sozialdemokratismus zur Grundlage haben muß:

> „Wir sind in unserem Verhältnis zur Sozialdemokratie in eine Krise gekommen, – eine Krise, die ganz natürlich ist und die zu erwarten war – und wir müssen uns darüber klar sein, daß die konsequente, schrittweise Annäherung, das enge Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten bis zur Erreichung des Zieles, der Vereinigung, ***ein ständiger Prozeß der Liquidierung aller Grundlagen der sozialdemokratischen Ideologie, des Sozialdemokratismus ist.***"[373]

Die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Sozialdemokratismus trat ganz kraß vor Augen, als Grotewohl in einer Rede Geschichtsfälschung betrieb und die angeblich positive Rolle der SPD von 1918 bis 1932 hervorhob. Die daraufhin von Pieck formulierte Kritik an den SPD-Konterrevolutionären der Weimarer Zeit löste in den Reihen der SPD große Empörung aus. Bezeichnenderweise wich die KPD-Führung auch hier wieder zurück vor der offenen und öffentlichen Kritik an der SPD und zog die bereits veröffentlichte Kritik Piecks wieder zurück.[374]

---

[373] Ebenda, S. 297/298, Hervorhebung RF.

Pieck betonte auf einer ZK-Sitzung der KPD richtig, daß es zwar nötig sei, „zeitweise gewisse Konzessionen" an die Sozialdemokratie zu machen, aber „***ohne faule Kompromisse und einen faulen Liberalismus zu machen***". („Protokoll der erweiterten Sitzung des ZK der KPD", 19./20. 11. 1945, in: Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 2, S. 352, Hervorhebung RF.)

[374] Grotewohls beschönigende Verdrehung der Geschichte der konterrevolutionären SPD von 1918 bis 1932 lautet wörtlich:

„Was die deutsche Sozialdemokratie von 1918 an, besonders von 1924 bis 1932 geschafft und geleistet hat, wird einst in den Blättern der politischen Geschichte mit Anerkennung verzeichnet werden. Was sie selbst 1932 an Not und Entbehrung der Arbeiterschaft zumutete, um das deutsche Volk über eine schwere politische und wirtschaftliche Krisenzeit hinwegzuführen, bewies eine Selbstverleugnung im Dienste des Ganzen, die in der Geschichte einst mit Achtung verzeichnet werden wird." (Ebenda, S. 668)

Vgl. auch den Abdruck der betreffenden Rede Grotewohls in: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders!", Rede Otto Grotewohls am 11. November 1945, eingel. v.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung der Fußnote

Andreas Malycha, in: „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung", 2/92, Berlin 1992, S. 173–175.

In einer Anmerkung in den von Benser u. a. (Hg.) 1993 veröffentlichten „Dokumenten zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 2, heißt es zur Empörung innerhalb der SPD und zur Zurücknahme der indirekten öffentlichen Kritik Piecks an der Beschönigung der Geschichte der SPD durch SPD-Führer wie Grotewohl:

„Die von der KPD an Führern der Sozialdemokratie wie Carl Severing, Gustav Noske und Paul Löbe geübte Kritik löste zahlreiche Äußerungen des Unmuts in den Reihen der SPD aus, die nicht zuletzt in gemeinsamen Veranstaltungen mit den Kommunisten artikuliert wurden. Eine zentrale Steuerung oder eine vom Zentralausschuß initiierte Kampagne ist jedoch nicht nachweisbar. Hingegen enthielt das an alle Kreisverbands- und Ortsvereins-Vorsitzende gerichtete Rundschreiben Nr. 18 des Landesvorstandes Thüringen der SPD vom 6. November 1945 eine offizielle Zurückweisung der Kritik der KPD an den genannten sozialdemokratischen Führern. Dies war vermutlich dadurch ausgelöst worden, daß die Bezirksleitung der KPD in einer Sondernummer ihres Informationsblattes ‚Der Funktionär' eine Rede abgedruckt hatte, die Wilhelm Pieck auf einer Funktionärskonferenz am 14. Oktober 1945 in Erfurt gehalten hatte. Gegen diese Veröffentlichung seiner internen Rede hatte Wilhelm Pieck mit einem Schreiben an die Bezirksleitung Thüringen der KPD vom 13. November 1945 scharf protestiert. Er forderte das Einziehen beziehungsweise die Nichtweiterverbreitung dieser Sondernummer. Die von Wilhelm Pieck geäußerte Kritik lautete: ‚Wir werden ruhig und sachlich feststellen, daß solche Führer der Sozialdemokraten wie Severing oder Noske (pfui!) nicht wiederkommen dürfen. Das dient nicht der Einigung der Arbeiterklasse. Diese Herren stehen nicht und können nicht im Dienste der Einheitsfront stehen.' Die auf einer öffentlichen Kundgebung in Erfurt gehaltene Rede Wilhelm Piecks, die am 15. Oktober 1945 in der Thüringer Volkszeitung veröffentlicht wurde, enthielt hingegen solche Polemik nicht." (Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 2, S. 653.)

Später entschuldigte sich Pieck sogar noch für diese Kritik bei der SPD-Führung. In der gemeinsamen Konferenz des ZK der KPD und des Zentralausschusses der SPD mit den Vertretern der Bezirke am 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin erklärte Pieck in seinem Redebeitrag, daß seine Äußerungen gegen seinen Willen veröffentlicht worden seien und daß er nicht wolle, daß diese Äußerungen irgendeine Rolle spielen (siehe „Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946", Berlin 1990, S. 141).

b) Zur ersten gemeinsamen Konferenz des ZK der KPD und des ZA der SPD am 20. und 21. Dezember 1945

Entsprechend der Orientierung der KPD auf eine baldmögliche Vereinigung traten am 20. und 21. Dezember 1945 das Zentralkomitee der KPD und der Zentralausschuß der SPD mit den Vertretern beider Parteien aus den Bezirken zu einer gemeinsamen Tagung zusammen,[375] die als erste „Sechziger-Konferenz" in die Geschichte einging, weil jeweils dreißig Vertreter von KPD und SPD daran teilnahmen.

Beide Seiten, KPD und SPD, legten als Diskussionsgrundlage einen Entwurf für ein Programm vor. Eine genaue Analyse der verschiedenen Entwürfe sowie der dann verabschiedeten Fassung und auch ein Studium der Konferenzprotokolle lohnt sich. Die folgende Analyse versucht insbesondere hervorzuheben, was an richtigen Positionen herausoperiert wurde.

In dem von der KPD vorgelegten Programmentwurf[376] wird einleitend nicht auf die „Katastrophen-Terminologie" zurückgegriffen. Darin ist er besser als der Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945.

Die Junker werden als „eine der Hauptbastionen der Reaktion" bezeichnet, als „tiefste Wurzeln des Faschismus und des imperialistischen Krieges" wird jedoch die „Macht der Trusts, Konzerne und Kartelle" benannt. Betont wird, daß in Nürnberg nur die Hauptkriegsverbrecher angeklagt sind: „Die Zahl ihrer aktiven Mitverbrecher aber ist groß, und ihnen ist das Handwerk noch nicht gelegt." Zusätzlich wird zu Recht darauf hingewiesen, daß

> „auch die Einflüsse und Traditionen des Militarismus, des wilden Chauvinismus, der Völker- und Rassenhetze, die in Deutschland so

---

[375] „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 41.

[376] Vgl. „Entschließung der gemeinsamen Sitzung des ZK der KPD und des ZA der SPD mit den Vertretern der Bezirke am 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin (Entwurf der KPD)", in: „Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?", S. 40–48.

tiefe Wurzeln geschlagen hatten und beileibe noch nicht überwunden sind."[377]

Im Gegensatz zum Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945 spricht der Entwurf nicht von „nationaler Existenz", die der Hitlerfaschismus aufs Spiel gesetzt habe, sondern von der „nationalen Einheit" – was ja so falsch nicht ist, wie die nachfolgende Teilung Deutschlands zeigte.

Im Maximalprogramm wird die Diktatur des Proletariats nicht direkt genannt, sondern als „politische Herrschaft der Arbeiterklasse" im Sinne des „Manifests der Kommunistischen Partei" von Marx und Engels umschrieben, eindeutig klar wird jedoch die „restlose Zerschlagung des alten staatlichen Machtapparates" gefordert. Auf dieser Grundlage wird nun lediglich von einer Möglichkeit gesprochen, „besondere und neue Form des Übergangs zur politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und zum Sozialismus" zu schaffen. Ausdrücklich wird die „Idee des proletarischen Internationalismus" allgemein und in bezug auf die Sowjetunion als Grundlage dafür betont, „jedwede Äußerung des Chauvinismus, der Rassen- und Völkerhetze wie der Hetze gegen die Sowjetunion energisch zu bekämpfen." Abschließend heißt es: „Die Morgenröte einer neuen Zeit bricht an!"

Im großen und ganzen ist der Entwurf der KPD so durchformuliert, daß nichts direkt Falsches enthalten ist. Jedoch bleibt kritisch anzumerken, daß vom „Zusammenbruch des Hitlerregimes" die Rede ist und im Widerspruch zu anderen Passagen an einer Stelle zu euphorisch behauptet wird: „Dank der Aktionseinheit sind die neue Verwaltung und ihre Organe im Grundlegenden von den nazistischen Elementen gereinigt. Von oben bis unten sind neue Menschen herangezogen worden." Darüber hinaus enthält der Entwurf zur Spaltung der Arbeiterbewegung Leerstellen, bleibt allgemein, der Kommunismus als Endziel wird nicht benannt, der Leninismus nicht benannt. Dies soll hier lediglich festgehalten werden.

Für die erste Sechziger-Konferenz legte auch die SPD eine Beratungsgrundlage vor. Sie geht einleitend davon aus, daß durch die Schuld des Nazifaschismus „das deutsche Volk seine Souveränität verloren hat" und spricht von der „Selbsterziehung seiner Bürger". In

[377] Ebenda, S. 43.

einem Forderungskatalog von sieben Punkten lauten die ersten beiden Punkte:

> „1. Unter die ***Vergangenheit*** wird ein Schlußstrich gezogen. Vorwürfe aus der Vergangenheit dürfen nicht mehr erhoben werden.
>
> 2. Das Selbstbewußtsein der einzelnen Parteien und Mitgliedschaften muß auch durch ***Respektierung*** der Traditionen der Parteien und früher führender Persönlichkeiten gewährt werden."[378]

Mit dieser Schlußstrich-Mentalität war ganz klar jegliche selbstkritische Analyse ausgeschlossen. Nebulös heißt es unter Punkt 5:

> „Über die ***Aufnahme früherer Nazisten*** in die Parteien und die dafür maßgebenden Gründe haben die Bezirke sich gegenseitig zu verständigen."[379]

Die Beratungsgrundlage der SPD bleibt ansonsten ungreifbar und schwammig.

Neben den beiden Entwürfen ist auch ein Studium der Diskussionsprotokolle der Konferenz aufschlußreich. Deutlich wird, welchen Druck die SPD ausübte. Ihre zentrale Methode war es, die KPD als Werkzeug der SMAD darzustellen und zu jammern, daß die SMAD die KPD gegenüber der SPD bevorzugt habe. In zehn Punkten wurde derartiges Mißtrauen gegenüber der KPD formuliert.[380]

Taktisch wurde von der SPD zunächst die separate Einheit mit der KPD in der SBZ abgelehnt mit dem Argument, daß „wir zu einer Einheit der deutschen Arbeiterklasse unmöglich kommen können, wenn wir diese Einheit zuerst in der sowjetrussischen Besatzungszone schaffen."[381] Pieck warnte vor getrennter Teilnahme an Wahlen mit Verweis auf das schlechte Abschneiden der Kommunisten bei

---

[378] „Die Einheit der Arbeiterklasse. Um die zukünftige Freiheit und Einheit des deutschen Volkes. (Beratungsgrundlage der SPD)", ebenda, S. 51.

[379] Ebenda, S. 51.

[380] „Stenographische Niederschrift über die gemeinsame Konferenz des ZK der KPD und des ZA der SPD mit den Vertretern der Bezirke am 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin", ebenda, S. 67.

[381] Redebeitrag Grotewohls, ebenda, S. 72.

den Wahlen in Österreich.[382] Pieck betonte ausdrücklich, daß auch die Betriebe, die in der Hand der Selbstverwaltungsorgane überführt worden sind „noch keineswegs die Macht der Arbeiterklasse" darstellen.[383] Dahlem berichtet in einem Beitrag, daß die Behörden in der US-Besatzungszone bei den Gemeindewahlen vom 27. Januar 1946 nicht nur erklärten Anhängern der Nazis das Wahlrecht entzogen haben, sondern auch allen „Amtsträgern, Führern und Unterführern der SA, HJ, BDM und anderen Nazigliederungen" sowie allen ehemaligen Parteimitgliedern der NSDAP, die vor dem 1. Mai 1933 beigetreten sind oder sich als „aktive Nazis" betätigt haben sowie allen Mitgliedern der SS.[384] Diese positive und weitgehende Maßnahme in der US-amerikanischen Besatzungszone wurde zwar zur Kenntnis genommen, aber nicht diskutiert oder als Anregung für die Diskussion der Behandlung der Nazis in der SBZ aufgefaßt.[385]

In taktischer Hinsicht war das reale Problem, daß SPD-Vertreter ahnten, daß nach der Vereinigung in der SBZ eine Vereinigung im Westen nicht zustande kommen würde. So fragte der SPD-Delegierte Schmidt: „Meint ihr nicht, daß die Genossen im Westen sich dann erst recht dagegen aufbäumen?"[386] Vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung ist folgender Dialog auf der Konferenz bezeichnend. Der SPD-Delegierte Klingelhöfer warf die Frage auf, was die Sowjetunion sagen wird, wenn die Einheit in der Sowjetzone das praktische Ergebnis haben würde, daß die Einheit in Deutschland unmöglich werden würde. Darauf verzeichnet das Protokoll den Zuruf: „Das

---

[382] Redebeitrag Piecks, ebenda, S. 78. Die ÖVP hatte 85 Abgeordnete, die SPÖ und die KPÖ nur 4 Abgeordnete.

[383] Redebeitrag Piecks, ebenda, S. 82.

[384] Redebeitrag Dahlems, ebenda, S. 88.

[385] Statt dessen beschloß die Reichskonferenz der KPD einen Monat später, daß u. a. „untere Funktionäre" der HJ und des BDM sogar KPD-Mitglied werden können (vgl. Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 3, S. 371).

[386] „Stenographische Niederschrift über die gemeinsame Konferenz des ZK der KPD und des ZA der SPD mit den Vertretern der Bezirke am 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin", in: „Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?", S. 117.

gibt es gar nicht!“[387] Das reale Problem der von den westlichen Alliierten betriebenen Vorbereitung der Teilung Deutschlands als „logische Folge“ fortschrittlicher Entwicklungen in der SBZ wurde im Grunde nicht ernsthaft diskutiert.

Interessant in den Protokollen ist noch Piecks Entschuldigung, daß seine Kritik an SPD-Konterrevolutionären der Weimarer Zeit veröffentlicht wurde. Er akzeptierte so die von der SPD geforderte Schlußstrich-Mentalität.[388]

Die Entschließung, die dann veröffentlicht wurde, richtete sich weitgehend nach dem Vorschlag der KPD und wurde nicht inhaltlich verändert. Beschlossen wurde außerdem der weitere Ausbau der Aktionseinheit, die Schaffung gemeinsamer Ausschüsse, einer gemeinsamen theoretischen Zeitschrift, der „Einheit“, die der ideologischen Vorbereitung der Vereinigung dienen sollte, sowie die Entfaltung einer gemeinsamen Zirkel- und Schulungstätigkeit“.[389]

Theoretische Grundlage bei der Ausarbeitung der programmatischen Grundlagen der Partei und der gemeinsamen Schulungsarbeit sollte das „Manifest der Kommunistischen Partei“ (1848), die „Kritik des Gothaer Programms“ (1875) von Marx und Engels sowie das Eisenacher Programm der SPD von 1869 sein:

> „***im Maximum*** soll das Programm die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der Ausübung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse im Sinne der Lehren des konsequenten Marxismus sein, wie sie im ‚Kommunistischen Manifest‘, im Eisenacher Programm der deutschen Sozialdemokratie und in der Kritik von Marx und Engels zum Gothaer Programm festgelegt sind.“[390]

---

[387] Ebenda, S. 125.

[388] Ebenda, S. 141.

[389] „Entschließung der gemeinsamen Konferenz des ZK der KPD und des ZA der SPD mit Vertretern der Bezirke am 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin“, ebenda, S. 146–163.

[390] Ebenda, S. 161.

So positiv der Bezug auf die „Kritik des Gothaer Programms" und das „Manifests der Kommunistischen Partei" ist,[391] so falsch ist es, daß behauptet wird, das Eisenacher Programm sei „konsequenter Marxismus" in der Frage der „Ausübung der politischen Herrschaft des Proletariats". Denn gerade dort steht kein Wort zur Diktatur des Proletariats, ja dort wird die opportunistische Formel vom „freien Volksstaat" benutzt, den es zu errichten gelte.[392] Eine ähnliche Formel vom „freien Staat" kritisiert Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programms" ausdrücklich und setzt ihr die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats bis zum Kommunismus entgegen. Deutlich wird hier, daß die Methode der Vermengung von richtigen und falschen Positionen im Grunde nur ein Einfallstor dafür öffnet, daß schließlich, wie wir noch sehen werden, die falschen Positionen durchgesetzt werden können.

c) Zur zweiten gemeinsamen Konferenz des ZK der KPD und des ZA der SPD am 26. Februar 1946

Am 26. Februar 1946 wurde die zweite „Sechziger-Konferenz" des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD mit Vertretern der Bezirke einberufen. Auf dieser Konferenz wurde nicht nur der Termin für den Vereinigungsparteitag (21. und 22. April 1946) festgelegt, sondern auch die Entwürfe der „Grundsätze und Ziele" und des Statuts der SED zur Diskussion gestellt und gebil-

---

[391] Das „Manifest der Kommunistischen Partei" enthält bereits indirekt der Sache nach und in allgemeiner Form die Idee der Diktatur des Proletariats, wie Lenin in „Staat und Revolution" herausgearbeitet hat (vgl. Lenin: „Staat und Revolution", 1918, Werke Band 25, S. 414). In der rund 25 Jahren später verfaßten „Kritik des Gothaer Programms" ist die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats bis zum Kommunismus programmatisch festgelegt (vgl. Marx: „Kritik des Gothaer Programms", Marx/Engels Werke Band 17, S. 28).

[392] Vgl. Marx: „Kritik des Gothaer Programms", Marx/Engels Werke Band 17, S. 24 ff.

ligt.[393] Vorgelegt wurde von der KPD die „Erklärung über: Die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei"[394] und von der SPD „Die Prinzipien der Sozialistischen Partei Deutschlands".[395]

Zunächst ist in den Einleitungen beider Erklärungen die „Katastrophen-Terminologie" zur Charakterisierung der Situation nach dem 8. Mai 1945 fast identisch; die Rede ist von „Trümmerfeld" „Katastrophe", „Unglück" sowie davon, daß „von allen Schichten die größten Leiden (...) die deutsche Arbeiterklasse" zu erdulden habe.

Die SPD erklärt, sie „kämpft auf dem Boden der demokratischen Republik um die Macht im Staat. Die Sozialistische Partei wird zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt."[396] Unter Punkt 1 der Gegenwartsforderungen ist – im Unterschied zum Entwurf der KPD – die „Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung" enthalten.[397]

Die KPD legte einen aus acht Abschnitten bestehenden Entwurf vor. Darin wird auf die Frage der Wiedergutmachung nicht eingegangen. Nach einer schlechten Einleitung (unter anderem wird als falsches Argument für die führende Rolle der Arbeiterklasse angeführt, daß diese die „größten Leiden" erfahren habe und die Führung übernehmen müsse, „denn sie ist die Mehrheit des Volkes"[398]) wird systematisch in den Abschnitten II, III und IV Lenins Theorie über den Imperialismus und die Ursachen der Spaltung der Arbeiterbewegung richtig dargelegt, die Epoche der proletarischen Revolution betont, die Besonderheiten Deutschlands recht genau herausgearbeitet und „ein Teil der sozialdemokratischen Führer" wegen der Propa-

---

[393] Vgl. „Grundsätze und Ziele der SED (Beschlußentwurf der zweiten Sechziger-Konferenz)", S. 262 ff. und „Parteistatut der SED (Beschlußentwurf der zweiten Sechziger-Konferenz)", S. 268 ff., in: „Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?".

[394] „Erklärung über: Die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei", ebenda, S. 175 ff.

[395] „Die Prinzipien der Sozialistischen Partei Deutschlands", ebenda, S. 187 ff.

[396] Ebenda, S. 188.

[397] Ebenda, S. 189.

[398] „Erklärung über: Die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei", ebenda, S. 175.

gierung einer angeblichen Möglichkeit des „friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus“[399] kritisiert.

Abschnitt VI geht vom „wütenden Widerstand der Bourgeoisie gegen die Schaffung sozialistischer Produktionsweise“ aus. Daraus wird lediglich defensiv die Notwendigkeit der „politischen Herrschaft der Arbeiterklasse“ abgeleitet, „um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen und die sozialistische Entwicklung zu gewährleisten“. Diese Entwicklung sei, so der Entwurf, vorzugsweise mit „Mitteln der Demokratie“, also auf friedlichem Weg möglich, „gewaltsame Mittel“, also die Anwendung revolutionärer Gewalt, solle hingegen nur als Antwort auf die reaktionäre Gewalt der herrschenden Klasse angewendet werden.

Betont wird, daß die Arbeiterklasse der Sowjetunion „den sozialistischen Staat geschaffen und die sozialistische Planwirtschaft verwirklicht hat“.[400]

In Abschnitt VII wird richtig betont, daß die SED ihre Ziele nur im „unerbittlichen Klassenkampf“ erreichen kann und deshalb eine „festgefügte Kampfpartei“ sein muß, die auf dem Boden des „Leninismus“ steht.[401]

Im letzten Abschnitt wird dann im Zusammenhang mit der Verwischung der jeweiligen Interessen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen falsch der Sozialismus als „Endziel“ deklariert und nationalistisch und klassenunspezifisch „Wohlstand in Glück und Freiheit für unser ganzes deutsches Volk“ als Ziel formuliert.[402]

Die Besonderheiten dieses letztlich dann radikal zusammengekürzten Entwurfes ist, daß er über die Leninsche Imperialismustheorie und die Besonderheiten Deutschlands hervorragende Passagen enthält. Allerdings sind darin auch die bekannten falschen Grundthesen vom friedlichen Weg „mit den Mitteln der Demokratie“, von der Anwendung „gewaltsamer Mittel“ lediglich als Defensivmaßnahme

---

[399] Ebenda, S. 179.

[400] Vgl. ebenda, S. 182/183.

[401] Ebenda, S. 183/184.

[402] Ebenda, S. 184 ff.

festgeschrieben, obgleich diese Passagen differenzierter und argumentativer sind als andere ähnliche Passagen, wie sie dann auf dem Gründungsparteitag angenommen wurden. Die Diktatur des Proletariats wurde wegoperiert und statt dem Endziel Kommunismus wird ein „sozialistisches Endziel" proklamiert.

An den Protokollen der zweiten Sechziger-Konferenz wird deutlich, daß wenig kontroverse Debatten geführt wurden. Jedoch sind in einigen Redebeiträge falsche Positionen mit nationalistischem Ton erkennbar.

Falsch war beispielsweise die nationalistische Polemik gegen die „Internationalisierung des Ruhrgebiets". Dies bedeute, so wurde gesagt, „dem deutschen Volk die Verfügungsmöglichkeit über die Bodenschätze des Ruhrgebiets und ihrer Verarbeitung zu nehmen und sie in fremde Hände zu überführen". Pieck stellt in einem Redebeitrag die ganz falsche Behauptung auf, „daß Deutschland ohne das Ruhrgebiet nicht leben kann".[403]

Pieck polemisiert mit Schieflage gegen Schumachers Position zur Wiedergutmachung und stellt ihn mit falschen Argumenten als „im Auftrag ausländischer Mächte" handelnd dar, weil dieser erklärt hatte: „Die deutsche Wiedergutmachung erfordert selbstverständlich die ökonomische Aktivierung des Ruhrgebietes für den Aufbau Europas."[404] Ganz gewiß hat Schumacher diese Position zur Wiedergutmachung nicht ohne reaktionäre Hintergedanken formuliert. Doch Pieck entlarvt nicht diese Hintergedanken, sondern kämpft mit seiner nationalistischen Polemik, wonach Deutschland angeblich „ohne das Ruhrgebiet nicht leben kann" faktisch gegen die zutiefst berechtigte Forderung der Wiedergutmachung an.

Bei der Erläuterung der „Grundsätze und Ziele" geht Pieck auf den „besonderen deutschen Weg" ein. Offenbar gab es daran Kritiken, denn er räumt ein:

---

[403] „Stenographische Niederschrift über die gemeinsame Konferenz des ZA der SPD und des ZK der KPD mit Bezirksvertretern zu Berlin am Dienstag, dem 26. 2. 1946", ebenda, S. 197.

[404] Ebenda, S. 198.

> „Wir sollen dabei nicht unterstreichen, daß darunter (unter „dem besonderen deutschen Weg" A. d. V.) die deutschen Menschen zu verstehen sind, wie das in Kulturkundgebungen geschehen ist, wo man von den ‚besonderen deutschen Menschen' gesprochen hat."[405]

Aus den Protokollen geht auch hervor, daß Pieck im Februar 1946 allen Ernstes die These vertrat, „daß auf dem Vereinigungsparteitag eine Reichspartei für das ganze Land geschaffen wird."[406] Verblüffend ist hier nicht nur die Verwendung des Begriffs „Reichspartei", sondern mehr noch die unrealistische Vorstellung, daß die Vereinigung zur SED nicht nur in der SBZ, sondern auch in den drei anderen, von den Westmächten besetzten Zonen gelingen könnte.

Bemerkenswert ist noch die Ausweitung der Bedingungen der Mitgliedschaft im Parteistatut. SPD-Vertreter Lehmann begründet ausdrücklich im Kommentar zu Paragraph 2 des Statuts, daß die Mitgliedschaft auch für jene gelten soll, die nicht an der Parteiorganisation direkt teilnehmen, sondern die, wie auch immer, „im Sinne" der Grundsätze und Ziele und der Beschlüsse der SED wirken. Dieser Punkt des Statuts wurde auf dem Gründungsparteitag dann abgeändert.[407]

Der Entwurf für die „Grundsätze und Ziele", der in der „Einheit", Nr. 2, vom März 1946 veröffentlicht wurde, hatte mit dem ursprünglichen Entwurf der KPD wenig zu tun. Die richtigen Passagen über den Imperialismus und die Spaltung der Arbeiterbewegung, den Leninismus, den unerbittlichen Klassenkampf und die Besonderheiten des deutschen Imperialismus wurden herausoperiert. Auch die Rolle der Arbeiterklasse wurde noch mehr zugunsten der „Werktätigen" zurückgenommen. Allerdings wurde die Wiedergutmachung entgegen dem KPD-Entwurf, wenn auch „als Last" begriffen, aufgenommen.

Auf dieser zweiten Sechziger-Konferenz im Februar 1946 wurden im Kern bereits gemeinsame Positionen von KPD und SPD der SBZ

---

[405] Ebenda, S. 207.

[406] Ebenda, S. 210.

[407] Ebenda, S. 213.

festgelegt, die dann im April 1946 auf dem Vereinigungsparteitag als bindende Grundlage für die SED verabschiedet wurden.

d) Fazit der Vorbereitungsphase

Die Orientierung auf eine beschleunigte Vereinigung im Dezember 1945 durch Pieck hatte vor allem zwei Gründe.

- Erstens verstärkten ab Ende 1945/Anfang 1946 die reaktionären Kräfte innerhalb der SPD ihre antikommunistische Tätigkeit. Die reaktionären Kräfte um Schumacher konnten, vor allem nach der Ernennung Schumachers zum Leiter der SPD in den Westzonen Deutschlands Anfang 1946, immer ungehinderter ihrer Propagandatätigkeit gegen den Kommunismus innerhalb der SPD im Westen Deutschlands durchführen. Je länger man also mit der Vereinigung wartete, desto größer wurde die Gefahr, daß die reaktionären Kräfte in der SPD viele SPD-Mitglieder, die ehrlich am Kommunismus interessiert waren, auf ihre Seite zogen.

- Zweitens spielten auch das überraschend schlechte Abschneiden der Kommunisten bei den Wahlen in Ungarn und Österreich (mit nur 17% bzw. 5%) und der KPD in Hessen, Baden und Bayern (unter 4%) eine Rolle für den Kurs der KPD auf eine schnellstmögliche Vereinigung, um bei anstehenden Wahlen in der SBZ möglichst gut abzuschneiden. Dieses Argument war nicht unwichtig, durfte aber keinesfalls dazu benutzt werden, unzulässige Kompromisse bei der Vereinigung zu rechtfertigen, weil ja angeblich nur so, durch einen Wahlsieg der Vereinigungspartei, die kommunistischen Kräfte weiter an der Regierung in der SBZ beteiligt werden konnten.

Im Dezember 1945 hat die KPD zusammen mit der SPD in zentralen Dokumenten die Formulierung in der „Kritik des Gothaer Programms" über die Diktatur des Proletariats als eine Grundlage des Maximalprogramms der zu schaffenden Vereinigungspartei erklärt. Im gleichen Atemzug wird dieser positive Ansatz jedoch durch die falsche Gleichsetzung des Eisenacher Programms mit der „Kritik des Gothaer Programms" verwässert, ja opportunistische Positionen des Eisenacher Programms werden als „konsequenter Marxismus" bezeichnet. Hier wird deutlich, daß die KPD in dieser Erklärung durch die Methode, Falsches mit Richtigem zu vermischen, ein Tor dafür öffnet, daß sich schließlich das Falsche durchsetzen kann, weil es

eben als richtig akzeptiert und nicht bekämpft wird. Die richtigen Ansätze, wie zum Beispiel die Anerkennung der Notwendigkeit eines Vernichtungskampfs gegen den Sozialdemokratismus als Grundlage des Kampfs um die Vereinigung, wird konkret nicht verwirklicht, im Gegenteil.

Die KPD und SPD erklärten zwar richtig, daß sie auf dem Boden des Potsdamer Abkommens kämpfen, doch hätte dies auch konsequent Grundlage ihres Minimalprogramms werden müssen.

Die Gründung der Einheitspartei von 1875 in Deutschland war in Form der Schulung der „Kritik des Gothaer Programms" Bestandteil der Debatte zwischen KPD und SPD. Es wird jedoch in keinem zentralen Dokument der KPD die Vereinigung von KPD und dem linken Flügel der USPD sowie die Vereinigung von Bolschewiki und Menschewiki in Rußland 1906 auch nur erwähnt.

Jedoch werden schon im Januar 1946 vom ZK der KPD die „Grundsätze und Ziele der SED" gebilligt, in denen die Diktatur des Proletariats gar nicht mehr auftaucht und wichtige Bestimmungen des Potsdamer Abkommens wegfielen, die noch im Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945 und im Aufruf des Blocks der antifaschistischen Parteien vom August 1945 enthalten waren, wie zum Beispiel die Anerkennung der Mitschuld der deutschen Bevölkerung an den Naziverbrechen.

2. Ideologische Vorbereitung der Vereinigung in den ersten Nummern der „Einheit"

Die ideologischen Debatten im Vorfeld der Vereinigung von KPD und SPD sind anhand verschiedener Publikationen nachzuverfolgen. Neben den Diskussionsbeiträgen aus den parteiinternen „Vortragsdispositionen"[408] ist hier die Zeitschrift „Einheit" hervorzuheben. Sie

[408] Siehe z. B. Anhang 13, „Vortragsdisposition" Nr. 5 (1946): „Der Weg zum Sozialismus (Zur Diskussion um das Maximalprogramm der Einheitspartei)", S. 658 ff.

verstand sich vor der Vereinigung als „Monatsschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei", nach der Vereinigung von KPD und SPD in der SBZ zur SED wurde die „Einheit" zum theoretischen Organ der SED.

Vor der Gründung der SED im April 1946 erschienen zwei Nummern der „Einheit": Nr. 1 im Februar 1946, Nr. 2 im März 1946. Beide Nummern dienten dazu, die Vereinigung ideologisch vorzubereiten. Die beiden Nummern der „Einheit" vor der Gründung der SED sind von größter Wichtigkeit, um den Hintergrund der Formulierungen des Gründungsparteitags der SED genauer verstehen zu können.

In der Nummer 1 sticht besonders der Artikel von Ackermann über den „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" hervor, der deshalb am ausführlichsten behandelt wird. Im Mittelpunkt unserer Kritik an den anderen Artikeln stehen nationalistische Formulierungen, die wir an anderer Stelle zusammengefaßt behandeln.[409]

In der Nummer 2 werden der Entwurf von „Grundsätze und Ziele der SED" und das Statut der SED zur Diskussion gestellt.

Zuerst setzen wir uns in unserer Kritik mit Piecks Unterstützung von Ackermanns Positionen zum „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" auseinander, die Pieck mit der an Demagogie grenzenden rhetorischen Fragestellung einleitet: „Sind wird nicht die schlimmsten Opportunisten?", um dies dann zu verneinen und dennoch gerade opportunistische Positionen Ackermanns zu verteidigen.

Dann richtet sich unsere Kritik vor allem gegen die Grundthese eines der damaligen sogenannten „Chefideologen", Fred Oelßner, der ausdrücklich in seinem Diskussionsbeitrag betonte, daß die Grundlage der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung nach der Bismarckschen Reichseinigung von 1871 gegenstandslos geworden sei und damit die eigentlichen Ursachen dieser Spaltung, die auch nach 1871 weiterwirkten, einfach wegwischt.

Im folgenden sollen wesentliche Passagen dieser beiden Nummern kurz analysiert werden, um das Niveau der theoretischen Diskussion

---

[409] Siehe Anmerkung 7: Ein sich durchziehender Kernfehler: Keine Kriegserklärung an den deutschen Nationalismus, S. 539 ff.

vor der Gründung der SED sowie die Kernfragen und Probleme herauszuarbeiten, die dann auch auf den Parteitagen der SPD und KPD sowie auf dem Vereinigungsparteitag auftauchten.

a) Die Debatte um Ackermanns opportunistische Begründung eines „besonderen deutschen Wegs zum Sozialismus"

Das richtungsweisende Dokument während der ideologischen Vorbereitungsphase auf die Vereinigung ist mit Sicherheit Anton Ackermanns Artikel „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?",[410] in dem er die theoretische Begründung für einen angeblich möglichen „friedlichen Weg" der Revolution in Deutschland, den sogenannten „besonderen deutschen Weg" liefert.

Im ersten Teil des Artikels referiert Ackermann relativ detailliert die Lehren von Marx über die Diktatur des Proletariats und gegen den friedlichen Weg des Hineinwachsens vom Kapitalismus in den Sozialismus. Ackermann teilt zunächst mit, daß er in allen wesentlichen Punkten den Artikel von Lehmann (SPD) teilt.[411] Was die ei-

---

[410] „Einheit. Monatszeitschrift zur Vorbereitung der SED", Februar 1946, Heft 1, S. 22–32. Im folgenden beziehen sich alle Seitenangaben auf diese Schrift, soweit nichts anderes angegeben.

[411] Helmut Lehmann, Mitglied der SPD, zitiert in seinem Artikel „Von der Demokratie zum Sozialismus" zunächst aus der „Kritik des Gothaer Programms" die Ausführungen von Marx über die Notwendigkeit der revolutionären Diktatur des Proletariats bis zum Kommunismus. („Einheit. Monatszeitschrift zur Vorbereitung der SED", Heft 1, Februar 1946, S. 20–22). Gleichzeitig fordert er jedoch den „Verzicht auf die Anwendung revolutionärer Mittel – solange die bürgerlichen Klassen sich der Eroberung der politischen Macht nicht mit Mitteln entgegenstellen, die die Grundgesetze der Demokratie verletzen" (S. 21) Der Artikel Lehmanns, der davon ausgeht, daß es möglich sei, daß die bürgerliche Klasse angesichts des Proletariats und seines Kampfes für die proletarische Revolution die Grundgesetze der Demokratie nicht verletzen würde oder nicht wenigstens Vorbereitungen dazu trifft, wenn ihre Macht in Gefahr gerät, ist bereits im Ansatz verfangen in den Thesen Ackermanns vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" und schürt Illusionen über die Bourgeoisie. Anstatt offensiv die Anwendung revolutionärer Mittel im Kampf gegen die Bourgeoisie zu fordern, um die Bourgeoisie wirklich besiegen und die Arbeiterklasse revolutionieren zu können,

Fortsetzung nächste Seite

gentliche Ausgangsfrage ist, wird von Ackermann sehr deutlich formuliert. Er will in diesem Artikel folgende Frage klären:

> „Kann die Arbeiterklasse auf dem demokratisch-parlamentarischen Weg oder nur auf dem Wege revolutionärer Gewaltanwendung in den Besitz der ganzen politischen Macht kommen?" (S. 23)

Dann weist er sehr ausführlich nach, warum Marx und warum Lenin für den Weg der revolutionären Gewaltanwendung eingetreten sind und warum die Oktoberrevolution diesen Weg bestätigt hat.

Die zentralen, von Lenin in „Staat und Revolution" systematisch ausgewerteten Passagen über die „Permanenzerklärung der Revolution", über die Anerkennung der Diktatur des Proletariats als Kern des Marxismus werden von Ackermann vorgestellt und wie folgt resümiert:

> „1. Gegenüber dem Gerede ‚vom Volksstaat' sieht Marx als den Staat, unter dem sich die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft, der Übergang zum Sozialismus vollzieht, die revolutionäre Diktatur des Proletariats an.
>
> 2. Das Programm einer Arbeiterpartei, das die grundlegende Forderung der proletarischen Diktatur nicht enthält und sich auf allgemeindemokratische Forderungen, wie allgemeines Wahlrecht usw. beschränkt, ist kein proletarisch-sozialistisches Programm, sondern bleibt im Rahmen der bürgerlichen Welt." (S. 25)

Ackermann betont, daß Engels auch für die demokratische Republik selbstverständlich vom „gewaltsamen Sprengen der Staatshülle" in seiner Kritik am Erfurter Programm der SPD von 1891 spricht (S. 26).

Ackermann behandelt recht ausführlich die Frage der bürgerlichen Wahlen und betont, daß sie nach Engels nur „Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse" sein können, und stellt heraus, daß die Bourgeoisie

---

Fortsetzung der Fußnote

macht Lehmann die Anwendung revolutionärer Mittel, also auch der revolutionären Gewalt, von der Haltung der Bourgeoisie abhängig.

> „niemals freiwillig und friedlich auf ihre Vormacht verzichtet, sondern zur Gewalt greift und das allgemeine Wahlrecht aufhebt, sobald es ihr gefährlich zu werden droht." (S. 28)

Und Ackermann zieht die Schlußfolgerung, allerdings mit einer folgenschweren Einschränkung:

> „Damit ist – wenn nicht ganz besondere Umstände vorliegen, – der Traum vom friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus ausgeträumt." (S. 28)

„Wenn nicht ganz besondere Umstände vorliegen" – mit dieser Formulierung wird die Tür für die Revision alles bisher Gesagten geöffnet. Die ganz besonderen Umstände, die Ackermann anführen wird, sind zwar Umstände dafür, daß es nicht zum Bürgerkrieg in der SBZ kommen mußte, aber ganz gewiß keine Umstände dafür, daß der „Traum vom friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus" verwirklicht werden könnte. Hier wird deutlich, daß von Ackermann in Kenntnis der grundlegenden Texte von Marx, Engels, Lenin und Stalin und der Bedeutung ganz präziser Formulierung bewußt Unschärfen eingebaut werden.

Zunächst stellt Ackermann aber noch richtig fest, welche Umstände zur Begründung für ein „friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus" nicht herhalten können:

> „Was darzulegen ich mich vor allem bemühte, das ist der Nachweis, daß auf gar keinen Fall das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus, durch den Aufbau von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe, die Beschränkung nur auf das Mittel des allgemeinen Wahlrechts den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus darstellen kann. Diese Auffassung wurde bereits von Marx und Engels theoretisch gründlich widerlegt und nicht minder praktisch durch die Tatsachen der nachfolgenden Entwicklung; besonders bei uns in Deutschland." (S. 29)

Im nächsten Abschnitt wendet sich Ackermann den historischen Beispielen zu, die von den Apologeten des „gewaltlosen Weges zum Sozialismus" verwendet werden. Erstens geht es um die Bemerkung von Marx und Engels über die Besonderheiten von England und Amerika gegenüber dem europäischen Kontinent Ende des 19. Jahrhunderts. Ackermann nennt diesen Weg in Staaten wie in Amerika zur Zeit von Marx und Engels, in dem kein besonderer reaktionärer Militärapparat vorhanden war, einen ***„relativ friedlichen Weg"***, ohne

Bürgerkrieg und ohne die Möglichkeit der terroristischen Niederwerfung der proletarischen Bewegung durch die Bourgeoisie (vgl. S. 29).

Das zweite, immer wieder bemühte Beispiel, ist die Phase der Doppelherrschaft nach der Februarrevolution von 1917 in Rußland. Die bürokratisch-reaktionäre Staatsmaschinerie war in der bewaffneten Februarrevolution funktionsunfähig, zum Teil zerschlagen, zum Teil paralysiert. Da sich in Form der Sowjets bereits Grundformen der Machtorgane des Proletariats herausgebildet hatten und das Proletariat bewaffnet war, gab es im Rahmen der nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Gesamtsituation tatsächlich für eine bestimmte Zeitspanne die Möglichkeit, die Revolution „friedlich", also gestützt auf die bewaffneten Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter, aber unter Vermeidung eines erneuten Bürgerkriegs, weiterzuführen. Ackermann geht zwar auch bei diesem historischen Beispiel selbst davon aus, daß die Errichtung der Diktatur des Proletariats notwendig ist für den Übergang zum Sozialismus, läßt aber offen, was er mit „friedlichem Übergang" nach dem Februar 1917 meint. Für Lenin und die Bolschewiki war klar, daß „friedlicher Übergang" eben nicht ein Übergang ohne Anwendung revolutionärer Gewalt bedeutete. Es ging lediglich um die Möglichkeit, auf der Basis der durch den Bürgerkrieg vom Februar 1917 geschaffenen Grundvoraussetzungen die Diktatur des Proletariats durch die bewaffnete Arbeiterklasse zu errichten, ohne daß ein erneuter Bürgerkrieg geführt werden mußte.[412]

Nach diesen historischen Darlegungen, in der schon einige Fallstricke ausgelegt sind, kommt Ackermann nun zum letzten, zweieinhalbseitigen Teil seines Artikels über die Situation in Deutschland. Auch hier verspricht der Artikel zunächst, sich dem entscheidenden Problem der Staatsmacht differenziert zu zuwenden, um diesen Ansatz dann aber rasch wieder zu verlassen. Zunächst heißt es:

> „Vor allem ist Deutschland ein besetztes Land. Die oberste Gewalt und den entscheidenden Machtfaktor stellt die Alliierte Militärverwaltung dar (...)." (S. 30)

Daraus folgert Ackermann:

---

[412] Siehe hierzu genauer den Abschnitt „Gegen alle Spielarten des revisionistischen ‚friedlichen Wegs' als Hauptgefahr kämpfen", „Rot Front", Nr. 2, Juli 1996, S. 290 ff.

> „Ob es die Möglichkeit geben wird, auf friedlichem Wege und ohne auf entgegenwirkende Faktoren zu stoßen, im Verlauf der weiteren Entwicklung von der demokratischen Erneuerung Deutschlands zur sozialistischen Umgestaltung weiterzugehen, hängt folglich zunächst von einem Faktor ab, der außerhalb des Einflusses der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung liegt. Aber damit können wir diese Seite der Frage verlassen (...)." (S. 30)

Gerade diese Seite der Frage eilig zu „verlassen" anstatt sie tiefgehend zu analysieren, ist falsch. Zum einen ist es eine wichtige Frage, ob militärische Faktoren gegen die sozialistische Revolution vorhanden sind, und die gab es in Gestalt der Armeen der westlichen Alliierten. Diese Faktoren müssen benannt und ernsthaft behandelt werden und dürfen bei der Analyse nicht „verlassen", das heißt umgangen und damit vertuscht werden. Zum anderen wird das dahinter stehende eigentliche Problem von Ackermann ebenfalls ausgeklammert, daß nämlich vom Charakter her unterschiedliche Besatzungsmächte die beiden großen Teile Deutschlands besetzt gehalten haben und in der SBZ eben keine imperialistisch-reaktionären Armeen standen, sondern die Streitkräfte der sozialistischen Sowjetunion die militärische Macht in der SBZ ausübten.

Ackermann folgert dann zunächst richtig, daß die reaktionäre deutsche Staatsmaschine auch ohne Aufstände der revolutionären Bewegung in Deutschland weitgehend zerschlagen wurde:

> „Aber die reaktionäre Staatsmaschinerie ist trotzdem weitgehend zerschlagen: nämlich durch die Gewalt der stärkeren Waffen der Alliierten, bzw. durch die Maßnahmen der alliierten Kontrollbehörden nach der Besetzung Deutschlands." (S. 30)

Ackermann schließt daraus dann, ohne die Situation in der SBZ genauestens von der Situation in den westlichen Besatzungszonen zu unterscheiden:

> „Entwickelt sich der neue demokratische Staat als ein neues Gewaltinstrument in den Händen reaktionärer Kräfte, so ist der friedliche Übergang zur sozialistischen Umgestaltung unmöglich. Entwickelt sich aber die antifaschistisch-demokratische Republik als ein Staat aller Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse, so ist der friedliche Weg zum Sozialismus durchaus möglich, insofern dann die Gewaltanwendung gegen den (übrigens vollkommen legalen, vollkommen gesetzmäßigen) Anspruch der Arbeiterklasse auf die ganze Macht unmöglich ist." (S. 30)

Diese Feststellung verkennt in bezug auf den Westen Deutschlands erstens die Tatsache, daß dort imperialistische Armeen stationiert waren und zweitens, daß der westdeutsche Staat kein demokratischer Staat war, weil Teile des alten reaktionären Staatsapparates des deutschen Imperialismus nicht wirklich zerstört waren bzw. wieder restauriert wurden. Insofern gab es in Westdeutschland natürlich Möglichkeiten für die reaktionären Kräfte, mit Gewalt gegen die Arbeiterklasse vorzugehen.

Auch in der SBZ gab es Möglichkeiten der Gewaltanwendung reaktionärer Kräfte, wenn auch nicht aus dem Kern des Staatsapparates heraus, sondern militärisch und geheimdienstlich von den reaktionären Kräften in der SBZ und Westdeutschlands. Die Vorstellung, daß ein demokratisch geführter Staat in der SBZ auf der Grundlage der bewaffneten Macht der sowjetischen Streitkräfte es der Reaktion unmöglich macht, gewaltsam vorzugehen, beinhaltet eine Unterschätzung der eigentlich notwendigen Bewaffnung der Arbeiterklasse, um die Reaktion wirklich niederhalten zu können. Dahinter steht der tiefgehende Fehler, daß die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, deren wesentliche Grundlage die bewaffnete Macht der Arbeiterklasse ist, nicht zum Ausgangspunkt bei der Frage des Übergangs zum Sozialismus in der SBZ genommen wird.

Über die Frage des Weges zum Sozialismus schreibt Ackermann dann weiter:

> „auf welchem Wege und in welchem Tempo Deutschland künftig zum Sozialismus schreiten wird, das hängt ausschließlich (!?) davon ab, in welchem Tempo jetzt die Einheitspartei verwirklicht wird!" (S. 31)

Nach dieser klar falschen These, wonach die Vereinigung von KPD und SPD in der SBZ angeblich der Garant dafür sei, daß ein „gewaltloser Weg zum Sozialismus" konkret ermöglicht würde, der aber gerade aus prinzipiellen Gründen unmöglich ist, kommt Ackermann nun zu seiner Grundthese eines „besonderen deutschen Wegs zum Sozialismus":

> „Ob die Arbeiterklasse vom gegenwärtigen Ausgangspunkt auf friedlichem Wege und unter Beschränkung auf rein gesetzliche Mittel in den Besitz der ganzen Macht kommen kann, darüber entscheiden die nächsten Wochen und Monate." (S. 31)

Ackermann konstruiert hier die Möglichkeit eines „parlamentarisch-gewaltlosen Weges zum Sozialismus" für ganz Deutschland – was besonders absurd ist angesichts der Besetzung des Westen Deutschlands durch imperialistische Armeen –, indem er behauptet, es gäbe die Möglichkeit, daß die Arbeiterklasse „unter Beschränkung auf rein gesetzliche Mittel in den Besitz der ganzen Macht kommen kann". In diesem „besonderen deutschen Weg" Ackermanns ist die Notwendigkeit der gewaltsamen Niederhaltung der Reaktion durch die bewaffnete Arbeiterklasse, durch Androhung von revolutionärer Gewalt, durch die gewaltsame Niederschlagung jeglicher Versuche der Anwendung reaktionärer Gewalt, eben die Diktatur des Proletariats als entscheidende Voraussetzung für den Übergang zum Sozialismus verschwunden.[413] Es ist deshalb natürlich auch kein Zufall, daß Ackermann die Diktatur des Proletariats in dieser Formulierung mit keinem Wort erwähnt, sondern durch die Formulierung „in den Besitz der ganzen Macht kommen" ersetzt, die an die Formulierung „Eroberung der politischen Macht" anknüpft, die Lenin als opportunistisches Zugeständnis kritisiert hat.

Ackermanns Fazit:

> „Dann wird der besondere deutsche Weg zum Sozialismus ein relativ leichter und friedlicher sein können." (S. 32)

Zusammenfassend soll nun versucht werden, ein Fazit der Fehler Ackermanns zu ziehen und positiv darzulegen, wie die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus über die gewaltsame proletarischen Revolution richtig auf die besonderen Bedingungen nach 1945 in Deutschland anzuwenden gewesen wären.

Ganz offensichtlich ist ein zentraler Fehler, daß Ackermann die grundlegende Besonderheit der Lage in Deutschland, die bedingt wurde durch die Anti-Hitler-Koalition, das heißt vom Charakter her prinzipiell verschiedene Besatzungsmächte, nicht differenziert unter-

---

[413] Ackermann stellt durch diese falsche theoretische Konstruktion auch die unbedingte Notwendigkeit der gewaltsamen Niederhaltung der nazistischen Kräfte in Frage, die gerade nicht nur beschränkt auf „rein gesetzliche Mittel" unterdrückt werden mußten und auch wurden, sondern eben mit Hilfe der Waffen der Sowjetarmee, mit Hilfe von Gefängnissen, antinazistischen Internierungslagern etc. niedergehalten wurden.

sucht und auswertet. Theoretisch ist der ausschlaggebende Fehler, daß von Ackermann die Frage der Notwendigkeit des Bürgerkrieges mit der Frage der Notwendigkeit der Anwendung revolutionärer Gewalt beim Übergang zum Sozialismus vermischt wird. Eine Grundlage dieses Fehlers ist die falsche Gleichsetzung von „friedlich" und „gewaltlos".

Besonders schwer wiegt auch, daß Ackermann in nationalistischer Manier es so hinstellt, als sei die Frage des Wegs zum Sozialismus in der SBZ ausschließlich abhängig von der Entstehung und Entwicklung der SED, also ein „Verdienst" der SED, anstatt die günstige Lage in der SBZ vor allem als Ergebnis der riesigen Opfer der Sowjetarmee im Kampf gegen die Nazis zu begreifen.

Auf drei Kernpunkte soll nun genauer eingegangen werden:

1. Ohne ***Diktatur des Proletariats*** ist ein Übergang zum Sozialismus unmöglich. Diktatur des Proletariats heißt eben Diktatur, weil sie auf jeden Fall mit revolutionärer Gewalt, mit Androhung von Waffengewalt, mit Androhung von Krieg gegen die Gewalt der Konterrevolution verbunden ist. Die Diktatur des Proletariats ist deshalb notwendig, weil die zwar darniederliegende, aber keinesfalls vernichtete deutsche Bourgeoisie, wie auch die Bourgeoisie in den übrigen Ländern, nicht freiwillig auf ihr Ausbeuterparadies verzichtet, auch und gerade wenn sie über keinen bewaffneten Gewaltapparat mehr verfügt. Nur durch die Anwendung revolutionärer Gewalt – auch nach der Zerschlagung des reaktionären Staatsapparates – durch die Diktatur des Proletariats, durch den sich immer weiter verschärfenden, auch gewaltsam geführten Klassenkampf kann die Bourgeoisie niedergehalten, kann verhindert werden, daß ihre Versuche zur Wiedereroberung ihres verlorenen „Paradieses" erfolgreich sind, kann schließlich die Bourgeoisie als Klasse vernichtet werden. Nur auf diesem ***revolutionären Weg*** kann der Sozialismus und Kommunismus errichtet werden.

Eine wertvolle Hilfe für dies Diskussion hätte das Programm der KPD von 1918 sein können. Dort wird dieser Punkt ganz hervorragend erläutert:

> „Es ist ein toller Wahn, zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlamentes, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden

> Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen. (...)
>
> Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Sproß der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkriege an den Tag gelegt hat.
>
> (...) sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.
>
> All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden."[414]

Schon Lenins Polemik gegen Crispien, einem rechten Mitglied der USPD, auf dem II. Weltkongress der Kommunistischen Internationale stellte klar, daß die Formel ***„Eroberung der politischen Macht"*** ohne Propaganda für die Diktatur des Proletariats, wie sie auch in abgewandelter Form Ackermann hier verwendet, ein opportunistisches Zugeständnis ist.

> „Im Erfurter Programm steht nichts über die Diktatur des Proletariats, und die Geschichte hat bewiesen, daß das kein Zufall ist. Als wir in den Jahren 1902 und 1903 das erste Programm unserer Partei ausarbeiteten, hatten wir stets das Beispiel des Erfurter Programms vor Augen. Dabei betonte Plechanow – derselbe Plechanow, der damals richtig sagte: ‚Entweder wird Bernstein die Sozialdemokratie oder die Sozialdemokratie wird Bernstein begraben' – ganz besonders, daß es theoretisch falsch und praktisch ein feiges Zugeständnis an die Opportunisten ist, wenn im Erfurter Programm nichts über die

[414] „Programm der KPD von 1918", in: „Rot Front" Nr. 6, Juli 1998, „Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen", S. 41/42.

Diktatur des Proletariats steht. In unserem Programm ist die Diktatur des Proletariats seit 1903 enthalten.

Wenn Gen. Crispien jetzt sagt, die Diktatur des Proletariats sei nichts Neues, und hinzufügt: ‚Wir waren immer für die Eroberung der politischen Macht', so wird damit das Wesen der Sache umgangen. Man erkennt die Eroberung der politischen Macht an, nicht aber die Diktatur. Die gesamte sozialistische Literatur, nicht nur die deutsche, sondern auch die französische und englische, ist ein Beweis dafür, daß die Führer der opportunistischen Parteien – z. B. in England McDonald – für die Eroberung der politischen Macht sind. Sie alle sind – Scherz beiseite – aufrichtige Sozialisten, aber sie sind gegen die Diktatur des Proletariats! Sobald wir eine gute revolutionäre Partei haben, die den Namen Kommunistische Partei verdient, muß man, zum Unterschied von der alten Anschauung der II. Internationale, die Diktatur des Proletariats propagieren. Das hat Gen. Crispien vertuscht und verschleiert, und das ist der grundlegende Fehler, in den alle Anhänger Kautskys verfallen."

(Lenin: „II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, 19. Juli – 7. August 1920", „4. Rede über die Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale, 30. Juli 1920", Werke Band 31, S. 234/235)

Die Formel „Eroberung der politischen Macht" ist also in mehrfacher Hinsicht eine bekannte opportunistische Formulierung, und es ist kein Zufall, daß Ackermann diese Formulierung im Zusammenhang mit seinem „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" verwendet:

Erstens wird dadurch nicht klar, auf welchem Weg die Macht der Bourgeoisie gestürzt und die Macht der Arbeiterklasse errichtet werden soll: auf dem opportunistischen gewaltlosen Weg übers Parlament oder auf dem revolutionären Weg, dem Weg der gewaltsamen Revolution.

Zweitens bleibt offen, wie die Arbeiterklasse, nachdem sie die Bourgeoisie gestürzt hat, gegen die gestürzte, aber nicht vernichtete Bourgeoisie und alle anderen Reaktionäre vorgehen muß: ohne revolutionäre Gewalt, was die Wiedererrichtung der Macht der Bourgeoisie bedeuten würde, oder mit der Diktatur des Proletariats, die nötig ist, um die gestürzte Bourgeoisie und alle Reaktionäre niederzuhalten.

Völlig aus dem Blickfeld bleibt auch die befreiende Rolle der revolutionären Gewalt, die gerade auch nötig war und nötig ist, um radikal mit den „deutschen Zuständen" zu brechen.[415]

2. Der springende Punkt ist die Tatsache, daß eine klare Orientierung auf den Bürgerkrieg als Übergang zum Sozialismus in der SBZ 1945 angesichts der Sowjetarmee und der Zerschlagung des alten deutsch-imperialistischen Staatsapparates auf dem Gebiet der SBZ in der Tat falsch gewesen wäre – allerdings durfte die Möglichkeit eines Bürgerkriegs gegen die Konterrevolution auch nicht direkt ausgeschlossen werden, wie der 17. Juni 1953 zeigte.

Ganz anders war jedoch die Situation im Westen Deutschlands. Dort standen, anders als in der SBZ, Armeen imperialistischer Mächte, reaktionäre Armeen, die das Ziel hatten, den Aufbau des Sozialismus in Westdeutschland zu verhindern. Ohne Abzug dieser Armeen war an einen Weg zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg nicht zu denken. Ackermann analysiert diese unterschiedlichen Bedingungen im Westen Deutschlands und in der SBZ nicht, sondern „verläßt" diese Frage.

3. Die Möglichkeit der Verhinderung eines Bürgerkriegs in der SBZ auf der Grundlage der geschaffenen Voraussetzungen (bewaffnete Zerschlagung des reaktionären Staatsapparats und gestützt auf die revolutionäre Gewalt der Sowjetarmee) war sicherlich real, wird von Ackermann aber in ganz falscher Weise mit Begriffen wie „friedlicher" oder „demokratisch-parlamentarischer" Weg und „rein gesetzliche Mittel" in Verbindung gebracht und opportunistisch begründet, um ganz falsch daraus zu folgern, daß der Übergang zum Sozialismus auch ohne revolutionäre Gewalt und Diktatur des Proletariats in ganz Deutschland möglich sein könnte. Diese Position war prinzipiell falsch, verschleierte die realen Machtverhältnisse in der SBZ und war angesichts der Lage in den westlichen Besatzungszonen, in denen der (west-)deutsche Imperialismus hochgepäppelt wurde, schlichtweg illusionär. Dies war theoretisch und politisch auch

---

[415] Vgl. dazu in „Rot Front" Nr. 2, Juli 1996, den Abschnitt „Offensive Propaganda der befreienden Rolle der revolutionären Gewalt, um radikal mit den ‚deutschen Zuständen' zu brechen" S. 247 ff.

der entscheidende Geburtsfehler im Gründungsdokument der SED, wie noch nachgewiesen werden wird.

Zusätzlich spekuliert Ackermann damit, daß auch Lenin und Stalin für eine bestimmte Zeitspanne in bestimmten historischen Situationen eine „friedliche" Weiterentwicklung der Revolution nicht völlig ausgeschlossen haben, um mit deren Autorität seinen opportunistischen Weg zu rechtfertigen.

Lenin und Stalin – und auch Marx – haben jedoch den Begriff ***„friedlich"*** in diesem Zusammenhang keineswegs im Sinne von „gewaltlos" benutzt. Vielmehr wird der Begriff von Lenin und Stalin in bezug auf historische Ausnahmesituationen verwendet, bei denen die Möglichkeit eines Wegs ohne Bürgerkrieg bestand.[416] Grundlage dieses Begriffs bei Lenin und Stalin ist, daß es einen gewaltlosen, nicht revolutionären, unbewaffneten Weg zum Sozialismus nicht gab und nicht geben wird, daß die proletarische Revolution unter allen Umständen nur auf dem revolutionären Weg möglich ist, daß der Weg zum Sozialismus also unmöglich ist ohne gewaltsame Zerstörung der bestehenden bürgerlichen Staatmaschinerie und ohne ihre Ersetzung durch die Macht der bewaffneten Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, die auf der Basis der revolutionären Gewalt der bewaffneten Arbeiterklasse die gestürzten Ausbeuter und sämtliche anderen reaktionären Kräfte niederhält.

Der „besondere deutsche Weg" von Ackermann, der der Allgemeingültigkeit der Oktoberrevolution entgegengesetzt wird, propagiert statt dessen die Möglichkeit eines revisionistischen „friedlichen-parlamentarischen Wegs" zum Sozialismus im Gegensatz zum „Weg revolutionärer Gewaltanwendung". Der „demokratische" Weg wird somit dem „Weg revolutionärer Gewaltanwendung" opportunistisch entgegengestellt und das Prinzip der bewaffneten Revolution als undemokratisch diffamiert.

---

[416] Siehe hierzu genauer in „Rot Front", Nr. 2, Juli 1996, den Abschnitt „Gegen alle Spielarten des revisionistischen ‚friedlichen Wegs' als Hauptgefahr kämpfen", S. 295 ff und „Resolution 4, Teil III", „Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen des bewaffneten Kampfs und des bewaffneten Aufstands", S. 239 ff.

Wichtige Schützenhilfe erhielt Ackermann für seinen opportunistisch-nationalistischen „besonderen deutschen Weg" dann von Wilhelm Pieck. Dieser griff mit seinem in der Folgenummer der „Einheit" abgedruckten Artikel „Die Bedeutung der Prinzipienerklärung" zugunsten Ackermanns in die Debatte ein und verkündete, daß es darum gehe, ***„einen besonderen eigenen deutschen Weg"***[417] zum Sozialismus ***„einzuschlagen"*** (S. 9).

Zentral ist, wie Pieck dann folgende Fragen aufwirft und sich dabei auf die Ausführungen von Ackermann stützt:

> „Ist das nun nicht doch schlimmster Opportunismus, wenn wir von der Möglichkeit eines gewissermaßen friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus reden? Oder befinden wir uns, wenn wir eine solche Möglichkeit als gegeben annehmen, doch in Übereinstimmung mit den revolutionären Lehren von Marx, Engels Lenin und Stalin? Darüber möchte ich einige Ausführungen machen, wobei ich mich im wesentlichen auf die Arbeit des Genossen Ackermann stütze, die in der ersten Nummer der ‚Einheit' veröffentlicht wurde und die ich allen unseren Genossen nur dringend zum ernsten Studium empfehlen kann, weil gerade dort in ausgiebigem Maße mit den Worten von Marx, Engels und Lenin dargelegt wird, wie man zu diesen Fragen zu stehen hat, ohne etwa in illusionäre Vorstellungen oder gar in Opportunismus zu versinken." (S. 10)

Piecks beginnt seine Unterstützung von Ackermann mit der an Demagogie grenzenden rhetorischen Fragestellung: „Ist das nun nicht doch schlimmster Opportunismus (...)", um selbstredend die Verneinung folgen zu lassen. In Wirklichkeit nutzt und benutzt Pieck in seinem Artikel gerade die opportunistischen Positionen Ackermanns.

Pieck legt dar, daß er deshalb von der Möglichkeit eines ***„demokratischen Weges zum Sozialismus"***, eines Weges zum Sozialismus ***„mit Mitteln der Demokratie"*** (S. 10) spricht, da durch die militärische Besetzung Deutschlands der deutschen Bourgeoisie beim Übergang zum Sozialismus ***„die Macht zu einer Restauration und der Gewaltanwendung gegen die Arbeiterklasse genommen"*** worden sei (S. 10).

---

[417] Pieck: „Die Bedeutung der Prinzipienerklärung", in: „Einheit. Monatszeitschrift zur Vorbereitung der SED", März 1946, Heft 2, S. 9–11. Im folgenden alle Seitenangaben aus dieser Schrift, soweit nichts anderes angegeben.

Warum und in welcher Beziehung das für den Westen Deutschlands und für die SBZ falsch ist, wurde bereits in der Kritik an Ackermanns Artikel belegt.

Pieck betont allerdings im Gegensatz zu Ackermann sehr deutlich:

> „Allerdings bezieht sich das alles im wesentlichen nur auf die sowjetische Besatzungszone." (S. 11)

Mit dieser Einschränkung ist zunächst einmal die ganze Diskussion über den „besonderen deutschen Weg" auf die SBZ beschränkt. Aber auch für diesen Teil Deutschlands, in dem die militärische Macht eindeutig in der Hand der sowjetischen Streitkräfte Armee lag, ist es falsch, es lediglich als eine ***Möglichkeit*** darzustellen, daß gegen die Reaktion von Seiten der Arbeiterklasse mit Gewalt vorgegangen werden muß, wie Pieck dies tut, wenn er rein defensiv formuliert, daß die Arbeiterklasse

> „genötigt wird, mit revolutionären Mitteln dagegen vorzugehen und die Gewalt der Gewalt gegenüberzustellen." (S. 11)

In der SBZ ist gegen die Nazis und Reaktionäre mit Gewalt vorgegangen worden, dies war nicht nur eine Möglichkeit, sondern Wirklichkeit und Notwendigkeit. Somit wurde von Pieck im Grunde der gewaltsam vor sich gehende und auch noch gewaltsam weitergehende Prozeß der Entnazifizierung aus theoretischen Positionen über den Weg zum Sozialismus herausoperiert.

Pieck hat zwar präziser als Ackermann oder Oelßner die Debatte über den Weg zum Sozialismus auf die SBZ zugeschnitten, aber gleichzeitig nicht analysiert, was wirklich, sowohl beim militärischen Sieg über den Nazifaschismus als auch in den ersten Monaten nach der militärischen Kapitulation des deutschen Imperialismus am 8. Mai 1945 in der SBZ, geleistet wurde und was weiterhin geleistet werden mußte: nämlich der gewaltsame, auf das Potsdamer Abkommen gestützte Kampf gegen alle reaktionären Kräfte mit der Besonderheit, daß die eigentliche Staatsmacht, mit der Sowjetarmee als Kern, auf der Seite der deutschen kommunistischen Kräfte stand.

b) Oelßners „Weg zum Sozialismus mit den Mitteln der Demokratie"

Ein weiteres wichtiges Dokument in der Vorbereitungsphase der Vereinigung ist der Artikel von Fred Oelßner.[418] „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – die Erbin der deutschen Arbeiterbewegung".[419]

Oelßner referiert eingangs über das Leben Liebknechts, Lassalles und Bebels und betont auch, aus der „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang" zitierend, daß die Arbeiteraristokratie die Grundlage für die Spaltung der Arbeiterbewegung auch in Deutschland war.[420]

Bei der Behandlung der Gründung der KPD zeigt sich jedoch, daß er die Frage der Novemberrevolution von 1918 falsch behandelt:

> „Dabei begingen die Linken den Fehler, daß sie unmittelbar den Kampf um den Sozialismus führten, ohne daß die Voraussetzungen dafür gegeben waren." (S. 31)

Oelßner geht hier von der falschen Voraussetzung aus, daß in Deutschland 1918 noch eine demokratische Etappe der Revolution angestanden hätte. Jedoch war Deutschland 1918 bereits ein hochindustrialisiertes imperialistisches Land, in dem das nächste strategische Ziel die proletarische Revolution war.[421]

---

[418] Zur Biographie von Fred Oelßner siehe im Personenregister.

[419] Oelßner: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Die Erbin der deutschen Arbeiterbewegung", in: „Einheit. Monatszeitschrift zur Vorbereitung der SED", März 1946, Heft 2, S. 26–31. Im folgenden beziehen sich alle Seitenangaben auf diese Schrift, soweit nichts anderes angegeben.

[420] Des weiteren kritisiert Oelßner nach der Hervorhebung der Verdienste des Kampfes gegen Bernstein die theoretischen Ansätze von Rosa Luxemburg bezüglich des Imperialismus (S. 30).

[421] Richtig hat diesen Punkt hingegen Hermann Matern in einer Rede in Dresden am 15. Januar 1946 formuliert: „Nach dem ersten Weltkrieg von 1914 bis 1918 stellte die Geschichte die deutsche Arbeiterklasse vor die Entscheidung, den Weg des Sozialismus, der sozialistischen Gesellschaft, entschlossen zu betreten. Die

Fortsetzung nächste Seite

Oelßner erläutert dann die unterschiedlichen Auffassungen der KPD und SPD nach 1918 über den Weg zum Sozialismus, die eine der Ursachen für die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in KPD und SPD waren: Die KPD trat für den revolutionären Weg ein, für die bewaffnete Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der „proletarischen Diktatur" (S. 31), die SPD für den reformistisch-parlamentarischen „Weg zum Sozialismus" über das Parlament der Weimarer Republik. Diese Ausführungen Oelßners zur Diktatur des Proletariats sind richtig, stellen jedoch nur die Einleitung dar für die Behauptung, daß nach 1945 angeblich „alles völlig anders ist".

Dazu bemüht Oelßner eine weitere, grundlegend falsche These, wonach die Spaltung der Arbeiterbewegung in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts durch die ***„Bismarcksche Reichsgründung gegenstandslos geworden war"*** (S. 31) die er dann auf die Situation nach 1945 ausdehnt und fortfährt:

> „so hat heute durch den Sieg des Faschismus, den Krieg und die Niederlage die Spaltung ebenfalls ihre Grundlage verloren. Heute ist weder der alte Weg der Sozialdemokraten noch der Weg der Kommunisten gangbar. Der alte Staatsapparat ist zerschlagen, Imperialismus und Kapitalismus sind weitgehendst geschwächt, und die Arbeiterschaft hat alle Aussicht, bei Konzentration ihrer Kräfte entscheidenden Einfluß in den neuen Staatsorganen zu erlangen. Damit ist die Möglichkeit gegeben, einen neuen, spezifisch deutschen Weg zu gehen: den Weg zur Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse als Voraussetzung des Sozialismus mit den Mitteln der Demokratie. Ob diese Möglichkeit zur Wirklichkeit wird, das hängt aber davon ab, ob die Arbeiterklasse es jetzt fertigbringt, die Spaltung zu überwinden und durch den Einsatz ihrer geeinten Kraft ein Wiedererstarken der Reaktion zu verhindern." (S. 31)

Zu dieser Passage ist folgendes anzumerken:

Fortsetzung der Fußnote

ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland war 1918 reif zum Sozialismus. Wir haben unsere historische Aufgabe nicht erfüllt. Wir haben 1918 und 1919 geschichtlich versagt." („Aus der Rede Hermann Materns auf der gemeinsamen Funktionärskonferenz der KPD und der SPD des Landes Sachsen vom 15. Januar 1946 in Dresden", in: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 420)

Erstens. Zunächst ist nur oberflächlich betrachtet durch die Bismarcksche Reichsgründung der Gegensatz zwischen den Lassalleanern und den Marxisten gegenstandslos geworden. Denn die falsche Haltung von Lassalle zu Bismarck und zur Frage, auf welchem Weg die Einheit Deutschlands erreicht werden soll, von oben oder durch den demokratisch-revolutionären Kampf von unten, hatte tiefgehende Ursachen, die weiterwirkten. Grundlage für die Spaltung der Arbeiterbewegung war eine im Entstehen begriffene, durch imperialistische Extraprofite bestochene Oberschicht der Arbeiterklasse, die Arbeiteraristokratie, die einen günstigen Boden für Reformisten und Opportunisten bildet und eine Spaltung der Arbeiterklasse objektiv unvermeidlich macht.

Zweitens. Auch die Behauptung, daß durch den Nazifaschismus, den Zweiten Weltkrieg und die militärische Niederlage der Nazis die Spaltung der Arbeiterbewegung „ihre Grundlage verloren hat", ist ganz falsch. Die Ursachen der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in KPD und SPD und die dahinter stehenden ideologischen und politischen Gegensätze, die die SPD und die KPD zu unterschiedlichen Positionen über den Weg zum Sozialismus geführt hatten, wirkten weiter und waren keineswegs automatisch mit dem 8. Mai 1945 verschwunden.

Oelßner behauptet, daß aufgrund der militärischen Niederlage der Nazis und der dadurch entstandenen Lage in Deutschland, also aufgrund objektiver Bedingungen angeblich beide Vorstellungen über den Weg zum Sozialismus überholt seien und sowohl der revolutionäre Weg der Kommunisten als auch der reformistische Weg der Sozialdemokraten 1945 nicht mehr gangbar wären und deshalb die Spaltung gegenstandslos geworden sei.

Oelßner spekuliert mit den besonderen Bedingungen nach 1945, insbesondere damit, daß ***eine*** Aufgabe des revolutionären Wegs zum Sozialismus, die Zerschlagung des reaktionären Militärapparates, in Deutschland durch die alliierten Armeen[422] 1945 bewerkstelligt wor-

[422] Eine wirkliche Analyse der besonderen Situation in Deutschland aufgrund der militärischen Niederlage der Nazis nimmt Oelßner hier nicht vor. Er verweist zwar auf die Zerschlagung des alten Staatsapparates, erwähnt aber mit keinem Wort, daß die alliierten Armeen und nicht die bewaffneten Arbeiterinnen und Arbeiter diesen

Fortsetzung nächste Seite

den war. Daraus zieht Oelßner dann die falsche Schlußfolgerung, daß der Weg der KPD ***als Ganzes*** nicht mehr gültig sei. Nachdem Oelßner mit diesem Trick den allgemeingültigen Weg der gewaltsamen proletarischen Revolution – den die KPD bis 1945 völlig zu Recht als einzig möglichen Weg zum Sozialismus auch in Deutschland gegen den reformistischen Weg der SPD verteidigt hatte und der auch nach 1945 seine Gültigkeit keineswegs verloren hatte – für „erledigt" erklärt, ist der Weg frei für den „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus".

Drittens. „Neu" an Oelßners Ausführung zum „besonderen deutschen Weg" ist im Vergleich mit Ackermann und Pieck die Konstruktion des Gegensatzes zwischen dem Weg der KPD vor 1945 und dem „besonderen deutschen Weg" hinsichtlich der Frage, mit welchen Mitteln die politische Macht der Arbeiterklasse errichtet werden soll. Die KPD, so Oelßner, trat dafür ein, dies mit „bewaffneter Macht" zu verwirklichen, die Anhänger des „besonderen deutschen Wegs" wollen dies mit „Mitteln der Demokratie" erreichen.

Oelßner findet eine auf den ersten Blick plausible „Entweder-Oder"-Formel: Entweder „Mittel der Demokratie" oder Einsatz von „bewaffneter Macht". Daß jedoch die gewaltsame proletarische Revolution in bestimmter Hinsicht einen zutiefst demokratischen Charakter in sich trägt, ist Oelßner fremd.

Die gewaltsame proletarische Revolution kann nur erfolgreich sein, wenn sie weitestmöglich die proletarische Demokratie für die Ausgebeuteten erkämpft bei gleichzeitigem gewaltsamen Vorgehen gegen die Konterrevolution. Die bewaffnete Macht der Arbeiterklasse bedeutet nicht erst als Diktatur des Proletariats weitestgehende proletarische Demokratie für die Ausgebeuteten, sondern auch schon vor dem Sturz der Bourgeoisie gilt es insbesondere auch in den militärischen Organisationen des Proletariats weitestmöglich proletarisch-demokratische Verhältnisse zu verwirklichen, um die Bourgeoisie überhaupt besiegen zu können. Demokratische Mittel und bewaffnete Macht schließen sich also keineswegs aus, sondern bedingen sich

---

Fortsetzung der Fußnote

Staatsapparat militärisch zerschlagen haben. Ebensowenig behandelt und analysiert Oelßner die Besetzung Deutschlands und die daraus entstehenden Konsequenzen.

gegenseitig. Für Lenin ist deshalb der Bürgerkrieg, in dem das Proletariat und seine Verbündeten gegen die Bourgeoisie diktatorisch mit Waffengewalt vorgehen, der

> ***„demokratisch* organisierte und geführte Krieg der Massen der Besitzlosen gegen die Minderheit der Besitzenden".**
> (Lenin: „Antwort an P. Kijewski", 1916, Werke Band 23, S. 16)

Mit der Erfindung eines sich ausschließenden Gegensatzes zwischen „demokratischen Mitteln" und „bewaffneter Macht" denunziert Oelßner letztlich den revolutionären Weg als undemokratisch, um dem „besonderen deutschen Weg" eine besondere „demokratische" Attraktivität zu verleihen.[423]

Dieser Artikel in der „Einheit" vom März 1946 ist für die Geschichte der SED auch deshalb von einiger Bedeutung, als sich Fred Oelßner 1950 zum größten Kritiker des „besonderen deutschen Weges zum Sozialismus" aufschwang.

c) Weitere Debatten

Otto Grotewohl schildert im Artikel „Vom Kommunistischen Manifest bis zum Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands"[424] quasi in einem Schnelldurchgang die programmatischen

---

[423] Im Programm der KPD von 1918 heißt es zum Zusammenhang von Diktatur gegenüber der Bourgeoisie und proletarischer Demokratie für die Ausgebeuteten unter der Diktatur des Proletariats richtig:

„Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie wie der Gott Thor seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist." („Programm der KPD von 1918", in: „Rot Front" Nr. 6, Juli 1998, „Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen", S. 43)

[424] Grotewohl: „Vom Kommunistischen Manifest bis zum Programm der SED", in: „Einheit. Monatszeitschrift zur Vorbereitung der SED", März 1946, Heft 2, S. 11–14.

Dokumente der deutschen Arbeiterbewegung vom „Manifest der Kommunistischen Partei" über das Eisenacher und Gothaer Programm, verweist auch auf das Programm der USPD von 1917 und 1921, das Programm der KPD von 1918 und – mit einer kleinen Ungenauigkeit – auf „die Beschlüsse des zweiten Weltkongresses der Komintern von 1928",[425] gemeint ist der VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1928, der unter anderem auch das Programm der Komintern verabschiedete.

Leider geht Grotewohl auf das Programm der KPD von 1918 und das Programm der Komintern von 1928 nicht weiter ein. Eine ernsthafte programmatische Diskussion hätte das unbedingt erfordert. So ist es auffällig, daß in Wirklichkeit nur die Programme der Sozialdemokratie zur Zeit von Marx und Engels diskutiert werden – und dies auch nicht in dem Sinne, daß die damaligen Debatten und insbesondere die Kritiken von Marx und Engels am Gothaer Programm für die Programmdebatte der Vereinigung von KPD und SPD ausgewertet worden wären. Die programmatische Arbeit der KPD wird nicht wirklich analysiert.

Grotewohl kommentiert vielmehr, daß „gerade die Vielgestaltigkeit des vorhandenen Programm-Materials (...) ein Beweis für die Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit des sozialistischen Gedankengutes an die wirklichen Gegebenheiten des jeweiligen Zustandes" sei.[426] Mit einer solchen Erklärung derart grundverschiedenen Programme wie etwa das revolutionäre Programm der KPD von 1918 und das opportunistische Programm der kautskyanischen USPD von 1921 über einen Kamm zu scheren und deren Unterschiede lediglich aus einer geschmeidigen Anpassung an die jeweiligen Bedingungen zu erklären, verwischt die Ursachen für die Entstehung dieser verschiedenartigen Programme, die vor allem in grundsätzlichen ideologischen und politischen Differenzen der verschiedenen Parteien bestanden. Auf dieser Grundlage ist eine selbstkritische Analyse der programmatischen Dokumente der deutschen Sozialdemokratie und der kommunistischen Bewegung in Deutschland nicht möglich.

---

[425] Ebenda, S. 12.

[426] Ebenda.

Helmut Lehmann konstruiert im Artikel „Der Sozialismus – Betrachtungen zum Maximalprogramm“[427] fünf Phasen der Entwicklung der Arbeiterbewegung. In der fünften Phase, in der sich angeblich die deutsche Arbeiterbewegung 1946 befindet, konstatiert Lehmann, daß nun der Begriff „Kommunismus“ aus dem Namen der Partei des Proletariats gestrichen werden müsse, weil „es bei der Lage Deutschlands nicht den Kommunismus, sondern den Sozialismus zu verwirklichen gilt“.[428] Diese mehr als eigenartige Argumentation widerspricht völlig den Auffassungen des wissenschaftlichen Kommunismus, warum sich eine Kommunistische Partei auch „kommunistisch“ nennen sollte, auch wenn sie erst den Sozialismus aufbaut oder anstrebt oder gar erst demokratischen Fragen als taktisches Hauptkettenglied auf der Tagesordnung stehen. Lenin hat dies bei der Begründung des Namens „Kommunistische Partei“ für alle Parteien in der Komintern klargemacht, da es vorrangig darum geht, daß die Partei des Proletariats in ihrem Namen deutlich macht, für welches Endziel sie kämpft.[429]

Lehmann anerkennt in seinem Artikel, daß Marx die Diktatur des Proletariats fordert als Mittel zur Erreichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, weil die Bourgeoisie nicht „aus freien Stücken“

---

[427] Lehmann, „Der Sozialismus – Betrachtungen zum Maximalprogramm“, in: „Einheit. Monatszeitschrift zur Vorbereitung der SED“, März 1946, Heft 2, S. 21–23.

[428] Ebenda, S. 22.

[429] Lenin erklärte dazu grundlegend 1919 bei der Debatte über das Parteiprogramm und über die Abänderung des Namens der SDAPR in Kommunistische Partei Rußlands:

„Andererseits müssen wir, indem wir mit den sozialistischen Umgestaltungen beginnen, uns ein klares Ziel stellen, auf das diese Umgestaltungen zu guter Letzt gerichtet sind, nämlich die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft, die sich nicht nur auf die Expropriation der Fabriken, der Werke, des Bodens und der Produktionsmittel beschränkt, sich nicht nur auf die strenge Rechnungsführung und Kontrolle über die Produktion und die Verteilung der Produkte beschränkt, sondern darüber hinausgeht zur Verwirklichung des Prinzips: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen. Deshalb ist der Name ‚Kommunistische Partei‘ wissenschaftlich der einzig richtige.“

(Lenin: „Außerordentlicher Siebenter Parteitag der KPR(B), 6. – 8. März 1918“, „Referat über die Revision des Parteiprogramms und die Änderung des Namens der Partei, 8. März 1918“, Werke Band 27, S. 114)

die Beseitigung ihrer Gesellschaftsordnung akzeptieren wird.[430] Wenn dem so ist, müßte eigentlich auch klar sein, daß es keinen Weg zum Sozialismus ohne Gewaltanwendung geben kann. Doch gerade diese Schlußfolgerung zieht Lehmann nicht, auch er spricht im Sinne von Ackermann und Oelßner von einem „demokratischen Weg zum Sozialismus".[431]

3. Zentrale Diskussionen auf dem 15. Parteitag der KPD

Der 15. Parteitag der KPD vom 19. bis 20. April 1946 fand zeitgleich mit dem 40. Parteitag der SPD und kurz vor Beginn des Vereinigungsparteitags am 21. April 1946 statt. Nach 12 Jahren Nazifaschismus war der 15. Parteitag der KPD das erste Zusammentreffen der überlebenden KPD-Kader, die in Nazi-Deutschland gekämpft hatten oder in andere Länder emigriert waren und dort den Kampf gegen die Nazis aufgenommen hatten. Diese Tatsache fand seinen Ausdruck auch in der Zusammensetzung des Parteitags. Auf dem 15. Parteitag der KPD nahmen 519 Delegierte teil,[432] davon 130 aus dem Westen Deutschlands. Von den 519 Delegierten haben 372 Delegierte in der Illegalität gegen die Nazis gekämpft, 69 waren emigriert, 423 Delegierte waren in KZs oder Gefängnissen der Nazis zum Teil mehrere Jahre eingekerkert.[433]

---

[430] Lehmann, „Der Sozialismus – Betrachtungen zum Maximalprogramm", in: „Einheit. Monatszeitschrift zur Vorbereitung der SED", März 1946, Heft 2, S. 21–23.

[431] Ebenda, S. 23.

[432] Auf Grund von nicht näher genannten Gründen wurden nur 513 Mandate bestätigt. Vgl. „Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 184.

[433] „Diese 513 Delegierten setzen sich folgendermaßen zusammen: (...)

Unter den 513 Delegierten befinden sich nur 105 Frauen.

Fortsetzung nächste Seite

Als Vorbereitung für die Vereinigung mit der SPD wurde versucht, nicht nur die Bilanz seit dem letzten Parteitag der KPD zu ziehen, sondern auch den gesamten zurückgelegten Weg seit Gründung der KPD 1918/19 einzuschätzen. Zum anderen ging es um die Weichenstellung für die Vereinigung der KPD in der unmittelbar danach zusammen mit Teilen der SPD zu schaffenden SED.

Der Bericht vom 15. Parteitag der KPD enthält daher zu Recht einen vergleichsweise langen Beitrag des Genossen Große mit einem Rückblick auf den illegalen Kampf der KPD in Sachsen, in dem ausdrücklich die Aufgabe gestellt wird, den Kampf der KPD gegen den Nazifaschismus umfassend aufzuarbeiten:

> „Noch ist die Geschichte des heroischen Kampfes der Kommunistischen Partei und der übrigen fortschrittlichen Kräfte in Deutschland gegen das Blutregime Hitlers nicht geschrieben. Es wäre ein unreifes Unterfangen, hier in zehn Minuten Redezeit auch nur ein annäherndes Bild dieser Seite der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu skizzieren. Aber unser Parteitag sollte nicht auseinandergehen, ohne zu beschließen:
>
> 1. Daß in jedem Land oder jeder Provinz eine gründliche Untersuchung unserer illegalen Tätigkeit vorzunehmen ist,

---

Fortsetzung der Fußnote

Die soziale Zusammensetzung der Delegierten ist folgende: 367 Arbeiter, 95 Angestellte, 7 Lehrer, 1 Gewerbetreibender, 10 Bauern, 11 Hausfrauen, 7 Künstler und 7 Redakteure sowie 8 Intellektuelle.

Die Zugehörigkeit zu unserer Partei bei den Delegierten zeigt folgendes Bild: Seit dem 8. Mai 1945 sind 104 Delegierte Mitglied unserer Partei, 67 Delegierte sind zwischen 1 und 15 Jahre und 342 Delegierte sind mehr als 15 Jahre in der Kommunistischen Partei. (...)

69 der Delegierten waren während der Hitlerzeit in der Emigration, in der Illegalität waren 372 Genossen aktiv tätig, davon 274 unmittelbar unter Kontrolle von illegalen antifaschistischen Organisationen. (...)

Vor und während der Illegalität sind folgende Delegierte bestraft gewesen: 3 Delegierte waren verurteilt zu lebenslänglichem Zuchthaus, 141 Delegierte haben 831 Jahre Zuchthaus abgesessen, 64 Delegierte haben 132 Jahre Gefängnis abgesessen, 215 Genossen waren im KZ inhaftiert zu einer Gesamtdauer von 637 Jahren." (Große: „Bericht der Mandatsprüfungskommission", in: „Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 184/185)

2. daß das Zentralkomitee beauftragt wird, ein umfassendes Werk über die Geschichte unseres Kampfes gegen den Faschismus zu schaffen. (Bravo.)

Mir scheint dies notwendig zu sein, um dem deutschen Volke und besonders seiner Arbeiterklasse die positiven, aber auch die fehlerhaften Seiten unseres Kampfes zu zeigen, ferner um den Arbeitern anderer Länder, die zum Teil heute noch unter illegalen Bedingungen um ihre Rechte ringen müssen, einige Kampferfahrungen zu übermitteln."[434]

Genosse Große kommt abschließend zu einer selbstkritischen Einschätzung. Er betont aber auch, daß der heroische Kampf der KPD durchaus bewiesen hat, daß es sehr wohl möglich war, aktiven Widerstand zu leisten:

„Wenn wir selbstkritisch unsere Arbeit einschätzen, müssen wir feststellen, daß wir trotz unerschütterlicher Treue unserer Genossen zur Partei und trotz mutiger Arbeit vieler Genossen nicht imstande gewesen sind, eine breite Massenbewegung gegen Hitler zu entfalten. Das Resultat unserer Arbeit war trotz der harten Opfer völlig ungenügend. Wir haben z. B. in Leipzig vor der Illegalität 4000 Mitglieder gehabt. Davon gingen 2280 durch Zuchthaus und KZ. In Dresden gingen von 4000 Genossen 1562 durch Zuchthaus und KZ, in Chemnitz von ca. 4000 Genossen 1600, nicht gerechnet die vielen Hunderte, die wir in Sachsen als Todesopfer gelassen haben.

Es kann niemand in Deutschland sagen ‚man konnte nichts machen', wie es jetzt so oft von den verschiedensten ‚verhinderten Antifaschisten' versucht wird, die damit ihre Passivität in den Jahren schwärzester deutscher Schande entschuldigen wollen. Unsere Partei hat gezeigt, daß man gegen Hitler kämpfen konnte."[435]

Dahlem gibt einen Überblick über die Mitgliederentwicklung der KPD:

„Wir können heute behaupten, daß diese Umstellung auf die Massenarbeit in den Bezirken im Osten Deutschlands im großen und ganzen erfolgreich durchgeführt wurde. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß hier die Partei im wachsenden Maße das Vertrauen

---

[434] „Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 166/167.

[435] Ebenda, S. 173/174.

der Arbeiter und Werktätigen gewinnen konnte, was sich unter anderem auch darin ausdrückt, daß allein in der Sowjetzone der Mitgliederbestand der Partei heute die Zahl von 600000 erreicht hat (Beifall), gegenüber 100000 Mitgliedern in den in Frage kommenden 6 Bezirken im Jahre 1933, und daß unsere Partei in ihrer Zusammensetzung immer mehr den Charakter einer wahren Volkspartei der Werktätigen annimmt.[436]

Außerdem hat die Partei in den Bezirken der Westzonen, wo die Parteiarbeit unter schwierigeren Bedingungen durchgeführt werden muß, jetzt 205000 Mitglieder. (Beifall.) Das heißt: unsere Partei, die in ihrem Höchststand im Jahre 1933 eine Viertelmillion Mitglieder zählte, hat heute die Zahl von 800000 erreicht. (Beifall.)"[437]

Weiter führt Dahlem aus:

„Die Sozialistische Einheitspartei wird in unserer Ostzone die vorherrschende und führende Partei sein. SPD und KPD haben heute in der Ostzone bereits rund 1,3 Millionen abgerechnete Mitglieder. (Beifall.) (...) Zur Zeit strömen von Monat zu Monat mehr als hunderttausend neue Mitglieder in die Partei, und zwar aus allen Schichten der werktätigen Bevölkerung. ***Zweihunderttausend Neuanmeldungen liegen bereits für den Beitritt zur Sozialistischen Einheitspartei nach dem 1. Mai vor. (...)***

Das Problem besteht darin, die Zehntausende und Hunderttausende wertvollster Menschen zu gewinnen, die heute noch außerhalb der Reihen der Partei stehen."[438]

---

[436] Ob diese „Umstellung auf die Massenarbeit" wirklich ein „Erfolg" war, darf bezweifelt werden. Bei einer solchen Explosion der Mitgliederzahlen der KPD in so kurzer Zeit drängt sich die Frage auf, ob dieser Anstieg nicht vor allem auf Kosten des ideologischen Kampfes und der Bewußtheit der Parteimitglieder zustande kam.

Zum Vergleich die Mitgliederzahlen der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki): Bis zur Februarrevolution 1917 unter den Bedingungen der Illegalität hatte die KPR(B) knapp 50000 Mitglieder. Kurz vor der Oktoberrevolution (1917) hatte sie 240000 Mitglieder, eine Zahl, die sich bis März 1918 auf 270000 erhöhte („Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang", S. 229, 245, 272).

[437] Dahlems Referat über „Die Organisationspolitik der Partei" auf dem 15. Parteitag, „Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 66.

[438] „Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 83/84. Ein Jahr nach der Vereinigung, 1947, gibt Grotewohl folgende Zahlen an: „Bei der Vereinigung der beiden Partei-

Fortsetzung nächste Seite

Der Hauptpunkt des Parteitags war ohne Zweifel die Beschlußfassung über die Vereinigung mit Teilen der SPD zur SED auf der Grundlage der programmatischen Erklärung „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" und deren Statut. Gleichzeitig gab es auch ohne entsprechende Beschlußfassung grundlegende Beiträge, welche eine weitgehende Umorientierung der ideologischen und politischen Linie der KPD signalisierten.

Anton Ackermann erstattete den Bericht des ZK über den ideologischen Kampf der KPD.

In diesem Bericht gibt es einen ersten Teil, in dem Ackermann weitgehend Richtiges über die Notwendigkeit und die Bedeutung des theoretischen und ideologischen Kampfes ausführt. Geradezu pathetisch soll die zu schaffende SED das „Gelöbnis" ablegen, ***„daß in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die opportunistische Mißachtung der Theorie und des ideologischen Kampfes niemals Raum finden darf."***[439]

Ausgezeichnet ist auch, was der Berichterstatter sehr selbstkritisch gerade auch in bezug auf die Notwendigkeit des ideologischen Kampfs gegen die Nazi-Ideologie sagt, wobei er dessen Bedeutung gerade auch im Hinblick auf die sogenannten nichtaktiven Nazis unterstreicht.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen zeigt sich dann aber, daß dies alles dazu dient, zur Revision des wissenschaftlichen Kommunismus in Grundfragen aufzurufen und dem Bekenntnis zum bürgerlichen Nationalismus den entsprechenden theoretischen Unterbau zu liefern, was schon an anderer Stelle besprochen wurde.

Die anderen Ausführungen auf diesem Parteitag waren ebenfalls geprägt von der Revision wesentlicher Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus.

Fortsetzung der Fußnote

en zählten wir 1,2 Millionen Mitglieder, heute stehen 1,7 Millionen Genossinnen und Genossen in unseren Reihen." (W. Pieck, O. Grotewohl, „Ein Jahr Sozialistische Einheitspartei Deutschlands", 22. April 1947, in: „Dokumente der SED", Band I, S. 193)

[439] „Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 101.

a) Statt Erkämpfung des Kommunismus „sozialistisches Endziel"

Wilhelm Pieck hielt auf dem Parteitag das Referat über „Die Einheit des schaffenden deutschen Volkes". Dieses stellt in erster Linie den Versuch dar, eine Begründung für die Vereinigung mit Teilen der SPD zu geben sowie das politische Kernstück der „Grundsätze und Ziele", den „besonderen deutschen Weges zum Sozialismus" vor dem Hintergrund der Geschichte der KPD zu rechtfertigen.

Für besonders hervorhebenswert hält Pieck den folgenden Gedanken:

> „In den ‚Grundsätzen und Zielen' ist die Erkämpfung des Sozialismus eindeutig als das Endziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands festgelegt worden."[440]

Marx hat in der „Kritik des Gothaer Programms" bewiesen – und Lenin hat dies in „Staat und Revolution" bekräftigt –, daß der Sozialismus nicht das Endziel sein kann, da er noch Überreste des Kapitalismus und Merkmale früherer Ausbeutergesellschaften in sich trägt. Das Endziel kann nur der Kommunismus sein, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Unterdrückung und ohne Staat.

b) Piecks revisionistischer „völlig neuer Weg" zum Sozialismus

Pieck stellt in seinem Parteitagsreferat weiter fest:

> „Während die KPD die Ansicht vertrat, daß nur durch die Zertrümmerung des Weimarer Staatsapparates und durch die Errichtung der Sowjetmacht in Deutschland der Sozialismus verwirklicht werden könne, war die SPD unter Verkennung der realen Machtverhältnisse der Überzeugung, daß gerade der Weimarer Staat das geeignete Instrument für die Verwirklichung des Sozialismus sei. Zwischen diesen beiden Auffassungen konnte es natürlich keine Versöhnung geben. ***Heute ist die Lage ganz anders.*** Beide Auffassun-

[440] Ebenda, S. 206.

gen, die der Kommunisten und die der Sozialdemokraten, sind durch die Geschichte erledigt. Der neue Weg, der sich uns heute angesichts der besonderen Lage in Deutschland eröffnet, ist weder der alte Weg der KPD noch der alte Weg der SPD. Es ist ein völlig neuer Weg, auf dem wir sowohl die KPD- wie auch die SPD-Genossen vereinigen können, um gemeinsam auf unser großes Ziel, den Sozialismus, hinzustreben."[441]

Pieck behauptet hier,[442] daß der reformistische Weg der SPD nicht etwa prinzipiell falsch ist, sondern sich genauso wie der revolutionäre Weg der KPD durch die „Geschichte erledigt"[443] habe.

Wir haben bereits gezeigt, daß der sozialdemokratische „friedlich-parlamentarische" Weg sich keineswegs „erledigt" hatte; nach wie vor war er in großen Teilen der SPD ideologisch verankert und fand auch Einfluß bei führenden Kadern der KPD. Der Kampf gegen diesen ideologischen sozialdemokratischen Ballast mußte verstärkt geführt werden. Doch Pieck stellt diese Aufgabe nicht, sondern hält den Kampf gegen den Sozialdemokratismus für historisch „erledigt".

---

[441] Ebenda, S. 209/210 (Hervorhebung RF).

[442] Vgl. auch die Kritik an Oelßner: Anhang 14: „Kritik an Fred Oelßners Schrift ‚Das Kompromiß von Gotha'", S. 661 ff.

[443] Pieck operiert sogar die Diktatur des Proletariats aus der Linie der KPD weg, indem er lediglich folgendes zur Grundlinie der KPD ausführt:

„Und diese Grundlinie bestand

1. im Kampf gegen den Imperialismus und Militarismus, für den Frieden und die Völkerverständigung und die Freundschaft mit der Sowjetunion,

2. der Kampf gegen die Reaktion und für eine Demokratie, die den werktätigen Massen den entscheidenden Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik des Staates sichert, mit dem Ziele der Verwirklichung des Sozialismus,

3. der Kampf für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse und der Herbeiführung ihrer Einheit und ihres Bündnisses mit der Bauernschaft, um dadurch die Voraussetzung für den Sieg über alle reaktionären Kräfte zu schaffen, (Beifall.)

4. der Kampf für die ständige Verbesserung der Lebenshaltung und der Arbeitsbedingungen der werktätigen Massen, der Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzer." („Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 196/197)

Anstatt zu erklären, warum der Weg der gewaltsamen Revolution nach wie vor auch unter den besonderen Bedingungen der SBZ nach 1945 seine Gültigkeit hat und wie die Prinzipien der gewaltsamen Revolution richtig modifiziert auf diese besonderen Bedingungen angewandt werden müssen, behauptet Pieck, es gäbe „neue Bedingungen", die einen „völlig neuen Weg" notwendig machten.

Die Wörtchen „völlig neu" signalisieren den revisionistischen Haken. Denn „völlig neu" bedeutet, daß sämtliche Prinzipien des revolutionären Wegs der KPD als „erledigt" zu betrachten seien und über Bord geworfen werden müßten, nicht nur die Orientierung auf die Erkämpfung der Diktatur des Proletariats, sondern auch andere kommunistische Grundlagen dieses revolutionären Wegs wie zum Beispiel der Aufbau der Kommunistischen Partei vor allem auf der Grundlage von Betriebszellen, die Notwendigkeit der Erziehung der Arbeiterklasse anhand ihrer eigenen Erfahrungen usw.

Nach dieser unzweifelhaft revisionistischen Position geht Pieck konkret zur Frage der Diktatur des Proletariats über. Pieck setzt sich mit dem Vorwurf von „Feinden der Arbeitereinheit" auseinander, wonach die SED ***„unter dem Einfluß der Kommunisten die Diktatur erstrebe, als die sie die politische Herrschaft der Arbeiterklasse bezeichnen."***[444]

Nun haben bekanntlich aber nicht nur „Feinde der Arbeitereinheit" von der Diktatur des Proletariats gesprochen, sondern zuallererst auch Marx und Engels. Gegen den Vorwurf an die Adresse der SED, sozusagen hintenherum dann doch für die „Diktatur" zu sein, bezieht sich Pieck vor allem auf zwei Dokumente der revolutionären Arbeiterbewegung, in denen zum einen überhaupt nicht (Erfurter Programm der Sozialdemokratie von 1891) oder zum anderen zwar indirekt der Sache nach, aber nicht dem Wortlaut nach („Manifest der Kommunistischen Partei") von der Diktatur des Proletariats die Rede ist,[445] und bezeichnet das Erfurter Programm darüber hinaus noch als

[444] Ebenda, S. 207.

[445] Ebenda, S. 208.

„konsequenten Marxismus".[446] Pieck hält also dem antikommunistischen Druck nicht stand, der seinen Ausdruck in dem Vorwurf findet, die Kommunisten seien „Feinde der Demokratie". Das zeigt sich im übrigen auch daran, daß Pieck sich hier nicht auf die „Kritik des Gothaer Programms" von Karl Marx bezieht, in der die prinzipielle Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats offensiv vertreten wird. Die „Kritik des Gothaer Programms" hier zu umgehen, ist auch deshalb opportunistisch, weil neben anderen Dokumenten gerade diese Schrift noch im Dezember 1945 von KPD und SPD als Grundlage für die abzufassende programmatische Erklärung der SED vereinbart worden ist.

Hier zeigt sich einmal mehr, wie bei bestehenden Widersprüchen und Widersprüchlichkeiten – wie hier zwischen dem „Erfurter Programm" von 1891 und der „Kritik des Gothaer Programms" von 1875 – sich führende Kader der KPD bewußt für das Falsche entschieden und darüber auch keine offene und ehrliche Diskussion herbeigeführt haben.

---

[446] Dagegen kritisierte Lenin, daß im Erfurter Programm gerade der entscheidende Punkt, die Diktatur des Proletariats, fehlt (siehe ausführlich dazu die Kritik an Ackermann, S. 348 ff). Entgegen dieser richtigen Position Lenins behauptet Pieck, die Formulierung im Erfurter Programm sei „konsequenter Marxismus". Nachdem er aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei" zitiert hat, formuliert Pieck folgendermaßen:

„Und ein halbes Jahrhundert später verkündete die deutsche Sozialdemokratie 1891 in ihrem ‚Erfurter Programm':

‚Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Dieser Gedankengang ist die Grundlage der ‚Grundsätze und Ziele' der Sozialistischen Einheitspartei, die sich klar und eindeutig auf den Boden des konsequenten Marxismus stellt (...)" („Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 208)

c) Ackermanns „wesentlich geänderte Haltung zur Demokratie"

Ackermann legt im Bericht des ZK über den ideologischen Kampf dar, daß die KPD angesichts des Nazifaschismus in ihrer Stellung zur demokratischen Republik habe „umlernen" müssen. Ackermann referiert zunächst richtig die komplizierte Frage der Haltung der Kommunistischen Partei zur bürgerlichen Demokratie angesichts des Nazifaschismus, um dann wie folgt auf einen angeblichen Fehler der KPD einzugehen:

> „Wir kannten nur einen direkten, unmittelbaren Weg zum Sozialismus und haben nicht verstanden, daß die Entwicklung in den einzelnen Ländern höchst ungleichmäßig und verschieden verläuft, daß sie vor allen Dingen oft ***Übergangsformen*** erzeugt. Wir haben Lenins Plan in der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1905 nicht verstanden."[447]

Die demagogische Absicht Ackermanns zeigt sich deutlich daran, daß er weder Lenins Plan in der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1905 noch vor allem die objektiven und subjektiven ***Gründe*** für die Notwendigkeit einer demokratischen Etappe der Revolution als Übergangsform hin zur sozialistischen Etappe der Revolution im damaligen Rußland darlegt. Ausgeblendet bleibt auch, daß schon die Kommunistische Internationale vor allem auf ihrem VII. Weltkongreß im Jahr 1935 Grundpositionen zu den Formen des ***Herankommens*** an die sozialistische Revolution in ökonomisch hochentwickelten, imperialistischen Ländern wie Deutschland festgelegt hat.[448]

Ackermann fordert dann eine wesentliche Änderung der Haltung zu „Demokratie":

---

[447] Ebenda, S. 114.

[448] Ulbricht allerdings geht in seinem Beitrag noch weiter und fälscht die Taktik des Kampfes für die demokratische Republik zum „strategischen Kampfziel" um (Ebenda, S. 37). Vgl. dazu auch „Anhang 1: Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und die Brüsseler Konferenz (1935) sowie die Berner Konferenz der KPD (1939)", S. 429 ff.

> „In Wirklichkeit sind wir die konsequentesten Demokraten, obwohl wir uns früher leider oft wie Feinde der Demokratie gebärdeten. (...)
>
> Wir haben gelernt, daß unter besonderen Umständen ein demokratischer Staat möglich ist, der die Herrschaft der Mehrheit – des schaffenden Volkes – darstellt. Wir haben gelernt, daß unter diesen Voraussetzungen der demokratische Weg zum Sozialismus möglich sein kann. Folglich hat sich auch unsere Stellung zur Demokratie wesentlich geändert (...)"[449]

Richtig ist im ersten Satz die Feststellung, daß die kommunistischen Kräfte tatsächlich die konsequentesten Demokraten sind, weil sie im Kampf gegen jede Unterdrückung durch die Bourgeoisie an vorderster Front stehen, weil sie für demokratische Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter und der werktätigen Massen, weil sie für die proletarische Demokratie kämpfen, die breiteste und vollständigste Demokratie in der Geschichte der Menschheit.

Ackermann behauptet dann, daß die KPD sich als „Feind der Demokratie" gebärdet hätte. Dies ist in mehrerer Hinsicht falsch. Die ***bürgerliche Weimarer Republik als Diktatur der Bourgeoisie zu bekämpfen*** mit dem Ziel der gewaltsamen Revolution, die den bürgerlichen Staatsapparat und natürlich auch die bürgerliche Demokratie zerschlägt und vernichtet, das war eine völlig richtige Zielsetzung. Die KPD kämpfte für die Diktatur des Proletariats und die proletarische Demokratie auf der Grundlage ihres Programms von 1918, in dem beide Aufgaben als zusammenhängende Ziele fixiert waren. Dieser Kampf ***für die proletarische Demokratie*** wird von Ackermann verleumdet, wenn er behauptet, die Genossinnen und Genossen der KPD hätten sich als „Feinde ***der*** Demokratie", also nicht nur der bürgerlichen, sondern auch der proletarischen Demokratie „gebärdet". Ackermann spricht es zwar nicht direkt aus, aber suggeriert, daß es falsch gewesen sein soll, daß die KPD gegen die bürgerliche Demokratie der Weimarer Republik gekämpft hatte.[450]

---

[449] Ebenda, S. 115/116.

[450] Der Begriff ***proletarische*** Demokratie im Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie kommt Ackermann nicht über die Lippen. Allenfalls redet er in Andeutungen von einer „besseren Demokratie" (Ebenda, S. 113).

Im zweiten Teil des Zitats gelangt Ackermann von einer richtigen Feststellung zu zwei grundsätzlich falschen Positionen. Es war eine Tatsache, daß es in der SBZ nach 1945 aufgrund der besonderen Bedingungen möglich war, einen demokratischen Staat zu errichten, der sich auf der Macht der Sowjetarmee stützte. Jedoch war es prinzipiell falsch, daraus einen „demokratischen Weg zum Sozialismus" zu konstruieren. Indem Ackermann vom „demokratischen Weg zum Sozialismus" spricht, denunziert er faktisch den revolutionären, gewaltsamen Weg des Proletariats als undemokratisch. Im letzten Satz fordert Ackermann dann ganz offen eine „wesentliche Änderung der Haltung zur Demokratie", also die Revision der kommunistischen Prinzipien sowohl zur bürgerlichen Demokratie als auch zur proletarischen Demokratie. Indirekt bedeutet dies auch eine Absage an die Diktatur des Proletariats, denn diese kann nur auf der Grundlage der breitesten proletarischen Demokratie die gestürzten Ausbeuter niederhalten.[451]

Es geht Ackermann wirklich um die Revision der Prinzipien, ansonsten würde es keinen Sinn machen, wenn er abschließend feststellt:

> „Ohne diese Änderung unserer Haltung in der Frage der demokratischen Republik wäre es nicht möglich gewesen, den Kurs auf die Vereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einzuschlagen und diese Vereinigung herbeizuführen."[452]

Hier gibt Ackermann offen zu, daß diese opportunistischen Zugeständnisse in einer Kernfrage des wissenschaftlichen Kommunismus gemacht wurden, um die Vereinigung mit Teilen der SPD überhaupt erst zu ermöglichen.

d) SED als „Partei aller Schichten des schaffenden Volkes"

Ackermann spekuliert mit den Führungsaufgaben der Kommunistischen Partei, die nicht nur den Kampf der Arbeiterinnen und Arbei-

---

[451] Vgl. dazu in „Rot Front" Nr. 2, Juli 1996, den Abschnitt „Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus" (S. 151 ff).

[452] „Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 116

ter, sondern auch die gerechten Kämpfe der anderen ausgebeuteten Werktätigen leiten muß, um folgendes zu behaupten:

> ***„Die marxistische Partei ist die Partei aller Schichten des schaffenden Volkes. (...)***
>
> Jeder Arbeiter, Bauer, Mittelständler und Intellektuelle muß die Gewißheit haben: Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist meine Partei; sie kennt meine Sorgen, sie wahrt meine Interessen, ihr Programm ist die Vollstreckung meines Willens."[453]

Mit dieser Position würde sich eine Partei zum Vertreter der Interessen der Kleinproduzenten machen,[454] das heißt, sie müßte die Garantie für deren Interesse an der Erhaltung ihres Privateigentums an Produktionsmitteln übernehmen. Das widerspricht diametral der kommunistischen Zielsetzung der Beseitigung jeglichen Privateigentums an Produktionsmitteln.

Die Kommunistische Partei ist aber die revolutionäre Klassenpartei des Proletariats im doppelten Sinne. Erstens leitet und führt sie den proletarischen Klassenkampf mit dem Ziel der Erkämpfung des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie, der Errichtung der Diktatur des Proletariats, des Sozialismus und Kommunismus, also der Klassenziele des Proletariats. Zweitens ist sie auch von ihrer Zusammensetzung die Partei des Proletariats, in der vor allem die fortgeschrittensten Arbeiterinnen und Arbeiter organisiert sind.

Bei Ackermann wird also nicht nur die Idee der proletarischen Klassenpartei über Bord geworfen,[455] sondern auch die marxistische

---

[453] Ebenda, S. 117–119.

[454] „Bauer" schließt darüber hinaus sogar auch die kapitalistischen, d. h. mit Lohnarbeit wirtschaftenden Großbauern mit ein.

[455] Eine revisionistische Position hat Ackermann schon vorher propagiert. In der Vortragsdisposition zur Schulreform wird Ackermann zitiert, der in einer Rede zur Schulreform am 4.11.1945 gesagt hat, daß „ein katholischer Arbeiter, Bauer oder Lehrer Mitglied unserer Partei sein kann, falls er das Aktionsprogramm anerkennt und aktiv mitarbeitet" („Vortragsdisposition", „Demokratische Schulreform", Nr. 17, 1945, S. 14). Mitgliedskriterium soll also nicht mehr die Anerkennung des Maximalprogramms sein, der Diktatur des Proletariats und des Kommunismus, sondern nur noch das demokratische Aktionsprogramm. Damit redet Ackermann der Liquidierung der Kommunistischen Partei als solcher das Wort.

Haltung zur Frage der Gewinnung der Zwischenschichten für den Übergang auf die Position des revolutionären Proletariats, wie sie Marx etwa in seiner „Kritik des Gothaer Programms" dargelegt hat.

e) Zu Änderungen an den „Grundsätzen und Zielen" und dem Statut der SED

Mit dem programmatischen Gründungsdokument ***„Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands"*** setzen wir uns in einem eigenen Abschnitt auseinander. Eine Debatte um dieses Dokument hat es auf dem 15. Parteitag der KPD praktisch nicht gegeben. In der auf dem Gründungsparteitag der SED dann verabschiedeten Fassung gab es laut dem von Ackermann gegebenen Bericht der Redaktionskommission lediglich eine einzige Änderung gegenüber dem Entwurf .

Dort heißt es:

> „Der Bericht der Redaktionskommission kann kurz sein, da nur ein wesentlicher Abänderungsvorschlag zu den Grundsätzen und Zielen der SED vorlag. Der Entwurf ist von allen Parteiorganisationen der SPD und KPD, die hier vertreten sind, einstimmig gebilligt worden. Im Teil II, der den Kampf um den Sozialismus behandelt, ist eine Formulierung enthalten, die den Massen unverständlich ist und von böswilligen Gegnern ausgenutzt werden könnte, Verwirrung zu stiften. Es heißt dort:
>
> ‚Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des Privateigentums an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.'
>
> Für den geschulten Marxisten ist es klar, daß die hier geforderte Vergesellschaftung der Produktionsmittel auf keinen Fall eine ***Enteignung*** der schaffenden Bauern und der Gewerbetreibenden bedeutet. Aber von unseren Gegnern ist wiederholt der Versuch gemacht worden, die Schichten der kleinen und mittleren Besitzer mißtrauisch zu machen und ihnen einzureden: Seht, die Sozialistische Einheitspartei fordert Eure Enteignung ! Aus diesen Erwägungen hat die Redaktionskommission beschlossen, den Anträgen einiger Bezirksparteitage zuzustimmen und dem oben zitierten Satz folgende Fassung zu geben:

‚Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.' "[456]

Die alte Formulierung mag zu Mißverständnissen Anlaß gegeben haben. Die neue ist aber auch nicht viel besser. Denn selbstverständlich kämpft die Kommunistische Partei für die Vergesellschaftung auch der Kleinproduktion, die – wie Lenin eindeutig feststellte – ununterbrochen den Kapitalismus hervorbringt. Richtig ist allerdings, daß der Weg bzw. die ***Methode*** dafür im allgemeinen nicht die Enteignung, sondern die Überzeugung und Anleitung zum Zusammenschluß der Kleinproduzenten ist. Die Kommunistische Partei kann und darf also nie und nimmer den Kleinproduzenten ihr Eigentum an Produktionsmitteln garantieren, sie kann sie lediglich davon überzeugen, den Übergang zur kollektiven Produktion, hin zur sozialistischen und dann kommunistischen Großproduktion selbst zu gehen.[457] Das Ringen darum ist allerdings, wie Lenin feststellte, ebenfalls eine Form des Klassenkampfes, und durchaus auch ein sich verschärfender Klassenkampf, gegen die Macht der Gewohnheiten und Traditionen einer sehr großen kleinbürgerlichen Schicht und gegen die ausbeuterischen Schichten auf dem Land, wie etwa die Kulaken im zaristischen Rußland.[458]

Statt dies alles überzeugend in der neuen Formulierung klarzustellen, ist die SED von vornherein vor der reaktionären Hetze in dieser wichtigen Frage zurückgewichen. Denn sie umgeht einfach die Frage, was denn mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln der Kleinbesitzer passieren soll, wenn sie in der neuen Formulierung lediglich dazu Stellung bezieht, daß das kapitalistische Privateigen-

---

[456] Ebenda, S. 222/223

[457] Das alles hat Engels sehr deutlich klargestellt in der Debatte um das Agrarprogramm der französischen Arbeiterpartei. Siehe Engels: „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland", Marx/Engels Werke, Band 22, S. 483–505.

[458] Siehe Lenin: „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Lenin Werke, Band 31, S. 29, und Lenin: „Die große Initiative", 1919, Lenin Werke, Band 29, S. 399.

tum an Produktionsmitteln vergesellschaftet werden soll, was natürlich richtig ist.

In dem von Dahlem erstatteten Bericht der Statutenkommission wird Rechenschaft über eine wichtige Änderung im ***Statut*** hinsichtlich der Bedingungen der Mitgliedschaft in der Partei abgelegt:

> „Zu § 2, wo es jetzt in Absatz 1 heißt:
>
> Mitglied kann werden, wer die Parteitagsbeschlüsse und dieses Statut anerkennt und sich verpflichtet, im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken
>
> soll hinzugefügt werden:
>
> und aktiv in der Partei zu arbeiten."[459]

Diese Änderung geht in die richtige Richtung, wenngleich sie nicht die wirklich eindeutige Klarstellung des § 1 des Parteistatuts im Sinne von Lenin enthält,[460] daß Mitglied der Kommunistischen Partei nur sein kann, wer auch in einer ihrer ***Organisationen*** aktiv mitarbeitet.[461]

Gegenüber Einwänden, die offenbar vor allem von Seiten der Sozialdemokratie kamen, verteidigt Pieck, „daß die Betriebsgruppe die grundlegende Organisationseinheit der Partei sein wird."[462]

Eine so eindeutige Festlegung ist im Statut der SED allerdings nicht zu finden. Pieck deutet das selbst in seinem Beitrag an, wenn er fordert, es

> „müssen die Betriebsgruppen die entscheidenden Grundeinheiten der neuen Partei werden. In dem vorgelegten Entwurf des Statuts der

---

[459] „Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 224.

[460] Vgl. dazu ausführlicher: „‚Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück' – die organisatorische Grundlage", „Rot Front", Nr. 3, Januar 1997, S. 59 ff., insbesondere S. 60/61.

[461] Wichtig ist die Verankerung der Teilnahme von Genossinnen in allen Leitungen der SED. Ellie Schmitt stellt in ihrem Bericht über die Arbeit unter den Frauen fest: „Im Statut der Sozialistischen Einheitspartei ist festgelegt, daß allen Leitungen Genossinnen angehören müssen. Es ist das erste Statut einer Arbeiterpartei, das solche Bestimmungen enthält." („Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 97)

[462] Ebenda, S. 219.

SED werden daher auch die Betriebsgruppen neben den Wohnbezirksgruppen als die Grundeinheiten der Partei genannt."[463]

4. Zu den Positionen auf dem 40. Parteitag der SPD

Der 40. Parteitag der SPD fand am 19. und 20. April 1946 in Berlin zeitgleich mit dem 15. Parteitag der KPD statt. Er diente der Vorbereitung des Vereinigungsparteitags. Insgesamt waren auf dem Parteitag 548 Delegierte,[464] davon 103 aus den Westzonen, die zunächst als Gäste am Parteitag teilnahmen und per einstimmiger Abstimmung Delegiertenstatus erhielten. Die Delegierten aus der SBZ (445) vertraten 681 500 Mitglieder.[465]

Der Parteitag der SPD verabschiedete einstimmig die „Grundsätze und Ziele" als programmatisches Dokument zur Vereinigung mit der KPD. Ebenso einstimmig wird der Entschließungsantrag zur Vereinigung von SPD und KPD angenommen.

Der Parteitag war in seinem Verlauf davon gekennzeichnet, daß die Referate zur Berichterstattung ohne Aussprache auf Beschluß des Parteitages hin entgegengenommen wurden.[466]

---

[463] Ebenda, S. 219.

Ulbricht betont in seinem Beitrag ebenfalls die Betriebe als Basis der SED, ohne eine wirklich eindeutige Bestimmung vorzunehmen (ebenda, S. 71).

Zur Bedeutung der Betriebszellen als Grundeinheit der Kommunistischen Partei siehe „Rot Front", Nr. 4, Juli 1997, S. 246–249.

[464] „40. Parteitag der SPD", Berlin 1946, S. 103.

[465] Ebenda, S. 82

[466] Einzige Ausnahme und einziger Punkt der Debatte war der § 9 des Status, der auf Vorschlag der Statutenkommission die Fassung erhalten sollten, die mit der Kommission der KPD erarbeitet worden war, insbesondere in seinem Abschnitt 1, der lautete: „Die Wohnbezirks- und Betriebsgruppen sind die Grundeinheiten der Partei." (Ebenda, S. 145) Obwohl der Berichterstatter Lehmann eindringlich darauf hinwies, daß die gleichberechtigte Nebeneinanderstellung von Wohn- und Be-

Fortsetzung nächste Seite

Unbestreitbar ist jedoch, daß der 40. Parteitag der SPD ein Schritt vorwärts bei der Herausbildung eines Blocks innerhalb der SPD war, der gegen die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie und für die Annäherung an die KPD eintrat, ein Prozeß, den Dimitroff bereits auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 umrissen hatte.

Aber der 40. Parteitag der SPD war hauptsächlich gekennzeichnet von einer bestimmten Art von „Größenwahn" verknüpft mit deutschnationalistischen Positionen, was sich in der Haltung zur Frage der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und insbesondere darin ausdrückte, daß die Besetzung Deutschlands durch die sowjetischen Streitkräfte mit der Gründung der SED als nicht mehr erforderlich hingestellt wird.[467] Gerade an diesen beiden Punkten zeigte sich auch, daß es die SPD-Führung nicht wirklich verstand, die Situation nach 1945 realistisch einzuschätzen.

Fortsetzung der Fußnote

triebsgruppen und erst recht die Festlegung, „daß die Betriebsgruppen keine politischen Entscheidungen treffen können", für die KPD „weitreichende Konzessionen" (ebenda, S. 109) bedeuteten, lehnte der Parteitag der SPD diese Paragraphen des Status ab. Statt dessen beschloß der Parteitag der SPD einstimmig eine Fassung des § 9 des Statuts, in dem die Betriebsgruppen keinerlei Erwähnung mehr fanden und der Abschnitt 1 die Fassung erhielt: „Die Ortsgruppe ist die organisatorische Grundeinheit und die zuständige unterste Willensträgerin der Partei." (Ebenda, S. 120)

[467] Siehe dazu Anmerkung 4: „Haltung zu deutschen Kriegsgefangenen ...", S. 492 ff. und Anmerkung 3: „Defensive falsche Haltung zur Besetzung Deutschlands", S. 477 ff.

III. Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED

1. Positionen und Diskussionen auf dem Vereinigungsparteitag

Der Vereinigungsparteitag von SPD und KPD fand im Anschluß an den 40. Parteitag der SPD und den 15. Parteitag der KPD am 21. und 22. April 1946 in Berlin statt. Insgesamt waren auf dem Vereinigungsparteitag 1 055 Delegierte anwesend, die sich wie folgt zusammensetzten: Die KPD war mit 507 Delegierten vertreten, 380 aus der SBZ und 127 aus dem Westen. Die SPD stellte 548 Delegierte, 445 aus der SBZ, 103 aus dem Westen.[468]

Der Parteitag verabschiedete einstimmig die „Grundsätze und Ziele" und das „Manifest an das deutsche Volk". Das Statut wurde gegen 21 Stimmen und bei 4 Enthaltungen angenommen. Dies war die einzige Frage, die auf dem Parteitag nicht einstimmig entschieden wurde. Es gab ***keinen Streit, keine ideologische Auseinandersetzung über den „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus"***, über die gewaltsame proletarische Revolution, über die Diktatur des Proletariats, über das Ziel des Kommunismus.[469]

---

[468] „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD", S. 146.

Alle Seitenangaben hier und in den folgenden Kapiteln 1. und 2. beziehen sich auf diese Ausgabe, soweit nicht anders angegeben.

[469] Problematisch ist gewiß auch angesichts der nazistischen Vergangenheit und der Mitverantwortung der Arbeiterklasse für die Errichtung und die Verbrechen der

Fortsetzung nächste Seite

Hervorstechend war, daß wiederholt extrem nationalistische Positionen geäußert wurden, die ausnahmslos alle unwidersprochen blieben.[470]

Die strittigen Punkte zur Frage der Betriebsgruppen wurden dahingehend gelöst, daß sowohl die ursprüngliche Fassung über die Wohnbezirks- und Betriebsgruppen als „Grundeinheiten der Partei" ins endgültige Statut übernommen wurde als auch die Festlegung, daß die Ortsgruppe, zu der die Grundeinheiten zusammengefaßt werden, „in allen politischen Fragen ihres Bereiches" entscheidet (S. 150/151).

Ohne Gegenstimme wurde die Vereinigung der KPD und SPD zur SED beschlossen. Ebenfalls einstimmig wurde ein Parteivorstand gewählt, der sich paritätisch aus je 40 ehemaligen Mitgliedern der KPD und der SPD zusammensetzte. Ebenfalls einstimmig wurden Pieck und Grotewohl zu Parteivorsitzenden der SED gewählt.

a) Die opportunistische Theorie vom „in der Mitte treffen" als Grundlage der Vereinigung von KPD und SPD

Die Bedeutung des Vereinigungsparteitages für beide Parteien wird im Vorwort zur Veröffentlichung des Parteitagsprotokolls von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl mit dem folgendem Satz eingeleitet:

> „30 Jahre Bruderkampf zwischen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei Deutschlands fanden ihr Ende." (S. 9)

Die Formulierung vom „Bruderkampf" geht von einer beidseitigen mehr oder minder gleichberechtigten Fehlerhaftigkeit aus. Dies ist eine Formulierung, die so nicht hingenommen werden kann, weil sie

---

Fortsetzung der Fußnote

nazifaschistischen Diktatur in Deutschland, daß der Parteitag mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Arbeiterklasse eröffnet wurde. Von Scham war also knapp ein Jahr nach der militärischen Vernichtung des Nazifaschismus nichts mehr zu spüren.

[470] Siehe hierzu Anmerkung 7: „Ein sich durchziehender Kernfehler: Keine Kriegserklärung an den deutschen Nationalismus!", S. 539 ff.

ignoriert, daß die revolutionäre KPD völlig zu Recht die konterrevolutionäre, opportunistische SPD, die zum Beispiel 1918/19 und 1929 Massaker an den kommunistischen Arbeiterinnen und Arbeitern durchführte bzw. durchführen ließ, die als Regierungspartei der Weimarer Republik den Nazis den Nazis den Weg ebnete, als „stinkenden Leichnam" (Rosa Luxemburg) bezeichnete und als Partei des deutschen Imperialismus bis 1932/33 bekämpfte.

Otto Grotewohl beschreibt in seiner Begrüßungsansprache die symbolische Bedeutung des Aktes, daß Wilhelm Pieck und er bei der Eröffnung des Parteitages von rechts und von links auf die Bühne kamen, wie folgt:

> „Wir kamen aber beide, um uns in dieser Mitte zu treffen." (S. 12)

Diese Philosophie eines Treffens in der Mitte entspricht keinesfalls auch nur annähernd einer sich an der Wahrheit orientierenden Darstellung der Auseinandersetzung zwischen SPD und KPD seit 1918. Was jedoch die programmatischen Grundlagen angeht, auf der sich KPD und SPD vereinigt haben, entspricht dieses Bild – leider – durchaus der tatsächlichen Lage, auch wenn es nicht deutlich macht, wie viele Grundsätze die KPD aufgegeben und verletzt hat, um diese „mittlere Linie" einzuschlagen. Grotewohls Mentalität eines Mittelwegs widerspricht grundsätzlich den Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus. Stalin erklärte, daß bei prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten:

> **„kein Übereinkommen, keine ‚mittlere' Linie die Sache retten (kann). Es gibt keine ‚mittlere' Linie in Fragen prinzipiellen Charakters, und es kann sie nicht geben. Der Arbeit der Partei müssen entweder die einen oder die anderen Prinzipien zugrunde gelegt werden. Die ‚mittlere' Linie in prinzipiellen Fragen ist die ‚Linie' der Verkleisterung der Hirne, die ‚Linie' der Vertuschung der Meinungsverschiedenheiten, die ‚Linie' der ideologischen Entartung der Partei, die ‚Linie' des ideologischen Todes der Partei."**
>
> (Stalin: „VII. Erweitertes Plenum des EKKI, Noch einmal über die sozialdemokratischen Abweichungen in unserer Partei, Referat" 1926, Werke Band 9, S. 4)

Walter Ulbricht war es vorbehalten, in der Schlußansprache des Vereinigungsparteitags ganz auf der Linie der Ausführung Grotewohls und als dessen logische Konsequenz zu verkünden, daß es in der SED keine Kommunisten mehr gebe:

> ***„Mit dem heutigen Tage gibt es keine Sozialdemokraten und keine Kommunisten mehr; mit dem heutigen Tage gibt es nur noch Sozialisten!*** (Brausender Beifall.)" (S. 159, Hervorhebung im Original)

Man mag dies als Phrase abtun oder erklären mit der Vereinigungseuphorie. Fest steht, daß das Wort Kommunist nicht nur eine beliebige Hülle ist, dessen Inhalt ebenso mit dem Etikett Sozialist versehen werden kann. Marx und Engels nannten das Gründungsdokument des wissenschaftlichen Kommunismus nicht umsonst „Manifest der Kommunistischen Partei", und Lenin und Stalin legten nach dem Sieg der Oktoberrevolution großen Wert darauf, daß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) in Kommunistische Partei Rußlands umbenannt wird, da allein dies der wissenschaftlich richtige Begriff ist für die Vorhutspartei des Proletariats, die sich auf den wissenschaftlichen Kommunismus stützt.

b) Opportunistisches zur Frage des Wegs zum Sozialismus und zu den Zielen der proletarischen Revolution

Pieck geht auf einige grundsätzliche Fragen aus „Grundsätze und Ziele" ein, wohlwissend, daß es sich hierbei für kommunistische Kräfte um Prinzipienfragen handelt.

Die Frage des Kommunismus ausklammernd unterstreicht Pieck das ***„sozialistische Endziel"*** (S. 84), um dann fortzufahren: ***„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die klassenlose sozialistische Gesellschaft."*** (S. 85) Damit habe sich die SED, so Pieck ***„auf den Boden des konsequenten wissenschaftlichen Sozialismus gestellt"*** (S. 85). Pieck erklärt dies, obwohl er unzweifelhaft darum weiß, daß die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, den Kommunismus als das Endziel der proletarischen Revolution bestimmt und klargemacht haben, daß es erst im Kommunismus keine Klassen mehr gibt.

Als Aufgabe der Arbeiterklasse bei der ***„Eroberung der politischen Macht"*** (S. 87) sieht Pieck immerhin, und dies ist genauer zu analysieren, die Notwendigkeit der

> „Unterdrückung einer kleinen Minderheit von Ausbeutern, von Kriegsinteressenten und Kapitalschiebern, zur Beseitigung der Klassen und zur Sicherung des Friedens." (S. 87)

Von der Unterdrückungsfunktion der „politischen Macht der Arbeiterklasse" zu sprechen, heißt von der diktatorischen Seite der proletarischen Staatsmacht gegenüber den alten Klassenfeinden und den reaktionären Elementen zu sprechen. Diese beschränken sich im übrigen bei Verschärfung des Klassenkampfes nicht auf eine „kleine Minderheit".[471]

Pieck tastet sich bis knapp an die entscheidende Frage heran, wenn er sich davon distanziert, ***„daß Diktatur gleich Diktatur sei"*** (S. 87), um sie schließlich doch zu umgehen: von der Diktatur des Proletariats spricht er nicht.

Pieck betont statt dessen die angebliche Chance, ***„auf dem demokratischen Wege in den Besitz der politischen Macht zu gelangen"*** (S. 88) und verbleibt ganz im opportunistischen Wenn-Dann-Schema der „Grundsätze und Ziele", wonach es gelte, ***„den Widerstand der kapitalistischen Klasse mit revolutionären Mitteln zu brechen, wenn diese den Boden der Demokratie verläßt"*** (S. 88). Auch dies ist eine Abkehr von einem Grundprinzip der sozialistischen Revolution, welche die Aufgabe hat, die Bourgeoisie als Klasse zu unterdrücken, die Diktatur über die Bourgeoisie mit revolutionären Mitteln auszuüben.

Stärkere und sehr richtige Worte fand dann Grotewohl in seinem Teil des Referats zur Frage des „demokratischen Weges", ohne jedoch das Problem wirklich zu vertiefen. Er sagte, als SPD-Funktionär sprechend:

> „In einem Punkte allerdings ist unsere Auffassung neu. In den schlimmen Erfahrungen der Hitler-Ära ist der deutschen Arbeiterklasse die Wahrheit des Wortes von Karl Marx buchstäblich eingebleut worden, wonach die Waffe der Kritik niemals die Kritik der Waffen ersetzen kann." (S. 129)

---

[471] Die Vorstellung von 99,7 Prozent Anhängern der „Arbeiter-und-Bauern-Macht", der eine „kleine Minderheit" von der 0,3 Prozent Gegnern gegenüberstehen, wie sie sich in späteren Wahlen nach Gründung der DDR niederschlägt, ist hier theoretisch angelegt.

Ein Absatz weiter schränkte allerdings auch Grotewohl diese richtigen Bemerkungen wieder ein und wiederholt wortwörtlich das falsche Wenn-Dann-Schema, das in den „Grundsätzen und Zielen der SED" verankert ist und das auch Pieck zuvor vertreten hat (S. 130).

☆ ☆ ☆

Wilhelm Pieck erinnerte sich auf der Feier zur Vereinigung von KPD und SPD mit dem Motto „Froher Ausklang" seiner kommunistischen Wurzeln, als er die „Altmeister" Marx und Engels, Lenin und Stalin propagierte und sie zum festlichen Abschluß des Vereinigungsparteitags zum ersten Mal auf diesem Parteitag erwähnte.

> „Die Sozialistische Einheitspartei hat in ihren ‚Grundsätzen und Zielen' klar aufgezeigt, welchen Weg sie das deutsche Volk führen wird: es ist der Weg in eine schönere, lichtere Zukunft. Dazu gilt es, dem hohen Ziele zuzustreben, das die wissenschaftlichen Altmeister des Sozialismus, ***Marx und Engels,*** und nach ihnen ***Lenin und Stalin*** aufgezeigt haben, die Vernichtung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung und die Verwirklichung des Sozialismus." (S. 167, Hervorhebung RF)

2. Zum programmatischen Grunddokument des Vereinigungsparteitags „Grundsätze und Ziele der SED"

Der Vereinigungsparteitag der SED hat insgesamt vier Beschlüsse verabschiedet, davon betraf der erste Beschluß die Gründung der SED, die drei weiteren Beschlüsse waren die Verabschiedung der „Grundsätze und Ziele der SED", das „Manifest an das deutsche Volk" sowie das Statut der SED. Die „Grundsätze und Ziele der SED" sowie das „Manifest an das deutsche Volk"[472] wurden als pro-

[472] Das „Manifest an das deutsche Volk" enthält gegenüber den „Grundsätzen und Zielen der SED" nichts wesentlich neues. Allerdings wird darin deutscher Nationalismus in besonders extremer Form propagiert, wenn darin verkündet wird, das „Wohlergehen des eigenen Volkes zum höchsten Gesetz" (Siehe „Manifest an das

Fortsetzung nächste Seite

grammatische Grundlagen der SED verstanden, denn ihre Anerkennung wurde im Statut der SED als Bedingung für die Mitgliedschaft der SED benannt.[473]

Die nachfolgenden einzelnen, knapp vorgetragenen Kritiken an Passagen in dem Grundsatzdokument „Grundsätze und Ziele der SED" sind im wesentlichen Ergebnis der Fehler der Vorgeschichte der Gründung der SED. Daher beschränken wir uns hier auf kurze Randbemerkungen entlang des Textes, da die inhaltliche Diskussion dieser Punkte in der Kritik an den Dokumenten der Vorbereitung der Gründung der SED schon erfolgte.[474]

Die „Grundsätze und Ziele der SED" sind das zentrale programmatische Dokument des Gründungsparteitags der SED, ja ein Grunddokument der SED überhaupt, das von der SED auch später nie entscheidend in Frage gestellt worden ist. Das Dokument ist deutlich in vier Teile gegliedert:

Einleitend wird in 13 Absätzen versucht, die Vereinigung der KPD und der SPD als Lehre aus den geschichtlichen Erfahrungen und als Erfordernis der Lage in Deutschland nach zwölf Jahren der nazifaschistischen Herrschaft abzuleiten.

Teil ***„I. Gegenwartsforderungen"*** legt in 14 Punkten unmittelbare politische und ökonomische Tagesaufgaben dar.

Fortsetzung der Fußnote

deutsche Volk", in: „Dokumente der SED", Band I, S. 28.) zu machen, „sich von allen fremden Einflüssen frei(zu)halten" (ebenda). Der „Appell an die deutsche Jugend" zum Ende des „Manifests an das deutsche Volk", daß die Jugend in ihrer Freizeit „wandern, tanzen und spielen" soll, im Programm einer KP erinnert an eine Persiflage.

[473] „§ 2: 1. Mitglied kann werden, wer die Parteitagsbeschlüsse und dieses Statut anerkennt und sich verpflichtet, im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken und aktiv in der Partei zu arbeiten." (S. 180)

[474] Das Statut der SED soll hier nicht genauer kritisiert und besprochen werden, weil organisatorische Fragen, die das Statut betreffen, angesichts der großen theoretischen und politischen Probleme und Fehler in den Grundsatzdokumenten der SED eine eher untergeordnete Rolle für die Analyse der SED spielen.

Teil ***„II. Der Kampf um den Sozialismus"*** führt gedrängt aus, wie sich die SED den Weg des Kampfes für den Sozialismus vorstellte, den von ihr angestrebten „demokratischen Weg zum Sozialismus".

Teil ***„III. Das Wesen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands"*** versucht in knapper Form, den Charakter der SED zu umreißen, wobei die SED als „Partei des schaffenden Volkes" gekennzeichnet wird.

a) Zur Darstellung der Lage in Deutschland 1945/46

Die Einleitung der „Grundsätze und Ziele" lautet insgesamt:

> „Zwölf Jahre faschistischer Diktatur, sechs Jahre Hitlerkrieg schleuderten das deutsche Volk (!?!)[475] in die furchtbarste wirtschaftliche, politische und sittliche Katastrophe (!?!) seiner Geschichte.
>
> ***Deutschland wurde in ein Trümmerfeld verwandelt. (!?!)***
>
> Der Hitlerfaschismus war das Herrschaftsinstrument der wildesten reaktionären und imperialistischen Teile (!?!) des Finanzkapitals, der Herren der Rüstungskonzerne, der Großbanken und des Großgrundbesitzes.
>
> Durch die Spaltung der Arbeiterklasse (!?!) gelangte der Faschismus zur Macht. Mit grausamstem Terror vernichtete er alle demokratischen Rechte und Freiheiten und verwandelte Deutschland in ein Militärzuchthaus (!?!).
>
> Damit war der Weg für eine ungehemmte imperialistische Kriegspolitik frei. Der deutsche Imperialismus opferte seinen Weltmachtsansprüchen bedenkenlos das Leben und die Existenz von Millionen Arbeitern, Bauern, Gewerbetreibenden, Geistesarbeitern und vor allem der Jugend, er setzte Existenz und Zukunft der Nation aufs Spiel (!?!).
>
> ***Wo ist der Ausweg aus der Katastrophe?***
>
> Militarismus und imperialistische Gewalt- und Kriegspolitik haben Deutschland zweimal in das größte nationale Unglück (!?!) gestürzt.

---

[475] Alle Hervorhebungen durch (!?!) im Text von „Grundsätze und Ziele" RF.

Die Sicherung des Friedens, der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und die Erhaltung der Einheit Deutschlands (!?!) erfordern die Vernichtung der Überreste des Hitlerfaschismus und die Liquidierung des Militarismus und Imperialismus.

Niemals wieder darf die Reaktion zur Herrschaft gelangen!

Dazu ist die Einheit der Arbeiterbewegung und der Block aller antifaschistisch-demokratischen Parteien die wichtigste Voraussetzung.

Von allen Schichten des deutschen Volkes haben die Werktätigen das größte Leid, die größten Lasten getragen. Sie sind die große Mehrheit des Volkes. Auf ihren Schultern ruht in erster Linie die Last des Wiederaufbaus und der Wiedergutmachung (!?!).

Das schaffende Volk (!?!) muß daher auch die Geschikke des neuen demokratischen Deutschlands bestimmen.

Die Arbeiterklasse wird alle demokratischen und fortschrittlichen Kreise des Volkes einen. Sie ist die konsequenteste demokratische Kraft und der entschiedenste Kämpfer gegen den Imperialismus. Sie ist die Kraft, die unser nationales Unglück (!?!) überwinden wird.

Die Arbeiterklasse allein hat ein großes geschichtliches Ziel: den Sozialismus. Ihr gehört daher im Bunde mit den Werktätigen die Zukunft.

Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit lehren, daß die Arbeiterklasse nur dann die Führung im Aufbau der neuen, freien, unteilbaren deutschen Republik haben wird und zur Umgestaltung der gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen, zum Aufbau des Sozialismus nur schreiten kann, wenn sie die Spaltung in ihren eigenen Reihen überwindet, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands schafft und das ganze werktätige Volk um sich sammelt.

Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands ist daher das unaufschiebbare (!?!) Gebot der Stunde!

> Von diesen Erwägungen ausgehend, wird die ***Sozialistische Einheitspartei Deutschlands*** auf dem Boden folgender Grundsätze und Ziele gebildet:"[476]

Bevor wir zu den inhaltlichen Hauptkritiken an dieser Passage kommen, sei zu dem auch in diesem Dokument verwendeten Begriff „Hitlerfaschismus" angemerkt, daß die Personalisierung auf die Person Hitlers in der Agitation insbesondere vor 1945 sicherlich eine gewisse Berechtigung hatte aufgrund der Tatsache, daß der „Führerkult" um Hitler für den Nazifaschismus große Bedeutung hatte für die ideologische Anbindung großer Teile der deutschen Bevölkerung an die Nazis. Der Begriff ist aber mit Sicherheit kein wissenschaftlicher, da der Nazifaschismus eben nicht einzig und allein auf die Rolle Hitlers reduziert werden kann, was dieser Begriff zumindest nicht ausschließt.

Das Gründungsdokument der SED durchzieht auch die ebenfalls bereits kritisierte verwirrende Verwendung des Begriffs „das deutsche Volk".

Im neunten Absatz wird auch der ebenfalls bereits kritisierte Begriff „schaffendes Volk" verwendet. Offenbar hat es auch bis zur Gründung der SED keine Reflexion darüber gegeben, daß dieser Begriff im kommunistischen Sprachgebrauch nicht mehr zu verwenden war, da er durch die von der Nazisprache vorgegebene Kombination von „schaffend und raffend" keine Abgrenzung von tiefsitzenden Nazibegriffen bot.

Kein Wort über die in der Geschichte einzig dastehenden Verbrechen des Nazifaschismus, über die Mitschuld, die Notwendigkeit der Besetzung, die Oder-Neiße-Grenze und die Umsiedlungen

Ein richtiger und notwendiger Ausgangspunkt des Aufrufs des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 war der Versuch, die ungeheuren Verbrechen des Nazifaschismus anzuprangern bis hin zur „fabrikmäßigen" Ermordung von Millionen in den Gaskammern und Verbren-

---

[476] „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", zitiert nach: „Dokumente der SED", Band I, S. 5/6.

nungsöfen der Vernichtungslager, auch wenn ein grundlegender Fehler des Aufrufs darin besteht, daß das furchtbarste Wesensmerkmal des Nazifaschismus, der Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und den Roma und Sinti, nicht konkret benannt wird.

Demgegenüber sind die „Grundsätze und Ziele der SED" ein deutlicher Rückschritt. Denn es wird nicht einmal der Versuch unternommen, die die in der Geschichte einzig dastehenden Verbrechen des Nazifaschismus, vor allem den Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma, aufzudecken. Dieser Fehler ist so kardinal und so unentschuldbar, daß alles, was sonst zur Lage und zu den Aufgaben ausgeführt wird, von vornherein fehlerhaft herauskommen muß.

Ein zweiter wesentlicher Rückschritt besteht darin, daß auch nicht mehr von der ***Mitschuld*** der ausgebeuteten und werktätigen Massen an den Nazi-Verbrechen die Rede ist.

Darüber hinaus hätte das programmatische Gründungsdokument der SED unbedingt der Platz sein müssen, um die wesentlichen Versäumnisse des Aufrufs des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 nachzuholen. Dies ist aber nicht geschehen. Mit keinem Wort wird die Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands durch die Armeen der Mächte der Anti-Hitler-Koalition erwähnt, geschweige denn begründet und offensiv propagiert. Ebensowenig wird auf die Notwendigkeit der Oder-Neiße-Grenze sowie der Umsiedlungen eingegangen.

Das bedeutet, daß der grundlegende Fehler des Aufrufs vom Juni 1945, das Ausklammern wesentlicher Kernpunkte des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus, bei der Gründung der SED ganz bewußt nicht korrigiert, sondern zementiert wurden. Das gilt im besonderen auch für den sich durchziehenden Nationalismus, was nachfolgend anhand der wichtigsten Formulierungen belegt werden soll.

Der Nazifaschismus – ein „nationales Unglück" für „Deutschland"?

In den vier Zeilen des ersten Absatzes wird das Bild ausgemalt, der „Hitlerkrieg" und zwölf Jahre nazifaschistische Diktatur habe „das deutsche Volk in die furchtbarste wirtschaftliche, politische und sittliche Katastrophe seiner Geschichte" geschleudert. Völlig unklar bleibt, was diese „Katastrophe" in den genannten Bereichen kenn-

zeichnete, welche Folgen aus ihr erwuchsen, wie diese zu beurteilen und zu bewerten sind. Hier fehlt jegliche Erläuterung. Wenn es unmittelbar im nächsten Satz heißt, daß Deutschland „in ein Trümmerfeld verwandelt" wurde, so wird zumindest die nationalistische Lesart zugelassen, daß die Verwandlung Deutschlands in ein „Trümmerfeld" die eigentliche Katastrophe gewesen sei.[477]

Jedenfalls wird mit dem Bild eines in die Katastrophe „geschleuderten" deutschen Volks ***die deutsche Bevölkerung lediglich als Objekt, nicht als Subjekt der Nazi-Geschichte dargestellt.*** Die noch im Aufruf des ZK der KPD 1945 enthaltene Differenzierung von Mitschuld und Mitverantwortung der deutschen Bevölkerung am Nazifaschismus ist im Gründungsdokument der SED eliminiert.[478]

Auch der Begriff des „Militärzuchthauses" für ganz Deutschland im dritten Absatz ist allenfalls eine Halbwahrheit, insofern subjektiv ein großer Teil der deutschen Bevölkerung sich durchaus nicht in Zuständen wähnte, die einem Militärzuchthaus gleichen. Die Freiwilligkeit der Zustimmung großer Teile der Bevölkerung zum Nazifaschismus wird mit der Bezeichnung „Militärzuchthaus" verdeckt.

Während die in der Geschichte einzig dastehenden Verbrechen mit keinem Wort erwähnt werden, ist statt dessen im vierten Absatz die Rede davon, daß der deutsche Imperialismus seinen Weltmachtsansprüchen bedenkenlos „das Leben und die Existenz von Millionen

---

[477] Die Behauptung, Deutschland sei „in ein Trümmerfeld verwandelt" worden, ist eine Übertreibung, die gemessen an der Realität der Kriegsschäden keineswegs aufrechtzuerhalten ist. Diese Charakterisierung mag für einige wenige Großstädte richtig sein, für das ganze Land, wie erst recht für die ländlichen Gebiete, ist dies schlichtweg falsch.

[478] Das ebenfalls auf dem Vereinigungsparteitag verabschiedete programmatische „Manifest an das deutsche Volk" geht in der Reinwaschung der deutschen Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen von Schuld und Mitverantwortung noch weiter, indem dort behauptet wird, daß das deutsche Volk „zu dem schändlichsten aller Eroberungskriege mißbraucht" worden sei. Die Mitschuld für diesen Eroberungskrieg wird hier durch den Begriff „mißbraucht" ausgeblendet. Die Behauptung vom „Meer von Blut und Tränen, Opfer und Leiden", in die das deutsche Volk „gestürzt" worden sei, übergeht wiederum die Mitschuld der deutschen Bevölkerung, die auch ursächlich mitverantwortlich ist für die Situation nach 1945 in Deutschland (ebenda, S. 24). Die SED kultiviert hier bis in die Wortwahl hinein den nationalistischen Jammer über das ach so „leidende" deutsche Volk.

Arbeitern, Bauern, Gewerbetreibenden und Geistesarbeitern und vor allem der Jugend" opferte, ja die „Existenz und Zukunft der Nation aufs Spiel" gesetzt habe. Der Nachsatz über die „Nation" unterstreicht, daß hier der Tod von Millionen von Deutschen beklagt wird, nicht aber die millionenfache Ermordung der Menschen in den von Nazideutschland überfallenen und versklavten Ländern. Gleichzeitig werden damit die Millionen von Deutschen, die durch die Kriegspolitik des Nazifaschismus ihr Leben verloren haben, unterschiedslos zu Opfern des Nazifaschismus erklärt, als ob es kein wesentlicher Unterschied wäre, daß die einen ihr Leben als Soldaten der verbrecherischen Nazi-Wehrmacht verloren, die am Nazikrieg gegen andere Völker beteiligt waren (von Angehörigen der SS, des SD, der Gestapo usw. ganz zu schweigen), während die anderen, die wirklichen Opfer des Nazifaschismus, vor allem die Jüdinnen und Juden, die Sinti und Roma, aus antisemitischen, rassistischen und anderen reaktionären Gründen von den Nazis ermordet wurden.

Im fünften Absatz wird mit der Frage „Wo ist der Ausweg aus der Katastrophe?" aufgegriffen, was auch im ersten Absatz schon als „Katastrophe" bezeichnet wurde, ein Begriff, der subjektive Beteiligung weitgehend ausschließt. Ebenso wird der nationalistisch besetzte Begriff des „nationalen Unglücks" benutzt. Ohne es weiter auszuführen, muß hierzu kritisch angemerkt werden, daß die Nation eben alle Teile der Bevölkerung umfaßt, auch die Nazis selbst. Und das Unglück der einen, nämlich der Verlust der Macht durch die Niederlage des deutschen Militärs, war keinesfalls ein Unglück für die antinazistischen Kräfte.[479]

Das Bild vom „nationalen Unglück" nährt auch die zutiefst bürgerliche und unwissenschaftliche Vorstellung, eine Lebenslüge bürgerlicher Darstellungen, daß der Nazifaschismus schicksalhaft, quasi mit höherer Gewalt über „Deutschland" hereingebrochen sei.

Auch im achten Absatz mit den Formulierungen „größtes Leid", „größte Lasten" und „Last des Wiederaufbaus und der Wiedergutmachung" wird die deutsche Bevölkerung (bzw. die deutschen Werktätigen) wiederum in erster Linie als Objekt dargestellt, die ohne eige-

---

[479] Im zehnten Abschnitt wird die SED dann ausgerechnet auch noch als Kraft definiert, „die unser nationales Unglück überwinden wird".

nes Zutun die „größten Lasten" getragen und „größtes Leid" erfahren habe. Daß große Teile der deutschen Werktätigen auch vom Nazifaschismus profitierten, zum Beispiel durch den Raub von jüdischem Eigentum und durch den Raub in den besetzten Ländern, wird hier ausgeklammert. Auch die Formulierung „Last der Wiedergutmachung" widerspricht der eigentlichen Aufgabe, deutlich zu machen, daß es eine große Möglichkeit und Chance war, den deutschen Werktätigen überhaupt zuzubilligen, materielle Entschädigung für die Zerstörungen des Nazifaschismus in anderen Ländern zu leisten. Auf die Problematik des Begriffs „Wiedergutmachung" soll hier nicht nochmals eingegangen werden. Im engen Sinne des Wortes ist eine Wiedergutmachung angesichts der bestialischen Verbrechen des Nazifaschismus nur für materielle Schäden möglich.

Setzte der Nazifaschismus „Existenz und Zukunft der Nation aufs Spiel"?

Im vierten Absatz wird behauptet, daß der deutsche Imperialismus „Existenz und Zukunft der Nation aufs Spiel" gesetzt habe. Wenn es denn so wäre, daß es eine solche Möglichkeit überhaupt bestanden hätte, dann hätte Deutschland in der Tat nicht weiter existieren dürfen und die deutsche Nation hätte in der Tat das Recht auf eine Zukunft verloren. Der später ins falsche Gleis geleitete Ausspruch Stalins: „die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt",[480] macht klar, daß die Vorstellung von einer angeblich möglichen Beendigung der Existenz Deutschlands als Nation nicht real war. Das war eben das Problem: Die Hitlers konnte man verjagen, das deutsche Volk, der deutsche Staat aber blieben. Die Existenz der deutschen Nation und des deutschen Volkes stand nie auf dem Spiel. Insofern ging es auch nie um die Rettung der Existenz der Nation, es ging und geht immer um die Frage, welchen Weg Deutschland einschlägt.

[480] Siehe dazu Stalin: „Befehl des Volkskommissariats für Verteidigung vom 23. 2. 1942", Werke Band 14, S. 266.

Erforderte der „Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft" und die „Erhaltung der Einheit Deutschlands" die Vernichtung der noch vorhandenen Elemente des Nazifaschismus, des Militarismus und Imperialismus?

Im sechsten Abschnitt wird eine einseitige Prognose gestellt. Denn der „Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft" hätte auch ohne – und hat auch ohne – Liquidierung des Militarismus und Imperialismus in Deutschland funktioniert. Jedenfalls ist die Einheit Deutschlands keinesfalls gebunden gewesen an die Liquidierung des Militarismus und Imperialismus. Das hat auch die Geschichte gezeigt. Die wirkliche Motivation und die wirklichen Gründe für die richtig formulierte Aufgabe der Vernichtung der Überreste des Nazifaschismus liegen in den Verbrechen und den Taten der Nazis und nicht in den Erfordernissen der Einheit Deutschlands und des „Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft" begründet.

Im zwölften Absatz wird schließlich von einer „unteilbaren deutschen Republik" gesprochen, so, als sei die Teilung Deutschlands ein Ding der Unmöglichkeit. Die Geschichte hat diese Illusion der SED sehr schnell zerstört, spätestens mit der Gründung der BRD und der DDR 1949. Im selben Absatz wird wiederum, wie schon bei der Vorbereitung der Gründung der SED, die „Spaltung" der Arbeiterklasse als Kernproblem hingestellt. Es wird die falsche Vorstellung verbreitet, daß nur eine Vereinigungspartei, die sich in West- und Ostdeutschland mit der SPD zusammengeschlossen hat und deren Arbeitsgebiet ganz Deutschland ist, den Aufbau des Sozialismus anpacken könnte. Diese Vorstellung ignoriert erstens, daß eine Vereinigung mit den von Schumacher geführten reaktionären Teilen der SPD illusionär war. Zweitens wird hier der Eindruck erweckt, daß die Einheit Deutschlands Bedingung des Kampfs für den Sozialismus sei, als ob die SED in der SBZ und die KPD im Westen Deutschlands nicht in der Lage gewesen wären, für die Errichtung des Sozialismus zu kämpfen, wenn sich herausgestellt hätte, daß die Teilung Deutschlands besiegelt gewesen sei.

Welche „Einheit der Arbeiterbewegung"?

Im dritten Absatz heißt es, daß „durch die Spaltung der Arbeiterklasse der Faschismus an die Macht" gelangt sei. Diese These ist eine Verkürzung einer komplizierten Kette von Gründen. Denn durch die Existenz der Arbeiteraristokratie ist eine gewisse Spaltung der Arbeiterklasse im Imperialismus nicht zu vermeiden. Die Aufgabe der KPD vor 1933 war die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse gegen die von der Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie angeführten konterrevolutionären Teile der Arbeiterklasse.

Der im siebten Absatz verbreitete Mythos der „Einheit der Arbeiterbewegung" klammert die Möglichkeit notwendiger Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung weitgehend aus. Die Arbeiterbewegung war ja nicht nur in Sozialdemokraten und Kommunisten gespalten, sondern auch die bürgerlichen Parteien und selbst die Nazis hatten es geschafft, die Arbeiterbewegung zu spalten. Eine kämpferische revolutionäre Einheit der Arbeiterbewegung konnte nur über den Kampf innerhalb der Arbeiterbewegung erreicht werden.

Schließlich wird im dreizehnten Absatz die entscheidende brennende Frage nicht diskutiert, warum gerade zu diesem Zeitpunkt die Vereinigung von KPD und SPD das „unaufschiebbare Gebot der Stunde" gewesen sein soll. Besonders hätte in diesem Absatz das Problem der unterschiedlichen Besatzungszonen Deutschlands und die daraus resultierende Beschränkung des Arbeitsbereichs der SED auf die SBZ behandelt werden müssen. Die Formulierungen, die hier verwendet werden, machen deutlich, daß die SED sich als die Avantgarde der Arbeiterklasse in ganz Deutschland verstanden hat. Dies entsprach nicht der Realität. Die SED hatte ihren Arbeitsbereich in der SBZ.

Der Nazifaschismus – Herrschaftsinstrument nur von „Teilen des Finanzkapitals"?

Offensichtlich in Anlehnung an die bekannte Formulierung Dimitroffs wird im zweiten Absatz vom Hitlerfaschismus als dem „Herrschaftsinstrument der wildesten reaktionären und imperialisti-

schen Teile des Finanzkapitals" gesprochen. Im Grunde widerspricht diese Formulierung Dimitroff, denn dieser sprach nicht von „Teilen", sondern von „Elementen".[481] Die hier gewählte Formulierung legt nahe oder läßt zumindest offen, daß es auch nichtreaktionäre imperialistische Teile des Finanzkapitals gibt. Diese Interpretation war bei den Komintern-Thesen zum Faschismus und bei Dimitroffs Formulierung gerade ausgeschlossen:

> **„Der Faschismus an der Macht (...) ist (...) *die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.* (...) Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst."**[482]

Gerade an einem programmatischen Grunddokument muß ein solcher Fehler prinzipiell kritisiert werden, da eine solche Formulierung die Tür zu einer revisionistischen Politik öffnet, das Bündnis mit den angeblich weniger wilden, weniger reaktionären und imperialistischen Teilen des Finanzkapitals zu suchen.

Der Sozialismus als das „große geschichtliche Ziel" der Arbeiterklasse?

Die These vom Sozialismus als dem „großen geschichtlichen Ziel" der Arbeiterklasse ist eindeutig falsch, da die Arbeiterklasse im Sozialismus noch nicht ihr Ziel erreicht hat, eine kommunistische Gesellschaft ohne jegliche Klassen zu errichten. Dies wird erst durch eine höhere Gesellschaftsordnung möglich, die kommunistische Gesellschaft. Die SED „vergißt" hier die von Marx etwa in der „Kritik des Gothaer Programms" formulierten Gesetzmäßigkeiten über So-

---

[481] Im Widerspruch dazu stehen auch die Erläuterungen in der „Vortragsdisposition" der KPD zum Faschismus in Deutschland, wo es zu Recht heißt: „Der Faschismus ist eine politische Herrschaftsform der imperialistischen Bourgeoisie" („Der Sieg des Faschismus in Deutschland und seine Lehren für unseren gegenwärtigen Kampf", Vortragsdisposition Nr. 1, 1945, S. 3)

[482] Dimitroff: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus", 1935, in: „Protokoll des VII. Weltkongresses der Komintern", 1935, Band I, S. 322

zialismus und Kommunismus, über die Notwendigkeit der „Permanenzerklärung" der Revolution bis zum Kommunismus.

b) Zum Abschnitt I: „Gegenwartsforderungen"

„I. Gegenwartsforderungen

1. Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher. Beseitigung der Überreste des Hitlerregimes in Gesetzgebung und Verwaltung. Völlige Säuberung des gesamten öffentlichen Lebens, aller Ämter und Wirtschaftsleitungen von Faschisten und Reaktionären.

2. Beseitigung der kapitalistischen Monopole, Übergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.

3. Vernichtung des reaktionären Militarismus, Entmachtung der Großgrundbesitzer und Durchführung der demokratischen Bodenreform.

4. Ausbau der Selbstverwaltung auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen. Leitung aller öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft durch ehrliche Demokraten und bewährte Antifaschisten. Systematische Ausbildung befähigter Werktätiger als Beamte der Selbstverwaltungsorgane, als Lehrer, Volksrichter und Betriebsleiter unter besonderer Förderung der Frauen.

5. Überführung aller öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmungen in die Hände der Gemeinden, Provinzen und Länder oder der gesamtdeutschen Regierung. Zusammenfassung der wirtschaftlichen Unternehmungen in Wirtschaftskammern unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften und Genossenschaften. Stärkste Förderung des Genossenschaftswesens. Begrenzung der Unternehmergewinne und Schutz der Werktätigen vor kapitalistischer Ausbeutung.

6. Aufbau der Wirtschaft und Sicherung der Währung auf Grund von Wirtschaftsplänen. Planmäßige Förderung der Bedarfsgütererzeugung in Industrie und Handwerk unter Einschaltung der Privatinitiative. Stärkste Intensivierung und Förderung der Landwirtschaft. Wiederaufbau der zerstörten

Städte und beschleunigte Wiederherstellung des Transports und der Sicherheit des Verkehrs. Schaffung der Grundlagen zur Wiedereingliederung Deutschlands in den internationalen Warenaustausch durch Ausfuhr von Bedarfsgütern und Einfuhr fehlender Rohstoffe und Lebensmittel, auch mit Hilfe internationaler Warenkredite. Neuaufbau des Kreditwesens durch öffentliche Kreditinstitute. Arbeitsbeschaffung für alle Werktätigen. Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs der breiten Volksmassen an Nahrung, Kleidung, Wohnung und Heizung.

7. Demokratische Steuerreform. Vereinfachung des Steuerwesens durch straffe Zusammenfassung aller Steuerarten. Stärkere Berücksichtigung der sozialen Lage bei der Steuerbemessung. Die Reicheren sollen die größeren Kriegslasten tragen.

8. Sicherung der demokratischen Volksrechte. Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift unter Wahrung der Sicherheit des demokratischen Staates gegenüber reaktionären Anschlägen. Gesinnungs- und Religionsfreiheit. Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied von Rasse und Geschlecht. Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben und im Beruf. Staatlicher Schutz der Person. Demokratische Rechts- und Justizreform.

9. Sicherung des Koalitions-, Streik- und Tarifrechts. Anerkennung der Betriebsräte als gesetzmäßige Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Gleichberechtigte Mitwirkung der Betriebsräte in allen Betriebs- und Produktionsfragen.

10. Achtstundentag als gesetzlicher Normalarbeitstag. Ausbau des gesetzlichen Arbeitsschutzes, besonders für Frauen und Jugendliche. Ausbau einer einheitlichen Sozialversicherung unter Einbeziehung aller Werktätigen. Neuordnung der Sozialfürsorge, des Mutter-, Kinder- und Jugendschutzes. Besondere Fürsorge für die Opfer des Faschismus, Betreuung der Umsiedler und Heimkehrer.

11. Demokratische Reform des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens. Aufbau der Einheitsschule. Erziehung der Jugend im Geiste einer fortschrittlichen Demokratie, der Freundschaft unter den Völkern und einer wahren Humanität. Jeder Deutsche hat das Anrecht auf Bildung nach seinen Anlagen und Fähigkeiten. Trennung der Kirche von Staat und

Schule. Kulturelle Erneuerung Deutschlands; Förderung von Literatur, Kunst und Wissenschaft.

12. Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik, Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien.

13. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung der durch das Hitlerregime den anderen Völkern zugefügten Schäden. Sicherung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards für das deutsche Volk im Sinne der Potsdamer Konferenz der drei Großmächte.

14. Schärfster Kampf gegen Rassenhetze und jedwede Hetze gegen andere Völker.[483] Friedliches und gutnachbarschaftliches Zusammenleben mit anderen Nationen."[484]

Wir beschränken uns im folgenden auf die Punkte, an denen wir Kritiken haben.

Die ***1. Forderung*** beschränkt sich unzulässig auf die Bestrafung der Kriegsverbrecher. Alle Naziverbrecher, auch die Spitzel der Gestapo, auch die Verbrechen vor dem Krieg und parallel zum Krieg hätten ausdrücklich benannt und die Bestrafung hätte gefordert werden müssen. Eine solche einseitige Begrenzung der Bestrafung auf die Kriegsverbrecher kommt der Lebenslüge entgegen, daß das eigentliche Verbrechen des Nazifaschismus der Krieg gewesen wäre. Unzweifelhaft war der Krieg eines der großen Verbrechen des Nazifaschismus, aber eben nicht das einzige, und alle Verbrechen der Nazis mußten bestraft werden.

In der ***2. Forderung*** ist die antinazistische Komponente der Beseitigung der kapitalistischen Monopole nicht kausal hergestellt, sondern es wird lediglich aneinandergereiht, daß die Übergabe der Unternehmen der Faschisten, Kriegsinteressenten einerseits erfolgen müsse, andererseits „die Beseitigung der kapitalistischen Monopole" anstehe. Der Grund für die Beseitigung der kapitalistischen Mono-

---

[483] Hier ist zu kritisieren, daß der dringend notwendige Kampf gegen Antisemitismus und Antiziganismus nicht ausdrücklich erwähnt wird.

[484] „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", zitiert nach: „Dokumente der SED", Band I, S. 6–8.

pole wird hier nicht genannt. Diese fehlende Klarheit ist nicht unwichtig angesichts der eigentlich nötigen präzisen Trennung von antinazistischer Motivation und sozialistischer Motivation. Derselbe Fehler wiederholt sich in der ***5. Forderung.***

In der ***8. Forderung*** wird zu leichtfertig mit der Forderung von „demokratischen Volksrechten" umgegangen. Es wird nicht geklärt, ob Nazis und Kriegsverbrecher Wahlrecht haben. Außerdem hätte deutlich werden müssen, daß die demokratischen Freiheiten nicht nur „zur Sicherheit des demokratischen Staates" eingeschränkt sind, sondern hinsichtlich aller nazistischer und militaristischer Äußerungen, welche sich gegen die Sicherheit und die Würde einzelner richten, auch wenn dadurch die Sicherheit des Staates noch nicht bedroht wird. Daß in dieser Forderung der Begriff „Rasse" verwendet wird, deutet darauf hin, daß eine Reflexion über die Problematik dieses Begriffs angesichts seiner Verwendung durch die Nazis keinesfalls stattgefunden hat.

Ist man beim Lesen der ***10. Forderung*** zunächst noch erfreut, daß die „besondere Fürsorge für die Opfer des Faschismus" bekräftigt wird, so wird dieser positive Eindruck gleich wieder zunichte gemacht, wenn von der „Betreuung der Heimkehrer" gesprochen wird. Denn gemeint sind damit zurückkehrende Soldaten der Nazi-Wehrmacht, die in alliierte Gefangenschaft geraten waren. Diesen hätte eigentlich zuallererst eine gründliche Untersuchung ihres Verhältnisses zur Nazipartei und ihres Verhaltens im Krieg in Aussicht gestellt werden müssen und nicht eine „Betreuung" durch die SED.

Daß in der ***11. Forderung*** die nationalistische These „jeder Deutsche hat das Anrecht auf Bildung" verwendet wird anstatt zu formulieren „jeder Staatsbürger", zeigt, daß der deutsche Nationalismus nicht als Feind erkannt worden ist.

In der ***13. Forderung*** wäre Gelegenheit gewesen, auch auf die Pflicht zur Entschädigung für die in Deutschland zugefügten Schäden hinzuweisen. Wenn allein die den anderen Völkern zugefügten Schäden genannt werden, die „wiedergutgemacht" werden sollen, bedeutet dies eine falsche Einschränkung der Pflicht zur Entschädigung.

Trotz der oben angeführten Kritiken enthält der Abschnitt „Gegenwartsforderungen" der „Grundsätze und Ziele der SED" auch Punkte, die positiv zu bewerten sind. So sind neben der wichtigen Forderung 14 („Schärfster Kampf gegen Rassenhetze und jedwede Hetze gegen

andere Völker") außerdem viele demokratische Grundrechte garantiert (Meinungsfreiheit, Gesinnungs- und Religionsfreiheit, Gleichberechtigung, Streikrecht, Achtstundentag, Schulreform).

c) Zum Abschnitt II: „Der Kampf um den Sozialismus"

„II. Der Kampf um den Sozialismus

Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigt und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, der Frieden nicht endgültig gesichert.

Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse die ausgebeutete und unterdrückte Klasse. Sie kann sich von Ausbeutung und Unterdrückung nur befreien, indem sie zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrükkung befreit und die sozialistische Gesellschaft errichtet. Der Sozialismus sichert allen Nationen, allen Menschen die freie Ausübung ihrer Rechte und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Erst mit dem Sozialismus tritt die Menschheit in das Reich der Freiheit und des allgemeinen Wohlergehens ein.

Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft um diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik.

Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerbrechung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt."[485]

Völlige Verwirrung der Frage von Sozialismus und Kommunismus

Im ***ersten Absatz*** wird die Frage des Friedens in die Frage der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise mit hineingezogen. Der Frieden ist jedoch auch nicht endgültig gesichert, wenn in Deutschland der Sozialismus errichtet ist, sondern erst wenn weltweit der Imperialismus gestürzt ist.

In ***zweiten Absatz*** wird als Motivation für den Kampf für den Sozialismus die „Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes" formuliert, wobei offensichtlich die nationale Einheit anvisiert wird. Hier ist angelegt, daß angeblich nur der Sozialismus die Einheit Deutschlands herstellen kann, eine gefährliche Voraussetzung, eine falsche Voraussetzung.

Außerdem wird hier der Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus verwischt. Denn erst im weltweiten Kommunismus, wenn es keinen Staat mehr gibt, ist jegliche Unterdrückung beseitigt. Im Sozialismus werden mit Hilfe der Diktatur des Proletariats die gestürzte Bourgeoisie und sämtliche Reaktionäre gewaltsam niedergehalten, also gibt es nach wie vor Unterdrückung. Indem behauptet wird, im Sozialismus sei schon jegliche Unterdrückung verschwunden, wird indirekt die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats bis

[485] „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", zitiert nach: „Dokumente der SED", Band I, S. 8/9.

zum Kommunismus wegoperiert. Der Kommunismus fällt hier wie im gesamten Dokument überhaupt weg.

Im ***dritten Absatz*** wird wie im zweiten Absatz der Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus verwischt. Denn der Sozialismus sichert eben nicht allen Menschen die freie Ausübung ihrer Rechte, da sonst die Idee der Diktatur des Proletariats absurd wäre. Genau das ist der entscheidende Punkt, warum auch in dieser Passage von der Diktatur des Proletariats nicht die Rede ist.

Außerdem wird die Errichtung des Sozialismus in einem Land und die Errichtung des Sozialismus in allen Ländern der Welt in einer Art zusammengezogen, daß nicht mehr deutlich wird, welche Ziele in welchem Rahmen erreicht werden können.

Die opportunistische Formulierung von der „Eroberung der politischen Macht"

Im ***vierten Absatz*** wird die Formulierung „Eroberung der politischen Macht" verwendet – als Ersatz für die Diktatur des Proletariats –, als „grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung". Diese opportunistische Formulierung vertuscht nicht nur, auf welchem Weg die politische Macht erobert werden soll, sondern verschweigt auch eine grundlegende Aufgabe der politischen Macht der Arbeiterklasse, nämlich die diktatorische Niederhaltung der gestürzten Bourgeoisie und aller Reaktionäre.

Im ***fünften Absatz*** bindet sich die SED insofern die Hände, als es die demokratische Republik 1946 in ganz Deutschland gerade nicht gab. Insofern ist die Festlegung, auf dem Boden einer demokratischen Republik zu kämpfen, die noch gar nicht existiert, unsinnig. Die Frage war in erster Linie, was für eine demokratische Republik in Deutschland entstehen würde. Wenn eine demokratische Republik ähnlich der Weimarer Republik zustande käme, dann ist dieser Absatz direkt falsch.

Der revisionistische „besondere deutsche Weg zum Sozialismus"

Im ***letzten Absatz*** des Teils „Der Kampf um den Sozialismus" wird dann der „besondere deutsche Weg zum Sozialismus" begründet. Hier zeigt sich, daß in den Gründungsdokumenten der SED die Un-

terschiede der Lage im Westen und im Osten Deutschlands nicht zum Ausgangspunkt genommen werden.

Die These, daß angeblich der reaktionäre staatliche Gewaltapparat schon zerbrochen ist und dies die besondere Lage in Deutschland kennzeichne, entbehrte im Westen insofern jeglicher Grundlage, als zwar auch dort die Armee der deutschen Imperialisten zerschlagen war, aber die reaktionären westlichen Armeen dort standen und auch andere Teile des reaktionären deutschen Staatsapparats weitgehend erhalten bzw. restauriert wurden. Falsch ist auch, wie schon angemerkt, daß die SED undifferenziert davon spricht, daß in Deutschland eine „demokratische Republik" entstanden sei. Damit werden die wesentlichen Unterschiede zwischen der SBZ und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands vollständig verwischt, denn in der SBZ war im Gegensatz zu Westdeutschland der Aufbau eines demokratischen Staats angepackt worden.

Bei der Kritik an der Behauptung, daß die reaktionären Kräfte daran gehindert werden könnten, mit den „Mitteln der Gewalt und des Bürgerkriegs" der Arbeiterklasse in Deutschland in den Weg zu treten, soll nochmals etwas ausgeholt werden, um diesen falschen Knoten, den die SED hier geschnürt hat, zu zerschlagen.

Im ***Westen Deutschlands*** hatten die deutschen reaktionären Kräfte gestützt auf die imperialistischen Armeen der USA, Englands und Frankreichs selbstverständlich nicht nur die Möglichkeit, Gewalt gegen die Arbeiterklasse anzuwenden, ja ohne Abzug dieser Armeen war an einen Weg zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg nicht zu denken.

In der ***SBZ*** gab es Möglichkeiten der Gewaltanwendung reaktionärer Kräfte, wenn auch nicht aus dem Kern des Staatsapparates heraus, sondern militärisch und geheimdienstlich von den reaktionären Kräften in der SBZ und im Westen Deutschlands. Die Vorstellung, daß ein demokratisch geführter Staat in der SBZ auf der Grundlage der bewaffneten Macht der Sowjetarmee es der Reaktion unmöglich macht, gewaltsam vorzugehen, enthält auch eine Unterschätzung der eigentlich anzupackenden Aufgabe, die Arbeiterklasse zu bewaffnen. Um die Reaktion wirklich niederhalten zu können, ist die Diktatur des Proletariats notwendig, deren wesentliche Grundlage die bewaffnete Macht der Arbeiterklasse ist.

Aus all dem folgt: Ohne ***Diktatur des Proletariats*** ist ein Übergang zum Sozialismus unmöglich. Diktatur des Proletariats heißt deshalb Diktatur, weil sie auf jeden Fall mit revolutionärer Gewalt, mit Androhung von Waffengewalt, mit Androhung von Krieg gegen die Gewalt der Konterrevolution verbunden ist. Nur auf diesem ***revolutionären Weg*** kann der Sozialismus und Kommunismus errichtet werden.

Die Diktatur des Proletariats wird bewußt aus Rücksichtnahme auf die Sozialdemokratie in diesem Absatz – wie in den gesamten „Grundsätzen und Zielen der SED" – nicht erwähnt.

Die Formulierung am Schluß des letzten Absatzes, daß die SED „den demokratischen Weg zum Sozialismus" erstrebe und sie zu „revolutionären Mitteln" greife, „wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt", ist in mehrerer Hinsicht falsch.

Die Einschränkung, „wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt", unterstellt im Umkehrschluß, die kapitalistische Klasse stehe auf dem „Boden der Demokratie". Jedoch steht die Bourgeoisie auch in der bürgerlichen Demokratie keineswegs vollständig auf dem Boden ihrer eigenen Gesetze, sondern verletzt diese selbst ständig, bereitet sich ständig auf den immer weitergehenderen Bruch ihrer Demokratie vor etc. Hier muß auch gefragt werden, was unter „Demokratie" verstanden werden soll. Die Verschwommenheit des ganzen Absatzes ist ein zentrales Problem der „Grundsätze und Ziele der SED".

Im letzten Satz des Abschnitts wird behauptet, es gäbe die Möglichkeit eines Wegs zum Sozialismus ohne Anwendung revolutionärer Mittel, also auch ohne die Anwendung revolutionärer Gewalt. Dies bedeutet, daß hier ganz offen ein Prinzip des wissenschaftlichen Kommunismus verworfen wird: die unbedingte Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats als Grundlage für den Aufbau des Sozialismus, die zwingend die Gewaltanwendung gegenüber der Ausbeuterklasse einschließt. Der revisionistische Charakter dieser Position im Gründungsdokument der SED besteht darin, daß nicht die als herrschende Klasse organisierte bewaffnete Arbeiterklasse, das eben heißt Diktatur des Proletariats, für notwendig befunden und propagiert wird, um zum Sozialismus zu gelangen.

Durch die Gegenüberstellung von „demokratischem Weg" und „revolutionären Mitteln" wird ausgeblendet, daß die Anwendung re-

volutionärer Mittel für die Ausgebeuteten ein Höchstmaß an Demokratie sichert, nämlich die proletarische Demokratie auf der Grundlage der Diktatur des Proletariats. Zudem werden die revolutionären Mittel indirekt als undemokratisch ausgegeben, wenn sie dem „demokratischen Weg" gegenübergestellt werden.

d) Zum Abschnitt III: „Das Wesen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands"

„III. Das Wesen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Die geschichtliche Aufgabe der geeinten Arbeiterbewegung ist es, den Kampf der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes bewußt und einheitlich zu gestalten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat die Gegenwartsbestrebungen der Arbeiterklasse in die Richtung des Kampfes um den Sozialismus zu lenken, die Arbeiterklasse und das gesamte schaffende Volk (!?!) bei der Erfüllung dieser ihrer historischen Mission zu führen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kann ihren Kampf nur erfolgreich führen, wenn sie die besten und fortgeschrittensten Kräfte der Werktätigen vereint und durch die Vertretung ihrer Interessen zur ***Partei des schaffenden Volkes*** (!?!) wird.

Diese Kampforganisation beruht auf dem demokratischen Beschlußrecht ihrer Mitglieder, der demokratischen Wahl aller Parteileitungen und der Bindung aller Mitglieder, Abgeordneten, Beauftragten und Leitungen der Partei an die demokratisch gefaßten Beschlüsse.

Die Interessen der Werktätigen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise gleich. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erklärt sich daher eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller Ländern. Sie fühlt sich solidarisch mit den friedliebenden und demokratischen Völkern der ganzen Welt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschland kämpft als unabhängige Partei in ***ihrem*** Lande für die wahren nationalen Interessen ***ihres*** Volkes (!?!). Als deutsche sozialistische Partei ist sie die fortschrittlichste und beste nationale Kraft

(!?!), die mit aller Kraft, die mit aller Energie gegen alle partikularistischen Tendenzen für die ***wirtschaftliche, kulturelle und politische Einheit Deutschlands*** eintritt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird sich nach diesen Grundsätzen und Forderungen ein Programm geben, das vom Parteivorstand der Mitgliedschaft vorzulegen und vom nächsten ordentlichen Parteitag zu beschließen ist.

Die Einheit der sozialistischen Bewegung ist die beste Gewähr für die Einheit Deutschlands! Sie wird den Sieg des Sozialismus sichern! Der Sozialismus ist das Banner der Zukunft!

In diesem Zeichen werden wir siegen!"[486]

In den ***ersten beiden Absätzen*** wird von der historischen Mission „der Arbeiterklasse und des gesamten schaffenden Volkes" gesprochen. Abgesehen von dem unzulässigen Begriff „schaffendes Volk", der schon an anderer Stelle kritisiert wurde, wird hier die Arbeiterklasse im Grunde gleichgesetzt mit allen Werktätigen. Dementsprechend ist die SED ihrem Selbstverständnis nach eine „Partei des schaffenden Volkes". Das widerspricht dem wissenschaftlichen Kommunismus, der fordert, daß die Kommunistische Partei die Partei der Arbeiterklasse sein muß. Die Gleichsetzung mit dem Kampf der Werktätigen in Form einer bloßen Aufzählung verschleiert dieses Wesensmerkmal.

Doppeldeutig und falsch ist im ***vierten Absatz*** auch die Behauptung: „die Interessen der Werktätigen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise gleich". Selbstverständlich sind die Interessen der werktätigen und ausgebeuteten Bauern und die Interessen der Arbeiterklasse in allen Ländern objektiv betrachtet, auch in den abhängigen, kapitalistisch wenig entwickelten Ländern und in den sozialistischen Ländern, gleich. In dieser Hinsicht ist die Einschränkung auf die kapitalistischen Länder unsinnig. Daraus folgt, daß auch der Nachsatz, daß „sich daher" die SED „eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller Länder" erklärt, logischer Unsinn ist.

---

[486] „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", zitiert nach: „Dokumente der SED", Band I, S. 9/10.

Nicht alle „Werktätigen" haben objektiv die gleichen Interessen wie das Proletariat. Es gibt werktätige Schichten, die durch ihre ganze Lebenslage sehr eng an die Bourgeoisie gebunden sind, wie zum Beispiel große Teile der Beamten, oder auch werktätige Schichten, wie etwa die Großbauern, die selbst arbeiten, aber gleichzeitig Lohnarbeiter und -arbeiterinnen ausbeuten. In einem wissenschaftlich fundierten Programm einer Kommunistischen Partie müssen auch solche feinen Differenzierungen berücksichtigt werden, weil das Programm Grundlage und Handlungsanleitung für den Klassenkampf sein soll. Die Verwischung solcher theoretischen Fragen kann im tagtäglichen Klassenkampf nur zu Niederlagen führen, weil die Verbündeten der proletarischen Revolution nicht richtig bestimmt werden können.

Die Betonung im vierten Absatz, daß die SED für die „wahren nationalen Interessen ihres Volkes" kämpft, hätte vorausgesetzt, daß diese „wahren nationalen Interessen" genauer definiert werden, ebenso wie die These von der „besten nationalen Kraft". Statt einer Kriegserklärung an den Nationalismus werden Zugeständnisse an den Nationalismus gemacht und nationalistische Phrasen verwendet.

Von proletarisch-internationalistischen Verpflichtungen ist dagegen nichts zu finden.[487] Die SED „erklärt sich" schlichtweg eins mit den klassenbewußten Arbeiterinnen und Arbeitern aller Länder, als ob es nicht enormer Anstrengungen bedurfte, diese Einheit zu erreichen, gerade nach den üblen Erfahrungen, welche die Arbeiterinnen und Arbeiter der anderen Länder mit der großen Masse der deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter während der Zeit der Naziaggression machen mußten. Die SED „fühlt sich solidarisch", läßt aber im dunkeln, was sie in Wort und Tat zu tun gedenkt, um wirklich solidarisch zu handeln.

---

[487] Schon Marx hat seinerzeit am Gothaer Programm kritisiert:

***„Von internationalen Funktionen* der deutschen Arbeiterklasse also kein Wort!"**
(Marx: „Kritik des Gothaer Programms", 1875, Marx/Engels Werke Band 19, S. 24, Hervorhebung RF)

Zusammenfassung

Selten wird so deutlich wie bei der Analyse der Gründungsphase der SED, daß oft wichtiger als das, was gesagt wird, das ist, was nicht gesagt wird. Die Zusammenfassung ergibt, daß vor allem der allgemeingültige Grundgedanke der Diktatur des Proletariats wegoperiert wurde und das Prinzip der gewaltsamen Revolution, die Notwendigkeit eines gewaltsamen Vorgehens der bewaffneten Arbeiterinnen und Arbeiter unter Führung der Kommunistischen Partei, angewandt auf die Verhältnisse in der SBZ nach 1945, revisionistisch verwässert wurde. Die Zusammenfassung ergibt auch, daß zentrale Punkte des demokratischen Programms, die noch im Juni 1945 im Aufruf des ZK der KPD fixiert worden waren, wie etwa das Ausmaß der Naziverbrechen, die Frage der Mitschuld und die Notwendigkeit der Entnazifizierung, nicht mehr benannt oder zunehmend ausgeblendet wurden. Noch schwerer als im Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945 wiegt, daß auch jetzt noch grundlegende Fragen der politischen Linie wie die Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands durch die alliierten Armeen, die Anerkennung der Notwendigkeit und Berechtigung der Oder-Neiße-Grenze sowie der Umsiedlungen gänzlich fehlen und somit vor dem antikommunistischen und chauvinistischen Druck zurückgewichen und damit selbst falsch Position bezogen wird.

Die Ideologie des Mittelwegs, des „Sich-in-der-Mitte-Treffens", verunmöglichte eine historisch-materialistische Analyse der Rolle von SPD und KPD vor 1933. Die Methode der Vertuschung der Gegensätze und das Eingehen prinzipienloser Kompromisse, die Mentalität einer angeblich lückenlosen Einheit in allen Fragen – das kann mit Fug und Recht als Vorbote späterer revisionistischer Gesamtentwicklung eingeschätzt werden.

Nur wer die Kenntnis der Vorgeschichte der Gründung der SED mit dem Vorhandensein so vieler gewichtiger und richtiger Positionen in der KPD vor Augen hat, wer sich klarmacht, daß bei allen

Besonderheiten die SED dennoch Teil einer kommunistischen Weltbewegung mit der KPdSU(B) unter der Leitung Stalins war, deren Diskussionen und Kontroversen auch Auswirkungen auf die SED hatten, wird verstehen, daß über die Entwicklung der SED auch und trotz des verheerenden Eindrucks der Analyse ihrer Gründungsdokumente das letzte Wort noch nicht gesprochen war. Die Jahre 1947 bis 1952 werden fünf Jahre heftiger Debatten und Konflikte innerhalb der SED werden, das Jahr 1953 wird zum Jahr der Prüfung der SED, ein Jahr des Versagens der SED werden, die danach den Weg in das revisionistische Lager gehen wird

Gesamt-zusammenfassung

Ausgangspunkt der Analyse war eine Bestandsaufnahme der weltgeschichtlichen Dimension der Verbrechen des Naziregimes. Angesichts des Fehlens eines bewaffneten Aufstands innerhalb Nazi-Deutschlands wurde die Notwendigkeit und Problematik der Anti-Hitler-Koalition als Koalition eines sozialistischen Staates, der UdSSR, mit imperialistischen Staaten, den USA, England und Frankreich, geklärt, die gezwungen waren, Deutschland gemeinsam militärisch zu besetzen.

Der tagespolitische Rahmen der KPD/SED wurde zunächst durch das Potsdamer Abkommen abgesteckt, das auf der Konferenz der Alliierten der Anti-Hitler-Koalition vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam verabschiedet wurde.

Anhand der völlig berechtigten Positionen des Potsdamer Abkommens, die im einzelnen dargestellt und entwickelt wurden, standen Kernpunkte der Linie des antinazistisch-demokratischen Kampfes der KPD/SED nach 1945 auf dem Prüfstand.

Dabei wurden die Unzulänglichkeiten der KPD/SED, aber auch ihre geschichtlichen Leistungen eingeschätzt – konzentriert zunächst auf den Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945 und dessen Umsetzung.

Bei Berücksichtigung aller wesentlichen Schwachpunkte der Politik der KPD/SED muß als Ergebnis zunächst festgehalten werden: Die KPD/SED vertrat sehr wichtige und richtige Positionen und erzielte entsprechende Erfolge im Kampf für die Entnazifizierung Deutschlands, realisiert auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Sie verurteilte deutlich die Verbrechen des Naziregimes, insbesondere auch die fabrikmäßig vollzogenen Massenmorde (allerdings ohne den Völkermord an den europäischen Juden und an den Sinti und Roma klar zu benennen). Die KPD/SED anerkannte die Mitschuld der deutschen werktätigen Bevölkerung an den Naziverbrechen. Sie nahm klare Positionen zur Anerkennung der Reparationen ein, vollzog handfest die Entfernung von Nazis aus dem Staatsapparat, ergriff antinazistische Maßnahmen bis hin zu

Enteignungen in Industrie und Landwirtschaft. In der Praxis war die KPD/SED weitgehend an der Umsetzung der Forderungen des Potsdamer Abkommens beteiligt.

Die Kritik der ideologischen Schwächen des Aufrufs des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 berührt bereits einen Kernpunkt der Kritik an der KPD/SED nach 1945 (und auch davor): Nationalistische Anbiederung an die Mehrheit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen statt Aufklärung und Kampf auf Leben und Tod gerade auch gegen die „deutsche Ideologie".

Es hat sich gezeigt, daß die Anerkennung der realen Lage des Bewußtseinsstandes der breiten werktätigen Massen mit opportunistischen Konsequenzen verbunden wurde, daß selbst im Bereich des antinazistisch-demokratischen Kampfes in Inhalt und Wortwahl ein Zugeständnis nach dem anderen gemacht wurde, um an den verheerenden Bewußtseinsstand der breiten werktätigen Massen anzuknüpfen.

Die KPD/SED stand von Anfang an vor der doppelten und doppelt schwierigen Aufgabe: Es galt, die praktisch-politischen und demokratischen Aufgaben im vollen Ausmaß auf allen Gebieten konsequent anzupacken, wozu der Aufruf von 1945 ein erster gewichtiger Schritt war. Gleichzeitig galt es im Sinne der Marxschen „Kritik des Gothaer Programms" keinerlei Zugeständnisse bei der Propagierung des kommunistischen Maximalprogramms auf dem Niveau des wissenschaftlichen Kommunismus zuzulassen (das heißt konkret: Propagierung der gewaltsamen Revolution, der Diktatur des Proletariats und einer klaren Unterscheidung von Sozialismus und Kommunismus). Hierzu galt es, selbstkritisch alle eigenen programmatischen Dokumente zu überprüfen, die Dialektik von Maximal- und Minimalprogramm, von kommunistischen Zielen und konsequent verfolgten demokratischen Aufgaben, auch theoretisch und programmatisch in Grundsatzdokumenten zu verankern.

Der Gründungsparteitag der SED im April 1946 stand dabei zu Recht im Mittelpunkt bei der Prüfung dieser Fragen. Denn anders als im Aufruf vom Juni 1945 konnte und mußte nun Bilanz der kommunistischen Tätigkeit der letzten Jahrzehnte gezogen werden, insbesondere seit der Gründung der KPD im Dezember 1918.

Diese Aufgabe stellte sich um so mehr, als die große historische Chance wirklich bestand, große Teile sozialdemokratischer Arbeite-

rinnen und Arbeiter von der konterrevolutionären Sozialdemokratie abzulösen, sie bei der Verwirklichung des Programms der demokratischen Entnazifizierung einzubeziehen und an die Ideen des Kommunismus heranzuführen, ja sogar in der SBZ die konterrevolutionäre Sozialdemokratie als Organisation zu zerschlagen, genauer gesagt, dort den Wiederaufbau dieser Agentur des deutschen Imperialismus zu verhindern.

Die Analyse der Dokumente des Vereinigungsparteitags hat gezeigt, daß die SED bei ihrer Gründung diese Aufgabe nicht erfüllt hat. Statt Aufklärung über die eigenen Fehler, statt gründlicher Kritik und Selbstkritik ließ sich die KPD bei der Vereinigung mit der SPD bei der Festlegung der programmatischen Grundlagen auf opportunistischen Handel mit Prinzipien ein und verabschiedete „Grundsätze", die den Kriterien des „konsequenten Marxismus" nicht entsprechen.

Als Kernfehler gegenüber dem Sozialdemokratismus ist deutlich geworden, was schon als Fehler im demokratischen Kampf gegenüber dem deutschen Nationalismus sichtbar wurde: Statt Aufklärung der Differenzen und Kampf um die Widersprüche wurde eine Art „Umarmungstaktik" eingeschlagen. Auf diese Weise wurden durch große Zugeständnisse stillschweigend die eigentlichen Probleme zugedeckt, etwa realistisch Fragen der Diktatur des Proletariats, der Bewaffnung der Arbeiterklasse auf dem Boden demokratischer Kämpfe ideologisch klar zu diskutieren und zu formulieren.

Der Gründungsparteitag der SED zog indes im Kern revisionistische Konsequenzen aus der Analyse der Besonderheiten Deutschlands – dessen Staatsapparat vor allem von der Sowjetarmee zerschlagen worden war, die auch die eigentliche, weil militärische Macht im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands bildete – und bündelte diese zur These vom „besonderen deutschen friedlichen Weg". Gleichzeitig wurden bei demokratischen Kernaussagen, wie sie noch im Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945 festgehalten worden waren, erhebliche Rückzieher gemacht, die alle in Richtung Nationalismus und Lobhudelei gegenüber den Massen statt realistischer Einschätzung der Lage gingen. Fragen der Mitschuld wurden weggewischt. Der Selbstbetrug, sich über die Verpflichtung zur realistischen Einschätzung des wirklichen Bewußtseinsstandes der werktätigen Massen mit Phrasen hinwegzumogeln, ist hier dokumentiert worden.

Die harte Kritik an den Fehlern des Gründungsparteitags der SED hätte ein anderes Gewicht, wenn diese rasch selbstkritisch korrigiert worden wären. Dem war aber nicht so: In vielerlei Hinsicht wurden die opportunistischen Fehler des Gründungsparteitags Ausgangspunkt für die weitere Fehlentwicklung der SED nach 1946.

Doch nicht nur die Beurteilung der programmatischen Grundlagen der Vereinigung von KPD und SPD zur SED stand auf dem Prüfstand. Gegen alle antikommunistischen Propagandalügen von der „Zwangsvereinigung" wurde bei der historisch konkreten Einschätzung der Vereinigung selbst herausgearbeitet, daß das Hauptproblem der – aus gewichtigen, aber nicht überzeugenden Gründen – in großer Hast vollzogenen Vereinigung nicht die Vereinigung selbst war, sondern die Verwischung der Widersprüche zwischen KPD und SPD und die fehlende selbstkritische Korrektur des von führenden Kadern der KPD um des Tageserfolgs willen bewußt betriebenen Prinzipienhandels.

Als grundlegendes Problem einer Kritik der Fehler der SED auf solidarischer Grundlage hat sich erwiesen, daß die Rücksichtslosigkeit der Kritik nicht abgeschwächt werden darf, daß die Fehler mit ihren Wurzeln möglichst tiefgehend aufgedeckt werden müssen. Ein entscheidendes und unverzichtbares Mittel war dabei, ausgehend von den Klassikern des wissenschaftlichen Kommunismus alle aufzufindenden positiven Stellungnahmen auch von zweitrangigen Führungskadern der KPD/SED heranzuziehen, um deutlich zu machen, daß wichtige Grundsatzfragen diskutiert, richtige Antworten bereits angelegt oder in einzelnen Fragen auch schon entwickelt waren.

So ist klar geworden, daß es sich lohnte, in der KPD und SED zu dieser Zeit solidarisch für richtige Positionen zu kämpfen. Ebenso ist aber auch klar geworden, daß die falschen Positionen nicht zufällig, sondern im innerparteilichen Kampf, der mit falschen, vertuschenden Methoden geführt wurde, gegen richtige Ansätze und Antworten durchgesetzt und festgeschrieben wurden. Damit sind die Fehler der KPD/SED in ihrer Größe und in ihrer Bedeutung besser sichtbar geworden, und so wurde auch ein lebendiger Einblick in die Geschichte der KPD/SED ermöglicht.

☆ ☆ ☆

Bei der bei uns geführten Diskussion über die Ergebnisse der Analyse der KPD/SED 1945/46 gab es eine gewichtige Kontroverse dar-

über, auf welchem Gebiet und worin die ***Ursachen*** der Fehler der KPD/SED vor allem liegen. In einem ersten Entwurf wurde mit einer gewissen Dramaturgie insbesondere der deutsche Nationalismus, das Nachgeben gegenüber den „Massen", die man ja gewinnen wollte, herausgearbeitet. Die deutschen Besonderheiten, vor allem das Ausmaß der Verhetzung der breiten Massen mit nazistischer und reaktionärer Ideologie sei nicht erkannt worden. Mit deutlicher, durchaus berechtigter Empörung wurde vor allem registriert und gebrandmarkt, daß die KPD/SED selbst einfache demokratische Gesichtspunkte in Frage gestellt, falsch beantwortet und dem allgemeinem reaktionären Druck nachgegeben hat. Wenn von „unseren Kriegsgefangenen" gesprochen, den deutschen Gebieten im Osten nachgeweint, das Vaterland „über alles" gestellt wird, die „kleinen Nazis" in Schutz genommen, Reparationen als „Last" dargestellt werden, ja gar gönnerhaft festgestellt wird, daß „die Juden auch Opfer" waren – dann ist eine solche Empörung sehr verständlich. Doch warum greift diese Akzentuierung dennoch zu kurz?

In erster Linie, weil sich die Kritik am Kern der Fehler der KPD/SED so auf den demokratischen Sektor konzentrieren würde. Jede demokratische Kraft könnte und müßte an denselben Maßstäben gemessen werden.

Die KPD aber hatte einen kommunistischen Anspruch und mußte und muß vor allem an kommunistischen Prinzipien gemessen werden. Die Gefahr, sozusagen bis zu diesem Punkt gar nicht mehr zu kommen, hat zwei Quellen:

Erstens kann angesichts übler antidemokratischer Positionen diese Frage scheinbar gar nicht mehr analysiert werden, denn wer kein konsequenter Demokrat ist, kann auch keinen kommunistischen Anspruch haben.

Zweitens spricht die KPD in den zentralen Dokumenten selbst so gut wie gar nicht über kommunistische Prinzipien. Kritisiert man ihre Dokumente anhand der Dinge, die dort stehen, wird sozusagen wie von selbst das Thema „kommunistische Prinzipien" nicht auftauchen. Wo nichts ist, kann man auch, zumindest im Detail, nichts kritisieren.

Im Zusammenhang mit unserer Diskussion über diese Fragen wurde deutlich, daß Lenins Schrift „Was tun?" in mehrfacher Hinsicht der Schlüssel ist, um gerade die kommunistischen Prinzipien als Kernfrage zu verstehen und bei aller nötigen Kritik an typisch deut-

schen Fehlern der KPD nicht die Voraussetzung dieser Fehler zu übersehen: die Revision kommunistischer Prinzipien.

Lenin erklärt in „Was tun?" – um es nur ganz kurz anzureißen –, daß die kommunistischen Prinzipien der Diktatur des Proletariats sowohl durch die Ideologie des Revisionismus als auch durch die Anbetung der Spontaneität, des Selbstlaufs und des Bücklings vor den breiten Massen, die angeblich spontan zu richtigen Ideen kommen, ausgehöhlt und in Frage gestellt, schließlich revidiert werden.

Daß die breiten Massen nicht spontan demokratisches und sozialistisches Bewußtsein aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen allein erhalten, daß in den Kämpfen aufgeklärt werden muß, die Erfahrungen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der übrigen werktätigen Massen im eigenen Land und im internationalen Maßstab ausgewertet und hinzugezogen werden müssen, daß die Kommunisten als „Volkstribune" im wirklich demokratischen Kampf gegen jegliche reaktionäre Willkür vorangehen müssen, daß aber gerade all dies nur eine prinzipienerprobte Kommunistische Partei garantieren kann, die nach festen Kaderkriterien aufgebaut ist und deren Aufnahmepolitik sich an der Qualität und nicht der Quantität ihrer Mitglieder orientiert – das ist sozusagen eine Art Kriegserklärung an die ganze Gedankenwelt, die die Gründung der SED begleitete. Die rasante Mitgliederentwicklung der SED nach dem Motto Quantität vor Qualität legt die Vermutung nahe, daß beispielsweise Lenins Hinweise zur Einführung einer Kandidatenzeit für potentielle Mitglieder nicht beachtet wurden. Kein Wunder, daß Lenins Schrift „Was tun?" keine zentrale Bedeutung bei der Vorbereitung der kommunistischen Kader auf die Vereinigung von KPD und SPD und der Ausarbeitung ihrer programmatischen Grundlagen hatte, da sozusagen aus jeder Zeile dieser grundlegenden Schrift das Gegenteil von dem deutlich wird, was bei der Gründung der SED dann geschah.

☆ ☆ ☆

Mit der Analyse der Jahre 1945/46 ist ein solides Fundament gelegt, um die weitere Entwicklung der SED richtig einzuschätzen. Die weitere Untersuchung wird dabei die folgenden Etappen einschlagen: Zunächst die Jahre 1947/48, dann die Gründung der DDR 1949 und die folgenden Jahre des demokratischen Aufbaus, von 1952 (Beschluß über den Aufbau des Sozialismus) über den 17. Juni 1953 und den danach eingeschlagenen „neuen Kurs" bis zur schließlichen Zu-

stimmung zum revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU 1956. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden in einer der nächsten Nummern von „Rot Front" veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. Kritiken und Diskussionsbeiträge zur vorliegenden Nummer sind nicht nur erwünscht, sondern wirklich notwendig, um die hier skizzierte weitere Arbeit zur Einschätzung der Entwicklung der SED möglichst umfassend und fundiert voranzutreiben.

Anmerkungen

Die nachfolgenden sieben umfangreichen Anmerkungen enthalten das ausführliche Belegmaterial zum Punkt „Weitere Prüfsteine im Kampf um das Hauptkettenglied“ (Teil C. III.)

Anmerkung 1: Richtige Ausgangspunkte und schwerwiegende Fehler und Mängel bei der Bewußtmachung der weltgeschichtlichen Einmaligkeit der Nazi-Verbrechen

Entnazifizierung – das mußte vor allem auch bedeuten, unter den Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie den anderen werktätigen Massen das volle Ausmaß der Nazi-Verbrechen und die notwendigen Konsequenzen daraus bewußt zu machen. Das war eigentlich auch die zentrale Voraussetzung, um die Aufgaben der Entnazifizierung richtig durchführen zu können. Dabei galt es gerade auch das schwere Versäumnis nachzuholen, daß im Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 der Völkermord an den Jüdinnen und Juden sowie an den Sinti und Roma nicht ausdrücklich genannt wird.

Gestützt auf die Untersuchungen des Nürnberger Prozesses mußten die deutschen Antifaschisten mit Hilfe und im Bündnis mit den Antifaschisten aller von den Nazis besetzten Länder und den alliierten Armeen sowie allen Gruppen, gegen die die Nazis Verbrechen verübten, wie jüdische Bevölkerung, Sinti und Roma, Behinderte und Kranke, Homosexuelle, die möglichst vollständige Aufklärung über alle Nazi-Verbrechen durchführen.

Paul Merker forderte dazu 1945 noch von seinem Exil in Mexiko aus eindringlich:

> „Um diese Sintfluten von Blut zu schildern, Täter und Opfer mit Namen, Herkunft und Beruf der Welt zur Kenntnis zu bringen, müßten hundertbändige Bücher geschrieben werden. Um diese Orgien der feigen Energie gegen Wehrlose den deutschen Volksmassen in ihrem ganzen Ausmaße vor Augen zu führen, sollten die amtlichen Feststellungen in Millionen Exemplaren veröffentlicht und verbreitet werden, welche die Außerordentlichen Regierungskommissionen in Staropol, Orel, Stalino, Kiew, Karelien, Litauen, Lettland, Estland, Lemberg, Minsk, Charkow und vielen anderen Orten gemacht haben. Ebenso die Berichte, Protokolle und photographi-

schen Aufnahmen, welche von den Exilregierungen von Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg, der Tschechoslowakei, von den Regierungen Frankreichs, Polens, Jugoslawiens und Griechenlands gesammelt wurden. Diese Dokumente enthüllen, wie – es gibt keine Worte, um ein solches Ausmaß entfesselter Bestialität zu charakterisieren – Millionen friedlicher Menschen, Männer, Frauen und Kinder, Kriegs- und Zivilgefangenen, Juden, Slawen, Romanen und Germanen ermordet, Millionen Menschen als Sklaven nach Deutschland verschleppt, wie Millionen Tonnen Lebensmittel, industrielle Fertig- und Rohprodukte, Millionen Stück Vieh geraubt oder verbrannt wurden. Diese Berichte würden dann dem zum Teil in Unwissenheit gehaltenen deutschen Volk zeigen, wofür es die Mitverantwortung trägt."[488]

Otto Grotewohl sagte in seiner Rede über die Aufgaben und Ziele der SPD bei der Schaffung eines antifaschistisch-demokratische Deutschlands, gehalten auf der ersten Funktionärskonferenz der SPD in Groß-Berlin am 17. Juni 1945:

„Wir dürfen nicht müde werden, immer wieder und wieder an ***den Anfang*** unserer politischen Aufklärungsarbeit die Schilderung der nackten Scheußlichkeit des Nazismus zu stellen. Wir müssen ihm immer wieder die Maske vom Gesicht reißen, damit das deutsche Volk für alle Zeiten von einem maßlosen und unvergeßlichen Ekel und Abscheu vor dem nationalsozialistischen Verbrechergesindel erfüllt wird."[489]

Das war eine völlig richtige und notwendige Forderung, auch wenn kritisch angemerkt werden muß, daß der konstruierte Gegensatz zwischen „deutschem Volk" auf der einen und Nazis auf der anderen Seite nicht der Realität entsprach und tendenziell die Mitschuld der ausgebeuteten und werktätigen Massen Deutschlands in Frage stellte.

Es galt, in Broschüren, in Artikelserien in Tageszeitungen, durch den Einsatz von Film und allen anderen Medien, durch Berichte von Überlebenden des Völkermordes, von Juden und Jüdinnen, von Sinti

---

[488] Merker: „Das Dritte Reich und sein Ende", Band 2, S. 100/101.

[489] Zitiert nach: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 36, Hervorhebung RF.

und Roma, tagtäglich das ganze Ausmaß der Nazi-Verbrechen ans Tageslicht zu bringen und bewußtzumachen.[490]

Die Analyse, deren wichtigste Ergebnisse nachfolgend knapp dargestellt werden, zeigt: In den Organen der KPD wurden tatsächlich in verschiedenen Artikeln, Dokumentationen usw., vor allem in den ersten Monaten nach dem 8. Mai 1945, die Nazi-Verbrechen angeprangert. Das wird im folgenden exemplarisch gezeigt. Eine eindeutige und präzise Beschlußlage über die Bewußtmachung der weltgeschichtlichen Einmaligkeit der Nazi-Verbrechen existiert nach dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 bis zur Gründung der SED allerdings ***nicht.***

a) Wichtige Beiträge zur Aufklärung über Nazi-Verbrechen im Zentralorgan der KPD („Deutsche Volkszeitung")

Die „Deutsche Volkszeitung" erschien täglich vom 13. Juni 1945 bis zur Gründung der SED 1946 als Zentralorgan der KPD.

Das Zentralorgan der KPD klärte von Anfang an und dauerhaft über die Naziverbrechen auf, berichtete über Verhaftungen von Naziführern, über die Abrechnung mit den Nazis in den verschiedenen von den Nazis besetzten Ländern usw. Es wurde in vollem Wortlaut die komplette Anklageschrift des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher propagiert.[491]

---

[490] Alexander Abusch machte klar, daß die Erfassung der ganzen Wahrheit über die Nazi-Verbrechen durch die Massen der werktätigen Bevölkerung nach der Niederlage des Nazifaschismus entscheidend war: „Da nun Deutschland im Jahre 1945 verwüstet von allen Schrecknissen des Krieges darniederliegt, kann die Menschheit dennoch nicht darauf verzichten, daß das deutsche Volk auch von allen Furien des eigenen Gewissens befallen wird. Seine erste Tat muß sein, die ganze Wahrheit zu erfassen: die Wahrheit über gestern, die Wahrheit über heute." (Abusch: „Irrweg einer Nation", S. 251)

[491] „Deutsche Volkszeitung", 19.10.1945. Siehe auch: „Verhaftungen, Prozesse, Urteile – In allen Ländern Gerichtsverfahren gegen Kriegsverbrecher" (Leitartikel, „Deutsche Volkszeitung", 26.7.1945).

Fortsetzung nächste Seite

Im folgenden werden Beispiele der Aufklärung über Nazi-Verbrechen aus der „Deutschen Volkszeitung" angeführt. Es gibt noch vieles darüber hinaus.

So werden zum Beispiel in dem Artikel mit dem Titel „Nr. 11059 berichtet: Erste antifaschistische Massenversammlung in Berlin seit 1933" Berichte von Opfern der Nazis über die Grauen der KZs und Vernichtungslager abgedruckt. Konkret wird im Bericht das Schicksal von Walter Klaws (KZ-Nr. 11059) aufgezeigt:

> „Erschütternd war die Anklage, die aus der leidenschaftslosen, sachlichen Darstellung der Leiden unzähliger Antifaschisten sprach. Erfüllt von dem einen Wunsch, den überlebenden Opfern des Faschismus zu helfen, soweit es in ihren Kräften steht, und den Nazismus für alle Zeiten mit Stumpf und Stiel auszurotten, so verließen die Zuhörer die erste antifaschistische Massenkundgebung, die Berlin dank der Hilfe und Bereitwilligkeit der Roten Armee nach 12 Jahren nazistischer Unterdrückung erleben durfte."[492]

In den Ausgaben vom 19., 20., 21., 22. und 25. 9. 1945 wird das zentrale Kommuniqué „Das Verbrechen an der Sowjetunion" des Präsidiums des Obersten Rates der UdSSR abgedruckt. Darin wird der Schaden aufgeführt, den die Nazi-Aggressoren in der Sowjetunion angerichtet haben, insbesondere auch die Nazi-Wehrmacht.[493]

Über die Ermordung der Jüdinnen und Juden und ausdrücklich auch der Sinti und Roma in den KZs und Vernichtungslagern wird

---

Fortsetzung der Fußnote

Über die Nürnberger Prozesse wird ständig berichtet, z. B. in dem Leitartikel „Erschütternde Tatsachenberichte des sowjetischen Anklägers in Nürnberg – Die Behandlung der Kriegsgefangenen – Millionen russischer Kriegsgefangener wurden bestialisch gefoltert und hingerichtet" („Deutsche Volkszeitung", 14. 2. 1946).

[492] „Deutsche Volkszeitung", 16. 6. 1945. Siehe auch „Deutsche Volkszeitung", 14. 6. 1945: „Was man wissen muß, um die Faschisten zu hassen (...) Ehemalige Häftlingen berichten: (...) aus der Hölle von Dachau (...) aus der Hölle von Mauthausen."

[493] Siehe auch die Artikel „Zeugnisse der Schande", Veröffentlichung eines offiziellen Dokuments der Nazi-Wehrmacht „Über die Vernichtung der Ortschaften Borysowka, Borki und Zablocie" („Deutsche Volkszeitung", 16. 6. 1945) und „Ohne Kommentar – Tagebücher deutscher Soldaten sprechen" mit Schilderungen von Soldatenverbrechen („Deutsche Volkszeitung", 1. 7. 1945).

zum Beispiel in dem Leitartikel „Erschütternde Zeugenaussagen im Belsen-Prozeß – Das Menschenschlachthaus Belsen-Bergen" berichtet.[494]

Über die Situation der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter berichtet der Leitartikel vom 14.10.1945: „Krupp/Siemens/IG Farben – Auschwitz – Profitquelle der Trustkönige – Die Häftlinge der Todeslager kostenlose Arbeitssklaven".[495]

☆ ☆ ☆

Außer den Artikeln in der „Deutschen Volkszeitung" gab es auch noch viele Artikel und Stellungnahmen in der „Täglichen Rundschau",[496] auf deren Grundlage die KPD ihre Aufklärung über die

---

[494] „Deutsche Volkszeitung", 3.10.1945. Siehe auch „Der Massenmörder von Auschwitz gesteht Beteiligung an einer Million Morde" („Deutsche Volkszeitung", 15.8.1945).

[495] Siehe auch „Menschenverschleiß des Siemenskonzerns – Fabrikanten des Todes..." („Deutsche Volkszeitung", 22.8.1945).

[496] Seit dem 15.5.1945 gab die Rote Armee die Tageszeitung „Tägliche Rundschau – Zeitung für die deutsche Bevölkerung" heraus. Der Leitartikel der Nr. 1 vom 15.5.1945 stellte als Zielsetzung der Zeitung vor: „Die Aufgabe unserer Zeitung besteht darin, dem deutschen Volk die Wahrheit über die Rote Armee und die Sowjetunion nahezubringen, den Deutschen zu helfen, in der gegenwärtigen politischen Lage die richtige Orientierung zu finden, mit den Überbleibseln der hitlerschen Barbarei aufzuräumen und alle Kräfte zur schnellsten Wiederherstellung eines normalen Lebens anzuspannen." („Tägliche Rundschau", 15.5.1945)

Die Zeitung veröffentlichte Materialien aus der Sowjetunion wie z. B. Kommentare der „Prawda", Dokumente der Sowjetischen Militäradministration, des Alliierten Kontrollrats. Es schrieben darin aber nicht nur sowjetische, sondern auch deutsche Autorinnen und Autoren.

Insgesamt ist hervorstechend, daß mit vielen Artikeln über das Leben in der SU versucht wird, den Antikommunismus zu bekämpfen. Sehr detailliert und ausführlich werden die Nazi-Verbrechen insgesamt und insbesondere in der Sowjetunion belegt, vor allem auch der Nazi-Wehrmacht. Der Völkermord an den Juden wird wiederholt sehr deutlich aufgezeigt. Die Zeitung enthält hervorragende Artikel zur deutschen Kriegsschuld, zur Mitschuld und zur Sühne der Nazi-Verbrechen.

Wir haben aber auch Kritik: So erschien zum Beispiel in der Ausgabe vom 13.1.1946 ein lobpreisender Artikel von einem Gustav Legleritz zu Richard Wagner, der als Humanist bezeichnet wird und Wagners Antisemitismus völlig igno-

Fortsetzung nächste Seite

Nazi-Verbrechen betreiben konnte. Es wurden darin unter anderem sehr gute Artikel über die Notwendigkeit der Bombardierung Dresdens,[497] zum nazistischen Völkermord an den Jüdinnen und Juden[498] und zu den Verbrechen der Wehrmacht in der Sowjetunion und im Westen[499] publiziert.

Außerdem gab es eine große Fülle weiterer Veröffentlichungen, Dokumentationen und Berichte über die Verbrechen der Nazis, die vielfach von Genossinnen und Genossen der KPD bzw. SED verfaßt oder mitverfaßt waren oder in Organen unter direkter Leitung oder im Umfeld der KPD bzw. SED erschienen.[500]

b) Ein bezeichnendes Versäumnis: Kein zentrales Dokument der KPD/SED zu den Nazi-Verbrechen

Es wäre also unrichtig und ungerecht, der KPD bzw. der SED vorzuwerfen, daß sie diesbezüglich nichts getan hätten. Am weitestge-

---

Fortsetzung der Fußnote

riert. In der Ausgabe vom 19.2.1946 erschien ein Artikel zu Luther von Dr. H. Reinold. Luther wird darin insgesamt als Humanist hingestellt. Es findet sich kein Wort zu seiner reaktionären Rolle im Bauernkrieg oder zu seinem Antisemitismus.

[497] Es heißt darin: „Nachdem fast alle anderen Großstädte durch die Kriegsereignisse ausgeschaltet waren, versuchten sie (die Nazis, A. d. V.) in Dresden, ein neues Zentrum ihrer Kriegsverlängerungstaktik zu errichten, das von den Vereinten Nationen zur endgültigen Liquidierung der nazistischen Widerstandskraft ausgeschaltet werden mußte." („Tägliche Rundschau", 17.8.1945) Diese Stellungnahme zur Bombardierung Dresdens ist um so wichtiger, da ja die SED ab 1950 die Notwendigkeit der Bombardierung Dresdens geleugnet hat und gar versucht hat, diese mit Nazi-Verbrechen gleichzusetzen.

[498] Vgl. „Tägliche Rundschau", 14.12.1945 und „Die Massenmorde in Polen - 6 Millionen Juden vernichtet", in: „Tägliche Rundschau", 15.12.1945.

[499] Vgl. Leitartikel „Wehrmacht unterstützte Massenermordungen" („Tägliche Rundschau", 4.1.1946) und ein Artikel zu Verbrechen der Wehrmacht im Westen, z. B. Massaker in Frankreich („Tägliche Rundschau", 1.2.1946).

[500] So zum Beispiel der erstmals 1945 veröffentlichte „Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald". Dieser wurde neu herausgegeben im Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 1997.

henden wurden die Naziverbrechen unmittelbar nach der Zerschlagung des Nazifaschismus angeprangert. Dennoch muß hier auch schon für die Zeit von 1945 und 1946 eine gravierende Kritik an der KPD bzw. SED formuliert werden.

Tatsächlich gibt es ***kein zentrales inhaltliches Dokument der KPD bzw. SED mit Positionen und Richtlinien zur Bewußtmachung über die weltgeschichtliche Einmaligkeit der Nazi-Verbrechen, vor allem über den Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma.*** Das kann durch nichts entschuldigt werden. Spätestens nach dem 8. Mai 1945, besonders aber seit dem Nürnberger Prozeß gegen die Nazi-Kriegsverbrecher, waren die Verbrechen der Nazis weitgehend bekannt. Eine umfassende Dokumentation der Naziverbrechen, aufgegliedert etwa nach den verschiedenen von Nazideutschland besetzten Ländern, wurde von der SED nicht als von Anfang an höchst dringliche Aufgabe gesehen, geschweige denn erarbeitet.[501] Statt dessen ließ die Entlarvung der Nazi-Verbrechen bereits nach wenigen Monaten rapide nach.

Im zentralen Gründungsdokument der SED, den „Grundsätzen und Zielen der SED", findet sich kein Wort über die in der Geschichte einzig dastehenden Verbrechen des Nazifaschismus.[502] Im Beschluß

---

[501] Positiv ist, daß in der „Vortragsdisposition" Nr. 5, 6, 7 (1945), „Die Beschlüsse der Berliner Konferenz", versucht wird, das Ausmaß der Zerstörungen in verschiedenen Ländern, Frankreich, Polen, Jugoslawien, Nordnorwegen, Holland, Belgien, England, Sowjetunion wenigstens knapp aufzuführen (S. 31–37).

Allerdings ist dort bei der Behandlung der Nazi-Verbrechen in Polen auch die folgende falsche Gegenüberstellung enthalten: „Während in Berlin in einzelnen Stadtbezirken 70–80 % der Gebäude, in anderen hingegen 10–20 % zerstört sind, liegt Warschau vollständig in Trümmern." („Die Beschlüsse der Berliner Konferenz", „Vortragsdisposition", Nr. 5, 6, 7, 1945, S. 31)

Dieser Versuch, das Ausmaß der Zerstörungen in Polen zu veranschaulichen, ist mißlungen, da eine solche quantitative Gegenüberstellung den qualitativen Gegensatz zwischen den Kriegszielen der Anti-Hitler-Koalition einerseits und des nazistischen deutschen Imperialismus andererseits verwischt. Mit dieser Beliebigkeit ließe sich auch sagen, daß Paris fast zu 100 Prozent unzerstört, Berlin aber zu einem erheblichen Prozentsatz zerstört war.

[502] Die Kritiken an den Positionen des Vereinigungsparteitags von KPD und SED, d. h. des Gründungsparteitags der SED, haben wir im Kapitel D ausgeführt, sie

Fortsetzung nächste Seite

des Parteivorstands der SED aus Anlaß der Hinrichtungen der Nazi-Verbrecher in Nürnberg vom 16. 10. 1946 heißt es dann zwar, daß von Nazideutschland „wahrhaft einmalige Verbrechen" begangen wurden, als „das schlimmste aller Verbrechen" wird dann aber bezeichnet, daß die Nazis „den Namen und das Ansehen Deutschlands schändeten und unser Volk in die größte materielle und moralische Not stürzten". Nach Gründung der SED läßt sich eine nachlassende Aufklärung über die Nazi-Verbrechen im Zentralorgan der SED feststellen.

c) Ein beschämender Streit um die Frage „Wer ist Nazi-Opfer?", Juni – September 1945

Die richtige Beantwortung der Frage „Wer ist ein Nazi-Opfer?" hängt eng zusammen mit der dahinter stehenden Einschätzung des Charakters und der Merkmale des Nazifaschismus. Wir haben festgestellt, daß ein grundlegender Fehler des Aufrufs des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 darin besteht, daß das furchtbarste Wesensmerkmal des Nazifaschismus, der Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma, nicht konkret benannt wird. Ein weiterer Fehler des Aufrufs vom 11. Juni 1945 ist, daß er keine Aussage zur Verpflichtung zu Reparationsleistungen für Verfolgte des Nazifaschismus in Deutschland enthält.

Die grundlegende Antwort auf die Frage „Wer ist ein Nazi-Opfer" ist, daß dies im Kern ***alle*** vom Nazifaschismus ***Verfolgten*** waren. Ausnahmen bestätigen diese Regel: Es gab auch Maßnahmen von Nazis gegen Nazis wegen allzu dreister Korruption usw.

Ein Kernpunkt der Reparationspolitik direkt nach 1945 mußte demnach sein, schrittweise die Erfüllung aller Entschädigungsforderungen ***aller*** Opfer des Nazi-Faschismus umzusetzen.

Unmittelbar nach der militärischen Niederlage des Nazifaschismus wurden in allen größeren Orten der SBZ Ausschüsse für die „Opfer des Faschismus" gebildet. Diese Ausschüsse arbeiteten mit der

---

Fortsetzung der Fußnote

sollen hier wie in den weiteren Anmerkungen aber wenigstens knapp erwähnt werden.

SMAD zusammen und hatten die Aufgabe, alle zu betreuen, die als „Opfer des Faschismus" anerkannt wurden.[503] Diesen Menschen wurde bevorzugt geholfen, sie sollten in der SBZ von der ersten Minute nach der militärischen Niederlage des Nazifaschismus spüren, daß es den demokratischen Kräften ernst war mit der Verpflichtung, maximal möglichen Ausgleich für die Nazi-Verbrechen zu schaffen. Insofern war dieser Ausschuß und seine Arbeit eine wichtige und richtige Sache. Der Hauptausschuß stand unter der Führung der KPD.

Im Zentralorgan der KPD „Deutsche Volkszeitung" wird die Konferenz des Hauptausschusses der „Opfer des Faschismus" geschildert, die am vom 28.6.1945 stattfand. In dem Artikel geht es gerade auch darum, wer alles zu den Opfern des Faschismus gezählt werden muß:

> „Opfer des Faschismus sind Millionen Menschen, sind alle diejenigen, die ihr Heim, ihre Wohnung, ihren Besitz verloren haben. Opfer des Faschismus sind die Männer, die Soldat werden mußten und in die Bataillone Hitlers eingereiht wurden, sind alle, die für Hitlers verbrecherischen Krieg ihr Leben lassen mußten. Opfer des Faschismus sind die Juden, die als Opfer des faschistischen Rassenwahns verfolgt und ermordet wurden, sind die Bibelforscher und die ‚Arbeitsvertragssünder'. Aber so weit können wir den Begriff ‚Opfer des Faschismus' nicht ziehen. Sie haben alle geduldet und Schweres erlitten, aber sie haben nicht gekämpft! Diesen Menschen wird und muß im Rahmen der allgemeinen Fürsorge geholfen werden."[504]

In dieser Passage ist buchstäblich alles falsch und verquer.

Das Zentralorgan der KPD erklärt hier praktisch alle zu „Opfern des Faschismus", die irgendeine Form von Verlust oder Schaden hinnehmen mußten, der durch das Naziregime verursacht war. Das Zentralorgan der KPD läßt damit den Unterschied zwischen wirklichen Opfern der Nazis und den Tätern verschwimmen, die oftmals auch „ihr Heim, ihre Wohnung, ihren Besitz verloren haben". Die

---

[503] Wer als „Opfer des Faschismus" anerkannt war, hatte laut bürgerlicher Quelle Anspruch auf höher eingestufte Lebensmittelkarten, hatte Anspruch auf Unterstützung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, auf Alters- und Invalidenrente, Möbel und Kleidung, gesundheitliche Betreuung bis hin zu Kuraufenthalten in Erholungsheimen (Offenberg: „Seid vorsichtig gegen die Machthaber", S. 27).

[504] „Deutsche Volkszeitung", 1.7.1945.

jüdischen Opfer des Nazi-Rassismus und Völkermords werden auf eine Stufe gestellt mit den Soldaten des verbrecherischen Kriegs der Nazis und überhaupt mit all jenen, die in die Verbrechen des Nazifaschismus verstrickt waren. Das ist auch eine Reinwaschung breiter Teile der werktätigen deutschen Bevölkerung, die – ob als Soldat oder an anderer Stelle – in die Verbrechen des Nazi-Faschismus verstrickt waren.

Das Zentralorgan der KPD macht diese unerträgliche Aufzählung eigentlich nur, um dann selbst zu schlußfolgern, daß der Begriff „Opfer des Faschismus" nicht so weit gezogen werden kann. Die immanente Logik dieser Passage wird damit aber nicht aufgebrochen. Die viel zu „weite", geradezu ins absurde gezogene Beschreibung, wer angeblich „eigentlich" alles Opfer des Nazismus sei, ist nur das Vehikel, um eine viel zu „enge" und ebenfalls falsche Bestimmung von „Opfer des Faschismus" plausibel zu machen: Ansprüche als Opfer des Faschismus habe nur, wer aktiv gegen die Nazis gekämpft habe.

Zum einen entbehrt es grundlegender Logik, als Opfer des Nazismus nur anzuerkennen, wer den Kampf dagegen geführt hat.

Zum anderen stimmt auch die pauschale Behauptung nicht, daß etwa die Jüdinnen und Juden „nicht gekämpft" hätten. Schon im Juli 1945 war bekannt, daß Teile der jüdischen Bevölkerung in den Ghettos, in den KZs und Vernichtungslagern und als Partisanen Widerstand gegen die Nazis geleistet haben. Verschiedene Berichte von jüdischen Überlebenden waren zum Beispiel über den Warschauer Ghettoaufstand bekannt, wurden über alliierte Radiosender oder in alliierten Zeitungen wiedergegeben, die auch die kommunistischen Kräfte in Deutschland kannten. Es ist völlig unverständlich, wie das Zentralorgan der KPD dazu kommt, eine solche verleumderische Behauptung aufzustellen.

Die Folge dieser absurden Darlegung ist, daß man sich in Deutschland um einen Überlebenden des Nazi-Völkermordes nicht anders kümmern wird als um einen invaliden Nazi-Soldaten – für beide ist die allgemeine Fürsorge zuständig, so die Schlußfolgerung des Hauptausschusses. Das hätte bedeutet, daß die meisten überlebenden Opfer der Nazis keine Entschädigungen erhalten würden, wenn es nach den Vorstellungen dieses „Hauptausschusses der ‚Opfer des Faschismus'" gegangen wäre. Solche Auffassungen waren ein

Schlag ins Gesicht der jüdischen Überlebenden des nazistischen Völkermords.

Dieser in der „Deutschen Volkszeitung" veröffentlichten Position wurde offenbar auch massiv widersprochen. In der Ausgabe der „Deutschen Volkszeitung" vom 4.7.1945 sind „Zuschriften aus dem Leserkreis – Opfer des Faschismus?" abgedruckt. Allerdings werden nur Zuschriften angeführt, welche die Position des Hauptausschusses bekräftigen. Ein Leserbrief schildert einen Fall, wie ein Nazi-Richter selbst unter die Räder des Nazi-Terrors kam, weil er zu früh geflohen war und nun von sich behauptete, daß er ein Opfer des Nazismus sei. Ein anderer Leserbrief verweist darauf, daß in den KZs und den Gefängnissen nicht nur antinazistische Gefangene gewesen seien:

> „Unter diesen befanden sich aber auch zahlreiche Insassen, die wegen krimineller Vergehen, wie Diebstahl, Hehlerei, Raub, Plünderung, Mißhandlung, Unterschlagung, Preiswucher, Schwarzhandel, Schwarzschlachten, in Haft waren. (...) Die Bevölkerung stellt daher oft die Frage: Sind die aus den Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen befreiten Häftlinge durchweg als Opfer des Faschismus zu betrachten oder gebührt dieser Ehrentitel nur den politischen Häftlingen (...)."[505]

Absolut übel ist, daß dieser Leserbrief von der Redaktion der „Deutschen Volkszeitung" nicht entschieden kritisiert und zurückgewiesen, sondern faktisch sogar zur Untermauerung der eigenen Position herangezogen und propagiert wird. Völlig inakzeptabel ist die populistische Berufung auf „die Bevölkerung", die weitgehend noch unter dem Einfluß der nazifaschistischen Ideologie stand.

Die Redaktion der „Deutschen Volkszeitung" wiederholt lediglich ihre Position vom 1.7.1945. Außen vor bleiben wiederum die rassistisch Verfolgten.

In dem Artikel „Opfer des Faschismus – Interview mit dem Leiter der Abt. Sozialwesen beim Magistrat, Stadtrat O. Geschke" vom 21.8.1945 teilt die Redaktion einleitend mit, daß es zu dem Thema „zahlreiche von verschiedenen Seiten an uns gelangte Fragen" gab. Geschke rechtfertigt dann nochmals die Nichtanerkennung der Juden

---

[505] „Deutsche Volkszeitung", 4.7.1945.

als Opfer des Faschismus: „sie haben nicht gekämpft" – „Der illegal geführte antifaschistische Kampf ist das Wesentliche."[506]

Doch es muß auch massive Proteste gegen die falsche Position von Geschke gegeben haben, die allerdings nicht abgedruckt wurden. Denn schließlich hat der Hauptausschuß „Opfer des Faschismus" – nach all seinen faulen Rechtfertigungen – seine falsche Position am 26.9.1945 öffentlich korrigiert. Einem weiteren Bericht im Zentralorgan der KPD ist zu entnehmen, daß dem Hauptausschuß vorgeschlagen wurde, auch die rassistisch Verfolgten zu „Opfern des Faschismus" zu zählen. Der Ausschuß nahm diesen Vorschlag an. Es wurde eine besondere Abteilung gegründet, welche diese Opfer betreute. Ein Mitglied der jüdischen Gemeinde trat in den Hauptausschuß ein.[507]

Zwar wird die Position vom Juli 1945 inhaltlich korrigiert, jedoch ist kein Wort einer Selbstkritik in dieser Ausgabe des Zentralorgans zu finden. Der Artikel vom Juli 1945 wird mit keinem Wort erwähnt. Statt dessen heißt es lapidar in einer Überschrift: „Juden sind auch Opfer des Faschismus". Das war eine merkwürdige Feststellung angesichts dessen, daß die Nazis bis wenige Monate zuvor an der jüdischen Bevölkerung sowie auch an den Sinti und Roma ein bisher noch nie dagewesenes Verbrechen in der Geschichte der Menschheit begangen hatten, den fabrikmäßig durchgeführten millionenfachen Völkermord. Da formuliert das Zentralorgan der KPD im September 1945 ein beschämendes „auch", so als wäre die Erkenntnis, wer Opfer des Faschismus ist, erst zu diesem Zeitpunkt zu erringen gewesen und müsse nun eben „auch" den Juden zuerkannt werden.[508]

---

[506] „Deutsche Volkszeitung", 21.8.1945.

[507] „Deutsche Volkszeitung", 26.9.1945.

[508] Der Ausweg wurde schließlich darin gesehen, zwischen „Kämpfern gegen den Faschismus" und „Opfern des Faschismus" zu unterscheiden. Trotz der oben beschriebenen Korrektur wurde die Einteilung in rassisch und politisch Verfolgte, d. h. in „Kämpfer gegen den Faschismus" und „Opfer des Faschismus", laut bürgerlichen Quellen in Richtlinien des Hauptausschusses festgeschrieben. „Kämpfer gegen den Faschismus" bekamen einen roten Ausweis, „Opfer des Faschismus" einen grauen Ausweis. Über diese Zweiteilung kam es bereits im Oktober 1945 innerhalb des Hauptausschusses zu heftigen Kontroversen (Timm: „Hammer Zir-

Fortsetzung nächste Seite

Es bleibt aber, daß diese Stellungnahme vom Juni 1945 unkritisiert im Zentralorgan der KPD veröffentlicht wurde. Eine tiefgehende oder überhaupt irgendeine Selbstkritik daran ist uns nicht bekannt. Das bedeutet, daß auch nie wirklich aufgeräumt werden konnte mit solchen oder ähnlichen verheerenden Vorstellungen bei deutschen kommunistischen Kräften.[509]

Fortsetzung der Fußnote

kel Davidstern", S. 54; siehe auch: Offenberg: „Seid vorsichtig gegen die Machthaber", S. 45). Die Zweiteilung wurde jedoch nicht aufgehoben.

Im Juni 1946 waren in der SBZ 15536 „Kämpfer gegen den Faschismus" und 42287 „Opfer des Faschismus" registriert (ebenda, S. 55). Laut bürgerlichen Quellen bekamen die „Kämpfer gegen den Faschismus" Vergünstigungen, die den „Opfern des Faschismus" generell verwehrt wurden. Z. B. bekamen in Brandenburg die „Kämpfer gegen den Faschismus" eine einmalige Zahlung von 450 RM, während die „Opfer des Faschismus" diese Zahlung nicht erhielten (ebenda), generell waren die „Opfer des Faschismus" von bestimmten Zusatzrenten, Zahnersatz, bestimmter ärztlicher Fürsorge, Ausbildungsbeihilfen für sich oder ihre Kinder ausgeschlossen (Offenberg: „Seid vorsichtig gegen die Machthaber", S. 45. Die Quellen, auf die sich Offenberg bezieht, konnten von uns nicht im Original überprüft werden).

Im Februar 1947 wurde dann die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) gegründet, die mehr oder weniger an die Stelle der Ausschüsse der „Opfer des Faschismus" trat. Die Bezeichnung „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" erscheint uns richtig. Die konkrete Tätigkeit, die Entwicklung und die Kriterien der Mitgliedschaft dieser Organisation müssen an anderer Stelle genauer untersucht werden.

[509] Im Dezember 1946 / Anfang 1947 wurden einheitliche Richtlinien in der SBZ erarbeitet, wer als „Opfer des Faschismus" anerkannt wurde. Als „Opfer der Nürnberger Gesetzgebung" wurden laut bürgerlichen Quellen u. a. folgende Gruppen bezeichnet: jüdische Menschen, die den gelben Stern tragen mußten, die Hinterbliebenen der im KZ oder Vernichtungslager Ermordeten, jüdische Menschen, die in KZs oder andere Nazi-Lager verschleppt wurden, illegal lebende jüdische Menschen, die so ihrer Deportation und Ermordung entgehen konnten, Sinti und Roma, die in KZs oder andere Nazi-Lager verschleppt wurden. Unverständlicherweise werden jedoch vor allem in Bezug auf Sinti und Roma Einschränkungen vorgenommen, die nur als erneute Diskriminierung verstanden werden können. Es werden in den Richtlinien nur diejenigen Sinti oder Roma als „Opfer des Faschismus" anerkannt, die „den Nachweis eines festen Wohnsitzes oder einer Beschäftigung erbringen" können. (Timm: „Der Streit um Restitution und Wiedergutmachung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands", S. 129. Die Quellen, auf die sich Timm bezieht, konnten von uns nicht im Original überprüft werden)

Fortsetzung nächste Seite

Trotz dieser falschen Positionen gab es richtige Ansätze einer Reparationspolitik gegenüber den jüdischen Naziopfern und auch gegenüber den Nazi-Opfern der Sinti und Roma, die im Westen Deutschlands direkt nach 1945 vollständig von jeglicher Wiedergutmachung ausgeschlossen waren und schon wieder rassistischer Verfolgung ausgesetzt waren: Jüdische Nazi-Opfer und auch Sinti und Roma wurden teilweise als „Opfer des Faschismus" anerkannt.

Da eine propagandistisch und praktisch richtige Haltung zu den Opfern des Nazifaschismus damals leider nur selten formuliert wurde, sollen hier noch zwei Beispiele für korrekte Positionen angeführt werden, die eine aus Bayern, die andere aus der SBZ:

Bemerkenswert ist die Vereinbarung zwischen der KPD und SPD ***Bayerns*** in München vom 8. August 1945 über die Bildung einer Aktionsgemeinschaft. Dort wird nach der Betonung der Wiedergutmachung der Schäden, die das Naziregime den Völkern Europas zufügte, die Forderung gestellt:

Fortsetzung der Fußnote

Eine weitere Einschränkung betraf sowohl Sinti und Roma als auch jüdische Nazi-Opfer. Ausgeschlossen von der Anerkennung als „Opfer des Faschismus" wurden diejenigen, die „nur auf Tage in Polizeihaft, in Sammellagern und in Konzentrationslagern untergebracht waren" (ebenda). Das Wörtchen „nur" spiegelt eine Unterschätzung des Nazi-Terrors gegen die jüdische Bevölkerung, gegen die Sinti und Roma in den jeweiligen Nazi-Lagern wider – denn schon die Inhaftierung von nur einigen Tagen war ein nazistisches Verbrechen und oftmals verbunden mit Folter, Prügel, Erniedrigungen aller Art. Außerdem wurden jüdische Menschen ausgenommen, die in „privilegierter Ehe" lebten, d. h. laut Nazi-Jargon mit einem „Arier" verheiratet waren und deshalb nicht illegal leben mußten (ebenda). Daß diese jüdischen Menschen keinesfalls durch die Übernahme des Nazi-Jargons als „privilegiert" bezeichnet werden konnten, daß auch diese Nazi-Opfer tagtäglichen Qualen und Erniedrigungen ausgesetzt waren und natürlich ein Recht auf Wiedergutmachung hatten, all das sahen die Verfasser der Richtlinien nicht. Auch diese Formulierungen sind eine weitere unerträgliche Diskriminierung jüdischer Nazi-Opfer sowie der Nazi-Opfer der Sinti und Roma.

Laut bürgerlichen Quellen gab es an diesen Richtlinien vor allem von Paul Merker vehemente Kritik (ebenda, S. 129 ff.). Wesentliche Änderungen der Richtlinien sind jedoch nicht bekannt. Es ist bezeichnend, wie dünn die Quellenlage auf diesem Gebiet ist.

„(...) Pflicht zur Wiedergutmachung der Verbrechen, die Hitler an vielen unserer eigenen Landsleute begangen (...)“[510]

Dies ist eine der wenigen uns bekannten Stellen, an der die Pflicht zur Entschädigung der Opfer der Naziverbrechen in Deutschland überhaupt angesprochen wird. Allerdings wäre hier eine Klärung nötig gewesen, wer zu den Nazi-Opfern zählt.

Positiv hervorzuheben ist auch ein Gesetz in Thüringen, das am 14. September 1945 erlassen wurde. Dieses sollte die Rückgabe des von den Nazis aus politischen, rassischen und religiösen Gründen geraubten Eigentums regeln. Die Rückerstattung des jeweiligen Eigentums sollte verbunden werden mit einer Rückzahlung der Geldsumme, für die das Eigentum während der Nazizeit verkauft werden mußte.[511]

Über weitere Entschädigungsleistungen an die jüdische Bevölkerung, an Sinti und Roma oder andere Gruppen ist in den zentralen Dokumenten der SED nach 1945 nichts zu finden, genausowenig über Reparationszahlungen an andere Gruppen von Nazi-Opfern in Deutschland oder in anderen Ländern.

---

[510] „Vereinbarung zwischen Vertretern der KPD und der SPD Bayerns in München vom 8. August 1945 über die Bildung einer Aktionsgemeinschaft“, zitiert nach: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Reihe III, Band 1, S. 98.

[511] Benz: „Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2“, Frankfurt/M. 1993, S. 118.

Das Gesetz war nur für Thüringen gültig und wurde am 25.7.1952 offiziell aufgehoben. Das Gesetz wurde durch Gründung eines Referates für Wiedergutmachung international bekannt gemacht, damit die Überlebenden Nazi-Opfer, die in andere Länder geflüchtet waren, ihre Anträge auf der Grundlage des Gesetzes möglichst schnell formulieren konnten. Ein Treuhänderfonds verwaltete bis zur Rückerstattung das geraubte Eigentum. Laut bürgerlicher Quelle ist ein Aktenbestand von 700 Fällen in den Archiven vorhanden (ebenda, S. 119 ff). Wie viele Anträge es gab, wie viele Grundstücke oder anderes Eigentum zurückerstattet wurden, ist uns nicht bekannt.

d) Ausblick: Nach der Gründung der SED

Nachlassende Aufklärung über die Nazi-Verbrechen im „Neuen Deutschland"

Insgesamt wird über den Nürnberger Prozeß im „Neuen Deutschland" recht ausführlich berichtet, immer wieder auch auf Seite 1 (z. B. der Bericht zum Urteil am 1. 10. 1946). Allerdings ist bezeichnend, daß die Verbrechen der Nazi-Wehrmacht fast gar nicht behandelt oder erwähnt werden.

In weiteren Artikeln werden zum Beispiel die Verbrechen der SA, unter anderem ihre Beteiligung an Ermordungen von Jüdinnen und Juden in der Sowjetunion geschildert,[512] wird der Völkermord an jüdischer Bevölkerung[513] zum Thema gemacht oder von einer Demonstration in Berlin gegen Freisprüche in Nürnberg berichtet.[514] Die Durchsicht ergibt, daß im Zentralorgan der KPD 1946 zwar etliche Beiträge zur Aufklärung über die Nazi-Verbrechen zu finden sind, doch ist diese Aufgabe kaum noch als zentrales Anliegen erkennbar.

Was für das Zentralkomitee der SED „das schlimmste aller Verbrechen" war

Aus Anlaß der Hinrichtungen in Nürnberg am 16. Oktober 1946 gab das Zentralkomitee der SED eine Erklärung ab, die am selben Tag im „Neuen Deutschland" abgedruckt wurde. Darin heißt es zunächst zwar richtig, daß von Nazideutschland „wahrhaft einmalige Verbrechen gegen einzelne und ganze Völker begangen wurden". Unmittelbar im Anschluß daran wird dann aber behauptet:

---

[512] „Neues Deutschland", 15. 8. 1946.

[513] „Neues Deutschland", 1. 10. 1946.

[514] „Neues Deutschland", 3. 10. 1946. Der Artikel enthält allerdings die Übertreibung, die Forderung der Demonstrantinnen und Demonstranten sei die Forderung ***der*** Volksmassen.

> „Das ***schlimmste*** aller Verbrechen für uns besteht aber darin, daß diese Banditen an der Staatsmacht ***den Namen und das Ansehen Deutschlands schändeten*** und ***unser Volk*** in die größte materielle und moralische Not stürzten."[515]

Das „schlimmste aller Verbrechen" sind demnach nicht die Kriegs- und Völkermordverbrechen der Nazis, sondern die geradezu mystische Schändung des Namens eines Landes bzw. dessen „Ansehens".

Ebenso unerträglich ist die Behauptung, „das schlimmste aller Verbrechen für uns" sei die materielle und moralische Not „unseres Volkes", anstatt die Nazi-Verbrechen hervorzuheben. Die Formulierung „diese Banditen ... stürzten" blendet die Mitschuld der deutschen Bevölkerung an den Naziverbrechen und die im Potsdamer Abkommen betonte fanatische Unterstützung des Nazikriegs durch die Mehrheit der deutschen Bevölkerung aus.

Nach der Gründung der SED werden in den zentralen Dokumenten – das zeigt die Durchsicht – die Nazi-Verbrechen kaum bzw. gar nicht mehr erwähnt. Im Gegenteil, es wird pauschal gar „der Toten ***unseres*** Volkes" gedacht.[516]

---

[515] Erklärung des ZK der SED aus Anlaß der Hinrichtungen in Nürnberg vom 16. Oktober 1946 („Neues Deutschland", 16. 10. 1946, Hervorhebung RF).

[516] Besonders extrem ist dies in dem Artikel „Totensonntag" im „Neuen Deutschland" vom 24. 11. 1946. Hier wird, teils in Gedichtform, fast religiös angehaucht, aller Toten des Zweiten Weltkriegs „unseres Volkes" gedacht, also auch der Nazis:

„Totensonntag

Draußen in der Natur ist Sterben. Sterben in Buntheit, Stille und Dunst.

Die Glocken läuten im rauhen Novembernebel den Totensonntag ein. An diesem trüben Tage legt sich Trauer um unsere Seele.

> Seele, vergiß sie nicht,
> Seele, vergiß nicht die Toten! (...)

Auch wir Sozialisten gedenken an diesem Tage der Toten unseres Volkes."
(„Neues Deutschland", 24. 11. 1946)

Anmerkung 2: Richtige Feststellungen und zunehmend falsche Äußerungen zur Mitschuld und zu den Reparationen

Die Frage der Mitschuld und der daraus sich ergebenden Notwendigkeit der Reparationen mußte für die KPD bzw. dann SED ideologisch eine entscheidende Frage sein. Bei der großen Masse der werktätigen Bevölkerung war dies ein unpopulärer Punkt im Katalog der antinazistischen Forderungen.[517] Hier ging es nicht darum, „für sich selbst" etwas zu fordern oder durchzusetzen. Nazistisch verhetzt, weitgehend ohne Scham, ohne Schuldbewußtsein und ohne Mitgefühl für das ungeheure Leid, das Nazideutschland den anderen Völkern zugefügt hat, wurden die Reparationen in hohem Maß als unverdiente Bürde, wenn nicht als neues angebliches „Unrecht" angesehen. Die reaktionäre und insbesondere auch antikommunistische Hetze gegen die Sowjetunion als Besatzungsmacht kam dazu. Die KPD und später die SED stand in dieser Frage also unter fortgesetztem Druck. Vorhutspartei des Proletariats zu sein, mußte zuallererst bedeuten, die Mitschuld ohne Wenn und Aber herauszustellen und sich an erster Stelle für die Erfüllung aller und jeglicher Forderungen und Ansprüche der Völker einzusetzen, die von Nazideutschland überfallen und versklavt worden waren und an denen die Nazis Völkermord begangen hatten. Dazu gehörte ebenso, mit aller Kraft auch für Entschädigungen für die Nazi-Opfer in Deutschland einzutreten, insbesondere für die Jüdinnen und Juden sowie Sinti Deutschlands.

---

[517] Folgende Schilderung erscheint uns durchaus realistisch, zumal die modernen Revisionisten die Fragen der Mitschuld, der Entschädigungen usw. im allgemeinen selbst bagatellisieren und verdrehen: „Vielleicht erinnern sich Aktivisten der ersten Stunde daran, daß in öffentlichen Versammlungen, wenn über Kriegsschuld und über die Notwendigkeit der Wiedergutmachung gesprochen wurde, nur ein Teil der Anwesenden zustimmte, aber die Masse der Menschen sich taub stellte." (Bednareck: „Ein erfülltes Programm", S. 174)

Die Mitschuld und die Notwendigkeit von Reparationen waren von der KPD auf der Grundlage des Aufrufs vom 11. Juni 1945 klar anerkannt. Die ***Beschlußlage*** ist bis zur Gründung der SED aber wiederum sehr dünn, insofern das ZK der KPD bzw. die KPD insgesamt keine zentralen Beschlüsse dazu gefaßt hat. Hervorzuheben ist das allerdings sehr allgemein gehaltene Bekenntnis zu Reparationsleistungen in der „Erklärung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz". Konkret sind wir vor allem auf Artikel in den einzelnen Organen der KPD oder sogar in Organen im Umfeld der KPD angewiesen. Darin haben wir sehr richtige Argumentationslinien gefunden, aber auch bestürzend falsche Positionen, so zur Frage, wer als Opfer des Nazifaschismus anzusehen ist. Das Gründungsdokument der SED, das von der ***„Last*** der Wiedergutmachung" spricht und sich zur Mitschuld ansonsten ausschweigt, fällt bereits weit hinter den Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 zurück. Der Wahlaufruf des Parteivorstands des ZK der SED zu den Gemeindewahlen vom Juni 1946 leugnet indirekt die Mitschuld mit dem Lamento, daß noch nie in der Geschichte ein Volk „so schändlich mißbraucht" worden sei wie das deutsche, welches durch den Nazifaschismus in eine Katastrophe „gestürzt" worden sei. In der Untersuchung stellte sich auch heraus, daß die nötige Polemik gegen die weitgehende Leugnung der Mitschuld durch Grotewohl und die Sozialdemokratie nicht konsequent geführt und abgeschwächt wurde, wodurch sich die sozialdemokratische Leugnung der Mitschuld dann auch in den Positionen der SED niedergeschlagen hat.

a) Richtige Positionen im Zentralorgan der KPD zur Frage der Mitschuld, August 1945

In der „Deutschen Volkszeitung" vom 4.7.1945 ist der mit F. H. unterzeichnete Artikel „An deutschem Wesen..." abgedruckt. Ausgehend von der konkreten Erfahrung, wie ein deutsches Publikum sich in einem Berliner Varieté gefühl- und mitleidslos amüsiert, stellt dieser Artikel völlig richtig einen Kernpunkt zum Verständnis des Nazismus heraus:

> „Breite Volksmassen sind zutiefst verroht. Und wer jetzt etwa die Entschuldigung versuchen möchte: ‚Das sind die Folgen von fünf Jahren Krieg' – der hat das Wesentliche noch immer nicht begriffen.

> Der wird auch nicht begreifen, wieso es möglich war, daß nicht nur SS-Verbrecher, sondern auch ganz durchschnittliche Landser, deutsche Familienväter, im Zivilleben korrekte Angestellte, fleißige Arbeiter, kurz: solche Menschen, wie sie da in diesem Varieté über Roheiten lachten – daß diese selben Deutschen seelenlos Menschen in die Gaskammern und Verbrennungsöfen der Himmlerschen Todesfabriken schickten, daß sie unbedenklich ganze Dörfer mit Mann und Frau und Greis und Kind als angebliche Partisanendörfer ausrotteten. Mit einem Wort, daß sie, mit oder ohne Parteiabzeichen, echte Hitleristen waren!
>
> Hier ist die Brücke zum Begreifen von vielem, was geschah. Hier zeigt sich aber auch die Tiefe der nazistischen Verrohung und wie gründlich die Umerziehung, die Ausrottung des Nazismus im deutschen Menschen zu erfolgen hat und welch gigantische Aufgabe das ist (...)"[518]

Direkt angesprochen wird die Frage der Mitschuld wenige Tage später in einem Artikel der „Deutschen Volkszeitung" vom 8.7.1945 mit dem Titel „Zum Thema: Die Mitschuld des deutschen Volkes – Eine für viele unangenehme, aber lebensnotwendige Feststellung..."

Ausgangspunkt ist ein Leserbrief, in dem die Mitschuld der deutschen Bevölkerung an den Nazi-Verbrechen geleugnet wird. Dem wird die Position der KPD aus dem Aufruf des ZK vom 11. Juni 1945 entgegengestellt. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die folgende Passage, weil in ihr nicht vordergründig mit der militärischen Niederlage der Nazis argumentiert wird, sondern tiefergehend und weitgehend richtig der Bewußtseinsstand der werktätigen und ausgebeuteten Massen in der Situation direkt nach 1945 analysiert wird:

> „Mehr als 10 Millionen deutscher Wähler haben schon vor 1933 ganz freiwillig, ohne in irgendeiner Weise gezwungen zu sein, für die Kriegspartei Hitlers gestimmt. Gewiß sagen sie heute: wir sind betrogen worden. Doch in ihren Hintergedanken bedauern noch die meisten, daß die Sache schief gegangen ist. Daß die Politik der Hitlerpartei, ganz gleichgültig, ob sie erfolgreich oder erfolglos war, an und für sich eine den wahren Interessen des deutschen Volkes widersprechende Politik war, daß dieser Krieg ein ungerechter, ein re-

[518] „Deutsche Volkszeitung", 4.7.1945.

aktionärer und schändlicher Krieg war, das sehen auch heute noch viele ehemalige Naziwähler nicht ein. Sie haben ohne alle Bedenken auf Hitler, auf eine Politik der Ausräuberung und Versklavung fremder Völker gesetzt, und ihr einziges Bedauern gilt heute dem verlorenen Krieg, nicht aber dem Riesenverbrechen, das dieser Krieg von allem Anfang an war.

Wir Antifaschisten würden uns verhängnisvollen Illusionen hingeben, wenn wir nicht erkennen wollten, wie tief der bestialische Nationalismus der Hitlerpartei sich in unser Volk eingefressen hat. Es ist nun einmal Tatsache, daß die Mehrheit des deutschen Volkes – nicht nur die freiwilligen Wähler der Hitlerpartei – die Mittel zur Überwindung der eigenen Not nicht in der Veränderung der schlechten sozialen und politischen Zustände zu Hause sahen, sondern in einer Bereicherung Deutschlands durch Erwerb fremder Länder und durch Verfügungsgewalt über andere Völker und ihren Besitz. Viele frühere Gegner des Naziregimes ließen sich von den zeitweiligen Erfolgen Hitlers blenden und marschierten mit mehr oder minder großer Begeisterung mit in den Abgrund.

(...) Womit ist die militärische Macht des Naziregimes nach außen zu erklären? Sprechen wir es ruhig aus: Hitler besaß zumindest solange, als seine Kriegspolitik zeitweilige Erfolge aufzuweisen hatte, die aktive Unterstützung der Mehrheit des deutschen Volkes. Es ist leider etwas daran, wenn die Naziführer jahrelang mit solcher Zufriedenheit von den Qualitäten des deutschen Soldaten erzählten. Eine Millionenarmee, die widerwillig, nur durch Zwang und Terror getrieben, in den Krieg zog, hätte niemals den größten Teil Europas erobern können. Tatsache ist, daß das Nazireich ausschließlich den militärischen Schlägen von außen erlegen ist, und zwar nachdem der Kampf bereits in der Reichshauptstadt tobte. (...)

Die SS und alle anderen Terrororganisationen waren nicht allmächtig. Sie wären ohnmächtig gewesen, wenn die Wehrmacht – und das waren Millionen von einfachen, bis an die Zähne bewaffneten Deutschen – dem Treiben der Nazis entgegengetreten wäre. Auch ein unbewaffneter Widerstand breiter Massen des deutschen Volkes hätte das Henkerbeil stumpf und schartig gemacht. Das beweist uns der heldenmütige Widerstand selbst kleiner Völker Europas, die durch Streiks, Sabotage und Demonstrationen das Gewaltregiment Hitlers lahmgelegt haben. (...)

Nein und nochmals nein: die Möglichkeit, das Hitlerregime zu stürzen oder wenigstens durch die verschiedensten Formen des Widerstandes zu einer bedeutenden Abkürzung des Krieges beizutra-

gen, diese Möglichkeit hat das deutsche Volk in vollem Umfange besessen. (...)

Gewiß hat es von Anfang an hunderttausende ehrlicher und anständiger Deutscher gegeben, die sich niemals von Hitler betören ließen. Sollen sie sich jetzt persönlich getroffen fühlen, wenn von der moralischen und politischen Mitschuld des deutschen Volkes die Rede ist? Gewiß nicht. Doch sie sollen sich der ganzen Größe ihrer Aufgabe bewußt sein, die darin besteht, ein durch Irrelehren verführtes Volk, eine im nationalistischen Herrendünkel erzogene Jugend durch Aufklärung und durch eine fortschrittliche demokratische Politik auf den Weg des Friedens zu führen. Das kann nur gelingen, wenn wir die Tatsachen anerkennen: denn Tatsachen sind bekanntlich ‚ein hartnäckiges Ding', und zu diesen Tatsachen, die erkannt werden müssen, gehört vor allem auch die Mitschuld breiter Teile des deutschen Volkes an dem Unglück, das uns mit der Herrschaft der Nazibande als Nation ereilte.

Erst diese Erkenntnis wird die Scham, die unser Volk erfassen muß, zu jenem leidenschaftlichen Willen gestalten, der aus den Trümmern des alten nazistischen Deutschland ein wirklich neues in der Welt geachtetes Deutschland formt."[519]

Bemerkenswert sind folgende Kernpunkte:

Hier wird die Mitschuld der deutschen Bevölkerung sowie insbesondere auch der deutschen Soldaten an den Naziverbrechen vorbehaltlos anerkannt und betont.[520] Es wird richtig herausgestellt, daß die Nazis auf dem Höhepunkt ihrer Siege die aktive Unterstützung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung hatten und daß es den Nazis gelungen ist, den deutschen Nationalismus und Chauvinismus auch bei den werktätigen und ausgebeuteten Massen tief zu verankern.

Mit dem Hinweis auf den Widerstand der von den Nazis überfallenen Völker wird überzeugend unterstrichen, daß die innerhalb der deutschen Bevölkerung sehr weit verbreiteten Lebenslüge, „man habe ja nichts machen können", wirklich eine Lüge ist und daß sehr

[519] „Deutsche Volkszeitung", 8.7.1945.

[520] Im zitierten Artikel wird der Begriff „Volk" im Sinne von „deutscher Bevölkerung" und im Sinne von „Werktätigen" gebraucht.

wohl die Möglichkeit des Widerstands in allen Teilen der deutschen Bevölkerung bestand.

Zurecht wird die Anerkennung der Mitschuld der deutschen Bevölkerung als unverzichtbarer Ausgangspunkt für den Kampf gegen die Nazi-Ideologie und für die demokratische Erziehung der werktätigen Massen herausgestellt[521] und betont, daß es bei dieser Erziehung darum gehen muß, eine Art Scham[522] bei den werktätigen und ausgebeuteten Massen zu schaffen, ohne die an eine antinazistische Erziehung nicht zu denken ist.

Der mit M. K. unterzeichnete Artikel „Das muß zu denken geben" in der „Deutschen Volkszeitung" vom 22. 8. 1945 knüpft geschickt an weit verbreitete falsche Anschauungen an, um sie dann gründlich zu widerlegen. Unserer Meinung nach ist das ein sehr gutes Beispiel, wie die KPD/SED insgesamt hätte vorgehen sollen.

Anknüpfungspunkt ist eine Alltagserfahrung jener Zeit: heimkehrende Soldaten auf den Straßen deutscher Städte, um daran anknüpfend die entscheidenden Fragen zu stellen:

> „Ist aber auch allen, die beim Anblick dieser Elendsgestalten mehr oder minder zum Nachdenken angeregt werden, der tatsächliche Zusammenhang bewußt? Sehen sie nicht vielmehr in diesen Rückkehrern nur arme, bedauernswerte Opfer des Krieges? Selten wohl kommt dem einzelnen zum Bewußtsein, daß er und der Rückkehrer mit schuld an Kummer, Leid und Elend sind. (...)
>
> Es waren nicht zuletzt gerade jene Soldaten, die heute als Elendsfiguren durch unsere Straßen wandern, die damals durch Goebbelssche Gesundstoßversprechungen voller Eifer bis an die Wolga marschierten. Und es sind auch diese, die nach der Katastrophe von Stalingrad, nach dauernden Niederlagen und Rückzügen immer weiter

---

[521] Obwohl an dieser Stelle lediglich von der „Mitschuld breiter Teile des deutschen Volkes" gesprochen wird, geht der Artikel insgesamt von der Mitschuld der deutschen Bevölkerung als Ganzes aus, was schon die Überschrift verdeutlicht.

[522] In der „Begrüßung der Sowjetarmee durch das Anti-Nazi-Komitee", Thüringen – Ausschuß am 3. Juli 1945 ist ebenfalls der Gedanke der Scham enthalten: „Voll Freude und Scham zugleich begrüßen wir die Soldaten der Roten Armee." (Zitiert nach: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 47)

Hitlers Befehlen folgten. Als alle Welt genau wußte, daß die weitere Kriegführung Hitlers nur noch der Verlängerung des Naziregimes diente, als die militärische Sinnlosigkeit dem General wie dem einfachen Landser bewußt wurde, auch da gab es keinen ernsthaften Widerstand, auch da glaubte man lieber den Goebbels-Lügen und ließ sich von einer totalen Mobilisierung in die andere jagen, obwohl jeder wissen mußte, daß nur nutzlose Opfer gebracht, daß sinnloses Zerstören verursacht wurde. (...)

(...) die Weiterführung des Krieges ist ein Verbrechen am eigenen Volk und bedeutete es erst recht noch an anderen Völkern. Dieses Verbrechen begingen Millionen deutsche Männer. (...)

Sei sich jeder dieser Tatsachen bewußt, wenn ihm trotz längerer Gewohnheit doch immer wieder die zerstörte Stadt schmerzhaft bewußt wird, wenn ihm heute die aus der Kriegsgefangenschaft entlassenen Wehrmachtsangehörigen begegnen. Nur so wird die Reaktion darauf in eine Richtung gehen, die allein unserem Volke nützt – in dem glühenden Willen, den Nazismus mit allen Mitteln aus unserem Volke zu beseitigen und alle Kräfte einzusetzen, um ein besseres Deutschland wiederaufzubauen."[523]

Es ist wirklich sehr selten, daß in Publikationen der KPD nach dem 8. Mai 1945 diese wichtigen Zusammenhänge auf propagandistisch so überzeugende Weise dargelegt werden.

Vor allem sind hier drei Punkte wichtig:

Es wird sehr richtig als Ausgangspunkt klargestellt, daß der Nazi-Krieg ein Verbrechen war, für dessen Durchführung Millionen Deutsche als Soldaten und an der „Heimatfront" gesorgt haben – im Gegensatz zu vielen anderen Stellungnahmen der KPD bzw. SED.

In diesem Zusammenhang wird nicht nur die Mitschuld der Nazi-Wehrmacht an den Nazi-Verbrechen herausgestellt, sondern auch die der „Daheimgebliebenen", die nach der militärischen Niederlage des Nazifaschismus die rückkehrenden deutschen Soldaten oftmals als angebliches „Opfer" ansehen.

Die Aufgabenstellung am Schluß des Artikels ragt ebenfalls aus vielen anderen KPD/SED-Stellungnahmen heraus: Es müssen alle

[523] „Deutsche Volkszeitung", 22. 8. 1945.

Kräfte eingesetzt werden, um den Nazismus in all seinen Bestandteilen zu beseitigen, nur so kann ein „besseres", ein demokratisches Deutschland aufgebaut werden.

b) Wichtige und richtige Ausführungen in der „Vortragsdisposition" Nr. 3 (1945), „Die Kriegsschuld Deutschlands und die Mitschuld des deutschen Volkes"

Unmittelbar an den Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 knüpfen die ***„Vortragsdispositionen" des ZK der KPD*** an. Diese wurden ab Juni 1945 herausgegeben und dienten als Schulungsgrundlage für die KPD-Mitglieder. Eine dieser Vortragsdispositionen hat den Titel „Die Kriegsschuld Deutschlands und die Mitschuld des deutschen Volkes". Unter der Überschrift „Mitschuld des deutschen Volkes" wird dort zunächst klargemacht, daß schon vor dem 30. Januar 1933 die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler durch die Wahl der Nazipartei und Hindenburgs zum Reichspräsidenten Mitschuld hatten an der Errichtung des Nazifaschismus. Festgehalten wird, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Nazi-Raubkrieg unterstützt hatte.[524] Dann werden – über den Aufruf hinausgehend – einige Ursachen und Gründe dafür aufgeführt:

---

[524] Sehr realistisch schildert Walter Ulbricht in einer Rede auf der ersten Funktionärskonferenz der KPD Groß-Berlins am 25. Juni 1945, die auch in der Broschüre „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien" (Dietz Verlag, Berlin 1945) verbreitet wurde, das Verhalten der Mehrheit auch der ausgebeuteten und werktätigen Massen in Deutschland auf dem Höhepunkt der militärischen Erfolge der Nazi-Armee:

„Es wäre eine Selbsttäuschung, zu glauben, daß Hitler seine barbarische Kriegspolitik nur mit Hilfe des grausamsten Terrors gegen das eigene Volk durchführen konnte. Wer sich daran erinnert, mit welcher Begeisterung die Mehrheit des deutschen Volkes Hitler zujubelte, als die deutschen Armeen vor Moskau standen, der wird nicht bestreiten können, daß die imperialistische und militaristische Ideologie tief in unserem Volk sitzt und daß selbst diejenigen, die von banger Sorge um die Zukunft Deutschlands erfüllt waren, nicht die Kraft aufbrachten, gegen den Strom zu schwimmen."

(Ulbricht: „Das Programm der antifaschistisch-demokratischen Ordnung – Rede auf der ersten Funktionärskonferenz der KPD Groß-Berlins am 25. Juni 1945, in: Ulbricht: „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Band II, S. 435)

„3. Die Methode der Bestechung breiter Massen durch die Nazis

Die Nazis haben es vermocht, breite Schichten des deutschen Volkes zu bestechen und an dem Raubkrieg zu interessieren:

a) Arbeitsbeschaffung durch Rüstung und Krieg. Obwohl die Arbeitsbeschaffung (‚Vierteljahrespläne') offensichtlich der Kriegsvorbereitung diente, waren breite Volksschichten mit dieser Arbeitsbeschaffung zufrieden.

b) Siedlungsland in den besetzten Ländern. Den Soldaten wurde Siedlungsland in den besetzten Gebieten versprochen – sie konnten in den Kasernen bei ihrem Einrücken entsprechende Anträge stellen.

c) Unmittelbare Bestechung. Ausplünderung der besetzten Länder durch die deutschen Soldaten – Heimatpakete und ‚Führerpakete' – auch in der Heimat wollten sich alle am Krieg ‚gesundstoßen' – Sparkassenbücher.

d) Ernährung des deutschen Volkes auf Kosten der unterdrückten Völker. Goebbels erklärte: ‚Wir kämpfen für einen gut gedeckten Frühstückstisch.' – Göring: ‚Wenn gehungert werden soll, dann nicht bei uns.' Das deutsche Volk hat in diesem Kriege trotz seiner längeren Dauer weniger gehungert, als in den Jahren 1917–18, aber in den von Hitler besetzten Ländern starben täglich unzählige Menschen Hungers."[525]

Mit dieser Vortragsdisposition wurde also ein konkreter Beitrag geleistet, um den ideologischen Kampf in dieser Frage zu vertiefen.[526]

---

[525] „Die Kriegsschuld Deutschlands und die Mitschuld des deutschen Volkes", „Vortragsdisposition", Nr. 3, 1945, S. 10.

[526] In der Vortragsdisposition Nr. 5, 6, 7 (1945), „Die Beschlüsse der Berliner Konferenz" (Potsdamer Abkommen), wird unter der Überschrift „Bestechung der deutschen Volksmassen" ergänzend als Aspekt genannt:

„Mit Hilfe der den anderen Völkern abgenommenen Lebensmittel und Bedarfsgüter haben die Nazis breite Volksschichten in Deutschland bestochen und am Raubkriege interessiert. Das deutsche Volk lebte in diesem Kriege im sechsten Kriegsjahre besser als es im dritten Jahre des ersten Krieges gelebt hatte. Das geschah auf Kosten der ausgeraubten Länder, in denen täglich viele Tausende Hungers starben.

Während des ganzen Krieges ergoß sich ein ständiger Strom von Soldatenpaketen in die Heimat, in denen geraubtes Gut geschickt wurde." (Die Beschlüsse der Berliner Konferenz", „Vortragsdisposition", Nr. 5, 6, 7, 1945, S. 37)

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die klare Aussage, daß auch unter dem Terror des Naziregimes in Deutschland Widerstand möglich war:

> „Es hätte auch unter Hitler gekämpft werden können. Das beweist der heldenhafte Kampf der Patrioten in Norwegen, Dänemark, Jugoslawien, Frankreich usw., wo der Terror schlimmer war als in Deutschland."[527]

An dieser Stelle wäre es durchaus angebracht gewesen, auf den gewiß sehr schwachen, aber doch vorhandenen Widerstand in Deutschland hinzuweisen, um die Argumentation zu verstärken.

Realistisch ist die folgende Einschätzung:

> „Wie stark das deutsche Volk durch die Raubideologie der Nazis vergiftet war, beweist die Tatsache, daß es selbst im Prozeß des Zusammenbruchs des Hitlerregimes den Kampf noch nicht aufnahm und die Hitlerdiktatur von äußeren Kräften gestürzt werden mußte."[528]

Die Vortragsdisposition geht auch auf die Rolle der bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD ein,[529] wobei – wie im Aufruf des ZK

---

[527] „Die Kriegsschuld Deutschlands und die Mitschuld des deutschen Volkes", „Vortragsdisposition", Nr. 3, 1945, S. 11.

[528] Ebenda, S. 11.

[529] Zu bemerken ist, daß unter der Überschrift „Die Kapitulation der Weimarer Parteien vor dem Nazismus" die reaktionäre Rolle der SPD genauer als im Aufruf angeprangert wird, allerdings erst ab 1933:

„Die Sozialdemokratie versuchte 1933, sich ebenfalls gleichzuschalten. Zu diesem Zwecke trat Wels aus dem Büro der II. Internationale aus. Die ADGB-Führung forderte auf, am 1. Mai 1933 gemeinsam mit den Nazis zu demonstrieren. Am 5. Mai 1933 billigte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Außenpolitik Hitlers, die auf den Krieg hinsteuerte.

Während linke sozialdemokratische Gruppen sich noch 1933 in einer Einheitsfront mit den Kommunisten zusammenfanden, hat der Prager Parteivorstand der SPD bis zuletzt alle Einheitsfrontangebote der KPD abgelehnt." („Die Kriegsschuld Deutschlands und die Mitschuld des deutschen Volkes", „Vortragsdisposition", Nr. 3, 1945, S. 11)

Die „Vortragsdisposition" Nr. 1 (1945), „Der Sieg des Faschismus in Deutschland und seine Lehren für unseren gegenwärtigen Kampf", geht auch auf die reaktionä-

Fortsetzung nächste Seite

der KPD vom 11. Juni 1945 – die Mitverantwortung der KPD betont wird.

In der abschließenden Zusammenfassung werden richtig die Hauptschuldigen benannt, ohne die Mitschuld der deutschen Bevölkerung unerwähnt zu lassen:

> „Die Hauptschuld am Kriege trifft also eindeutig die faschistisch-imperialistischen Machthaber Deutschlands. Sie werden die Strafe für ihre Verbrechen erhalten!
>
> Aber mitschuldig am Kriege muß sich jeder ehrliche Deutsche fühlen, weil das ganze deutsche Volk den Krieg nicht verhinderte, sondern mit seinen Händen durchgeführt hat.
>
> Daraus ergibt sich die Pflicht zur Wiedergutmachung für das ganze deutsche Volk!“ [530]

Es ist richtig, an erster Stelle die Nazi-Größen, die imperialistischen Machthaber zu nennen, wenn es darum geht, wer die Strafe für die Nazi-Verbrechen erhalten wird. Darüber hinaus waren aber weitere Hunderttausende, die selbst keine Machthaber waren, an Nazi-Verbrechen beteiligt. Auch für sie stellte sich die Frage der Strafe. Es wäre hier sicherlich für das tiefere Verständnis des Kampfes für die Entnazifizierung und für die Klarheit darum, daß er so weitgehend wie möglich geführt werden mußte, wichtig gewesen, je nach dem Ausmaß von Schuld und Mitschuld eine ganze Bandbreite von Strafmaßnahmen vorzuschlagen.

Nicht zutreffend ist die These, daß „das ***ganze*** deutsche Volk (...) den Krieg (...) mit seinen Händen durchgeführt“ habe. Eine zahlenmäßig gewiß sehr kleine Minderheit von deutschen Antinazisten hat

---

Fortsetzung der Fußnote

re Politik der Sozialdemokratie vor 1933 ein und bringt dafür folgende Beispiele: daß der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin Zörgiebel am 1. Mai 1929 auf Arbeiterinnen und Arbeiter schießen ließ, daß der Sozialdemokrat Severing den Rotfrontkämpferbund verbieten ließ, daß die sozialdemokratischen Führer 1932 den reaktionären General Hindenburg zum Reichspräsidenten wählten, der den Nazis die formelle Macht übergab, daß sie den Generalstreik und den gemeinsamen Kampf gegen Papen 1932 ablehnten usw. (S. 3/4)

[530] „Die Kriegsschuld Deutschlands und die Mitschuld des deutschen Volkes“, „Vortragsdisposition“, Nr. 3, 1945, S. 12.

den Aggressionskrieg des Nazifaschismus nicht mitgemacht, indem sie aus Deutschland geflohen, zur Sowjetarmee oder zu den anderen alliierten Armeen übergegangen sind oder sich auf andere Weise der Kriegsteilnahme entzogen haben. Auch diejenigen Teile der deutschen Bevölkerung, die sich in den KZs und Vernichtungslagern der Nazis befanden, insbesondere die deutschen Jüdinnen und Juden und die deutschen Sinti, waren keineswegs am Aggressionskrieg des Nazifaschismus beteiligt.

c) Unterstützung der Reparationsbeschlüsse des Potsdamer Abkommens – aber kein zentrales KPD/SED-Dokument

Die KPD bzw. dann SED hat 1945 und 1946 die im Potsdamer Abkommen festgeschriebenen Reparationsverpflichtungen eindeutig anerkannt. So heißt es in der „Erklärung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz":

> „Wir sind auch verpflichtet, nach dem Maße des Möglichen im Rahmen der vorgesehenen Reparationen einen Ausgleich für die den angegriffenen Völkern zugefügten Schäden zu leisten."[531]

Dieses allgemein gehaltene Bekenntnis zu dieser Verpflichtung wurde in verschiedenen und auch verschiedenartigen Dokumenten der KPD konkretisiert und erläutert.

In der für die Schulung der Genossinnen und Genossen der KPD erstellten ***„Vortragsdisposition" Nr. 5, 6, 7 (1945), „Die Beschlüsse der Berliner Konferenz",*** wird unserer Kenntnis nach am ausführlichsten auf die Reparationsfragen im Potsdamer Abkommen eingegangen. Dort heißt es im Überblick:

---

[531] Zitiert nach: „Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland", S. 120.

Das unter Führung der KPD stehende Nationalkomitee „Freies Deutschland", forderte in seinem Manifest vom 13. Juli 1943 noch weitergehender: „Sofortige Befreiung und Entschädigung aller Opfer des Hitlerregimes". („Manifest des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland' vom 13. Juli 1943", in: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 5)

„3. Wiedergutmachung

a) Ausgangspunkt für das Verständnis des Reparationsproblems ist die Anerkennung der Kriegsschuld Deutschlands. Nur wenn das deutsche Volk diese Schuld klar anerkennt und daraus die sittliche Pflicht zur Wiedergutmachung anerkennt, wird es den richtigen Weg finden, der Deutschland zur Aufnahme in die Reihe der friedlichen Völker führt.

b) Hauptform der Wiedergutmachung ist die Abgabe der Maschinenausrüstung von Rüstungsbetrieben, die somit der Reparationszahlung dienen. In diesem Teil fallen die Wiedergutmachungskosten mit der Demilitarisierung zusammen.

c) Darüber hinaus wird Deutschland als Ersatz für geraubte oder zerstörte Maschinen auch maschinelle Einrichtungen aus nicht der Rüstung dienenden Betrieben abgeben müssen. Das ist für uns sehr schwer, aber gerecht angesichts der ungeheuren Verwüstungen, die von der deutschen Wehrmacht in den überfallenen Ländern angerichtet wurden.

d) Die Berliner Konferenz ließ sich bei ihren Beschlüssen über die Wiedergutmachung weder von Rache- noch von Haßgefühlen leiten; sie beabsichtigt nicht, das deutsche Volk zu versklaven. Daher die Abtragung der Wiedergutmachungsschuld Deutschlands in wenigen Jahren und die Versicherung, dem deutschen Volk nach Abtragung der Reparationsschuld bei mittlerem Lebensstandard genügend zu belassen, um ohne Hilfe von außen zu existieren.

Die Pflicht zur Wiedergutmachung vorausgesetzt, ist die auf der Berliner Konferenz getroffene Regelung der Reparationsfrage für das deutsche Volk verhältnismäßig günstig, weil sie 1. zugleich die Vernichtung der Hauptschuldigen am Kriege, der deutschen Rüstungsindustrie, anstrebt. 2. die Garantie bietet, daß die Reparationslasten hauptsächlich auf die Schultern der Kriegsgewinnler fallen und 3. durch die kurze Befristung der Abtragung dem deutschen Volke nach wenigen schweren Jahren die Perspektive gibt, seine Kräfte voll und ganz für den Wiederaufbau Deutschlands einsetzen zu können."[532]

---

[532] „Die Beschlüsse der Berliner Konferenz", „Vortragsdisposition", Nr. 5, 6, 7, 1945, S. 5.

In einem eigenen Abschnitt wird dann näher auf die Frage der Reparationen eingegangen. Positiv hervorzuheben ist, daß hier am Anfang und als Ausgangspunkt ein Abschnitt über „Das Ausmaß der Zerstörungen in den überfallenen Ländern“[533] steht, um daraus konkret die Notwendigkeit und Berechtigung der einzelnen Reparationsmaßnahmen abzuleiten.

> „Bereits die Krimkonferenz beschloß die Wiedergutmachung in Sachleistungen. Der größte Teil geht nach der Berliner Konferenz auf Kosten der deutschen Rüstungsindustrie, aber auch ein Teil der Verbrauchsgüterindustrie wird zur Wiedergutmachung der Zerstörungen abmontiert werden, denn in den angegriffenen Ländern wurde die gesamte Wirtschaft zerstört.
>
> ***Die Reparationsansprüche der Alliierten werden aus den von ihnen besetzten Zonen befriedigt.*** Da aber in der Sowjetunion die größten Zerstörungen angerichtet wurden, erfolgt eine ***Ergänzung für die SU aus den westlichen Gebieten:***
>
> 1. 15 % der verwendungsfähigen vollständigen industriellen Hauptausrüstung, soweit sie für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig ist, geht aus den westlichen Zonen an die Sowjetunion. Dafür gibt die SU den Gegenwert in
>
> ***Nahrungsmitteln, Kohle, Pottasche, Zink, Holz, Petroleumprodukten und sonstigen Waren, die noch vereinbart werden können.***
>
> 2. 10 % der industriellen Hauptausrüstung aus dem westlichen Deutschland derjenigen Industrien, die für die deutsche Friedenswirtschaft nicht benötigt werden, gehen auf Reparationskonto ohne Gegenleistung entschädigungslos an die Sowjetunion.“[534]

In der Vortragsdisposition wird auch dargelegt, worin sich die gerechten Reparationen auf Grund der Naziverbrechen in den überfallenen Ländern von den Reparationen nach dem imperialistischen Ersten Weltkrieg unterscheiden,[535] herausgestellt wird dabei auch die beschlossene Vernichtung der deutschen Kriegsindustrie :

---

[533] Ebenda, S. 31.

[534] „Die Beschlüsse der Berliner Konferenz“, „Vortragsdisposition“, Nr. 5, 6, 7, 1945, S. 39.

[535] „Die im Versailler Vertrag 1919 festgelegte Regelung der Reparationsfrage war praktisch unlösbar, weil sie von der Bezahlung in Gold ausging. Sie brachte das

Fortsetzung nächste Seite

„Zum ersten Male werden die Hauptschuldigen am Kriege zur Wiedergutmachung mit ihrer eigenen Substanz gezwungen (Maschinen, Auslandsguthaben). Damit verlieren sie auch die Grundlage, um noch einmal ein imperialistisches Abenteuer anzetteln zu können."[536]

Insgesamt betrachtet hätte die Vortragsdisposition „Die Beschlüsse der Berliner Konferenz" ein guter Anfang sein können, um nicht nur die eigenen Reihen für eine richtige Position zur Frage der Reparationen zu schulen, sondern auch systematisch, planmäßig und offensiv eine konsequente Aufklärungs- und Propagandaarbeit dazu unter den breiten Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Werktätigen einzuleiten. Dies wurde dann aber nicht in systematischer Weise geleistet.

Ein Artikel der „Deutschen Volkszeitung" soll hierzu positiv hervorgehoben werden. Der mit M. K. unterzeichnete Artikel „Pflicht zur Wiedergutmachung" vom 17. 8. 1945 propagiert die Reparationen als gerecht und bezieht sich auf die alliierten Beschlüsse der Krimkonferenz:

Fortsetzung der Fußnote

internationale Währungssystem durcheinander und belastete das deutsche Volk auf Generationen mit Tributleistungen. Nach dem Youngplan hatte Deutschland bis 1987/88 Reparationen zu zahlen. Dabei war es unmöglich, genügend Valuta oder Gold aufzubringen (...)

1918 erklärten die Monopolherren, sie könnten nur mit Hilfe von Auslandskrediten die deutsche Wirtschaft wieder aufbauen und dann erst Reparationen bezahlen. Sie bekamen diese Auslandskredite:

Von 1924 bis 1932 nahm Deutschland für 19 Milliarden Goldmark Auslandskredite auf. In der gleichen Zeit wurden von Deutschland 19 Milliarden auf Reparationskonto bezahlt. Das heißt, den Werktätigen wurden die Abgaben abgepreßt, aber für die Monopolherren war die Wiedergutmachung ein glänzendes Geschäft, sie machten Riesenprofite.

Praktisch haben sie mit Hilfe der Auslandskredite eine neue Machterweiterung vorgenommen und damit den Grundstein zur neuen Aufrüstung gelegt." („Die Beschlüsse der Berliner Konferenz", „Vortragsdisposition", Nr. 5, 6, 7, 1945, S. 39/41)

[536] Ebenda, S. 41.

„Unser Volk muß sich vor Augen führen, was tatsächlich unter Hitlers Befehl von deutschen Männern in allen Ländern Europas durchgeführt wurde. Die Vorstellungskraft eines einzelnen reicht nicht aus, um das Maß der Untaten, die schließlich im Namen Deutschlands tagein und tagaus im Verlauf von sechs Jahren begangen wurden, zu übersehen. Wenn einmal, wahrscheinlich in nicht zu ferner Zeit, durch trockene, nüchterne Zahlen die Zerstörungen, Räubereien und Mordtaten der SS und auch durch Soldaten und Offiziere der Wehrmacht begangen, bekanntgegeben werden, wird jeder von uns vor Scham und Grauen erschrecken. (...)

Es dürfte wohl niemanden in Deutschland geben, der nicht zumindest einiges von den Tatsachen im Osten und Südosten Europas: in Polen, in der Ukraine, in Weißrußland und anderen russischen Gebieten, in Jugoslawien und den übrigen Balkanländern, weiß. Er möge sich das vertausendfachen, verzehntausendfachen, dann wird klar werden, daß die Forderung nach Wiedergutmachung nicht nur eine gerechte, sondern auch eine milde Forderung der verbündeten Mächte ist. Die von Deutschland verlangte Wiedergutmachung kann nur einen Teil dessen ersetzen, was geschah. Die Wiedergutmachung ist eine Pflicht des deutschen Volkes, von ihrer Erfüllung hängt Deutschlands Zukunft entscheidend ab."[537]

☆ ☆ ☆

Trotz dieser überzeugenden Beiträge und richtigen Ansätze muß kritisch festgestellt werden:

Erstens wurde die Propaganda zu dieser Thematik sehr rasch immer seltener und vor allem inhaltlich auch schlechter.

Zweitens gibt es ***kein*** zentrales Dokument der KPD/SED, welches als Waffe im ideologischen und politischen Kampf, als zentrale Grundlage für die Überzeugung breiter Massen im Kampf gegen die reaktionäre Ideologie zu dieser Frage umfassend für die Berechtigung und maximale Erfüllung aller Reparationsforderungen Stellung bezogen hat.

Vor allem aber konfrontiert uns die Durchsicht der Materialien der KPD zur Frage der Mitschuld und damit zusammenhängenden The-

[537] „Deutsche Volkszeitung", 17. 8. 1945.

men mit Positionen, welche den richtigen Standpunkten grundlegend widersprechen.

d) Zur Debatte zwischen Pieck und Grotewohl über die Mitschuld der deutschen Arbeiterklasse, Sept. 1945

Am 14. September 1945 hielt Grotewohl eine Rede auf einer SPD-Konferenz in Berlin. Er hat sich dort nicht nur für eine längerfristige eigenständige Rolle der SPD ausgesprochen, also gegen die Einheit mit der KPD.[538] Grotewohl polemisierte bei dieser Gelegenheit direkt gegen die richtige These der KPD von der Mitschuld der deutschen Bevölkerung und lehnte diese mit einem reaktionären Verweis auf das „Recht des Siegers" gegenüber dem deutschen Staat ab:

> „Daß von uns hier die Schuldfrage gestellt wird, ist zur Klärung und Selbstverständigung unumgänglich. Innerhalb der organisierten Arbeiterklasse und der in Erscheinung tretenden Arbeiterparteien aber zum eigenen Lobe eine Beschuldigung anderer Gruppen oder Personen zu wagen, ist eine Vermessenheit (großer Beifall), die keinem zusteht und in ihrer Auswirkung lediglich geeignet ist, die Entwicklung zur organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse zu hemmen und zu stören. (...) Das deutsche Reich als Staat und das deutsche Volk als Staatsbevölkerung mögen für verantwortlich erklärt werden; das ist das Recht des Siegers. (?!) Große Teile der organisierten Arbeiterbewegung aber können nicht als schuldig erklärt werden (minutenlanger stürmischer Beifall). Sie haben sich innerlich (?!) Hitler nie gebeugt und nie dem Kriege zugestimmt (wiederholt stürmischer Beifall). Sie haben im Kampf gegen Hitler die schwersten Opfer gebracht."[539]

---

[538] Pieck schildert, daß die antikommunistischen Ausfälle Grotewohls von den Delegierten der SPD-Konferenz in Berlin „mit Füßetrampeln unterstrichen" wurden (Pieck: Referat vom 20.11.1945, in: Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 2, S. 159–161).

[539] Ebenda, S. 652. Hervorhebungen durch (?!) RF.

Von ähnlichen nationalistischen Ausfällen auf dieser Konferenz berichtet Chwalek auf der erweiterten Sitzung des ZK der KPD vom 19./20.11.1945: „Ihr müßt Euch die Bilder vorstellen! Die Arbeiterschaft der Welt hat zur Niederringung des Faschismus ungeheure Opfer gebracht, und dann stellen sich die Leute hin und erklä-

Fortsetzung nächste Seite

Grotewohl nahm in dieser Rede ausdrücklich die deutschen Kriegsgefangenen von jeglicher Mitschuld aus, indem er kurzerhand die Mehrheit der deutschen Kriegsgefangenen zu „Nazi-Gegnern" erklärte:

> „Auch in der Kriegsgefangenenfrage büßt das ganze deutsche Volk für die Schuld der Nazis. (...) Es ist ja so, daß gerade unsere Kriegsgefangenen in ihrer Mehrzahl nicht Nazis waren. Im Gegenteil (sehr richtig!). (...) Wer Hitler-Gegner war, mußte trotzdem dem Einberufungsbefehl Folge leisten. (...) Deshalb forderten ja auch die Alliierten und mit ihnen das Komitee Freies Deutschland unter dem Vorsitz des Genossen Pieck von der KPD alle deutschen Soldaten auf, sich voll Vertrauen auf die Ritterlichkeit (?!) der Vereinten Nationen gefangennehmen zu lassen (sehr richtig!)."[540]

Auf einer erweiterten Sitzung des ZK der KPD am 19. und 20.11.1945 kritisierte Pieck intern an Grotewohl, daß dieser die deutsche Arbeiterklasse in dieser Rede auf der SPD-Konferenz als völlig unschuldig hingestellt habe und betonte:

> „Das wandte er auch in bezug auf die Kriegsgefangenen an: sie seien auch Opfer der Faschisten, sie seien nicht schuldig; denn – eine sonderbare Argumentation! – in die Armee seien gerade die ein-

---

Fortsetzung der Fußnote

ren, wie sehr sie im Konzentrationslager gelitten haben, man wollte sie kaputtmachen, aber die deutsche Arbeiterschaft hat doch unter ihrer Führung gesiegt. Kein Wort sagen wir (gemeint ist: sie, A. d. V.) von den ungeheuren Opfern der internationalen Arbeiterschaft, kein Wort von der Mitverantwortung der deutschen Arbeiterschaft und über ihr Verhalten vor 1933." (Ebenda, S. 291)

[540] Ebenda, S. 652. Hervorhebungen durch (?!) RF.

Sägebrecht berichtet in seinem Diskussionsbeitrag am 19./20.11.1945 auf der erweiterten ZK-Sitzung der KPD, daß der Sozialdemokrat Ebert auf dieser SPD-Konferenz ähnlich schlimme Positionen vertreten habe wie Grotewohl. Er habe gesagt, daß die deutschen Soldaten, die eingezogen wurden, unschuldig seien, da sie nur Befehlen Folge geleistet hätten: „So sagte er z. B.: Die Soldaten, die eingezogen wurden, haben nur dem Befehl Folge geleistet, und ein Soldat muß das tun. Infolgedessen kann man die Soldaten nicht schuldig sprechen. Außerdem blieben nicht viel, wenn man von den Greisen, Jünglingen und Kindern absieht. Das würde praktisch bedeuten: das deutsche Volk hat an der ganzen faschistischen Entwicklung, ihren Auswirkungen und dem Zusammenbruch keine Schuld. Das wurde aber von den Delegierten zum Teil mit Beifall aufgenommen." (Ebenda, S. 238/239)

gezogen worden, die gegen Hitler waren, also seien alle Kriegsgefangenen eigentlich Gegner von Hitler!"[541]

Pieck erkannte also die Demagogie bei Grotewohl, bezeichnet diese zu Recht als „eine sehr plumpe Demagogie",[542] aber die KPD hat sich dann zunehmend selbst auf dieses Gleis begeben. Trotz besseren Wissens hat die KPD gerade auch an der Frage der Haltung zu den deutschen Kriegsgefangenen der Sozialdemokratie nachgegeben.

In der „Deutschen Volkszeitung" vom 20.9.1945 ist eine Rede von Pieck auf der Berliner Großkundgebung der KPD zur demokratischen Bodenreform abgedruckt, mit der sich Pieck wohl öffentlich von Grotewohl abgrenzen wollte.

Pieck geht in einem Abschnitt seiner Rede direkt auf „Die Mitschuld der deutschen ***Arbeiterklasse***" ein:

> „Es hieße der Arbeiterschaft keinen Dienst erweisen, wenn man die Frage so vereinfacht, daß wohl die Bourgeoisie die Schuld am Kriege schlechthin trage, daß aber die Arbeiterklasse daran völlig unschuldig sei. (...) wenn die Arbeiterklasse, die Mehrheit der Bevölkerung, in ihrer Gesamtheit keinerlei Mitschuld trüge, wie konnte gegen ihren Willen ein solches Gewaltregime über die Arbeiterschaft, wie es die Hitlermacht war, aufgerichtet werden; und wie konnte Hitler unser Volk in diesen verhängnisvollen Krieg hineintreiben und sechs Jahre lang zwingen, diesen Krieg zu unterstützen, wenn nicht bestimmte Ursachen vorhanden gewesen wären, die das begünstigten? Diese Ursachen zu ergründen und Lehren daraus zu ziehen, das ist es, was mit der Frage der Mitschuld der deutschen Arbeiterklasse beantwortet werden soll.
>
> Es sind schwere Lasten, die der deutschen Arbeiterklasse von Hitler mit seinem Kriege aufgeladen worden sind, darunter die Lasten der Wiedergutmachung und die Lasten, die mit der militärischen Besetzung des Landes verbunden sind. Wer die Frage so stellt, daß mit diesen Lasten Unschuldige für Schuldige büßen, hilft nicht der Arbeiterklasse bei der Abtragung dieser Lasten, sondern macht sie nur noch drückender. Wir wollen, daß die Arbeiterklasse klar erkennt, warum es dahin kommen konnte, daß Hitler seine barbarische Macht

---

[541] Ebenda, S. 161.

[542] Ebenda.

> aufrichtete und den Krieg bis fast zur Vernichtung unseres Volkes (?!) zu führen vermochte. Diese Erkenntnis ist notwendig, weil sonst nicht die erforderlichen Lehren gezogen werden. Gewiß war unter der Hitlermacht die Kraft der Arbeiterklasse gefesselt, und den heroischen Kampf, der von ihrer antifaschistischen Vorhut gegen das Hitlerregime geführt wurde, hat sie mit unermeßlichen Opfern bezahlt. Aber es dient nicht der Arbeiterklasse, diese Vorhut der ganzen Arbeiterklasse gleichzustellen."[543]

Pieck kritisiert hier indirekt Grotewohl richtig, indem er die Mitschuld der deutschen Arbeiterklasse herausstellt. Bemerkenswert ist jedoch, daß Pieck von einer angeblich drohenden „Vernichtung unseres Volkes" schwafelt und damit indirekt die deutsche Bevölkerung als „Opfer" der Nazis hinstellt, ja nahelegt, daß die Nazi-Politik gegenüber der deutschen Bevölkerung vergleichbar der Vernichtungspolitik der Nazis gegenüber anderen Völkern gewesen sei.

Pieck grenzt sich mit solchen nationalistischen Ausfällen, die noch durch die an anderer Stelle schon kritisierten Formulierungen wie „Last der Wiedergutmachung" und „Lasten, die mit der Besetzung des Landes verbunden sind" ergänzt werden, nicht tiefgehend von Grotewohl ab.

Es ist wohl kein Zufall, daß in der „Täglichen Rundschau" einen Tag nach der Rede Grotewohls ein Artikel erscheint, der sich gegen das Gejammer großer Teile der deutschen Bevölkerung richtet und klarstellt, daß sie erstens an ihrer Lage selbst Schuld tragen, weil sie den Nazis gefolgt sind, und zweitens zur Kenntnis nehmen sollen, daß andere Völker viel schwerer an den Folgen des Krieges zu leiden haben. Am Ende wird zu Recht die Mitschuld der deutschen Bevölkerung herausgestellt und daraus die Reparationspflicht abgeleitet:

> „Das deutsche Volk, das in diesem Krieg eine Niederlage erlitten hat, befindet sich in einer schweren Lage. Dieser Umstand ist für viele Deutsche der Anlaß zu Klagen und Beschwerden. Sie, diese Deutschen, vergessen dabei, daß andere Völker, darunter auch die Sieger in diesem Kriege, sich manchmal in einer nicht weniger, sondern eher viel schwereren Lage befinden als das besiegte deutsche Volk (es gibt in der UdSSR Gebiete, die während der deutschen Be-

---

[543] „Deutsche Volkszeitung", 20. 9. 1945, Hervorhebung durch (?!) RF.

satzungszeit viel schlimmer gelitten haben als irgendein Bezirk in Deutschland) und daß die Leiden der sowjetischen Menschen in diesen Gebieten unvergleichlich schwerer sind als die Leiden und Entbehrungen der besiegten Deutschen.

Doch es besteht ein Unterschied in den Ursachen, die die Völker in eine so schwere Lage geführt haben. Während die Deutschen leiden, weil sie einer verbrecherischen Führung folgten und aus eigenem Entschluß andere Völker überfielen und sie jahrelang mit Feuer und Schwert heimsuchten, werden die anderen Völker hingegen nicht durch eigene Schuld, sondern durch die Schuld eben jener Deutschen zum Leiden verurteilt. Darum verlangen alle Völker der Welt die endgültige Ausrottung des deutschen Faschismus und des deutschen Imperialismus, die diesen Krieg entfesselt haben. Darum kann sich das deutsche Volk nicht der Verantwortung für die Folgen dieses Krieges entziehen. Darum hat die Sowjetunion das Recht, von Deutschland die volle Wiedergutmachung aller ihm in diesem Kriege zugefügten Schäden zu fordern."[544]

e) Die Debatte auf dem Vereinigungsparteitag der SED zeigt grobes Mißverständnis und Entstellung der Mitschuld und der Notwendigkeit der Reparationen

Grotewohls falsche Antwort auf die Frage, worin die Mitschuld der deutschen Arbeiterklasse am Machtantritt der Nazis bestand

Grotewohl wirft in seiner Rede auf dem Vereinigungsparteitag auch die Frage der „Schuld der deutschen Arbeiterschaft" an der Errichtung der Naziherrschaft auf. Allerdings analysiert er diese wichtige Frage nur im Vorbeigehen, undifferenziert und falsch:

„Die Schuld der deutschen Arbeiterschaft ist nicht, daß sie Hitler aktiv unterstützte, sondern daß sie durch ihre Spaltung und die daraus entstandene Ohnmacht Hitler die Chance seines Aufstieges zur Macht verschafft hat."[545]

---

[544] „Tägliche Rundschau", 15.9.1945.

[545] „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD", S. 121.

Sicherlich hat nicht die gesamte Arbeiterklasse die Nazis vor 1933 unterstützt, aber nicht unerhebliche Teile der Arbeiterinnen und Arbeiter haben die Nazis gewählt, haben Hitler zugejubelt und haben die Nazis in der Tat vor allem in der Zeit der Erfolge „aktiv unterstützt" und haben ***deshalb*** Mitschuld an der Errichtung des Nazifaschismus, wie noch der Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945 richtig feststellte. Diese historischen Tatsachen leugnet Grotewohl und stellt sich damit frontal gegen das Potsdamer Abkommen, das ja gerade die Mitschuld der Masse der deutschen Werktätigen an der Errichtung des Nazifaschismus betonte.

Grotewohl ignoriert hier zugleich die Tatsache, daß es in imperialistischen Ländern aufgrund der Bestechung eines Teils der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie mit Brosamen aus ihren Extraprofiten gesetzmäßig zur Existenz einer Arbeiteraristokratie innerhalb der Arbeiterbewegung kommt, die Erfüllungsgehilfe der Bourgeoisie ist. Deshalb ist ein bestimmter Grad der Spaltung der Arbeiterklasse nicht zu vermeiden.[546] Aufgrund dieser Tatsache kam es auch in Deutschland zur Spaltung der Arbeiterbewegung, vor allem in KPD und SPD. Die KPD repräsentierte die revolutionären, unteren Schichten des Proletariats, große Teile der SPD waren Teil der Arbeiteraristokratie, insbesondere ihre führenden Funktionäre. Grotewohl verwischt hier die eigentlichen Ursachen für die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung, anstatt sie tiefgehend zu analysieren. So erscheint „die Spaltung" als die eigentliche Ursache, die man nur beseitigen müsse, und schon sei „die Lehre" aus der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung gezogen. Entsprechend fährt Grotewohl dann auch fort und behauptet, wenn es eine Lehre zu ziehen galt, „so war es in erster Linie die, die Spaltung rückgängig zu machen, sich wieder in einer einzigen Bewegung zusammenzufinden".[547] Auf dieser Basis konnte die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung im Kampf gegen die Nazis nicht selbstkritisch analysiert und die Vereinigung von KPD und SPD nicht auf prinzipienfester Grundlage durchgeführt werden, denn im Vordergrund stand die „Überwindung

---

[546] Zur Entstehung und Funktion der Arbeiteraristokratie siehe: „Die Arbeiteraristokratie – Stoßtrupp des deutschen Imperialismus innerhalb der Arbeiterbewegung", „Rot Front", Nr. 2, Juli 1996, S. 128 ff.

[547] „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD", S. 122.

der Spaltung", nicht die Vereinigung auf einer möglichst weitgehenden revolutionären Grundlage.

Wie Reimann die Pflicht der deutschen Arbeiterklasse zu Reparationszahlungen ignoriert

Max Reimann, der spätere Vorsitzende der KPD in Westdeutschland, erklärte in nationalistischem Tonfall auf dem Vereinigungsparteitag:

> „Das werktätige Volk an Rhein und Ruhr will keinen Westblock, sondern verlangt, daß diese Kriegsverbrecher (die Imperialisten an Rhein und Ruhr, A. d. V.) das bezahlen und wiedergutmachen,[548] was sie selbst am deutschen Volke und an der Welt verbrochen haben. (Zustimmung.)"[549]

Reimann wendet sich hier ausdrücklich gegen die Verpflichtungen zur Leistung von Reparationen, welche die deutsche Bevölkerung entsprechend dem Potsdamer Abkommen zu leisten hatte. Durch die Gleichsetzung des „deutschen Volkes" mit den von Nazideutschland überfallenen und versklavten Völkern („am deutschen Volke und an der Welt") wird die Mitschuld der werktätigen und ausgebeuteten Massen Deutschlands faktisch getilgt. Im übrigen sind die „Kriegsverbrecher" keineswegs die vorrangige Adresse für Reparationen, denn diese müssen abgeurteilt und bestraft werden, auch wenn ihr Vermögen eingezogen und dem Reparationsfonds zur Verfügung gestellt wird. Die Bezahlung der Reparationen mußte der demokratische deutsche Staat übernehmen. Nur so war garantiert, daß die Mitschuld der deutschen Bevölkerung auch seinen Ausdruck darin fand, daß die deutsche Bevölkerung insgesamt über staatliche Maßnahmen Reparationen leistet.

---

[548] Sehr richtig wird in einer Vortragsdisposition der KPD von 1945 zum Begriff „Wiedergutmachung" betont: „Dabei kann es sich im wesentlichen nur um eine Wiedergutmachung des materiellen Schadens handeln, denn die unzähligen Opfer, die der Hitlerkrieg das Sowjetvolk kostete, können nicht wieder zum Leben erwachen, das unsagbare Leid kann nicht aus der Welt geschafft werden." („Der zweite Weltkrieg", „Vortragsdisposition", Nr. 20, 1945, S. 19)

[549] „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD", S. 35.

f) Ausblick: Nach der Gründung der SED

Richtige Positionen zur Mitschuld im „Neuen Deutschland", April – Mai 1946

Kurz nach der Gründung der SED wird im „Neuen Deutschland", dem Zentralorgan der SED, die Frage der Mitschuld wie folgt verteidigt:

> „Zu Nürnberg und all dem, was ihm vorangegangen ist, hätte es nicht kommen können, wenn nicht Millionen und aber Millionen von Deutschen die heute angeklagten Verbrecher zu ihren Führern gemacht hätten und ihnen blindlings gefolgt wären. Der ‚Führer' wäre unmöglich gewesen ohne die ‚Gefolgschaft'. Sein ‚tausendjähriges Reich' wäre schon viel früher zusammengebrochen ohne die Passivität derjenigen, die sich auch heute noch vor sich selbst und vor anderen damit zu entschuldigen versuchen, daß sie ‚sowieso nichts tun konnten'. (...) Die Erkenntnis der eigenen Fehler und die Anerkennung der politisch-moralischen Mitverantwortung für das, was geschehen ist, sind der Anfang zu einem neuen Aufstieg."[550]

Im Mai 1946 erscheint ein Artikel im „Neuen Deutschland", der im wesentlichen zutreffend die Unmoral vieler Deutscher aufdeckt, nur an den eigenen Magen zu denken, während die Ursachen des Hungers, vor allem auch in den von den Nazis überfallenen Ländern, verdrängt werden. Zu Recht wird auch daran erinnert, daß die deutsche Bevölkerung vom Raubkrieg der Nazis profitierte:

> „Doch viele Deutsche haben ihren Blick heute so hartnäckig auf ihr eigenes Stückchen Brot gerichtet, daß sie kaum noch ein Auge für die Welt und einen Gedanken für die Notwendigkeiten der Zukunft haben. Eher schon blicken sie gern in die Vergangenheit, als Hitler die Vorratskammern Europas ausraubte und die eigenen Speisekammern füllte. Damals wurden wir satt, weil wir die anderen Völker hungern ließen. In den Wintertagen 1942 fielen in den Straßen von Saloniki und Athen täglich viele Menschen vor Hunger tot um. Das war in den gleichen Tagen, als Göring in Deutschland die

[550] „Neues Deutschland", 28.4.1946.

Rationen erhöhen ließ und triumphierend verkündete: ‚Wenn gehungert wird, in Deutschland zuletzt.' Noch heute sind alle von Hitler ausgeplünderten Gebiete Europas, sonst meist Überschußländer, Hungergebiete. Nur Dänemark und die Sowjetunion bedürfen keines Brotzuschusses. Wenn wir heute den Riemen enger schnallen müssen, dann sollten wir stets daran denken, daß Hitler es war, der den Krieg über unsere Grenzen getragen hat. Er hat auch den Hunger verursacht, der zuerst in die besetzten Länder und nun auch in unsere eigenen Stuben eingezogen ist.

Die Not von heute ist nur die Kehrseite der Medaille, deren Glanz so viele Deutsche gestern noch betört hat."[551]

Die Argumentation gegen die Unmoral ist im Kern treffend. Zu vereinfachend ist aber, daß die Schuld Hitler allein zugeschoben wird, statt die Mitschuld der deutschen Bevölkerung zu betonen.

Der Wahlaufruf des ZK der SED zu den Gemeindewahlen vom Juni 1946 leugnet indirekt die Mitschuld

Im Juni 1946 verfaßte der Parteivorstand der SED einen zentralen „Wahlaufruf zu den Gemeindewahlen". Darin finden sich auch eine Reihe richtiger Feststellungen über die antifaschistisch-demokratischen Errungenschaften, die seit Mai 1945 unter Führung der KPD/SED in der SBZ erkämpft worden sind. Doch dies alles wird weitgehend verdorben durch das folgende nationalistische Lamento:

„Das Ergebnis der Gewaltherrschaft Hitlers, der profitgierigen Rüstungsindustriellen und ehrgeizigen Militärs war der Krieg. Das Ende war das Chaos.

Die Schuldigen entzogen sich feige der Verantwortung. Sie überließen das Volk in Trümmern und Elend seinem erbarmungswürdigen Schicksal. ***Nie ist ein Volk in der Geschichte so schändlich mißbraucht worden, nie ist ein Volk in eine so niederdrückende und fast hoffnungslose Katastrophe gestürzt worden wie das deutsche Volk.***"[552]

---

[551] „Neues Deutschland", 28. 5. 1946.

[552] „Dokumente der SED", Band I, S. 48, Hervorhebung RF.

Fortsetzung nächste Seite

Die Behauptung, das „deutsche Volk" sei von allen Völkern in der Geschichte am schlimmsten „mißbraucht" worden, bedeutet faktisch, daß ihm keine Mitschuld am Nazi-Faschismus und seinen Verbrechen zukomme.

Durch die Gegenüberstellung von „Schuldigen" einerseits und dem „deutschen Volk" andererseits wird die Mitschuld der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen werktätigen Massen an den Nazi-Verbrechen nicht nur nicht erwähnt, sondern indirekt geleugnet.

Weiter: Die Völker der Sowjetunion, die jüdische Bevölkerung in verschiedenen Ländern, die Sinti und Roma – all diese Opfer der Nazi-Vernichtungspolitik mußten demnach angeblich keine so niederdrückende „Katastrophe" erleben wie das deutsche Volk – so argumentiert der Parteivorstand der SED entgegen den historischen Tatsachen.

Sicherlich ist es kein Zufall, sondern Ausdruck eines Zurückweichens vor dem Druck des reaktionären Bewußtseins großer Teile der Ausgebeuteten und Werktätigen, daß sich eine so extrem falsche Position in einem Dokument findet, das sich wahlwerbend an breiteste Massen wendet.

Wir erinnern an dieser Stelle daran, daß es vor allem in den ersten Monaten nach der militärischen Zerschlagung des Nazifaschismus sehr wohl auch öffentliche Aufrufe der KPD gab, die gegenteilige Akzente setzten, so etwa der „Aufruf der Kreisleitung Frankfurt (Main) der KPD vom 17. September 1945 zur gemeinsamen Aktion aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte". Sehr deutlich erklärte

---

Fortsetzung der Fußnote

Pieck hat im Juli 1941 noch extremer formuliert: „Wenn es dem Faschismus auch nicht gelungen ist, das zu erreichen, so hat er doch das deutsche Volk zum rechtlosesten Volk der Welt gemacht." (Pieck: „Gesammelte Reden und Schriften", Band VI, S. 78) Das sagt Pieck angesichts auch damals schon bekannter Tatsachen: des Überfalls auf Österreich, die Tschechoslowakei und Polen, angesichts des Naziterrors vor allem in der Tschechoslowakei und in Polen gegen die jüdische Bevölkerung, gegen die Sinti und Roma... 1944 war Wilhelm Pieck soweit gegangen zu verkünden: „Wir haben es satt, um ein paar Großverdiener willen der Pechvogel unter den Völkern zu sein!" (Pieck: „Gesammelte Reden und Schriften", Band VI, Berlin 1972, S. 264)

die Frankfurter KPD am 17. September 1945 gegen nationalistisches Gejammer:

> „Die Schuld Hitlers und seiner Kumpane steht vor der Geschichte fest. Ehe unser Volk die grauenhaften Folgen seines skrupellosen Raubkrieges zu spüren bekam, wurden die Völker Europas mit Tod und Ausplünderung heimgesucht. Die Bestialität der Nazikriegführung hat uns den Haß der ganzen Welt zugezogen.
>
> Unser Volk hat zu seinem Unglück Hitler Folge geleistet, solange er siegte und uns Wohlsein auf Kosten anderer Völker versprach. Wir haben darum heute kein Recht zu klagen."[553]

Kritisch ist allerdings auch zur Position der Frankfurter KPD anzumerken, daß die untaugliche Kategorie „Unglück" verwendet wird und nur von „Hitler" die Rede ist, dem „unser Volk" Folge geleistet habe.

Bezeichnend für den Zustand der SED ist aber auch, daß nach dem in diesem Punkt völlig falschen, nationalistischen SED-Aufruf vom Juni 1946 im Zentralorgan der SED wieder richtige Positionen zur Mitschuld und zu den Reparationen propagiert wurden.

Richtige Positionen im „Neuen Deutschland" zur Mitschuld und zu den Reparationen, Juli 1946

Der Artikel „Tribute – oder Wiedergutmachung?" nimmt einen Hetzartikel des „Sozialdemokrat" zum Anlaß, um die Notwendigkeit von Reparationen zu verteidigen und zu propagieren:

> „‚Wenn wir Reparationen leisten, dann ist das Prinzip der Befriedigung der nacktesten Notdurft verewigt', schreibt der ‚Sozialdemokrat'. Anders ausgedrückt, die anderen Völker leben dann auf unsere Kosten. Vergessen der Raub und die Ausplünderung Europas, vergessen die Jahre des Krieges, in denen wir auf Kosten der geschundenen und gepeinigten Völker Europas lebten (...) Will man niemals klug werden? Will man nicht erkennen, daß wir keine Tribute zah-

[553] „Aufruf der Kreisleitung Frankfurt (Main) der KPD vom 17. September 1945 zur gemeinsamen Aktion aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte", in: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 169.

len, sondern gutzumachen haben, freiwillig und aus innerer Erkenntnis."[554]

Der Artikel „Vor dem Urteil in Nürnberg" vom Juli 1946 verweist deutlich auf die Frage der Mitschuld:

> „Die letzten Tage des Nürnberger Prozesses sind Tage besonders ernster Selbstkritik unseres Volkes. Es ist nichts zu beschönigen. Der Teil der politischen und historischen Mitschuld unseres Volkes wurde in diesem Prozeß gleichfalls klargestellt."[555]

Auch im Oktober 1946 sind hierzu noch richtige Positionen im „Neuen Deutschland" zu finden. In einem Kommentar zum Urteil von Nürnberg wird zur Mitschuld der deutschen Bevölkerung am Machtantritt der Nazis und am Nazi-Völkermord folgendes gesagt:

> „Das deutsche Volk hat zwölf Jahre lang an seiner Spitze eine Verbrecherbande geduldet, die sich als Regierung ausgab. Es hat geduldet, wie seine besten Söhne von diesen Verbrechern verfolgt, terrorisiert und ermordet wurden. Es hat geduldet, daß Millionen Männer, Frauen und Kinder getötet wurden, nicht im Kampf, sondern durch den kaltblütigen, berechneten vorsätzlichen Versuch, Nationen und Rassen (?!) zu vernichten und die Existenz alter freier Nationen auszulöschen. Das deutsche Volk hat seine schlimmsten Feinde zur Macht kommen lassen und ist mit ihnen gegangen, weil soviel krank war in seinem Körper, weil es dem Kult der Gewalt huldigte, der von dem Stechschritt eitler Paraden über den Trompetenschall nationaler Überheblichkeit noch immer in das Grauen des Krieges führte."[556]

---

[554] „Neues Deutschland", 20. 7. 1946.

Karl Steinhof, Präsident der Provinzialverwaltung Brandenburg, stellt sehr richtig heraus, daß all jene nicht für den demokratischen Aufbau zu gebrauchen sind, die nicht vorbehaltlos und mit vollem Herzen die Notwendigkeit von Reparationen anerkennen: „Wer, und das gilt unterschiedslos für jeden Deutschen, nicht vorbehaltlos und mit vollem Herzen anerkennt, daß die Wiedergutmachung zu leisten ist, der ist für die deutsche Demokratie unbrauchbar und verloren." („Neues Deutschland", 19. 7. 1946)

[555] „Neues Deutschland", 27. 7. 1946.

[556] „Neues Deutschland", 1. 10. 1946, Hervorhebung durch (?!) RF.

Grotewohl leugnet die Mitschuld der deutschen Bevölkerung im „Neuen Deutschland", Oktober 1946

Im „Neuen Deutschland" vom 3. 10. 1946 ist ein Artikel von Grotewohl unter der Überschrift „Die große Lehre" abgedruckt. Dort heißt es:

> „Über die in Nürnberg zur Anklage gestandenen Punkte hinaus ist die dem deutschen Volk angetane Schmach und das über Millionen deutscher Menschen gebrachte namenlose Unglück nicht gesühnt. (...)
>
> Man kann nicht den kleinen Zellenobmann verfolgen, wenn man Fritzsche ‚freispricht'. Es darf bei der in Deutschland notwendigen inneren Reinigung nicht heißen: ‚Die Kleinen hängt man auf und die Großen läßt man laufen'. (...) Es ist die Erkenntnis des Gerichts und der Welt, daß die Deutschen in ihrer Gesamtheit als Volk für die Verbrechen Hitlers und seiner Gefolgsmänner nicht schuldig zu sprechen sind. (...) das deutsche Volk ist bestimmt nicht so schuldig an den zwölf Jahren Hitlerbarbarei wie die Freigesprochenen: Schacht, Papen und Fritzsche."[557]

Erstens: Der Artikel Grotewohls spricht von der durch die Nazis „dem deutschen Volk angetane Schmach", die noch „nicht gesühnt" sei. „Deutsches Volk" und Nazis sind bei Grotewohl fälschlich etwas sich gegenseitig ausschließendes, das wird hier überdeutlich.

Zweitens: Grotewohl tut so, als ob es ausgeschlossen wäre, den Zellenobmann, die „Kleinen" zu verfolgen, wenn ungerechtfertigterweise Hauptkriegsverbrecher nicht verurteilt werden. Er konstruiert ein Problem, das es so in der SBZ nicht gab – um den Weg zu ebnen, die „kleinen" Nazis freizusprechen, wie etwa den Zellenobmann, der eben auch mitschuldig war und oftmals direkt an Nazi-Verbrechen beteiligt war.

Drittens: Grotewohl behauptet, das Nürnberger Gericht habe festgestellt, daß das deutsche Volk nicht insgesamt schuld sei an Nazi-Verbrechen. Das ist eine plumpe Lüge. Diese Lüge soll einen An-

---

[557] „Neues Deutschland", 3. 10. 1946.

schein von Wahrheit dadurch erlangen, indem demagogisch das Thema gewechselt wird. Nun ist die Rede davon, daß das „deutsche Volk" nicht so schuldig sei wie die Nazi-Größen Papen, Schacht und Fritzsche, was natürlich stimmt, aber nichts daran ändert, daß die deutsche Bevölkerung mitschuldig ist an den Nazi-Verbrechen. Dieser Artikel knüpft an die katastrophal falschen Äußerungen von Grotewohl vom 14. September 1945 an und zeigt, wie hartnäckig der deutsche Chauvinismus hier festsaß.[558]

Anmerkung 3: Defensive und falsche Haltung zur Besetzung Deutschlands

Ein Kernpunkt des Kampfes der KPD/SED gegen die noch vorhandenen Bestandteile und Elemente des Nazifaschismus mußte eine richtige Haltung zur Besetzung Deutschlands durch die alliierten Armeen und zum Potsdamer Abkommen sein.

Die Beschlußlage ist bis zur Gründung der SED in dieser Frage besonders dürftig: Es gibt praktisch keine zentrale öffentliche Festlegung der KPD zur Notwendigkeit und Berechtigung der Besetzung Deutschlands. In der „Erklärung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz" vom 12. August 1945 wird diese Frage einfach umgangen. Es gibt jedoch öffentliche Erklärungen führender KPD-Kader, die sich allerdings als defensiv und vor dem antikommunistischen Druck zurückweichend, ja selbst als nationalistisch erweisen. Nach der Gründung der SED setzte diese sich weiterhin über die Notwendigkeit einer klaren Stellungnahme zur Besetzung hinweg und verkündete in einer Erklärung des Parteivorstands anläßlich der Hinrichtungen in Nürnberg, daß Deutschland angeblich bereits wieder ein „anerkannter freier demokratischer Staat" sei. Einzelne Vertreter der SED legten in

[558] Siehe hierzu den Abschnitt „Zur Mitschuld der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Werktätigen an den Nazi-Verbrechen", S. 300 ff.

ihren Reden gar – unwidersprochen – eine chauvinistische Überheblichkeit gegenüber der Sowjetarmee an den Tag.

a) Zweideutige und falsche Gesamthaltung zum Potsdamer Abkommen, dem Grunddokument über die Notwendigkeit, die Ziele und Aufgaben der Besetzung Deutschlands

Die „Erklärung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz" (12. August 1945) vertuscht brennende Fragen des Potsdamer Abkommens

Wenige Tage nach der Verabschiedung und Veröffentlichung des Potsdamer Abkommens führten die Blockparteien der SBZ eine Kundgebung dazu durch. Dazu veröffentlichten sie auch die „Erklärung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz" (12. August 1945). Die KPD war daran führend beteiligt. In der gemeinsamen Erklärung heißt es:

> „Diese Beschlüsse beruhen auf der durch die bedingungslose Kapitulation besiegelten militärischen Niederlage Deutschlands. Das deutsche Volk muß die Verantwortung für die Ergebnisse des Hitlerregimes und die Folgen des Hitlerkrieges tragen. Angesichts der Ungeheuerlichkeiten, deren sich das verhaßte Naziregime und seine Helfershelfer schuldig machten, können wir nicht über die Härte der Bedingungen klagen.
>
> Wir sind auch verpflichtet, nach dem Maße des Möglichen im Rahmen der vorgesehenen Reparationen einen Ausgleich für die den angegriffenen Völkern zugefügten Schäden zu leisten."[559]

Diese Erklärung war unbedingt notwendig, konnte aber nur ein erster Schritt sein. Nunmehr mußte es vor allem darum gehen, die Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands sowie den Inhalt und die Bedeutung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zu erläutern. Denn in der nur zwei Seiten umfassenden Erklärung der Block-

[559] Zitiert nach: „Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland", S. 119/120.

parteien vom 12. August 1945 werden – nicht ohne Grund – viele der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens nicht bzw. noch nicht angesprochen, so vor allem nicht die Frage der Oder-Neiße-Grenze und der Umsiedlungen. Doch es fehlen nicht nur wesentliche Bestimmungen. Auch was gesagt wird, ist weit davon entfernt, das Potsdamer Abkommen offensiv zu verteidigen und zu vertreten.

Die Erklärung spricht von einer angeblichen „Härte der Bedingungen", über die man aber nicht „klagen" könne, anstatt das Potsdamer Abkommen als notwendig und gerecht sowie als große Hilfe für die antinazistischen Kräfte in Deutschland zu propagieren. Damit wird in mehrfacher Hinsicht eine völlig falsche, im Bewußtsein der übergroßen Mehrheit der werktätigen Massen vorhandene falsche Haltung faktisch bekräftigt.

Somit wirkt die „Erklärung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz" vom 12. August 1945 allenfalls wie das äußerste Minimum an Loyalitätsbekundung, wozu man sich – sozusagen mit zusammengebissenen Zähnen – durchgerungen hat.[560]

Piecks faule Position auf der Kundgebung der Blockparteien am 12. August 1945

Die KPD nahm auf der Kundgebung der Blockparteien am 12. August 1945 durch ihren Vorsitzenden Wilhelm Pieck Stellung zum Potsdamer Abkommen. Pieck äußerte sich wie folgt:

---

[560] In einer Anmerkung zu den „Dokumenten zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 1, (Hg.: Benser u. a.), heißt es auf S. 519 ohne Beleg, daß die bürgerlichen Blockparteien CDU und LDPD sich in der Debatte über die Formulierung dieses Beschlusses vehement gegen eine Unterstützung der Oder-Neiße-Grenze, gegen die Umsiedlungen und gegen die Anerkennung der Mitschuld ausgesprochen hätten.

Das ist durchaus möglich. Allerdings läßt sich das Problem nicht darauf reduzieren, daß die KPD sich in diesem Fall nur nicht durchgesetzt und ein faules Zugeständnis gemacht hätte. Das zeigt die katastrophale Äußerung von Pieck auf der Kundgebung der Blockparteien am 12. August 1945, die wir nachfolgend im Haupttext anführen und kritisieren.

„Niemand wird erwarten, daß unser Volk diese Beschlüsse begrüßt, dazu sind die sich daraus ergebenden Lasten viel zu groß."[561]

Sicherlich war es als Einschätzung realistisch, daß die Masse der werktätigen Bevölkerung Deutschlands die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens ***nicht*** begrüßte, da ihr Bewußtsein sehr weitreichend von der nazifaschistischen Ideologie bzw. von deutschem Chauvinismus überhaupt bestimmt war. Fatal ist aber, daß Pieck dies unkritisiert im Raum stehen läßt und selbst von den angeblich „viel zu großen Lasten" spricht, statt die Notwendigkeit und die Berechtigung der Potsdamer Beschlüsse zu propagieren.

Die „Vortragsdisposition" Nr. 5/6/7 (1945) über das Potsdamer Abkommen – Ein richtiger Ansatzpunkt, der sich nicht durchsetzen konnte

Im krassen Gegensatz zu dieser öffentlichen Zurückhaltung, ja dem Ausweichen vor einer Festlegung auf die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens steht die für die eigenen Kader der KPD verfaßte „Vortragsdisposition" Nr. 5, 6, 7 (1945), ***„Die Beschlüsse der Berliner Konferenz der Regierungschefs der drei demokratischen Großmächte"***. Darin erfolgt eine wirklich detaillierte Auseinandersetzung mit den Inhalten des Potsdamer Abkommens.

So werden konkret die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz zu den Reparationen erläutert und kommentiert.

Sehr ausführlich und mit geschichtlichen Fakten belegt wird auch die Notwendigkeit und Gerechtigkeit der Oder-Neiße-Grenze dargelegt.[562] Allerdings handelt es sich bei der Vortragsdisposition nicht um ein zentrales Parteidokument für die Öffentlichkeit. Die Praxis der Agitation und Propaganda der KPD bzw. SED war nicht davon geprägt, die richtigen Ausführungen der Schulungsgrundlage nach außen zu tragen.

---

[561] Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 1, S. 281.

[562] Auf diese Vortragsdisposition kommen wir beim Punkt über die Oder-Neiße-Grenze zurück.

Wie Grotewohl wiederholt demagogisch gegen das Potsdamer Abkommen polemisierte

Im Dezember 1945 begrüßte der Zentralausschuß der SPD zwar ausdrücklich das Potsdamer Abkommen und bezeichnete es als Grundlage des eigenen Kampfes.[563] Doch im Verlaufe der Vorbereitung der Gründung der SED wird vor allem von Grotewohl, dem Vorsitzenden des Zentralausschusses der SPD, das Potsdamer Abkommen als „Last" bezeichnet.

Grotewohl verweist in seinem Referat auf dem 40. Parteitag der SPD, also unmittelbar vor der Vereinigung mit der KPD, wie folgt auf das Potsdamer Abkommen:

> „Wir wissen, daß die Auswirkungen der Beschlüsse von Potsdam uns vor Tatsachen stellen, die gewiß nicht die angenehmsten für uns sind."[564]

Diese verkürzte Darstellung hebt Grotewohl dann wieder mit einer entgegengesetzten Übertreibung auf, indem er fortführt:

> „(...) ja, wir müssen sogar soweit gehen, uns darüber klar zu sein, daß bei der nackten Anwendung eines Vergeltungssystems seitens der Alliierten wir vermutlich alle nicht in diesem Saal sitzen könnten."[565]

So wird für jeden etwas gesagt. Grotewohl analysiert aber nicht wirklich, warum die Potsdamer Beschlüsse sehr wohl das „Angenehmste" sein konnten und nach den Verbrechen des Nazifaschismus auch waren, was überhaupt seitens der sozialistischen Sowjetunion in den Verhandlungen mit den westlichen imperialistischen Besatzungsmächten beschlossen werden konnte – denn sie ermöglichten und unterstützten, daß die werktätigen und ausgebeuteten Massen in Deutschland den Kampf gegen die noch existierenden Bestandteile des Nazifaschismus führen konnten.

---

[563] Zur „Erklärung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz" vom 12. August 1945 siehe S. 478.

[564] „40. Parteitag der SPD", S. 84.

[565] Ebenda, S. 85.

Das steht deutlich im Widerspruch zu den Positionen vom Dezember 1945, als auch der Zentralausschuß der SPD das Potsdamer Abkommen begrüßte und als Grundlage des eigenen Kampfes bezeichnete.

Gerade weil Grotewohl noch auf dem 40. Parteitag der SPD die Beschlüsse von Potsdam als „nicht angenehm" charakterisierte, muß folgende, als positiv zu bewertende Äußerung Grotewohls auf dem Vereinigungsparteitag der SED festgehalten werden:

> „Die Potsdamer Beschlüsse sind gewissermaßen die Charta, von deren Boden aus der Neuaufbau des zusammengebrochenen Deutschlands zu erfolgen hat."[566]

Aber auch hier zeigt sich: Sobald man einen Satz zitiert, der eigentlich im Kern richtig ist, begegnet einem ein Begriff oder ein Wort, das einen zusammenzucken läßt. Das Wort vom „zusammengebrochenen Deutschland" geht angesichts der riesigen Anstrengungen der Partisanenverbände und Armeen der Anti-Hitler-Koalition, die nötig waren, um Nazideutschland militärisch niederzuwerfen, nicht nur an der Realität vorbei, sondern verrät auch einen deutschnational zentrierten Blick.

Ein wesentliches Versäumnis – kein zentrales Dokument der KPD zum Potsdamer Abkommen

Das Potsdamer Abkommen wurde als Grunddokument der alliierten Besatzungsmächte selbstverständlich im Zentralorgan der KPD abgedruckt.[567] Notwendig und richtig wäre es gewesen, im Anschluß daran die Gesamtheit der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, etwa in einer Artikelserie in der „Deutschen Volkszeitung" zu besprechen, vor allem auch in Hinblick auf die sich daraus für die KPD ergebenden Aufgaben. Eine solche öffentliche Erläuterung erfolgte aber nicht.

---

[566] „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD", S. 107.

[567] Das Potsdamer Abkommen wurde unter dem Titel „Das Dokument der Berliner Konferenz" vollständig in der „Deutschen Volkszeitung" vom 4. 8. 1945 veröffentlicht.

Festzustellen ist, daß es nach der kurzen Erklärung der Blockparteien vom 12. August 1945 bis zur Gründung der SED im Jahr 1946 ***kein zentrales Dokument der KPD zum Potsdamer Abkommen gibt,*** welches öffentlich die entscheidenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens propagiert und erläutert hätte.[568] Das ist ein unentschuldbares Versäumnis und hängt damit zusammen, daß führende Kader der KPD entweder selbst eine falsche Haltung dazu hatten oder aus Opportunismus gegenüber dem Chauvinismus unter den breiten Massen einer offensiven Stellungnahme auswichen.

Schließlich war es ein deutliches Zurückweichen vor dem reaktionären Druck, der gerade in diesen Fragen nicht nur von den offen reaktionären bürgerlichen Parteien der westlichen Besatzungszonen sowie von den bürgerlichen Blockparteien der SBZ ausging, sondern auch von der SPD der SBZ, deren führender Kopf Grotewohl war.

Defensive und vor dem antikommunistischen Druck zurückweichende nationalistische Position Ulbrichts zur Besetzung Deutschlands, Dezember 1945

Wie wir bereits festgestellt haben, war ein gewichtiger Fehler des Aufrufs des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, daß nicht auf die Frage der Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands durch die alliierten Armeen und nicht auf die Beschlüsse der Mächte der Anti-Hitler-Koalition, zum damaligen Zeitpunkt vor allem die Beschlüsse von

---

[568] Paul Merker hat im Exil in Mexiko im „Freien Deutschland" vom 10. September 1945 einen Artikel über „Die Potsdamer Beschlüsse" veröffentlicht, der die Beschlüsse von Potsdam gerade auch in den „neuralgischen Punkten" der Reparationen, der Oder-Neiße-Grenze und der Umsiedlungen konkret und offensiv propagiert.

„Die Sowjetunion und Polen haben 15 bis 20 Millionen ihrer Bürger als Tote zu beklagen und weitere Millionen als Kranke und Krüppel. Kann ihnen unter diesen Umständen das Recht abgesprochen werden, sich für die Zukunft durch eine grundlegende Änderung der Landkarte Europas zu sichern und eine Wiederholung der von den deutschen Imperialisten verursachten Katastrophe auf jeden Fall zu verhüten? ***Das Recht ist auch in der Frage der Umsiedlungen auf ihrer Seite;*** England und die USA haben es anerkannt." (Merker: „Die Potsdamer Beschlüsse", S. 7, Hervorhebung RF)

Jalta, eingegangen wurde. Wir haben auch gezeigt, daß sich der Aufruf vom 11. Juni 1945 in völlig untauglicher Weise von einem „Aufzwingen" des Sowjetsystems distanziert hat.

Positiv ist dann, daß in der einen Monat später verabschiedeten Vereinbarung der vier Blockparteien vom 14. Juli 1945 „Die antifaschistische Einheit ist da" ohne viel Drumherum bekräftigt wird:

> „Ehrliche Bereitschaft zur Durchführung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden und Anerkennung unserer Pflicht zur Wiedergutmachung."[569]

Doch eine offensive Position und Propaganda zur Besetzung Deutschlands wurde dennoch nicht entwickelt, ja es wurden Positionen formuliert, die ein direktes Zurückweichen vor dem reaktionären Druck darstellten.

So antwortete Walter Ulbricht am 19. Dezember 1945 auf Fragen von Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Angestellten in Gewerkschaftsversammlungen:

> „Man sucht uns Kommunisten für die Besatzung verantwortlich zu machen. Ich denke, daß wir Kommunisten von allen Deutschen am wenigsten für die Besatzung verantwortlich sind."[570]

Der Grundfehler von Ulbricht ist, daß er von vornherein akzeptiert, daß die Besatzung etwas Negatives ist. Ausgehend von dieser falschen Prämisse weist er zudem noch völlig falsch die Verantwortlichkeit der Kommunisten zurück.[571] Die Tatsache, daß die Kommu-

---

[569] Zitiert nach: Ulbricht: „Zur Geschichte der neuesten Zeit", S. 381.

[570] „Antworten Walter Ulbrichts vom 19. Dezember 1945 auf Fragen von Arbeitern und Angestellten in Gewerkschaftsversammlungen", in: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 340.

[571] Positiv hebt sich demgegenüber der gemeinsame Aufruf der SPD und KPD, Land Sachsen, vom 19. November ab, in dem es heißt: „Wir, die wir im Sektor der sowjetischen Administration leben, haben die weitestgehenden politischen Freiheiten, viel mehr als in den westlichen Gebieten. Daß wir diese Freiheit haben, ist nicht das Verdienst einer der beiden Arbeiterparteien. Die Arbeiterklasse hat sich die Befreiung vom faschistischen Joch leider nicht erkämpft. Wir haben unsere Freiheit als Geschenk von der Roten Armee erhalten." („Gemeinsamer Aufruf der SPD und der KPD, Land Sachsen, vom 19. November 1945 an alle Mitglieder, für

Fortsetzung nächste Seite

nisten in Deutschland im Interesse der Niederlage des Nazifaschismus die alliierten Armeen auch vor dem April 1945 unterstützt haben und insofern mit Fug und Recht mitverantwortlich dafür sind, daß Deutschland möglichst rasch von den Armeen der Anti-Hitler-Koalition besetzt wurde, eine solche offensive Position schien für Ulbricht undenkbar.[572] Das sagt einiges über die Atmosphäre dieser Zeit, aber auch über Walter Ulbricht aus.

Die Position von Ulbricht wurde im weiteren allerdings nicht selbstkritisch korrigiert, sondern Richtlinie für die ideologische Arbeit der KPD bzw. SED zu dieser Frage.

So heißt es in der „Vortragsdisposition" Nr. 3 (1946), „Der nationale Kampf der KPD und die Einheit Deutschlands":

> „Die Kommunistische Partei hat weder die Besetzung gewollt noch herbeigewünscht."[573]

Auf der Reichskonferenz der KPD vom 2./3.3.1946 äußerte sich Pieck auch zur Unterstützung der KPD-Kader für die Rote Armee:

> „Allerdings übernahmen sie damit auch eine große Verantwortung gegenüber all den Begleiterscheinungen, die mit der Besetzung des

---

Fortsetzung der Fußnote

die Einheit der Arbeiterbewegung zu wirken", in: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 273)

[572] In der „Vortragsdisposition" Nr. 5, 6, 7 (1945), „Die Beschlüsse der Berliner Konferenz", wird die Frage behandelt, warum Deutschland anders behandelt werden muß als die übrigen Länder der einstigen Achsenmächte. Das wird im Vergleich mit Italien gezeigt. Anders als die deutsche Bevölkerung, die bis zuletzt mit den Nazis ging, habe Italien als erste der Achsenmächte mit Deutschland gebrochen, zu dessen Niederlage beigetragen und sich dann auch dem Kampf der Alliierten gegen Japan angeschlossen. (S. 9)

[573] „Der nationale Kampf der KPD und die Einheit Deutschlands", „Vortragsdisposition", Nr. 3, 1946, S. 11. Haargenau dieselbe Position propagiert nach der Gründung der SED dann z. B. auch das „Sozialistische Bildungsheft" Nr. 8, 1946, „Unser Kampf gegen die Hetze der Reaktion". Ein Abschnitt lautet: „Die SED ist am wenigsten für die Besetzung und die heutigen Schwierigkeiten verantwortlich". Dort heißt es, die SED sei „in keiner Weise für die Besetzung und für andere heutige Schwierigkeiten verantwortlich zu machen." (S. 9/10)

> Landes durch fremde Truppen verbunden und die Herstellung eines normalen Lebens sehr hinderlich sind."[574]

Pieck übernimmt hier für die KPD eine gewisse Verantwortung für die Besetzung Deutschlands durch die alliierten Armeen. Nur, wie er das tut, ist geradezu erbärmlich: Er schildert es so, als ob die KPD mit sogenannten „Begleiterscheinungen" der Besetzung Deutschlands durch „fremde Truppen" belastet würde, statt offensiv die reaktionäre Hetze zu bekämpfen, die sich in der SBZ antikommunistisch gegen die Rote Armee richtete.

Auf derselben Reichskonferenz setzte sich Pieck wie folgt mit den Äußerungen der bürgerlichen Zeitung „Tagesspiegel" auseinander, die gegen die Vorbereitung der Gründung der SED hatte verlauten lassen, „daß es doch besser sei, den Schutz der Demokratie vorläufig den Besatzungsmächten anzuvertrauen als der Sozialistischen Einheitspartei":

> „Demgegenüber ist nur zu sagen, daß die Demokratie nur durch das Volk geschaffen und durch das Volk verteidigt und geschützt werden kann."[575]

Und Ulbricht ergänzte unmittelbar:

> „Wir begrüßen dabei jede Unterstützung durch die Besatzungsbehörden!"[576]

Mit einer allgemeinen Phrase stellt Pieck, unterstützt von Ulbricht, die Sache gerade auf den Kopf: Die Möglichkeit demokratischer Verhältnisse wurde 1945 eben nicht „nur durch das Volk", gemeint ist das deutsche Volk, geschaffen und gewährleistet, sondern durch die Armeen der Alliierten. Die deutschen antinazistischen Kräfte konnten die Besatzungsbehörden dabei zunächst und auf absehbare Zeit nur unterstützen, und nicht umgekehrt, wie Ulbricht prahlerisch und im Grunde chauvinistisch einwirft.

---

[574] Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 4, S. 9.

[575] Ebenda, S. 32.

[576] Ebenda.

Wie Grotewohl auf dem 40. Parteitag der SPD großspurig erklärt, daß nach der Schaffung der SED als Massenpartei die Rote Armee in der SBZ angeblich „unnötig" sei

Otto Grotewohl hielt das politische Hauptreferat des Parteitags zur „Einheit der deutschen Arbeiterklasse". Grotewohl wehrt sich darin gegen die These, daß die Besatzungsarmeen längere Zeit nicht abziehen können und man mit einer Besatzungszeit von 15 Jahren rechnen müsse:

> „Wenn es so ist, daß wir fünfzehn Jahre lang auf den Bajonetten der Besatzungsmächte (?!) in Deutschland leben müssen, nur um die Reaktion niederzuhalten, dann wäre das eine Schmach und Schande für das deutsche Volk. (Laute Bravorufe und stürmischer Beifall.)"[577]

Und großsprecherisch führte Grotewohl weiter aus:

> „Wir wissen genau, wenn wir morgen eine Partei von eineinhalb Millionen Sozialisten in der sowjetischen Zone sind, dann ist die Sicherheit dieser Zone nicht mehr gewährleistet durch die russische Besatzungsarmee, sondern durch unsere eigene Kraft."[578]

Das Szenario, das Grotewohl hier entwirft, wonach es eine „Schande" wäre, wenn die Besatzungsarmeen 15 Jahre in Deutschland bleiben müßten, um die Reaktion niederzuhalten, ignoriert das extrem niedrige Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter nach 12 Jahren Nazifaschismus. Aufgrund dieser Tatsache war es durchaus wahrscheinlich, daß bewaffnete Organe der Arbeiterklasse Deutschlands bzw. der SBZ als Grundlage der zu errichtenden Diktatur des Proletariats nicht in kürzerer Frist aufgebaut werden können, die in der Lage wären, selbständig die Reaktion niederzuhalten. Das scheinbar „linke", deutsch-überhebliche Gehabe Grotewohls entpuppt sich im zweiten Zitat als ganz rechts.

---

[577] „40. Parteitag der SPD", S. 98, Hervorhebung durch (?!) RF.

[578] Ebenda.

Grotewohl behauptet allen Ernstes, daß in der SBZ nicht mehr die Sowjetarmee mit ihren Panzern und Gewehren die „Sicherheit gewährleistet", sondern die SED, sobald sie 1,5 Millionen Mitglieder habe! Laut Grotewohl wäre dann eine bewaffnete Macht in der SBZ als Garant zur Verhinderung und Niederschlagung nazistischer und reaktionärer bewaffneter und militärischer Aktionen in der SBZ bzw. ausgehend von Westdeutschland nicht mehr nötig. Denn die SED, dessen war sich auch Grotewohl bewußt, war ja keinesfalls eine Armee oder bewaffnete Organisation, sondern eine politische Partei. Von einer realistischen Einschätzung der Lage ist Grotewohl offensichtlich weit entfernt, wie spätestens die Ereignisse am 17. Juni 1953 in der SBZ zeigten, wo die SED – obwohl sie schon 7 Jahre existierte und über 1,5 Millionen Mitglieder hatte – auf die Panzer der Roten Armee angewiesen war, um die revanchistischen Aktionen reaktionärer Kräfte in der DDR niederzuschlagen.[579] Von der Position des wissenschaftlichen Kommunismus, daß die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt (Mao Tse-tung), war Grotewohl meilenweit weit entfernt.

Zur nationalistisch-überheblichen Haltung Grotewohls gegenüber der Sowjetarmee als Besatzungsmacht und zu seinem nationalistischen Gejammer auf dem Vereinigungsparteitag der SED

Wie schon auf dem 40. Parteitag der SPD polemisiert Grotewohl mit durch nichts zu rechtfertigender Überheblichkeit gegen die sowjetischen Bajonette auch auf dem Vereinigungsparteitag, allein spekulierend auf die große Zahl der Parteimitglieder und den erwarteten Hunderttausenden neue Mitglieder nach dem Vereinigungsparteitag:

> „Ich glaube nicht, daß es vermessen ist, und ich glaube auch nicht, daß die sowjetischen Besatzungsbehörden es mir etwa übelnehmen

[579] Gleichzeitig geht Grotewohl nach diesem Ausfall wieder zwei Schritte zurück, und betont: „Selbstverständlich stehen wir nicht nur in der russischen, sondern in allen Zonen in Deutschland unter dem Einfluß und der Kontrolle der Besatzungsmächte." (Ebenda, S. 99)

werden, wenn ich an dieser Stelle erkläre, daß die heute geschaffene Sozialistische Einheitspartei mindestens in der sowjetischen Besatzungszone durch ihre riesengroße politische Stärke eine so große Sicherheit für unseren Bestand in der sowjetischen Zone darstellt, daß wir auf die Bajonette der Russen nicht mehr angewiesen sind. (Tosender, nicht enden wollender Beifall und Bravorufe.)"[580]

Grotewohl und mit ihm die beifallspendenden Delegierten des Vereinigungsparteitags übersehen hier die Realität der politischen Macht in der SBZ. Die politische Macht stützt sich in erster Linie auf die Gewehre, und diese waren in den Händen der sowjetischen Streitkräfte. Diese erst ermöglichten der SED ihre weiter Entwicklung. Daß Grotewohls Überheblichkeit auf einer Illusion beruhte und nicht auf Klarheit über die politische Macht und eigene Stärke in der SBZ, dies war, wie bereits erwähnt, spätestens am 17. Juni 1953 nicht mehr zu übersehen.

Otto Grotewohl geht in seinem Referat auch auf die Fragen und Probleme des „Neuaufbaus Deutschlands" ein. Am Anfang seiner Rede steht die Beschreibung der Lage Deutschlands nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition über den Nazifaschismus und der Besetzung Deutschlands durch die alliierten Truppen. Bei Grotewohl klingt das so:

„Das deutsche Volk ist kein völkerrechtliches Subjekt mehr. Das deutsche Volk hat keinen Staat, keine Regierung, keine Fahne, keinen Wohlstand, keine Ehre und keine Freiheit mehr. Alles, alles ist dahin. Es ist in der Welt verrufener, als es Vandalen und Hunnen waren, es ist ärmer als es Polen, Jugoslawen und Rumänen waren. Es hat in jeder Hinsicht seine Form und Richtung verloren. Das deutsche Volk ist Gegenstand einer geschichtlichen Katastrophe, wie sie furchtbarer, namenloser, grenzenloser noch kein großes Volk in der Geschichte getroffen hat. Nur die Zerstörung Karthagos und Jerusalems und der Ausgang des 30jährigen Krieges bieten sich zum Vergleich an." (S. 101)

---

[580] „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD", S. 113. Alle weiteren Seitenangaben in diesem Abschnitt beziehen sich auf diese Ausgabe.

Unrealistisch war auch Grotewohls Einschätzung, „daß sich die Einigung (von KPD und SPD, A. d. V.) unaufhaltsam auch in den anderen Zonen durchsetzen wird". (Ebenda, S. 125)

In diesen Ausführungen sind 95 Prozent der Behauptungen falsch. 5 Prozent sind richtig. Es ist wahr, daß es keinen deutschen Staat gab, der ein „völkerrechtliches Subjekt" war. Es ist wahr, daß das deutsche Volk in der Welt verrufener war, als es „Vandalen und Hunnen waren". Aber schon die These, daß Deutschland ärmer als Polen, Jugoslawien und Rumänien sei, ist mehr als fragwürdig, besonders angesichts der Zerstörungen in Polen. Die Aufzählung, daß das deutsche Volk keine Fahne, keine Ehre mehr habe usw., all dies sind Phraseologien des Nationalismus. Die These, daß das „deutsche Volk" Objekt „einer geschichtlichen Katastrophe" sei und nicht Subjekt einer Entwicklung, die mit der Niederlage des Nazifaschismus endete, klammert gerade die Mitschuld der deutschen Bevölkerung an den Nazi-Verbrechen aus. Daß angeblich das „deutsche Volk" furchtbarer als andere Völker getroffen worden sei, ist angesichts der Nazi-Verbrechen an der polnischen Bevölkerung oder der jüdischen Bevölkerung Europas und der Sowjetunion, aber auch der Bevölkerung der Sowjetunion insgesamt bodenlos nationalistisch und historisch verfälschend. Die Zerstörung Jerusalems und Karthagos in diesem Zusammenhang zu erwähnen zeigt, von welcher Unsensibilität und Geschmacklosigkeit der mit großem Beifall aufgenommene Beitrag von Otto Grotewohl an diesem Punkt war.

Weiter heißt es bei Grotewohl über Deutschland:

> „Seine Souveränität hat es verloren, bloß liegt es zu den Füßen seiner Sieger und hat zu gehorchen, wenn sie befehlen." (S. 101)

Eine solche Darstellung ist eine nationalistische Provokation, gerichtet gegen die militärische Befehlsstruktur der alliierten Besatzungsmächte, die eigentlich zur Beendigung des Parteitags durch die SMAD hätte führen können.

Weiter geht es im gleichen nationalistischen Stil:

> „Der Lebensstandard des deutschen Volkes wird von den Siegermächten bestimmt. Wird es von diesen nicht durchgefüttert, muß es hungern und zum Schmarotzervolk werden." (S. 102)

Auch diese Darstellung, die zudem auf den rassistisch-antisemitischen Jargon des „Schmarotzervolkes" zurückgreift, ist provokativ und entspricht in keiner Weise dem Vokabular, das nötig wäre, um zu beschreiben, unter welchen Entbehrungen die Sowjetbevölkerung in der Tat Lebensmittel nach Deutschland geschickt hat, obwohl die Völker der Sowjetunion selbst hungerten.

b) Ausblick: Die SED verkündet, daß Deutschland angeblich bereits wieder ein „anerkannter freier demokratischer Staat in der Gemeinschaft der Völker" sei

Auch nach Gründung der SED wird die Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands keineswegs offensiv verteidigt, sondern sozusagen für nicht existent erklärt.

Ausnahme ist der bereits vorne wiederholt angeführte Verfassungsentwurf vom 22. 9. 1946. Darin heißt es richtig:

> „Schwere Schuld ist im Namen dieses Volkes auf Deutschland geladen. Wir haben weder ein Recht zu jammern, noch zu klagen. Wir stehen dagegen vor der Aufgabe, uns in dem für uns abgesteckten Rahmen zurechtzufinden und zu versuchen, die ehrlichen und gutwilligen Aufbaukräfte des demokratischen Deutschlands zu sammeln und mit Initiative zu erfüllen. Die Bestimmungen der Potsdamer Beschlüsse zeigen uns klar und unzweideutig die politische Situation des deutschen Volkes. Sie liegt in den Worten des Potsdamer Dokumentes:
>
> ***‚Das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden.'***
>
> Darum ist ganz Deutschland von den alliierten Armeen besetzt, darum sind wir unter die alliierte Kontrolle gestellt, darum soll der deutsche Militarismus und Nazismus ausgerottet werden, darum gibt man uns aber auch die Möglichkeit zur Vorbereitung für die Wiederherstellung unseres Lebens auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage."[581]

Doch schon kurz darauf ist all das vergessen. Das ZK der SED schreibt aus Anlaß der Hinrichtungen in Nürnberg im „Neuen Deutschland" vom 16. 10. 1946:

---

[581] Otto Grotewohl „Warum Verfassungsentwurf?", in: Sonderbeilage der „Einheit", Nr. 7 (Dezember 1946), S. 3/4.

„Der Hitlerfaschismus verging, doch Deutschland blieb bestehen und wurde zu einem der anerkannten freien demokratischen Staaten in der Gemeinschaft der Völker."[582]

Genau das stimmt eben nicht. Es gab 1946 keinen deutschen Staat, erst recht keinen anerkannten freien demokratischen Staat. Die Staatsmacht in der SBZ übte die SMAD mit Hilfe der Sowjetarmee aus. Die deutschen demokratischen Kräfte unterstützten die SMAD dabei nach Kräften.

Daß diese Tatsachen einfach weggeredet werden, macht einen Grundfehler der SED sichtbar: Es werden immer öfter die realen Verhältnisse nicht wirklich analysiert und benannt, sondern illusionäre, die Wirklichkeit vertuschende, schönfärberische „Analysen" und Lebenslügen präsentiert, die als Grundlage für die Erarbeitung der nächsten anstehenden Kampfaufgaben absolut untauglich waren.

Anmerkung 4: Haltung zu den Kriegsgefangenen: Nach anfänglich auch richtigen Ansätzen vor allem nationalistisch-populistische „Heimkehr"-Propaganda

Einen ausdrücklichen Beschluß zu den deutschen Kriegsgefangenen gab es von der KPD zunächst nicht. Die Durchsicht der Dokumente und Publikationen hat aber gezeigt, daß zunächst vor allem Aufklärung über Verbrechen der Nazi-Wehrmacht betrieben wurde. Auf der erweiterten Sitzung des ZK im Januar 1946 wird dann allerdings die Anweisung an alle Bezirksleitungen gegeben, die „Sorge für die heimkehrenden Kriegsgefangenen" zu „einer der ersten Sorgen unserer Partei" zu machen. Danach, vor allem aber nach Gründung der SED steht dann in der Tat zunehmend das Eintreten für die „Rückkehr unserer Kriegsgefangenen" bis hin zu „herzlichen Weih-

[582] „Neues Deutschland", 16. 10. 1946.

nachtsgrüßen" durch den Parteivorstand der SED 1946 im Vordergrund, während über die Verbrechen der Nazi-Armee immer weniger zu finden ist.

a) Richtiger Ausgangspunkt: Aufklärung über Verbrechen der Nazi-Wehrmacht in der „Deutschen Volkszeitung", dem Zentralorgan der KPD, sowie in der „Täglichen Rundschau" der SMAD

In der „Deutschen Volkszeitung" wurde vor allem 1945 umfassend über die Verbrechen der Nazis und auch der Nazi-Wehrmacht berichtet. Aufgrund dieser Berichterstattung wurde auch klar, daß keinesfalls nur die SS, sondern auch die Nazi-Wehrmacht ungeheure Verbrechen begangen hatte.

Auch in der „Täglichen Rundschau", der Zeitung der sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), gab es eine Fülle von Artikeln zu den Verbrechen der Nazi-Wehrmacht.

Hier soll kurz eine unvollständige Liste von Artikeln in der „Täglichen Rundschau" vorgestellt werden, um zu verdeutlichen, wie bekannt die Verbrechen der Nazi-Armee, ihrer Soldaten und Offiziere schon 1945/1946 war:

21. 6. 1945: Auf Seite 2 werden Verbrechen der Nazi-Armee angeprangert. Unter der Überschrift „Warum verfluchen die Völker Hitlerdeutschland?" wird ausgeführt: „Wohin auch die deutschen Truppen zogen, sie brachten Tod, Hunger, Raub, Zerstörung, Sklaverei mit sich."

26. 7. 1945: Ab diesem Datum beginnt eine Artikelreihe „So benahmen sich die Deutschen in Rußland". In diesem Artikel werden Morde von einem deutschen Offizier an sowjetischen Kindern geschildert.

20. 12. 1945: Auf Seite 1 erscheint ein Leitartikel unter anderem zu Verbrechen der SA. Der Kommentar zu diesem Leitartikel berichtet über Verbrechen der Nazi-Wehrmacht in Smolensk und insgesamt in der Sowjetunion. Er macht klar, daß es Hunderttausende von Niederschriften deutscher Soldaten gibt, die bezeugen, welche Verbrechen sie begangen und gebilligt haben. Zum Schluß wird die Mitschuld der deutschen Bevölkerung betont.

4. 1. 1946: Leitartikel: „Wehrmacht unterstützte Massenermordungen", mit einem Bericht vom Nürnberger Prozeß.

1. 2. 1946: Artikel auf der Titelseite zu Verbrechen der Wehrmacht im Westen, es werden Massaker in Frankreich geschildert.

Aber auch zu den deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion werden wiederholt Artikel in der „Täglichen Rundschau" veröffentlicht. Im Artikel „Kriegsgefangene grüßen ihre Angehörigen" vom 5. 7. 1945 werden zum Beispiel Briefe von Kriegsgefangenen abgedruckt, um der antikommunistischen Nazi-Hetze entgegenzutreten, die ständig trommelte, daß deutsche Kriegsgefangene schlecht behandelt würden.

In einem Kommentar zur Freilassung von 500 000 Kriegsgefangenen im August 1945 wird richtig herausgestellt, daß die Rote Armee die deutschen Kriegsgefangenen korrekt behandelt hat, obwohl die „deutsche Wehrmacht die Versklavung und Vernichtung des Sowjetvolkes auf ihre Banner geschrieben hatte und der Weg der deutschen Soldaten mit Millionen hingemordeter Sowjetbürger besät war." („Tägliche Rundschau", 1. 9. 1945)

Ein anderer Artikel wendet sich direkt gegen die in der deutschen Bevölkerung vorherrschende Vorstellung, die Verbrechen in den besetzten Ländern hätte nur die SS begangen, und ruft dazu auf, die Naziverbrecher ausfindig zu machen.

> „Viele Deutsche versuchen die ganze Schuld für die in den von Deutschen besetzten Ländern verübten Verbrechen und Bestialitäten der SS allein zuzuschieben. Gewiß ist die SS in erster Linie für die Greueltaten verantwortlich. Auszüge aus deutschen Feldpostbriefen jedoch, die von der Roten Armee im Laufe der Kämpfe erbeutet wurden, stellen es unter klaren Beweis, daß auch einfache Soldaten und Offiziere der regulären deutschen Truppen an diesen Verbrechen mitbeteiligt und mitschuldig waren."[583]

Gerade auch diese Artikel in der „Täglichen Rundschau" waren eine Grundlage für die KPD/SED, um ihren Kampf gegen die reaktionäre Hetze in der „Kriegsgefangenenfrage" richtig zu verbinden mit dem Kampf um die Entnazifizierung, die gerade auch unter den deut-

---

[583] „Tägliche Rundschau", 8. 6. 1945.

schen Soldaten entfaltet werden mußte, weil Hunderttausende durch ihre Teilnahme am Nazi-Krieg an Nazi-Verbrechen beteiligt waren.

b) Die Anweisung des ZK der KPD, die „Sorge für die heimkehrenden Kriegsgefangenen" zu „einer der ersten Sorgen unserer Partei" zu machen, widerspricht zutiefst dem Hauptkettenglied Entnazifizierung

Im Januar 1946 fand eine erweiterte Sitzung des ZK der KPD statt, auf der die Haltung zu den deutschen Kriegsgefangenen diskutiert wurde.

Im Bericht von Müller aus Hannover heißt es:

> „Die nächste Frage ist die der Kriegsgefangenen, die in der ganzen faschistischen Erziehung und Agitation und bei der Parolenverbreitung eine große Rolle spielt."[584]

Dieser Hinweis ist insofern sehr wichtig, weil er deutlich macht, daß sich die KPD bzw. die SED durchaus bewußt war, daß dieser Punkt für die Nazis und die anderen reaktionären Kräfte im Westen Deutschlands und in der SBZ von Wichtigkeit war. Jedoch haben die KPD und dann SED in dieser Frage der Nazi-Ideologie in der Folge nicht den Krieg erklärt, sondern sind in einen Wettstreit der Anbiederung an die Kriegsgefangenen mit den bürgerlichen Parteien im Westen eingetreten.

Am 9. 1. 1946 erteilte das Zentralkomitee der KPD an alle Bezirksleitungen folgende Anweisungen zur Behandlung der Frage der Kriegsgefangenen: Die „Sorge für die heimkehrenden Kriegsgefangenen" müsse den gebührenden Raum einnehmen, „Hilfe für die ehemaligen Kriegsgefangenen" müsse „eine der ersten Sorgen unserer Partei sein", es solle eine Kampagne zur Hilfe für die Kriegsgefangenen in der gesamten Parteipresse begonnen werden und die

---

[584] Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 2, S. 472.

„Kriegsgefangenenfrage" dürfe nicht mehr aus den „Spalten unserer Zeitungen verschwinden".[585]

Diese Anweisung war das Startsignal für eine nationalistische Welle der Anbiederung an die deutschen Kriegsgefangenen, die ein solches Ausmaße annahm, daß dies zu den finstersten Kapiteln der Geschichte der KPD/SED 1945/46 gehört.[586]

c) Nationalistische Töne zur „Frage der deutschen Kriegsgefangenen" auf dem 40. Parteitag der SPD

Käthe Kern referierte über die Frauenfrage.[587] Sie verwirrt die Frage der Kriegsgefangenen, indem sie den Akzent auf die antifaschistischen Kriegsgefangenen legt. Zunächst beginnt Käthe Kern in einem Tonfall, der erschreckend ist, um dann etwas zu entschärfen:

> „Wir bitten auch um Gehör für einen Herzenswunsch unserer Frauen, deren Männer, und unserer Mütter, deren Söhne sich noch in Kriegsgefangenschaft befinden. (Sehr richtig! Beifall.) Wir wären dankbar für beschleunigte Entlassung aller antifaschistischen kriegsgefangenen Männer und Jugendlichen. (Sehr richtig! Beifall.) Wir bitten dabei zu beachten, daß gerade sie in erster Linie eingezogen wurden, während die aktiven Nazis vorzugsweise für unabkömmlich erklärt und in der Heimat eingesetzt wurden, um die Bevölkerung unter Druck zu halten. (Sehr richtig!)

---

[585] Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 3, S. 431.

[586] Ein Gipfel in negativer Hinsicht ist ein im SED-Organ „Neuer Weg" abgedrucktes Plakat mit marschierenden Männern, die wie gefangene Nazi-Soldaten aussehen, und dem Spruch: „Heimkehrer erwarten unsere Hilfe – gib auch du!" („Neuer Weg", Monatsschrift für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung, hrgg. vom Parteivorstand der SED, Nr. 3, 1946)

[587] Käthe Kern hebt dabei hervor: „Einem Heer von weiblichen Angestellten in den Ministerien, Wirtschaftsgruppen, Fachgruppen, Konzernen und Bankpalästen standen auf der anderen Seite die Rüstungsarbeiterinnen und die ausländischen Arbeiterinnen als moderne Sklavinnen gegenüber." („40. Parteitag der SPD", S. 57) Hier wird wenigstens, wenn auch nur ansatzweise, auf das Problem der Korrumpierung der Frauen in Nazi-Deutschland hingewiesen.

Wir legen dem Parteitag folgende Entschließung zur Annahme vor:

Der Parteitag beschließt, daß die Partei in geeigneter Weise erneut bei den alliierten Besatzungsbehörden vorstellig wird, um zu erwirken, daß alle Kriegsgefangenen, welche nicht Mitglieder oder Anhänger der nationalistischen Bewegung waren, beschleunigt entlassen werden. (Beifall.)"[588]

Die Delegierten des SPD-Parteitages stimmten diesem Antrag mit „überragender Mehrheit" zu.[589]

Hier sind mehrere Elemente der Demagogie enthalten:

Zuerst wird pauschal von „unseren Müttern" gesprochen, wobei unklar bleibt, ob alle deutschen Mütter gemeint sind, deren Männer oder Söhne „Kriegsgefangene" sind, oder ob auch hier schon einschränkend die Mütter der „antifaschistischen Gefangenen" gemeint sind.

Die deutschen Soldaten waren aufgefordert worden zu desertieren, unter anderem durch Kader der KPD und durch alliierte Soldaten an der Front. Der Erfolg war, wie Berichte nach 1945 belegen, sehr gering. Allein diese Tatsache belegte schon, daß es nur eine äußerst geringe Zahl „antifaschistischer Kriegsgefangener" gab, denn sonst wäre die Zahl der Desertionen mit Sicherheit größer gewesen. Zu behaupten, daß die deutschen Soldaten in „in erster Linie" Antifaschisten gewesen seien, weil diese in „erster Linie eingezogen" worden wären, hat mit der Realität nun wirklich nichts mehr zu tun.

Zusätzlich sei nur am Rande erwähnt, daß jeder deutsche Kommunist oder antinazistische Sozialdemokrat, der in alliierter Kriegsgefangenschaft war, mehr als genug Aufgaben hatte. In dem Land, in dem er gefangen war, galt es, unter den deutschen Kriegsgefangenen zu wirken, sie aufzuklären, die Nazi-Ideologie zu bekämpfen und gleichzeitig mit Hand anzulegen beim Wiederaufbau der von den Nazis zerstörten Länder als Beitrag zur Leistung von Reparationen.

---

[588] Ebenda, S. 57/58.

[589] Ebenda, S. 68.

Die These, daß „vorzugsweise" die „aktiven Nazis" in Deutschland „eingesetzt" worden seien, um die „Bevölkerung unter Druck zu halten", ist in doppelter Hinsicht falsch.

Erstens entspricht es nicht der Realität, denn zum Beispiel das Offizierskorps der Nazi-Wehrmacht bestand aus „aktiven Nazis", die den Raub- und Vernichtungskrieg der Nazis anführten. Und es war auch so, daß Hunderttausende Soldaten der Nazi-Wehrmacht mit Eifer und Überzeugung fanatisch für die Nazi-Ziele an der Front kämpften. Die SPD stellt es hingegen auf ihrem Parteitag so hin, als sei die Wehrmacht doch keine ***Nazi***-Wehrmacht gewesen.

Zweitens wird mit dieser These behauptet, es sei notwendig gewesen „die aktiven Nazis" nicht an die Front zu schicken, um die „Bevölkerung unter Druck zu halten". Sicherlich war eine bestimmte Zahl von Nazi-Kadern in Deutschland nötig, um die Nazi-Herrschaft möglichst reibungslos am Laufen zu halten. Aber es bestand keineswegs die Notwendigkeit, „die aktiven Nazis", also sämtliche Nazi-Kader, in Deutschland einzusetzen, um die deutsche Bevölkerung „unter Druck zu halten". ***Dies vertuscht das riesige Ausmaß der tatsächlichen fanatischen Anhängerschaft, der Unterstützung und Sympathie für die Nazis innerhalb der deutschen Bevölkerung und damit auch die Mitschuld der deutschen Bevölkerung an den Naziverbrechen.*** Den große Teile der deutschen Bevölkerung mußten nicht „unter Druck" gehalten werden, sondern folgten freiwillig und aus Überzeugung den Nazis. Diese Tatsache wird hier wegoperiert.

Die Frage der Kriegsgefangenschaft kann nicht mit den Kriterien „Mitgliedschaft in einer Nazi-Organisation" oder „Anhänger der Nazis" diskutiert und entschieden werden. ***Der Kern ist, welche Taten die deutschen Soldaten begangen hatten, welche Mitschuld sie an den Nazi-Verbrechen auf sich geladen hatten.*** Das war das entscheidende Kriterium für die Behandlung der deutschen Soldaten und Offiziere durch die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition, wie dies auch im Potsdamer Abkommen festgelegt war. Das Kriterium „Mitgliedsbuch" oder „Nazi-Anhänger" nimmt gerade Nazi-Verbrecher oder Soldaten, die Nazi-Verbrechen unterstützten, duldeten und ignorierten – und die gab es mehr als genug – aus der Schußlinie, die diese Kriterien nicht erfüllen.

Die Frage der Entlassung der sich als Antifaschisten darstellenden Kriegsgefangenen in dieser Weise auf dem Parteitag der SPD zur

Sprache zu bringen, ging zweifelsohne in Richtung einer nationalistischen Brüskierung der alliierten Besatzungsmächte, die schon genug Probleme mit den deutschen Kriegsgefangenen hatten.

d) „Bitte" nach „Rückkehr unserer Kriegsgefangenen" auf dem Vereinigungsparteitag der SED

In diesem Kontext muß auch Grotewohls „Bitte" nach „Rückkehr" der deutschen Kriegsgefangenen auf dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD gesehen werden, wobei er den Beschluß des 40. Parteitags der SPD noch übertrifft:

> „Wir erhoffen jedoch die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen auch aus menschlichen Überlegungen. (Zustimmung.) In Tausenden von Familien fehlt noch immer der Vater und Ernährer und der Sohn."[590]

Grotewohl bemüht sich erst gar nicht mehr um ein Unterscheidung zwischen „antifaschistischen Kriegsgefangenen" und anderen deutschen Kriegsgefangenen, wie noch im Beschluß des 40. Parteitags der SPD. Es fordert einschränkungslos die Rückkehr, ja die Freilassung „unserer Kriegsgefangenen", die nach Grotewohl ohne Wenn und Aber zu ihren Familien zurückkehren sollen! Auch diese „Bitte", die mit keinem Wort mehr die Mitschuld der deutschen Soldaten, ja die Beteiligung an den Nazi-Verbrechen und die Unterstützung großer Teile der Nazi-Wehrmacht für diese Verbrechen an anderen Völkern erwähnt, kann nur als nationalistische Provokation der Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition gewertet werden.

---

[590] „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD", S. 120.

e) Ausblick: Nach der Gründung der SED

Das „Neue Deutschland" zu den deutschen Kriegsgefangenen (Mai bis Dezember 1946) – Soldaten und Offiziere der Nazi-Wehrmacht werden vom ZK der SED zu „Nazi-Opfern" erklärt

Am 28.4.1946 erschien im „Neuen Deutschland" ein Brief eines Heimkehrers an Kurt Schumacher, den reaktionären SPD-Führer im Westen Deutschlands. In diesem Brief wird Schumacher wiedergegeben, wonach es sieben bis acht Millionen Soldaten waren, die zurückkamen. Schumacher wird mit den Worten zitiert, „man könne nicht gegen den Willen von 7 bis 8 Millionen Soldaten Politik machen, die von der Ostfront zurückkamen und dort am eigenen Leibe das sowjetische System erlebt haben". In diesem Brief wurde immerhin versucht, am Beispiel der Schumacherhetze den Antikommunismus in bezug auf die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion zu bekämpfen. Doch schon wenig später ging die SED zu einer Art Wettlauf mit Schumacher und den anderen Reaktionären über, wer sich am meisten für die deutschen Kriegsgefangenen einsetzen würde.

Spätestens ab Juni 1946 wurden laufend Artikel im „Neuen Deutschland" veröffentlicht, in denen die SED beteuert, alles für die Kriegsgefangenen zu tun und sich für ihre „Heimkehr" einzusetzen.[591] In all diesen Artikeln findet sich kein Wort über die Verbrechen der Nazi-Wehrmacht, über die Mitschuld und die Reparationspflicht.

In diesem Zusammenhang sei hier an die Anweisung des Zentralkomitees der SED vom Januar 1946 erinnert, die hier jetzt voll

---

[591] So heißt es z. B. im „Neuen Deutschland" vom 25.6.1946: „Das Schicksal unserer Kriegsgefangenen liegt uns sehr am Herzen."

Weitere Beispiele: „Frankfurt bereit zum Empfang unserer Kriegsgefangenen." („Neues Deutschland", 19.7.1946), „Wir werden alles, was in unseren Kräften steht, für die Kriegsgefangenen tun." („Neues Deutschland", 20.7.1946, S. 1).

durchschlägt: „Die Kriegsgefangenenfrage darf nicht mehr aus den Spalten unserer Zeitungen verschwinden."[592]

Hier nur ein kurzer, unvollständiger Überblick über diese Serie von Artikeln und Stellungnahmen:

Im „Neuen Deutschland" vom 30.6.1946 ist der „Aufruf zu den Gemeindewahlen" abgedruckt. Eine SED-Forderung lautet: „Baldige Rückkehr der Kriegsgefangenen." Auch hier ist bezeichnend, daß der Aufruf kein Wort über die Nazi-Opfer enthält.

Im „Neuen Deutschland" vom 30.7.56 ist neben dem Bericht über eine Rudenko-Rede in Nürnberg, der den Nazi-Angriffskrieg anprangert, ein Bild von grinsenden deutschen Soldaten abgedruckt, darunter steht: „So lange lag die Last der Arbeit auf den Frauen. Mit den Heimkehrerzügen kommt die Ablösung."

Ab jetzt wird von der SED immer öfter verharmlosend von „Heimkehrern" gesprochen, so als wären das eben Leute, die ausgewandert waren oder aus dem Urlaub zurückkehren. Auch in der Begrifflichkeit wird immer mehr jeder Hinweis auf den Nazi-Krieg, der ja im Begriff „Kriegsgefangene" wenigstens noch im Wort „Krieg" zum Ausdruck kommt, ausgelöscht.

Im „Neuen Deutschland" vom 31.7.1946 ist eine Erklärung des ZK der SED zu den Kriegsgefangenen abgedruckt, Überschrift: „Hilfe und Gleichberechtigung unseren Heimkehrern". Diese sollen alle Rechte erhalten, durch Bemühen der SED dürfen sie gleich bei den Gemeindewahlen mitwählen. Die Entlassung von 120000 Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion wird vom ZK der SED dann völlig verquer als Ausdruck der positiven Bewertung der Anstrengungen der antifaschistischen Kräfte für die Entnazifizierung, Reparationen und den Aufbau eines demokratischen Deutschlands bezeichnet!

In diesem Stil geht es dann fast in jeder Ausgabe bis Dezember 1946 weiter, was hier nicht mehr weiter im Detail besprochen werden soll. Erwähnenswert sind noch zwei Ansprachen von Pieck und Grotewohl vor Zehntausenden von Kriegsgefangenen, wo die Anbiederung besonders deutlich hervortritt.

---

[592] Siehe S. 495.

Im „Neuen Deutschland" vom 11.8.1946 ist die Ansprache Piecks vor 10000 zurückkehrenden Kriegsgefangenen abgedruckt:

> „Es ist der Initiative der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des großen Entgegenkommens der Sowjetischen Militärverwaltung zuzuschreiben, daß es uns gelungen ist, die ersten großen Heimkehrertransporte zu ermöglichen. 120000 Kriegsgefangene sollen vorläufig aus der Sowjetunion in die Heimat zurückkehren. Wir werden uns weiter bemühen (?!), damit auch die übrigen recht bald die Gelegenheit dazu haben."[593]

Im „Neuen Deutschland" vom 29.8.1946 wird Grotewohls Rede vor aus der Sowjetunion kommenden deutschen Kriegsgefangenen zitiert. Er fordert sie auf, sich einzureihen in die Front derer, „die ein einheitliches deutsches Reich (?!) wollen". Auch er betonte, daß die SED sich für weitere Entlassungen einsetzen werde und es die SED gewesen sei, die sie „heimgeholt" habe. Grotewohl faselt von „Arbeit und Heimat", was „unsere neuen Losungen" seien. Er schwafelt nebulös: „Deutschland ist von einem Krieg in den anderen getorkelt, weil Mächte (??) da waren, für die heute kein Platz mehr vorhanden ist." Grotewohl gelingt es hier, nur wirklich jede brennende Frage wie die Nazi-Verbrechen, den Nazi-Krieg und die Mitschuld mit deutsch-nationalistischen Phrasen zu umgehen.[594]

Das ZK der SED: „Herzliche Weihnachtsgrüße an unsere Kriegsgefangenen" (24.12.1946)

Im „Neuen Deutschland" vom 24.12.1946 wird die Erklärung des ZK der SED „Herzliche Weihnachtsgrüße an unsere Kriegsgefangenen" abgedruckt, unterschrieben von Pieck und Grotewohl: Fast jeder Satz ist hier falsch und geht in eine reaktionäre Richtung. Hervorstechend und neu ist folgendes:

---

[593] Hervorhebung durch (?!) RF.

[594] Ähnlich heißt es im „Neuen Deutschland" vom 1.8.1946, die Kriegsgefangenen seien „deutsche Menschen, die die Schrecken des Krieges überstanden haben".

Im „Neuen Deutschland" am 7.10.1946 wird ein neuer Höhepunkt der deutsch-nationalistischen Anbiederung erreicht. Dort heißt es: „Nicht mit dem Wort, mit dem Herzen wollen wir den Heimkehrern helfen". Weiter heißt es, das sei „Ehrenpflicht der Heimat".

NEUES DEUTSCHLAND
ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Herzliche Weihnachtsgrüße

an unsere Kriegsgefangenen

Die Zahl der Deutschen, die heute noch in Kriegsgefangenschaft sind, geht in die Millionen. Sie erleben die zweite Friedensweihnacht fern von der Heimat. Im hohen Norden, in den Wüsten Afrikas, in den Weiten Rußlands, in Frankreich, in England und in Uebersee schlagen ihre Herzen am Weihnachtsabend besonders sehnsuchtsvoll im stillen Gedenken an die Heimat. Auch sie sind ein Opfer der entmenschten Hitlerpolitik. Ihre Hände müssen aufbauen, was nazistischer Fanatismus zerstörte.

Kameraden! Fern von der Heimat gedenkt Ihr Eurer Lieben. Wir versprechen Euch, uns wie bisher um Eure Familien zu sorgen und ihnen zu helfen, soweit es unsere Kräfte gestatten. Wir versprechen Euch auch, daß wir uns weiter wie bisher einsetzen werden für die Entlassung und Rückführung der Kriegsgefangenen aus allen Ländern der Erde. Wir versprechen Euch den weiteren Ausbau der Heimkehrer-Hilfsmaßnahmen, um den Heimkehrern unter Euch den Weg in das normale Leben zu ebnen.

Wahrer Friede ist, wenn auch der letzte Kriegsgefangene zu seiner Familie zurückgekehrt sein wird. Die Heimat braucht Euch! Wir müssen aufbauen, was der Krieg zerstörte. Wir müssen Heim und Wohnung schaffen für Millionen. Deutschland muß frei werden von Nazismus und Reaktion. Deutschland darf nie mehr eine Gefahr für andere Völker sein. Deutschland muß ein Hort des Friedens und der Demokratie werden.

Wir reichen Euch allen im Geiste die Hand und wünschen den Tag herbei, an dem Ihr an unserer Seite Euch einreiht in die Front für den Aufbau unseres Vaterlandes, für Demokratie und für den Frieden der Völker. Nutzt die Zeit bis zu Eurer Rückkehr! Macht Euch mit den Gedanken für ein neues und besseres Deutschland vertraut.

Wir grüßen Euch alle in weiter Ferne.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

Zentralsekretariat

Wilhelm Pieck *Otto Grotewohl*

Neues Deutschland, 24.12.1946, Auszug aus der Titelseite

> „Auch sie (die deutschen Kriegsgefangenen, A. d. V.) sind ein Opfer der entmenschten Hitlerpolitik. Ihre Hände müssen aufbauen, was nazistischer Fanatismus zerstörte."

Hier hat es das ZK der SED schließlich geschafft, Soldaten und Offiziere der Nazi-Armee zu „Nazi-Opfern" umzufälschen!

Anmerkung 5: Zum Kampf gegen die Nazi-Ideologie

Nach der militärischen Zerschlagung des Nazifaschismus durch die alliierten Armeen und die bewaffneten Kräfte der gegen den Nazifaschismus kämpfenden Völker hatte – in Verbindung mit dem politischen Kampf gegen alle nazifaschistischen Kräfte – der Kampf gegen die Nazi-Ideologie in den Köpfen der breiten ausgebeuteten und werktätigen Massen eine entscheidende Bedeutung, um mit dem Nazifaschismus auf allen Ebenen und langfristig zu brechen. Dabei galt es auch nachzuweisen und zu entlarven, daß die Nazi-Ideologie ein bis zum Extrem gesteigertes Konzentrat der „deutschen Ideologie" überhaupt ist.

Wilhelm Pieck, der Vorsitzende der KPD, betonte am 15. September 1945, zehn Jahre nach der Verabschiedung der nazistischen „Nürnberger Rassegesetze", die Bedeutung dieser Aufgabe in einem Artikel im Zentralorgan der KPD:

> „Die Ausrottung der nazistischen Rassenlehre ist eine der wichtigsten Aufgaben, die vor uns stehen. Sie muß raus aus den Hirnen unseres Volkes. Sie darf nicht mehr in den Köpfen unserer Jugend spuken. Erst dann, frei von allem Rassenhaß und Rassendünkel, wird unser Volk wieder den Anschluß an die anderen Völker finden."[595]

Die Aufgabe wird hier von Pieck sehr richtig gestellt.

Als Beschluß stand diese Aufgabe seit dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 fest. Der Gründungsparteitag der SED be-

---

[595] „Deutsche Volkszeitung", 15. 9. 1945.

kräftigte den „schärfsten Kampf gegen Rassenhetze und jedwede Hetze gegen andere Völker". Zu prüfen ist nun, was die KPD bzw. dann SED taten, um diese Aufgabe zu erfüllen. Wir haben dazu in den Publikationen der KPD bzw. der SED zum einen wenig Material gefunden, zum anderen wird dieses Material prinzipiellen Anforderungen kaum gerecht, ist vielfach fehlerhaft und unzulänglich. Dies gilt verstärkt nach der Gründung der SED.

a) Die „Vortragsdispositionen" Nr. 12 (1945) und 14 (1945) und ein Artikel in der „Deutschen Volkszeitung" (7. 10. 1945) – wichtige, wenngleich zum Teil mit gravierenden Fehlern und Versäumnissen behaftete Schritte zum Kampf gegen den Nazi-Rassismus und die reaktionäre „deutsche Ideologie"

Zur Anleitung des Kampfes gegen den nazistischen Rassismus gab das ZK der KPD im unmittelbaren Anschluß an den Aufruf vom 11. Juni 1945 noch 1945 die „Vortragsdisposition" Nr. 12 (1945), „Der Kampf gegen die Naziideologie", heraus. Ziel dieser Anleitung war es, die zentralen Lügen der Nazifaschisten, die Nazilüge vom „mangelnden Lebensraum", den nazistischen Rassismus und Antisemitismus zu widerlegen.

Zu Recht wird in dieser Schulungsanleitung herausgestellt, daß Grundzug der Nazipropaganda die Lüge war, daß kein einziger Lehrsatz des Nazismus auf wissenschaftlicher Erkenntnis beruhte, daß es sich um politische Zwecklügen handelte, die den Zielen der Nazis nach innen und außen dienten.

> „Ihr Ziel (das Ziel der Nazis, A. d. V.) war, das ganze deutsche Volk vor den Wagen der imperialistischen Raubpolitik zu spannen.
>
> Um dieses Ziel zu erreichen, betrieb die NSDAP einen beispiellosen Betrug an den Volksmassen, eine verlogene Propaganda, die als neue Weltanschauung proklamiert wurde. ***Der Grundzug dieser Propaganda war die Lüge.*** Mit dem Mittel der wildesten Volksverhetzung wurde den Volksmassen die Ideologie des Krieges, des Raubes und Mordes eingetrichtert. (...)
>
> Nazipropaganda und Naziideologie haben daher nichts mit wissenschaftlicher Weltanschauung gemein. Kein einziger Lehrsatz des Nazismus beruhte auf wissenschaftlicher Erkenntnis. Alle soge-

> nannten Theorien der Nazis waren nichts anderes als übertriebene reaktionäre Vorurteile, die von den Nazis ausgenutzt und weiterentwickelt wurden, weil sie ihnen politisch in den Kram paßten."[596]

Zutreffend ist in der „Vortragsdisposition" Nr. 12 (1945) auch folgende Feststellung:

> „Alle Versuche, gesellschaftliche oder politische Erscheinungen auf der Rassengrundlage zu erklären, sind gescheitert; denn nicht biologische Veränderungen, sondern gesellschaftliche Gesetze erklären die geschichtliche Entwicklung."[597]

Allerdings fällt als Problem auch auf, daß große Fragen wie die des Kampfes gegen den Rassismus nahezu in Stichwörtern abgehandelt werden, ohne tiefergehend zu argumentieren.

Äußerst problematisch und gefährlich ist die Beweisführung, daß „der moralische Bankrott des Nazismus" weitgehend an der Niederlage Nazideutschlands festgemacht wird:

> „Die Niederlage bedeutete den offenkundigen Bankrott der Naziideologie. Sie wurde entlarvt als Mittel, dem Volke Sand in die Augen zu streuen, um es blindlings in den Abgrund zu stürzen."[598]

Ohne Zweifel mußte auch die Niederlage der Nazis ausgenutzt werden, um die Lügenhaftigkeit ihrer Hetze und die Verlogenheit ihrer Versprechen aufzuzeigen. Aber eine inhaltliche Widerlegung und Entlarvung bedeutete das noch nicht. Bert Brecht hielt dazu am 24. Dezember 1947 eine treffende Bemerkung in seinem „Arbeitsjournal" fest:

> „nach allem, was man aus ***d[eutschland]*** hört, läßt man es an einer wirklichen kritik des ***nationalsozialismus*** fehlen, indem man ihn als ‚unter der kritik stehend' behandelt. man verläßt sich auf die vernichtende wirkung des mißerfolgs; je länger aber dieser mißerfolg zurückliegt, desto mehr verselbständigt sich natürlich die mißliche gegenwartslage (...)"[599]

---

[596] „Der Kampf gegen die Naziideologie", „Vortragsdisposition", Nr. 12, 1945, S. 1/2.

[597] Ebenda, S. 9.

[598] Ebenda, S. 3.

[599] Brecht: „Arbeitsjournal", S. 500.

Ausgesprochen falsch und schädlich ist die Argumentationsweise in der Vortragsdisposition der KPD, die Nazi-Ideologie dadurch zurückzuweisen und ihren Bankrott daran festzumachen, weil sie dazu gedient habe, die ***deutsche*** Bevölkerung „ins Verderben zu stürzen". Wir zitieren den Abschnitt über „Die Folgen der Rassenlüge" vollständig:

> „Die Rassenlüge war den Nazis ein Mittel, das deutsche Volk in den Krieg zu hetzen und damit ins Verderben zu stürzen.
>
> Die Nazis redeten von dem deutschen Volk als höherer Rasse und brachten es dahin, daß das ***deutsche*** Volk in seiner Entwicklung weit zurückgeworfen und tief herabgedrückt wurde.
>
> Die Nazis schwätzten von Volkserhaltung und Volksgesundheit und verschuldeten den Tod vieler Millionen ***Deutscher;*** sie machten Millionen ***Deutscher*** zu Krüppeln und Siechen.
>
> Die Nazis faselten von der Größe des deutschen Volkes und brachten seinen tiefsten Absturz; sie machten gerade durch ihre Rassenlüge das deutsche Volk in der ganzen Welt verhaßt."[600]

Die Anklage gegen die Nazis und die Nazi-Ideologie gipfelt hier in dem nationalistischen Argumentationsmuster, daß diese dem ***„deutschen*** Volk" das Gegenteil von dem gebracht hätten, was sie versprochen haben.[601] Entscheidend wäre hier gewesen, die Nazi-Verbre-

---

[600] „Der Kampf gegen die Naziideologie", „Vortragsdisposition", Nr. 12, 1945, S. 13/14, Hervorhebung RF.

[601] Die Gegenüberstellung von Wort und Tat zur Entlarvung der Nazis und der Nazi-Ideologie ist an sich schon äußerst problematisch, wenn nicht ganz falsch, da auch die von den Nazis in Worten verkündeten Ziele nicht zu unterstützen waren, selbst wenn sie aus demagogischen Gründen Begriffe verwendet haben, die aus der marxistisch orientierten Arbeiterbewegung stammen. Bis zu welch übler Position die SED-Versuche geführt haben, den Nazibetrug auf diese Weise zu entlarven, zeigt das folgende Beispiel aus dem 1947 erschienen „Sozialistischen Bildungsheft" Nr. 17 „Die Nazilüge vom ‚deutschen Sozialismus'". Unter der Überschrift „Was die Nazis versprachen" heißt es dort:

„Schon lange vor 1933 sparten die Nazis nicht mit sozialen Phrasen und mit großen Versprechungen, die sie der Arbeiterschaft machten. Bereits in dem am 24. Februar 1920 angenommenen Programm der NSDAP hieß es in Punkt 7:

‚Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, ***in erster Linie für Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger*** zu sorgen'. (...)

Fortsetzung nächste Seite

chen gegen andere Völker und gegen rassistisch verfolgte und ermordete Bevölkerungsteile in Deutschland zum Ausgangspunkt zu nehmen und in den Mittelpunkt zu stellen. Gerade das wird in der Vortragsdisposition nicht gemacht.

Auch die ***Funktion*** des nazistischen Antisemitismus wird nicht richtig erfaßt. In der Vortragsdisposition der KPD heißt es über die Rolle des Antisemitismus:

> „Eine besondere Rolle spielte in der nazistischen Rassenlehre der Antisemitismus. Er diente vor allem
>
> a) der Ablenkung von den Ursachen des Elends
>
> (...) Im übrigen diente der Antisemitismus und die sogenannte Arisierung den Nazibonzen und Monopolisten zur schamlosen persönlichen Bereicherung."[602]

Die Hervorhebung „vor allem" ist hier falsch. Der Antisemitismus diente – betrachtet man die Zeit von 1933 bis 1945 – deshalb nicht vor allem der Ablenkung der Arbeiterklasse und der anderen Ausgebeuteten von den wirklichen Ursachen von Ausbeutung und Unterdrückung, weil der Nazifaschismus sehr schnell nach 1933 den antinazistischen Widerstand weitgehend zerschlagen konnte, weil seine

---

Fortsetzung der Fußnote

Selbstverständlich waren diese und ähnliche ‚Forderungen' der NSDAP in keiner Weise gegen die Trust- und Konzernherren gerichtet, sondern dienten nur dem Ziel, Teile der Arbeiter irrezuführen, um sie für die verbrecherischen Ziele der Nazipartei zu gewinnen." (S. 2, Hervorhebung RF)

Es gibt hier eigentlich ***keine Kritik an der Nazi-Forderung*** selbst, sondern lediglich den nur als schwach zu bezeichnenden Hinweis darauf, daß diese nicht gegen das Monopolkapital gerichtet gewesen sei und lediglich die Arbeiterinnen und Arbeiter irreführen sollte. Aus welchen Gründen auch immer haben die Verfasser dieses „Sozialistischen Bildungsheftes" offenbar gar nicht bemerkt, daß es sich hier um eine nazistische Kernparole handelt: „In erster Linie für Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten der ***Staatsbürger***" zu sorgen bedeutete in der nazistischen Logik, den Juden zuerst die Staatsbürgerrechte zu entziehen und sie dann zu vernichten. Zudem ist dies nur eine andere Formulierung für die chauvinistisch-rassistische Parole „deutsche Arbeitsplätze für Deutsche zuerst".

[602] „Der Kampf gegen die Naziideologie", „Vortragsdisposition", Nr. 12, 1945, S. 11.

Herrschaft zu keiner Zeit durch einen Massenwiderstand, durch einen bewaffneten Massenkampf gefährdet war.

Insgesamt betrachtet müssen unserer Meinung nach folgende grundlegende Faktoren für die Funktion des nazistischen Antisemitismus herausgestellt werden:

Der unmittelbare Zweck des mörderischen Antisemitismus der Nazis war, das Programm der Vernichtung aller Jüdinnen und Juden in die Tat umzusetzen.

Dabei ging es den Nazis auch darum, breite Massen an den antisemitischen Maßnahmen zu beteiligen, um sie zu brutalisieren und zu enthumanisieren.

Dahinter stand, langfristig und weltweit für „1000 Jahre" ein Exempel an Brutalität und Grausamkeit zu statuieren, wie es die Welt bisher nicht gesehen hat, um jeglichen Widerstand gegen das Nazi-Regime und die Welteroberungspläne des deutschen Imperialismus zu zerschlagen.[603]

Die Vortragsdisposition der KPD faßt abschließend die Aufgaben des Kampfs gegen die Nazi-Ideologie wie folgt zusammen:

> „Der faschistischen Irrlehre vom ‚Lebensraum' und der ‚Herrenrasse' sagen wir den ***Kampf*** an. Um diese Irrlehre aus den Hirnen aller Deutschen und besonders der deutschen Jugend auszutilgen, ist eine ***große ideologische Aufklärungsarbeit,*** eine ***grundlegende Umerziehung*** des deutschen Volkes vonnöten. Nur wenn wir diese Umerziehung durchführen, können wir die Voraussetzungen schaffen für den Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Staates und für die Wiederaufnahme des deutschen Volkes in den Kreis der friedliebenden Völker."[604]

Das war ein richtiger Anspruch der Vortragsdisposition. Insofern hätte dies auch ein ***Anfang*** sein können, um den Kampf gegen die

---

[603] Vgl. dazu ausführlich das Flugblatt 11–12/98 von „Gegen die Strömung": „Der Novemberpogrom 1938: Vor aller Augen!; abgedruckt auch in: „Politische Stellungnahmen 1997–1998 zu Themen und Fragen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Sozialismus", S. 175 ff.

[604] „Der Kampf gegen die Naziideologie", „Vortragsdisposition", Nr. 12, 1945, S. 14, Hervorhebung RF.

Nazi-Ideologie systematisch zu entwickeln und zu vertiefen und dabei auch die Fehler, Halbheiten und Inkonsequenzen der eigenen Position selbstkritisch zu korrigieren.

In der „Vortragsdisposition" Nr. 14 (1945), „Reaktionäres Preußentum, Zweiter Teil", werden einige Aspekte der Geschichte des blutbesudelten deutschen Imperialismus aufgezeigt, die sehr wichtig sind und in anderen Materialien der KPD/SED aus dieser Zeit ansonsten kaum zu finden sind:

– Die nationale Unterdrückung der von Preußen bzw. Deutschland unterworfenen Völker, der Polen, Dänen und der französischen Bevölkerung des Elsaß.[605]

– Die Anprangerung der deutschen Kolonialpolitik, insbesondere auch des Völkermords an den Herero:

> ***„Deutsch-Südwestafrika*** war der Schauplatz des größten Kolonialverbrechens. Nachdem die friedliche, menschenfreundliche Bevölkerung durch Bodenraub, Gewalttaten und ungerechte Justiz und Verwaltung bis zum Aufstand gereizt worden war, wurde das ganze Herero-Volk vernichtet. Ohne Gnade für Frauen und Kinder wurden die Wasserquellen abgeschnitten und 20000 Hereros in die Wüste gejagt, wo bei 40–50 Grad Hitze nicht einer lebend entkam. Die Gesamtzahl der getöteten Eingeborenen betrug 200000."[606]

Zum Kampf gegen die Nazi-Ideologie ist in der „Deutschen Volkszeitung" vom 7. 10. 1945 ein Artikel von Oelßner „Zum Politischen Schulungstag" veröffentlicht mit dem Titel: „Die politisch-moralische Vernichtung des Nazismus". Darin wird richtig festgestellt:

> „Nachdem der Nazismus militärisch geschlagen wurde und seine politischen Organisationen zertrümmert worden sind, rückt die Aufgabe der politisch-moralischen Vernichtung des Faschismus immer mehr in den Vordergrund. Auch diese Aufgabe, deren wesentlicher Bestandteil der Kampf gegen die Naziideologie ist, wurde durch den Sieg der Roten Armee und der übrigen alliierten Streitkräfte in be-

---

[605] „Reaktionäres Preußentum, Zweiter Teil", „Vortragsdisposition" Nr. 14, 1945, S. 7/8.

[606] Ebenda, S. 21.

deutendem Maße vorbereitet. In seiner Rede am 6. November 1944 sagte Genosse Stalin:

‚Im Laufe des Krieges haben die Hitlerfaschisten nicht nur eine militärische, sondern auch eine moralische und politische Niederlage erlitten. Die in unserem Lande verankerte Ideologie der Gleichberechtigung aller Rassen und Nationen, die Ideologie der Völkerfreundschaft, hat den vollen Sieg über die hitlerfaschistische Ideologie des bestialischen Nationalismus und Rassenhasses errungen.'

Aber diese moralische und politische Niederlage, die dem Hitlerfaschismus auf dem Schlachtfelde beigebracht wurde, hat noch nicht die Wahnidee aus den Köpfen der Menschen gefegt, die zwölf Jahre dem Trommelfeuer der Nazipropaganda ausgesetzt waren, sie hat vor allem nicht die Köpfe der Jugend gereinigt, die durch die Schulen des Hitlerregimes gegangen ist. Die Aufgabe der Ausrottung der Naziideologie steht noch in ihrer ganzen Größe vor uns."

Diese Betonung ist klarer als in der Vortragsdisposition Nr. 12 (1945), wo die Entlarvung der Nazi-Ideologie sehr direkt an die Niederlage gebunden ist.

Gut ist auch die Feststellung im gleichen Artikel,

„daß wir die ideologischen Wurzeln des Nazismus ausrotten müssen, die weit in die Vergangenheit unseres Volkes zurückreichen." [607]

b) Selbstkritische Feststellungen von Ackermann auf dem 15. Parteitag der KPD zu den Schwächen des Kampfes gegen die Nazi-Ideologie

Anton Ackermann sagte zu dieser wichtigen Frage in seinem Referat „Der ideologische Kampf der Partei" auf dem 15. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946 unter Bezugnahme auf die Erfahrungen auch vor 1933:

„Wir haben vor 1933 die Gefährlichkeit der nationalen und sozialen Demagogie der Nazis zu spät erkannt und zu spät den schärfsten

[607] In der „Deutschen Volkszeitung" vom 14. 10. 1945 ist von Oelßner eine Zusammenfassung des 1. Teils der Vortragsdispositionen über das reaktionäre Preußentum abgedruckt, am 21. 10. 1945 dann die Zusammenfassung zum 2. Teil.

ideologischen Kampf gegen diese Demagogie aufgenommen; wir haben diesen Kampf bis zuletzt viel zu schwach geführt. Wir haben die demonstrativen Methoden des RFB[608] überschätzt; aber in den Versammlungen standen oft unsere besten Genossen den gewissenlosen Nazidemagogen hilflos gegenüber. Daraus müssen wir heute die Lehre ziehen, und wenn wir selbstkritisch unsere Arbeit während der letzten zehn Monate betrachten, dann müssen wir leider feststellen, daß unser Kampf gegen die Lehre vom Lebensraum, gegen den Rassenwahn, gegen den Schwindel der Volksgemeinschaft und des deutschen Sozialismus, gegen das Führerprinzip und gegen die nazistische Geschichtsfälschung vollkommen ungenügend war. (Sehr richtig.) Weder in den Versammlungen, noch in der Presse und Literatur haben wir uns ernstlich bemüht, diesen Schwindel zu entlarven und der Nazi-Ideologie den Todesstoß zu versetzen. Ich sage offen: In dieser Beziehung sind wir drauf und dran, einen Fehler zu machen, den wir schon einmal begangen haben, wenn auch heute die Umstände ganz andere sind. Der Hitlerfaschismus als Staat und als Partei ist zerschlagen; aber noch lange nicht vernichtet ist im deutschen Volk der Ungeist des Nazismus, die Dschungelmoral der Hitler und Himmler. Darin liegt eine große Schwäche der antifaschistisch-demokratischen Bewegung und darin müssen wir eine Energiequelle für alle Schattierungen der Reaktion sehen. (...) Ohne eine breite Aufklärungsarbeit, die Dutzende von Millionen Menschen erfaßt, wird es nicht möglich sein, Faschismus und Militarismus wirklich zu vernichten und die demokratische Entwicklung in Deutschland zu sichern.

Deshalb muß es die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands als eine ihrer vordringlichsten Aufgaben betrachten, den breitesten ideologischen Kampf zu entfalten. (...) Diese Aufgabe ist so groß und bedeutungsvoll, daß die fähigsten Kräfte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu ihrer Lösung eingesetzt werden müssen."[609]

Auch hierzu ist wiederum festzustellen, daß die Aufgaben des Kampfs gegen die Nazi-Ideologie sehr eindringlich gestellt werden, wobei es allerdings ein gewichtiger Fehler Ackermanns ist, daß er den Kampf gegen den Antisemitismus noch nicht einmal erwähnt.

---

[608] Rotfrontkämpferbund, militärischer Arm der KPD während der Weimarer Zeit.

[609] „Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 106/107.

Ansonsten ist dies sicherlich eine realistische Bestandsaufnahme entscheidender Fehler und Schwächen des ideologischen Kampfs der KPD.[610] Bezeichnend ist allerdings, daß auf demselben Parteitag derselbe Ackermann seine revisionistischen Neuentdeckungen über die „nationale Frage" in Deutschland verkündete.

---

[610] Die „Sozialistischen Bildungshefte", herausgegeben vom Parteivorstand der SED, stellten im August 1946 heraus, daß der Kampf zur Vernichtung der Nazi-Ideologie weiterhin eine dringende Aufgabe ist, da selbst bei Antifaschisten ein Anknüpfen an Teile der Nazi-Ideologie festzustellen sei: „Noch heute – über ein Jahr nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus – sind große Teile unseres Volkes noch lange nicht von nazistischen Gedankengängen frei, und zwar bei weitem nicht nur bei ehemaligen Mitgliedern der NSDAP. Man trifft faschistische Gedankenverwirrungen sogar manchmal bei Antifaschisten (wie z. B. Lebensraumideologie)." (Sozialistische Bildungshefte, „Unsere Stellung zu den nominellen Pgs", August 1946, Nr. 5, S. 5)

Auch in dem 1947 vom Zentralsekretariat der SED herausgegebenen „Sozialistischen Bildungsheft" Nr. 2 „Die Nazilüge vom ‚Lebensraum'" wird sicherlich realistisch festgestellt: „Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß mit dem Zusammenbruch des Hitlerregimes auch die Naziideologie vom Erdboden verschwunden ist. Durch die ungeheure Lügenpropaganda der Naziführer und durch ihren Unterdrückungsapparat ist es ihnen gelungen, das Gift der nazistischen Propagandalügen breiten Schichten unseres Volkes einzuimpfen. Noch heute – über anderthalb Jahre nach Zerschlagung des Hitlerfaschismus – sind große Teile unseres Volkes noch lange nicht von nazistischen Gedankengängen frei. Man trifft faschistische Gedankenverwirrungen sogar hie und da bei Antifaschisten. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei die Tatsache, daß heute bereits die Nazilügen in neuer Auflage und in anderen Formen wieder verbreitet werden. (...) [Diese Tatsachen, A. d. V.] beweisen uns die Notwendigkeit, unseren Kampf gegen die Naziideologie zu verstärken." (Ebenda, S. 1/2)

In dem 1947 vom Zentralsekretariat der SED herausgegebenen „Sozialistischen Bildungsheft" über „Die Nazilüge vom ‚deutschen Sozialismus" wird ebenso festgestellt, daß „große Teile unseres Volkes Auffassungen haben, die nicht frei von nazistischen Gedankengängen sind." (Ebenda, S. 2)

c) Der Vereinigungsparteitag der SED zum Kampf gegen die Nazi-Ideologie

Positiv fallen in Grotewohls Rede einige Passagen auf, in denen er auf die deutsche Geschichte eingeht.[611] Zumindest ist zu spüren, daß Grotewohl hier wichtige ideologische Aufgaben der Erziehung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen sieht, auch wenn es kaum einen Satz gibt, an dem nicht kritisch eingehakt werden muß. Typisch dafür ist zum Beispiel die folgende Feststellung:

> „Die gesamte Vergangenheit, auf die das deutsche Volk zurückblickt, muß es als geschichtlichen Irrweg erkennen, und jene Überlieferungen, die es als seine besten und ausgezeichneten angesehen hat, erweisen sich als fragwürdig."[612]

In dieser Passage, die offensichtlich anknüpft an Abuschs Buch über den „Irrweg" der deutschen Nation, ist mit Sicherheit richtig, daß ***alle*** Traditionen fragwürdig geworden sind und überprüft werden müssen. Die Übertreibung allerdings, daß die „gesamte Vergangenheit" als „geschichtlicher Irrweg" erkannt werden müsse, läßt die fortschrittlichen Bestandteile der deutschen Geschichte wie die Bauernkriege und die Revolution von 1848, Marx und Engels, die Novemberrevolution 1918 so außer acht, daß es den Gegnern der kritischen Überprüfung sämtlicher Traditionen Deutschlands ein leichtes wurde, gegen diese Übertreibung später zu polemisieren.

Von Bedeutung in diesem Zusammenhang ist auch folgende Stelle:

> „Die Gründe für eine spezifisch kriegerische Veranlagung des deutschen Volkes in der Vergangenheit liegen weniger in seiner Staatsform als in seinem Kadavergehorsam und seinem Untertanengeist, der jeden politischen Mißbrauch förderte." (S. 110)

---

[611] Zur ganz falschen Position Grotewohls zur Rolle der Roten Armee in der SBZ in dieser Rede siehe in dieser Nummer auf S. 527.

[612] „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD am 21. und 22. April 1946", Berlin 1946, S. 105. Die folgenden Seitenangaben in dieser Anmerkung beziehen sich auf diese Ausgabe, sofern nichts anderes vermerkt ist.

Auch hier spürt man, daß richtige Gedanken so formuliert werden, daß sie nicht Hand und Fuß haben. In der Tat hat ja die preußisch-militaristische Staatsform wesentlich zum Kadavergehorsam und Untertanengeist beigetragen.[613] Die Formulierung vom politischen „Mißbrauch" muß kritisiert werden. Denn sehr großen Teile der werktätigen Bevölkerung haben den Krieg auch für sich genutzt, um sich durch Raub zu bereichern. Die reaktionäre Überzeugung, die konterrevolutionäre Indoktrination und die Bestechung waren neben der Androhung von Terror zunehmend ein Kernpunkt der Politik der herrschenden Klassen in Deutschland seit der Französischen Revolution geworden.

Zur Obrigkeitsgläubigkeit und dem typisch deutschen Untertanengeist führt Grotewohl weiter aus:

> „Durch seine Obrigkeiten war das deutsche Volk daran gewöhnt worden, alles Heil von oben her zu empfangen. Es blickte gehorsam zu seinen Autoritäten empor und war bereit, ihnen jederzeit blind zu folgen. Diese antiliberale und antidemokratische Gewöhnung hat Hitler dann reichlich ausgebeutet, ihr verdankte er vor allen Dingen seine großen Erfolge, die dann allerdings schließlich auch seine Niederlage wurden." (S. 127)

Und weiter:

> „Das gesamte Erziehungssystem wurde auf die Bedürfnisse des Obrigkeitsstaates zugeschnitten. Blinder Gehorsam gegenüber der Obrigkeit wurde von Luther selbst zu einer der höchsten Tugenden überhaupt und im besonderen zur obersten staatsbürgerlichen Tugend erhoben. Der Mensch aber, der sich in diesem Verhältnis des blinden Gehorsams gegen die Obrigkeit setzte, war niemand anders als der Untertan. Der deutsche Untertan ist das traurige Ergebnis und die fatale Hinterlassenschaft der deutschen Reformation, eine Hinterlassenschaft, deren sich Preußen bemächtigte und aus der Preu-

---

[613] Aus dem Zusammenhang geht hervor, daß Grotewohl hier mit „Staatsform" Fragen des Staatsaufbaus meint, ob zentralistisch oder föderalistisch, die er an verschiedenen Beispielen erläutert und sich dann gegen eine „föderative Staatsgestaltung" ausspricht. Falsch ist seine Behauptung, auf Schweizer Boden würden „vier verschiedene Rassen" (S. 111) gemeinsam leben, weil Grotewohl damit nicht nur die Existenz von „Rassen" anerkennt, sondern auch von „Rassen" spricht, wo Nationalitäten gemeint sind.

ßens militaristischer Despotismus ungeheures Kapital geschlagen hat." (S. 131/132)

Von Bedeutung ist Grotewohls eindeutige Stellungnahme gegen preußische Traditionen, gerade weil die SED später von dieser klaren Haltung gegenüber dem Preußentum abrückte und preußisch-militaristische Traditionen wieder hoffähig machte und dem „nationalen Erbe" einverleibte:

> „Bis in alle Einzelheiten und alle Lebensgebiete hinein verlangen die neuen Wertmaßstäbe Geltung und Berechtigung. Dabei mag sich oft das Gefühl an die alten Texte und Melodien der preußischen Marschmusik und Uniformaugenweide gewöhnt haben. Aber gegen diese Erscheinungen haben wir uns genau mit derselben Schärfe zu wenden wie gegen alle anderen." (S. 136)

So richtig die Anprangerung von Zügen des reaktionären Untertanengeists und des Kadavergehorsams an sich ist, enthalten die Ausführungen Grotewohls dennoch einen großen Haken. Grotewohl behauptet, die großen Erfolge des Nazifaschismus bei der deutschen Bevölkerung seien „vor allen Dingen" auf die Obrigkeitsgläubigkeit zurückzuführen. Untertanengeist und Kadavergehorsam können aber nicht allein und auch nicht vorrangig eine Erklärung für die riesige Anhängerschaft der Nazifaschisten abgeben. Vielmehr muß bewußt sein, daß Millionen Deutscher vom Nazismus überzeugt waren und freiwillig für seine verbrecherischen Ziele eintraten. Eine richtige Analyse muß davon ausgehen, daß beide Faktoren vorhanden waren und zusammenwirkten.

Ein weiterer Punkt im Zusammenhang mit den ideologischen Aufgaben: Zunächst ist es sehr positiv, daß Grotewohl darauf zu sprechen kommt, daß es gelte, das Klassenbewußtsein nach 12 Jahren Nazifaschismus wieder zu wecken und zu stärken. Doch auch diese Ausführungen sind nicht ohne unangenehm wirkende Aspekte:

> „Unser Volk, besonders das deutsche Proletariat, hat seinen Mut, sein Selbstgefühl, seinen Stolz und seinen Unabhängigkeitssinn ebenso nötig wie sein Brot. (Bravo!) Deshalb gilt es, zunächst wieder das Klassenbewußtsein, das in der zwölfjährigen Nazizeit fast völlig verlorengegangen ist, zu erwecken und zu stärken." (S. 141)

Bezogen auf die Frage des Klassenbewußtsein vermischt Grotewohl hier Arbeiterklasse und Volk (abgesehen davon, daß „unser Volk" nicht nur klassenunspezifisch ist, sondern auch einen nationa-

listischen Schlag hat), was es gerade auseinanderzuhalten gilt, wenn die Frage fundiert behandelt werden soll: Welches Bewußtsein hat die Arbeiterklasse nötig, um tatsächlich die Führerin aller ausgebeuteten Werktätigen zu werden? Zusätzlich problematisch, ja falsch ist die Verwendung des Begriffs „Stolz" nach 1945 im Zusammenhang mit dem Klassenbewußtsein des Proletariats. Angesichts der Verbrechen des Nazifaschismus ist auch von seiten der Arbeiterklasse nicht „Stolz", sondern „Scham" angebracht, um tatsächlich ein Bewußtsein für die Größe der Aufgaben zu erhalten, gerade bei der antinazistischen Erziehung und Umerziehung der Masse der Werktätigen.[614]

Pieck kommt in seiner Rede bei der Feier nach Abschluß des Vereinigungsparteitages sehr zu Recht wie folgt auf die Frage der demokratischen Umerziehung zu sprechen:

> „Die Voraussetzung, zu diesem Ziele (gemeint ist der Sozialismus, A. d. V.) zu gelangen, liegt in einer wirklich demokratischen Umerziehung unseres Volkes. Wir tragen ein schweres Erbe aus der ganzen Vergangenheit unseres Volkes mit uns herum. Der ***Untertanengeist,*** der den freien Menschen nie zur Geltung kommen ließ, der Geist des Befehlens und Gehorchens hat uns nicht nur unerhörte Niederlagen eingebracht, sondern er hat uns auch in den schwärzesten Teil unserer Geschichte, in den Hitlerfaschismus geführt." (S. 168)

Daraus wurden in der Praxis der SED jedoch ***nicht*** die nötigen Schlußfolgerungen zur Verstärkung des Kampfes gegen den nazistischen Rassismus und Antisemitismus gezogen.[615]

---

[614] Das Thema „Stolz" im allgemeinen und „Nationalstolz" im besonderen wird uns bei der weiteren Analyse der SED noch ausführlich beschäftigen.

[615] Das ZK der SED hat erst im Jahr 1947 drei Schulungshefte herausgegeben, angesichts erschreckender antisemitischer Aktionen auch in der SBZ, wie zum Beispiel Schändungen jüdischer Friedhöfe:

* Die Nazilüge vom „Lebensraum", Januar 1947

* Die Rassenlüge der Nazis, April 1947

* Die Nazilüge vom „deutschen Sozialismus", September 1947

Darauf muß im Zusammenhang mit der weiteren Analyse des Kampfes der SED gegen den Nazi-Rassismus an anderer Stelle eingegangen werden. Insgesamt läßt sich aber hier schon feststellen, daß diese Schulungshefte gegenüber den

Fortsetzung nächste Seite

Nach der Gründung der SED im April 1946 ist in den zentralen Dokumenten der SED bis Ende 1946 kein Wort zum Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus zu finden. Alles mögliche, Wichtiges und Unwichtiges, Kleinigkeiten und Nebensächlichkeiten werden etwa im theoretischen Organ „Einheit" behandelt, aber der ideologischen Kampf gegen diese beiden zentralen Bestandteile der Nazi-Ideologie findet nicht statt.

Dem Antiziganismus als weiterer besonderer Form des Nazi-Rassismus wird in ***keinem einzigen*** zentralen Dokument der KPD und der SED der Kampf angesagt.[616]

Anmerkung 6: Haltung zur Oder-Neiße-Grenze und zu den Umsiedlungen als Prüfstein: Teilweise richtige Ausgangspunkte, vor allem aber Zurückweichen vor dem chauvinistischen Druck

Ob wirklich ideologische Klarheit über die Kriegsschuld Nazideutschlands, über die Mitschuld der werktätigen und ausgebeuteten Massen in Deutschland und über die Reparationen bestand oder nicht – das zeigte sich konzentriert an der Frage: „Wie stehst du zur Oder-Neiße-Grenze und zu den Umsiedlungen?" Das war (und ist) ein herausragender Prüfstein für jede politische Kraft nach 1945, ein Prüfstein der Kriegserklärung an den deutschen Chauvinismus, ein Kriterium für den ideologischen Kampf gegen die chauvinistische Verseuchung des Bewußtseins breitester Massen. In diesem Kampf galt es offensiv zu propagieren, daß die neue Grenzziehung (Oder-Neiße-

---

Fortsetzung der Fußnote

„Vortragsdispositionen" zum Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 den Kampf gegen die Nazi-Ideologie ***nicht*** wirklich vertiefen.

[616] So ist von der SED auch kein einziges „Standardwerk" der Nazis wie Hitlers „Mein Kampf" oder Rosenbergs „Der Mythos des 20. Jahrhunderts" systematisch entlarvt worden.

Grenze) eine richtige und notwendige Maßnahme war aufgrund der nazifaschistischen Aggression, die zugleich auch wegen der reaktionären Kontinuität jahrhundertelanger deutscher Eroberungs-, Vertreibungs- und Unterjochungspolitik vor allem gegen Polen zutiefst gerechtfertigt war.

In welchem Ausmaß die Frage der Oder-Neiße-Grenze sogar innerhalb der KPD unklar gewesen sein muß, zeigt das Referat von Oelßner auf einer erweiterten Sitzung des ZK der KPD am 28. September 1945:

> „Es gibt eine praktische politische Frage, in der das heute drastisch zum Ausdruck kommt. Ich habe fast keinen Kursus miterlebt – und ich habe viele abgehalten –, wo nicht die Frage der ***neuen Ostgrenzen*** gestellt wurde, wo nicht aus den Kreisen unserer Genossen (!) die besorgte Frage auftauchte: ja, werden wir nicht wirklich ein Volk ohne Lebensraum? – Was doch ein ganz offensichtlicher Einfluß der Nazi-Ideologie auch in unseren Reihen ist."[617]

Wir haben bereits festgestellt, daß es ein Versäumnis des Aufrufs des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 war, die Frage der Oder-Neiße-Grenze nicht zu behandeln. Wir haben nun zu prüfen, in welcher Weise die KPD bzw. dann SED im weiteren zur Frage der Oder-Neiße-Grenze sowie zur Frage der Umsiedlungen Stellung genommen hat.

Die ***Beschlußlage*** dazu ergibt allerdings ein düsteres Bild. Bis zur Gründung der SED gibt es keinen zentralen Parteibeschluß zur Oder-Neiße-Grenze und zu den Umsiedlungen. Bis auf wenige Ausnahmen wird die Frage öffentlich weitgehend umgangen, während intern oder halbintern durchaus korrekte Positionen formuliert werden. Der Gründungsparteitag der SED schwieg sich darüber ebenfalls aus. Nach der Gründung der SED gibt es dann den Beschluß des Parteivorstands der SED „Die SED zur Grenzfrage" vom September 1946, der davon ausgeht, daß die „künftigen Grenzen Deutschlands" noch nicht festgelegt seien. Dieser Beschluß ist begleitet von offen chauvinistischen Ausfällen von SED-Politikern gegen die Oder-Neiße-

---

[617] „Stenographische Niederschrift über die Sekretariats- und Agitprop-Leiter-Sitzung", 28.9.1945, in: Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 2, S. 62.

Grenze. Obwohl Molotow und Stalin unmittelbar danach 1946 die Endgültigkeit der Westgrenzen Polens bekräftigten, dauerte es bis 1949, bis der Parteivorstand der SED einen Beschluß faßte und in einer öffentlichen Erklärung die Oder-Neiße-Grenze anerkannte.

a) Zur Oder-Neiße-Grenze

Ulbrichts Rede auf einer Funktionärskonferenz der KPD Berlins, 25. 6. 1945

In seiner Rede auf der ersten Funktionärskonferenz der KPD Groß-Berlins am 25. Juni 1945 ging Ulbricht auch auf die neue Grenze im Osten Deutschlands ein. Es war in der KPD also vor allem auf Grund der Beschlüsse von Jalta schon klar bewußt, daß es eine wichtige Aufgabe war, in dieser Frage den ideologischen Kampf gegen die Hetze der Reaktion zu führen. Ulbricht führte dazu aus:

> „Eine weitere schwere Folge des verbrecherischen Hitlerkrieges ist die Abtrennung der Gebiete östlich der Oder und der Görlitzer Neiße. Kein Volk wäre auf den Gedanken gekommen, die Abtrennung dieser Gebiete zu fordern, wenn unser deutsches Volk selbst die Kraft aufgebracht hätte, in diesen Gebieten eine demokratische Ordnung zu schaffen, die Macht der ostelbischen Junker zu brechen und damit zu verhindern, daß diese Gebiete wiederum zur Basis des Kriegsaufmarsches werden. (...)
>
> Aus der Zange Ostpreußen-Oberschlesien heraus erfolgte der Kriegsaufmarsch gegen Polen und die Sowjetunion. Der Nazismus, der ausgezogen war, ein Weltreich zu erobern, hat es nicht nur fertiggebracht, das Haus anderer Völker zu verwüsten und die eigene Heimat zu zerstören, sondern er hat obendrein die Gebiete östlich der Oder verspielt. Einst verglich Goebbels die deutsche Politik mit einem Lotteriespiel, in dem der höchste Einsatz hohen Gewinn bringe. Hitler hat das Schicksal der ganzen Nation aufs Spiel gesetzt und dabei Teile Deutschlands verspielt."[618]

---

[618] Ulbricht: „Das Programm der antifaschistisch-demokratischen Ordnung", Rede Walter Ulbrichts auf der ersten Funktionärskonferenz der KPD Groß-Berlins am 25. Juni 1945, in: Ulbricht: „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen", Band II, S. 432/433.

Wichtig und richtig ist, daß Ulbricht die neue Grenzziehung als Konsequenz des Nazi-Aggressionskriegs einschätzt. Die Charakterisierung, daß „Teile Deutschlands verspielt" worden seien, muß allerdings als unernsthaft und der Sache nicht angemessen abgelehnt werden.[619]

Im Zusammenhang mit dem entscheidenden Argument der Nazi-Aggression hätte Ulbricht allerdings auch darauf verweisen müssen, daß die Geschichte der Inbesitznahme dieser Gebiete durch die Vertreibung und Unterdrückung der slawischen Völker gekennzeichnet ist. Von daher betrachtet war es keineswegs so absurd, wie Ulbricht es erscheinen läßt, auf den Gedanken zu kommen, „die Abtrennung dieser Gebiete zu fordern", um eine erhöhte territoriale Sicherheit gegenüber den fortgesetzten deutschen imperialistischen Aggressionen zu erhalten.

Ulbrichts Vorwurf, daß die Nazis „das Schicksal der ganzen Nation aufs Spiel gesetzt" hätten, ist falsch, da dies zu keinem Moment wirklich gegeben war.

Die „Vortragsdisposition" Nr. 5, 6, 7 (1945), „Die Beschlüsse der Berliner Konferenz", begründete richtig die Notwendigkeit und Gerechtigkeit der Oder-Neiße-Grenze

Um innerhalb der eigenen Reihen Klarheit zu schaffen und die Kader der KPD ideologisch gegen die reaktionäre Hetze zu wappnen, wurde die *„Vortragsdisposition" Nr. 5, 6, 7 (1945), „Die Beschlüsse*

---

[619] Die gleiche Position propagierte Pieck auf der Kundgebung der Blockparteien am 12. August 1945: „Die Nazibande hat mit dem Glück und dem Wohlstand unseres Volkes von Anfang ihrer Herrschaft an ein verbrecherisches Hasardspiel getrieben; sie hat in diesem Kriege nicht nur das Leben von Millionen Deutschen, sondern auch einen Teil Deutschlands selbst verspielt." (Wilhelm Pieck auf der 1. gemeinsamen Kundgebung der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien in Berlin, siehe „Deutsche Volkszeitung" vom 14. August 1945, zitiert nach: „Die Beschlüsse der Berliner Konferenz", „Vortragsdisposition", Nr. 5, 6, 7, 1945, S. 45)

der Berliner Konferenz",[620] verfaßt. Darin wird unter der Überschrift „Grenzfragen" vergleichsweise sehr ausführlich auf die Oder-Neiße-Grenze eingegangen:

> „Wir warnten, daß die Verantwortung Deutschlands mit jedem Kriegstag schwerer wird und schließlich eine Lage entstehen muß, wo die anderen Völker jedes Vertrauen zum Friedenswillen des deutschen Volkes verlieren werden und von sich aus ***feste Garantien*** gegen die Gefahr einer neuen deutschen Aggression fordern werden.
>
> Dem einsichtigen Deutschen mußte seit langem klar sein, daß eine Fortsetzung des Krieges ‚bis 5 Minuten nach 12' (wie Hitler es forderte) unvermeidlich die Frage ***auch territorialer Garantien für die Sicherheit anderer Völker*** auf die Tagesordnung setzen würde.
>
> Wir erklärten dazu, daß das deutsche Volk dann ***niemand anders wird anklagen können, als nur sich selbst.***
>
> Nun ist das Schlimmste eingetreten, was eintreten konnte: die deutsche Wehrmacht gehorchte Hitler bis zum letzten bitteren Ende, bis in den totalen Zusammenbruch hinein. Es wurde tatsächlich bis 5 Minuten nach zwölf gekämpft.
>
> Damit war die Konsequenz des Hitlerkrieges geschaffen, vor welcher wir am leidenschaftlichsten gewarnt hatten." (S. 43/45)

Zutreffend wird die neue Grenzziehung auf die Aggression Nazideutschlands zurückgeführt und hinsichtlich notwendiger „territorialer Garantien für die Sicherheit anderer Völker" verteidigt und propagiert. Unvereinbar damit und auch sachlich unrichtig ist allerdings die Beteuerung, die KPD habe „am leidenschaftlichsten" gerade vor dieser Konsequenz des Nazi-Krieges gewarnt.

Hervorzuheben ist, daß die Vortragsdisposition klar darauf orientiert, daß die Oder-Neiße-Grenze als ***endgültig*** anzusehen ist. Denn in den nachfolgend behandelten öffentlichen Erklärungen der SED und führender Vertreter der SED wird gerade das massiv in Frage gestellt. Unter der Überschrift „Wir Deutschen dürfen uns endlich keinen Illusionen mehr hingeben" heißt es:

---

[620] „Die Beschlüsse der Berliner Konferenz", „Vortragsdisposition", Nr. 5, 6, 7, 1945. Alle Seitenangaben in diesem Abschnitt beziehen sich auf diese Ausgabe, sofern nichts anderes vermerkt ist.

„Der vorläufige Charakter dieser Grenze darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß beträchtliche Gebiete im Osten endgültig und unwiderruflich von Hitler verspielt (?!) sind. (...)

Es ist also zwecklos, sich haltlosen Spekulationen und Illusionen hinzugeben, wenn auch über die Grenzziehung im einzelnen erst auf der Friedenskonferenz endgültig Beschluß gefaßt werden wird." (S. 45, Hervorhebung durch (?!) RF)

Hier wird korrekt unterschieden zwischen der Substanz des Beschlusses des Potsdamer Abkommens und der untergeordneten Frage der „Grenzziehung im einzelnen", wenngleich auch hier wieder die unernsthafte Floskel verwendet wird, wonach die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze „von Hitler verspielt" worden seien.

Eine mit vielen Fakten untermauerte, überzeugende Darlegung der Notwendigkeit der Oder-Neiße-Grenze aus der Sicht der jahrhundertelangen deutschen Verbrechen gegen Polen enthält der Abschnitt 3 „Polen fordert territoriale Garantien seiner Sicherheit", die wir hier ausführlich anführen:

„Es ist keineswegs ein Zufall, daß die Krimkonferenz wie auch die Berliner Konferenz den Forderungen Polens nach territorialen Garantien seiner Sicherheit Rechnung getragen habe. Die Vertreter Polens weisen dabei auf folgendes hin:

a) Ostpreußen, Schlesien und Oberschlesien umfassen Polen wie einen Zangenarm.

b) Diese Gebiete dienten im Verlauf von vielen Jahrhunderten immer wieder als Aufmarschgebiet gegen Polen und den slawischen Osten Europas.

c) Diese Gebiete waren ursprünglich slawischer Boden, sie wurden gewaltsam germanisiert, wobei die slawischen Bewohner zum größten Teil ausgerottet wurden.

d) In diesen Gebieten lag die festeste Position der preußischen Junker, die immer wieder im Verlaufe der Geschichte die Haupteinpeitscher der Überfälle auf Polen waren. Bis zuletzt betrieben sie ihre Gutswirtschaft vorwiegend mit maßlos ausgebeuteten polnischen Landarbeitern.

Die Polen können dabei u. a. auf folgende geschichtlichen Tatsachen hinweisen:

Im 10. Jahrhundert wurden die Slawen östlich der Elbe ‚germanisiert'.

Im 11., 12. und 13. Jahrhundert weitere deutsche Kolonisation, die nunmehr Pommern, Schlesien und Ostpreußen (das ursprüngliche Preußen) erfaßte.

Nachdem Polen im 15. Jahrhundert wieder aufgerichtet worden war, begann mit der Entstehung Preußens eine neue Kette deutscher Aggressionen gegen Polen:

Friedrich II. war der Haupttreiber der ersten Teilung Polens (1772).

Friedrich Wilhelm II. betrieb die zweite Teilung Polens (1793) und die dritte (1795). Damit war das unglückliche Land vollkommen zerstückelt.

Durch den Sieg Napoleons in Europa (Friede zu Tilsit 1807) verlor Preußen einen großen Teil des eroberten polnischen Gebietes, aber nach dem Sturz Napoleons riß Preußen wieder polnisches Gebiet an sich (Wiener Kongreß 1815).

In der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der polnische Freiheits- und Unabhängigkeitskampf wesentlich mit preußischer Hilfe blutig niedergeschlagen.

Im Weltkrieg 1914/18 wurde Polen vom kaiserlichen Deutschland furchtbar ausgeplündert.

1917/18, nach dem Siege der Oktoberrevolution in Rußland, hielt der deutsche Imperialismus Polen weiter in seinen Fesseln. Erst der militärische Zusammenbruch Deutschlands im November 1918 ließ Polen als unabhängigen Staat entstehen.

Hitlerdeutschland trieb die Verbrechen gegen das polnische Volk vollends auf die Spitze; vom Ende des Polenfeldzuges 1939 an wurden (ohne die direkten Kriegsopfer zu rechnen) nach unvollständigen Angaben 8 Millionen polnischer Staatsbürger von Hitlerdeutschen ausgerottet.

Kein ehrlicher Deutscher kann also leugnen, daß ein jahrhundertelanges deutscher Unrecht dem polnischen Volke gegenüber vorliegt. Durch fast ein Jahrtausend wurden die Polen und ihre slawischen Vorfahren von deutschen Eroberern gequält und mißhandelt. Die maßlosen Verbrechen Hitlers, seiner Hintermänner und Helfer an Polen brachten das Maß zum Überlaufen.

Wer würde nicht den Verlust weiter Ostgebiete und besonders das Schicksal der deutschen Familien, die ihre Heimat verlassen müssen beklagen. Aber wir würden unserem Volke einen schlechten Dienst

> erweisen und nur dazu beitragen, es aufs neue auf den Weg des Hasses und der verderblichen Revanche- und Gewaltpolitik zu treiben, wenn wir die Schuld dafür anderen Völker zuschieben würden. Es gilt vielmehr, den alten, für uns selbst so verhängnisvollen Weg des Hasses und der Gewalt gegen andere Völker endgültig zu verlassen. Das historische Unrecht – niemand kann es bestreiten – liegt auf der Seite des reaktionären Preußen-Deutschland, dessen Erbe endlich und für immer überwunden werden muß, wenn die neue deutsche Zukunft auf gesicherter Grundlage errichtet werden soll." (S. 45 ff.)

Damit wird den Kadern der KPD eine Fülle wichtiger Argumente zur Hand gegeben. Den hier angeführten historischen Fakten, gipfelnd in der Nazi-Aggression, widerspricht es allerdings, wenn gleichzeitig lamentiert wird, daß der „Verlust weiter Ostgebiete" aufgrund der Nazi-Politik zu „beklagen" sei.

Eine richtige öffentliche Stellungnahme zur Oder-Neiße-Grenze im Zentralorgan der KPD

In der „Deutschen Volkszeitung" vom 7.8.1945 wird kurz nach den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz der alliierten Siegermächte in einem Artikel mit der Überschrift „Nicht ‚wehe dem Besiegten' – sondern ‚Großmut der Sieger'" zur Oder-Neiße-Grenze wie folgt Stellung genommen:

> „Und nun noch die letzte Frage, die wohl am meisten die Gemüter bewegt – die Abtrennung der Ostgebiete bis zur Oder und Neiße. Den Verlust Ost- und Westpreußens, Teile Pommerns, Brandenburgs und Schlesiens verdankt Deutschland in erster Linie der Naziführung und ihren Helfershelfern. Die in der Geschichte einmaligen Untaten, Vertragsbrüche und hinterhältigen Verbrechen, die unser Volk Hitler mit vollführen half, sind der Grund dafür, daß die anderen Völker Sicherungen verlangen. Jeder Hinweis auf historische Rechte ist sinnlos, weil die geschichtlichen Ereignisse immer wieder bewiesen haben, daß der ‚Drang nach Osten', die Ostraumpolitik der deutschen Imperialisten und Militaristen die Hauptursachen zu blutigen Eroberungszügen waren."[621]

---

[621] „Deutsche Volkszeitung", 7.8.1945.

Diese richtige öffentliche Stellungnahme faßt im Grunde die Argumente der „Vortragsdisposition" Nr. 5, 6, 7 (1945) knapp zusammen. Doch eine solche richtige Position ist im Gesamtbild der Propaganda der KPD in dieser Zeitspanne eher eine Randerscheinung. Nötig wäre gewesen, die in der „Vortragsdisposition" Nr. 5, 6, 7 (1945) dargelegten historischen Fakten im Zusammenhang mit den ausschlaggebenden Fakten der nazifaschistischen Verbrechen systematisch zu propagieren. Das geschah jedoch nicht. Diese „heikle" Frage wurde zunächst vor allem umgangen.

Die programmatische Diskussion vor Gründung der SED hat darüber keine Klarheit geschaffen.[622] Um so wichtiger ist es, nun zu se-

---

[622] Bei der Diskussion um das territoriale Gebiet Deutschlands nach 1945 ging es auch um die Frage des Ruhrgebiets. Dessen großes ökonomisches Potential war ein wichtiger Punkt in der Entschädigungsfrage. Die sozialistische Sowjetunion forderte, daß das Ruhrgebiet wegen seiner Bedeutung unter die Kontrolle aller vier Besatzungsmächte gestellt werden sollte. Im Vertragsentwurf „Über die Entmilitarisierung Deutschlands und die Verhütung einer deutschen Aggression", eingereicht von der Sowjetdelegation auf der Moskauer Tagung des Außenministerrats am 14. April 1947 heißt es, es sei übereinzukommen

„A) über das Ruhrindustriegebiet als die Hauptbasis der deutschen Rüstungsproduktion und die industrielle Hauptstütze des deutschen Militarismus eine gemeinsame Kontrolle Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs und der Sowjetunion zu errichten, damit die Ressourcen des Ruhrgebiets für die Entwicklung der Friedensindustrie Deutschlands wie auch für die Befriedigung der Bedürfnisse der durch die deutsche Aggression geschädigten Völker Europas ausgenutzt werden; (...)" (zitiert nach: Molotow: „Fragen der Außenpolitik", S. 652/653)

Die westlichen Besatzungsmächte lehnten dies ab, überlegten aber ihrerseits, das Ruhrgebiet unter ihre besondere Kontrolle zu stellen. Dagegen protestierte die KPD, wobei unklar ist, ob die KPD das berechtigte Anliegen der Sowjetunion unterstützte oder nicht. Gegen die Position der KPD zur Frage des Ruhrgebiets gab es in den Reihen der KPD wohl auch Widerspruch. So schreibt Alex Schatten aus Rosswein i. Sa. mit unserer Meinung nach berechtigter Sorge an das ZK der KPD:

„Mir gibt Bedenken der Ruf nach dem Ruhrgebiet, vereinbart es sich auch mit dem Grundgesetz unseres großen Lehrmeisters Karl Marx: ‚Proletarier aller Länder, vereinigt Euch'? Nein! Das Proletariat kennt kein ‚Halt' vor nationalen Grenzen, ist es dann nicht gleichgültig, wem das erwünschte Ruhrgebiet gehört? Nach Befragung im Schulungsabend konnte ich geteilte Meinungen hören. Die Forderung des Ruhrgebietes kann in den Siegerstaaten den Anschein erwecken, daß unsere

Fortsetzung nächste Seite

hen, auf welche Position sich die SED bei ihrer Gründung und nach ihrer Gründung festgelegt hat.

Grotewohls Halbwahrheit auf dem Vereinigungsparteitag der SED: „noch sind die deutschen Grenzen nicht endgültig festgelegt"

Mehr als befremdlich ist die Formulierung Grotewohls auf dem ***Vereinigungsparteitag der SED,*** wenn er von Millionen Flüchtlingen spricht,

> „die in den beschnittenen deutschen Raum hineingestopft werden müssen."[623]

Man mag ja verstehen, daß Millionen deutsche Flüchtlinge und Umsiedler für die SBZ ein gewichtiges wirtschaftliches Problem darstellten. Dieses Problem konnte aber, gerade auch mit der Enteignung des Junkertums, mit der Bodenreform und der Entstehung von Hunderttausenden von Bauernhöfen, gelöst werden.

Die Rede vom „beschnittenen deutschen Raum" läßt aber deutlich anklingen, daß Grotewohl die „Gebietsverluste" in der Folge des Potsdamer Abkommens bedauert und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zumindest nicht begrüßt. Im Gegenteil: Pathetisch rief Grotewohl an anderer Stelle in seiner Rede aus:

> „noch sind die deutschen Grenzen nicht endgültig festgesetzt."[624]

Fortsetzung der Fußnote

augenblickliche Politik schon wieder imperialistische Tendenzen trägt. Gewiß wäre es, wenn wir es für uns allein bewirtschaften könnten, vorteilhafter, aber als wahre Vertreter des Proletariats steht es uns nicht zu, an die Siegerstaaten territoriale Ansprüche zu stellen. Das Proletariat ist dazu ausersehen, einen glorreichen Siegeslauf durch die Welt anzutreten, und da es keine nationalen Grenzen kennt, wird das Ruhrgebiet auch dem deutschen Volke zugute kommen. Sollte dies nicht in Erwägung gezogen werden, so würde dies mit einem Nichtglauben an den Sieg des Proletariats gleichkommen, ein Zweifeln am Sieg verdammt uns von vornherein zum Scheitern. Seit dem Kriegsende leben wir ohne dem Ruhrgebiet und können dies auch weiterhin, wenn wir in der Lage sind, die Landesverwaltungen selbst zu übernehmen (...)" (Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 4, S. 548/549)

[623] „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD", S. 104.

Diese Behauptung Grotewohls ist weniger als eine Halbwahrheit. Denn es war ja so, daß die Oder-Neiße-Linie im Potsdamer Abkommen grundsätzlich als polnische Westgrenze festgelegt worden ist. Lediglich Detailfragen der konkreten Grenzziehung galt es noch zu entscheiden. Indem Grotewohl diese Tatsache wegläßt, suggeriert er mit seiner Formulierung über die Grenzen, die „nicht endgültig festgesetzt" seien, daß es eine „noch" zu klärende Frage wäre, ob die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze Polens werde oder eine ganz andere Grenzziehung. Diese Frage war aber eindeutig und endgültig mit dem Potsdamer Abkommen geklärt.

Ausblick: Nach Gründung der SED – Debatte über die Oder-Neiße-Grenze im „Neuen Deutschland", September – Dezember 1946

Wilhelm Pieck, Mitglied des Parteivorstandes der SED, wurde am 14.9.1946 auf der Titelseite des „Neuen Deutschland" in einem Artikel unter der Überschrift „Klarheit in der Ostfrage!" mit folgender Stellungnahme wiedergegeben:

> „Unser Volk muß alles tun, durch Vernichtung der aggressiven Kräfte und Entfaltung der Demokratie sich das Vertrauen bei den anderen Völkern zu erwerben, damit bei der endgültigen Festlegung der Grenzen von den alliierten Mächten auf die Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes Rücksicht genommen wird." [625]

Für Pieck und den Parteivorstand waren also im September 1946 die Grenzen Deutschlands und damit auch die Grenze zu Polen noch nicht endgültig festgelegt. Dabei ging es selbstverständlich nicht um irgendwelche Detailfragen der Grenzziehung, sondern politisch ging es um die grundlegende Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als definitive Ostgrenze Deutschlands zu einer Zeit, als das Potsdamer Abkommen längst abgeschlossen war und seine Forderungen verwirklicht wurden, die Umsiedlungen deutscher Bevölkerung aus den polnischen Gebieten an der Oder-Neiße voll im Gange waren, schon

---

Fortsetzung der Fußnote

[624] Ebenda, S. 115.

[625] „Neues Deutschland", 14.9.1946.

2,5 Millionen Menschen umgesiedelt worden waren und damit die Westgrenze zu Polen auch faktisch endgültig fixiert war.

Im gleichen Artikel kommt Max Fechner,[626] damaliger Spitzenkandidat der SED für Berlin, mit einer direkt gegen die Oder-Neiße-Grenze gerichteten Erklärung zu Wort:

> „Zur deutschen Ostgrenze möchte ich erklären, daß ***die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sich jeder Verkleinerung deutschen Gebietes entgegenstellen wird.***"[627]

Drei Tage später legte der Parteivorstand der SED im September 1946 im Beschluß „Die SED zur Grenzfrage", der im „Neuen Deutschland" am 21.9.1946 veröffentlicht wurde, zum ersten Mal seine Position zur Oder-Neiße-Grenze fest:

> „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird alles tun, damit auch in den Fragen der künftigen Grenzen Deutschlands die Stimme des deutschen Volkes auf der Friedenskonferenz Gehör findet."[628]

Zum damaligen Zeitpunkt erhob die revanchistische Reaktion ein großes Geschrei gegen die Oder-Neiße-Grenze. Dies war auch dem Parteivorstand der SED bewußt. Der Beschluß „Die SED zur Grenzfrage" enthält daher oberflächliche Abgrenzungen von der extremen nationalistisch-chauvinistischen Hetze der Revanchisten, wobei er sich direkt auf die hier bereits kritisierten falschen Stellungnahmen von SED-Führern bezieht:

> „Die Stellung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Frage der Ostgrenzen ist ***vor kurzem eindeutig und klar dargelegt worden.*** Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands macht ***jedoch*** darauf aufmerksam, daß der Versuch bestimmter reaktionärer Kreise, die Frage der Ostgrenzen zur Entfachung einer neuen nationalistisch-chauvinistischen Hetze auszunützen, dem deutschen Volke bei der Gestaltung des Friedensvertrages und auch in bezug auf

---

[626] Zur Biographie von Max Fechner siehe im Personenregister.

[627] „Neues Deutschland", 14.9.1946. Hervorhebung RF.

[628] „Neues Deutschland", 21.9.1946.

> die künftigen deutschen Grenzen nur schweren Schaden zufügen kann."[629]

Hier erklärt sich die SED faktisch einig mit der revanchistischen Reaktion hinsichtlich des Ziels, die durch das Potsdamer Abkommen festgeschriebenen Grenzen zu verändern, und kritisiert die nationalistisch-chauvinistische Hetze im Grunde nur als kontraproduktiv für die Erlangung dieses Ziels. Der gesamte Beschluß zeigt, daß die SED mit diesem Beschluß buchstäblich in der revanchistischen Falle sitzt.

Am 18.9.1946 wurde ein Artikel von Molotow zur Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze im „Neuen Deutschland" abgedruckt, der sich indirekt gegen den Artikel „Klarheit in der Ostfrage!" vom 14.9.1946 richtete.

Pieck trumpfte dennoch fast gleichzeitig auf einer Kundgebung in Cottbus auf und forderte gar die „Revision" der „Ostgrenze:

> „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands tritt entschieden dafür ein, daß auf der kommenden Friedenskonferenz die Ostgrenze einer ***Revision*** im Interesse des deutschen Volkes unterzogen wird. Nur wenn die faschistische Reaktion niedergerungen wird und sich der Geist des Friedens und der Demokratie in unserem Volk durchsetzt, ist zu hoffen, daß auf der Friedenskonferenz die neue Ostgrenze so festgelegt wird, wie das im ***Lebensinteresse*** unseres Volkes liegt."[630]

Hier wird sehr deutlich ein Element sichtbar, das dann vor allem ab 1947/48 in der Politik der SED ein geradezu dominierendes Motiv

---

[629] „Neues Deutschland", 21.9.1946. Hervorhebung RF.

[630] Pieck in „Die Freie Gewerkschaft" vom 17.9.1946, zitiert nach: „Die Nazilüge vom ‚Lebensraum'... „Sozialistische Bildungshefte", Nr. 2, 1947, S. 9, Hervorhebung RF.

Bemerkenswert ist, daß dieses Zitat von Pieck in einer SED-Schulungsbroschüre von Anfang 1947 angeführt wird, in der es um „Die Nazilüge vom ‚Lebensraum'" geht. Wenn es tatsächlich ein „Lebensinteresse unseres Volkes" sei, wie Pieck sich ausdrückte, die Oder-Neiße-Grenze zu revidieren, das heißt Teile des polnischen und möglicherweise auch des sowjetischen Territoriums an Deutschlands anzugliedern, dann wird damit der Nazi- und Revanchistenpropaganda über die angeblich „für Deutschland existentiell wichtigen Ostgebiete" der Sache nach ein Stück weit recht gegeben.

wird: der für jede fortschrittliche und erst recht revolutionäre Politik tödliche Wettstreit mit den west/deutschen Imperialisten, Militaristen und Revanchisten, wer denn nun der bessere Patriot sei, wer denn nun die scheinbar hoch und heilig über allem stehenden „deutsche Interessen" am effektivsten vertritt. Anstatt die chauvinistische Hetze gegen die Oder-Neiße-Grenze zu bekämpfen, versuchte die SED, in eine Art Konkurrenzkampf mit den deutschen Chauvinisten und Revanchisten um die Gunst der reaktionären Teile der deutschen Bevölkerung einzutreten. Die SED wollte so an die Massen herankommen, ihr Vertrauen gewinnen, allerdings um den Preis der Nichtanerkennung des Potsdamer Abkommens! Und das war vollkommen unvereinbar mit den Erfordernissen der Entnazifizierung.[631]

Es darf angesichts dieser deutsch-chauvinistischen Ausfälle der SED nicht als Zufall angesehen werden, daß es Stalin wenig später für nötig hielt, den endgültigen Charakter und den Bestand der Oder-Neiße-Grenze öffentlich zu bekräftigen: Stalin erklärte in einem Interview, das in der „Täglichen Rundschau", der Zeitung der SMAD in der SBZ, am 30. 10. 1946 veröffentlicht wurde:

> **„Frage: Hält Rußland die Westgrenzen Polens für beständig? Antwort: Jawohl."**[632]

Das komplette Interview Stalins mit diesem Zitat wurde auch im „Neuen Deutschland" am 30. 10. 1946 auf der Titelseite abgedruckt. Auf derselben Seite besprechen Grotewohl, Ulbricht, Pieck und Fechner dieses Stalin-Interview, ohne auch nur ein Wort über die Position Stalins zur Oder-Neiße-Grenze zu verlieren, die ihren eigenen Positionen diametral entgegensteht.[633]

---

[631] Mit der Stellungnahme der SED gegen die Oder-Neiße-Grenze wird logischerweise auch die Umsiedlung deutscher Bevölkerung aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße mit abgelehnt.

[632] Stalin, „Anworten auf die am 23. Oktober 1946 vom Präsidenten der amerikanischen Nachrichtenagentur United Press, Hugh Baillie, gestellten Fragen", 29. Oktober 1946, Werke Band 15, S. 92.

[633] Doch auch nach diesen Erklärungen von Stalin 1946 und Molotow Anfang 1947 ging die SED keineswegs zur Verteidigung der Oder-Neiße-Grenze über. Noch am 10. 3. 1947 hielten Pieck, Grotewohl und Dahlem, führende Kader der SED, in Frankfurt/Main bei einer Kundgebung ihre Reden unter einer Karte Deutschlands in den Grenzen von 1937 (!) mit der Aufschrift „Voraussetzungen für den demo-

Fortsetzung nächste Seite

Auf Seite zwei derselben Ausgabe des „Neuen Deutschlands" ist dann ein Artikel abgedruckt, in dem Stalins Position zwar jammernd zur Kenntnis genommen wird, ohne selbst positiv zur Oder-Neiße-Grenze Stellung zu beziehen:

> „Die Sowjetunion betrachtet die Westgrenze Polens als endgültig. Das ist eine schmerzliche Feststellung für uns. Aber alle diejenigen, die diese Frage zum Anlaß nehmen, den chauvinistischen Hetzchor zu verstärken, tun dies bestimmt nicht zum Wohle des deutschen Volkes."[634]

Am 29. 12. 1946 wird auf Seite eins im „Neuen Deutschland" der ZK-Beschluß der SED „Für das Saargebiet" veröffentlicht. Das ZK der SED spricht hier wiederum von einer kommenden „endgültigen Regelung aller deutschen Grenzen auf der Außenministerkonferenz in Moskau", so als sei die Oder-Neiße-Grenze nicht schon seit der Potsdamer Konferenz endgültig festgelegt, was von Stalin und Molotow ausdrücklich bekräftigt worden ist.[635]

Wir kennen keine Selbstkritik der SED, von Pieck, Ulbricht oder Grotewohl zu diesen grundlegend falschen Positionen.[636]

Fortsetzung der Fußnote

kratischen Neuaufbau – Einheit Deutschlands"! Siehe Titelblatt von „Neuer Weg", herausgegeben vom Parteivorstand der SED, Nr. 3/4, 1947.

[634] „Neues Deutschland", 30. 10. 1946.

[635] Am 26. 12. 1946 heißt es im „Neuen Deutschland" auf Seite zwei im Artikel „Das Saargebiet darf für uns nicht verloren sein" ähnlich direkt gegen die Oder-Neiße-Grenze gerichtet: „Hoffen wir nicht alle, daß in der Frage der Ostgrenzen noch nicht das letzte Wort gesprochen ist?" Und es gehe laut „Neuem Deutschland" darum, ***„alle Grenzfragen*** für uns günstiger zu stellen". Es wird im Zentralorgan der SED also weiterhin entgegen dem Potsdamer Abkommen an der endgültigen Festlegung der Grenzen gerüttelt.

[636] Es dauerte lange, sehr lange, bis sich die SED schließlich zu einer eindeutigen Korrektur ihrer deutsch-nationalistischen Position in dieser Frage durchrang. Ein qualitativer Einschnitt in der Haltung der SED zur Oder-Neiße-Grenze findet erst 1948 (!!) statt. In einer Rede Ulbrichts wird die Oder-Neiße-Grenze das erste Mal öffentlich von einem führenden Kader der SED ausdrücklich als Friedensgrenze bezeichnet. Die erste öffentliche Erklärung des ZK bzw. des Parteivorstandes der SED, die die Oder-Neiße Grenze anerkennt, erscheint 1949 (vgl. „Dokumente der SED", Band II, S. 357). 1950 wird dann ein Abkommen zwischen der DDR und

Fortsetzung nächste Seite

b) Keine Propaganda der Notwendigkeit der Umsiedlungen

Zur Debatte über die Haltung zu den Umsiedlern auf den erweiterten ZK-Sitzungen der KPD, November 1945

Auf der erweiterten Sitzung des ZK der KPD vom 19./20. 11. 1945 war ein wichtiges Thema die Haltung zu den Umsiedlern.

Schäffer von der Zentralverwaltung für das Umsiedlungswesen gibt einen Überblick über die Zahlen der Umsiedler:

> „Wir haben in der sowjetischen Besatzungszone rund 22 Millionen Einwohner, darunter 5 Millionen Umsiedler. Zu diesen 5 Millionen, die wir noch nicht untergebracht haben und die noch nicht zur Ruhe gekommen sind, kommen jetzt erneut 4,5 Mio. hinzu. (...) Wenn ich an Mecklenburg denke, das selbst 2 Mio. Einwohner hat, so kommen dort nahezu 2 Mio. hinzu. Über 1 Mio. Umsiedler sind schon dort, so daß es zusammen 3 Mio. sind. Auf einen Mecklenburger kommen also zwei Umsiedler."[637]

Eine wichtig Frage wurde danach diskutiert: ***Was tun mit den vielen Nazis unter den Umsiedlern?*** Dazu äußert sich wiederum Schäffer:

> „Wir müssen nur darum bitten, daß die Partei die besten Kräfte dafür stellt und mit eingreift. Warum? Weil aus dem Osten eine große Anzahl Nazis mitkommen, die wir nicht ansiedeln wollen, vor allen Dingen nicht die aktiven Nazis. Die Umsiedlerausschüsse sollen sich in den Durchgangslagern und Kreislagern durch die Vertrauensleute zunächst einmal die aktiven Nazis herausfischen, die wir in ein Sonderlager stecken. Wir haben bei den 4,5 Mio. Umsiedlern einen Lagerrest von ungefähr 783000 Menschen vorgesehen. Diese sollen

---

Fortsetzung der Fußnote

Polen geschlossen. Damit anerkennt die DDR-Regierung offiziell die Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze.

[637] Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 2, S. 310/311.

zunächst im Lager bleiben. Wir wollen also die Nazis nicht ansiedeln; denn wenn wir es tun, werden sich die Gerüchte, die im Dorf verbreitet werden, nur noch ausbreiten, und die Stimmung, die die Nazis machen, wird nur noch schlimmer werden und unsere Arbeit immer schwerer. Auch hierbei muß uns die Partei helfen, wenn die Massen durch die Lager gehen, die Nationalsozialisten herauszufischen, damit wir sie zurückstellen können."[638]

Der Ansatz, die Nazis unter den Umsiedlern zu internieren, ist richtig.

Gemeinsame Konferenz des ZK der KPD und des ZA der SPD am 26. Februar 1946

Der negative Höhepunkt dieser Konferenz ist die Rede des damaligen SPD-Politikers und dann SED-Mitglieds Otto Buchwitz, dem noch nachträglich, als die Rednerliste schon abgeschlossen war, das Wort erteilt wurde. Er führte aus:

„Wir reden viel über das Ruhrgebiet, und das ist auch richtig, aber wir in Sachsen und im Westteil Schlesiens werden von unsern Flüchtlingen gefragt, ob wir Schlesien vergessen haben, und zwar nicht nur von dem Gesichtspunkt aus, wie einmal die endgültige Grenze verläuft. Genossinnen und Genossen, in Schlesien gehen uns in diesen Tagen Hunderttausende von Menschen zugrunde. Sie verhungern, sie werden zerprügelt. In Nürnberg stehen die Verbrecher vor dem Weltgericht und sollen abgeurteilt werden, um ein warnendes Beispiel aufzurichten, daß solche Scheußlichkeiten sich in der Welt nicht mehr ungestraft wiederholen dürfen. Was sich aber in Schlesien abspielt und wie sich die Polen in diesen Wochen und Monaten an unseren Schlesiern vergehen, ist so unerhört, daß ich glaube, es ist richtig, wenn uns die Menschen fragen: Ihr redet vom Ruhrgebiet, und wir freuen uns darüber, aber habt ihr uns vergessen!? Was soll mit uns werden? Ich weiß – und das ist mein Wille –, wir wollen unseren russischen Genossen keine außenpolitischen Schwierigkeiten machen. Deswegen habe ich gesagt: Prüft einmal in Karlshorst, ob man nicht einmal ein Wort diesen Menschen gönnt, die uns täglich zugrunde gehen. Täglich gehen uns Hunderte zugrunde. (Sehr richtig – Zuruf: Die Danziger auch!)

---

[638] Ebenda, S. 312.

Vors. Grotewohl: Wir werden diese Anregung politischer Art mit in den Ausschuß nehmen und müssen ernstestens prüfen, in welchem Umfange und in welcher Art es möglich sein wird, in dieser Frage etwas zu tun."[639]

Das war alles, was Grotewohl sagte, sonst reagierte niemand auf diese Volksverhetzung gegen „die Polen". Nach diesem nationalistischen Ausfall machte Grotewohl noch ein paar Anmerkungen zum Statut. Dann hieß es „Die Konferenz ist geschlossen."[640]

Richtiges und Falsches zu den Umsiedlungen im theoretischen Organ der KPD, „Neuer Weg", März 1946

In der Märzausgabe des KPD-Organs „Neuer Weg"[641] ist ein längerer Artikel zur Frage der Umsiedler abgedruckt. Es wird dort die berechtigte Forderung gestellt, daß die antifaschistischen Umsiedler die Nazis unter den Umsiedlern ausfindig machen sollen (S. 18). Denn unter den Umsiedlern befanden sich sehr viele Nazis, ja bei den Hunderttausenden, die direkt nach dem 8. Mai 1945 aus der Tschecho-

---

[639] „Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946", S. 256.

[640] Ebenda, S. 259.

Im Gegensatz zu diesen Positionen stand der Diskussionsbeitrag von dem Genossen Müller aus Hessen auf der „Reichsberatung der KPD" am 8./9. Januar 1946. Er berichtet, daß in die amerikanische Besatzungszone zwei Millionen Umsiedler aus Osteuropa gekommen sind, worunter sich viele Nazis befinden sollen, was die faschistischen Tendenzen außerordentlich verstärken, wie auch zur weiteren Verstärkung der illegalen Organisationen der Nazis führen wird. Genosse Müller fordert, auch in der Umsiedlerfrage zu betonen, was die Ursache für die Umsiedlungen sind: daß eben die „Auslandsdeutschen" die fünften Kolonnen der Nazis waren, um den Nazi-Krieg vorbereiten und führen zu können. Müller betonte, daß aus diesem Grunde die Frage der Umsiedler ein Teil der Wiedergutmachung an den von den Nazis überfallenen Völkern sei, die diese nazistischen Schichten aus ihren Ländern entfernen wollen (vgl. Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 3, S. 235).

[641] „Neuer Weg", Nr. 3, 1946. Alle Seitenangaben in diesem Abschnitt, soweit nicht anders angegeben, beziehen sich auf diese Ausgabe.

slowakei flüchteten, handelte es sich vor allem um Nazis und um „Mitläufer der Nazis" (S. 19).

Diesen richtigen Positionen steht einige Seiten davor in derselben Ausgabe des „Neuen Wegs" ein Artikel mit deutsch-nationalistischer Propaganda gegenüber. Dort wird völlig undifferenziert ausgerechnet zur „Volkssolidarität" aufgerufen, die vor allem auch „Heimkehrern, Ausgebombten und Umsiedlern" helfe solle, wie es dort heißt (S. 10). Die KPD hatte sich damit auf den Wettlauf mit den deutschen Imperialisten eingelassen, wer ***den*** „Umsiedlern" besser hilft. Und dies schlägt sich auch im theoretischen Organ der KPD nieder.

Die KPD hat in dieser wichtigen Frage nicht nur keine Klarheit geschaffen, sondern vielmehr die nötigen Abgrenzungslinien verwischt. Die berechtigten Umsiedlungen wurden bis zur Gründung der SED ***in keinem*** zentralen Dokument propagiert.

Sehr deutlich hebt sich auch hier wiederum die Haltung von Paul Merker ab, der am 10. September 1945 schrieb:

> „Die Hitler, Himmler und Konsorten haben nicht gezögert, Millionen Angehöriger der von ihnen verbrecherischerweise als ‚rassisch minderwertig' bezeichneten slawischen Völker und der dort lebenden Juden auszurotten. Die Sowjetunion und Polen haben 15 bis 20 Millionen ihrer Bürger als Tote zu beklagen und weitere Millionen als Kranke und Krüppel. Kann ihnen unter diesen Umständen das Recht abgesprochen werden, sich für die Zukunft durch eine grundlegende Änderung der Landkarte Europas zu sichern und eine Wiederholung der von den deutschen Imperialisten verursachten Katastrophe auf jeden Fall zu verhüten? Das Recht ist auch in der Frage der Umsiedlungen auf ihrer Seite; England und die USA haben es anerkannt."[642]

Ausblick: Nach der Gründung der SED – Nationalistische Haltung zu den Umsiedlern

Im Aufruf des Parteivorstands der SED „Aufruf an alle Neubauern und Umsiedler" vom Oktober 1946 heißt es:

---

[642] Merker: „Die Potsdamer Beschlüsse", in: „Freies Deutschland", 4. Jahrgang, Nr. 10, September 1945, S. 7.

„Durch den verbrecherischen Hitlerkrieg wurden Millionen deutscher Menschen um Heimat, Haus und Hof gebracht. Sie zogen irrend auf der endlosen Straße des Elends von Ort zu Ort. (...) Millionen Umsiedler wurden durch ihre Hilfe (der SED, A. d. V.) betreut, verpflegt und untergebracht. (...) Die Liebe zum deutschen Volke, die Solidarität mit den seit Jahrhunderten ausgebeuteten, unterdrückten und betrogenen werktätigen Menschen hat hier fast Übermenschliches zur Tat werden lassen."[643]

Dieser Aufruf bringt die nationalistische Haltung der SED zu den Umsiedlern drastisch zum Ausdruck. Als Ursache für die Umsiedlungen und die Flucht Deutscher vor der Roten Armee wird der Nazi-Raubkrieg genannt. Das klingt scheinbar unanfechtbar, enthält aber faktisch einen Angriff gegen die Beschlüsse der Anti-Hitler-Koalition, vor allem gegen das Potsdamer Abkommen. Denn dort waren aus guten Gründen die Umsiedlungen festgelegt worden, als notwendige Konsequenz aus dem nazistischen oder pronazistischem Verhalten der übergroßen Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung in diesen Ländern.

Mit keinem Wort wird die Mitschuld der werktätigen Massen an den Verbrechen in den von den Nazis besetzten Ländern an diesem Krieg erwähnt. Formulierungen wie „um Heimat, Haus und Hof gebracht" und „Sie zogen irrend auf der endlosen Straße des Elends von Ort zu Ort" erwecken den Eindruck, als handle es sich bei den Umsiedlern und vor der Roten Armee Geflüchteten um Opfer des Nazi-Raubkrieges, vergleichbar mit den zur Flucht gezwungenen deutschen Juden oder antifaschistischen Emigranten.

Bei der Erwähnung der Betreuung, Verpflegung und Unterbringung von Millionen Umsiedlern fällt kein Wort darüber, daß darunter zahlreiche Nazis, Nazi-Kollaborateure oder Leute waren, die den Nazi-Verbrechen tatenlos zugeschaut hatten.

Der zuletzt zitierte Satz des Aufrufs macht besonders deutlich, welche Botschaft den Umsiedlern mit dem Aufruf vermittelt werden sollte. Zum einen wird ausgeblendet, daß keineswegs alle Umsiedler ausgebeutete und unterdrückte werktätige Massen waren. Darunter gab es auch eine große Zahl von reaktionären Machthabern und deren

---

[643] „Dokumente der SED", Band I, S. 106.

Büttel. Zum anderen stimmt es zwar, daß die Umsiedler zum großen Teil werktätige Menschen waren, die selbst den größten Teil ihres Lebens von den Imperialisten, Kapitalisten und Großgrundbesitzern als Arbeiterinnen und Arbeiter, Bäuerinnen und Bauern unterdrückt, ausgebeutet und betrogen worden sind. Jedoch ist das nur die eine Seite der Analyse, und in diesem Fall die weniger wichtige. Denn entscheidend ist, daß die übergroße Mehrheit der sogenannten „Deutschstämmigen" in den von den Nazis besetzten Ländern an der Unterdrückung und Ausbeutung anderer Völker, an den Nazi-Verbrechen beteiligt war, indem sie zum Beispiel selbst polnische oder sowjetische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ausbeuteten oder drangsalierten, indem sie einen „germanisierten" Hof eines Polen oder Tschechen „übernahmen" usw. Genau diesen Aspekt der Nazi-Herrschaft im Osten verdeckt das ZK der SED mit dem anbiederischen Slogan von den „betrogenen Werktätigen". Wenn der Zentralvorstand der SED von den umgesiedelten „Millionen deutscher Menschen" als den „seit Jahrhunderten ausgebeuteten, unterdrückten und betrogenen werktätigen Menschen" spricht, wird damit auch vertuscht, daß ein beträchtlicher Teil dieser Massen erst im Ergebnis der nazifaschistischen Okkupation dieser Länder, im Ergebnis der Vertreibung und Liquidierung der einheimischen Bevölkerung dort angesiedelt wurde.[644]

---

[644] Dieselbe populistische und nationalistische Position zeigt sich im Beschluß „Sozialpolitische Richtlinien" des ZK der SED vom Dezember 1946. Dort wird in einem extra Kapitel unter der Überschrift „Umsiedler- und Heimkehrerfürsorge" ausführlich die Betreuung der Umsiedler dargelegt. Unter anderem wird dort gefordert: „bevorzugte Versorgung bedürftiger Umsiedler und Heimkehrer mit Bekleidung und Wirtschaftsgerät." (Ebenda, S. 147/148)

Im selben Beschluß gibt es keinen besonderen Abschnitt über die Versorgung der Opfer des Nazi-Faschismus. Unter der Überschrift „Sozialfürsorge" wird lediglich in einem abstrakten Satz neben anderem erwähnt: „Sonderfürsorge für Opfer des Faschismus" (Ebenda, S. 146)

Sicherlich ist es nicht falsch, sich zu überlegen, wie man die Millionen Geflüchteten und Umsiedler versorgen kann. Aber erstens galt es Unterschiede zu machen, galt es zu prüfen, ob sie Nazis waren, mußten sie an ihren Taten, ihrer Mitschuld an den Nazi-Verbrechen gemessen werden. Zweitens war es eine falsche Weichenstellung, ein falsches Signal des ZK der SED, Umsiedler bevorzugt zu behandeln, wie z. B. in der Frage der Bekleidung, wenn man die Haltung zur Wiedergutmachung gegenüber den Nazi-Opfern berücksichtigt. Dieser Punkt wird im Gegensatz

Fortsetzung nächste Seite

Außerdem bleibt in diesem Beschluß der SED außer Betracht, daß die „seit Jahrhunderten" betriebene Ansiedlung von vielen deutsch sprechenden Menschen vor allem in Polen zwar eine Tatsache war, doch diese mußte keineswegs als selbstverständlich hingenommen werden. Vielmehr erfolgte diese Ansiedlung im unmittelbaren Zusammenhang mit der Annexion polnischer Gebiete, mit der Unterdrückung und Vertreibung der slawischen und anderen nichtdeutschen Bevölkerung durch reaktionäre Kriege und Zwangs-"Germanisierung".

Anmerkung 7: Ein sich durchziehender Kernfehler: Keine Kriegserklärung an den deutschen Nationalismus!

Es war von Anfang an klar, daß die KPD bzw. dann die SED von den reaktionären, revanchistischen Kräften, welche gegen die Besetzung Deutschlands, vor allem gegen die Rote Armee Front machten, als „Russenpartei" bekämpft werden würde, die nicht für „deutsche", sondern für „fremde Interessen" stehe. Dabei konnten sich die chauvinistischen und revanchistischen Einpeitscher auf die tiefsitzende nazistische, antikommunistische und chauvinistische Verhetzung breiter Bevölkerungsteile stützen. Gegenüber diesem Druck durfte die KPD bzw. SED keinen Millimeter zurückweichen, keinerlei Zugeständnisse machen. Vielmehr galt es, diesem Ansturm frontal und offensiv entgegenzutreten: dem deutschen Nationalismus mußte der Krieg erklärt werden.

Die KPD bzw. dann die SED hat von Anfang diesen Weg ***nicht*** eingeschlagen, wie wir an den bereits besprochenen Positionen gese-

---

Fortsetzung der Fußnote

zu Frage der Betreuung der Umsiedler nur am Rande, nur in einem trockenen Satz erwähnt. Durch die Gewichtung und Formulierung kommt es in diesem Beschluß so heraus, daß die SED der Fürsorge für die Umsiedler den gleichen oder gar einen höheren Stellenwert beimißt als der Betreuung der Opfer der Nazis.

hen haben. Ja mehr noch: Die KPD/SED hat sehr schnell deutschnationalistische Positionen in einzelnen Fragen des Kampfes gegen die Überreste des Nazifaschismus auch theoretisch gerechtfertigt und Grundprinzipien des proletarischen Internationalismus revidiert und über Bord geworfen.

a) Grotewohls deutsch-nationalistische Umwandlung von Grundthesen des „Manifests der Kommunistischen Partei" und andere nationalistische Positionen in der „Einheit", Februar 1946

Grotewohls Artikel „Die Bedeutung des Kommunistischen Manifests", veröffentlicht in der „Einheit"[645] im Februar 1946, ist geprägt von zwei extrem nationalistischen Folgerungen.

Erstens geht es um eine Grundposition des proletarischen Internationalismus, den Aufruf „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!". In diesem Aufruf steckt die praktische Konsequenz – ohne die nationalen Besonderheiten des „eigenen" Landes zu ignorieren –, daß der Kapitalismus ein Weltsystem geworden ist, das nur durch den gemeinsamen Kampf des Proletariats aller Länder weltweit endgültig durch den Sieg des Weltkommunismus vernichtet werden kann. Dieser Aufruf wird nun von Grotewohl folgendermaßen deutschnationalistisch umgewandelt:

> „Der Aufruf des Kommunistischen Manifests: ‚Proletarier aller Länder, vereinigt Euch' verwandelt sich für unsere Zeit (!) und für unser Land zur Mahnung: ‚Proletarier Deutschlands, vereinigt Euch!' " (S. 9)

Anknüpfend an diese These spielt Grotewohl auf eine weitere bekannte Kernthese des „Kommunistischen Manifests" (richtig: „Manifest der Kommunistischen Partei") an: „Die Arbeiter haben kein Vaterland", um diese ebenfalls nationalistisch umzudeuten, ohne auch nur im geringsten die Wirkung des Nazifaschismus zu bedenken:

---

[645] „Einheit", Nr. 1, 1946. Alle Seitenangaben in diesem Abschnitt, soweit nicht anders angegeben, beziehen sich auf diese Ausgabe.

„Heimat und Vaterland liebt er (der Arbeiter, A. d. V.) nicht weniger als *jeder (?!)* andere." (S. 9, Hervorhebung RF)

Lenin faßte die proletarisch-internationalistischen, gegen den bürgerlichen Nationalismus gerichteten Passagen aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei" konzentriert zusammen, indem er die Bedeutung der Formulierung „Die Arbeiter haben kein Vaterland" aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei" erläutert:

> **„‚Der Arbeiter hat kein Vaterland' – das bedeutet, daß a) seine ökonomische Lage (le salariat) nicht national, sondern international ist; b) sein Klassenfeind international ist; c) die Bedingungen für seine Befreiung gleichfalls; d) die internationale Einheit der Arbeiter *wichtiger* ist als die nationale."**
> (Lenin: „Brief an Inès Armand", 1916, Werke Band 35, S. 223)

Lenin deutet in Punkt d) an, daß das natürlich nicht heißt, daß die Arbeiterklasse eines Landes mit diesem Land sozusagen „nichts zu tun" habe, weil sie ja internationalistisch ist. Im „Manifest der Kommunistischen Partei" wird klargemacht, daß der Kampf des Proletariats seinem Inhalt nach international ist, der Form nach aber national, weil der Kampf der Arbeiterklasse eines jeden Landes für die proletarische Weltrevolution vor allem im „eigenen" Land stattfindet, unter ganz besonderen, auch durch den Charakter des jeweiligen Landes bestimmten Klassenkampfbedingungen. Es heißt dort:

> **„Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden."**
> (Marx / Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei", Marx/Engels Werke Band 4, S. 473)

Insofern durfte die KPD nicht „antinational" sein. Sie muß insofern „national" sein, als sie sich für das „eigene" Land verantwortlich fühlt, sich mit der Geschichte, der Gegenwart und der Zukunft des „eigenen" Landes auseinandersetzt, weil sie sich nur so an die Spitze des revolutionären Kampfes im „eigenen" Land stellen kann, nur so die Arbeiterklasse erziehen kann, um sie zu befähigen, den „eigenen" Imperialismus zu besiegen und ihre Macht, die Diktatur des Proletariats zu errichten. Dies kann aber nur gelingen, wenn dem deutschen

Nationalismus der unerbittliche Kampf angesagt wird.[646] Schon im „Manifest der Kommunistischen Partei" betonten Marx und Engels:

> **„Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobert, sich zur nationalen Klasse (zur führenden Klasse der Nation[647]) erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie."**
> (Marx/Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei", Marx/Engels Werke Band 4, S. 479)

Ist die Bourgeoisie gestürzt, die Diktatur des Proletariats in einem Land errichtet, so ist dieses Land Stütze und Basis der proletarischen Weltrevolution, Vorbild für die Arbeiterklasse der Länder des imperialistischen Systems. Dieses Land ist dann wirklich das Land der Arbeiterinnen und Arbeiter. Sie verteidigen es gegen den Imperialismus mit aller Kraft, weil es eine Basis der proletarischen Weltrevolution ist und ein Land des Sozialismus, in dem sie leben und kämpfen wollen und deshalb auch mit aller Kraft danach trachten, die Rückkehr zum Kapitalismus zu verhindern.

Grotewohls Umdeutungen des „Manifests der Kommunistischen Partei" können nur als nationalistisches Gegenmanifest gewertet werden.

Max Fechner, Mitglied des Zentralausschusses der SPD, stößt ins gleiche nationalistische Horn, mit deutsch-nationalistischem Grundton. Fechner propagiert in seinem Artikel „Erfahrungen aus der Aktionseinheit" als Grundlage und Zielsetzung der Aktionseinheit zwischen KPD und Teilen der SPD:

> „immer nur (!) das Wohl und das Interesse der deutschen Werktätigen und darüber hinaus des ganzen deutschen Volkes". (S. 5)

---

[646] Vgl. dazu „Gegen die Verfälschung einer Grundthese des wissenschaftlichen Kommunismus: ‚Die Arbeiter haben kein Vaterland!'„ Flugblatt 6–7/00 von „Gegen die Strömung".

[647] Korrektur von Engels 1888.

Auch hier von Internationalismus kein Spur, „immer nur" geht es bei Fechner um die „deutschen" Interessen.[648]

Mit seinem Artikel, „Der Programmentwurf und Deutschlands Einheit" im folgenden Heft der „Einheit"[649] legt Fechner noch mal nach. Ohne einen Gedanken an die reale Lage der Arbeiterklasse zu verschwenden, ohne auch nur im Ansatz den Einfluß des deutschen Nationalismus und Chauvinismus nach 12 Jahren Nazifaschismus als ideologische Herausforderung zu begreifen, behauptet Fechner die durch die SED vereinigte Arbeiterklasse werde

> „frei (sein) von der Krankheit eines falschen Nationalismus, der als Chauvinismus die Völker aufeinanderhetzt" (S. 16).

Erstens impliziert diese These vom „falschen Nationalismus" die Existenz eines „richtigen" Nationalismus, was so oder so als Grundlage für den Kampf gegen jeglichen Nationalismus prinzipiell nicht geeignet ist. Zweitens, ja selbst wenn das alles so wahr wäre, dann wäre auch der Kampf gegen den „falschen" Nationalismus und Chauvinismus in den Reihen der Partei überflüssig. Man kann es drehen und wenden wie man will, Fechner unterschätzt in extremer Art und Weise das Problem des Vorhandenseins von deutschem Nationalismus in den Reihen der Arbeiterklasse angesichts von 12 Jahren deutsch-chauvinistischer Hetze der Nazis.

Romantizismus und romantischer Nationalismus tritt bei Fechner offen zu Tage, wenn er wie folgt argumentiert:

> „Wie die Liebe zur Mutter da ist, ohne Worte, als tragendes (!!) Lebensgefühl, so war und ist auch die Liebe des deutschen Arbeiters zu seinem Lande da." (S. 16)

---

[648] Auf dieser Linie forderte Pieck eine ***deutsche*** Jugendorganisation: „Wir brauchen eine einheitliche ***deutsche*** Jugendorganisation, in der die Jugend, gleichviel welcher politischen Richtung ihre Eltern angehören oder welcher religiösen Anschauung sie sind, in einer Organisation vereinigt wird." (Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 2, S. 569) Nötig wäre doch gewesen, eine antinazifaschistische demokratische Jugendorganisation zu haben, eben ***nicht*** unabhängig von der politischen Orientierung!

[649] „Einheit", März 1946, Heft 2. Alle Seitenangaben in diesem Abschnitt, soweit nicht anders angegeben, beziehen sich auf diese Ausgabe.

Schließlich will Fechner einen „neuen Nationalbegriff" schaffen,

> „in dem die Liebe zur Heimat und der Stolz auf die technischen und kulturellen Leistungen unseres Volkes gepaart sind mit der Hochachtung und Ehrerbietung vor den Leistungen anderer Völker im Geiste der internationalen Zusammengehörigkeit." (S. 16)

Der Kurs, der hier eingeschlagen wird, und der von Albert Norden in seinem Buch „Um die Nation" (1952) dann noch weitergetrieben wird, blendet die Anforderung vollständig aus, nationale Fragen im Kampf gegen den romantischen Nationalismus der vorimperialistischen Epoche und gegen den imperialistischen Nationalismus zu behandeln. Diese Positionen sind, um das Wort Brechts zu benutzen: „stinkender Nationalismus"!

b) Deutscher Nationalismus auf dem 40. Parteitag der SPD: „einzig und allein im Dienste an unserem Volk" (April 1946)

Weimann referierte über „sozialistische Kulturarbeit". Das ist hier nicht weiter von Belang. Allerdings äußerte er sich auch in einer bestimmten Weise zur nationalen Frage:

> „Wir haben weiter erkannt, daß Sozialismus und Vaterland durchaus keine Gegensätze sind. Wir wissen, wie stark die nationale Frage die Massen bewegt, daß ihr Schicksal mit dem Schicksal ihres Landes untrennbar verbunden ist. (Sehr gut!) Darum sehen wir die nationale Frage heute anders und viel betonter als früher."[650]

Weimann knüpft hier wohl an ähnliche Thesen von Ackermann an, der auf dem 15. Parteitag der KPD eine neue, „positive Einstellung zur Nation" propagiert hat. Daß diese von Weimann nicht weiter vertieften Thesen in Richtung deutscher Nationalismus verstanden wurden, zeigt sich dann in den Ausführungen von Fechner.

Fechner hat als Vorsitzender des Parteitags das Schlußwort. Er formuliert als Zielsetzung für die SED:

---

[650] „40. Parteitag der SPD", S. 50.

> „Die Kraft und der Wille zur Tat, die diese neue Partei vor allen anderen Parteien in Deutschland auszeichnen wird, werden wir ***einzig und allein im Dienste an unserem Volk (?!)*** einsetzten."[651]

Schließlich wird von Fechner folgende nationalistische Aufgabenstellung propagiert:

> „Die in der Sozialistischen Einheitspartei organisierte Arbeiterklasse weiß, daß sie unserm Volk, aber auch der Welt am besten dadurch dient, wenn sie sich überparteilich aus jedem Kräftespiel der großen Politik heraushält und allein ihre Aufgabe in der Lösung der innerdeutschen Probleme sieht."[652]

„Einzig und allein im Dienste an unserem Volk", sich „aus jedem Kräftespiel der großen Politik heraushält" – all das ist zutiefst unmoralisch und nationalistisch. Es war eine vorrangige Aufgabe der SED gemäß dem proletarischen Internationalismus, alle revolutionären nationalen Befreiungsbewegungen, alle demokratischen und alle sozialistischen Kräfte auf der ganzen Welt maximal nach Kräften zu unterstützen, insbesondere die von den Nazis überfallenen Völker.[653]

Peinlich auch die Ausführungen eines Genossen Schreiber, der über die Jugendarbeit referierte und die Erinnerung an die „stolze Tradition der Sozialistischen Arbeiterjugend" beschwor, „an die Jugendtage von Weimar über Hamburg bis Wien (...)" (S. 65)

---

[651] Ebenda, S. 131, Hervorhebung RF.

[652] Ebenda, S. 131.

[653] Die nationalistische „Selbstbeschränkung" paart sich bei Fechner mit der typisch deutschen Überhöhung des deutschen „Schicksals": „Unter solchen Bedingungen hat noch kein Volk der abendländischen Geschichte den schweren und langen Kampf um seine seelische, geistige und wirtschaftliche Wiedergesundung zu führen brauchen, wie wir es werden tun müssen. Wir stehen vor einer erstmaligen und bisher einmaligen Situation." (Ebenda, S. 131/132)

Das Gefährliche an dieser Position ist, daß Richtiges und Falsches verknüpft wird. Die Einmaligkeit der Situation nach 1945 soll nicht bestritten werden, aber durch die ideologisch gefärbte, europäisch-chauvinistisch eingefärbte Anlehnung an die abendländischen Völker und die Betonung, wie schwer es doch das deutsche Volk habe, wird ein gewisser Jammerton, eine gewisse Anklage, wie ungerecht doch alles sei, nicht nur nicht vermieden, sondern geradezu hervorgerufen.

Die Erwähnung von Wien in diesem Zusammenhang kann nur als bösartiger Affront gegen die selbständige Organisierung der Arbeiterbewegung in Österreich und die selbständige Existenz einer österreichischen Nation verstanden werden.

c) Deutsch-chauvinistische Töne von Pieck: „stellt das Vaterland über alles", Februar 1946

Wie stark der deutsche Chauvinismus im Bewußtsein führender Kader der KPD bzw. dann der SED verankert war, ja wie weitgehend die Sensibilität fehlt, sich von allen Äußerungen des deutschen Chauvinismus schärfstens abzugrenzen und die internationalistischen Aufgaben des deutschen Proletariats herauszuarbeiten, macht eine Äußerung von Wilhelm Pieck vor der Gründung der SED im Februar 1946 deutlich:

> „Sie (die Kommunistische Partei, A. d. V.) verfolgt keinerlei den Interessen unseres Volkes entgegenstehende Sonderinteressen; sie verkörpert die großen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung und ***stellt das Vaterland über alles.***"[654]

Pieck befindet sich damit im Schlepptau der deutschen Chauvinisten, wenn er sich eine Variante der Parole „Deutschland über alles" zu eigen macht. Mit den internationalistischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, vor allem mit dem Kampf gegen den deutschen Sozialchauvinismus von Rosa Luxemburg und Karl Lieb-

---

[654] Pieck: „Um die Erneuerung der deutschen Kultur", Februar 1946, in: Pieck: „Reden und Aufsätze", Band II, Berlin 1952, S. 34. Hervorhebung RF.

Völlig falsch wird auch in der „Vortragsdisposition" Nr. 3 (1946), „Der nationale Kampf der KPD und die Einheit Deutschlands", behauptet: „In der Gegenwart, nachdem Hitler durch seine verbrecherischen Eroberungskriege Existenz und Einheit der Nation aufs Spiel setzte, ist es doppelt wichtig, das Einende, also Deutschland, zu betonen und nicht das Gegenteilige." („Der nationale Kampf der KPD und die Einheit Deutschlands", „Vortragsdisposition", Nr. 3, 1946, S. 25)

Genau das ist falsch: Es galt eben nicht „Deutschland" zu betonen, was eben Bourgeoisie und Proletariat, Nazis und Antinazis usw. umfaßt, sondern den damals unmittelbar entscheidenden Gegensatz herauszustellen: Für die restlose Vernichtung des Nazifaschismus oder Erhalt der revanchistisch-imperialistischen Herrschaft mit der Tendenz zum Wiederaufleben des Nazifaschismus.

knecht und der Spartakusgruppe, hat dies allerdings nicht das Geringste zu tun, wohl aber mit den sozialchauvinistischen Traditionen der II., der sozialdemokratischen Internationale. Pieck wußte um diese internationalistische Traditionen des Kampfs gegen den Chauvinismus der deutschen Sozialdemokratie, war er doch selbst Mitglied der Spartakusgruppe und Mitbegründer der KPD – um so schlimmer, bleibt da nur zu kommentieren.

d) Eine neue, „positive Einstellung zur Nation" als theoretische Untermauerung deutsch-nationalistischer Grundpositionen auf dem 15. Parteitag der KPD

Ackermanns deutsch-nationalistisch-revisionistische Antwort auf die Frage „Wie steht der Marxist zur Nation?"

Bei der Analyse der Schwächen und Fehler der KPD vor 1933 stößt Ackermann vor allem auf die Frage „Wie steht der Marxist zur Nation?"[655] (S. 108) Diese Haltung müsse einer weitgehenden Revision unterzogen werden:

> „wir haben als Kommunistische Partei von der nationalen Frage wenigstens soviel verstanden, daß der antiimperialistische Befreiungskampf unterdrückter Völker oder unterdrückter nationaler Minderheiten ein gerechter Kampf ist, der von der sozialistischen Bewegung aller Länder mit allen Kräften unterstützt werden muß. Aber darauf beschränkten wir uns in der nationalen Frage, obwohl die Politik des deutschen Imperialismus ein ***noch größeres nationales Problem*** geschaffen hatte; ***die imperialistische Abenteuer- und Kriegspolitik stellte eine tödliche Gefahr für die Existenz und für die Zukunft der eigenen Nation dar.***

[655] Ackermann: „Der ideologische Kampf der Partei", Bericht des ZK der KPD an den 15. Parteitag, in: „Bericht vom 15. Parteitag der KPD". Alle Seitenangaben in diesem Abschnitt, soweit nicht anders angegeben, beziehen sich auf diese Ausgabe.

> Damit hatte die nationale Fragestellung für den Marxisten eine ganz andere Bedeutung, ein neues Gesicht bekommen." (S. 108/109, Hervorhebung fett und kursiv RF)

Weiter heißt es:

> „Der Hitlerfaschismus und der Hitlerkrieg lehrten dem deutschen Volke mit letzter Eindringlichkeit, daß die imperialistische Gewalt- und Kriegspolitik seiner Herrscher nicht nur eine Gefahr für die bedrohten und überfallenen fremden Völker bedeutet, sondern eine ***Politik des nationalen Selbstmordes*** für das eigene Volk." (S. 109)

Die Einheit der Nation wird von Ackermann sogar zur angeblich lebensentscheidenden Frage erklärt:

> „Wir erklären, daß wir unermüdlich und ohne Kompromiß für diese Einheit (der Nation, A. d. V.) kämpfen, ***weil wir ohne sie nicht leben können...***" (S. 112, Hervorhebung RF)

Ackermanns Schlußfolgerung lautet dann:

> „Diese unsere positive Einstellung zur Nation (...) kann und wird zu einer neuen Kraftquelle für unsere Bewegung werden. ***Damit sind Schranken niedergerissen,*** die in der Vergangenheit breite Volksteile vom Anschluß an die sozialistische Bewegung abhielten." (S. 111, Hervorhebung RF)

Gehen wir der Reihe nach vor.

Zum ersten und zweiten Zitat: Mit dem alten opportunistischen „Argument" von angeblich „neuen Bedingungen" wird behauptet, die nationale Fragestellung hätte für Marxisten „eine ganz andere Bedeutung" bekommen: Die Politik des deutschen Imperialismus, der Nazifaschismus habe in Gestalt der „tödlichen Gefahr für die Existenz der eigenen Nation" ein „noch größeres nationales Problem" geschaffen als die Versklavung der unterjochten Völker durch den Imperialismus. Diese Aussagen sind grundfalsch. Ackermann spekuliert jedoch mit einem realen Problem.

Um diese Spekulation aufzudecken, muß etwas ausgeholt werden:

Lenin und auch Stalin stellten immer wieder heraus, daß in der Epoche des Imperialismus die imperialistischen Großmächte die ganze Welt untereinander aufgeteilt hatten, so daß nun die nationale Fra-

ge vor allem hauptsächlich eine Frage der Kolonien und abhängigen Länder wurde.[656]

Dennoch ist in Westeuropa, wie Lenin schon vor der Oktoberrevolution ausführte und nach dem „Versailler Frieden" differenziert behandelte, nach einem imperialistischen Krieg auch die nationale Unterdrückung von nichtagrarischen, hochindustrialisierten Ländern möglich.[657] Lenin und auch Stalin gingen aber niemals davon aus, daß die Existenz der deutschen Nation oder die Nation irgendeiner anderen imperialistischen Großmacht in Westeuropa „auf dem Spiel" stand oder in Zukunft stehen könnte.

Der später ins falsche Gleis geleitete Ausspruch Stalins, daß die Hitler kommen und gehen, aber der deutsche Staat und das deutsche Volk bestehen bleiben,[658] macht klar, daß dieser Appell an eine angeblich mögliche Beendigung der Existenz Deutschlands als Nation nicht real war. Das war eben das Problem. Die Hitlers konnte man verjagen, das deutsche Volk, der deutsche Staat aber blieben. Die Existenz der deutschen Nation stand nie auf dem Spiel. Insofern ging auch nie um die Rettung der Existenz der Nation, es ging und geht immer um die Frage, welchen Weg Deutschland einschlägt.

Zum dritten Zitat: Die kurzsichtige, von nationalistischer Torschlußpanik geprägte Behauptung, daß ohne die Einheit Deutschlands „wir nicht leben können", wurde durch die weitere Entwicklung in der SBZ und dann durch die Gründung der DDR 1949 auch praktisch widerlegt.

Zum vierten Zitat: Hier wird der Zusammenhang zwischen Opportunismus, der mit angeblich „neuen Bedingungen" spekuliert, und Nationalismus sehr deutlich.

Zuerst wird eine Grundposition des wissenschaftlichen Kommunismus zur Zukunft der Nationen revisionistisch zur „positiven Ein-

---

[656] Vgl. Stalin: „Über die Grundlagen des Leninismus", Kapitel VI: „Die nationale Frage", 1924, Werke Band 6, S. 122 ff.

[657] Siehe z. B. Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", 1916, Werke Band 22, S. 273.

[658] Vgl. Stalin: „Befehl des Volkskommissariats für Verteidigung vom 23. 2. 1942", Werke Band 14, S. 266.

stellung zur Nation" umgedeutet. Der Kampf für den Kommunismus enthält auf lange Sicht den Kampf für das Verschmelzen der Nationen, als einer aus der Epoche der Bourgeoisie resultierenden Kategorie, in der höheren Einheit des Weltkommunismus, also keinesfalls einfach eine „positive Einstellung" zur Nation.

Auf dieser Basis wird dann die „positive Einstellung zur Nation" als Hebel propagiert, um an die nationalistisch-chauvinistisch beeinflußten Teile der werktätigen Massen heranzukommen, die aus anderen Motiven heraus nicht oder viel schwieriger zu gewinnen seien.

Wie nun genau diese „positive Einstellung" aussehen soll, konkretisiert Ackermann wie folgt:

> „Die Partei des Sozialismus mußte auf neue Art an die nationale Frage herangehen und klar erkennen, daß in Wirklichkeit sie ***die wahrhaft patriotische Partei*** ist." (S. 110, Hervorhebung RF)

Weiter heißt es:

> „Unser nationaler Kampf (...) ist der proletarische Internationalismus der Tat!" (S. 111)

Statt Mittel und Wege zu suchen, wie das nationalistische und chauvinistische Gift wirksam bekämpft und dessen Einfluß zunehmend liquidiert werden kann, wird siegessicher zum Wettbewerb aufgerufen, wer denn nun der bessere Patriot sei.

Der „nationale Kampf" in Deutschland wird von Ackermann zum „proletarischen Internationalismus der Tat" erklärt. Damit wird eine besondere Erziehung zum proletarischen Internationalismus als weitgehend unnötig hingestellt, ja der proletarische Internationalismus wird reduziert auf einen „nationalen Kampf" in Deutschland. Ein Grundprinzip des proletarischen Internationalismus ist jedoch, wie Lenin ausführte:

> **„Es gibt nur *einen* wirklichen Internationalismus: die hingebungsvolle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes *im eigenen* Lande, die Unterstützung (durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe) *eben eines solchen Kampfes,* eben einer solchen Linie und *nur einer solchen allein* in ausnahmslos *allen* Ländern."**
> (Lenin: „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution (Entwurf einer Plattform der proletarischen Partei)", 1917, Werke Band 24, S. 60)

Originalton Pieck: „lassen uns in unserer Arbeit leiten einzig und allein von den Interessen des deutschen Volkes"

Es blieb auf dem 15. Parteitag der KPD nicht bei diesen theoretischen Ausführungen Ackermanns. Praktisch umgesetzt sah der Revisionismus Ackermanns auf dem 15. Parteitag dann folgendermaßen aus.

Offenbar als Kniefall vor dem Vorwurf, eine „Russenpartei" zu sein, verkündet Pieck in deutsch-nationalistischem Ton:

> „Die SED (...) ist eine durch und durch deutsche Partei, die unabhängig ist von äußeren Einflüssen und in Deutschland für die wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes kämpft."[659]

Nach dem Nazifaschismus wäre es doppelt und dreifach wichtig gewesen, den Charakter der revolutionären Partei der Arbeiterklasse als ***internationalistischer*** Partei in richtiger Beziehung zu den unzweifelhaft nötigen, aber auch problematischen deutschen Besonderheiten dieser Partei herauszuarbeiten. In dieser konkreten Situation wäre darüber hinaus die Erklärung angebracht gewesen, daß an erster Stelle nicht irgendwelche „deutschen Interessen" stehen konnten, sondern das Eintreten für die Interessen der von Nazideutschland überfallenen und versklavten Völker. Pieck aber erklärte:

> „Wir sind eine unabhängige deutsche Partei und lassen uns in unserer Arbeit leiten einzig und allein von den Interessen des deutschen Volkes. (Lebhafte Zustimmung.)"[660]

---

[659] Pieck: „Die Grundsätze und Ziele der SED. Bericht der Redaktionskommission", in: „Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 217.

[660] Ebenda, S. 217.

Bei der Reichskonferenz der KPD im März 1946 polemisiert Wandel indirekt gegen Auffassungen, wie Pieck sie in der Frage der sogenannten „Abhängigkeit von anderen Ländern" vertrat und worauf die KPD/SED sich orientieren soll: „Wir orientieren unsere Partei nur auf die fortschrittlichen, demokratischen Kräfte in Deutschland und auf diese Kräfte in allen Ländern. (...) ja, wir stützen uns (...) auf die sozialistische Sowjetunion." (Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 4, S. 138)

Originalton Ulbricht: „Alles für unser deutsches Vaterland!"

Ähnlich formuliert Walter Ulbricht auf dem 15. Parteitag der KPD im April 1946, ohne daß eine Stimme der Kritik laut wird:

> „Unser (der KPD, A. d. V.) oberstes Gesetz bleibt: Alles durch das Volk! Alles für das Volk! Alles für unser neues deutsches Vaterland."[661]

„Einzig und allein die Interessen des deutschen Volkes", „Alles für unser neues deutsches Vaterland!" – der „besondere Weg", den die SED 1946 für Deutschland propagierte, enthielt somit nicht nur das Element des Revisionismus zur Frage der gewaltsamen Revolution und der Diktatur des Proletariats, sondern gerade auch solche schlimmen deutsch-nationalistischen Positionen führender Kader der KPD, die auf dem 15. Parteitag der KPD mit keinem Wort kritisiert wurden.

Deutscher Nationalismus auf dem Vereinigungsparteitag der SED: Ein „Herz für Deutschland"

Nachdem schon auf dem 15. Parteitag der KPD und auf dem 40. Parteitag der SPD deutsch-nationalistische Grundpositionen formuliert wurden, setzte sich dies auf dem Vereinigungsparteitag fort.

Ausgangspunkt für eine „Neubewertung des Nationalstaats" in Grotewohls Rede ist die folgende, gänzlich falsche Auffassung über die angebliche aussichtslose Lage der deutschen Bourgeoisie für eine eigenständige Entwicklung:

> „Das deutsche Bürgertum kann nie mehr hoffen, eine selbständige kapitalistische und imperialistische Politik zu machen."[662]

Diese These wurde später von der SED und KPD im Westen ausgebaut zu der Behauptung, daß der deutsche Imperialismus nie mehr

---

[661] Ulbricht: „Die Politik der Partei. Bericht des ZK", in: „Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 64.

[662] „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD", S. 108.

eine eigenständige Entwicklung einschlagen könne[663] – und dies obwohl Stalin 1944 davor gewarnt hatte, daß der deutsche Imperialismus nur 20 bis 30 Jahre brauchen würde, um sich nach seiner militärischen Niederlage erneut wiederaufzurichten und die Völker der Welt mit einem neuen imperialistischen Krieg zu bedrohen.[664] Die Geschichte hat bewiesen, daß diese These Stalins richtig, Grotewohls These falsch war.

Mit Anklang an theoretische Positionen, wie sie auf dem 15. Parteitag der KPD von Anton Ackermann vertreten wurden, erklärte Grotewohl:

> „Die Dinge haben sich so gewandelt, daß der deutsche Nationalstaat heute keine bürgerliche, sondern überwiegend eine sozialistisch-proletarische Angelegenheit geworden ist."[665]

Hier wird schon als Tatsache dargestellt, was nach wie vor in einem heftigen Kampf erst entschieden werden mußte – ob es möglich war, in ganz Deutschland einen demokratischen Staat zu errichten, der unter Führung des Proletariats und seiner Partei stand, oder ob die bürgerlich-reaktionären Kräfte im Westen Deutschlands einen reaktionären Staat weiter festigen und ausbauen konnten.

Weiter betonte Grotewohl:

> „Sozialistische Wirtschaftsplanung ist nur in einem einheitlichen Deutschland möglich. Der nationale Auftrag ist damit an die Arbeiterklasse übergegangen."[666]

---

[663] Zum Beispiel behauptete Reimann, der Vorsitzende der KPD, 1953, ein Jahr nachdem Stalin in seiner Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" grundsätzlich klargestellt hatte, daß der deutsche Imperialismus aufgrund des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung im Imperialismus den Weg zur Wiederaufrichtung seiner alten Macht einschlagen wird, wenn er nicht in der proletarischen Revolution vernichtet wird, folgendes: „Westdeutschland ist unter den Bedingungen der Kriegsverträge von Bonn und Paris ein USA-Protektorat und deshalb niemals in der Lage, eine selbständige Rolle zu spielen." (Reimann: „Die Lehren der Bundestagswahlen", S. 11)

[664] Vgl. Stalin: „Der 27. Jahrestag der großen sozialistischen Oktoberrevolution", 1944, Werke Band 14, S. 367/368.

[665] „Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD", S. 108.

[666] Ebenda, S. 109.

Dieses theoretisch falsche und offensichtlich durch die Praxis der Gründung der DDR widerlegte Gebäude wird zusätzlich pathetisch untermauert, wenn Grotewohl über die Ruhrarbeiterschaft sagt:

> „Ihr Herz hängt an Deutschland. Sie will sich von ihrem Vaterland nicht trennen lassen. Wer immer es sei, der sich in der Ruhrfrage vaterlandslos verhält, die Ruhrarbeiterschaft wie die deutsche Arbeiterschaft überhaupt, ist vom Gefühl heftigen Widerwillens gegen solche Vaterlandslosigkeit erfüllt. (Stürmischer Beifall.) Mit dem Ekel, den Ratten zu verursachen pflegen, blickt die Arbeiterschaft auf jene, die das deutsche Schiff, von dem sie glauben, daß es unvermeidlich sinken müsse, zu verlassen trachten."[667]

Vergessen scheinen die Worte von Marx und Engels aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei": „Die Arbeiter haben kein Vaterland!". Noch immer scheint bei Grotewohl durch, daß die deutsche Sozialdemokratie spätestens seit 1914 den ehrenvollen Ruf der „Vaterlandslosen Gesellen" nicht mehr verdient hat und alles tat, um auch ohne Verwirklichung des Sozialismus als Vaterlandsverteidiger anerkannt zu werden.

Im „Manifest an das deutsche Volk", das der Vereinigungsparteitag verabschiedete und das in großer Auflage verbreitet wurde, versteigt sich die SED sogar zu der extrem nationalistischen Entgleisung, es gehe darum, das „Wohlergehen des eigenen Volkes zum höchsten Gesetz" zu machen und man müsse „sich von allen fremden Einflüssen freihalten".[668] Mit diesen Forderungen hat sich die SED von vornherein gegen den proletarischen Internationalismus und für den deutschen Nationalismus entschieden. Diese Formulierung ist unhaltbar und reaktionär.

---

[667] Ebenda, S. 109.

[668] Siehe „Manifest an das deutsche Volk", in: „Dokumente der SED", Band I, S. 28.

e) Ausblick: Nationalismus im „Sozialistischen Bildungsheft": „Unser Kampf gegen die Hetze der Reaktion" (1. Oktober 1946)

Programmatisch auf dem Gründungsparteitag der SED verankert, hat sich die SED darauf verlegt, sich als „unabhängige deutsche Partei" zu präsentieren.

Der grundlegende Fehler und das Zurückweichen vor dem Druck der Reaktion kommt exemplarisch in dem „Sozialistischen Bildungsheft" vom 1. Oktober 1946 zum Ausdruck, das sich dem Thema widmet „Unser Kampf gegen die Hetze der Reaktion". Unter der Überschrift „Die SED ist eine unabhängige deutsche Partei" wird versucht, ebendies nachzuweisen. Als Verleumdung wird darin gebrandmarkt, die SED sei „von Moskau aus diktiert". Dem wird entgegengestellt:

> *„Die Wahrheit:* Die SED – vorher die Aktionseinheit von SPD und KPD – hat sich in 1½ Jahren seit dem Zusammenbruch des Hitlerregimes ausschließlich von den Interessen des schaffenden Volkes leiten lassen. Selbst der Böswilligste kann nicht bestreiten, daß alle politischen Maßnahmen und Forderungen der SED ***ausschließlich im Interesse des schaffenden deutschen Volkes lagen.***"[669]

---

[669] „Unser Kampf gegen die Hetze der Reaktion", „Sozialistische Bildungshefte", Nr. 8, 1946, S. 5, Hervorhebung RF.

Welche deutsch-nationalistischen Ausfälle auf der Basis solcher Grundpositionen im ZO der SED abgedruckt wurden, zeigt exemplarisch ein Artikel im „Neuen Deutschland" vom 25. 10. 1946. Hier wird ein Beitrag „von einem alteingesessenen Flensburger" abgedruckt mit der Überschrift „Verrat an Deutschland – Wer wählte in Flensburg dänisch?". Es wird dagegen polemisiert, daß viele Flensburger ihre Stimme für eine Partei der dänischen Minderheit abgaben. Der Autor jammert deutsch-nationalistisch, daß „der Hitlerkrieg seinen für uns alle furchtbaren Ausgang (?!) nahm und die Folgen Deutschland für ewig zu vernichten drohten". Der Autor lobt die Umsiedler in Flensburg, die eben nicht so prodänisch seien: „Wieder einmal zeigt es sich, daß Deutschlands ärmster Sohn sein getreuester ist." Es wird gar von einer angeblich drohenden „Annexion deutschen Gebietes" durch Dänemark gesprochen.

Im Anschuß daran wird ausgeführt, was die SED alles im Interesse des „schaffenden deutschen Volkes" getan habe. Dies geschieht in Form von acht Fragen, die den Nationalismus dieser Position noch deutlicher machen. Denn bei jeder dieser acht Fragen wird ein ***Gegensatz*** konstruiert zwischen den Interessen der Werktätigen der Sowjetunion einerseits und denen Deutschlands andererseits. So etwa bei der zweiten Frage:

> „Geschah die Überführung der Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher in die Hände der demokratischen Selbstverwaltungsorgane im Interesse der Russen oder des deutschen Volkes?"[670]

Selbstverständlich lag die Enteignung der Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher auch und sogar zuallererst im Interesse der UdSSR. Das war aber kein Gegensatz zu den wohlverstandenen Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Werktätigen Deutschlands. In dem SED-Schulungstext kommt es aber so heraus, daß „deutsche Interessen" verfochten und vertreten wurden, die als Gegensatz zu denen „der Russen" erscheinen. Dabei ist auch das Vokabular „die Russen" schon eine Anpassung an die reaktionäre Hetze.

So geht das bei allen Punkten. Am ärgsten kommt es beim letzten Punkt:

> „Lag die Forderung der SED auf die baldige Rückkehr der Kriegsgefangenen im Interesse der Russen oder des deutschen Volkes?"[671]

Hier stellt sich zunächst die Frage, warum die SED diese Forderung überhaupt erhoben hat. Gegen die reaktionäre Hetze hätte sie offensiv propagieren müssen, daß die UdSSR alles Recht hatte, die Kriegsgefangenen maximal etwa zur Beseitigung der durch die Nazi-Aggression verursachten materiellen Schäden in der UdSSR einzusetzen, und daß sie ebenso das Recht hatte, diese dazubehalten bis klar war, daß diese in Deutschland nicht absehbar gleich wieder in eine neue imperialistische deutsche Armee eingegliedert würden.

Ideologisch ist hier wahrhaft verheerend, daß es in einem „Bildungsheft" der SED als legitim hingestellt wird, angebliche Interes-

---

[670] „Unser Kampf gegen die Hetze der Reaktion", „Sozialistische Bildungshefte", Nr. 8, 1946, S. 5.

[671] Ebenda, S. 5.

sen des „schaffenden deutschen Volkes" gegen offenkundig berechtigte Interessen der Werktätigen der UdSSR zu vertreten.

Anhang

Vorbemerkung

Durch diese Anhänge sollen vor allem folgende Aspekte bewußtgemacht und inhaltlich verdeutlicht werden:

Erstens die Grundlagen und Voraussetzungen der Linie und Politik der KPD und SED, die in den Jahren zuvor auf internationaler Ebene durch die Kommunistische Internationale und im Rahmen der Festlegung der Eckpunkte der Linie der KPD gelegt worden sind. Das betrifft in erster Linie den VII. Weltkongreß der Komintern und die Brüsseler Konferenz der KPD 1935 und die Berner Konferenz der KPD 1939. Die Anhänge zu diesen Beschlüssen und Dokumenten sind eng auf die SED bezogen, also noch keineswegs umfassend. Weitere Anhänge betreffen die großteils doch falsche Haltung der KPD zur nationalen Frage, wozu gewichtige Kritiken festgehalten sind, sowie widersprüchliche und falsche Positionen der KPD zur Frage der Strategie und Taktik der Revolution in Deutschland im Zusammenhang mit dem Nazifaschismus.

Zweitens soll bewußtgemacht werden, daß die Linie und Politik der KPD/SED 1945/46 das Produkt des Zusammenkommens verschiedener, durchaus unterschiedlicher, zum Teil direkt entgegengesetzter Positionen, Einflüsse und Tendenzen war. Das kann in einer gewissen Weise und bis zu einem gewissen Grad auch nicht anders sein. Denn die KPD war zur Zeit des Nazifaschismus nicht wirklich zentralisiert zusammengefaßt. Ein Teil der Kader kämpfte illegal in Deutschland, ein Teil war in der sozialistischen Sowjetunion, ein Teil in den USA, England, Mexiko usw. Ein anderer Teil kehrte aus den Gefängnissen und KZs zurück. Allein schon daraus ergaben sich unterschiedliche Einschätzungen, Gewichtungen und Akzentsetzungen. Das Übel war, daß diese Widersprüche nicht offen diskutiert und dokumentiert wurden, um prinzipielle Klarheit zu schaffen. Vielmehr wurden die Widersprüche – zunächst jedenfalls – weitgehend vertuscht. Auf der Strecke blieben dabei in erster Linie die wirklich hervorragenden Beiträge, auf denen die KPD bzw. dann SED hätte aufbauen können, indem sie deren richtige Positionen fixiert, deren Schwächen und Fehler aber solidarisch diskutiert und beseitigt hätte.

Das ist aber nicht geschehen. Wir stellen hier daher mehrere Bücher und Broschüren vor, die zum Teil noch während des Exils oder kurz nach Rückkehr aus dem Exil nach Deutschland verfaßt worden sind: Paul Merkers „Deutschland – Sein oder Nichtsein" von 1944, Alexander Abuschs „Der Irrweg einer Nation" von 1946 sowie Rehbergs Buch „Hitler und die NSDAP in Wort und Tat" von 1946, und als negatives Gegenbeispiel Ulbrichts Schrift „Die Legende vom ‚deutschen Sozialismus'" von 1946.

Drittens. Im Zusammenhang mit dem zweiten Punkt stehen auch einige Anhänge, die deutlich machen sollen, welch große Unterstützung die KPD bzw. die SED durch Beiträge der KPdSU(B) bzw. auch von Kadern anderer Parteien hatte. Dazu gibt es Anhänge zur hervorragenden sowjetischen Broschüre „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum" und zu den Beiträgen aus dem theoretischen Organ der KPdSU(B) „Bolschewik" über die Philosophie Hegels als Bestandteil der „deutschen Ideologie" sowie die nie von der SED veröffentlichte oder ausgewertete Schrift des österreichischen Kommunisten Alfred Klahr über Fehler der KPD in der nationalen Frage.

Viertens soll durch einen Anhang zur Propaganda eines „besonderen Wegs" durch andere Parteien bewußtgemacht werden, daß die Fehler der SED international nicht völlig allein dastanden, sondern schon zu dieser Zeit schwerwiegende Vorstöße des modernen Revisionismus zu verzeichnen waren, gegen die es dann auf internationaler Ebene, vor allem ab 1948 durch die Initiative der Genossinnen und Genossen der KPdSU(B), eine Gegenoffensive gab.

Fünftens geht es darum, wichtige historische Beispiele von Vereinigungen kommunistischer Organisationen mit sozialdemokratischen Gruppen bzw. Organisationen vorzustellen, die die KPD für eine richtige Vorgehensweise bei der Vereinigung mit Teilen der SPD hätte unbedingt gründlich und kritisch auswerten müssen.

Sechstens wird eine „Vortragsdisposition" der SED vorgestellt, die versucht, die Diskussion um das Maximalprogramm der SED darzustellen.

Siebtens soll in einem Anhang zu Fred Oelßners Buch über „Das Kompromiß von Gotha" durch eine Art Vorgriff gezeigt werden, daß 1948 zwar von der SED eine gewisse Korrektur zum revisionistischen „deutschen Weg zum Sozialismus" vorgenommen wurde, daß aber die Fehler der Gründungsdokumente der SED nicht wirklich

selbstkritisch korrigiert, sondern vertuscht und großteils gerechtfertigt wurden.

Achtens wird anhand einer Buchbesprechung das Verhältnis der KPD/SED zur SMAD knapp angerissen.

Anhang 1: Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und die Brüsseler Konferenz (1935) sowie die Berner Konferenz der KPD (1939)

Im folgenden soll keine Gesamteinschätzung der beiden Konferenzen der KPD zur Zeit des Nazifaschismus[672] gegeben werden, sondern zwei Fragen sollen konzentriert behandelt werden, die für die Vereinigung von KPD und SPD sowie für die programmatischen Grundlagen für die Vereinigung von zentraler Bedeutung sind:

- Das strategisches Ziel des Klassenkampfs der Arbeiterklasse in Deutschland – die proletarische Revolution und die Errichtung

---

[672] Die ***Brüsseler Konferenz*** der KPD (auch als 13. Parteitag der KPD bezeichnet) fand vom 3. bis 15. Oktober 1935 in der Nähe von Moskau kurz nach dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (25.7. bis 20.8.1935) statt. Es war die erste Zusammenkunft von Delegierten der KPD nach der Errichtung des Nazifaschismus, die über den Kreis der ZK-Mitglieder hinausging. Es nahmen 38 Delegierte teil. Verabschiedet wurde die Resolution „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen. Für den Sturz der Hitlerdiktatur!". Die ***Berner Konferenz*** der KPD (auch als 14. Parteitag der KPD bezeichnet) wurde am 30.1. und 1.2. 1939 in der Nähe von Paris abgehalten. Auf ihr trafen sich 22 Funktionäre der KPD, davon 10 Mitglieder des Zentralkomitees, um kurz vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs das richtungsweisende Dokument der KPD für die Zeit von 1939 bis 1945 zu verabschieden: „Der Weg zum Sturze Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik".

der Diktatur des Proletariats – und die taktische Zielsetzung des Kampfs zur Zerschlagung des Nazifaschismus;

- Fragen der Anforderungen und Voraussetzungen für die Vereinigung von KPD und SPD.

1. Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935

In der Resolution des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale[673] werden eine Reihe von Bedingungen genannt, unter denen die Bildung einer Regierung der Einheitsfront bzw. der Volksfront möglich und notwendig wird, einer Regierung, die „noch keine Regierung der proletarischen Diktatur ist". Es heißt dort:

> **„Unter den Bedingungen der *politischen Krise,* wenn die herrschenden Klassen bereits nicht mehr imstande sind, mit der mächtig anwachsenden Massenbewegung fertig zu werden, müssen die Kommunisten *grundlegende* revolutionäre Losungen (z. B. Kontrolle der Produktion, der Banken, Auflösung der Polizei und ihre Ersetzung durch eine bewaffnete Arbeitermiliz usw.) aufstellen, die darauf gerichtet sind, die wirtschaftliche und politische Macht der Bourgeoisie noch mehr zu erschüttern, die Kräfte der Arbeiterklasse zu steigern, die kompromißlerischen Parteien zu isolieren und die Arbeitermassen unmittelbar an die revolutionäre Machtergreifung heranzuführen. Wenn sich bei einem derartigen Aufschwung der Massenbewegung die Schaffung einer *Regierung der proletarischen Einheitsfront* oder der *antifaschistischen Volksfront,* die noch keine Regierung der proletarischen Diktatur ist, die aber die Durchführung entschlossener Maßnahmen gegen Faschismus und Reaktion auf sich nimmt, als möglich und im Interesse des Proletariats als notwendig erweist, so muß die Kommunistische Partei auf die Schaffung einer solchen Regierung hinarbeiten. Eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung einer Regierung der Einheitsfront ist eine solche Lage, a) in der der bürgerliche Staatsapparat stark paralysiert ist, so daß die Bourgeoisie die Schaffung ei-**

[673] Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale fand vom 25. Juli bis 20. August 1935 in Moskau statt.

ner solchen Regierung nicht zu verhindern vermag; b) in der die breitesten Massen der Werktätigen sich stürmisch gegen den Faschismus und die Reaktion auflehnen, aber noch nicht bereit sind, den Kampf um die Sowjetmacht aufzunehmen; c) in der bereits ein bedeutender Teil der Organisationen der Sozialdemokratie sowie der anderen an der Einheitsfront teilnehmenden Parteien schonungslose Maßnahmen gegen Faschisten und andere Reaktionäre fordern und bereit sind, gemeinsam mit den Kommunisten für die Durchführung dieser Maßnahmen zu kämpfen."[674]

Der VII. Weltkongreß hat die Möglichkeit der Bildung einer Regierung der Einheits- bzw. Volksfront, an der sich die Kommunisten beteiligen und für die sie eintreten, an bestimmte ***Voraussetzungen*** gebunden und mit klar formulierten ***Zielen*** verbunden, die deutlich gemacht werden müssen.

Vorausgesetzt für diese „neue taktische Orientierung" zur Ergreifung der Macht ist eine politische Krise, in der die Herrschenden bereits nicht mehr mit der mächtig anwachsenden Massenbewegung fertig werden. Die Momente diese Krise werden dann genauer bestimmt:

- der bürgerliche Staatsapparat ist stark paralysiert und kann die Bildung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront bzw. der Volksfront nicht verhindern;
- stürmische Auflehnung der werktätigen Massen gegen den Faschismus, aber noch fehlende Bereitschaft des Kampfes für die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats;
- Gewinnung eines bedeutenden Teils der sozialdemokratischen Organisationen zum gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten für schonungslose Maßnahmen gegen Faschisten und Reaktionäre.

---

[674] „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus", Resolution zum Referat des Genossen Dimitroff, in: „Protokoll des VII. Weltkongresses der Komintern", 1935, Band II, S. 991. Vgl. dazu auch das Referat des Genossen Dimitroff, ebenda, S. 363 ff.

Ganz entschieden bezog der VII. Weltkongreß insbesondere Position gegen rechtsopportunistische Entstellungen der Idee einer Einheitsfrontregierung, die ein opportunistisches „Zwischenstadium" konstruieren, um den opportunistischen „parlamentarischen Weg zum Sozialismus" für plausibel erklären zu können:

> **„Die Rechtsopportunisten aber versuchten, (...) ein besonderes *‚demokratisches Zwischenstadium'* zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats herzustellen, um in der Arbeiterschaft die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spazierganges aus der einen Diktatur in die andere zu erwecken. Dieses fiktive ‚Zwischenstadium' nannten sie auch ‚Übergangsform' und beriefen sich sogar auf Lenin! Aber es war nicht schwer, diesen Schwindel aufzudecken; sprach doch Lenin von einer Form des Übergangs und des Herankommens an die *‚proletarische Revolution'*, d. h. an den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie, und *nicht* von irgendeiner Übergangsform *zwischen* der bürgerlichen und der proletarischen Diktatur."**[675]

Zusammenfassend kann man sagen: Die Idee einer Einheitsfrontregierung war eine taktische Orientierung, sie sollte ein taktisch notwendiger Schritt sein, um an das strategische Ziel der „revolutionären Machtergreifung" und der „proletarischen Diktatur" heranzukommen und bedeutete keineswegs eine Änderung der Strategie.

2. Strategische und taktische Ziele des Klassenkampfs auf der Brüsseler und Berner Konferenz der KPD

Die Resolution der ***Brüsseler Konferenz*** der KPD von 1935[676] versucht, diese Vorgaben des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale auf die Bedingungen Deutschlands und die Erfordernisse des Kampfes gegen den Nazifaschismus anzuwenden, wie aus den folgenden Passagen zur Bildung einer Regierung der

---

[675] Dimitroff: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus", 1935, in: ebenda, S. 367.

[676] „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen. Für den Sturz der Hitlerdiktatur!", „Rundschau" (Basel), Nr. 73, 12. Dezember 1935, S. 2817 ff; zitiert nach: „Revolutionäre deutsche Parteiprogramme", Berlin 1964, S. 129 ff.

proletarischen Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront hervorgeht. Die Anlehnung an die Formulierungen des VII. Weltkongresses ist spürbar, allerdings werden die klaren Voraussetzungen und die Zielsetzung dieser „neuen taktischen Orientierung" der Kommunistischen Internationale durch die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz der KPD deutlich verwässert. In den Dokumenten der Brüsseler Konferenz heißt es zu dieser Frage:

> „Der große Freiheitsdrang des werktätigen Volkes, den die Faschisten in die Bahn ihrer abenteuerlichen Kriegspolitik zu lenken versuchen, muß durch die antifaschistische Volksfrontbewegung zu einer gewaltigen Stoßkraft für den Sturz der Hitlerdiktatur werden.
>
> Die Parteikonferenz verweist hierbei auf die vom VII. Weltkongreß der kommunistischen Internationale in Betracht gezogene ***Möglichkeit und Notwendigkeit*** der Bildung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront, die sich aus dem Aufschwung der Massenbewegung unter den Bedingungen der politischen Krise bei dem Sturz der Hitlerdiktatur ergeben kann.
>
> Die ***endgültige Befreiung*** der werktätigen Massen von der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung kann nur durch die Aufrichtung der Sowjetmacht erfolgen, die allein die Klassenherrschaft der Ausbeuter stürzt, den Sozialismus aufbaut und dem ganzen Volke Freiheit und wachsenden Wohlstand sichert."[677]

Die Bildung einer Regierung der Einheits- bzw. Volksfront wird ins Auge gefaßt, ohne jedoch die vom VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale genannten Bedingungen und Voraussetzungen unter den Verhältnissen Nazideutschlands wirklich zu analysieren und diese Orientierung eindeutig als taktische Orientierung zu bezeichnen. Statt dessen wird ein angeblicher „großer Freiheitsdrang des deutschen Volkes" angeführt, was eine weitgehend falsche Einschätzung des Umfangs des antinazistischen Widerstands 1935 belegt, der ja lediglich aus einer kleinen Minderheit bestand.

Die zitierten Dokumente der Brüsseler Konferenz der KPD machen zwar deutlich, daß die KPD am Ziel der „Sowjetmacht" festhält, ohne jedoch dieses Ziel als strategisches Ziel zu kennzeichnen. Hinge-

---

[677] Ebenda, S. 147 (Hervorhebungen RF).

gen wird die Idee der Diktatur des Proletariats verwässert, wenn ganz falsch behauptet wird, daß der Aufbau des Sozialismus dem „ganzen Volke" Freiheit bringe, anstatt herauszustellen, daß die Diktatur des Proletariats ja einen Teil der Bevölkerung eines Landes, nämlich die gestürzten Ausbeuter und alle anderen Reaktionäre, unterdrücken muß und wird.

Im ***Bericht***[678] ***Wilhelm Piecks auf der Brüsseler Konferenz*** über die Parteiarbeit im Zusammenhang mit den Beschlüssen des VII. Weltkongresses weist Pieck dann zu Recht darauf hin, daß der VII. Weltkongreß eine „Revidierung der ***taktischen*** Grundsätze" vorgenommen hat und der KPD dementsprechend die Aufgabe gestellt hat, ihre taktische Linie zu überprüfen und Fehler in taktischer Hinsicht[679]

---

[678] Der Bericht Piecks auf der Brüsseler Konferenz ist unseres Wissens 1935 nicht veröffentlicht worden. In dem von Mammach herausgegebenen Dokumentenband „Die Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands", Frankfurt am Main 1975, wird als Quelle der Erstveröffentlichung angegeben: Pieck: „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur", in: „Gesammelte Reden und Schriften", Band V, Berlin 1972, S. 167–283.

[679] Pieck führt als Schlüssel für die Erkenntnis der von Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale kritisierten Fehler der KPD vor dem Machtantritt des Nazifaschismus an: „Eine ***Taktik,*** die zu einer bestimmten Zeit richtig war, wurde auch dann fortgesetzt, als die Bedingungen des Kampfes andere wurden. Wir richteten unseren Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit, in der wir den Hauptangriff gegen die faschistische Bewegung hätten richten müssen." (Bericht von Wilhelm Pieck: „Erfahrungen und Lehren der deutschen Parteiarbeit im Zusammenhang mit dem Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale", zitiert nach: Mammach: „Die Brüsseler Konferenz der KPD", S. 77, Hervorhebung RF)

Konkret nennt Pieck dann das Beispiel der Beteiligung der KPD an dem von den Nazifaschisten eingeleiteten Volksentscheid gegen die preußische Regierung im August 1931 als „taktische Maßnahme". Allerdings wird von Pieck die Frage dann verwirrt, indem er diese falsche „taktische Maßnahme" als „strategischen" Fehler kritisiert: „Die Preußenregierung führte den Hauptstoß ihres Kampfes gegen die kommunistische Partei und plante deren Verbot. Aber die Kommunistische Partei hätte sich doch in ihrer ***strategischen Orientierung*** nicht davon beeinflussen lassen dürfen, sondern in der Erkenntnis der faschistischen Gefahr ihren Hauptstoß gegen den Faschismus richten müssen." (Ebenda, S. 79, Hervorhebung RF)

Der 15. Parteitag der KPD 1946 kritisiert ebenfalls die Beteiligung am Volksentscheid gegen die preußische Braun-Severing-Regierung, differenziert aber über-

Fortsetzung nächste Seite

zu beseitigen. Gleichzeitig betont Pieck die „Richtigkeit der strategischen Zielsetzung der KPD":

> „Es erübrigt sich, hier auf unserer Konferenz etwa beweisen zu wollen, daß der von uns eingeschlagene Weg, daß unsere Marschroute der proletarischen Revolution zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats und Schaffung eines Sowjetdeutschlands gegenüber dem von der Sozialdemokratie vertretenen ‚demokratischen Weg', der sozialistischen Ausgestaltung der bürgerlichen Demokratie auf friedlichem Weg, der einzig richtige war. Aber auch das müssen wir den sozialdemokratischen Arbeitern beweisen, und zwar an Hand der Erfahrungen, die die Arbeiter selbst in dieser Entwicklungsperiode gemacht haben.
>
> Die Richtigkeit der strategischen Zielsetzung der KPD – die proletarische Revolution zur Errichtung der Diktatur des Proletariats – wird von der Mehrheit der aktiven sozialdemokratischen Arbeiter in Deutschland und von vielen sozialdemokratischen Politikern zugegeben und anerkannt. Sie fangen bereits an zu begreifen, daß der von der SPD seit 1914 eingeschlagene Weg die Arbeiterschaft ins Verderben geführt und dem Faschismus den Weg bereitet hat."[680]

Falsch ist bei Pieck die Behauptung, daß die Mehrheit der aktiven sozialdemokratischen Arbeiter die Richtigkeit der strategischen Zielsetzung der KPD anerkennen würde. Hier wird der Einfluß des Sozialdemokratismus bei diesen Arbeitern massiv unterschätzt bzw. der Einfluß der KPD überschätzt.

Fortsetzung der Fußnote

haupt nicht mehr zwischen Fehlern in taktischen oder in strategischen Fragen, nahm auch keine Beurteilung der geänderten Taktik vor, sondern spricht nur noch von einem „grundlegenden Fehler". Es heißt im Parteitagsbericht: „Einen weiteren grundlegenden Fehler begingen wir in der Einschätzung der Sozialdemokratischen Partei, in der wir jahrelang unseren Hauptfeind sahen und gegen den wir das Hauptfeuer unseres Kampfes auch dann noch richteten, als bereits die Faschisten ihre Mordbanden gegen die Arbeiterklasse führten." („Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 193)

[680] Bericht von Wilhelm Pieck: „Erfahrungen und Lehren der deutschen Parteiarbeit im Zusammenhang mit dem Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale", zitiert nach: Mammach (Hg.): „Die Brüsseler Konferenz der KPD", Frankfurt/M. 1975, S. 72/73.

Pieck faßt in seinem Bericht auf der Brüsseler Konferenz die „Generallinie der Partei" wie folgt zusammen, die leider in dieser Klarheit in den auf der Konferenz verabschiedeten Dokumenten ***nicht*** enthalten ist:

> „Die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei besteht bei dieser Perspektive der Zuspitzung des Klassenkampfes und der Verschiebung der Klassenkräfte darin, die Initiative zur Erfassung aller mit dem faschistischen Regime und mit ihrer Lage unzufriedenen Kräfte zu ergreifen und ihre vereinigten Anstrengungen auf ein Ziel zu richten – auf den Sturz der Hitlerdiktatur. Das bedeutet natürlich keineswegs die Zurückstellung des revolutionären Endzieles, das wir uns mit der proletarischen Revolution, mit dem Sturz des kapitalistischen Systems und der Aufrichtung der Sowjetmacht gestellt haben. Wir müssen verstehen, daß die Erreichung dieses Zieles nur durch die Heranführung der Massen an den Kampf um dieses Ziel auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen und der Erkenntnis von der Notwendigkeit dieses Zieles möglich ist."[681]

Und weiter heißt es richtig:

> „Auch hier müssen wir eine gründliche Änderung unserer bisherigen Taktik vollziehen. Wir haben gewiß immer Losungen aufgestellt, die unserem kommunistischen Programm entsprechen. Wenn wir also eine Wendung vornehmen, so soll das nicht bedeuten, daß wir etwa nicht mehr unser revolutionäres Endziel oder unser kommunistisches Programm propagieren und popularisieren, sondern es soll bedeuten, daß wir in unserem Kampfe für unser Teilziel, für den Sturz der faschistischen Diktatur, solche Losungen aufstellen, die geeignet sind, auch alle die Schichten für den Kampf um dieses Ziel zu gewinnen, die noch nicht von der Richtigkeit des kommunistischen Programms und unseres Endziels überzeugt, ja, die vielleicht sogar dagegen sind."[682]

Nach der Brüsseler Konferenz erläutert Wilhelm Pieck in einem Artikel im theoretischen Organ der KPD „Die Internationale" die von

---

[681] Bericht von Wilhelm Pieck: „Erfahrungen und Lehren der deutschen Parteiarbeit im Zusammenhang mit dem Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale", zitiert nach: Mammach (Hg.): „Die Brüsseler Konferenz der KPD", S. 164.

[682] Ebenda, S. 170.

der KPD vorgeschlagenen „Richtlinien zur Ausarbeitung einer Plattform der Volksfront", in der zum ersten Mal die Losung der „demokratischen Republik" aufgestellt wird. In dem Artikel mit dem Titel „Der Kampf um Demokratie" heißt es dazu:

> „Das Neue in diesen Vorschlägen gegenüber dem Manifest der Brüsseler Parteikonferenz liegt, wie schon erwähnt, in der Forderung der ***demokratischen Republik,*** die nach dem Sturze des Hitlerregimes geschaffen werden soll, um die Forderungen der Volksmassen zu verwirklichen und die ihnen vor allem die volle Möglichkeit geben soll, ***selbst*** entscheidend an der Gestaltung und Sicherung der demokratischen Republik mitzuwirken. (...)
>
> In der demokratischen Republik werden ***alle*** Partner der Volksfront ihre besonderen Ziele propagieren können. Die Kommunisten werden offen und frei ihre Agitation unter dem werktätigen Volke ***für den Sozialismus*** und für den einzig dahin führenden Weg, für die proletarische Diktatur, treiben."[683]

Pieck macht hier zwar deutlich, daß die KPD auch in einer „demokratischen Republik" nach dem Sturz des Nazifaschismus an ihrem strategischen Ziel, Kampf für den Sozialismus und die Diktatur des Proletariats, festhalten wird. Aber wie schon in den veröffentlichten Dokumenten der Brüsseler Konferenz wird nicht die Beziehung zwischen der taktischen Aufgabenstellung, hier des Kampfes für eine demokratische Republik, und der strategischen Zielsetzung geklärt und erläutert.

Es bleibt festzuhalten: Wenn auch nicht in den zentralen Dokumenten der Brüsseler Konferenz, so wird in der Rede von Pieck die taktische Orientierung auf eine Einheitsfrontregierung von der strategischen Orientierung auf die proletarische Revolution eindeutig unterschieden sowie richtig betont: Obwohl in taktischer Hinsicht die Hauptaufgabe der antifaschistische Kampf ist, darf das strategische Ziel nicht zurückgestellt werden, da es gerade auch eine Aufgabe des antifaschistischen Kampfes ist, die werktätigen Massen überhaupt an die Revolution heranzuführen.

---

[683] Pieck: „Der Kampf um Demokratie", in: „Die Internationale", 1936, Heft 4/5, zitiert nach: Pieck: „Reden und Aufsätze", Band I, Berlin 1952, S. 210.

Die ***Resolution der Berner Konferenz von 1939*** erklärt als Ziel der Volksfront und der Politik der KPD in und mit der Volksfront:

> „Hitler zu stürzen und an die Stelle der Hitlerdiktatur eine vom ganzen Volk frei gewählte Volksregierung in einer neuen demokratischen Republik zu setzen."[684]

In einem eigenen Abschnitt der Resolution der Berner Konferenz über „Die neue demokratische Republik" werden die grundlegenden Aufgaben dieser Republik gegenüber dem Faschismus erläutert und das Verhältnis zum Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus erklärt. Allerdings muß kritisch hervorgehoben werden, daß die Frage der „proletarischen Diktatur", die noch auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale als entscheidende politische Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus genannt wird, in der Resolution der Berner Konferenz keine Erwähnung mehr findet, ja Unterscheidungen zwischen taktischen und strategischen Fragen fallen in der Resolution der Berner Konferenz völlig unter den Tisch. Es heißt dort:

> „Auch sehen noch viele revolutionäre Arbeiter in der Losung der neuen demokratischen Republik den Verzicht auf den Kampf um den Sozialismus. Die neue demokratische Republik wird aber, im Gegensatz zur Weimarer Republik, den Faschismus mit der Wurzel ausrotten, ihm seine materielle Basis durch die Enteignung des faschistischen Trustkapitals entziehen und sich, wieder in Gegensatz zur Weimarer Republik, in der Armee, der Polizei und im Beamtenapparat zuverlässige Verteidiger der demokratischen Freiheiten und der demokratischen Volksrechte schaffen. (...)
>
> Die Politik der Volksfront und die Schaffung einer neuen demokratischen Republik bedeuten nicht den Verzicht der Arbeiterklasse auf den Kampf um den Sozialismus. In einem Volksfrontdeutschland werden die sozialistischen und kommunistischen Arbeiter und ihre Organisationen die volle Freiheit haben, die Mehrheit des Volkes für das sozialistische Ziel zu gewinnen."[685]

---

[684] „Der Weg zum Sturze Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik", Resolution der Berner Konferenz der KPD, „Die Internationale", 1939, Heft 3/4, S. 27–47; zitiert nach: „Revolutionäre deutsche Parteiprogramme", S. 174.

[685] Ebenda, S. 179/180.

Hier werden zwei Dinge miteinander vermengt, die es auseinanderzuhalten gilt: Das eine ist, dem Nazifaschismus „seine materielle Basis durch die Enteignung des faschistischen Trustkapitals (zu) entziehen". Dies war später in der Situation der SBZ 1945 auch vor der sozialistischen Revolution möglich, also vor der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Etwas anderes ist es, „den Faschismus mit der Wurzel aus(zu)rotten". Denn die Wurzeln des Faschismus liegen im Kapitalismus, der Kapitalismus kann aber nur durch den Aufbau des Sozialismus mit Hilfe der Diktatur des Proletariats vernichtet werden. Im letzten Absatz wird es aber wieder so hingestellt, als sei die demokratische Republik eben noch keine Diktatur des Proletariats, denn dort wird betont, daß in der demokratischen Republik die Mehrheit der Werktätigen für den Sozialismus erst gewonnen werden müsse.

Den Delegierten der Berner Konferenz lagen zur Beratung auch von Pieck verfaßte Richtlinien für den Kampf zum Sturz des Faschismus vor,[686] die zusammen mit den Dokumenten der Berner Konferenz im theoretischen Organ der KPD „Die Internationale" unter dem Titel „Wie kann und muß der Hitlerfaschismus gestürzt und die demokratische Republik verwirklicht werden?" veröffentlicht wurden.

Die folgende etwas längere Passage daraus macht deutlich, wie sich die Führung der KPD 1939 den Sturz des Nazifaschismus und den Kampf für die „demokratische Republik" vorstellte:

> „An Stelle der faschistischen Diktatur wird die ***demokratische Republik*** errichtet werden, an die Stelle der Kriegswirtschaft des Trustkapitals wird eine auf dem friedlichen Austausch mit anderen Völkern beruhende ***Friedenswirtschaft*** treten. Es wird ein Umsturz des Herrschaftssystems und eine Umgestaltung der Wirtschaft vorgenommen, die den ***Charakter einer Revolution*** tragen, indem die Führung der Republik auf die in der antifaschistischen Volksfront vereinigten Massen übergeht. Das wird ***noch keine sozialistische Revolution*** sein, aber es werden alle Möglichkeiten für den Ausbau

[686] Vgl. Eröffnungsansprache Wilhelm Piecks auf der Berner Konferenz, in: Mammach (Hg.): „Die Berner Konferenz der KPD", S. 60.

> der Demokratie, der Rechte und Freiheiten der werktätigen Massen geschaffen."[687]

Hier wird die Errichtung der demokratischen Republik als eine Art „Revolution" bezeichnet, die jedoch noch keine „sozialistische Revolution" sei. Hier wird also unter der Hand die Linie einer demokratischen Etappe der Revolution eingeführt, die vor der sozialistischen Revolution durchgeführt werden müsse. Damit wird die noch auf der Brüsseler Konferenz vertretene Position der strategischen Zielsetzung auf die proletarische Revolution aufgegeben und durch die Erkämpfung einer demokratischen Republik ersetzt. Die taktische Orientierung auf eine Einheitsfrontregierung fällt damit auch unter den Tisch.

Als Fazit kann man feststellen:

Auf der Berner Konferenz wird die strategische Orientierung der KPD falsch auf eine demokratische Etappe der Revolution anstatt auf die proletarische Revolution festgelegt. Es wird zwar der Kampf um den Sozialismus noch erwähnt, jedoch fällt die Diktatur des Proletariats unter den Tisch, ebenso wie die richtige taktische Orientierung auf eine Einheitsfrontregierung.

3. Die Bedingungen für die Vereinigung von KPD und SPD auf der Brüsseler und Berner Konferenz der KPD

Die Resolution der ***Brüsseler Konferenz*** nennt in Anlehnung an den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Kern richtig folgende Bedingungen für die Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten in einer Partei:

> „Ausgehend von der Überzeugung, daß die Sache des Proletariats die Schaffung einer einheitlichen politischen Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse erfordert, arbeitet die Kommunistische Partei daran, alle klassenbewußten Arbeiter dafür zu gewinnen. Die praktische Voraussetzung zu ihrer Verwirklichung ist die Schaffung der Aktionseinheit. Die bitteren Erfahrungen, die die deutsche Arbeiter-

---

[687] Pieck: „Wie kann und muß der Hitlerfaschismus gestürzt und die demokratische Republik verwirklicht werden?" in: „Die Internationale", 1939, Heft 3/4; zitiert nach: Pieck: „Reden und Aufsätze", Band I, Berlin 1952, S. 336/337.

klasse durch ihre Niederlage und den Sieg des Faschismus machte, haben in ihr den Willen zur Wiedervereinigung in einer einheitlichen politischen Massenpartei hervorgerufen. Aber eine solche Massenpartei wird ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie völlig unabhängig von der Bourgeoisie ist, wenn sie ***die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats*** in der Form der Sowjets anerkennt, wenn sie die Unterstützung der eigenen Bourgeoisie im imperialistischen Krieg ablehnt und auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist."[688]

Die KPD hat in der Resolution ihrer Brüsseler Konferenz nicht auf die Kritik an der deutschen Sozialdemokratie und an ihrer Verantwortung für die Errichtung des Nazifaschismus verzichtet:

„Der Faschismus in Deutschland konnte nur siegen, weil das deutsche Proletariat durch die von den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern betriebene Politik der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie gespalten war und sich nicht zum Kampfe gegen den Faschismus vereinigte."[689]

Auch stellt die KPD die Notwendigkeit der Kritik des Reformismus bei gleichzeitiger Aktionseinheit mit sozialdemokratischen Kräften heraus:

„Die gemeinsamen Aktionen mit den sozialdemokratischen Parteien und Organisationen schließen, wie der VII. Weltkongreß ausdrücklich hervorhob, ‚eine ernste begründete Kritik des Reformismus, des Sozialdemokratismus als Ideologie und Praxis der Klassenarbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie und eine geduldige Aufklärung der sozialdemokratischen Arbeiter über die Grundsätze und das

---

[688] „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen. Für den Sturz der Hitlerdiktatur!", Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD, zitiert nach: „Revolutionäre deutsche Parteiprogramme", S. 141 (Hervorhebung RF).

Zur Einschätzung des „Radikalisierungsprozesses in der Sozialdemokratischen Partei" und ihre Differenzierung in „einen reaktionären Teil", der gegen die Einheitsfront auftritt, und eine „überwiegende Mehrheit", die beginnt, die Notwendigkeit der Einheitsfront mit den Kommunisten zu begreifen, vgl. ebenda, S. 137.

[689] Ebenda, S. 136 (siehe auch: Mammach: „Die Brüsseler Konferenz der KPD", S. 588).

Programm des Kommunismus keineswegs aus, sondern im Gegenteil, machen diese noch notwendiger.' "[690]

Allerdings muß hier kritisch betont werden, daß der VII. Weltkongreß den Kampf gegen den Reformismus und vor allem gegen die Gefahr des Rechtsopportunismus im Zusammenhang mit der Einheitsfronttaktik und einer möglichen Vereinigung mit der Sozialdemokratie viel entschiedener herausstellte, als es hier durch die Resolution der Brüsseler Konferenz zum Ausdruck kommt. Die Brüsseler Konferenz zitiert nur die Passage gegen den Reformismus, nicht aber die ideologisch weiter zugespitzte Passage gegen den Rechtsopportunismus, die wir weiter vorne zitiert haben.

In der Resolution der ***Berner Konferenz*** der KPD 1939 finden die auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale genannten Bedingungen für die Vereinigung mit der SPD keine Erwähnung mehr, und auch die noch von der Brüsseler Konferenz genannten Voraussetzungen für eine solche Vereinigung werden auf der Berner Konferenz der KPD weiter verwässert, wenn lediglich „eine gemeinsame Aktionsplattform", also die Einigung in taktischen Fragen, „zum Sturze Hitlers und zur Schaffung einer neuen demokratischen Republik" zur „Grundlage dieser Vereinigung" erklärt wird.[691]

Zur Frage der Vereinigung von KPD und SPD heißt es in der Resolution der Berner Konferenz:

---

[690] „Revolutionäre deutsche Parteiprogramme", S. 138; Zitat aus dem VII. Weltkongreß vgl.: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus", Resolution zum Referat des Genossen Dimitroff, in: „Protokoll des VII. Weltkongresses der Komintern", 1935, Band II, S. 990.

[691] In der Resolution der Berner Konferenz findet sich lediglich noch eine Kritik an den „Führern der sozialdemokratischen Emigration", die „im Gegensatz zu dem wachsenden Einheitswillen der Arbeiter im Lande" die Einheitsfrontangebote der KPD ablehnen oder übergehen. Es heißt dazu: „Die KPD muß leider vor der ganzen deutschen Arbeiterklasse feststellen, daß der Parteivorstand der SPD die wiederholten Angebote der KPD auf die Herstellung der Einheitsfront gegen Hitler ohne jede Begründung abgelehnt hat." („Der Weg zum Sturze Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik", Resolution der Berner Konferenz der KPD, „Die Internationale", 1939, Heft 3/4, S. 27–47; zitiert nach: „Revolutionäre deutsche Parteiprogramme", S. 187)

„Die Berner Konferenz weist nachdrücklich auf die Mai-Resolution des ZK der KPD hin:

‚Wir Kommunisten sind überzeugt, daß im Prozeß des Kampfes gegen das Hitlerregime auch die einheitliche revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse geschaffen werden muß.'

Die Berner Konferenz der KPD ist der Auffassung, daß eine gemeinsame Aktionsplattform zum Sturze Hitlers und zur Schaffung einer neuen demokratischen Republik die Grundlage dieser Vereinigung sein kann.[692] Das ZK der KPD stellt die Frage der Schaffung der Einheitspartei zur Diskussion vor der gesamten deutschen Arbeiterklasse und fordert insbesondere die Kommunisten und Sozialdemokraten auf, sich dazu zu äußern, sich zu verständigen und, wo die Verständigung zwischen einer sozialdemokratischen und einer kommunistischen Organisation (Betrieb, Ort usw.) zur einheitlichen Auffassung erfolgt ist, auch einheitliche Organisationen der zukünftigen Einheitspartei der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen."[693]

Als Fazit kann man festhalten:

Auf der Brüsseler Konferenz 1935 werden noch richtig die Bedingungen zur Vereinigung von Kommunistischen Parteien mit sozialdemokratischen Parteien herausgestellt, insbesondere die Anerkennung der Diktatur des Proletariats. Auf der Berner Konferenz 1939 werden diese Bedingungen weitgehend verwässert, insbesondere ist

---

[692] Im Referat Piecks auf der Berner Konferenz „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei" werden die Bedingungen für die „Schaffung einer sozialistischen Einheitspartei" auch nicht mehr mit den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale konfrontiert, auch wenn in allgemeiner Form der „Sozialismus" erwähnt wird: „Natürlich soll das nicht ein organisatorischer, sondern ein politischer Akt sein, auf der Grundlage des Bekenntnisses für das Programm des Kampfes gegen den Krieg, des Sturzes des Faschismus, der Schaffung einer demokratischen Volksrepublik und des Sozialismus." (Referat Wilhelm Piecks auf der Berner Konferenz am 30. Januar 1939: „Die gegenwärtige Lage und die Aufgabe der Partei", zitiert nach: „Die Berner Konferenz der KPD", (Hg. Klaus Mammach), Berlin 1974, S. 84; zuerst in: Wilhelm Pieck: „Gesammelte Reden und Schriften", Band V, Berlin 1972, S. 596)

[693] „Der Weg zum Sturze Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik", Resolution der Berner Konferenz der KPD, „Die Internationale", 1939, Heft 3/4, S. 27–47; zitiert nach: „Revolutionäre deutsche Parteiprogramme", Berlin 1967, S. 186.

keine Rede mehr von der Anerkennung der Diktatur des Proletariats, Bedingung der Vereinigung ist lediglich noch die Anerkennung einer demokratischen Aktionsplattform.

Anhang 2: Zur Linie der KPD zur „nationalen Frage"

Nach dem Gründungsdokument der KPD, dem Programm von 1918,[694] wurden von der KPD vor 1933 zwei programmatische Dokumente geschaffen, das „Aktionsprogramm" von 1925 und die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" von 1930, wobei letzterer größere Bedeutung zukommt.

In beiden Dokumenten erweist sich insbesondere die falsche Reaktion auf die chauvinistische Nazi-Propaganda im Zusammenhang mit dem Versailler Vertrag als ideologisch falsch. Grundlegende Kritiken Dimitroffs auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1935), von R. Gerber (1935) sowie von A. Klahr (1944) zeigten bereits vor 1945 an, daß eine diesbezügliche Problematik der Linie der KPD bewußt war und vor allem die Frage des Chauvinismus und Nationalismus betrafen.

Der gravierende politische Fehler im ***Aktionsprogramm von 1925*** ist die pauschale Forderung nach „Sprengung der Fesseln der Verträge von Versailles und London".[695]

---

[694] Das KPD-Programm von 1918 macht keine Ausführungen zur „nationalen Frage". Allerdings muß als Kritik in diesem Zusammenhang festgehalten werden, daß die Solidarität mit dem Kampf der vom deutschen Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Völker nicht angesprochen wird. Vgl. dazu: „Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen", „Rot Front", Nr. 6, Juli 1998, S. 55 ff.

[695] „Aktionsprogramm" der KPD 1925, in: Zentral-Komitee der KPD: „Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925", Berlin 1926, S. 222.

Mit einer solchen pauschalen Losung wurde der Kampf auch gegen solche Bestimmungen des Versailler Vertrages gerichtet, die zu bekämpfen nicht Sache des Proletariats sein konnte, wie z. B. die territoriale Regelung bezüglich der Unabhängigkeit Österreichs. Hier war die Gefahr unmittelbar, sich vor den Karren der deutschen imperialistischen Bourgeoisie spannen zu lassen, die unter ihrem „Kampf gegen Versailles" gerade diese Fragen verstand.

Eine offene Frage hinsichtlich der nationalen Zugehörigkeit bestand – wenn überhaupt – nur in bezug auf das Saargebiet, sicher nicht hinsichtlich der anderen, dem deutschen Imperialismus aufgenötigten Gebietsabtretungen.[696] Die KPD differenzierte hier nicht, sondern stellte pauschal alle getroffenen Regelungen in Frage.

Die Gefahr, ideologisch und politisch der eigenen Bourgeoisie Vorschub zu leisten, mußte um so größer sein, als im Aktionsprogramm keine scharfe Abgrenzung von allen großdeutschen, pangermanischen Bestrebungen vorgenommen wurde, die einen festen Bestandteil der Nazipropaganda bildeten. Im Gegenteil, das Aktionsprogramm trat sogar ausdrücklich „für den Zusammenschluß Österreichs mit Deutschland nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen die imperialistischen Sklavenverträge" ein.[697]

Damit hatte die Propaganda der KPD gegen den Versailler Vertrag eine großdeutsch-chauvinistische Färbung, bei der die Forderung, daß die Grenzen Deutschlands nur „durch die freie Entscheidung der Bevölkerung"[698] zu bestimmen seien, nicht weiterhalf, da die Existenz eines selbständigen Österreichs so oder so damit in Frage gestellt wurde.

---

[696] Vgl. dazu Manussewitsch: „Der Versailler Friedensvertrag 1919", Große Sowjetenzyklopädie, Reihe Geschichte und Philosophie, Heft 17, Moskau 1951, Berlin 1953, S. 8 ff.

[697] „Bericht vom X. Parteitag der KPD", S. 222.

[698] Ebenda.

Die KPD hielt hier an Rosa Luxemburgs falscher Position von der „großdeutschen Republik" fest, die von Lenin als Neuauflage eines „veralteten national-deutschen (...) Programms" kritisiert wurde.[699]

Die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes"[700] von 1930 ist von dem Versuch geprägt, der chauvinistischen Demagogie der Nazis in der Weise entgegenzutreten, daß sich die KPD als einzig konsequente Kraft gegen nationale Unterdrückung präsentiert. Dabei knüpfte die KPD direkt an die großdeutsch-chauvinistisch geprägte Propaganda gegen den Versailler Vertrag des Aktionsprogramms von 1925 an.

> „Nur wir Kommunisten kämpfen sowohl gegen den Youngplan als auch gegen den Versailler Raubfrieden",[701] heißt es in der „Programmerklärung"[702] und weiter: „Nur der Hammer der proletari-

---

[699] Lenin: „Über die Junius-Broschüre", 1916, Werke Band 22, S. 323. Vgl. dazu auch das Kapitel „Die Losung der ‚großdeutschen Republik' in der Epoche des Imperialismus leistet dem deutschen Chauvinismus Vorschub", in: „Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen", „Rot Front", Nr. 6, Juli 1998, S. 121 ff.

[700] „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" der KPD, Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 197 vom 24. August 1930; in: „Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands", 2. durchgesehene Auflage, Berlin 1955, S. 275 ff.

[701] Ebenda, S. 276.

[702] „Wir Kommunisten sind gegen jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden", heißt es ebenfalls dort (S. 277). Auch dies ist eine Vereinfachung, vor der Lenin ausdrücklich warnte. In „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" erklärte Lenin, daß nach dem Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland es „notwendig sein kann, den Versailler Frieden eine Zeitlang anzuerkennen und sich ihm zu fügen", daß die Kommunisten in Deutschland sich nicht vorher „die Hände binden" lassen sollen. Denn die

„Befreiung vom Versailler Frieden unbedingt, unter allen Umständen und unverzüglich an die erste Stelle, *vor die Frage* der Befreiung der *anderen* vom Imperialismus unterdrückten Länder vom Joch des Imperialismus zu setzen, ist kleinbürgerlicher Nationalismus",

kann doch der Sieg der Revolution, z. B. in Deutschland, für die internationale Revolution ein solches Plus sein,

Fortsetzung nächste Seite

schen Diktatur kann die Ketten des Youngplans und der nationalen Unterdrückung zerschlagen".[703]

Auf diese Art herauszustellen, daß es angeblich nur einen Weg gebe, den Youngplan und den Versailler Vertrag loszuwerden, ist in mehrfacher Hinsicht falsch.

Die Sache so darzustellen, als ob ein durch den Versailler Vertrag unterdrücktes Deutschland innerhalb des imperialistischen Rahmens nicht veränderbar sei, entspricht vor allem nicht der Theorie des Marxismus-Leninismus, besonders nicht dem Gesetz von der ungleichmäßigen Entwicklung der imperialistischen Länder als Voraussetzung für imperialistische Kriege. Aus der unrealistischen Leugnung der tatsächlichen Möglichkeit und Gefahr, daß der Versailler Vertrag durch einen imperialistisch-faschistischen Krieg gesprengt wird, folgt im Grunde, daß diese Gefahr nicht richtig gesehen und bekämpft werden kann.[704]

Nicht zuletzt mußte es bei den Volksmassen dann so herauskommen, daß angesichts der „Erfolge" der Nazifaschisten bei der Abschüttelung des Versailler Vertrages die Kommunisten unrecht behalten hätten, Hitler aber „sein Wort" gehalten habe. Dies war wohl einer der gefährlichsten Siege der Nazifaschisten im Kampf um die Millionenmassen, der die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch Nazideutschland wesentlich ermöglicht hat.

Fortsetzung der Fußnote

„daß man seinetwegen – wenn es notwendig sein sollte – auf eine *längere Gültigkeit des Versailler Friedens* eingehen kann und muß."
(Lenin: „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 61–63)

[703] „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes", S. 281.

[704] Völlig falsch und ein Bumerang war auch die These von der „feigen Bourgeoisie", die Ernst Thälmann wie folgt vertrat: „Wer die Hoffnung hat, daß die deutsche Bourgeoisie die Zerreißung des Young-Plans in die Wege leiten wird, der wird bitter enttäuscht werden. Diese Bourgeoisie ist viel zu feige, um die Ketten zu zerreißen." (Ernst Thälmann: „Für Brot und Freiheit!", Rede im Berliner Sportpalast, 12. September 1930, „Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Band II, 1. Auflage Berlin 1955, Nachdruck Frankfurt/M. 1972, S. 553)

Der Versuch der „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung", die Nazifaschisten hinsichtlich des für eine gigantische Demagogie genutzten Bereichs wirklicher und angeblicher „deutscher Minderheiten" in anderen Ländern zu entlarven, ist nicht nur unzureichend, äußerst oberflächlich, sondern auch falsch und gefährlich, wie in der folgenden „Entlarvung" der Nazifaschisten deutlich wird:

> „Hitler und die deutschen Nationalsozialisten schweigen über die Nöte der deutschen Bauernbevölkerung Südtirols, die unter dem Joch des italienischen Faschismus stöhnt. Hitler und seine Partei haben hinter dem Rücken des deutschen Volkes einen schmutzigen Geheimvertrag mit der italienischen Faschistenregierung abgeschlossen, auf Grund dessen sie die deutschen Gebiete Südtirols bedingungslos den ausländischen Eroberern ausliefern. (...) Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands."[705]

Hier werden großdeutsche Gedanken propagiert, indem eine großdeutsche Republik – unter kapitalistischen Verhältnissen – gefordert wird, die nicht nur Teile Österreichs oder gar ganz Österreich umfassen sollte, sondern auch andere Gebiete, die durch den Versailler Vertrag von Deutschland abgetrennt worden waren und seitdem zu Polen, Belgien oder Frankreich gehörten.

Angesichts des „Anschlusses", der Annexion Österreichs im Jahr 1938 ist es von erheblicher Bedeutung, daß in der deutschen Arbeiterbewegung in bezug auf die Selbständigkeit Österreichs offensichtlich nicht nur keine richtige, sondern eine ganz falsche Propaganda betrieben wurde, die es angesichts der faschistischen Demagogie für den Anschluß Österreichs sicher erschwert hat, dies als Annexion zu erkennen und als ungerecht zu bekämpfen.[706]

---

[705] „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes", S. 277.

[706] Daß diese Positionen jedoch nicht nur bei der KPD verbreitet waren, sondern ähnlich auch von führenden Kadern der Kommunistischen Internationale vertreten wurden, zeigt die Aussage Dimitroffs von 1933 vor dem Nazi-Gericht in Leipzig, der aus den Beschlüssen des 12. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern zitiert: „Die Hauptlosung, die die KPD der Losung der faschistischen Diktatur

Fortsetzung nächste Seite

Die bereits im Aktionsprogramm festgestellten großdeutsch-chauvinistischen Anleihen in der Argumentation gegen die Grenzregelungen des Versailler Vertrages finden sich auch in der Programmerklärung wieder. Es werden ausnahmslos alle sich aus dem Versailler Vertrag ergebenden Verpflichtungen abgelehnt, untermauert durch die ausdrückliche Feststellung, daß keine einzige Grenze anerkannt würde, „die ohne die Zustimmung der werktätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist."[707]

Der ***VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935*** in Moskau hat zum vorrangigen Thema die Auswertung der Erfahrungen des Kampfes gegen den Faschismus und die weiteren Perspektiven des Kampfes. Dimitroff geht in seinem Referat auch auf die KPD ein und bezieht sich direkt auf die Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung:

> „Unsere Genossen in Deutschland haben lange Zeit das gekränkte Nationalgefühl und die Empörung der Massen gegen den Versailler Friedensvertrag nicht genügend in Rechnung gestellt, sie haben sich zu den Schwankungen der Bauernschaft und des Kleinbürgertums geringschätzig verhalten, haben sich mit dem Programm der sozialen und nationalen Befreiung verspätet, und als sie es aufstellten, da verstanden sie es nicht, es entsprechend den konkreten Bedürfnissen und dem Niveau der Massen anzuwenden; da verstanden sie es nicht einmal, es unter den Massen großzügig zu popularisieren."[708]

Festzustellen ist hierzu, daß Dimitroff eine inhaltliche Kritik an den Fehlern der Programmerklärung hier nicht einmal andeutet: Seine Kritik bezieht sich nur auf den Zeitpunkt der Abfassung („verspätet") und seine Umsetzung („popularisieren").

Fortsetzung der Fußnote

(‚Drittes Reich') ebenso wie der Losung der Sozialdemokratischen Partei (‚Zweite Republik') gegenüberstellen muß, ist die Losung der Arbeiter- und Bauernrepublik, d. h. die Losung des sozialistischen Sowjetdeutschlands, die auch die Möglichkeit eines freiwilligen Anschlusses des österreichischen Volkes und anderer deutscher Gebiete gewährleistet." (Dimitroff: „Schlußrede vor Gericht", in: „Dimitroff – der Held von Leipzig", Nachdruck 1972 ohne Ort, S. 98).

[707] „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes", S. 277

[708] „Protokoll des VII. Weltkongresses der Komintern", 1935, Band I, S. 331.

Inhaltlich unterstützt der VII. Weltkongreß ausdrücklich die großdeutschen Positionen der KPD zur „nationalen Befreiung", wenn es heißt:

> „Der Kongreß warnt vor jeder Geringschätzung der Frage der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Gefühle der breiten Volksmassen, die dem Faschismus die Entfaltung seiner chauvinistischen Kampagne erleichtert (Saargebiet, deutsche Gebiete in der Tschechoslowakei usw.), und besteht auf einer richtigen, konkreten Anwendung der Lenin-Stalinschen nationalen Politik."[709]

Angebliche „deutsche Gebiete in der Tschechoslowakei" werden hier in eine Reihe gestellt mit dem Saargebiet, das ja wirklich eine wesentlich anders gelagerte Frage war.

Die Brüsseler Konferenz der KPD, die kurz nach dem VII. Weltkongreß 1935 stattfindet, nimmt diesen Hinweis des VII. Weltkongresses auf und bekräftigt die großdeutsch-chauvinistisch geprägte Position der „nationalen Befreiung" wie folgt:

> „Dem faschistischen Regime kommt es bei seinen Phrasen von Volks- und Blutsverbundenheit nur auf die Verschleierung dieser imperialistischen Ziele an. Das beweist auch der skrupellose Schacher, den Hitler mit den Deutschen in Südtirol, im polnischen Korridor, in Oberschlesien treibt, durch den er sich Verbündete für seine Kriegspolitik erkaufen will.
>
> Wir Kommunisten sind für die restlose Beseitigung des Versailler Diktats und für die freiwillige Wiedervereinigung aller durch dieses Diktat auseinandergerissenen Teile des deutschen Volkes in einem freiheitlichen Deutschland."[710]

Der Kampf gegen den deutschen Chauvinismus wird im Dokument der Brüsseler Konferenz nicht thematisiert. Diesem offenkundigen Mangel abzuhelfen dient ein ***Artikel von R. Gerber 1935*** in der „Kommunistischen Internationale" unter der Rubrik „Tribüne des

---

[709] Ebenda, Band II, S. 993.

[710] „Resolution der Brüsseler Konferenz der KPD", zitiert nach: „Revolutionäre deutsche Parteiprogramme", S. 148.

VII. Weltkongresses" mit dem Titel: „Unser Kampf gegen den deutschen Chauvinismus".[711]

Gerber stellt realistisch fest, daß „der Chauvinismus weit über die bewußten Anhänger der faschistischen Diktatur hinausgreift, daß – wie die Saarabstimmung zeigte – „viele Millionen Werktätige vom Chauvinismus erfaßt werden, daß der Chauvinismus „breiter und tiefer verwurzelt ist als der Faschismus".

Genosse Gerber benennt dann Ursachen, die dazu geführt haben, daß das Gift des deutschen Chauvinismus während des Nazifaschismus so tief in breiteste Teile der werktätigen Massen eindringen konnte. Er erwähnt drei zentrale Punkte:

- Gerber verweist darauf, daß historisch betrachtet der deutsche Nationalismus auch in der Aufbruchsperiode der bürgerlichen Revolution „teilweise reaktionäre Züge trug, ja:

> „In keinem Augenblick war der deutsche Nationalismus bloße Unabhängigkeitsbewegung ohne gleichzeitig aggressiv chauvinistischer Note."[712]

Gerber macht klar, daß nur die Analyse dieser reaktionären Züge es ermöglicht, die tiefe Verwurzelung des deutschen Chauvinismus auch in den werktätigen Massen zu erkennen.

- Gerber verweist darauf, daß schon vor dem Ersten Weltkrieg das Kleinbürgertum und die Arbeiteraristokratie die soziale Basis des deutschen Chauvinismus waren und insbesondere die Arbeiteraristokratie den deutschen Chauvinismus in neuen Varianten in die Arbeiterklasse hineintrug.

- Gerber verweist nicht nur auf die ideologischen Wirkungsmöglichkeiten zur Verbreitung des deutschen Chauvinismus durch die Nazis, wie z. B. die Verknüpfung des Rassismus mit dem deutschen Chauvinismus, sondern auch gerade auf die ökonomischen und organisatorischen Wirkungsmöglichkeiten der Nazis wie z. B. die Schaf-

---

[711] Gerber: „Unser Kampf gegen den deutschen Chauvinismus", in: Kommunistische Internationale, Nr. 9/1935, S. 723–740.

[712] Ebenda, S. 726.

fung von Arbeitsplätzen durch Aufrüstung oder den riesigen Umfang der nazistischen Massenorganisationen.

Genosse Gerber kritisiert auch sehr richtig indirekt die Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung der KPD von 1930, wenn er feststellt, daß es eben zwei Möglichkeiten gab, den Versailler Vertrag zu beseitigen, eine revolutionäre Lösung und eine imperialistische Lösung. Er macht klar, daß es höchst schädlich und theoretisch falsch war zu behaupten, daß nur die KPD Versailles beseitigen könne. Statt dessen wäre es notwendig gewesen, den prinzipiell anderen Charakter der revolutionären Lösung durch die proletarische Revolution dem imperialistischen Weg gegenüberzustellen. Gerber kritisiert dann an der KPD, daß die imperialistische Lösung in „unzulässiger Vereinfachung vielfach als nicht vorhanden behandelt wurde", statt als „Hauptpunkt unserer Propaganda" die durchaus mögliche und sehr reale Gefahr einer Revision des Versailler Vertrages auf Kosten der Arbeiterklasse und der anderen Ausgebeuteten bewußtzumachen, zu erklären und dagegen zu mobilisieren.

Gerber geht dann auch direkt auf die Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung der KPD von 1930 ein, ohne jedoch ausdrücklich eine Kritik an diesem Dokument vorzubringen.[713] Er

---

[713] 1943 kritisierte Pieck das Programm zur nationalen und sozialen Befreiung nicht wegen seiner chauvinistischen Positionen z. B. gegenüber Österreich, sondern weil dort angeblich ein strategischer Fehler begangen wurde, indem die unmittelbare Zielsetzung der Erkämpfung der Diktatur des Proletariats propagiert wird: „Das Programm enthielt also zwei sehr ernste Fehler; der eine war ein strategischer Fehler und bestand in der unmittelbaren Zielsetzung der sozialistischen Revolution und der proletarischen Diktatur, obwohl dazu die Voraussetzungen noch nicht gegeben waren..." (Pieck: „Reden und Aufsätze 1908–1950", Band 1, S. 397)

Pieck formuliert eine weitere Kritik: „aber es hatte den Mangel, daß es die aktuellen Kampffragen der Verteidigung der Demokratie und der politischen Rechte der Volksmassen, der Umgestaltung der Regierung in eine demokratische Regierung des Volkes nicht genügend in den Vordergrund rückte..." (Ebenda)

Mit beiden Kritiken hat Pieck unrecht. Wie schon gesagt, war es richtig und entsprach dem Programm der KPD von 1918, daß 1930 in Deutschland das strategische Ziel die Erkämpfung der Diktatur des Proletariats war. Die zweite Kritik ist reinster Reformismus, wenn gefordert wird, die kapitalistische Regierung des deutschen Imperialismus „umzugestalten" in eine „demokratische Regierung des Volkes".

stellt aber zu diesem, wie er sagt, „Versuch", den „Strom" des deutschen Chauvinismus „abzulenken", fest:

> „Es gelang uns ***nicht,*** die antiversailler Agitation in den gesamten Rahmen des Befreiungskampfes des Proletariats einzufügen."[714]

Im letzten Teil der Arbeit „Unsere heutigen Aufgaben" wird aber auch sichtbar, daß die positiven Ansätze des Artikels, sich detailliert mit dem deutschen Chauvinismus und seiner Funktion für den Nazifaschismus auseinanderzusetzen, noch schwer belastet waren durch grundlegende Unklarheiten über den Kampf gegen den großdeutschen Gedanken innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, die etwa zum Ausdruck kommen in Sätzen wie diesem:

> „Wir sind heute ***gegen*** den Anschluß Österreichs, Deutsch-Böhmens usw. an Hitlerdeutschland."[715]

Hier formuliert Gerber so, als wäre es nach der proletarischen Revolution in Deutschland richtig, einen „Anschluß Österreichs" oder „Deutsch-Böhmens" zu fordern. Auch Gerber geht hier also ganz falsch von einer „großdeutschen Lösung" aus, ähnlich wie der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale bzw. die KPD in den bereits kritisierten programmatischen Dokumenten.

Erst die ***Berner Konferenz der KPD von 1939,*** die letzte Konferenz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs, hat nach Diskussionen innerhalb der Kommunistischen Internationale – insbesondere auch durch die Arbeiten von Alfred Klahr von 1937 bis 1939 zur theoretischen Begründung der Selbständigkeit der österreichischen Nation, die teilweise auch im theoretischen Organ der Kommunistischen Internationale veröffentlicht wurden[716] – und angesichts der Nazi-Besetzung Österreichs die Losung einer „großdeutschen Republik" nicht mehr verbreitet. Jedoch ist eine Kritik an den großdeutschen Formulierungen von 1925, 1930 und 1935 in den Dokumenten von Bern nicht zu

---

[714] Gerber: „Unser Kampf gegen den deutschen Chauvinismus", in: Kommunistische Internationale, Nr. 9/1935, S. 727 (Hervorhebung RF).

[715] Ebenda, S. 733.

[716] Vgl. vor allem Alfred Klahr: „Die nationale Frage und die Stellungnahme der Kommunisten in Österreich", Kommunistische Internationale, H. 10, 1937, S. 939–946, in: Klahr: „Zur österreichischen Nation".

finden, wenn auch die chauvinistischen Nazi-Parolen vom „Großdeutschland" zurückgewiesen werden.[717] Jedoch werden auch auf der Berner Konferenz Zugeständnisse an den deutschen Nationalismus gemacht, wenn z. B. in unerträglicher Weise von einem Kampf „aller wirklich nationalgesinnten Deutschen" zur „Rettung der Nation" die Rede ist und dies auch noch als vorrangiges Ziel der Volksfront bezeichnet wird.[718]

Erst Alfred Klahr kritisiert in seiner Schrift „Gegen den deutschen Chauvinismus" 1944 grundlegend die großdeutsche Propaganda und Linie der KPD zur „nationalen Befreiung":

> „Leider hat selbst die deutsche Linke innerhalb der deutschen Sozialdemokratie und später auch die KPD diese Wandlungen des großdeutschen Gedankens im Zeitalter des Imperialismus nicht verstanden und hat dem Eindringen des großdeutschen, pangermanischen Griffes in die Arbeiterklasse damit Vorschub geleistet. Junius (R. Luxemburg) vertrat 1915 die Losung einer großdeutschen Republik. (...)
>
> Das außenpolitische Problem wurde zwar gestellt, aber auf der Basis der Anerkennung der großdeutschen Idee, d. h. auf einer prinzipiell falschen Basis, auf der gleichen Basis, wie es die deutschen Nationalisten taten. Kein Wunder, daß die Partei in der nationalen Frage in das Schlepptau der Faschisten geriet."[719]

---

[717] Vgl. „Resolution der Berner Konferenz der KPD", in: „Revolutionäre deutsche Parteiprogramme", Berlin 1964, S. 162.

[718] Vgl. ebenda, S. 168/169.

[719] Klahr: „Gegen den deutschen Chauvinismus" (Auschwitz 1944), S. 105–107.

Anhang 3: Stellungnahmen führender Kader der KPD und des ZK der KPD 1945/46 zu der Frage, warum nach 1945 in der SBZ nicht sofort der Aufbau des Sozialismus begonnen werden konnte

Im Juni 1945 fordert Ulbricht unter der Überschrift „Die grundlegende politische Orientierung: Antifaschistisch-demokratische Republik":

> „Es wäre eine Selbsttäuschung, zu glauben, daß Hitler seine barbarische Kriegspolitik nur mit Hilfe des grausamsten Terrors gegen das eigene Volk durchführen konnte. Wer sich daran erinnert, mit welcher Begeisterung die Mehrheit des deutschen Volkes Hitler zujubelte, als die deutschen Armeen vor Moskau standen, der wird nicht bestreiten können, daß die imperialistische und militaristische Ideologie tief in unserem Volk sitzt. (...)
>
> Wenn die Wiederholung solcher Verbrechen verhindert werden soll, dann müssen wir Deutschen selbst einen Schlußstrich unter das Vergangene ziehen. Heute kann jeder Deutsche sehen, welche verhängnisvollen Folgen es hatte, daß unser Volk nicht einmal seine bürgerlich-demokratische Revolution im Jahre 1848 zu vollenden vermochte. Wie verhängnisvoll hat es sich ausgewirkt, daß die Einigung des Reiches im Jahre 1871 nicht durch den demokratischen Willen des Volkes, sondern unter dem Kommando der preußischen Junker erfolgte. Selbst nach der Niederlage im ersten Weltkrieg verstand das deutsche Volk nicht, daß die Vernichtung der Herrschaft der Großgrundbesitzer und Militaristen im nationalen Interesse lag.
>
> Aus diesen Gründen ist unsere grundlegende Orientierung in der gegenwärtigen Situation – die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution, die im Jahre 1848 begonnen hatte. (...)
>
> Manche Arbeiter wollen sofort den Sozialismus errichten. Aber wie soll das angesichts der ideologischen Verwüstung, die bis tief in die Reihen der Arbeiterklasse geht, geschehen? Wie soll das möglich sein, nachdem die Arbeiterschaft mehr als ein Jahrzehnt zersplittert war und eine große, einheitliche Partei des werktätigen Vol-

kes erst in der Entwicklung begriffen ist? Wie soll das möglich sein, ohne daß sich die Werktätigen im konsequenten Kampf um die Demokratie einigen und sich in ihren Organisationen wie in der Tätigkeit im Wirtschaftsleben die notwendigen Erfahrungen erwerben?"[720]

In Ulbrichts Argumentation vermischen sich richtige mit falschen Argumenten.

Sicherlich war es auch nach 1945 so, daß es vor allem auf dem Land noch feudalistische Überreste gab, die aus der Geschichte Deutschlands, der fehlenden, wirklich tiefgehenden bürgerlich-demokratischen Revolution, wie es sie zum Beispiel in Frankreich gab, herrührten. Diese Überreste, wie etwa der junkerliche Gutsbesitz, mußten im demokratischen Kampf oder im Zuge der proletarischen Revolution beseitigt werden. Indem Ulbricht jedoch geschichtliche Gründe für die Unmöglichkeit des sofortigen Aufbaus des Sozialismus in der SBZ vorschiebt, erklärt er indirekt den dafür ausschlaggebenden Faktor des extrem niedrigen Bewußtseinsstands der Arbeiterklasse aufgrund von 12 Jahren Nazifaschismus als nebensächlich. Nach 1945 auf die „Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848" zu orientieren, also auf eine Art antifeudalen Kampf, anstatt auf den antinazistischen Kampf, bagatellisiert auf extreme Weise die ganze Dramatik der entscheidenden Aufgabe der antinazistisch-demokratischen Erziehung. Das Ergebnis ist, daß diese entscheidende Aufgabe in den Hintergrund gedrängt wird.

Die „Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution" als „grundlegende Orientierung" zu bezeichnen, ist zudem direkt falsch. Wenn Ulbricht hier auch nicht das Wort „Strategie" benutzt, so ist jedoch klar, daß die „grundlegende Orientierung" eben die strategische Orientierung ist.[721] Die Taktik befaßt sich hingegen mit der

---

[720] Ulbricht: „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Band II, S. 435–437.

[721] Stalin erläutert, daß die wichtigste Aufgabe der Strategie ist, die „Grundrichtung" festzulegen, in der die Bewegung der Arbeiterklasse verlaufen soll" :

Fortsetzung nächste Seite

Festlegung der Formen und Methoden des revolutionären Kampfes in der gegebenen Etappe, die der konkreten Kampflage in jedem gegebenen Augenblick am besten entsprechen. Bestimmt die Kommunistische Partei den Charakter und die Zielscheibe der Revolution falsch, muß sie scheitern. Sie ist dann nicht in der Lage, die Hauptkräfte und die Reserven der Revolution richtig zu bestimmen, den Hauptschlag in die richtige Richtung zu führen. Folglich muß auch die Richtung ihrer Praxis falsch sein, und sie macht damit zwangsläufig auch taktische Fehler.[722]

Ulbricht ersetzt mit seiner Formulierung die strategische Orientierung auf die Verwirklichung des kommunistischen Maximalprogramms durch die proletarische Revolution durch die Orientierung auf die „Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution", also die Verwirklichung von Teilen des Minimalprogramms. Die „grundlegende Orientierung", das strategische Ziel war für Ulbricht nicht mehr die proletarische Revolution, sondern „die Vollendung der bürgerlich-demokratische Revolution".

Zutreffend sind jedoch Ulbrichts Ausführungen zum Bewußtseinsstand der Mehrheit der Arbeiterklasse und der deutschen Bevölkerung. Die Begründung im letzten Absatz des Zitats, warum es nicht möglich ist, den Sozialismus direkt nach 1945 in der SBZ zu errichten, ist im Kern richtig. Jedoch machen diese richtigen Ausführungen nicht wett, daß Ulbricht der Partei eine falsche strategische Orientierung vorgibt.

Im August 1945 vergleicht Ulbricht schematisch die Situation im zaristischen Rußland von 1905 mit der Situation in Deutschland nach 1945:

Fortsetzung der Fußnote

„Die wichtigste Aufgabe der Strategie ist die Festlegung der Grundrichtung, in der die Bewegung der Arbeiterklasse verlaufen soll und in der es für das Proletariat am vorteilhaftesten ist, zur Erreichung der im Programm gestellten Ziele den Hauptschlag gegen den Gegner zu führen."
(Stalin: „Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten", 1923, Werke Band 5, S. 144)

[722] Siehe genauer in „Rot Front" Nr. 2, Juli 1996, das Kapitel „Grundlegende Ausgangspunkte der revolutionären Strategie und Taktik" S. 179 ff.

„Manche sprechen davon, es müsse jetzt mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen werden. Wir denken, daß dazu die Voraussetzungen noch nicht geschaffen sind. Lenin entwickelte in seinem Buch ‚Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution' taktische Grundsätze, die für den gegenwärtigen Kampf der deutschen Arbeiterklasse große Bedeutung haben. Lenin schrieb:

‚... nur ganz naive Optimisten können vergessen, wie wenig noch die Masse der Arbeiter von den Zielen des Sozialismus und den Mitteln zu seiner Verwirklichung weiß. Und wir sind doch alle überzeugt, daß die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann; ohne Klassenbewußtsein und ohne Organisiertheit der Massen, ohne ihre Schulung und Erziehung durch den offenen Klassenkampf gegen die gesamte Bourgeoisie kann von der sozialistischen Revolution keine Rede sein. Und als Antwort auf die anarchistischen Einwendungen, daß wir die sozialistische Umwälzung hinausschöben, werden wir sagen: Wir schieben sie nicht hinaus, sondern wir machen den ersten Schritt zu ihr auf die einzig mögliche Weise und auf dem einzig richtigem Wege, nämlich auf dem Wege der demokratischen Republik. Wer auf einem anderen Weg zum Sozialismus kommen will, außer auf dem des politischen Demokratismus, der gelangt unvermeidlich zu Schlußfolgerungen, die sowohl im ökonomischen als auch im politischen Sinne absurd und reaktionär sind. (...)'

Prüfen wir die gegenwärtige Lage in Deutschland, so müssen wir anerkennen, daß die Organisierung der Arbeiterklasse und ihre Erziehung zum Klassenbewußtsein noch ungenügend ist. Die Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien muß weiter gefestigt werden. Niemand soll glauben, daß die Arbeiterklasse ohne die Schaffung der einheitlichen Partei der Arbeiterklasse, ohne die Vereinigung von SPD und KPD weitergehende Aufgaben lösen kann.

Nachdem die deutsche Arbeiterklasse in zwölfeinhalb Jahren faschistischer Herrschaft unterdrückt wurde und zurückgeblieben ist, muß sie sich im konsequenten Kampf um die Demokratie die Erfahrungen erst erwerben, um Faschismus und Reaktion bis ans Ende zu schlagen (...)."[723]

---

[723] Ulbricht: „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Band II, S. 469/470. (Hervorhebungen im Original)

Ulbricht hebt hier entscheidende Gründe hervor, warum es unmöglich war, sofort nach 1945 zur Errichtung der Diktatur des Proletariats und zum Aufbau des Sozialismus in Deutschland überzugehen: Das Bewußtsein der Arbeiterklasse war angesichts von 12 Jahren Nazifaschismus in hohem Maße reaktionär-nazistisch verseucht, ihre Organisiertheit war ungenügend. Das Proletariat mußte zuerst im Kampf zur Vernichtung der noch bestehenden Bestandteile des Nazifaschismus erzogen werden, um den Kampf um die Errichtung der Diktatur des Proletariats erfolgreich aufnehmen und durchführen zu können. Das ist alles richtig.

Falsch ist, daß die von Lenin hier behandelten Punkte insgesamt für den Klassenkampf in Deutschland große Bedeutung hätten. Ulbricht analysiert gerade nicht, welche Punkte allgemeingültig sind und welche den Besonderheiten des zaristischen Rußland entspringen und deshalb für den Klassenkampf in Deutschland keine aktuelle Bedeutung besitzen.

Lenins Hinweis, daß der Weg zum Sozialismus nur auf dem Weg des „politischen Demokratismus" beschritten werden kann, daß die proletarische Revolution durch systematische, langwierige und allseitige demokratische Kämpfe vorbereitet werden muß, ist allgemeingültig, gilt auch für die Lage in Deutschland nach 1945. Lenins Hinweis, daß der einzig richtige Weg zur proletarischen Revolution in Rußland der Weg über die „demokratische Republik" ist, daß die Erkämpfung der demokratischen Republik in Rußland eine eigene Etappe der Revolution nötig macht, bevor zur proletarischen Revolution übergegangen werden kann, ist nicht allgemeingültig, gilt nicht für hochindustrialisierte imperialistische Länder und kann nicht auf die Bedingungen Deutschlands nach 1945 übertragen werden. Indem Ulbricht keine differenzierte Analyse von allgemeingültigen Aufgabenstellungen und unterschiedlichen strategischen Zielen vornimmt, legt er in seinen Ausführungen die Schlußfolgerung nahe, wie in Rußland 1905 sei jetzt auch in Deutschland nach 1945 eine „demokratische Etappe" der Revolution nötig und die „demokratische Republik" sei das nächste „strategische Kampfziel".

Des weiteren zitiert Ulbricht Lenins Erläuterungen, warum in Rußland eine demokratische Etappe der Revolution notwendig war, nur unvollständig. Lenin nennt in seiner Schrift „Zwei Taktiken" zwei zentrale Gründe:

> **„Der Grad der ökonomischen Entwicklung Rußlands (die objektive Bedingung) und der Grad des Klassenbewußtseins und der Organisiertheit der breiten Massen des Proletariats (die subjektive Bedingung, die mit der objektiven unlöslich verbunden ist) machen eine sofortige vollständige Befreiung der Arbeiterklasse unmöglich."**
> (Lenin: „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution", 1905, Werke Band 9, S. 14)

Die objektive Bedingung erwähnt Ulbricht nicht. Damit ist es unmöglich, wirklich richtig und tiefgehend die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Rußland 1905 und Deutschland nach 1945 herauszuarbeiten. Denn die Festlegung der Strategie resultiert grundlegend aus der Analyse der objektiven historischen Entwicklung des Kapitalismus und Imperialismus im jeweiligen Land, aus den grundlegenden objektiven Klassenverhältnissen und den Produktionsverhältnissen, welche diesen zugrunde liegen.

Welche Gemeinsamkeiten, welche Unterschiede waren wesentlich, wenn die Lage im Rußland von 1905 und im Deutschland nach 1945 verglichen wird?

Die Entwicklung des Klassenbewußtseins des Proletariats in Rußland 1905 war insofern teilweise vergleichbar mit dem in Deutschland nach 1945, als in beiden Fällen das Klassenbewußtsein zu wenig entwickelt war, um die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus unmittelbar erkämpfen zu können. Das Bewußtsein der Mehrheit der Arbeiterklasse in Deutschland nach 1945 war weder sozialistisch noch antinazistisch-demokratisch. Im Gegenteil, große Teile des Proletariats waren behaftet mit reaktionär-nazistischen Ideen und Vorstellungen. Im zaristischen Rußland war das demokratische Bewußtsein der breiten werktätigen und ausgebeuteten Massen hingegen soweit entwickelt, daß der Sturz des Zarismus durch den bewaffneten Aufstand auf der Tagesordnung stand.

In Rußland war der Feudalismus in der Ökonomie und viel stärker noch im Überbau vorhanden. Der Kapitalismus war zwar auf dem Vormarsch, aber noch schwach entwickelt. Es war aus diesen Gründen in Rußland unbedingt nötig, eine demokratische Etappe der Revolution durchzuführen, mit dem Ziel, diese feudalistischen Positionen in Ökonomie und Überbau zu vernichten.

In Deutschland war die Situation zumindest seit 1918 anders. Dort war die proletarische Revolution strategisches Ziel. Feudalistische Überreste in Überbau und Ökonomie waren in Deutschland zwar vorhanden, diese konnten jedoch im Zuge der proletarischen Revolution beseitigt werden, wie schon die KPD in ihrem Programm von 1918 richtig feststellte – oder nach 1945 in der SBZ im demokratischen Kampf.

Die Tatsache, daß Deutschland auch nach 1945 – trotz der Zerstörungen in Industrie und Landwirtschaft durch den Zweiten Weltkrieg – nach wie vor ein hochindustrialisiertes imperialistisches Land war, ist entscheidend dafür, daß in Deutschland auch nach 1945, trotz des ganz niedrigen Bewußtseinsstandes der Arbeiterklasse, nach wie vor die Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Aufbau des Sozialismus strategisches Ziel war – trotz der enorm wichtigen taktischen Aufgabe des antinazistisch-demokratischen Kampfes zur Verwirklichung eines antinazistischen Minimalprogramms als unumgängliche Vorbereitung für den Kampf um die proletarische Revolution.

Im September 1945 heißt es im zentralen Aufruf des ZK der KPD zur Enteignung der Junker auf dem Lande :

> „Mit der demokratischen Bodenreform wird der schwerste Schlag gegen den Hitlerfaschismus und Militarismus, gegen den feudaljunkerlichen Großgrundbesitz geführt. (...)
>
> Der Herrschaft der junkerlich-feudalen Großgrundbesitzer im Dorfe wird ein Ende gemacht und damit die wichtigste Voraussetzung für die demokratische Umgestaltung Deutschlands geschaffen. (...)
>
> In der Durchführung der demokratischen Bodenreform erblickt die Kommunistische Partei die wichtigste Grundlage für die Entwicklung eines wahrhaft antifaschistischen, demokratischen Regimes, das eine völlige Neugestaltung Deutschlands (...) in Stadt und Land zur Aufgabe hat."[724]

[724] „Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 8. September 1945 zur Durchführung der demokratischen Bodenreform", in: „Deutsche Volkszeitung", 12.9.1945, zitiert nach: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, S. 149/150.

Hier wird als „schwerster Schlag" gegen den Nazifaschismus, als „wichtigste Grundlage" für ein demokratisches Deutschland die Enteignung der „feudal-junkerlichen Großgrundbesitzer" benannt. Das ist in mehrere Hinsicht falsch.

Erstens: Die tiefste Wurzel des Faschismus ist das kapitalistisch-imperialistische System, dessen ökonomische Macht das Finanzkapital, das miteinander verschmolzene Bank- und Industriekapital, in den Händen hält. Das ZK der KPD konstruiert im Gegensatz dazu eine Klasse der Großgrundbesitzer, die angeblich die Hauptstütze des Nazifaschismus war, und nimmt damit das deutsche Finanzkapital aus der Schußlinie.

Zweitens: Zweifelsohne gab es in Deutschland feudale Überreste in der Ökonomie auf dem Lande, jedoch keineswegs mehr „feudal-junkerlichen Großgrundbesitz". Sicherlich ist es so, daß ohne die Enteignung der Nazikriegsverbrecher auf dem Land der antinazistisch-demokratische Kampf nicht gewonnen werden konnte, weil sonst den Nazis wichtige materielle Mittel und Stützpunkte geblieben wären. Jedoch war klar, daß diese Enteignungen relativ rasch und gestützt auf die bewaffnete Macht der Sowjetarmee in der SBZ durchgeführt werden konnten. Aber entscheidend dafür, ob langfristig gesehen ein demokratisches Deutschland aufgebaut werden konnte, war, ob es gelang, die Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Werktätigen auf dem Land und auch in der Stadt im antinazistisch-demokratischen Kampf für die Ziele eines demokratischen Deutschland zu gewinnen. Ob dies erreicht werden konnte, war vor allem eine Frage der richtigen Agitation und Propaganda, der richtigen Aktionen und Massenkampagnen der KPD/SED, der richtigen politischen Linie. Wenn ökonomische Bedingungen vorgeschoben und zur „wichtigsten Voraussetzung" für die demokratische Entwicklung werden, wird das Problem des extrem niedrigen Bewußtseinsstands der Ausgebeuteten aufgrund von 12 Jahren Nazifaschismus wiederum indirekt bagatellisiert.

Auf dem 15. Parteitag der KPD 1946 versucht Ulbricht, die Brüsseler Konferenz der KPD von 1935 ins Feld zu führen, um den Nachweis zu erbringen, daß seitdem und also auch nach 1945 die demokratische Republik das strategische Kampfziel der KPD sei. Ulbricht behauptet:

> „Erst auf Grund der Beschlüsse der Brüsseler Konferenz wurde diese Wendung in der Einheitsfrontpolitik vollzogen. In diesen Beschlüssen wurde gesagt, daß der Kampf um die demokratische Republik das strategische Kampfziel ist, für das alle antihitlerischen Kräfte in breiter Front zusammengeschlossen werden müßten."[725]

Ulbricht fälscht hier, vom Parteitag unwidersprochen, die taktische Linie des Kampfes um eine demokratische Republik der Brüsseler Konferenz der KPD von 1935 zur strategischen Linie um. Auf der Brüsseler Konferenz übernahm die KPD die richtige taktische Orientierung auf den Sturz des Nazifaschismus und die Errichtung einer antifaschistischen Regierung, die schon auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale erarbeitet wurde:

> „Auch hier müssen wir eine gründliche Änderung unserer bisherigen Taktik vollziehen. Wir haben gewiß immer Losungen aufgestellt, die unserem kommunistischen Programm entsprechen. Wenn wir also eine Wendung vornehmen, so soll das nicht bedeuten, daß wir etwa nicht mehr unser revolutionäres Endziel oder unser kommunistisches Programm propagieren und popularisieren, sondern es soll bedeuten, daß wir in unserem Kampfe für unser Teilziel, für den Sturz der faschistischen Diktatur, solche Losungen aufstellen, die geeignet sind, auch alle die Schichten für den Kampf um dieses Ziel zu gewinnen, die noch nicht von der Richtigkeit des kommunistischen Programms und unseres Endziels überzeugt, ja, die vielleicht sogar dagegen sind."[726]

Schließlich verwirrt Ulbricht in seinem zentralen Artikel „Strategie und Taktik der SED" vom Oktober 1946, abgedruckt auch in der „Einheit", die Fragen von Strategie und Taktik, die Fragen der Verwirklichung der Forderungen des Maximalprogramms und des Minimalprogramms vollends. Ulbricht führt dort aus:

> ***„Die nächste strategische Aufgabe muß also in der Vernichtung der Macht der Träger des Militarismus und Imperialismus bestehen.*** Das bedeutet praktisch die vollständige Säuberung der Verwaltung von Nazis, die Übereignung der Betriebe der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis an das Volk, die Säuberung der Betriebslei-

---

[725] Ulbricht: „Bericht auf dem XV. Parteitag der KPD", 1946, in: „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Band II, S. 600.

[726] Mammach: „Die Brüsseler Konferenz der KPD", S. 170.

tungen von aktiven Nazimitgliedern, die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Überwindung der nazistischen Ideologie."[727]

Einen Absatz weiter heißt es dann:

„Es wurde die Frage gestellt, warum noch nicht unmittelbar der Kampf um den ***Sozialismus*** geführt wird. Das hat verschiedene Gründe. Die Errichtung einer sozialistischen Ordnung setzt eine hohe Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft voraus. Vor allem aber ist die Einigung der Arbeiterschaft in ganz Deutschland und das Bündnis der Arbeiter mit der Bauernschaft sowie mit größeren Kreisen der Intelligenz und mit demokratischen Kreisen des Mittelstandes die Voraussetzung für den Übergang zum Sozialismus. Diese Voraussetzungen können nur im Kampfe um die Demokratie geschaffen werden. Im Kampfe gegen Faschismus und Reaktion, für eine neue, demokratische Ordnung wird sich die Einigung der Arbeiterklasse vollziehen, wird das Bündnis mit den werktätigen Bauern geschaffen und die Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlich-demokratischen Kräften herbeigeführt. Diese Entwicklung stößt auf große Schwierigkeiten, weil die deutsche Arbeiterschaft und die antifaschistischen Kräfte nicht vermochten, aus eigener Kraft den Sturz der Hitlerherrschaft herbeizuführen. Infolgedessen müssen wir auf längere Zeit mit der Beibehaltung der Besatzung rechnen; die Mehrzahl der Besatzungsmächte sind jedoch keine Anhänger des Sozialismus."[728]

Hier werden von Ulbricht zu Recht verschiedene subjektive Gründe benannt, warum der Aufbau des Sozialismus nach 1945 in der SBZ bzw. in ganz Deutschland nicht möglich war: fehlendes Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse, fehlendes Bündnis mit Teilen anderer werktätiger Schichten, fehlende einheitlich handelnde Arbeiterklasse, kein Sturz des Nazifaschismus aus eigener Kraft.

Richtig nennt Ulbricht auch einen objektiven Grund, der sich aus dem subjektiven Versagen der Arbeiterinnen und Arbeiter im Kampf gegen die Nazis ergab, warum in ganz Deutschland der Aufbau des Sozialismus sofort nach 1945 unmöglich war. Deutschland war von den Armeen der Anti-Hitler-Koalition besetzt, im Westen standen die

---

[727] Ulbricht: „Strategie und Taktik der SED", in: „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Band III, S. 63.

[728] Ebenda, S. 63/64.

Armeen der USA, Englands und Frankreichs, Feinde der proletarischen Revolution. Für die SBZ traf dies natürlich nicht zu, denn dort stand die Sowjetarmee. Jedoch sind diese richtigen Feststellungen eingebettet in verwirrende Ausführungen zu Strategie und Taktik, in denen Ulbricht die jeweiligen strategischen und taktischen Aufgaben für die SBZ nach 1945 vermischt und verwischt.

Anhang 4: „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum"

Die Schrift „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum", eine hervorragende Zusammenstellung der diesbezüglichen Auffassungen von Marx und Engels, erschien inmitten des Kampfes gegen den Nazifaschismus in der damals noch sozialistischen Sowjetunion. Sie wurde auf russisch vom Marx-Engels-Lenin-Institut in Moskau 1942 veröffentlicht. 1947 wurde diese Schrift vom Verlag für fremdsprachige Literatur in Moskau auf deutsch herausgegeben.[729]

Anhand der Auffassungen von Marx und Engels gibt diese Schrift einen gedrängten Überblick über die verbrecherische Geschichte des reaktionären preußischen Staates. Die spezifischen Eigenschaften des Preußentums, sein extremer Militarismus, seine Brutalität, seine kastenmäßige Arroganz und kaum faßbare Obrigkeitsgläubigkeit, seine großmachtchauvinistische Überheblichkeit gegenüber anderen Völkern, sein extremer Antisemitismus, seine Doppelzüngelei und seine krassen Wortbrüche jeglichen Vereinbarungen gegenüber, selbst gegenüber seinen engsten Verbündeten, seine ungeheuren demagogischen Fähigkeiten der Massenbeeinflussung, seine Pedanterie gepaart mit Sadismus und grenzenlosem Zynismus gegenüber dem von ihm

---

[729] Neu veröffentlicht in: Autorenkollektiv: „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum", und Klahr, Alfred: „Gegen den deutschen Chauvinismus", Verlag Olga Benario und Herbert Baum, 1997.

Alle Seitenangaben in dieser Anmerkung beziehen sich auf diese Ausgabe.

grausam unterdrückten Volk – all dies bildete die „Mitgift" des Preußentums in seiner Ehe mit der industriellen Bourgeoisie, all dies kennzeichnete daher die entstehende imperialistische Bourgeoisie Deutschlands von vornherein: Es entstand der von Lenin so benannte „junkerlich-bourgeoise Imperialismus" in Deutschland.

In dieser Schrift werden aber nicht nur die Geschichte und die Merkmale des reaktionären Preußentums herausgearbeitet.

Vor allem folgende weitere Punkte sind wesentlich:

1) Es werden in dieser Schrift in gedrängter Form Besonderheiten der deutschen Geschichte analysiert, die von einem wesentlichen Merkmal bestimmt wurden und werden, das Marx folgendermaßen auf den Punkt brachte:

> **„Wir haben nämlich die Restaurationen der modernen Völker geteilt, ohne ihre Revolutionen zu teilen (...)" (S. 4)**

Alle entscheidenden Klassenkämpfe in Deutschland endeten mit Restaurationen, blutigen Konterrevolutionen statt siegreicher Revolutionen, das ist in der Tat ein wesentlicher Unterschied zur Geschichte anderer Völker, ein tief wurzelndes Merkmal der deutschen Geschichte, das für alle wichtigen Etappen der deutschen Geschichte – von den Bauernkriegen, über die sogenannten „Befreiungskriege" gegen Napoleon 1813/15, die Revolution von 1848 bis zur Novemberrevolution 1918 – in dieser Schrift belegt und mit Ausführungen und Analysen von Marx und Engels nachgewiesen wird.

Anhand der langen Kette von Niederlagen, von Restaurationen statt siegreicher Revolutionen, von der Beteiligung der deutschen Bevölkerung an Verbrechen der herrschenden Klassen, die im Nazifaschismus ihren Höhepunkt erreichten, wird erst das ganze Ausmaß und die Tiefe der von Engels benannten „deutschen Misere" sichtbar als Voraussetzung, um die daraus resultierenden demokratischen und revolutionären Aufgaben in Deutschland in ihrer ganzen Größe nach 1945 überhaupt erkennen und anpacken zu können.

2) In dieser Schrift werden weiterhin zentrale Aussagen von Marx und Engels über die Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen der herrschenden Klassen und über die Verpflichtung eines künftigen sozialistischen Deutschlands, sich vorbehaltlos der Aufgabe zu stellen, die Verbrechen seiner „Amtsvorgänger" nach Möglichkeit wiedergutzumachen, herausgestellt, die zum Teil zum ersten Mal

in deutscher Sprache vorlagen. Dieser Punkt war angesichts der Bedeutung der Frage der Mitschuld für die Politik der KPD/SED nach 1945 von herausragender Bedeutung.

Engels formulierte 1848 programmatisch angesichts der Verbrechen der deutschen herrschenden Klassen, die durch deutsche Armeen in anderen Ländern verübt wurden:

> **„Eine Nation, die sich in ihrer ganzen Vergangenheit zum Werkzeug der Unterdrückung gegen alle andren Nationen hat gebrauchen lassen, eine solche Nation muß erst beweisen, daß sie revolutioniert ist (...)" (S. 53)**

Im weiteren wird Engels wiedergegeben, wie er diese Aussage konkretisiert:

> **„Die Schuld für diese Verbrechen fällt nicht allein den deutschen Regierungen, sondern zu einem großen Teil dem deutschen Volke selbst zur Last. ‚Ohne seine Verblendungen, seinen Sklavensinn, seine Anstelligkeit als Landsknechte und als «gemütliche» Büttel und Werkzeuge der Herren «von Gottes Gnaden» wäre der deutsche Name weniger gehaßt, verflucht, verachtet im Auslande (...)". (S. 54)**

Als entscheidende Aufgabe für die künftige Regierung der Diktatur des Proletariats in Deutschland, vor der ebenso eine deutsche antifaschistische Regierung nach 1945 stand, folgert Engels:

> **„Nun aber steht hinter dem offiziellen Deutschland (...) das sozialistische Deutschland, die Partei, der die Zukunft ... gehört. Sobald diese Partei an die Herrschaft kommt, kann sie diese weder ausüben noch festhalten, ohne die Ungerechtigkeiten wieder gutzumachen, die ihre Amtsvorgänger gegen andre Nationen begangen." (S. 82)**

3) Diese Schrift ist auch eine entscheidende Hilfe für das Verständnis dafür, daß im Nazifaschismus alles Reaktionäre der deutschen Geschichte konzentriert, potenziert und auf die Spitze getrieben wurde, insbesondere auch die spezifischen besonders reaktionären Eigenschaften und Merkmale des Preußentums (S. 3), was seinen barbarischsten Ausdruck im welthistorisch bisher einmaligen nazistischen Völkermord an 6 Millionen Jüdinnen und Juden, an über 500000 Sinti und Roma fand.

☆ ☆ ☆

Gerade nach 1945 in Deutschland war es wichtig, die Besonderheiten des deutschen Imperialismus und des Nazifaschismus, die Mitschuld der deutschen Bevölkerung an Verbrechen der deutschen herrschenden Klassen wirklich tiefgehend zu verstehen. Dies ist unmöglich ohne tiefgehendes Studium. Hierzu bot (und bietet) die Schrift „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum" eine wichtige Orientierungshilfe.

Kritisch anzumerken ist allerdings, daß die Analyse des Nazifaschismus hinter Analysen z. B. des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale von 1935 zurückfällt.[730] So wird behauptet:

> „Die Schwarzhunderterclique Hitlers stellte während seiner Herrschaft die Macht der Junker wieder her und bewahrte den Fürsten und Junkern gewaltige Landreichtümer von hunderttausenden Hektar. Sie ließ die preußische Militärclique wiederauferstehen und sich maßlos vergrößern, indem sie sie von neuem in den Dienst des räuberischen und aggressiven deutschen Imperialismus stellte." (S. 92)

Wie Lenin schon analysierte, ist ein wesentliches Merkmal, eine Besonderheit des deutschen Imperialismus, daß die Junker mit der deutschen Bourgeoisie zum deutschen Finanzkapital verschmolzen sind. Deshalb bezeichnete Lenin den deutschen Imperialismus als junkerlich-bourgeoisen Imperialismus. Die Schrift geht aber im ersten Satz des Zitats davon aus, daß die Nazis die Macht der Junker wiederherstellten, daß sie also vorher entmachtet waren, was im Widerspruch dazu steht, daß sie Teil des deutschen Finanzkapitals waren und sind.

Die Feststellung im zweiten Satz, daß die preußische Militärclique durch die Nazis wieder in den Dienst des deutschen Imperialismus

---

[730] Auf S. 3 wird auch der von uns schon kritisierte Begriff „Hitlerismus" benutzt, ein paar Zeilen ist jedoch auch richtiger von „deutschem Faschismus" die Rede. Der Nazifaschismus wird als „die bestialischste terroristische Diktatur der reaktionärsten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals, als die widerlichste Ausgeburt des deutschen Imperialismus" bezeichnet, die Nazis werden als „Kettenhunde der deutschen Bankiers" charakterisiert, was sicherlich richtig herausstellt, daß sie eben vom deutschen Imperialismus hervorgebracht wurden und in seinem Dienst standen. Die klare Aussage des VII. Weltkongresses, daß der Faschismus die Macht des Finanzkapitals selbst ist, fehlt hier.

gestellt worden wäre, ignoriert die Tatsache, daß diese Militärclique schon seit 1918 nach der Niederringung der Novemberrevolution wieder im Dienst des deutschen Imperialismus stand, weil sie Teil der Armee des deutschen Imperialismus war. Damit soll nicht bestritten werden, daß sich ***auf dieser Basis*** unter den Nazis die Rolle von Elementen des Junkertums und des preußischen Militarismus tatsächlich verstärkt hatte.

Anhang 5: Kritische Anmerkungen der KPdSU(B) 1944 im theoretischen Organ „Bolschewik" zum reaktionären Staatsverständnis Hegels als Kernstück deutscher Ideologie

Eine philosophische Diskussion in der Sowjetunion mitten in den gigantischen Schlachten des Kriegs gegen den Nazifaschismus 1944 wurde in beeindruckender Weise in „Bolschewik", dem theoretischen Organ der KPdSU(B), zusammengefaßt. Diese Diskussion ist nicht nur von großer, weitgehend – da kaum beachtet und ausgewertet – unterschätzter Bedeutung für den internationalen kommunistischen Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und den modernen Revisionismus. Diese Diskussion war auch von besonderer Wichtigkeit für die Genossinnen und Genossen der KPD/SED, da in ihr ein Herzstück der „deutschen Ideologie" sehr präzise und mit genauer Kenntnis attackiert wurde, das schon in der Zeit des „alten" Revisionismus Bernsteins eine wichtige Rolle spielte: die deutsche reaktionäre Staatsphilosophie.

Der „Aberglaube an den Staat" im allgemeinen und damals an die preußische Monarchie im besonderen ist nicht einfach nur „eine Seite" der Hegelschen Philosophie, sondern es ist jene Seite der Sache, die den „rationalen Kern" der Hegelschen Methode, den Marx erst herausarbeiten mußte, „erstickt" hat. Dies hebt der Artikel „Über Fehler und Mängel in der Beleuchtung der Geschichte der deutschen

Philosophie am Ausgang des 18. und Beginn des 19. Jahrhunderts"[731] zu Recht hervor.

In diesem Artikel wird konsequent auf die für die Ideologie des Nazifaschismus wichtigen reaktionären Grundansichten Hegels eingegangen:

a) Hegel hat ***den Krieg als solchen verherrlicht,*** da er die „sittliche Gesundheit der Völker" befördere. (§ 324, S. 492/493)[732] Der Frieden, so behauptete Hegel militaristisch, diene dem „Versumpfen der Menschen", der Krieg aber habe den Vorteil, daß er „Ruhe im Innern" bringe. (Zusatz zu § 324, S. 493/494)

b) Hegel begründete auch die vom Nazifaschismus kultivierte These von der angeblichen ***Überlegenheit des deutschen Volkes.*** Hegel behauptete als Kernthese, daß das deutsche Volk angeblich „Träger der gegenwärtigen Entwicklungsstufe des Weltgeistes" sei und die „Geister der anderen Völker rechtlos" seien, sie „zählen nicht mehr in der Weltgeschichte". (§ 347, S. 505/506)

c) Der Artikel beweist, daß Hegel ungeniert den ***Kolonialismus*** als durch die Zunahme der Bevölkerung der Mutterländer bedingt rechtfertigte. (Zusatz zu § 248, S. 392)

d) Der Artikel verweist auf die ***antislawischen Lügen*** Hegels,[733] da die Slawen angeblich „bisher nicht als ein selbständiges Moment in

---

[731] „Über Fehler und Mängel in der Beleuchtung der Geschichte der deutschen Philosophie am Ausgang des 18. und Beginn des 19. Jahrhunderts", in: „Bolschewik", Nr. 9, 1944, deutsch in: „Materialien zum Studium des dialektischen und historischen Materialismus", Frankfurt/M. 1997, S. 137 ff.

[732] Hegel: „Grundlinien der Philosophie des Rechts", Frankfurt/M. 1986. Alle weiteren Angaben beziehen sich auf diese Ausgabe.

[733] Ein Mangel dieses Artikels ist es, zwar Hegels antislawische Lügen anzuprangern, über seinen Rassismus besonders gegenüber der afrikanischen Bevölkerung aber kein Wort zu verlieren.

Hegel schreibt in seiner „Philosophie der Geschichte" in der Einleitung „Geographische Grundlage der Weltgeschichte" im Abschnitt b. 2. Afrika über „die Neger": „Dieser Zustand ist keiner Entwicklung und Bildung fähig", in der Sklaverei „sehen die Neger nichts ihnen Unangemessenes", „es ist als etwas ganz Verbreitetes und Erlaubtes betrachtet, Menschenfleisch zu essen", „es ist nichts an das Menschliche Anklingende in diesem Charakter zu finden. Die weitläufigen

Fortsetzung nächste Seite

der Reihe der Gestaltungen der Vernunft in der Welt aufgetreten"[734] seien.

e) Der religiös verbrämte Aberglaube an den Staat bei Hegel wird bewiesen und angeprangert. „Es ist der Gang Gottes in der Welt, daß der Staat ist." – „Der Staat muß als ein großes architektonisches Gebäude, als eine Hieroglyphe der Vernunft, die sich in der Wirklichkeit darstellt, betrachtet werden." (Zusatz zu § 258, S. 403, und Zusatz zu § 279, S. 449)

f) Die Schmeichelei gegenüber dem deutschen Volk geht, ähnlich wie in Hitlers „Mein Kampf", einher mit der ***tiefen Verachtung des Volkes: „Die Vielen*** als Einzelne, was man gerne unter Volk versteht sind, wohl ein ***Zusammen,*** aber nur als die ***Menge*** – eine formlose Masse, deren Bewegung und Tun eben damit nur elementarisch, vernunftlos, wild und fürchterlich wäre." (§ 303, S. 473)

Der Artikel betont auch, daß gerade in den Reden Fichtes an die deutsche Nation in deutsch-chauvinistischer Weise die These, daß am deutschen Wesen die Welt genesen solle, enthalten ist. Die These Fichtes, daß die Deutschen „die heutige Menschheitskultur" retten könnten und müßten, wird mit der Vorstellung konfrontiert, daß Fichte angeblich ein Demokrat gewesen sei.

Damit war zur Position der KPD (die noch im Aufruf 1938 angesichts der Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland in schlimmer Weise Fichte beschwor)[735] ein deutlicher Gegenakzent

---

Fortsetzung der Fußnote

Berichte der Missionare bestätigen dies vollkommen." Kaum verhüllt ist seine Empörung darüber, daß diese Völker „sich zu Tausenden niederschießen lassen im Kriege gegen die Europäer", anstatt sich kampflos den europäischen Schlächtern zu unterwerfen. (Hegel, „Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte", Werke 12, Frankfurt/M. 1986, S. 122–126)

[734] Hegel: „Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte", S. 422.

[735] „Gegen die Schmach der Judenpogrome", Erklärung des ZK der KPD, in: „Rote Fahne", Nr. 7, Sonderausgabe gegen Hitlers Judenpogrome, November 1938. Siehe dazu auch Flugblatt 11–12/98 von „Gegen die Strömung": „Der Novemberpogrom 1938: Vor aller Augen!", abgedruckt in: „Politische Stellungnahmen 1997–1998 zu Themen und Fragen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Sozialismus", S. 175 ff.

gesetzt, verbunden mit der Anforderung, die deutsche Kulturgeschichte als eine der Quellen der Ideologie des Nazifaschismus zu studieren, zu kritisieren und zu beleuchten.

Der zweite Artikel in der Zeitschrift „Bolschewik“[736] geht vor allem auf die grundlegenden Kritiken von Marx und Engels an der „deutschen Ideologie“ ein, die in der Zeitspanne bis 1844 verfaßt worden sind. Der Artikel verweist darauf, daß Hegels scheinbares Lob für die französische bürgerliche Revolution von 1789 einherging mit dem angeblichen Nachweis, daß durch die Reformation Luthers in Deutschland eine solche Revolution unnötig sei: „In Deutschland war die Aufklärung auf seiten der Theologie“.[737]

Es wird die Philosophie der „Versöhnung der Gegensätze“ bekämpft und anhand der Kritik von Marx an Proudhon nachgewiesen, daß Lenin recht hatte, wenn er feststellte, daß bei der Einheit der Gegensätze, die Einheit relativ, die Gegensätze aber absolut sind.[738]

So gelte es auch, schließt der Artikel, die deutsche Bestie bis in die Höhle zu verfolgen und ihr dort den Todesstoß zu versetzen.

Auf ideologischem Gebiet war es gewiß die Aufgabe der KPD, dann der SED, den Kampf gegen die „Ideologie der deutschen Bestie“ auf der Grundlage dieser beiden – den führenden Kadern der KPD sehr wohl bekannten – Artikel der Zeitschrift „Bolschewik“ weiterzuführen. Gerade dies geschah jedoch insbesondere in den Publikationen und im theoretischen Organ der KPD und der SED nach 1945 im Grunde nicht.

---

[736] „Die idealistische Dialektik Hegels und ihr Gegensatz zur marxistisch-dialektischen Methode“, in: „Bolschewik“, Nr. 9, 1944, deutsch in: „Materialien zum Studium des dialektischen und historischen Materialismus“, S. 148.

[737] Hegel: „Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte“, S. 526.

[738] Siehe hierzu Lenin: „Zur Frage der Dialektik“, Philosophische Hefte, 1915, Werke Band 38, S. 339. Siehe auch „Die revisionistischen Angriffe gegen die marxistisch-leninistische Philosophie zurückschlagen!“, „Gegen die Strömung“, Nr. 39, Dezember 1986.

Anhang 6: Alfred Klahr: „Gegen den deutschen Chauvinismus“

Alfred Klahr kämpfte im KZ Auschwitz – von den Nazis mit dem gelben Stern versehen – in der Kampfgruppe Auschwitz und arbeitete unermüdlich im Auftrag ihrer Leitung unter jüdischen Häftlingen. Er verfaßte 1944 im KZ Auschwitz, als die Massenvernichtung der europäischen Juden im nur wenige Kilometer entfernten Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ihren Höhepunkt erreicht hatte, die theoretische Arbeit „Gegen den deutschen Chauvinismus“.[739]

Diese großartige Arbeit des Mitglieds des ZK der KP Österreichs, der 1944 aus dem KZ Auschwitz fliehen konnte, von der Gestapo in Warschau gefaßt und ermordet wurde, ist nicht in den Organen der SED erschienen. Zuerst wurde die Arbeit 1957 in „Weg und Ziel“, dem theoretischen Organ der KP Österreichs, veröffentlicht. Diese Tatsache kennzeichnet eine Situation, die in den beiden Parteien nicht erst mit dem revisionistischen Verrat ihren Anfang genommen hatte, der drei Jahre nach Stalins Tod auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 besiegelt wurde.

Der wirklich tiefgehende und rücksichtslose Kampf gegen alle Formen des deutschen Chauvinismus wurde – wie ja bereits ausführlich beschrieben – auch nach dem 8. Mai 1945 kaum oder nur zurückhaltend proklamiert und noch weniger konsequent in der Praxis geführt.

---

[739] Alfred Klahr: „Gegen den deutschen Chauvinismus“ (Auschwitz 1944), in: Autorenkollektiv: „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum“ und Alfred Klahr: „Gegen den deutschen Chauvinismus“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 1997.

Alle weiteren Seitenangaben in dieser Anmerkung beziehen sich auf diese Ausgabe.

Alfred Klahr hat in dieser Schrift, tiefer und richtiger als alle Dokumente der KPD und SED nach 1945 zusammengenommen, Gesichtspunkte in folgenden Fragen herausgearbeitet:

- zur Geschichte der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus;
- über die Notwendigkeit der Wiedergutmachung als Element auch der Erziehung breiter Massen nazistisch verhetzter Werktätiger;
- über die Notwendigkeit der kritischen Sichtung der gesamten Geschichte Deutschlands auch in kultureller Hinsicht aus dem Blickwinkel der Explosion des Nationalismus in der nazifaschistischen Ideologie und Praxis;
- über die Notwendigkeit einer Kritik sämtlicher wesentlicher Dokumente der KPD, der Theorie und Praxis der KPD vor 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Klärung des Verhältnisses von demokratischem und sozialistischem Kampf und der Klärung der Frage, wie es dazu kam, daß die KPD gegenüber der Propaganda der Nazis in die Defensive geriet und deshalb in bezug auf verschiedene Themen der nationalen Frage zur Zeit der Weimarer Republik ins „Schlepptau" der Nazi-Propaganda geriet.

Grundlegend und vorbildlich an der Arbeit des Genossen Klahr ist, daß er gegen falsche Formen der Einschätzung des Nazifaschismus ankämpft, die den deutschen Faschismus ökonomistisch analysieren und die konkrete Analyse der Besonderheiten des Nazifaschismus ausklammern, ja ihn als „zufälliges Zwischenspiel" der deutschen Geschichte charakterisieren.

Wesentlich ist sein Verweis auf die Kritik Lenins am „großdeutschen Gedanken" bei Rosa Luxemburg 1916 (S. 105/106 und S. 117 ff.). Gleichzeitig hebt Klahr den Gedanken von Engels hervor, der die deutsche Geschichte (in Einklang mit Marx) als „fortlaufende Misere" darstellte, weil es keine echte siegreiche bürgerliche Revolution gegeben hat (S. 110/111).[740] Von großer Bedeutung ist auch die

[740] Zur Haltung von Marx und Engels siehe dort die Anmerkung 2 „Marx und Engels zur deutschen Geschichte als ‚fortlaufende Misere'„ (S. 121–123).

Einschätzung der nationalen Bewegung in Deutschland gegen Napoleon von 1813 bis 1815 als unter Führung der Junker stehend, die in vollem Einklang mit einer polemischen Passage Engels' gegen diese deutschtümlerische Bewegung steht (S. 108).[741]

Aber vielleicht von größter Bedeutung für die Einschätzung der Entwicklung der KPD/SED nach 1945 ist der Hinweis, daß die ökonomische Enteignung der Junker und des Finanzkapitals nicht schon das Problem des ideologischen Klassenkampfs zur Überwindung von Nationalismus und Spießertum in den Köpfen der Mehrheit der Werktätigen lösen kann.

Alfred Klahr schließt seine Arbeit mit den folgenden Ausführungen zu Frage der Mitschuld und Mitverantwortung, in denen die Hauptgesichtspunkte seiner Untersuchung zusammengefaßt werden und seine Herangehensweise deutlich wird:

> „Das deutsche Volk wird nach dem Kriege viel Mitverantwortung abzutragen haben, insbesondere seine Mitschuld, die es auf sich geladen hat als Werkzeug im konterrevolutionären Krieg gegen das Land des Sozialismus. Die Wiedergutmachung ist nicht nur, ja nicht sosehr eine materielle Frage. Vielleicht noch wichtiger vom Standpunkt der deutschen Revolutionäre, der fortschrittlichen Entwicklung Deutschlands wird sein, wie sich das deutsche Volk zur Pflicht der Wiedergutmachung verhält, ob es begreift, worin seine Schuld besteht, und daß es sich zur Wiedergutmachung als seiner Pflicht gegenüber der Sowjetunion bekennt. Eine solche Haltung setzt voraus eine, wenn man sagen kann, selbstkritische Überprüfung und Erkenntnis der deutschen Entwicklung von Seiten der fortschrittlichen politischen Kräfte in der deutschen Nation. Eine solche Haltung allein ist die Gewähr für die Ausmerzung reaktionärer, imperialistischer Vorstellungen aus den Gehirnen der deutschen Volksmassen.
>
> Die Schuld trifft die verschiedenen Klassen, die verschiedenen politischen Kräfte im deutschen Volk im verschiedenen Maß und in verschiedener Art. Das Ausmaß der materiellen und politisch-ideellen Wiedergutmachung und ihre Form wird daher auch entsprechend verschieden sein müssen. Es scheint mir klar, daß die deut-

[741] Siehe dort den Auszug aus einem Brief von Engels in der Anmerkung 3. „Engels zu den ‚Befreiungskriegen' gegen Napoleon 1813–1815", S. 123/124.

> schen Kommunisten bei der Neuorganisierung der Partei ihre führende Rolle gegenüber der Arbeiterklasse und der Nation nur werden erfüllen können, wenn sie bei dieser Prüfung der Vergangenheit der Nation vorausgehen und sie mit einer selbstkritischen Überprüfung der eigenen Haltung in verschiedenen Fragen verbinden, insbesondere, was die deutsche nationale Frage und den Kampf gegen die faschistische Ideologie betrifft." (S. 115/116)

All dies sind unbedingt richtige und notwendige Ausgangspunkte einer richtigen Linie der KPD nach dem Sieg über den Nazifaschismus.

☆ ☆ ☆

Sehr genau und differenziert diskutiert werden muß das schwerwiegende Grundproblem einer auf theoretisch klaren programmatischen Grundlagen beruhenden Politik des Herankommens an die sozialistische Revolution in einem 12 Jahre vom Nazifaschismus beherrschten Deutschland.

In diesem Zusammenhang müssen jedoch Positionen Alfred Klahrs zum Minimal- und Maximalprogramm der Revolution in Deutschland kritisiert werden:

1) Klahr spricht beim Übergang vom vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus von einer „Koalition zwischen Junkertum und Finanzkapital" (S. 109), was der richtigen Analyse Lenins widerspricht, der davon ausging, daß beim Übergang zum Imperialismus Junker und Bourgeoisie zum deutschen Finanzkapital verschmolzen sind, es also eine eigenständige soziale Klasse der Junker ab diesem Zeitpunkt nicht mehr gab.

Aus dieser falschen Analyse ergibt sich bei Klahr dann auch eine falsche Einschätzung zum Nazifaschismus:

> „Es genügt nicht, für Deutschland den Faschismus als die terroristische Diktatur der am meisten reaktionären und imperialistischen Kreise des Finanzkapitals schlechthin zu begreifen. Das Besondere in Deutschland ist die Diktatur dieser Schicht im Bündnis mit dem Junkertum." (S. 110/111)

Ist der erste Satz alleine noch im Sinne der Formulierung von Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß zu verstehen, daß die faschistische Diktatur eben von den reaktionärsten Elementen des jeweiligen Imperialismus durchgeführt wird, also von besonders imperialistisch-

reaktionären Politikern und ihren Parteien, die natürlich auch zum Finanzkapital gehören, so ist der zweite Satz eindeutig falsch. Denn es wird hier das Junkertum fälschlicherweise nicht zum Finanzkapital gerechnet, sondern als eigenständige soziale Klasse hingestellt.

Die richtige Einschätzung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale von 1935, daß der Faschismus die Macht des Finanzkapitals selbst ist und die politischen Regierungsgeschäfte des Finanzkapitals im Faschismus eben durch die reaktionärsten Elemente des Finanzkapitals, in Deutschland durch die Nazipartei, ausgeübt werden, steht im Widerspruch zu den Ausführungen Klahrs.

2) Klahr geht davon aus, daß der „Prozeß der Verschmelzung der deutschen Stämme zur deutschen Einheit (Nation)" 1871, ja 1918 nicht vollendet war (S. 104). Er ignoriert damit die Tatsache, daß, wie auch Marx und Engels analysiert hatten, spätestens 1871 die Herausbildung der deutschen Nation mit der Gründung des „Deutschen Reiches" unter der Hegemonie Preußens 1871 beendet war.

3) Klahr stellt an vielen Stellen zu Recht die Frage des Bewußtseins und des ideologischen Kampfes gegen den Faschismus und die reaktionäre Ideenwelt in den Köpfen der werktätigen Massen heraus. Klahr sieht aber auf der Grundlage seiner Vorstellung, daß die Junker in Deutschland eine eigene soziale Klasse darstellen und die Herausbildung der deutschen Nation noch nicht abgeschlossen sei, ***objektive Gründe,*** durch die eine Phase des demokratischen Kampfes nach dem Sieg über die Nazis notwendig werde, um quasi die gescheiterten demokratischen Revolutionen (1848 und 1918) in Deutschland zu Ende zu führen.

So etwa, wenn er in seinen Schlußfolgerungen als eine der „wichtigsten Voraussetzungen" für eine „demokratisch-fortschrittliche Entwicklung" fordert: „Das preußische Junkertum vernichtend zu schlagen, als soziale Klasse zu vernichten (enteignen)" (S. 114). Hier ist angelegt, daß die Enteignung der Junker, die längst mit dem Finanzkapital verschmolzen sind, nicht primär wegen ihrer engen Verknüpfung mit dem Nazifaschismus erfolgen soll, sondern weil objektiv eine Aufgabe der demokratischen Revolution gegen den Feudalismus noch nicht erfüllt sei, nämlich die Junker als „soziale Klasse" zu enteignen und zu vernichten.

So etwa auch, wenn er fordert: „Schaffung der Einheit der Nation mindestens durch Zuendeführung der bürgerlichen Revolution (...)" (S. 105).

Die Enteignung der Junker und von Teilen des Finanzkapitals als Bestandteil der Entnazifizierung nach 1945 in der SBZ und die Verbindung dieser Maßnahmen mit dem Herankommen an die sozialistische Revolution – das mußte ein wichtiger Bestandteil der programmatischen Arbeit der KPD/SED nach 1945 sein, die leider von ihr nicht bewältigt wurde. Die kritische Diskussion der Arbeit von Alfred Klahr hätte dazu ein wichtiger Beitrag sein können, sie fand aber nicht statt. Ja es wurde, wie bereits festgestellt, seine Schrift nicht einmal veröffentlicht.

Anhang 7: Paul Merker: „Das Dritte Reich und sein Ende"

Der einzige ***führende Kader der KPD,*** der 1945/46 wichtige und richtige Grundlagen für den Kampf gegen die Nazi-Ideologie systematisch dargelegt hat, war Paul Merker. Er hat sich in seinem im mexikanischen Exil verfaßten und im August 1945 erschienenen Buch „Das Dritte Reich und sein Ende"[742] angesichts der militärischen Niederlage der Nazis mit den Rassenideologien, insbesondere auch mit dem Antisemitismus der Nazis auf etwa 40 Seiten beschäftigt. Die kritische Auswertung dieser Gedanken, die nicht ohne Schwächen und Fehleinschätzungen waren,[743] wäre eine wichtige

[742] Paul Merker: „Das Dritte Reich und sein Ende", „Deutschland – Sein oder Nicht-Sein?", Band 2, Mexiko 1945, Frankfurt/Main 1972. Alle weiteren Seitenangaben in dieser Anmerkung beziehen sich auf diese Ausgabe.

[743] Zum Beispiel ging Merker davon aus, daß der Nazi-Pogrom vom November 1938 deshalb von den Nazis ausgelöst wurde, um u. a. den sich entwickelnden Widerstand gegen die Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei zurückzudrängen (S. 50). Das ist sicherlich falsch. Die Ursache dieses Fehlers liegt in einer viel zu positiven Einschätzung des Widerstands in Deutschland 1938. Kaum ein wirklich politischer Widerstand, kein Massenwiderstand war zu verzeichnen, als

Fortsetzung nächste Seite

Voraussetzung für den Kampf der KPD nach 1945 gegen Rassismus und Antisemitismus gewesen.[744]

Paul Merker setzte Ausgangspunkte für den Kampf gegen den nazistischen Rassismus und Antisemitismus. Er formulierte wesentlich entschiedener, weitergehend und konkreter als das ZK der KPD und ihr Vorsitzender Pieck:

> „Sollen Rassismus und Antisemitismus ausgerottet werden, so bedarf es deren Brandmarkung zum todwürdigen Verbrechen, so bedarf es ihrer Auslöschung aus den Hirnen der Erwachsenen und Kinder. Kein Buch, kein Pamphlet, keine Zeitung, keine Zeitschrift darf weiter existieren, die zur Verbreitung von Rassenhaß und Antisemitismus beitrugen. Jeder Redakteur, jeder Professor oder Lehrer muß verhaftet und auf das Strengste bestraft werden, der den Versuch unternimmt, dieses Gift auch weiterhin zu verstreuen oder eine Rechtfertigung des braunen Schreckensregimes zu versuchen. Alle den Nazismus und Nationalismus verherrlichenden Filme sind zu zerstören. Alle demselben Zweck dienenden Bauten, Monumente, Abzeichen und Namen sind zu vernichten." (S. 106)

- Paul Merker machte klar, daß der Nazi-These von der Geschichte als Geschichte von Rassenkämpfen, also der Übertragung von Gesetzmäßigkeiten aus der Tierwelt auf die menschliche Gesellschaft, die historisch-materialistische Erklärung der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft entgegengesetzt werden muß, um die Na-

---

Fortsetzung der Fußnote

die Synagogen brannten und Jüdinnen und Juden auf offener Straße ermordet und in KZs verschleppt wurden.

[744] Unseres Wissens ist dieses Buch von Paul Merker in der SBZ/DDR nicht neu aufgelegt bzw. auch nicht verbreitet worden. Laut einer Anmerkung in Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 1 (S. 531), sind 1946 lediglich Auszüge aus den beiden Bänden von Merker als Manuskriptdruck ohne Ortsangabe verbreitet worden. 1945 wurde das Buch von Merker nur kurz im Protokoll Nr. 46 des Sekretariats des ZK der KPD vom 24.11.1945 unter Tagesordnungspunkt 13 erwähnt: „13. Vorschläge von Schwab betr. Herausgabe des Buches von Paul Merker ‚Deutschland – Sein oder Nichtsein' (...) Gyptner wird beauftragt, das Buch von Paul Merker nochmals durchzusehen." (Benser u. a. (Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Band 1, S. 123) Was daraus geworden ist, ist den zugänglichen Dokumenten nicht zu entnehmen. Es gibt dort 1945/46 keinen weiteren Hinweis darauf.

zi-Ideologie an diesem Punkt wirklich an die Wurzeln gehend schlagen zu können (S. 17–22).

- Paul Merker setzte bei seiner Analyse des deutschen Rassismus wichtige Akzente und arbeitete vor allem heraus, daß und welche Funktion er auf der jeweiligen historischen Etappe für die deutsche Bourgeoisie hatte. Der grausame Höhepunkt der deutschen Rassenideologie ist der nazistische Rassismus. Es wird beispielhaft bewiesen, daß er seine Wurzeln in der deutschen Geschichte hat, daß der nazistische Rassismus ideologisch kaum etwas Neues erfunden hat, sondern alles, was er gebrauchen konnte, sich aus der deutschen Ideologie zusammengeklaubt und den historischen Bedingungen angepaßt hat.[745]

- Paul Merker ging auch ausführlich auf die Entwicklung des deutschen Antisemitismus ein. Er kritisierte den ungenügenden Kampf der deutschen Sozialdemokratie in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts gegen den Antisemitismus am Beispiel einer Formulierung in Bebels Rede gegen den Antisemitismus[746] und machte so eine der Wurzeln des Eindringens des Antisemitismus auch in die Arbeiterklasse deutlich.

- Merker arbeitete wesentliche Besonderheiten des nazistischen Antisemitismus heraus: er war vor allem eine ideologische Waffe zur Vorbereitung und Führung des imperialistischen Raubkriegs (S. 42/43), er war Mittel zur materiellen Korrumpierung der mittleren und unteren Nazifunktionäre (S. 47), er diente dazu, Millionen Deutschen einzuimpfen, den nazistischen „Massenmord freudig durchzuführen" (S. 47). Dafür war wesentlich: „Dieser praktischen Erziehung zur Herzlosigkeit, Unmenschlichkeit, Grausamkeit und zur Mordbe-

---

[745] Ähnlich formulierte auch Alexander Abusch in seinem 1946 geschriebenen und erschienenen Buch „Irrweg einer Nation", Berlin 1946, S. 247/248. (Siehe dazu Anmerkung 8: „Zum Buch von Alexander Abusch ‚Irrweg einer Nation – ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte' von 1946", S. 606 ff)

[746] Eine genauere Kritik zur Rede Bebels siehe: „Kritische Einschätzung der Rede August Bebels gegen den Antisemitismus von 1893" in: Beilage zum Flugblatt 11–12/98 von „Gegen die Strömung": „Der Novemberpogrom 1938: Vor aller Augen!", abgedruckt in: „Politische Stellungnahmen 1997–1998 zu Themen und Fragen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Sozialismus", S. 175 ff.

reitschaft dienten die kaltblütigen Folterungen und Mordtaten an wehrlosen politischen Gegnern und Juden." (S. 47)

- Merker analysierte auch die tiefe Verwurzelung des Nazi-Faschismus im deutschen Volk anhand von Zahlen für das Jahr 1939. Eine solche Analyse war zentral auch für den ideologischen Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus, denn nur so konnte differenziert und konkret verstanden werden, wie tief die ideologische Verseuchung bei bestimmten Schichten des deutschen Volkes ging, die sich ja immer auch durch die Nähe zum Nazi-System und der dadurch bedingten mehr oder weniger starken ideologischen Bearbeitung und Korrumpierung ergab.[747]

- Eine wichtige Idee entwickelte Paul Merker in bezug auf die aufzubauende demokratische Justiz:

> „Die gefaßten Verbrecher gehören vor Volksgerichte, die sich aus Opfern der nazistischen Diktatur zusammensetzen und zwar aus solchen, die jahrelang unter der Knute der SS-Totenkopfverbände in den Konzentrationslagern schmachteten, aus solchen, die man mißhandelte, die man bestahl, die man betrog, und denen man die Angehörigen erschlug, die man kaltblütig dem Hungertod auslieferte, ohne daß sie jemals Hilfe und Recht finden konnten." (S. 105)

- Ein besonderes Merkmal der Situation nach 1945 war, daß jeder Nazi möglichst schnell einen „Persilschein" wollte, um sich von etwaiger Beteiligung an Nazi-Verbrechen freisprechen zu lassen. Zu diesem Zweck wurden z. B. alle möglichen Dokumente gefälscht, die die angebliche „Antinazi-Haltung" auch der schlimmsten Nazis beweisen sollten. Paul Merker arbeitete einen Grundsatz heraus, der auch gerade angesichts dieser Situation unbedingt befolgt werden mußte, um die Entnazifizierung maximal durchführen zu können:

> „Keinem ehemaligen nazistischen Funktionär, keinem ehemaligen bewährten nazistischen Parteimitglied, keinem SS-Mann, keinem

---

[747] Merker ging davon aus, daß 1939 die Gesamtzahl derjenigen, die unter dem Einfluß der Nazis standen, mindestens 22,5 Millionen betragen hat, also 50 Prozent der erwachsenen Bevölkerung von 45 Millionen. 1939 waren etwa 7 Millionen Menschen in Deutschland einseitig nazistisch erzogen worden, d. h. sie hatten alle Stadien der nazistischen Erziehung durchlaufen (S. 55). Merker geht davon aus, daß es 5 bis 6 Millionen nazistische Funktionäre gab (S. 57).

SA- oder NSKK-Funktionär darf Glauben geschenkt werden. Sie alle sind im Geiste der Lüge, der Hinterhältigkeit, der Demagogie, der vollkommenen Charakterlosigkeit, des Terrorismus, des Raubes und des Mordes erzogen worden. Sie alle stehen mit ihren ‚Ehrbegriffen' denjenigen der Antinazisten unversöhnlich gegenüber. Sie alle werden für ihre persönliche Unbill, den Verlust ihrer Macht und ihres Raubes nicht sich selbst und ihrem Regime die Schuld geben, sondern dem ‚Neid der Sklavenvölker', dem ‚Haß der Juden', den ‚Weltherrschaftsplänen der Bolschewiken'. Sie alle werden sich, je weniger ihnen blieb, desto mehr mit dem Gedanken trösten, zur Herrenrasse, zur Creme der Menschheit zu gehören. Sie werden sich vor den Besatzungsbehörden einerseits, wie schon heute unzählige Beispiele beweisen, bis in den Staub verbeugen, und zur selben Stunde auf blutige Rache sinnen. Am Tage werden sie, wenn ihnen die Gelegenheit dazu geboten wird, die ergebenen, tadellosesten Diener der Besatzungsbehörden sein, bei Nacht aber als Mitglieder von Feme-Gerichten amtieren, Antinazisten und Juden überfallen und Sabotage verüben oder verüben lassen." (S. 104)[748]

Die deutschen Antifaschisten mußten mit Hilfe und im Bündnis mit den Antifaschisten aller von den Nazis besetzten Länder und den alliierten Armeen sowie allen Gruppen, gegen die die Nazis Verbrechen verübten, wie die jüdische Bevölkerung, Sinti und Roma, Behinderte und Kranke, Homosexuelle, die möglichst vollständige Aufklärung aller Nazi-Verbrechen durchführen. Paul Merker stellte dazu 1945 die umfassende Aufgabe:

„Um diese Sintfluten von Blut zu schildern, Täter und Opfer mit Namen, Herkunft und Beruf der Welt zur Kenntnis zu bringen, müßten hundertbändige Bücher geschrieben werden. Um diese Orgien der feigen Energie gegen Wehrlose den deutschen Volksmassen in ihrem ganzen Ausmaße vor Augen zu führen, sollten die amtlichen Feststellungen in Millionen Exemplaren veröffentlicht und verbreitet werden, welche die Außerordentlichen Regierungskom-

[748] Paul Merker macht noch ein weiteres großes Problem bewußt: „Selbst bei energischstem Vorgehen wird es außerordentlich schwierig sein, aller schweren Verbrecher habhaft zu werden; denn wie wir gesehen haben, trat selbst in der Nazi-Zeit nur ein Teil offen auf: Viele waren im Geheimen als SD- und VBD-Spitzel (Spitzel des „Volksbeobachtungsdienstes", einer Unterorganisation des SD, A. d. V) auf alle Institutionen des Staates, der Wirtschaft und der Armee verstreut." (S. 105)

missionen in Staropol, Orel, Stalino, Kiew, Karelien, Litauen, Lettland, Estland, Lemberg, Minsk, Charkow und vielen anderen Orten gemacht haben. Ebenso die Berichte, Protokolle und photographischen Aufnahmen, welche von den Exilregierungen von Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg, der Tschechoslowakei, von den Regierungen Frankreichs, Polens, Jugoslawiens und Griechenlands gesammelt wurden. Diese Dokumente enthüllen, wie – es gibt keine Worte, um ein solches Ausmaß entfesselter Bestialität zu charakterisieren – Millionen friedlicher Menschen, Männer, Frauen und Kinder, Kriegs- und Zivilgefangene, Juden, Slawen, Romanen und Germanen ermordet, Millionen Menschen als Sklaven nach Deutschland verschleppt, wie Millionen Tonnen Lebensmittel, industrielle Fertig- und Rohprodukte, Millionen Stück Vieh geraubt oder verbrannt wurden. Diese Berichte würden dann dem zum Teil in Unwissenheit gehaltenen deutschen Volk zeigen, wofür es die Mitverantwortung trägt." (S. 100/101)[749]

Paul Merker formulierte 1945 programmatisch die Haltung zur Rückerstattung geraubten Eigentums, insbesondere des jüdischen – eine Forderung, die in der SBZ/DDR keineswegs verwirklicht wurde:[750]

„Alles geraubte Eigentum, besonders dasjenige der deutsch-jüdischen Bevölkerung ist ohne juristische Formalitäten an den rechtmäßigen Besitzer zurückzuerstatten ohne Rücksicht darauf, ob

---

[749] Paul Merker hat auch selbst in seinem Buch immer wieder Nazi-Verbrechen herausgestellt, insbesondere die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Europas. „Damit (mit den Deportationen nach Polen, A. d. V.) begann die systematische Vernichtung jüdischer Einwohner von Deutschland, Polen, der baltischen Sowjetrepubliken, Weißrußlands und der Ukraine." (S. 99)

[750] Vielmehr diente die völlig berechtigte und gerechte Forderung Merkers nach vorbehaltloser Rückerstattung des von den Nazis geraubten Eigentums, insbesondere des jüdischen, der Führung der SED 1952 dazu, den Ausschluß Merkers aus der SED zu „begründen", weil er damit die „Verschiebung von deutschem Volksvermögen" gefordert habe („Erklärung des ZK der SED vom 20.12.1952", in: „Dokumente der SED", Band IV, Berlin 1954, S. 206). Siehe dazu auch den Kasten „Antisemitische Positionen des ZK der SED 1952" in: Flugblatt 11–12/98 von „Gegen die Strömung": „Der Novemberpogrom 1938: Vor aller Augen!", S. 146 ff

abgedruckt in: „Politische Stellungnahmen 1997–1998 zu Themen und Fragen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Sozialismus", S. 175 ff.

es unterdessen veräußert wurde und ob es sich in zweiter, dritter oder vierter Hand befindet." (S. 106)

Anhang 8: Zum Buch von Alexander Abusch „Irrweg einer Nation – ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte" von 1946

Das Buch „Irrweg einer Nation"[751] von Alexander Abusch, Mitglied des ZK der SED, wurde im Exil in Mexiko geschrieben, 1946 fertiggestellt und das erste Mal in der SBZ veröffentlicht.

1. Überblick

Auf ca. 270 Seiten stellt sich Abusch die Aufgabe, die deutsche Geschichte zu analysieren im Hinblick darauf, welche „Wendepunkte der deutschen Geschichte" zum Aufkommen und Entstehen des Nazifaschismus führten oder dies erleichterten (S. 6). Abusch macht klar, daß eine solche Analyse unumgänglich ist, um den Kampf für ein demokratisches Deutschland überhaupt führen zu können:

> „Um zu wissen, wohin Deutschland nun gehen soll, muß geklärt sein, woher das Deutschland Hitlers kam." (S. 6)

Abusch beginnt seine Analyse im 13. Jahrhundert und endet direkt nach 1945 mit einem Ausblick auf die antinazistischen Aufgaben der kommunistischen Kräfte.

Zu den „Wendepunkten der Geschichte" zählt Abusch zu Recht die Reformation, die sogenannten „Befreiungskriege" gegen Napoleon, die Revolution von 1848, die Schaffung eines einheitlichen deutschen Nationalstaats durch das reaktionäre Preußentum 1870, die

---

[751] Alexander Abusch: „Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte", Berlin 1946. Alle Seitenzahlen beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf diese Quelle.

Rolle des reaktionären Preußentums bei der Entstehung des besonders aggressiven deutschen Imperialismus, den ersten Weltkrieg und den offenen Verrat der meisten Führer und Parteien der II. Internationale, die Novemberrevolution von 1918 sowie die Weimarer Republik und damit im Zusammenhang die Rolle der SPD sowie die Politik der KPD bis 1933.

Bei der Analyse dieser „Wendepunkte" versucht Abusch herauszuarbeiten, welche demokratischen und fortschrittlichen Kräfte zu der jeweiligen Zeit vorhanden waren, welche Chancen bestanden, die Geschichte Deutschlands durch eine tiefgreifende Revolution grundlegend zu verändern, und wie es den reaktionären Kräften immer wieder gelang, die fortschrittlichen Kräfte zu besiegen und die „alten" Verhältnisse zu restaurieren. Abusch zitiert Marx' Worte: ***„Wir haben nämlich die Restaurationen der modernen Völker geteilt, ohne ihre Revolutionen zu teilen."*** (S. 102)[752]

Diese besondere geschichtliche Entwicklung im Gegensatz etwa zu Frankreich oder England, wo es siegreiche Revolutionen gegen reaktionäre Kräfte gab, bezeichnet Abusch mit einem Wort von Engels als die ***„deutsche Misere"*** (S. 65).[753] Diese richtige Position von Abusch vom Irrweg der deutschen Nation ist später im „Neuen Deutschland" direkt attackiert worden.[754]

2. Wichtige und richtige Positionen

Einige zentrale richtige Positionen von Abusch sollen hier hervorgehoben werden:

Bei Abusch sticht hervor, daß er in einem eigenen Kapitel im Kern richtig und detailliert die ***Mitschuld*** der werktätigen Massen der

---

[752] Marx: „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung.", 1844, Marx/Engels Werke, Band 1, S. 379. Vgl. auch: „Krieg den deutschen Zuständen!", in: „Rot Front", Nr. 1, Januar 1996, S. 123 ff.

[753] Vgl. Engels: „Brief an F. Mehring vom 14. Juli 1893, Marx/Engels Werke Band 39, S. 99.

[754] Fritz Lange im „Neuen Deutschland" vom 1.6.1952, in: Lange: „Die Volkserhebung von 1813", S. 7.

deutschen Bevölkerung an den Nazi-Verbrechen und die daraus resultierende Pflicht zu Reparationszahlungen behandelt. Abusch stellt fest:

> „Durch die Haltung seiner Mehrheit konnte das deutsche Volk von 1933 bis 1939 allmählich in ein Instrument der Weltbedrohung verwandelt werden. Das deutsche Volk kann die Verantwortung dafür nicht ablehnen, daß Deutschland – mitten in der hochentwickelten Zivilisation des 20. Jahrhunderts – zum Hort der entmenschten Theorie und Praxis Hitlers wurde. Wenn die Deutschen von der Nazidiktatur auch selbst mörderisch unterdrückt wurden, so waren sie im Jahre 1933 doch nicht mitten im Schlaf überfallene Opfer." (S. 254/255)[755]

Abusch betont, daß davon gerade auch die Arbeiterklasse nicht ausgenommen werden kann:

> „Viele deutsche Arbeiter, die in der Sowjetunion das Land der sozialistischen Menschenrechte erblickt und es zu verteidigen gelobt hatten, bedeckten sich mit der Schmach der gefügigen Teilnahme am Kriege gegen dieses Land." (S. 259)

Sehr wichtig ist auch die Feststellung von Abusch, daß der opferreiche Kampf einer kleinen Minderheit, der deutschen Kämpferinnen und Kämpfer gegen den Nazifaschismus, „die Ehre Deutschlands ***nicht*** zu retten vermochten" (S. 263). Das steht im diametralen Gegensatz zu diversen Behauptungen in der SED von damals und aus späteren Jahren, daß der deutsche Widerstand die „Ehre der Arbeiterklasse" oder gar „die Ehre Deutschlands" gerettet habe. Abusch hinterfragt allerdings nicht die Phrase von der „Ehre Deutschlands", die unserer Meinung nach als nationalistische Kategorie abzulehnen ist.

Gegen das unerträgliche nationalistische Gejammer von dem 1945 angeblich ach so armen deutschen Volk stellt Abusch heraus:

---

[755] Es stimmt, daß die Nazis den deutschen antinazistischen Widerstand mit Mord, Folter und Terror bekämpften, keineswegs war es aber so, wie Abusch formuliert, daß „die Deutschen mörderisch unterdrückt wurden". Abusch ignoriert mit dieser Position, daß die Nazis Millionen Anhänger in der deutschen Bevölkerung hatten, die freiwillig auf der Seite der Nazis standen und von diesen keineswegs „mörderisch unterdrückt" wurden.

„Das Besondere an der Lage nach dem zweiten Weltkrieg ist jedoch, daß die demokratischen Völker der Welt ihre Opfer brachten, um auch das deutsche Volk aus seiner schwersten Verwirrung und Schuld zu seiner eigenen Befreiung zu führen. (...)

Die Deutschen müssen wiedergutmachen, was deutsche Hände verbrachen. Ohne diesen ersten und ehernen Grundsatz kann es keine moralische Erneuerung des deutschen Volkes geben. (...) die Vernichtung der Naziverbrecher ist nur ein Teil der deutschen Selbstreinigung. (...)

Die erzieherische Mühe – nach der Befreiung der Erziehung aus ihren militärischen Fesseln – wird nicht gering sein, bis die Spuren der zwölf Jahre und des falschen politischen Erbes aus den Köpfen besonders junger Menschen gelöscht sein werden." (S. 267–269)

Zutreffend ist auch Abuschs Feststellung, daß bei der Entnazifizierung von „den eigenartigen Verhältnissen einer jahrelangen Besetzung durch die Armeen der Vereinten Nationen" (S. 268) auszugehen ist..

Die Auseinandersetzung mit dem „falschen politischen Erbe" in Deutschland, welches den Sieg des Nazifaschismus begünstigt hat und diesen in gewisser Weise erst ermöglicht hat, steht im Mittelpunkt des Buches von Abusch. Er fordert die tiefgehende Kritik der gesamten deutschen Geschichte:

„Da Hitler siegte, kann sich die deutsche Selbstkritik nicht mehr auf die Jahre vor und nach 1933 beschränken. Die Enthüllung aller reaktionären Elemente in der deutschen Geschichte, Literatur und Philosophie, die zu Wegbereitern für Hitler werden und seine Herrschaft begünstigen konnten, ist zur unabdingbaren Verpflichtung geworden. Die ganze verpfuschte Geschichte der deutschen Nation steht zur Kritik in dieser Selbstprüfung, die eine tiefe Selbstreinigung erstrebt." (S. 257)

Als ein solches reaktionäres Element analysiert Abusch etwa die vor allem seit 1812/13 sich verstärkt ausbreitende Deutschtümelei, den reaktionären deutschen Nationalismus. Hier ist vor allem die im Kern richtige Bewertung der sogenannten „deutschen Befreiungskriege" von 1812/1813 durch Abusch hervorzuheben:

„Der deutsche Befreiungskrieg hatte an dem inneren Zwiespalt gelitten, daß verrottete Monarchien ihn gegen einen fremden Eroberer führten, der mit der Bauernbefreiung und dem Code Napoleon als Herold des Fortschrittes in Deutschland auftrat. (...) Da es ***kein***

> ***Freiheitskrieg,*** sondern eine Restauration der alten Mächte geworden war, breitete sich die ganze romantische Verseuchung im Volke weiter aus, die aus der Literatur seit dem Beginn des Jahrhunderts und besonders seit der Niederlage von Jena[756] geströmt war. Der Sieg der Reaktion wirkte geistig vergiftend auch auf die Opposition.
>
> (...) Der Kreis um den ‚Turnvater' Jahn, die Burschenschaften und die neue Turnerbewegung, richtete den Blick zurück auf das Mittelalter und die alten Germanen.
>
> (...) Diese Deutschtümelei war ein Fäulnisprodukt der Zeit, in der die vorwärtstreibenden Strömungen der Gesellschaft in Fesseln geschlagen wurden. Da wucherten Romantik, Phantasterei und ein mittelalterlicher Mystizismus auf." (S. 85/86, Hervorhebung RF)

In enger Verbindung damit steht, wie Abusch analysiert, die Tendenz der deutschen Intellektuellen, der meisten deutschen „Dichter und Denker", der meisten sogenannten „großen Deutschen" von Goethe und Schiller bis Hegel, sich nicht der kläglichen Realität der „deutschen Misere" zu stellen. Statt das Wort als Ansporn zur revolutionären Tat, zur radikalen Vernichtung dieser deutschen Zustände einzusetzen, entflohen sie in eine Traumwelt, in das „innere Reich" der Deutschen, um sich praktisch mit den bestehenden reaktionären Verhältnissen abzufinden oder diese gar zu rechtfertigen und zu verherrlichen, wie das Hegel mit dem reaktionären preußischen Staat tat. In der deutschen Romantik entstand so, wie Heine es nannte, von Abusch zitiert, das „ekelhafte Gemisch von gotischem Wahn und modernem Lug" (S. 151).

> „Die Flucht in die ‚Innerlichkeit' wurde für die deutschen Bürger meist eine Flucht vor der gesellschaftlichen Verantwortung und einer der ideellen Gründe für den ‚Mangel an Zivilcourage'. Der praktische Deutsche, mit anerzogenen romantischen Vorstellungen vom eigenen Land und der Welt konnte als unpraktischer Politiker leichter die Beute jedes dahergelaufenen Abenteurers werden." (S. 162)

Abusch zeigt auch, daß hinter dem romantischen Schein Nietzsches in Wirklichkeit der Wunsch nach einer „neuen Ordnung" steckte, die auf ein in tiefster Sklaverei gehaltenes Volk gegründet ist, um – wie

---

[756] Vernichtende Niederlage Preußens gegen die napoleonische Armee 1806, A. d. V.

Nietzsche schrieb – „einen Teil der Menschen auf Kosten der anderen zu einer höheren Rasse zu erziehen" (S. 160).

Hier sieht Abusch im Zusammenhang mit anderen reaktionären Strömungen ein direkte Verbindung zur Ideologie der Nazis:

> „Dreißig Jahre nach Nietzsche hatte sich dessen Theorie vom Herrentum auch mit dem Rassen-Antisemitismus Dührings vermischt. Oswald Spengler konnte schreiben: ‚Nietzsches Herrenmoral ist eine Realität.' Die deutschen Monopolkapitalisten hatten gerade den ersten Weltkrieg verloren, – sie suchten die Ideologie für den zweiten, die dann ein Goebbels als ‚stählerne Romantik' etikettierte." (S. 162)

Abusch lenkt berechtigterweise auch die Aufmerksamkeit auf die Zeitspanne des sogenannten Wilhelminismus in den Jahren nach 1870, nach der Herstellung der deutschen Einheit „von oben" durch Bismarck unter Vorherrschaft Preußens, und besonders im Zusammenhang mit dem Anbruch der neuen Epoche des Imperialismus. Der „Wilhelminismus", die Verkörperung der Ideologie und Politik des besonders aggressiven deutschen Imperialismus, der schließlich 1914 den ersten Weltkrieg anzettelte, war geprägt vom zunehmenden Hervortreten des offen rassistisch auftretenden Antisemitismus und von der mehr oder minder offenen Verkündung des deutschen Herrenanspruchs über alle anderen Völker:

> „Unzweifelhaft hat diese wilheminische Zeit bestimmte Züge im Denken und Verhalten von vielen Deutschen, die seit der Reformation und der Niederlage von 1848 vorhanden waren, einseitig weiter entwickelt und schärfer ausgeprägt. Das trug dazu bei, daß später die ‚Herrenrasse'-Theorie der Nazis auf einen so geringen geistigen Widerstand im deutschen Bürgertum und bei der Mehrheit seiner Intellektuellen stieß. Die Studenten stellten schon nach 1918 die Kaders für die gegenrevolutionären Freikorps, für Hitlers SA und SS. " (S. 187)

Bereits in dieser Zeit wurde massenhaft als Ideologie verankert

> „das ‚Alles-ist-erlaubt' für den Kriegsfall, daß man sich in Feindesland als Angehöriger des ‚Herrenvolkes' fühlen und brutal benehmen darf, wenn man schon im eigenen Lande sich zu ducken hatte und sich schikanieren lassen mußte." (S. 188)

Nachdem Abusch diese und weitere reaktionäre Elemente im einzelnen herausgearbeitet hat, analysiert er, daß und wie ideologisch alle reaktionären Elemente der deutschen Geschichte im Nazifa-

schismus verdichtet und vielfach noch potenziert worden sind. Die Ideologie der Nazipartei faßt er wie folgt zusammen:

> „Sie vermanschte in ihrer Ideologie alles, was es an reaktionärer Ideologie je in Deutschland gegeben; aber das Irrationale wurde nun organisiert, die Zerstörung der Vernunft schlau und zweckbewußt bedacht, um einen neuen blind-aggressiven Nationalismus hochzuzüchten. Das von Heinrich Heine gebrandmarkte ekelhafte Gemisch ‚von gotischem Wahn und modernem Lug' hat in der Nazipartei erst seine Vollendung erreicht. Ihre Besonderheit bestand darin, daß sie in der Tagespolitik mit wahllosen Versprechungen an alle Volksschichten operierte, die ihren ‚nationalen Sozialismus' zugkräftig machen sollten. Diese ‚sozialistischen' Forderungen waren nur die dünne Hülle um ihre blutrünstige Ideenwelt: die Anbetung des preußischen Militarismus; der tierische Haß gegen die slawischen Völker und die Franzosen, von Hitler programmatisch formuliert; der Antihumanismus der Germanen, wie ihn Rosenberg sich erlogen; der Antisemitismus, von Streicher bis Goebbels zur Pogromhetze aufgepeitscht; die Lehre von der ‚Herrenrasse', zusammengestoppelt aus den Theorien der reaktionären Rassentheoretiker Europas und der Deutschen bis Günther; die mittelalterliche Phantasie von dem europäischen ‚Reich' aller Deutschen, nun von Kurt Moeller van den Bruck zum kommenden ‚Dritten Reich' mystisch verdichtet und von den Nazis sofort als Schlagwort in ihren Dienst gestellt." (S. 200/201)

Die Herren des deutschen Finanzkapitals waren Anfang der dreißiger Jahre zu dem Schluß gelangt, daß selbst die Gewährung begrenzter bürgerlicher Freiheiten und Menschenrechte entschieden im Widerspruch stand zu ihrem Ziel, in einem neuen Anlauf unter Einsatz aller Mittel die ganze Welt herauszufordern. Denn vor allem konnten diese minimalen bürgerlichen Rechte von der revolutionären Arbeiterklasse für den Kampf gegen den deutschen Imperialismus im Interesse der Vorbereitung der sozialistischen Revolution genutzt werden. Die von den Nazis offiziell verkündete Bestialität, das nazistische „Alles ist erlaubt" war eben das, was die deutschen Imperialisten für ihre aggressiven revanchistischen und militaristischen Ziele, für die Versklavung anderer Völker bis hin zu deren vollständigen oder teilweisen Vernichtung benötigten. Daher beriefen sie 1933 die Nazipartei zur Macht (vgl. dazu bei Abusch S. 190–203).

Sehr wichtig ist, daß die Analyse von Abusch auch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einschließt, deren kritische und selbstkritische Untersuchung er fordert:

> „Die deutsche Arbeiterklasse, die nach ihrer ganzen Vorgeschichte auch die fortschrittlichste Kraft eines demokratischen Deutschlands zu sein berufen ist, wird mit dem ‚alten theoretisch-rücksichtslosen Geist' in der Selbstkritik weit zurückgreifen müssen. Sie wird dabei keine der falschen und feindlichen Ideologien bis in die Zeit von Marx und Lassalle vergessen, die zum Unglück für die deutsche Arbeiterbewegung in acht Jahrzehnten ausschlugen." (S. 269)

Wie konnte der Nazifaschismus 1933 siegen, ohne zumindest auf den energischen Widerstand der Arbeiterbewegung zu stoßen? Abusch nennt als eine Quelle für den „Verrat an einer geschichtlichen Aufgabe" 1933 die „lassalleanischen Ideen, die das spätere Eindringen der imperialistischen Ideologie in die deutsche Arbeiterklasse vorbereitet hatten." (S. 205) Der verderbliche Einfluß des Lassalleanertums, das sich direkt mit der reaktionären Ideologie und Politik Bismarcks verband, wird dabei zutreffend als eine Wurzel des Rechtsopportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung herausgestellt.

Abusch schildert relativ ausführlich den Kampf von Marx und Engels gegen Lassalle, insbesondere gegen den Prinzipienhandel von Gotha 1875. Er prangert auch an, daß Wilhelm Liebknecht 1895 das Vorwort von Engels zu Marx' Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich" verfälscht veröffentlicht hat, so daß Engels gar als Anhänger des „friedlichen Wegs" erschienen ist (S. 211).

Diese Positionen von Abusch unterschieden sich in vielem von dem, was damals in der KPD und später in der SED propagiert wurde. Doch bleibt das Buch zugleich in verschiedenen wichtigen Fragen der falschen Linie der KPD/SED verhaftet. Das zeigt sich an verschiedenen Punkten.

3. Fehler, Mängel und Diskussionspunkte

Erstens. Abusch grenzt sich teilweise gut gegen die Deutschtümelei ab und zeigt dabei auch Wurzeln der „völkischen" Nazi-Ideologie auf (siehe S. 132 ff.). Trotz aller Kritik an der deutschen Geschichte setzt Abusch dem dennoch den positiven Bezug zur deutschen Nation

entgegen. Abusch geht bei seiner Einschätzung von einem falschen Begriff von „deutsch" aus. Dieser bedeutet für ihn an vielen Stellen per se etwas „Fortschrittliches". Reaktionäre Kräfte werden in dieser Logik dann oftmals ganz falsch als „antideutsch" und „antinational" charakterisiert. So werden das reaktionäre Preußentum als „antideutsch" (S. 55), die Nazis als „Verderber der deutschen Nation" (S. 246) bezeichnet. Auf dieser Basis wird der notwendige Kampf gegen den deutschen Nationalismus in wichtigen Bereichen nicht geführt, ja selbst nationalistische Positionen werden von Abusch übernommen und propagiert. So gibt Abusch deutsch-nationalistische Tiraden von Ernst Moritz Arndt unkritisiert wieder, in denen dieser von „deutscher Soldatenehre" tönt, von „Land und Volk", die angeblich „unsterblich und ewig sein" sollen (S. 75). Diesem deutschen Nationalismus gibt Abusch seine Zustimmung und zeichnet ihn mit dem Etikett einer „Unbändigkeit des Freiheitswillens" (S. 74) aus.

Zweitens. Abusch zeigt teilweise sehr gut Wurzeln des Rechtsopportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung auf, ausgehend vor allem vom schädlichen Einfluß der nationalistisch-reformistischen Ideologie Lassalles. Doch bei seiner Einschätzung der Arbeiterbewegung nach 1914 beschönigt er die konterrevolutionäre deutsche Sozialdemokratie und verbleibt dabei ganz im Rahmen der Propaganda zur Zeit der Vorbereitung der Vereinigung der KPD mit der SPD in der SBZ 1945/46. So schreibt er:

> „Die Sozialdemokratische Partei hatte – trotz ihres tiefen Falles in den Jahren 1914/18 – die historische Gelegenheit, sich in ihrer Theorie und Praxis zu erneuern und die demokratische Revolution zu Ende zu führen." (S. 230)

In Wirklichkeit war die Sozialdemokratie, wie Rosa Luxemburg treffend feststellte, nach 1914 ein „stinkender Leichnam". Nicht die illusionäre Hoffnung auf eine „Erneuerung" der Sozialdemokratie, sondern der tiefgehende politische, ideologische und organisatorische Bruch mit ihr, die Gründung der KPD stand auf der Tagesordnung. Die konterrevolutionären Taten der SPD nach 1914 unter Führung von Noske 1918 oder der „Blutmai" 1929 werden mit keiner Silbe erwähnt. Die konterrevolutionäre SPD nach 1914 wird völlig falsch als „demokratische Kraft" und „Arbeiterpartei" (S. 239) eingeschätzt.

Drittens. Abusch weist zu Recht darauf hin, daß es in Deutschland niemals eine durchschlagende siegreiche bürgerlich-demokratische Revolution gegeben hat, die gründlich alle feudalen Verhältnissen zerschlagen und vernichtet hätte. Dies verleitet ihn, und dabei steht er ganz im Rahmen der damaligen Linie der KPD/SED, zu der falschen Einschätzung, daß in Deutschland bis 1945 im Grunde nur eine demokratische Revolution möglich gewesen sei. An einer Stelle erwähnt Abusch zwar noch, daß die Novemberrevolution 1918 deshalb keine sozialistische sein konnte, weil dafür die subjektiven Voraussetzungen fehlten, „weil es um diese Zeit keine zielklare sozialistische Massenpartei in Deutschland gab" (S. 226). Ansonsten spricht Abusch durchgängig nur von einer anstehenden „demokratischen Revolution".

Es ist eben ein Fehlschluß mit weitreichenden Auswirkungen auf die Strategie und Taktik, aus der Unmöglichkeit der sofortigen Durchführung der sozialistischen Revolution 1945 (aufgrund des fehlenden proletarischen Klassenbewußtseins infolge des Nazifaschismus) zu folgern, daß eine sozialistische Revolution überhaupt bis zu diesem Zeitpunkt in Deutschland nicht möglich gewesen sei und nicht auf der Tagesordnung gestanden habe. Damit lenkt Abusch im Grunde auch von der entscheidenden Bedeutung des Nazifaschismus als Ursache für diese Situation ab.

Viertens. Abusch bewertet – teilweise im Widerspruch zu dem, was er ein paar Seiten zuvor oder danach schreibt – Persönlichkeiten und Strömungen in der deutschen Geschichte vielfach noch viel zu positiv. So behauptet er zum einen, „daß der Freiherr vom Stein nicht preußisch von Gesinnung war" (S. 65), daß er „eine Gestalt von einem fortschrittlichen Geist" (S. 66) gewesen sei. An anderer Stelle aber stellt er über Stein fest, daß dieser „doch bewußt und unbewußt von der Ideologie des mittelalterlichen Reichsritterstandes geleitet" (S. 79) war, daß dieser „nicht ein bürgerlicher Revolutionär" war, sondern „er blieb ein adlig-liberaler Reformer" (S. 80).

Noch mehr gilt das für Abuschs Einschätzung von Ernst Moritz Arndt. Diesen bezeichnet er als einen „patriotischen Künder der Freiheit" (S. 84) und zitiert dessen nationalistische Tiraden – wie bereits festgestellt – an einer Stelle (S. 74/75) positiv. Der Antisemitismus von Arndt wird von Abusch gar nicht erwähnt. An anderer Stelle stellt Abusch im Zusammenhang mit der Anprangerung der

Deutschtümelei dann aber immerhin fest, daß dieser reaktionären Strömung „auch Arndt verfiel" (S. 86).

Fünftens. Zutreffend stellt Abusch fest, daß der Nazifaschismus nicht allein ein „modernisiertes Preußentum" war. Dennoch erscheint es uns mehr als problematisch, wenn Abusch über das Preußentum behauptet, daß dieses zwar reaktionär war und „viele dunkle Züge" trug, aber angeblich „doch bestimmte Ehrbegriffe" besessen habe (S. 246), was der Einschätzung von Marx und Engels diametral entgegensteht.[757]

Sechstens. Sehr wichtig ist, daß Abusch in seinem Buch auch das Thema der sogenannten „großen Deutschen" aufwirft und behandelt: Kant, Goethe, Hegel, Beethoven usw. Bei aller berechtigter Kritik an der Flucht deutscher Intellektueller vor der deutschen Misere in „das ‚innere Reich' der Deutschen", erscheint uns die Einschätzung von Abusch dennoch insgesamt zu unkritisch. So kommt bei ihm zum Beispiel nicht die treffende kritische Bemerkung von Engels zum Tragen, der auf den „Philisterzopf" Goethes hinwies.[758]

Im Grunde macht die Arbeit von Abusch eine sehr große, noch anstehende und absolut unumgängliche Aufgabe deutlich: die Aufarbeitung und vielfach damit auch anstehende Abrechnung mit der Verherrlichung der „deutschen Klassik", den „großen Deutschen" usw. – im Gegensatz zur Lobhudelei und deutschtümelnden „Verehrung", wie sie die SED vor allem in späteren Jahren betrieb.

Siebtens. Abusch kommt in seinem Abriß zur deutschen Geschichte zwar verschiedentlich auf den Antisemitismus zu sprechen, aber die systematische Entlarvung des Antisemitismus kommt insgesamt zu kurz. So bezeichnet er zwar Martin Luther als „größte geistige Figur der deutschen Gegenrevolution für Jahrhunderte" (S. 23), läßt aber Luthers Antisemitismus unerwähnt.

Achtens. Auch wenn es der Schwerpunkt des Buches von Abusch ist, den historischen Wurzeln nachzugehen, die zum Nazifaschismus

---

[757] Siehe Anmerkung 4: „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum", S. 599 ff.

[758] Engels: „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie", 1886, Marx/Engels Werke Band 21, S. 269.

geführt haben, ist eine Schwäche seines Buches, daß die Verbrechen der Nazis nicht genauer und umfassender dargestellt werden, sondern deren Kenntnis vorausgesetzt wird.

☆ ☆ ☆

Diese Kritiken und kritischen Einwände ändern unterm Strich nichts daran, daß das Buch von Abusch auf diesem wichtigen Feld des Kampfes gegen die bürgerliche Ideologie ein entscheidender Meilenstein war und bis heute ist (neben Paul Merkers Buch „Das Dritte Reich und sein Ende").[759] Nach seinem Erscheinen wäre es die Aufgabe der KPD/SED gewesen, es als einen wichtigen Ausgangspunkt zu betrachten, es solidarisch zu diskutieren und zu kritisieren, um seine Schwächen und Fehler zu überwinden und felsenfeste Positionen für den Kampf gegen die „deutsche Ideologie", für die Abrechnung mit dem deutschen Imperialismus auf allen Gebieten zu schaffen.

Anhang 9: Bemerkungen zu der Broschüre von Georg Rehberg, „Hitler und die NSDAP in Wort und Tat"[760]

Das Buch umfaßt drei Teile. Im ersten Teil behandelt Rehberg die Politik und die Versprechungen der Nazis gegenüber den verschiedenen Klassen und Schichten der deutschen Bevölkerung.

Rehberg beginnt seine Darlegung mit der Enthüllung dessen, was Hitler und die NSDAP den deutschen Arbeitern versprochen haben. Er verweist dabei in erster Linie darauf, daß die Ausbeutung der Arbeiterklasse schärft wurde und die weitgehende Beseitigung der Arbeitslosigkeit in den Zusammenhang der Vorbereitung des Krieges

---

[759] Vgl. Anmerkung 7: Paul Merker: „Das Dritte Reich und sein Ende", S. 612 ff.

[760] Georg Rehberg, „Hitler und die NSDAP in Wort und Tat", Berlin 1946. Alle Seitenangaben in dieser Anmerkung beziehen sich auf dieses Buch.

gestellt werden muß. Wobei den Nazis zugute kam, daß die Weltwirtschaftskrise 1933 in Deutschland wie auch in anderen Ländern bereits den Höhepunkt überschritten hatte.

Dann wendet sich Rehberg den Versprechungen der Nazis gegenüber den Bauern zu. Hier geht er insbesondere auf die Siedlungspolitik der Nazis im Detail ein, die mit der Bildung von 700000 „Erbhof"-Besitzern einen Kern nazistischer Bauern schufen, der die Basis der Nazis auf dem Land bildete.

Die Frage des Antisemitismus wird von Rehberg in erster Linie bei der Auseinandersetzung mit den Versprechungen genauer behandelt, die Hitler dem Kleinbürgertum gemacht hat.

Im weiteren werden dann die Versprechungen Hitlers angesprochen, die sich an die Frauen und an die Jugend richteten.

In diesem Teil über die Politik der Nazis gegenüber den verschiedenen sozialen Klassen und Schichten beschäftigt sich Rehberg abschließend mit dem Nachweis, daß die Interessen des Monopolkapitals durch die NSDAP vertreten und durchgesetzt worden sind.

Im folgenden zweiten Teil stellt Rehberg die Friedensdemagogie und die realen Abläufe der Kriegsvorbereitung und der Kriegshandlungen kurz dar, um das Zusammenspiel der Lügen der Nazipartei über eine angebliche Politik der Friedenserhaltung bei gleichzeitiger Propaganda für einen „Zwang" zum Krieg aufzudecken.

Im dritten und letzten Teil geht Rehberg auf die Massenvernichtungen des jüdischen Volkes ein, wodurch sich diese Broschüre von sonstigen Veröffentlichungen aus den Reihen und dem Umkreis der KPD/SED positiv unterscheidet.

Abschließend vertritt Rehberg fünf Thesen über die sogenannte „Wiedergeburt des deutschen Volkes", an denen folgende Forderungen hervorzuheben sind:

- Erstens: Klare Erkenntnis über die Verbrechen der Nazis. Säuberung des ganzen Landes von den Nazis.
- Zweitens: Aufklärung über die Nazi-Ideologie einschließlich des Rassenhasses und des Judenhasses sowie über chauvinistische und militaristische Theorien.
- Drittens: Mitwirkung bei der Wiedergutmachung.

- Viertens: Schluß mit den reaktionären deutschen Traditionen!
- Fünftens: Richtige Einstellung zum Sowjetvolk und den Verbündeten.

Beim Studium dieses teilweise sehr informativen Buches wird als Grundproblem deutlich, auf welche Weise die Demagogie der Nazis von Grund auf entlarvt werden kann. Zweifelsohne ist es dabei eine Aufgabe, die direkten Lügen und lügnerischen Versprechungen anhand der Realität zu widerlegen. In diesem Zusammenhang muß kritisch hinterfragt werden, ob eine Argumentation nicht zu kurz greift, welche die lügnerischen Versprechungen der Nazipartei dadurch zu widerlegen sucht, indem sie auf das nicht zu bestreitende Ergebnis des verlorenen Krieges verweist. Eine solche Argumentation muß auch im Detail als problematisch aufgezeigt werden. Etwa wenn Rehberg darauf eingeht, daß die Nazis versprochen haben, die Arbeitslosigkeit abzuschaffen, und dann drastisch die „Kosten" dieses Versprechens mit der Tatsache verdeutlicht, daß durch den von den Nazis ausgelösten Krieg sechs Millionen Arbeiter, etwa die Zahl der Arbeitslosen, ihr Leben verloren haben. Die Fakten sind hier nicht zu bestreiten, aber eine solche Argumentation übergeht die weit verbreitete Lebenslüge jener, die sagen, wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte, wäre doch alles anders gekommen.

Ein weiteres Problem ist, daß neben den lügnerischen Versprechungen zum Zweck der Gewinnung der Massen für die Nazipartei, die Nazis gleichzeitig, und auch das wird bei Rehberg angesprochen, in brutalster Offenheit die räuberischen Ziele verkündet und die Herrenmenschen-Ideologie propagiert haben. Je nachdem, auf welchen dieser beiden Gesichtspunkte der Schwerpunkt gelegt wird, wird indirekt auch die Frage aufgeworfen, ob die deutsche Bevölkerung eher betrogen wurde oder ob die Nazis mit Erfolg an deren niederste Interessen und Vorstellungen appelliert haben. Rehberg stellt sich dieses Problem nicht.

Nach dieser Vorbemerkung sollen einige besonders prägnante Passagen dieser Broschüre vorgestellt werden.

Bemerkenswert ist, im Unterschied zu Ulbrichts Thesen in „Die Legende vom ‚deutschen Sozialismus'",[761] daß Rehberg bewußt herausstellt:

> „Einige Kategorien von Arbeitern der Rüstungsbetriebe allerdings erhielten verhältnismäßig höhere Löhne." (S. 14)

Außerdem verweist Rehberg, ohne dieses wichtige Thema genauer zu analysieren, auf die „Millionen ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangener" (S. 15), die für Hitlers Kriegsmaschinerie arbeiten mußten.

Zu prüfen wäre der Abschnitt:

> „In den Jahren 1933 bis 1939 saßen in den Gefängnissen und Konzentrationslagern Deutschlands etwa ***3 Millionen*** Menschen. Schon vor dem Kriege ermordeten die Nazis in diesen Lagern 200000 Mann. Zehntausende verließen sie als Krüppel." (S. 18)

Als ein wesentliches Beispiel dafür, wie die Nazis die Arbeiterschaft betrogen haben, wird die Geschichte des 1. Mai 1933 von Rehberg hervorgehoben:

> „Dumm gemacht durch das Freibier, durch die Gnadengabe von drei RM und dadurch, daß der Chef ihnen auf die Schulter klopfte, bemerkte die Mehrzahl der Arbeiter nicht, wie der Kapitalist sie um weit größere Summen betrog und ihre Arbeitsbedingungen verschlechterte." (S. 24)

Knapp wird im Abschnitt „Der Hitlerschwindel mit dem ‚Volksauto'" auch auf den Volkswagen hingewiesen (S. 26/27).

Nicht wirklich überzeugend ist der folgende Abschnitt über den von den Nazis geförderten Eigenheimbau. Hier wird in einer Art und Weise auf die Baufälligkeit dieser Häuser hingewiesen, die möglicherweise in Detaildiskussionen mit nazistischen Arbeitern, die solche Häuser zur Verfügung gestellt bekommen haben, nicht hieb- und stichfest ist, weil die Mentalität des eigenen Häuschens für die Betrügereien der NSDAP an den Arbeitern ideologisch wichtiger war als die Frage, wie dick das Dach war.

---

[761] Vgl. Anmerkung 10: Bemerkungen zu Walter Ulbrichts Schrift „Die Legende vom ‚deutschen Sozialismus'", S. 640 ff.

Sehr detailliert und hochqualifiziert erscheint hingegen der Teil „Was Hitler den Bauern brachte" (S. 34 ff.). Hier wird anhand von Statistiken die Entwicklung der Konzentration in der Landwirtschaft und die soziale Gliederung der Bevölkerung auf dem Land dargestellt und die große Bedeutung der Großgrundbesitzer im kapitalistischen Deutschland mit Quellen belegt. Dabei ist von besonderem Interesse die Analyse des sogenannten „Erbhofgesetzes" und die Tatsache, daß vor allem die Tagelöhner in Nazideutschland sozial schlechter gestellt wurden, da ihnen auch die Ausnutzung kapitalistischer Konkurrenz zur Erhöhung ihres Lohnes schon 1937 unmöglich gemacht wurde, da ihnen per Gesetz verboten war, die Dörfer zu verlassen und sich woanders Arbeit zu suchen (S. 43).

Entscheidend aber ist die Entlarvung des sogenannten „Bauernbetrugs" mit dem Schlagwort „Lebensraum im Osten". Hier ist allerdings in Frage zu stellen, ob an dieser Stelle der Begriff Betrug wirklich den Kern trifft. Die Zitate aus Hitlers „Mein Kampf" sprechen eine deutliche Sprache. Hier ist nicht betrogen, hier ist offen räuberisch und imperialistisch argumentiert und damit geworben worden, daß durch die Vertreibung der ansässigen Bauern deutsche Bauern im Osten Land erhalten und dort angesiedelt werden sollen.

Daß Rehberg der Unterschied zwischen Betrug und Appell an die niedersten, räuberischsten Vorstellungen und Absichten durchaus nicht unbekannt ist, auch wenn er sie bei der Bauernfrage nur sehr vorsichtig anschneidet, wird deutlich im Abschnitt über die deutschen Kleinhändler und Handwerker. Rehberg macht dort zu Recht klar:

> „Von allen Versprechungen, die Hitler den Gewerbetreibenden und Handwerkern gemacht hatte, erfüllte er nur eins: Er rottete auf bestialische Art die jüdischen Gewerbetreibenden und Geschäftsleute aus, und zwar in einer Art und Weise, die die Menschen in allen Ländern des Erdballs, soweit sie nicht die Fähigkeit menschlich zu fühlen und zu denken verloren hatten, vor Entsetzen und Empörung erzittern ließ." (S. 51)

Und weiter heißt es:

> „An dieser Stelle sei nur daran erinnert, daß die Mehrheit der deutschen Gewerbetreibenden und Handwerker, zu ihrer größten Schande, freiwillig, ja bereitwillig die von den Nazis in Umlauf gesetzte Verleumdung der Juden unterstützte, den Boykott und die Vernichtung ihrer jüdischen Nachbarn guthieß; so tief war der moralische

> Sturz vieler deutscher Kleinbürger, daß sie selbst aktiv an den Judenpogromen und an der Plünderung der jüdischen Geschäftshäuser und Wohnungen teilnahmen." (S. 51/52)

Abschließend wird darauf verwiesen, daß die enteigneten jüdischen Warenhäuser mit Nazis besetzt weitergeführt wurden, und die Nazis zumindest dieses Versprechen, daß Warenhäuser abgeschafft würden, gebrochen haben.

Die Schlußbetrachtung von Rehberg ist jedoch folgende:

> „Die ehemaligen kleinen Besitzer überzeugten sich jetzt durch eigene furchtbare Erfahrung davon, daß weder die Ausrottung der Juden, noch die Ausplünderung von 11 Staaten, die die deutsche Armee besetzt hatte, noch die Ausbeutung von 5 Vasallenstaaten ihnen irgendwelchen Vorteil brachten." (S. 56)

Diese Argumentation beruht ganz und gar auf der Niederlage Nazideutschlands und berührt nicht die Rechtfertigungsideologie des „Wenn der Krieg gewonnen wäre". Gerade wenn die Ausplünderung anderer Völker angeführt wird, müßte unbedingt aufgedeckt werden, daß vor der Niederlage die Mittelstände durch den Raub anderer Gebiete, ebenso wie übrigens auch Arbeiterschichten und Bauern, durchaus auch materiell korrumpiert wurden. Es ist übrigens ebenfalls eine Schwäche dieser Schrift, daß dieser Gesichtspunkt auf die Mittelschichten der Städte und die kleinen Gewerbetreibenden konzentriert wurde. Rehberg deutet nur an, wie die Arbeiterschaft in die Wehrmacht übergeführt wurde: 17 Millionen Deutsche wurden zur Wehrmacht eingezogen (S. 61).

Von Bedeutung ist auch der Hinweis – der in anderen Veröffentlichung zur Entlarvung der Nazis meist fehlt – auf die „allgemeinen Vergewaltigungen der Frauen und Mädchen in den besetzten Ländern" (S. 62).

Bei der Analyse der Versprechungen an die Jugend und des nazistischen Erziehungssystems betont Rehberg die große Bedeutung der nazistischen Verformung der Bevölkerung in Deutschland, insbesondere der Jugend. Er weist darauf hin, daß die 38 Prozent Wähler, die Hitler 1933 gewählt hatten, durchaus zunächst noch nicht überzeugte Nazis waren, daß aber immer mehr, insbesondere die Jugend, in die Nazi-Ideologie, in den blinden Haß gegen andere Völker hineinerzogen wurden. Der zentrale Ausspruch an den Lagern des „Jungvolks" war „Wir sind geboren, um für Deutschland zu sterben" (S. 65).

Das zentrale Haupt der nazistischen Erziehungswissenschaft, Professor Krieck, wird wie folgt wiedergegeben:

> „Der Nazischmierfink Krieck schrieb: im Munde eines Schülers sei das Wort ‚Ich denke' ein unverzeihlicher Individualismus, dem aufs schärfste der Kampf anzusagen sei." (S. 66)

Zusammenfassend hierzu heißt es:

> „Hitler verwandelte die deutschen Schulen und Universitäten aus Pflanzstätten des Wissens in Brutstätten der Nazipropaganda." (S. 67)

Rehberg beschreibt die Verhöhnung der jüdischen Kinder und betont deren Auswirkungen nicht nur für die jüdischen Kinder, sondern verweist auch auf den Zweck bei der Erziehung der deutschen Kinder, die solche Szenen miterlebt hatten:

> „In den deutschen Kindern aber töteten die Nazis durch eine derartige Hetze gegen ihre Kameraden die Achtung der Menschenwürde, Menschlichkeit, Mitleid, erweckten in ihnen Grausamkeit und lehrten sie, andere Menschen quälen." (S. 67)[762]

Besonders prägnant ist der kurze Abriß, wie Hitler seit 1938 systematisch durch Betrug, Lügen und Aufrüstung die einzelnen Kriegshandlungen durchführte (S. 79–81). Bei der Einschätzung der Frage des Appells an die niedrigsten Vorstellungen und Beweggründe einerseits und des Betrugs andererseits ist von Bedeutung, daß den Wehrmachtssoldaten gegenüber vor allem ersteres eine Rolle spielte. So hieß es in einer kleinen Broschüre, die jeder deutsche Soldat neben seinem Wehrpaß mit sich führen mußte:

> „Du, deutscher Soldat bist unverletzbar. (...) Wir werden die ganze Welt in die Knie zwingen. Deutschland wird unumschränkter Herr der Welt sein. Du wirst die Schicksale Englands, Rußlands, Amerikas bestimmen. Deutscher, vernichte, wie es einem Deutschen geziemt, alles Lebendige, das sich Dir auf Deinem Wege entgegenstellt. Du wirst siegen. Keine Kugel, kein Bajonett können Dich aufhalten. Morgen wird die ganze Welt vor Dir auf den Knien liegen." (S. 84/85)

---

[762] Angemerkt sei, daß die Gegenüberstellung von „jüdisch" und „deutsch" hier deutlich macht, daß von Rehberg diese Frage nicht tiefergehend behandelt wurde, da bekanntlich eine Mehrheit der Juden in Deutschland deutsche Juden waren.

Hier kann wahrlich nicht von Betrug die Rede sein, hier wird an den imperialistischen „Herrenmenschen" appelliert, das Machtgelüst unterstützt und der Machtwahn direkt ausgesprochen.

Bei der Darstellung der Verbrechen der Nazi-Wehrmacht betont Rehberg, daß die Einheiten der SS einen Teil der deutschen Wehrmacht bildeten (S. 86).

Bemerkenswert ist diese Broschüre im Vergleich mit anderen Darstellungen und Entlarvungsversuchen der Nazifaschisten aus dem Umkreis der KPD/SED vor allem durch die Darstellung der Verbrechen gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Es wird auf die Ermordung von 6 Millionen Juden in den Vernichtungslagern, darunter Millionen Frauen, Kinder und Greise, hingewiesen (S. 88/89). Rehberg vertieft die Beschreibung der Bestialität der Vernichtungslager und des Massenmords durch eine Darstellung, wie sogenannte Akademiker und Mediziner sich dazu hergaben, in Versuchsfabriken die Verwandlung von Menschenleichen sowohl in Seife als auch in Lederprodukte zu erproben und die Haare zur Verwendung für die U-Boote und die Marine zu verarbeiten.

Rehberg faßt die bisherige historische Einmaligkeit der fabrikmäßigen Vernichtung der Juden in folgende Worte:

> „Eine so abgrundtiefe moralische Verderbnis, so ungeheuerliche Verbrechen hatte die Geschichte der Menschheit bis dahin nicht gekannt.
>
> Mit welchem Ziel gaben Hitler und Himmler Befehl, Millionen unschuldiger, wehrloser Menschen bestialisch hinzumorden? Um das deutsche Volk noch tiefer ins Verderben zu reißen, es durch eine Kette furchtbarer Verbrechen mit der Naziclique zusammenzuschmieden, um die anderen Völker durch die wilde Grausamkeit der ‚Herrenrasse' einzuschüchtern." (S. 90)

Rehberg macht deutlich, daß nach den Juden auch die slawischen Völker für große Vernichtungsaktionen durch die Nazis vorgesehen waren. Rehberg zielt mit seiner Darstellung auf die Verrohung und Bestialisierung der deutschen Bevölkerung ab. Er wehrt sich dagegen, daß das deutsche Volk nur Opfer gewesen sein soll, und betont:

> „Aber das deutsche Volk war nicht nur Opfer, sondern auch Teilnehmer der Naziverbrechen, es ist mitschuldig an diesen Verbrechen und muß daher die Verantwortung dafür tragen. (...)

> Im Verlauf des Krieges führten die deutsche Wehrmacht und das deutsche Volk – die ganz geringfügigen Ausnahmen fielen überhaupt nicht ins Gewicht – alle Befehle Hitlers aus, selbst die bestialischsten und verbrecherischsten." (S. 90/91)

Rehberg wehrt sich gegen die weit verbreitete Lebenslüge, daß Millionen Deutsche von diesen Verbrechen nichts gewußt hätten:

> „Deutsche Ingenieure und Techniker arbeiteten die Projekte für die Gaskammern, Verbrennungsöfen und Vergasungsautos aus und deutsche Arbeiter stellten sie her. Deutsche Gelehrte erfanden das Giftgas für die Gaskammern, deutsche Arbeiter verfertigten die Ausrüstungsgegenstände für die Gaskammern, die Vergasungsautos, die modernisierten fahrbaren Galgen, die Giftgase für die Todeslager, sie sortierten und verpackten in diesen Lagern die Haare und die Sachen der Ermordeten. Deutsche Eisenbahner fuhren Millionen unschuldiger Menschen in Folterung und Tod. Deutsche Stenotypistinnen schrieben die Befehle, in denen die Massenmorde angeordnet wurden. Deutsche Professoren und Ärzte impften gesunden Menschen furchtbare Krankheiten ein, kastrierten Tausende junger Männer und machten Tausende junger Frauen unfruchtbar, deutsche Studenten und junge deutsche Ärzte lernten an lebenden Menschen. Und Millionen deutscher Frauen und Männer schließlich trugen die Sachen der Ermordeten." (S. 92)

☆ ☆ ☆

Zusammenfassend ist zu dieser von Georg Rehberg verfaßten Broschüre festzustellen: Auch wenn sie streckenweise von falschen und zu kurz greifenden Argumentationssträngen gekennzeichnet ist, wird im Unterschied zu vielen anderen späteren Publikationen der SED in erstaunlich klarer Weise auf die Bestialisierung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung in den Jahren der Nazidiktatur hingewiesen. Insofern sticht diese Schrift, herausgegeben vom Sowjetischen Militärverlag 1946, positiv hervor.

Anhang 10: Bemerkungen zu Walter Ulbrichts Schrift „Die Legende vom ‚deutschen Sozialismus'", Berlin 1946[763]

Walter Ulbrichts Schrift „Die Legende vom ‚deutschen Sozialismus'", wurde 1946 im Verlag Neuer Weg herausgegeben. Im Untertitel heißt es „Ein Lehrbuch für das schaffende Volk über das Wesen des deutschen Faschismus". Die 90seitige Broschüre Ulbrichts gliedert sich wie folgt auf:

Nach einem Rückblick über die Jahre 1932 wird insbesondere hervorgehoben, daß 300 deutsche Rüstungsindustrielle und Bankherren Hitler zum Staatsoberhaupt beriefen, um einen Ausweg aus der Krise zu finden. Im nächsten Abschnitt betont Ulbricht, daß die Arbeitslosigkeit durch die Vorbereitung des Krieges beseitigt wurde und die Diktatur in den einzelnen Betrieben durch das Führungssystem der Nazis entscheidend für die Atmosphäre war. Als ein großer Betrug wird im nächsten Abschnitt entlarvt, daß in Wirklichkeit die Ausbeutung in der Nazidiktatur verschärft wurde. Die Gegenargumente der Nazis vom „Volkswagen" über „Kraft durch Freude"-Schiffe, Fahrten und Wanderungen, Erholungsheime usw. bis hin zum Wohnungsbauprogramm werden auf 13 Seiten knapp in einer bestimmten Art und Weise widerlegt.

Das Problem bei all diesen Dingen ist, daß solche Projekte einerseits Werbekosten für die Nazis waren, andererseits es selbstverständlich auch hier Versprechungen gab, wie beim „Volkswagen", die nicht eingehalten wurden. Tendenziell übersieht Ulbricht die Möglichkeiten der Nazis, mit Hilfe solcher Werbekosten im Einzel-

---

[763] Walter Ulbricht: „Die Legende vom ‚Deutschen Sozialismus'. Ein Lehrbuch für das schaffende Volk über das Wesen des deutschen Faschismus", Berlin 1946. Alle Seitenangaben in dieser Anmerkung beziehen sich auf diese Ausgabe.

fall in der Tat sogenannte „soziale Verbesserungen" durchzuführen, um Teile der Volksmassen an sich zu binden.

In einem Abschnitt über Wirtschaft und Staat wird in oft detaillierter und nicht besonders marxistisch strukturierter Weise anhand von Personen nachgewiesen, daß im Nazideutschland die Großkapitalisten die Wirtschaft und den Staat beherrschten. Im Abschnitt „Die Soldaten fielen, die Gewinne stiegen" belegt Ulbricht anhand der Analyse der Bilanzen großer Firmen, daß in der Nazizeit die Gewinne der großen Firmen wie Krupp um das Zigfache gesteigert wurden.

Auf fünf Seiten wird der Raub in fremden Ländern behandelt, ein Aspekt, der von besonderer Wichtigkeit ist, um die Mitschuld der deutschen Bevölkerung und die Begründung der Reparationen zu erklären. Abschließend wird auf einer Seite das Wesen des faschistischen deutschen Imperialismus (S. 109/110) behandelt.

Bevor auf einige Aspekte der Argumentation Ulbrichts in dieser Schrift eingegangen wird, muß als zentrales Problem aufgeworfen werden, daß Ulbricht im Grunde nur den Aspekt des Betrugs behandelt, und eigentlich gar nicht, allenfalls ganz am Rande, die Frage aufwirft, inwiefern die Nazis an die schlechtesten, niedrigsten Beweggründe in der deutschen Bevölkerung appelliert haben und dabei Erfolg hatten.

Verallgemeinernd heißt es dazu bei Ulbricht:

> ***„Die Naziführer nutzten nun die von ihnen selbst erzeugte Not des arbeitenden Volkes für ihre Kriegspropaganda aus: Wollt ihr mehr Lohn, wollt ihr besser leben, sagten sie den Arbeitern, so kämpft für die Eroberung fremden Bodens, für die Ausbeutung fremder Länder!"*** (S. 38/39, Hervorhebung im Original)

Hier hat Walter Ulbricht zweifellos den Kernpunkt getroffen, wobei dies allerdings, wenn man Hitlers „Mein Kampf" analysiert, von vornherein im Programm der Nazis enthalten war und keinesfalls erst gegen Ende der dreißiger Jahre.

Die zentrale These von Ulbricht, die auch eine gewisse Rechtfertigung hat, ist weiter:

> „Unter Hitler wurden neue Schichten ins Proletariat gestoßen: Handwerker, Kleingewerbetreibende, Händler und kleine Fabrikanten wurden enteignet; ihre Betriebe wurden von der Großindustrie

geplündert, sie selbst wurden als Proletarier in die Rüstungsbetriebe gezwungen.

Dieses immer mehr anschwellende Proletariat wurde unter Hitler völlig versklavt. (S. 43, Hervorhebung RF)

Das ist eine Viertelwahrheit, wenn nicht klar wird, wie privilegiert die „versklavten" deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen im Gegensatz zu den Millionen Zwangs- und Sklavenarbeitern waren! Auch die massenhafte Bereicherung werktätiger Schichten bei „Arisierungen" und bei Plünderungen durch einfache Soldaten in den besetzten Ländern fallen hier unter den Tisch.[764]

Die Funktion des Antisemitismus wird von Ulbricht nicht wirklich analysiert. So heißt es zum Beispiel: „In Suhl wurde der Eigentümer eines Rüstungsbetriebs, Simson, von der Hitler-Regierung enteignet, und zwar mit der Begründung, er sei Jude." (S. 57). Ulbricht weist zwar auf die verlogene Propaganda der „Abrechnung mit den Kriegsgewinnlern" hin, widerlegt dann aber lediglich, daß dies keine Abschaffung der Kriegsgewinnler sei, weil die Nazis in den Betrieben und die verschiedenen Unterstützer der Nazis in den Konzernen als Kriegsgewinnler riesige Profite gemacht hätten (S. 57).

Dadurch, daß etwa die Frage der Zwangs- und Sklavenarbeiter nicht erwähnt wird, kommt Ulbricht zu der falschen These, die Rüstungskonzerne hätten „die ganze Last des Krieges auf die deutschen Werktätigen und auch auf den schwächeren Teil der Bourgeoisie" abgewälzt (S. 61). Die Darstellung des Raubs in fremden Ländern durch die Ausbreitung der deutschen Konzerne in diesen Ländern, wie Österreich, Tschechoslowakei, Frankreich und andere überfallene Länder, ist selbstverständlich von Wichtigkeit, allerdings auch nicht so präzise, wie es 1946 möglich und nötig gewesen wäre, um die hemmungslose Ausbeutung der Bevölkerung dieser Länder durch die deutschen Monopole realistisch darzustellen.

Hervorgehoben werden soll die Bedeutung der Dresdner Bank, die die Kroatische Landesbank A. G. schluckte, und die Deutsche Bank,

---

[764] Noch schlimmer formuliert Ulbricht auf S. 90: ***„Für Hitler und seine Hintermänner war der Krieg gegen andere Völker gleichzeitig die Waffe zur völligen Versklavung der deutschen Arbeiter und des deutschen Volkes."*** (Hervorhebung im Original)

die nach der Übernahme der Wiener Kredit-Anstalt-Bankverein sich die Allgemeine Jugoslawische Bankverein A. G. einverleibt hat (S. 87). Die Darstellung ist weitgehend auf bloßen Raub und Diebstahl bezogen, die Massakrierung und Ausplünderung der Bevölkerung in den besetzten Ländern wird von Ulbricht nicht einmal am Rande erwähnt.

Zusammenfassend heißt es:

> „Für die deutschen Rüstungsindustriellen, die deutschen Bankiers, die neureichen Nazibonzen, für sie, nur für sie, kämpfte, blutete und starb der deutsche Soldat während des zweiten Weltkriegs." (S. 89)

Über dieses „nur für sie" wurde schon von Brecht in seinem Gedicht über die Raubkriege und die Korrumpierung der deutschen Soldaten das Nötige gesagt.[765] Ulbricht hat durch das „nur für sie" die Korrumpierung der deutschen Wehrmacht, der 17 Millionen deutschen Soldaten, aber auch der Bevölkerung in Deutschland wegoperiert. Daß dies nicht versehentlich geschah, wird klar, wenn Ulbricht einschränkend zugibt:

> „Er (Hitler, A. d. V.) gab einem Teil der Werktätigen Brosamen vom Tische der in anderen Ländern geraubten Schätze, um die Arbeiterschaft für seine Kriegspolitik gefügig zu machen." (S. 90)

Diesen Vorgang genauer zu analysieren wäre nötig gewesen, um die Nazi-Ideologie und den Nazismus in der Praxis innerhalb Deutschlands wirklich vernichtend zu widerlegen, um zur Aufklärung der nazistisch verseuchten Bevölkerung in Deutschland 1946 beizutragen. Aber diese Aufgabe stellt sich Ulbricht nicht. Vielmehr verkündet Ulbricht in religiös-mystizistischem Stil:

> „Wir glauben an unser deutsches Volk." (S. 91)[766]

---

[765] In seinem Gedicht „Und was bekam des Soldaten Weib" (aus dem Stück „Schweyk im Zweiten Weltkrieg") prangert Brecht an, wie die „einfachen" deutschen Soldaten der Nazi-Wehrmacht in allen besetzten Ländern sich persönlich bereicherten und mit dem zusammengeraubten Gut auch ihre Angehörigen in Deutschland „versorgten", mit Stöckelschuhen aus Prag, seltenen Spitzen aus Brüssel, Kettchen aus Tripolis usw.

[766] In der dritten Auflage, die 1952 unter dem Titel „Der faschistische deutsche Imperialismus (1933–1945)" erschien, wurden einige Passagen geändert. Der Schlußabschnitt „Das Wesen des faschistischen deutschen Imperialismus" wurde

Fortsetzung nächste Seite

Anhang 11: Zur Verbreitung der revisionistischen Position eines „besonderen nationalen Wegs zum Sozialismus" innerhalb der kommunistischen Weltbewegung 1944 bis 1946

Beweggründe und Ursachen der opportunistischen Theorie des „besonderen deutschen Wegs zum Sozialismus" der SED von 1946 können nicht tiefgehend verstanden und aufgedeckt werden, wenn nur die Linie der SED analysiert wird. Da der Opportunismus in der Epoche des Imperialismus eine internationale Erscheinung ist, muß die Analyse der Situation innerhalb der kommunistischen Weltbewegung ein grundlegender Ausgangspunkt für die Analyse im „eigenen" Land sein.

Die opportunistische Theorie eines „besonderen nationalen Wegs zum Sozialismus" ist eine Widerspiegelung von revisionistischen Positionen, die 1944 bis 1946 in vielen Kommunistischen Parteien vorhanden waren bzw. aufgekommen sind.

Vor allem drei Varianten waren vorherrschend. Es wurde immer wieder mit einem angeblich „anderen Weg zum Sozialismus" als dem Weg der Oktoberrevolution spekuliert, um für offen revisionistische Positionen den Boden zu bereiten. Positionen über einen angeblich „gewaltlosen" bzw. „parlamentarischen Weg zum Sozialismus" oder einen „Weg zum Sozialismus" zusammen mit Teilen der Bourgeoisie waren innerhalb vieler Kommunistischer Parteien verbreitet und wurden von führenden kommunistischen Kadern vertreten. Diese Positionen spekulierten mit „besonderen Bedingungen" in den einzelnen Ländern im Zusammenhang mit der militärischen Niederlage des Nazifaschismus und der Entstehung eines sozialistischen Lagers mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern Osteuro-

---

Fortsetzung der Fußnote

von zwei auf zehn Seiten ausgedehnt. Dabei wurde der erwähnte Satz gestrichen. Gleichzeitig fiel dieser Überarbeitung aber auch die in der ersten Auflage noch enthaltene Forderung nach „Wiedergutmachung" (S. 91) zum Opfer.

pas. Diese „besonderen Bedingungen", die es in gewisser Weise tatsächlich gab, wurden zum Teil entstellt, es wurden falsche Schlußfolgerungen aus ihnen gezogen, oder beides wurde kombiniert, um die angebliche Gültigkeit und Notwendigkeit der revisionistischen Ideen zu „beweisen."

Innerhalb der KP USA hatte ***Browder,*** ein führender Revisionist, leitende Positionen an sich gerissen, die er ausnutzte, um massiv schon vor 1945 und auch nach 1945 revisionistische Positionen durchzusetzen. Er stellte sich frontal gegen die allgemeingültige Gesetzmäßigkeit von der Notwendigkeit der gewaltsamen proletarischen Revolution, indem er verkündete, daß man sich nach dem Zweiten Weltkrieg „völlig auf die Mittel der demokratischen Überredung und Überzeugung stützen" müsse, um zum Sozialismus überzugehen und behauptete in diesem Zusammenhang, daß manche Länder „Bedingungen erhalten haben, die einen friedlichen Übergang zum Sozialismus ermöglichen".[767]

In den beiden größten westeuropäischen Kommunistischen Parteien, der KPI und der KPF, die beide den bewaffneten Kampf in „ihren" Ländern – in Italien gegen den Mussolini-Faschismus und Nazifaschismus, in Frankreich gegen den Nazifaschismus – angeführt hatten, traten revisionistische Positionen auf, die den Weg der Oktoberrevolution mehr oder weniger ablehnten bzw. einen „parlamentarischen Weg zum Sozialismus" propagierten.

Thorez, der Generalsekretär der KPF, verkündete im Juni 1945 auf dem 10. Kongreß der KPF unter der Losung „Man kann auf dem Weg zum Sozialismus auch andere Methoden als die russischen Kommunisten anwenden":

> „Die Fortschritte der Demokratie in der ganzen Welt – trotz einigen wenigen Ausnahmen, die die Regel bestätigen – gestatten, auf dem Vormarsch zum Sozialismus auch andere Wege, als die von den russischen Kommunisten angewandten, einzuschlagen. In jedem Fall ist der Weg in jedem Lande notwendigerweise verschieden. (...) In-

[767] Zitiert nach: „Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", Peking 1965, S. 452/453 (Hervorhebung RF).

dessen zeigt die Geschichte, daß es ohne Kampf keinen Fortschritt gibt."[768]

Thorez lehnt hier nicht direkt und offen die Gültigkeit des Wegs der Oktoberrevolution und ihrer gewaltsamen revolutionären Kampfmethoden für alle Länder ab. Er suggeriert jedoch, daß der Weg der Oktoberrevolution, der Weg der gewaltsamen proletarischen Revolution, eben doch nicht allgemeingültig sei, indem er die unbewiesene Behauptung aufstellt, es müsse „der Weg in jedem Land notwendigerweise verschieden" sein, und als allgemeingültig lediglich einen „Kampf" für den „Fortschritt" herausstellt, der in allen Ländern zu führen sei. Dieser Begriff „Kampf" ist eine typisch opportunistische, schwammige Position, die revisionistischen Positionen nicht nur nichts entgegensetzt, sondern sie fördert. Denn das kann heißen parlamentarischer „Kampf", gewaltloser „Kampf", revolutionärer „Kampf" etc. – jeder kann sich heraussuchen, was ihm beliebt. Thorez bereitete mit diesem Manöver den Boden und öffnete die Tür für offene revisionistische Positionen, die einige Jahre später dann auch in Form des „parlamentarischen Wegs zum Sozialismus" von der KPF unter Führung von Thorez offen und öffentlich vertreten wurden.

Togliatti, der Generalsekretär der KPI, rühmte sich 1956 im Zusammenhang mit dem revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU, daß er schon in der Zeit von 1944 bis 1946 für den „parlamentarischen Weg zum Sozialismus" eintrat:

> „Heute ist die These, daß es möglich sei, im Rahmen der demokratischen und sogar der parlamentarischen Legalität, zum Sozialismus zu kommen, in allgemeiner Weise formuliert worden. (...)
>
> Diese Thesen (...) wurden von uns schon 1944–1946 erhoben."[769]

Auch ***Gomulka,*** der Generalsekretär der Polnischen Arbeiterpartei, erklärte im Dezember 1945 in seinem Rechenschaftsbericht an den 1.

---

[768] Thorez: „Die Erneuerung der Demokratie", in: „Kommunisten und Staatsmänner – Im Kampf für den Sozialismus", Wien 1947, S. 49.

[769] Zitiert nach: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch gegen den gemeinsamen Feind" („Antitogliatti"), Peking 1963, S. 302.

Kongreß der Polnischen Arbeiterpartei unter der Überschrift „Friedlicher Übergang zum Sozialismus":

> „In einem Regime der Volksdemokratie, wenn die politische Macht und der Staatsapparat durch das Vorhandensein wirklich demokratischer Kräfte gestärkt sind, während die verstaatlichte Produktion sich frei entwickelt, können die sozialen Umwandlungen auf dem Wege der Evolution vor sich gehen und der Übergang zum Sozialismus kann sich auf dem gleichen Weg vollziehen. Durch friedliche Mittel kann sich die Volksdemokratie in eine sozialistische Demokratie verwandeln. Dies ist eine theoretische Feststellung, die der Marxismus unter gewissen, genau bestimmten Umständen nicht ausschließt."[770]

Selbst wenn Gomulka hier mit „Volksdemokratie" meint, daß in Polen eine Art Diktatur der Arbeiter und Bauern errichtet worden war, auf der Basis des Bündnisses zwischen dem Proletariat, der gesamten Bauernschaft sowie – als Besonderheit direkt nach 1945 – mit anderen antinazistischen bürgerlichen Kräften, auch dann ist seine Position falsch. Denn der Übergang von der „Volksdemokratie", der Diktatur der Arbeiter und Bauern, zur „sozialistischen Demokratie", die nur auf der Grundlage der Diktatur des Proletariats errichtet werden kann, ist keineswegs auf dem Weg der Evolution möglich, sondern nur durch die proletarische Revolution, auf der Grundlage der bewaffneten Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, durch Anwendung revolutionärer Gewalt, auch wenn ein Bürgerkrieg vermieden werden kann. Erstens ist die gewaltsame Revolution und die Diktatur des Proletariats erforderlich, um die Bourgeoisie und alle Reaktionäre im verschärften Klassenkampf mit Hilfe der bewaffneten Arbeiterklasse niederhalten und als Klasse vernichten zu können, zweitens können sich die Arbeiterinnen und Arbeiter nur in einer gewaltsamen Revolution gegen die Bourgeoisie von dem ganzen alten bürgerlichen Dreck befreien, was sie erst zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus befähigt.[771] Auf dem „Weg der Evolution" mit

---

[770] Gomulka: „Die Volksdemokratie", in: „Kommunisten und Staatsmänner", S. 149.

[771] Siehe dazu ausführlich die Resolution der 2. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung": „Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen

Fortsetzung nächste Seite

„friedlichen Mitteln", wie Gomulka behauptet, kann auch der Übergang von der Diktatur der Arbeiter und Bauern zur Diktatur des Proletariats niemals erreicht werden. Diese Position Gomulkas ist eindeutig revisionistisch.[772]

Dimitroff, Generalsekretär der Arbeiterpartei Bulgariens (die sich 1948 in KP Bulgariens umbenannte) und viele Jahre führender Kader der Kommunistischen Internationale, propagierte im Februar 1946, also zur selben Zeit, als sich in der SBZ KPD und SPD zur SED vereinigten, einen „bulgarischen Weg zum Sozialismus":

> „Der Kampf um den Sozialismus ist aber heute verschieden von 1917 und 1918 im zaristischen Rußland, als die Oktoberrevolution durchgeführt wurde. Zu dieser Zeit war es wesentlich, den russischen Zarismus zu stürzen und die Diktatur des Proletariats war wesentlich für den Übergang zum Sozialismus. (...)
>
> Überdies stellt die Existenz eines so großen sozialistischen Staates wie die Sowjetunion und die demokratische Revolution, die in vielen Ländern seit Kriegsende stattgefunden hat, die Frage nach der Errichtung des Sozialismus für viele Länder nicht als Kampf der Arbeiterklasse gegen die übrigen arbeitenden Schichten des Landes, sondern, im Gegenteil, als Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterklasse mit den Bauern, Handwerkern, der Intelligenz und den fortschrittlichen Volksschichten. Wenn auch in unserem Lande die Frage des Übergangs des Volkes von der gegenwärtigen sozialen Ordnung zu einer neuen sozialistischen steht, dann werden die Kommu-

---

Fortsetzung der Fußnote

des bewaffneten Kampfs und des bewaffneten Aufstands", in „Rot Front", Nr. 2, Juli 1996, S. 239 ff.

[772] Die KPI, die KPF und auch die Polnische Arbeiterpartei waren spätestens 1956 vollständig revisionistisch versumpft. Sie stellten sich eindeutig auf die Seite der Chruschtschow-Revisionisten, begrüßten den revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU 1956 und übernahmen sämtliche revisionistische Positionen einschließlich der Möglichkeit eines „parlamentarischen Wegs zum Sozialismus".

Zum 20. Parteitag der KPdSU siehe genauer „Entscheidender ideologischer Wendepunkt zur Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und zur imperialistischen Konterrevolution", Flugblatt 7–8/96 von „Gegen die Strömung". Zur revisionistischen Theorie eines „friedlichen Weges zum Sozialismus" siehe genauer „Gegen alle Spielarten des revisionistischen ‚friedlichen Wegs' als Hauptgefahr kämpfen!" in „Rot Front", Nr. 2, Juli 1996, S. 290 ff.

nisten, die sich auf das Volk stützen, die neue sozialistische Gesellschaft nicht im Kampf gegen die Bauern, Handwerker und die Intelligenz errichten, sondern gemeinsam mit ihnen."[773]

Dimitroff führt dann weiter unter der Überschrift „Eine Aufgabe des ganzen Volkes" aus:

„Kurz, es wird die historische Aufgabe des ganzen Volkes sein. Dieser Verlauf der sozialen Entwicklung mag manchem langsamer erscheinen, als eine Politik ‚Ergreift die Waffen, schlagt rechts und links aus und errichtet eine Diktatur!'. Der vorhin gezeichnete Weg ist aber nicht nur möglich und realistisch, sondern unzweifelhaft weniger schmerzhaft für das Volk.

Daher stellen wir Kommunisten öffentlich fest, daß wir unter den vorherrschenden Umständen diesen Weg vorziehen, da es ein realistischer und schmerzloser Weg zum Sozialismus ist. (...)

Die großen Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin benützend, werden wir bulgarischen Kommunisten und Marxisten imstande sein, unseren eigenen bulgarischen Weg zum Sozialismus zu finden (...)."[774]

Dimitroffs „bulgarischer Weg zum Sozialismus" ist ein Weg zum Sozialismus ohne Diktatur des Proletariats, ein Weg zum Sozialismus mit dem „ganzen Volk", also auch im Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie.

Der revisionistische Pferdefuß steckt in dem Wörtchen „war". Dadurch, daß Dimitroff die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats lediglich auf die Oktoberrevolution 1917 beschränkt und danach sein bulgarisches Model entwickelt, wird gerade der allgemeingültige Kern der Oktoberrevolution, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, revidiert.

Dimitroff begeht hier also zwei Fehler. Erstens. Dimitroff behauptet, daß es vor 1945 möglich gewesen wäre, daß die proletarische Revolution als „Kampf der Arbeiterklasse gegen die übrigen werktä-

---

[773] Dimitroff: „Neue Wege zum Sozialismus", in: „Kommunisten und Staatsmänner", S. 58/59. Die Übersetzung konnte nicht anhand des bulgarischen Originals überprüft werden.

[774] Ebenda, S. 59/60.

tigen Schichten" durchgeführt werden könnte. In Wirklichkeit war und ist eine Grundvoraussetzung des Sieges der proletarischen Revolution, daß sie unter Führung der Arbeiterklasse im Bündnis mit Teilen der werktätigen und ausgebeuteten Schichten des jeweiligen Landes, vor allem der breiten werktätigen und ausgebeuteten Massen auf dem Land, durchgeführt wurde und werden muß. Zweitens. Der Kernpunkt der proletarischen Revolution ist, daß nach dem Sturz der Bourgeoisie die Diktatur des Proletariats errichtet werden muß, die eine Diktatur über alle Ausbeuter und Reaktionäre ist, also auch über Teile der Bauern, nämlich die Großbauern, die kapitalistischen Ausbeuter auf dem Land, Todfeinde der proletarischen Revolution. Es ist keinesfalls so, wie Dimitroff behauptet, daß die Arbeiterklasse zusammen mit den Bauern, also auch den Großbauern, ja mit dem „ganzen Volke" den Sozialismus errichten kann, sondern der Aufbau des Sozialismus ist nur möglich durch den immer schärferen Klassenkampf gegen alle Ausbeuter und Reaktionäre, also auch gegen die Großbauern.[775]

Dimitroff hat im Gegensatz zu Browder, Gomulka, Togliatti und Thorez im Zusammenhang mit dem Kampf der Kominform und der KPdSU(B) unter Führung Stalins gegen den revisionistischen „besonderen Weg zum Sozialismus", vor allem gegen die Tito-Revisionisten ab 1948, seine falschen Positionen korrigiert, allerdings nicht durch öffentliche Selbstkritik. Er erklärte im Dezember 1948 in seinem Schlußwort an den V. Parteitag der Bulgarischen Arbeiterpartei:

> „Die eigenartige Form des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bei uns hebt nicht die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, die allen Ländern gemeinsam sind, auf und kann sie nicht aufheben. Der Übergang zum Sozialismus kann nicht ohne die proletarische Dik-

[775] Auch „Handwerker" und „die Intelligenz" sind keinesfalls in ihrer Gesamtheit Bündnispartner des Proletariats in der proletarischen Revolution. Lediglich Teile der städtischen Mittelschichten, und da insbesondere die lohnabhängigen und ausgebeuteten unteren Angestellten der Kaufhäuser, Banken und Bürohäuser der Industrie, sind potentielle Bündnispartner des Proletariats. Siehe dazu genauer „Rot Front", Nr. 2, Juli 1996, S. 146 ff.

tatur gegen die kapitalistischen Elemente und zur Organisierung der sozialistischen Wirtschaft vor sich gehen."[776]

Dimitroff hat dann bis zu seinem Tod 1949 gegen den sich weiter verstärkenden Rechtsopportunismus in der kommunistischen Weltbewegung Seite an Seite mit der KPdSU(B) unter Führung Stalins gekämpft, insbesondere auch gegen die Tito-Revisionisten.[777]

Anhang 12: Ausgangspunkte der KPD im Kampf für die Vereinigung der KPD mit Teilen der SPD

1. Die Vereinigung von Bolschewiki und Menschewiki 1906

In der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung war vor allem die ***Vereinigung von Bolschewiki und Menschewiki*** auf dem 4. Parteitag der SDAPR 1906 in Stockholm ein wichtiges Beispiel, das genau analysiert und ausgewertet werden mußte.

Lenin und die Bolschewiki waren für die Vereinigung, um die verschiedenen revolutionären Organisationen Rußlands zusammenzuschließen, die letzten Reste des Zirkelwesens auszutilgen, eine einheitliche, schlagkräftige Partei für das ganze zaristische Rußland zu

---

[776] Dimitroff: „Schlußwort auf dem V. Parteitag" der Bulgarischen Arbeiterpartei, 1948, Ausgewählte Schriften Band 3, Berlin 1958, S. 649.

[777] Die KP Bulgariens ist wie alle osteuropäischen Kommunistischen Parteien außer der Partei der Arbeit Albaniens im Zusammenhang mit dem 20. Parteitag der KPdSU vollständig revisionistisch versumpft. Zum Kampf der Kominform und Stalins gegen den Tito-Revisionismus siehe „Der Kampf J. W. Stalins und der Kominform gegen den Tito-Revisionismus", Marxistisch-Leninistische Schriftenreihe, 1/79, Wien 1979.

schaffen.[778] Die Vereinigung wurde auch von den Massen der revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter, die im revolutionären Kampf gegen den Zarismus standen, vehement gefordert, um die Kräfte der Partei zu vereinheitlichen.[779]

Lenin und die Bolschewiki bekämpften eine prinzipienlose Vereinigung. Sie stellten Prinzipien auf und handelten danach, um eine Vereinigung durchzuführen, die die revolutionären Kräfte in der Vereinigungspartei langfristig stärkte.

„Bevor man sich vereinigt und um sich zu vereinigen, muß man sich zuerst entschieden und bestimmt voneinander abgrenzen."[780] – diese Losung aus Lenins Schrift „Was tun?" wurde zu einem Credo des bolschewistischen Herangehens an die Vereinigung. Lenin betonte die Notwendigkeit, daß sich Bolschewiki und Menschewiki deutlicher voneinander abgrenzen und klarer definiert werden mußte, worum der ideologische Kampf ging, als Voraussetzung, um überhaupt die richtige Linie im Kampf gegen die falsche Linie durchsetzen und die Arbeiterklasse von der richtigen Linie überzeugen zu können.[781] Grundprinzip war dabei, daß ***die Meinungsverschiedenheiten in brennenden Fragen der Revolution nicht vertuscht werden,***[782] ***daß die Freiheit der Agitation und Propaganda für die revolutionären Ziele gewährleistet ist.***

Die Bolschewiki arbeiteten eine Plattform aus, die in politischer und ideologischer Abgrenzung zu den Menschewiki die damals brennendsten Meinungsverschiedenheiten zwischen Bolschewiki und Menschewiki auf den Punkt brachte. Durch die Veröffentlichung dieser Plattform vor dem Parteitag, durch ihre breite Diskussion in den Grundeinheiten der SDAPR und dann auf dem Parteitag wurde allen Parteimitgliedern klar, welche Positionen die Bolschewiki im

---

[778] Lenin: „Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR", 1906, Werke Band 10, S. 379 ff.

[779] „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang", S. 107

[780] Zitiert nach: „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang", S. 42

[781] Lenin: „Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR", 1906, Werke Band 10, S. 380.

[782] „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang", S. 107

Gegensatz zu den Menschewiki einnahmen und auf welcher Grundlage die Vereinigung nach Ansicht der Bolschewiki stattfinden sollte.[783]

Auf dem IV. Parteitag hatten die Menschewiki die Mehrheit. Die Bolschewiki führten einen ideologischen Kampf, um maximal ihre Positionen durchzusetzen. In wichtigen Fragen der Revolution, wie z. B. der Agrarfrage oder taktischen Fragen, setzte sich die menschewistische Position durch. In das ZK wurden mehrheitlich Menschewiki gewählt, im ZO waren nur Menschewiki vertreten.

Diese und andere Zugeständnisse gingen die Bolschewiki bewußt ein, um eine einheitliche Partei überhaupt schaffen zu können. Der Kern war dabei, ***Zugeständnisse und Kompromisse offen und ehrlich zuzugeben und zu begründen.***[784]

Jedoch erfolgte auf dem IV. Parteitag lediglich eine formale Vereinigung. Dem Wesen nach blieben die Bolschewiki und die Menschewiki bei ihren jeweiligen Auffassungen und behielten ihre selbständigen Organisationen bei.

Lenin schätzte trotz dieser Ergebnisse den IV. Parteitag positiv ein, vor allem weil er – neben den schon weiter oben genannten Zielen – auch eine Fülle von Dokumenten geschaffen hatte, mit denen der ideologische Kampf nach dem Parteitag gegen den Menschewismus verstärkt geführt werden konnte.[785]

Nach dem Parteitag verstärkten die Bolschewiki ihren ideologischen Kampf gegen den Menschewismus in der Partei und vor den werktätigen und ausgebeuteten Massen vor allem auch anhand der Parteitagsdokumente und Diskussionen auf dem Parteitag.[786]

---

[783] Ebenda, S. 107/108

[784] Als Beispiel nennt Lenin in seinem Bericht über den Parteitag, daß die Bolschewiki in ihrer Plattform bestimmte Zugeständnisse an alle revolutionären Organisationen der verschiedensten Völker des zaristischen Reiches vor dem Parteitag vorschlugen und in der Parteipresse veröffentlichten (vgl. Lenin: „Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR", 1906, Werke Band 10, S. 375 ff).

[785] Ebenda, S. 379 ff.

[786] **„Der Kampf zwischen den Bolschewiki und Menschewiki entbrannte nach dem IV. Parteitag mit neuer Kraft. In den formal vereinigten Ortsorganisationen traten sehr**

Fortsetzung nächste Seite

Durch diesen ideologischen Kampf, durch die revolutionäre Führung der 1906 wieder anschwellenden Massenkämpfe gegen den Zarismus und die Entlarvung der Menschewiki als Reformisten und Verräter an der Revolution anhand der eigenen Erfahrungen der ausgebeuteten Massen in diesen Kämpfen gelang es den Bolschewiki im Mai 1907, den V. Parteitag einzuberufen, dort eine feste Mehrheit zu erlangen und sämtliche wichtigen bolschewistischen Resolutionen durchzusetzen. In der „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang" heißt es über den IV. und V. Parteitag, daß sich die SDAPR

> **„in der Tat als in zwei Parteien gespalten erwies, in die Partei der Bolschewiki und in die Partei der Menschewiki. Der IV. Parteitag änderte nichts an der tatsächlichen Lage der Dinge innerhalb der Partei. Er bewahrte nur und festigte ein wenig die *formale* Einheit der Partei. Der V. Parteitag machte in der Richtung der *tatsächlichen* Vereinigung der Partei einen Schritt vorwärts, wobei diese Vereinigung unter dem Banner des Bolschewismus vor sich ging."**[787]

Die bolschewistische Partei entstand tatsächlich erst 1912 nach der Säuberung der unverbesserlichen Menschewiki aus der Partei.

Diese Prinzipien des Herangehens an die Vereinigung, der Vorbereitung der Vereinigung sowie des Kampfs nach der Vereinigung durch die Bolschewiki mußte die KPD unbedingt zur Grundlage ihres Kampfs für die Vereinigung mit Teilen der SPD nehmen.

Fortsetzung der Fußnote

häufig zwei Referenten mit Berichten über den Parteitag auf: ein Bolschewik und ein Menschewik. Die Erörterung der beiden Linien ergab, daß sich die Mehrheit der Mitglieder der Organisationen in den meisten Fällen auf die Seite der Bolschewiki stellte." („Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang", S. 110)

Siehe auch Lenin: „Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR", 1906, Werke Band 10, S. 383.

[787] „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang", S. 115

2. Die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei in Deutschland 1875

In der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gab es vor allem zwei Vereinigungen, die es auszuwerten galt: Die Vereinigung zur einheitlichen Arbeiterpartei 1875 und die Vereinigung der KPD mit der USPD 1920.

Der Kampf um eine einheitliche Arbeiterpartei wurde von Marx und Engels mit dem verschärften Kampf gegen das Lassalleanertum verbunden, um eine möglichst weitgehend vom Opportunismus gereinigte Partei zu schaffen. Das wichtigste Dokument aus diesem Kampf ist die „Kritik des Gothaer Programms“[788] von Marx und Engels, worin sie Prinzipienhandel bei der Vereinigung verurteilten, den Reformismus und Nationalismus, die Verletzung der Prinzipien des „Manifests der Kommunistischen Partei“ umfassend kritisierten und verurteilten.

Marx machte klar, daß es galt, eine „Übereinkunft zur Aktion gegen den gemeinsamen Feind“ durchzuführen und die Erarbeitung wirklicher programmatischer Grundlagen durch „längere gemeinsame Tätigkeit“ vorzubereiten, anstatt sich auf einer programmatischen Grundlage zu vereinigen, die in zentralen Fragen dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ widerspricht.[789] Er warnte direkt davor – und diese Warnung war angesichts der Situation 1945/46 hochaktuell –, angesichts kurzfristiger Erfolge einer prinzipienlosen Vereinigung die langfristigen Schäden dieser Vereinigung, wie z. B. die demoralisierende Wirkung des neuen Programms auf die Parteimitglieder angesichts der Heiligsprechung der von Marx und Engels immer bekämpften opportunistischen Positionen Lassalles, zu übersehen:

---

[788] Siehe Marx: „Kritik des Gothaer Programms“, 1875, Marx/Engels Werke Band 19, S. 11–32. Marx selbst nannte seine Kritik „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“. Engels veranlaßte die Veröffentlichung (zusammen mit einem Brief von Marx an Bracke vom 5. Mai 1875) im Jahr 1891.

[789] Ebenda, S. 13/14.

> **„Man weiß, wie die bloße Tatsache der Vereinigung die Arbeiter befriedigt, aber man irrt sich, wenn man glaubt, dieser augenblickliche Erfolg sei nicht zu teuer erkauft."**[790]

Marx und Engels waren jedoch keineswegs generell gegen die Vereinigung, sie waren aber entschiedene Gegner einer Vereinigung auf fauler programmatischer Grundlage.

Kernpunkt der Schrift ist Marx' Bekräftigung der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats:

> **„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode (der Sozialismus, A. d. V.), deren Staat nichts andres sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats.*"**[791]

An dieser Haltung von Marx und Engels zur prinzipienlosen Vereinigung auf fauler programmatischer Grundlage auf dem Gothaer Parteitag ist auch die Vereinigung von KPD und SPD zu messen.

3. Die Vereinigung der KPD mit dem linken Flügel der USPD 1920

Lenin forderte in seiner Schrift „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" vom Mai 1920, die geeignete Form eines Kompromisses mit dem linken Flügel der USPD zu suchen, um diesen Teil der USPD organisatorisch mit der KPD zu vereinigen:[792]

> **„Ein ‚Kompromiß' mit diesem Flügel der Partei (dem linken Flügel der USPD, A. d. V.) zu fürchten, wäre geradezu lächerlich. Im Gegenteil, die Kommunisten müssen *unbedingt* die geeignete Form eines Kompromisses mit ihm suchen und *finden*, eines Kompromisses, das einerseits die notwendige völlige Verschmelzung mit diesem Flügel erleichtern und beschleunigen,**

---

[790] Ebenda, S. 14.

[791] Ebenda, S. 28.

[792] Lenin betonte, daß Teile der USPD schon 1919 den Anschluß an die Kommunistische Internationale gefordert hatten, daß also der Kampf zur Vereinigung von Teilen der USPD mit der KPD schon seit 1919 im Gange war.

andererseits aber die Kommunisten in ihrem ideologischen und politischen Kampf gegen den opportunistischen rechten Flügel der ‚Unabhängigen' in keiner Weise behindern würde."[793]

Lenin forderte also den entschiedenen ideologischen und politischen Kampf gegen den Opportunismus der USPD, was auch beinhaltet, gegen jede Verwässerung programmatischer Ziele bei und durch die Vereinigung anzukämpfen. Der Kompromiß zur Vereinigung der KPD mit dem linken Flügel der USPD durfte in keiner Weise, wie Lenin betonte, diesen ideologischen und politischen Kampf behindern. Lenin wandte sich also entschieden gegen eine prinzipienlose Vereinigung, die die „Einheit" über alles stellt.

Dieser Hinweis Lenins hätte für die KPD Vorbild sein müssen. Denn es ging darum, den ***Kampf gegen den Sozialdemokratismus und die rechten opportunistischen Führer innerhalb der SPD*** angesichts der geplanten Vereinigung zwischen KPD und SPD nicht opportunistisch aufzugeben, sondern weiterzuführen, ja ideologisch zu verschärfen.

Die Vereinigung der KPD mit dem linken Flügel der USPD ist nur zu verstehen, wenn klar ist, daß die KPD Mitglied der Kommunistischen Internationale war, deren Beschlüsse auch für die KPD bindend waren. Um Mitglied der Kommunistischen Internationale zu werden, mußte eine Organisation die 21 Aufnahmebedingungen der Kommunistischen Internationale, die der II. Weltkongreß im August 1920 verabschiedet hatte, anerkennen. Dort waren solche kommunistischen Kernpunkte verankert wie wirklicher Bruch mit dem Opportunismus, proletarischer Internationalismus und demokratischer Zentralismus als Grundlage, Anerkennung der Diktatur des Proletariats, um nur einige wesentliche Punkte zu nennen.[794] Die Kriterien für die Vereinigung von KPD und USPD waren zu dieser Zeit also von der Kommunistischen Internationale allgemein vorgegeben.

---

[793] Lenin: „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 60.

[794] Siehe zu den 21 Aufnahmebedingungen genauer das Kapitel „Die ‚Leitsätze über die Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale' und die Notwendigkeit des entschiedenen Bruchs mit dem Opportunismus", in „Rot Front", Nr. 3, Januar 1997, S. 93 ff.

Auf diesem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1920, wo neben der KPD auch die USPD teilnahm, kam es zum offenen ideologischen Kampf zwischen dem linken Flügel der USPD und dem rechten Flügel um Crispien und Hilferding. Lenin unterstützte die KPD und den linken Flügel der USPD in ihrem Kampf gegen den Opportunismus der rechten Führer der USPD, u. a. in der Frage der Diktatur des Proletariats, die vor allem Crispien durch die Formulierung „Eroberung der politischen Macht" ersetzen wollte.

Nach dem II. Weltkongreß traten die linken führenden Kader der USPD für den sofortigen Beitritt der USPD in die Kommunistische Internationale ein, die rechten Führer eröffneten eine öffentliche Kampagne gegen den Beitritt in der Parteipresse, die sie zu großen Teilen in der Hand hatten. Einige Bezirks- und Kreisorganisationen beschlossen nach Diskussion, daß sie für den Beitritt zur Kommunistischen Internationale waren, aber es gab auch andere Teile der USPD, die unter der Führung der Zentristen wie Crispien und Hilferding standen, die sich gegen den Beitritt aussprachen. Die KPD bekämpfte den rechten Flügel der USPD und unterstützte den linken Flügel vor allem durch Propagandaveranstaltungen, aber auch durch ausführliche Berichte und Artikel in der „Roten Fahne", dem Zentralorgan der KPD.

Im September 1920 griff Lenin durch einen offenen Brief wiederum in den Kampf zwischen den opportunistischen Kräften der USPD einerseits und dem linken Flügel der USPD und der KPD andererseits ein und begründete die Notwendigkeit des Bruchs mit dem rechten Flügel der USPD als Voraussetzung für die Schaffung einer wirklich revolutionären Kommunistischen Partei. Gegen das antikommunistische Geschrei der Opportunisten von der „Diktatur Moskaus in der Komintern" stellte er zunächst die wahren Ursachen dieses Kampfes innerhalb der Arbeiterbewegung, der in allen Ländern des Kapitalismus stattfand, heraus:

> **„In Wirklichkeit haben wir es hier mit einem Kampf zwischen revolutionären, *proletarischen* und opportunistischen, *kleinbürgerlichen* Elementen zu tun. Zu diesen letzteren gehören nach wie vor die Hilferding, Dittmann, Crispien, zahlreiche Mitglieder der Parlamentsfraktionen in Deutschland und Frankreich usw. Der Kampf dieser beiden *politischen Richtungen* geht in ausnahmslos allen Ländern der Welt vor sich. (...) Der Opportunismus wird vertreten durch Elemente der ‚Arbeiteraristokra-**

tie', der alten Bürokratie in den Gewerkschaften, Genossenschaften u. a., durch kleinbürgerlich-intellektuelle Schichten usw. Ohne Säuberung von den Trägern dieser *Richtung*, die durch ihre Schwankungen, ihren ‚Menschewismus' (die Dittmann und Crispien gleichen völlig unseren Menschewiki) faktisch den Einfluß der Bourgeoisie auf das Proletariat *innerhalb* der Arbeiterbewegung, *innerhalb* der sozialistischen Parteien verwirklichen – ohne Säuberung von diesen Elementen, ohne Bruch mit dieser Richtung, ohne Ausschluß aller ihrer prominenten Vertreter ist ein Zusammenschluß des revolutionären Proletariats *unmöglich*. (...)

Nur durch den Bruch mit diesen und ähnlichen Leuten kann die *internationale Einheit* des revolutionären Proletariats *gegen* die Bourgeoisie, zum Sturz der Bourgeoisie, hergestellt werden. (...)

Es ist an der Zeit, alle diese höchst schädlichen Illusionen über die Möglichkeit der ‚Einheit' oder des ‚Friedens' mit den Dittmann und Crispien, mit dem rechten Flügel der ‚Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands', der englischen ‚Unabhängigen Arbeiterpartei', der Sozialistischen Partei Frankreichs usw. endgültig aufzugeben. Es ist an der Zeit, daß alle revolutionären Arbeiter ihre Parteien von ihnen säubern und wirklich einheitliche kommunistische Parteien des Proletariats schaffen."

(Lenin: „Brief an die deutschen und französischen Arbeiter", 1920, Werke Band 31, S. 270/271)

Lenin verweist darauf, daß eine wesentliche Ursache dieses Kampfes innerhalb der Arbeiterbewegung in der Tatsache der Existenz einer Arbeiteraristokratie besteht, einer nicht unbedeutenden Minderheit im Proletariat, die durch die Bourgeoisie mit Hilfe ihrer Extraprofite, die sie aus der Ausbeutung anderer Völker erzielt, bestochen wird. Organisatorischer Bruch mit dem rechten Flügel der USPD, Säuberung der rechten Führer aus der zu schaffenden einheitlichen Kommunistischen Partei – das war eine prinzipielle Handlungsanweisung, die auch für die Vereinigung von KPD und Teilen der SPD Gültigkeit besaß.

Auf dem Parteitag der USPD im Oktober 1920 beschloß die Mehrheit (237 gegen 157 Stimmen) den Anschluß an die Kommunistische Internationale und damit die Vereinigung mit der KPD. Der rechte Flügel der USPD verließ daraufhin den Parteitag und spaltete die

USPD. Der linke Flügel der USPD nannte sich bis zur Vereinigung mit der KPD ab dann USPD (Linke). Bis zum Vereinigungsparteitag vom 4. bis 7. Dezember 1920 begann die intensive enge Zusammenarbeit der USPD (Linke) und der KPD, die USPD (Linke) versuchte durch verstärkten ideologischen Kampf möglichst große Teile der ehemaligen USPD für die Vereinigung mit der KPD zu gewinnen. Die Vereinigung zwischen der KPD und Teilen der USPD erfolgte auf der Grundlage der Anerkennung der 21 Aufnahmebedingungen der Kommunistischen Internationale. Auf dem Vereinigungsparteitag (349 Delegierte der USPD und 136 der KPD), deren Grundlage das Programm der KPD von 1918 bildete, wurde u. a. ein Agrarprogramm und das „Manifest an das deutsche und internationale Proletariat" verabschiedet. Die Mitgliederzahl stieg durch die Vereinigung von 100000 auf 300000 an.

Anhang 13: „Vortragsdisposition" Nr. 5 (1946), „Der Weg zum Sozialismus" (Zur Diskussion um das Maximalprogramm der Einheitspartei)[795]

In der „Vortragsdisposition Nr. 5" (1946), „Der Weg zum Sozialismus", wird versucht, die Diskussion um das Maximalprogramm der SED darzustellen.

In dieser Vortragsdisposition werden sehr viele richtige Zitate von Marx und Engels sowie auch Lenin über den bürgerlichen Staat und die Notwendigkeit seiner gewaltsamen Zerschlagung angeführt. So wird aus Lenins „Staat und Revolution" die Notwendigkeit des „Zerbrechens" der bürgerlichen Staatsmaschinerie zitiert (S. 6). Auch das bekannte Zitat von Engels über das allgemeine Stimmrecht in der bürgerlichen Gesellschaft als „Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse" ist enthalten (S. 5).

[795] Alle Seitenangaben in dieser Anmerkung beziehen sich auf diese Schrift.

Aber der opportunistische Gesamtcharakter, der nicht überschrittene opportunistische Rahmen wird schon in der Einleitung deutlich, wo es zunächst vielversprechend heißt:

> „Da die Fragen der demokratischen Erneuerung Deutschlands, d. h. die Sofortaufgaben der Einheitspartei in früheren Schulungsdispositionen ausführlich behandelt wurden, wird diesmal die ***konsequente marxistische Auffassung des Maximalprogramms, d. h. die Verwirklichung des Sozialismus durch die politische Herrschaft der Arbeiterklasse*** der Inhalt des heutigen Schulungsthemas sein. Zum Programm-Maximum heißt es in der gemeinsamen Entschließung:
>
> „(...) im ***Maximum*** soll das Programm die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der Ausübung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse im Sinne der Lehren des konsequenten Marxismus sein, wie sie im ‚Kommunistischen Manifest', im Eisenacher Programm der deutschen Sozialdemokratie und in der Kritik von Marx und Engels zum Gothaer Programm festgelegt sind." (S. 3)

Zwei zentrale revisionistische Grundfehler sind hier enthalten:

Erstens. Das maximale Ziel ist nicht der Sozialismus, sondern der Kommunismus.

> „Über das Endziel des Sozialismus bestehen bei allen konsequenten Sozialisten keine Meinungsverschiedenheiten." (S. 7)

Wohlgemerkt, es handelt sich immerhin noch um eine Vortragsdisposition der KPD, die es unbedingt besser wußte, wie schon der Name der Partei selbst aussagt.

Ein wirklich erschreckender Punkt ist, daß dem Autor der Vortragsdisposition dabei völlig gleichgültig ist, daß es in einem in der Vortragsdisposition angeführten Zitat aus „Staat und Revolution" eindeutig heißt: „Beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus ist die Unterdrückung noch notwendig" (S. 11), und daß es sogar einen Abschnitt gibt mit dem Titel „Der Übergang zur klassenlosen Gesellschaft" (S. 10/11).

Zweitens. Als Weg zu diesem Ziel programmatisch nur von der „Ausübung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse" zu sprechen, umgeht den entscheidenden Punkt, daß es sich um eine ***Diktatur*** der Arbeiterklasse handeln muß.

Außerdem werden hier als gleichwertig nebeneinander stehend nicht nur das „Manifest der Kommunistischen Partei" und die „Kritik des Gothaer Programms" aufgezählt, sondern auch das Eisenacher Programm. Das ist die Brücke zur Verwendung der opportunistischen Formulierung in den Gründungsdokumenten der SED. Nach dem „Manifest der Kommunistischen Partei", dem historischen Brief von Marx an Kugelmann vom 12. April 1871 und Lenins „Staat und Revolution" wird das Erfurter Programm angeführt:

> „d) Die Notwendigkeit der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse als Voraussetzung zur Verwirklichung des Sozialismus wird auch im Erfurter Programm der Sozialdemokratie als Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei dargelegt.
>
> Darüber heißt es im Erfurter Programm der Sozialdemokratie von 1891:
>
> ‚Sie (die Arbeiterklasse) kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.
>
> Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen – das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.' " (S. 8/9)

Hier fehlt nun praktisch alles Wesentliche:

erstens die Notwendigkeit des Zerschlagens des bürgerlichen Staatsapparats;

zweitens die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats.

Der revisionistische Trick besteht darin, völlig richtige Zitate neben falsche zu stellen, das alles dann für identisch zu erklären, um ***dann*** die opportunistische Formulierung programmatisch zu verwenden.

Nach den allgemeinen Darlegungen gibt es auch einen Abschnitt über „Die Besonderheiten der heutigen Lage nach der Zerschlagung des Hitlerregimes". Darin heißt es:

> „Die Besonderheit der heutigen Lage besteht darin, daß durch den militärischen Zusammenbruch Hitlerdeutschlands auch ***der faschistische Staatsapparat als Herrschaftsorgan des Monopolkapitals zerschlagen wurde.*** Das trifft für die ostdeutschen Gebiete vollständig, für die west- und süddeutschen Gebiete nur teilweise zu. Jene neugeschaffenen demokratischen Selbstverwaltungsorgane, in denen die Arbeiterklasse den entscheidenden Einfluß besitzt (besonders in

den östlichen Gebieten Deutschlands), sind daher nicht mehr Organe der Unterdrückung der Ausgebeuteten durch die Ausbeuter. ***Daher kann unter diesen Bedingungen nicht die Zerschlagung des Staatsapparates als Aufgabe vor der Arbeiterklasse stehen, sondern die Festigung ihrer Positionen und die Säuberung der Verwaltung von allen Faschisten, Militaristen und Reaktionären.*** Unter den heutigen Bedingungen besteht die Aufgabe der Arbeiterklasse darin, einen solchen ***Einfluß auf die Selbstverwaltungsorgane zu gewinnen, daß die Verwaltung nicht wieder zu einem arbeiterfeindlichen Staatsapparat und zu einem Herrschaftsorgan der Bourgeoisie werden kann.*** In dem Falle, daß dies gelingt, ist die Möglichkeit einer Höherentwicklung ohne gewaltsame Revolution nicht ausgeschlossen." (S. 9/10)

Der zentrale revisionistische Fehler ist die Behauptung der Möglichkeit eines Wegs zum Sozialismus „ohne ***gewaltsame*** Revolution", also ohne Einsatz von revolutionärer Gewalt und deren Androhung seitens der Arbeiterklasse.

Anhang 14: Kritik an Fred Oelßners Schrift „Das Kompromiß von Gotha" (1950)

Im Mai 1950 hielt Fred Oelßner diese später von ihm überarbeitete Rede „anläßlich der 75. Wiederkehr des Vereinigungskongresses der deutschen Arbeiterparteien".[796] Auf knapp 60 Seiten werden erstens die Vorgeschichte des Konflikts zwischen „Eisenachern" und „Lassalleanern" mit einer Reihe von Zitaten von Marx, Engels, Lenin und Stalin dargestellt (S. 5–12), zweitens dann die Hauptpunkte der Kritik von Marx am Gothaer Programm referiert (S. 13–23) und drittens die Fehlentwicklungen der deutschen Sozialdemokratie nach Gotha bis 1914 angerissen (S. 26–34). In einem vierten Teil wird dann die

[796] Oelßner: „Das Kompromiß von Gotha", Berlin 1952. Alle weiteren Zitatangaben in diesem Abschnitt beziehen sich auf diese Schrift, soweit nichts anderes vermerkt ist.

Entwicklung der KPD von 1918 bis 1945 auf 20 Seiten (S. 34–53) gedrängt dargestellt.

In diesen 90 Prozent der Broschüre umfassenden Teilen sind durchaus interessante Fakten und Passagen der Klassiker zusammengetragen. Jedoch ist auch schon diese oder jene falsche Position enthalten, um die es hier jedoch nicht in erster Linie geht.[797] Ausschlaggebend ist, daß auf den letzten sechs Seiten nun das unmögliche Kunststück versucht wird, den Gründungsparteitag der SED weißzuwaschen von dem naheliegenden Vorwurf, in zentralen Frage wie der Diktatur des Proletariats und in methodischen Fragen ***nicht aus den Fehlern von Gotha gelernt zu haben.***

Entgegen der von Lenin in „Was tun?" formulierten Lehre aus Gotha, „Bevor man sich vereinigt und um sich zu vereinigen, muß man sich zuerst entschieden und bestimmt voneinander abgrenzen",[798] konstatiert Oelßner,

> „daß für diese ideologische Auseinandersetzung einfach keine Zeit blieb. Sie mußte auf die Zeit nach der Vereinigung verschoben werden.
>
> Heißt dies, daß wir 1946 ebenso einen Prinzipienschacher betrieben haben wie 1875 in Gotha? Keineswegs! Keine der beiden Seiten hat vor vier Jahren gegen ihre innere Überzeugung wesentliche prinzipielle Konzessionen gemacht. Die Punkte, in denen noch keine Übereinstimmung erzielt war, blieben unausgesprochen, blieben der späteren Klärung vorbehalten."[799]

---

[797] Auf Seite 8 redet Oelßner nur davon, daß die Verpreußung Deutschlands „dem deutschen Volk zum furchtbaren Verhängnis" geworden ist. Andere Völker? Nicht bei Oelßner. Er betont S. 21–22 die Notwendigkeit, programmatisch von der Diktatur des Proletariats zu sprechen (was eben erst 1918 geschehen sei), thematisiert dann aber nicht als prinzipiellen Fehler der SED, daß auch die SED nur von der „Eroberung der politischen Macht" gesprochen hat. (Siehe auch S. 48. Dort zitiert Oelßner Stalins Ablehnung von Vereinbarungen und einer mittleren Linie bei „Fragen prinzipiellen Charakters".)

[798] Lenin: „Was tun?", 1902, Werke Band 5, S. 377. Vgl. auch Werke Band 4, S. 351/352.

[799] Oelßner: „Das Kompromiß von Gotha", S. 54.

In dieser kurzen Passage wird deutlich, daß Oelßner alles, was er noch kurz vorher referiert hat, über Bord wirft. „Keine Zeit" – das darf es in prinzipiellen Fragen nicht geben. Noch schlimmer: Oelßner rechtfertigt so ganz nebenbei, daß die gegensätzlichen Auffassungen „unausgesprochen" blieben, also nicht einmal der Ansatz einer Abgrenzung und der Offenlegung der Widersprüche versucht wurde.

Daß Oelßner ein Demagoge ist, zeigt sich am Wörtchen „ebenso". Es mag ja sein, daß der Prinzipienhandel bei Gotha ein ***anderer*** war als der bei der Vereinigung von KPD und SPD zur SED 1946. Die Frage ist jedoch, ob in zentralen Fragen, sicherlich unter anderen Umständen und in anderen Formen, Prinzipienhandel betrieben wurde oder nicht.

Nachdem Oelßner die falsche Methode des Gründungsparteitags der SED verteidigt hat, kommt er zur inhaltlichen Frage, zur Frage der Anerkennung der Diktatur des Proletariats – sollte man denken.

Oelßner umgeht jedoch diese Frage insofern, als er die faule Formel „Eroberung der politischen Macht" im SED-Gründungsdokument gar nicht kritisiert, sondern als klare und jedem verständliche Sache bezeichnet, die lediglich opportunistisch ausgelegt worden sei. Statt Selbstkritik eine „Auslegungsfrage" (S. 55)!

Immerhin kritisiert Oelßner dann den im Gründungsdokument der SED enthaltenen konstruierten Gegensatz von „demokratischem Weg zum Sozialismus" contra „revolutionäre Mittel" und bezeichnet dies als „grundsätzlich unrichtig".

Warum dann aber diese falsche Position, die einen Grundsatz betrifft (daß die sozialistische Umwälzung zutiefst demokratisch und zugleich revolutionär ist), ***kein*** Prinzipienhandel gewesen sein soll, das bleibt das demagogische Geheimnis von Fred Oelßner.

Daß keine wirkliche Selbstkritik angestrebt wurde – Gotha vor Augen –, wird auch deutlich, wenn Oelßner mit folgenden „Argumenten" für eine Neuformulierung dieser Passage eintritt und Ulbricht wie folgt zitiert:

> „Die bei der Vereinigung beschlossenen Grundsätze und Ziele sind zum großen Teil erfüllt und bedürfen auf Grund der neuen Erfahrun-

gen der Partei und der theoretischen Erkenntnisse einer neuen Formulierung."[800]

„Neue Erfahrungen" anzuführen ist vielleicht das weitest hergeholte Argument, das sich jemand ausdenken konnte. Auf Grund der „alten" Erfahrungen der sozialistischen Oktoberrevolution, basierend auf den schon von Marx und Engels zusammengefaßten Prinzipien der sozialistischen Revolution als zutiefst demokratisch und revolutionär zugleich, müßte die faule Formulierung aus „Grundsätze und Ziele" selbstkritisch verworfen werden. Der Terminus von den „neuen Erfahrungen" dient zur Vertuschung des Tatbestands, daß es sich 1946 um Prinzipienhandel handelte und es keineswegs um eine taktische Frage ging, bei der neue Erfahrungen zu einer Änderung der Taktik führen können.

Oelßner zitiert Ulbricht zustimmend und ergänzt, daß der monierte Satz „heute (!?!) nicht mehr den theoretischen Erkenntnissen unserer Partei" (S. 57) entspräche. Mit dieser Halbwahrheit wird wegoperiert, daß auch auf dem damaligen Erkenntnisstand der KPD und ihrer Kader der von Oelßner kritisierte Satz falsch war.

Die durch nichts zu rechtfertigende Übertreibung, daß in der Zeitspanne von 1946 bis 1950 „die früheren ideologischen Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten dabei völlig verschwunden sind" (S. 59), verharmlost gerade die Frage des sozialdemokratischen Ballasts innerhalb der SED, schläfert die Wachsamkeit der Parteimitglieder ein und vertuscht die Notwendigkeit des ideologischen Kampfs in der Partei.

---

[800] Walter Ulbricht im „Neuen Deutschland" vom 14. Mai 1950, zitiert in: Oelßner: „Das Kompromiß von Gotha", S. 56/57.

Anhang 15: Schlaglichter auf die Beziehungen von SMAD und KPD/SED

Ein grundlegendes Problem bei der Beurteilung der Dokumente der KPD und dann der SED ist das Verhältnis zur KPdSU und zur Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD).

Während es einerseits offensichtlich ist, daß in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) Deutschlands klare Vorgaben von der sozialistischen Sowjetunion für die Politik in der SBZ vorhandenen waren, ist es auf der anderen Seite gewiß auch falsch, hinter jedem Fehler der KPD bzw. SED einen direkten Fehler der KPdSU(B) zu sehen.

Die Grundzüge der Politik der KPD/SED wurden gewiß ausführlich mit Genossen der SMAD und der KPdSU(B) diskutiert, die Vorstellung über die SED als bloße Exekutive der KPdSU(B) ist jedoch absurd, schaut man sich die Dokumente der KPD/SED im Detail an.

Unabhängig von diesen Fragen und Einschätzungen muß jedoch so oder so klar sein, daß die KPD/SED sich nicht hinter der KPdSU(B) verstecken kann und voll und ganz die eigene Verantwortung dafür trägt, was sie getan oder auch unterlassen und versäumt hat. Insofern ändern die nachfolgenden Überlegungen und Auswertungen von SMAD-Dokumenten nicht grundsätzlich etwas, ermöglichen aber vielleicht einen genaueren Blick auf einzelne Dokumente und Maßnahmen der SED.

Ein grundsätzliches Problem des 1997 veröffentlichten Dokumentenbandes „Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949“[801] ist die ***Auswahl.*** Es ist zwar eine Einschätzungsfrage, aber Indizien, daß direkt am Text gefälscht wurde, gibt es nicht. Aber die Auswahl von Dokumenten kann verzerren.

---

[801] Bonwetsch: „Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949“, Bonn 1998. Alle Seitenangaben in dieser Anmerkung beziehen sich auf diesen Dokumentenband.

Die Herausgeber dieses Dokumentenbandes beteiligen sich zudem in ihrer Einleitung an den Spekulationen über die Rolle Shdanows, Berijas und Stalins ohne jede Belege. Unterschiedliche Positionen in der Deutschlandpolitik zwischen Berija und Chruschtschow liegen nahe, sie vorher anhand von Dokumenten zu verfolgen wäre gewiß wichtig und aufschlußreich – allein diese Dokumente liegen nicht vor. Alle innersowjetischen Konflikte lassen sich nur am Rande anhand der Kaderpolitik gegenüber dem Leiter der SMAD andeuten.[802]

Einleitend wird eine Fülle von uns noch nicht gesichteter Literatur benannt, allein wirklich Weiterführendes deutet sich nicht an.

So bleibt an dieser Stelle eine erste Auswertung der vorhandenen Dokumente, als zusätzliche Quelle und zusätzliche Möglichkeit, plausible Erklärungen für einige schwer verständliche Fragen der Politik der SPD und KPD zu erhalten.

Folgende Gesichtspunkte bei der Auswertung dieser Dokumente erscheinen uns wichtig:

- Die aus unserer Sicht zutreffende Bemerkung, daß die Propaganda zu defensiv gegen die reaktionäre Propaganda gewesen sei.[803]

- Die Zurückweisung der Vorstellung, daß trotz intensiver Diskussionen Dokumente der SED von der SMAD völlig ausgearbeitet würden.[804]

---

[802] In Teil II der Dokumentensammlung wird auf politische Gegensätze innerhalb der KPdSU(B), aber auch auf Fragen der Kaderpolitik und das Problem der Korruption eingegangen. Tjulpanow, der Leiter der SMAD, weist Vorwürfe wegen Korruption 1960 als Verleumdungen zurück (Siehe S. 290 ff und S. 296 ff).

[803] „Stenogramm der Beratung der Kommission des ZK zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland (Auszug), 19.9.1945", in: Bonwetsch: „Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949", (S. 227).

[804] „Alle von der SED kommenden Dokumente werden von uns hier so gut wie ausgearbeitet. Wenn sie einen Entwurf gemacht haben, dann wird er von uns durchgearbeitet und mit allen unseren Bemerkungen versehen. Es gibt [aber] kein Dokument, das wir ausgearbeitet und sie völlig bestätigt hätten. Solche Dokumente gibt es nicht." (S. 240)

- Die berechtigte Kritik an einer liberalistischen Grundhaltung im SED-Beschluß „Christentum und Marxismus".[805]

- Die fehlende Anprangerung der Verbrechen der deutschen Wehrmacht in der UdSSR in der Zeitung der SMAD „Tägliche Rundschau" und damit der Verzicht auf ein Grundargument für die Berechtigung von Reparationen in der Zeitspanne nach der Gründung der SED 1946 stimmt mit unserer Kritik an der Politik der SED gegenüber den deutschen Kriegsgefangenen überein.[806]

- Die Ablehnung der Schaffung von „Treibhausbedingungen" für die SED, die so nicht „im ununterbrochen Kampf mit dem Feind gestählt" wird.[807]

- Wichtig ist auch der Hinweis, daß der Aufenthalt in Deutschland nach 1945 nun allemal nicht ein Glücksfall für die sowjetischen Genossen war: „Ein Teil der Mitarbeiter betrachtet den Aufenthalt in

---

[805] „Es muß auch erwähnt werden, daß die Erklärung der SED zur Kirche einen schwerwiegenden politischen Fehler enthält: Als Antwort auf die Propaganda der CDU über die Unvereinbarkeit von Christentum und Marxismus hat die SED erklärt, daß die Sozialistische Einheitspartei in der gegenwärtigen Periode den Grundsatz ‚Christentum und Marxismus' vertritt." (S. 247) Diese ganz falsche Erklärung des ZK der SED ist im „Neuen Deutschland" vom 30.8.1946 abgedruckt.

[806] „Die Zeitung ‚Tägliche Rundschau' macht unbefriedigende Propaganda über die Sowjetunion. Die über die UdSSR veröffentlichten Artikel sind für den deutschen Leser wenig verständlich. In der letzten Zeit hat die Zeitung aufgehört, Artikel über die Zerstörungen zu veröffentlichen, die von der deutschen Nazi-Wehrmacht auf dem Territorium der UdSSR angerichtet wurden. Dadurch verzichtet die Zeitung auf ein wichtiges Argument, das die deutsche Bevölkerung davon überzeugte, daß unsere Reparationsforderungen gegenüber Deutschland gerechtfertigt sind." (S. 247/248)

[807] „Die Informationsverwaltung hat bis heute [noch] keine richtige Linie in bezug auf die SED gefunden und setzt die offenkundig falsche Praxis der kleinlichen Gängelung fort. ***Für die SED werden Treibhausbedingungen geschaffen, und die Partei wird nicht im ununterbrochenen Kampf mit den Feinden gestählt.*** Infolgedessen vermindert sich bei vielen leitenden Funktionären der SED das Gefühl der Verantwortlichkeit für das Schicksal Deutschlands und zeigt sich das Bestreben, der Entscheidung über komplizierte Fragen auszuweichen und sich in schwierigen Fragen auf die SMAD zu verlassen." (S. 277)

Deutschland als Unglück, das ihren ganzen Lebensweg zerstören kann." (S. 279)

- Die Dramatik der materiellen Situation in der Sowjetunion wird deutlich, wenn sowjetische Genossen bei der Zuteilung von 14000 Tonnen Papier zu „Wahlkampfzwecken" an zugelassene deutsche Parteien darauf verweisen, daß innerhalb der Sowjetunion Lehrbücher nicht erscheinen können. (S. 238) Oder wenn bei der Frage der Postkarten für Kriegsgefangene die Sowjetunion zur Auflage machte, daß die benötigten zehn Millionen Postkarten von der SBZ selbst hergestellt und geliefert werden müssen. (Vorwort S. LII)

- Mit Recht wird auf die „schwache Ausarbeitung theoretischer Fragen" verwiesen. (S. 245)

- Es gab einige Aspekte von wohl in der Tat sektiererischen Erscheinungen im Stil von „Es lebe Sowjetsachsen" im Juli 1945 (S. 9 und S. 12). Dagegen werden klarer als von der KPD in ihrem Aufruf von 1945 die Aufgaben der KPD bei der Entnazifizierung einschließlich der „ehrlichen Arbeit zur Wiedergutmachung" und der Kampf gegen die nazistische Soldatenideologie bestimmt, ohne jedoch die KPD direkt oder indirekt zu kritisieren, was nötig gewesen wäre:

> „Die Anerkennung der Verantwortung des deutschen Volkes für die Verbrechen des Faschismus; die ehrliche Arbeit zur Wiedergutmachung des Schadens, der anderen Ländern durch die Faschisten zugefügt wurde; die absolute Erfüllung aller Friedensbedingungen; die sofortige unerbittliche Ausschaltung aller faschistischen Elemente; die Überwindung faschistischer Einflüsse im Bewußtsein des deutschen Volkes; seine grundlegende moralisch-politische Umerziehung in demokratischem, fortschrittlichem Geist; seine Absage an chauvinistischen ‚rassischen' Hochmut, an imperialistische Politik und an Militarismus; die Bestrafung faschistischer Verbrecher; die vollständige Entwaffnung Deutschlands und die Liquidierung seiner Rüstungsindustrie usw." (S. 5)

> „Die Kommunistische Partei und ihre Publikationen entlarven entschlossen diejenigen, die auch jetzt [noch] die Leistungen der deutschen Soldaten preisen, die dazu aufrufen, das Andenken der im Krieg gefallenen Soldaten zu ehren, und die behaupten, daß die verwundeten Soldaten mit Recht auf die Dankbarkeit der Heimat rechnen können." (S. 20)

Die im letzten Absatz enthaltene Darstellung der Arbeit der KPD/SED zur Entlarvung der „Lobpreisung" des deutschen Soldaten ist nur als Aufforderung zu lesen, entsprechend zu handeln, wenn die völlig falsche Haltung der KPD in der Frage der Kriegsgefangenen hinzugezogen wird.[808] Dennoch wurden von der SMAD keineswegs die antisowjetischen Töne auch innerhalb der SED, gerade in der Frage der Kriegsgefangenen, übersehen.[809]

---

[808] Vgl. dazu ausführlich die Kritik an der Haltung der KPD/SED zur Frage der Kriegsgefangenen in Anmerkung 4, S. 492.

[809] In dem „Memorandum S. Tjulpanovs für M. Suslov über die Tagung des Parteivorstands der SED vom 19./20. Juni 1946" vom 25. Juni 1946 heißt es:

„In den Beiträgen der Aussprache zum Referat Piecks, die auf einem äußerst niedrigen Niveau stattfand, nahmen Fragen wie die Rückkehr der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion und die Organisierung des Briefwechsels mit ihnen, Fälle von Ausschreitungen einzelner Militärangehöriger in den Provinzen [und Ländern], Fragen der Haltung zu den Ostgrenzen und angeblich aus politischen Gründen vorgenommene Verhaftungen einzelner Deutscher großen Raum ein.

Eine Reihe dieser Fragen (Kriegsgefangene, Ostgrenzen, Verhaftungen usw.) wurden in scharf antisowjetischem Ton aufgeworfen und von Zwischenrufen und Erwiderungen folgender Art begleitet: ‚Das ist doch nicht das Verhalten eines sozialistischen Staates', ‚ein sozialistischer Staat müßte ein Mindestmaß an Menschlichkeit zeigen', ‚bei uns Deutschen herrscht eine ganz andere Vorstellung von der Freiheit der Persönlichkeit als bei den Russen' usw. (Reden und Zwischenrufe Hausers und Lübbes) (...)

Diese Äußerungen antisowjetischen Charakters wurden von W. Pieck entschieden kritisiert. Allerdings muß man darauf hinweisen, daß seine diesbezüglichen Äußerungen unglücklich waren, eine ganze Reihe undurchdachter Formulierungen enthielten (‚Sprachrohre der Reaktion', ‚Leute, die unter dem Druck der Reaktion stehen' usw.), den Eindruck einer engen Zusammenarbeit, ja sogar Unterordnung der Partei unter die Sowjetische Militäradministration schufen und bei einem großen Teil der Mitglieder des Parteivorstands einen unangenehmen Eindruck hervorriefen. Das ging so weit, daß Otto Grotewohl in seinem Referat genötigt war, seine Nichtübereinstimmung mit der Position W. Piecks zum Ausdruck zu bringen und zu betonen, daß die SED eine deutsche Partei und keine Filiale der sowjetischen Verwaltung ist und daß man mit diesen Methoden und Drohungen die Herstellung einer engen Zusammenarbeit zwischen ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten in den Parteiorganisationen erschweren kann."
(„Memorandum S. Tjulpanovs für M. Suslov über die Tagung des Parteivorstands der SED vom 19./20. Juni 1946" vom 25. Juni 1946, in: Bonwetsch: „Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949", S. 41)

- Sehr deutlich wird registriert, wie die SPD mit Grotewohl in Proletkult macht, um die deutsche Arbeiterklasse von ihrer Mitschuld reinzuwaschen.[810]

- Kritisch kommentiert wurden zu Recht die Ergebnisse der Wahlen zur Enteignung der Kriegsverbrecher in Sachsen.[811]

- Im September 1946 wird festgestellt: „Sie sprechen nicht von der Diktatur des Proletariats (...) die Partei kann eindeutig sehr leicht auf nationalistische Positionen abgleiten."[812]

---

[810] „In der letzten Zeit stimmt die politische Linie der Sozialdemokraten in einer Reihe von Fragen nicht mit den Grundsätzen der SPD überein, die bei ihrer Gründung verkündet wurden. Die Führer der SPD versuchen, breite Schichten der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen, ***sie schmeicheln dem deutschen Volk,*** sagen das, was es gern hören möchte, statt die Wahrheit zu sagen. ***Insbesondere versuchen sie, die deutsche Arbeiterklasse zu rehabilitieren,*** indem sie beweisen, daß diese nicht die Verantwortung für den Krieg trägt. Auf der außerordentlichen Konferenz von Funktionären der Sozialdemokratischen Partei vom 14. September erklärte der Vorsitzende des Zentralausschusses der SPD, Otto Grotewohl: ‚Der Großteil der organisierten Arbeiterklasse kann nicht für schuldig erklärt werden. Er hat sich innerlich niemals vor Hitler gebeugt und hatte keine Sympathie für den Krieg. Er hat im Kampf gegen Hitler viele Opfer gebracht. Hinsichtlich der Schuld am Krieg kann die organisierte Arbeiterklasse Deutschlands den Kopf ebenso hoch tragen wie die Arbeiterklasse Österreichs, der Tschechoslowakei, Frankreichs, Italiens und Jugoslawiens'." (S. 22/23, Hervorhebungen RF)

[811] Die Einschätzung ist viel kritischer als die der SED. Zwar wird der Volksentscheid als Erfolg der SED eingeschätzt, dann heißt es aber auch:

„3. Die 16,5 %, die dagegen gestimmt haben, repräsentieren die Reaktion sowie rückständige Schichten, die sich noch im Schlepptau der Reaktion bewegen, die der Sowjetunion feindlich gesinnt ist; denn es war offenkundig, daß das Referendum auf Anweisung und mit direkter Unterstützung der sowjetischen Militärbehörden durchgeführt wurde.

4. Ein gewisser Teil der Bevölkerung sprach sich für die Enteignung der Unternehmen von Nazi- und Kriegsverbrechern nicht aus tiefer innerer Überzeugung, sondern aus Furcht vor möglichen Folgen im Falle des Scheiterns des Volksentscheids aus: Verschärfung des Besatzungsregimes, Senkung der Nahrungsmittelrationen usw." (S. 49)

[812] ***„Die Partei kann eindeutig sehr leicht auf nationalistische Positionen abgleiten.*** Meine Genossen und ich haben sehr früh auch auf großen Kundgebungen zugehört. In Halle trat Grotewohl auf und sprach über soziale Fragen, über die Gleichheit von Männern und Frauen – all dies wird sehr ruhig aufgenommen. Aber

Fortsetzung nächste Seite

- Sehr deutlich wird auch von unterschiedlichen Gruppen in der KPD/SED ausgegangen: „Moskauer", Emigranten aus den anderen Ländern und KZ-Häftlinge.[813]

- Bezeichnend ist auch die Einschätzung der Beziehungen zwischen SED und SMAD und die selbstkritische Feststellung der SMAD, daß die SED „verwöhnt" wurde.[814]

Fortsetzung der Fußnote

als er auch nur ein wenig die nationale Frage berührt hatte, da klatschen alle 440000 Beifall.

Vor kurzem wurde in Chemnitz auf einer großen Parteiversammlung ganz offen die Ansicht vertreten: Wir sollen uns weder an der Sowjetunion noch an England orientieren. Wir sollen uns an Deutschland orientieren. Uns wird gesagt, daß die russischen Arbeiter schlecht leben, daß wir Deutsche sind und über die deutsche Arbeiterklasse sprechen sollen." (S. 77, Hervorhebung RF)

[813] „Da sind die Moskauer Kommunisten, das sind die 100prozentigen. Da sind die Emigranten, bereits eine zweite Gruppe, weil sie aus anderen Ländern kommen. Deshalb liegt hier vielleicht ein Körnchen Wahrheit; denn jener Bruder [Wilhelm] Koenens, der Erster Sekretär im Bundesland Sachsen ist, ist Sekretär in der Provinz Sachsen. Was also die Beurteilungsfähigkeit, die Methoden und die Beziehungen zu den bürgerlichen Parteien betrifft, so ist der englische Koenen in seinen Formulierungen weniger genau. Er ist kein Massenarbeiter, die Arbeiter verstehen ihn nicht so [gut]. Ihm fehlt das Geschick, das der andere hat. 12 Jahre Emigration haben sich in gewissem Sinne ausgewirkt.

Die dritte Gruppe, das sind die Häftlinge, das ist ein Volk, das weder Sektierertum noch Abhängigkeitshaltung kennt und wo Euch selten jemand sagt, daß er Kommunist oder Sozialdemokrat ist, sondern er sagt: ‚KZ', und weist sein Zeichen vor.

Eine [weitere] Gruppe sind Genossen, die aus Mexiko gekommen sind. Ich habe diese Gruppe noch nicht ausreichend studiert und traue mich nicht, etwas [zu ihr] zu sagen.

So sieht die Situation im ZK selbst aus (...)"

(„Stenogramm des politischen Lageberichts von S. Tjulpanov vor der Kommission des ZK der KPdSU(B) zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD", in: Bonwetsch: „Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949", S. 79/80)

[814] „Gegenwärtig haben wir durch unsere Hilfe die SED bis zu einem gewissen Grade verwöhnt. Wir informieren die SED, daß dieser oder jener Befehl ausgearbeitet wird, nehmen wir einmal an, zur Erhöhung des Lohnes der Arbeiter im Kohlebergbau. Sie starten [dann] eine Pressekampagne, fordern dazu auf, sich mit dem Ersuchen [an die SMAD] zu wenden, und binnen zwei Tagen gibt es den Befehl des russischen Oberbefehlshabers über die Erhöhung der Löhne. So war es

Fortsetzung nächste Seite

☆ ☆ ☆

Mit diesen kurzen Schlaglichtern auf die Beziehungen zwischen SMAD und KPD/SED bis Ende 1946 können nur Problemkomplexe aufgezeigt werden. Damit sollte deutlich werden, daß in dieser sehr komplizierten Zeitspanne keinesfalls alles klar ausgerichtet und einheitlich war, sondern eine Fülle von berechtigter Kritik der SMAD an der KPD/SED festgehalten wurde.

Fortsetzung der Fußnote

mit den Frauen und mit anderen Fragen. Das wird jetzt zu einer Schablone, [und deshalb] darf man das jetzt nicht [mehr] so machen. Es ist [sogar] so weit gekommen, daß ein Liedchen darüber aufgetaucht ist, daß ‚die Sonne auch auf Bitten und unter der Führung der SED aufgeht und untergeht'." („Stenogramm des politischen Lageberichts von Tjulpanov vor der Kommission des ZK der KPdSU(B) zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD", in: Bonwetsch: „Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949", S. 86)

Personenregister[815]

Abusch, Alexander geb. 14.2.1902, Mitglied der KPD seit 1918, 1933 emigriert nach Frankreich, dann USA, mit Paul Merker Mitbegründer des „Nationalkomitees Freies Deutschland" in Mexiko, zurückgekehrt 1946, Autor von „Irrweg einer Nation".

Ackermann, Anton geb. 1905, Mitglied der KPD seit 1926, seit 1935 Mitglied des ZK und Kandidat für das Politbüro, Exil in der Tschechoslowakei, Frankreich und dann in der UdSSR, Rückkehr nach Deutschland am 1. Mai 1945, Mitglied des Sekretariats des ZK der KPD, verantwortlich für Propaganda, Kultur, Deutsche Volkszeitung, theoretische Zeitschrift, Verlage, Parteischule, Information.

Becher, Johannes, Robert geb. 1891, 1917 Mitglied der USPD, ab 1921 Mitglied der KPD, 1933 in die UdSSR emigriert, Rückkehr nach Deutschland im Juni 1945, seit August 1945 Präsident des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands.

Buchwitz, Otto geb. 1879, Mitglied der SPD seit 1898, von 1924 bis 1933 Mitglied des Reichstags, 1933 Emigration nach Skandinavien, 1940 Verhaftung, Verurteilung zu 8 Jahren Zuchthaus, 1945 Mitbegründer der SPD in der SBZ, ab 1946 Mitglied des ZK der SED.

Dahlem, Franz geb. 1892, Mitglied der SPD 1913, 1917 der USPD, seit 1920 Mitglied der KPD und auch des ZK, seit 1929 des Politbüros, 1933 Exil in Frankreich, 1939 interniert und 1942 an Deutschland ausgeliefert, bis zur Befreiung im KZ Mauthausen, 1.7.1945 Rückkehr

[815] Das Register ist nicht vollständig. Es wurden die wichtigsten Personen der KPD bzw. SED ausgewählt und die wichtigsten Lebensdaten bis 1946 aufgezählt.

nach Deutschland, Mitglied des Sekretariats des ZK der KPD, verantwortlich für Parteiaufbau, Kontrolle der Parteiarbeit in den Bezirken, Kaderfragen, Sport.

Fechner, Max geb. 1892, Mitglied der SPD seit 1910, ab 1933 wiederholte Inhaftierung. Er gehörte dem zentralen Arbeitsausschuß von KPD und SPD an, war Mitglied der Studienkommission und des Organisationsausschusses zur Vorbereitung der SED.

Geschke, Ottmar geb. 1882, 1910 Mitglied des SPD, 1917 der USPD, seit 1919 der KPD; seit 1923 Mitglied des ZK der KPD; 1933–1940 und ab 1944 in Haft oder im KZ, zuletzt in Sachsenhausen. Zunächst Vorsitzender der Bezirksleitung Groß-Berlin der KPD, dann Leiter des Hauptausschusses Opfer des Faschismus.

Grotewohl, Otto geb. 1894, Mitglied der SPD seit 1912, während des Nazifaschismus mehrmals verhaftet, nach 1945 Mitglied der Studienkommission und des Organisationsausschusses zur Vorbereitung der SED.

Hoernle, Erwin geb. 1883, seit 1910 Mitglied der SPD, Mitbegründer der KPD, 1933 Emigration in die Schweiz, später in die UdSSR, ab 1945 Präsident für die Deutsche Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft.

Koenen, Bernhard geb. 1889, 1907 Mitglied der SPD, 1917 der USPD, ab 1920 der KPD, 1933 Emigration in die Sowjetunion, Rückkehr nach Deutschland am 30.4.1945, ab Juli 1945 1. Sekretär der Leitung der Bezirksorganisation der Provinz Sachsen der KPD.

Matern, Hermann geb. 1893, 1911 Mitglied der SPD, 1918 der USPD, 1920 der KPD, 1934 wurde er verhaftet, es gelang ihm die Flucht, ab 1941 Exil in der UdSSR, Rückkehr nach Deutschland am 1. Mai 1945, zunächst Leiter der Bezirksorganisation Sachsen der KPD, ab 1946 u. a. Mitglied des Sekretariats des ZK der KPD.

Merker, Paul geb. 1894, 1918 Mitglied der USPD, seit 1920 in der KPD, seit 1926 Mitglied des ZK der KPD, 1929 des Politbüros, 1934 Exil in Frankreich, nach Internierung und erneuter Verhaftung gelang ihm endgültig die Flucht nach Mexiko 1942, Rückkehr nach Deutschland im Juli 1946, im selben Jahr ins Zentralsekretariat der SED gewählt.

Oelßner, Fred geb. 1903, Mitglied der USPD seit 1919, der KPD seit 1920, Mitarbeiter des ZK der KPD, Emigration in die UdSSR, Rückkehr nach Deutschland am 1. Mai 1945, Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der KPD.

Pieck, Wilhelm geb. 1876, 1895 Mitglied der SPD, Mitbegründer der KPD und Mitglied des ZK, 1933 emigriert nach Frankreich, dann in die UdSSR, ab 1935 Vorsitzender der KPD, am 1.7.1945 nach Deutschland zurückgekehrt.

Reimann, Max geb. 1898, Mitglied der KPD seit 1919, 1939 verhaftet und bis 1945 in Zuchthaus und KZ, zuletzt Sachsenhausen, im September 1945 1. Sekretär der Bezirksleitung Ruhrgebiet der KPD.

Sägebrecht, Willy geb. 1904, Mitglied der KPD seit 1925, von 1933 bis 1945 inhaftiert in Zuchthaus und KZ, Erster Sekretär der Bezirksleitung der Provinz Brandenburg der KPD.

Ulbricht, Walter geb. 1893, 1912 Mitglied der SPD, 1917 Mitglied der USPD, seit 1919 Mitglied der KPD, seit 1927 Mitglied des ZK und seit 1929 Mitglied des Politbüro, 1933 in die Emigration, ab 1938 in der UdSSR, Rückkehr nach Deutschland 30.4.1945. Er war Mitglied des Sekretariats des ZK der KPD, verantwortlich für Verbindungen zu den sowjetischen Besatzungsbehörden, kommunale und staatliche Aufgaben, Wirtschaftsfragen, Gewerkschaften, Genossenschaften und Bauernagitation.

Winzer, Otto geb. 1902, Mitglied der KPD seit 1919, emigrierte nach 1935 nach Frankreich, Niederlande und dann in die UdSSR, kehrte am 30.4.1945 nach Deutschland zurück. Er war Mitglied des Magistrats von Groß-Berlin.

Literaturverzeichnis[816]

Dokumente und Materialien

„39 ehemalige Nazis in wichtigen Positionen der revisionistischen DDR der 60er Jahre", Nachdruck aus einer Dokumentation des „Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes" (Österreich) von 1968, Frankfurt/Main, ohne Jahr

„40. Parteitag der Sozialdemokratischen **P**artei **D**eutschlands am 19. und 20. April 1946 in Berlin", Berlin 1946

Aktionsprogramm der KPD, 1925, in: **„Bericht** über die Verhandlungen des **X. Parteitages der K**ommunistischen **P**artei **D**eutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925", Zentral-Komitee der KPD, Berlin 1926

„Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 1945", in: „Deutsche Volkszeitung", Nr. 1 vom 13. Juni 1945

„Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland" – Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 1, 1945, Berlin 1946

„Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland" – Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 2, Januar bis Juni 1946, Berlin 1946

Benser, G. / H.-J. Krusch **(Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland",** Reihe 1945/1946, **Band 1,** Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD

---

[816] Die in Fettschrift hervorgehobenen Teile stellen den jeweiligen Kurztitel dar, der in den Quellenangaben angegeben ist.

Juli 1945 bis April 1946, München / New Providence / London / Paris 1993

Benser, G. / Krusch, H.-J. **(Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland",** Reihe 1945/1946, **Band 2,** Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis Februar 1946, München / New Providence / London / Paris 1993

Benser, G. / Krusch, H.-J. **(Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland",** Reihe 1945/1946, **Band 3,** Protokoll der Reichsberatung der KPD 8./9. Januar 1946, München / New Providence / London / Paris 1995

Benser, G. / Krusch, H. J. **(Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland",** Reihe 1945/1946, **Band 4,** Protokoll der Reichskonferenz der KPD 2./3. März 1946, München / New Providence / London / Paris 1996

Benser, G. / Krusch, H.-J. **(Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland",** Reihe 1945/1946, **Band 5,** Protokoll des 15. Parteitages der KPD 19./20. April 1946, München / New Providence / London / Paris 1996

Benser, G. / Krusch, H. J. **(Hg.): „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland",** Reihe 1945/1946, **Band 6,** Register, München 1997

„Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald", Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 1997

„Bericht über die Verhandlungen des **X. Parteitages der K**ommunistischen **P**artei **D**eutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925", Zentral-Komitee der KPD, Berlin 1926

„Bericht über die Verhandlungen des **15. Parteitages der K**ommunistischen **P**artei **D**eutschlands, 19. und 20. April 1946 in Berlin", Berlin 1946

Bonwetsch, Bernd / Bordjugov, Gennadij / Naimark, Norman M. (Hg.): **„Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949",** Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjulpanov, Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 20, Bonn 1998

„Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945", Nachdruck Georgi Dimitroff, Frankfurt/M., ohne Jahr

„Das Urteil von Nürnberg 1946", München 1979

„Das Urteil von Nürnberg", München 1946

„Der Kampf J. W. Stalins und der Kominform gegen den Titorevisionismus", Marxistisch-Leninistische Schriftenreihe, 1/79, Wien 1979

„Der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vom 14. November 1945–1. Oktober 1946". Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, **Band I – XXII,** Erstveröffentlichung 1947, Nachdruck München und Zürich 1984

„Die Berliner Konferenz der Drei Mächte" – Der Alliierte Kontrollrat für Deutschland – Die Alliierte Kommandantur der Stadt Berlin, Sammelheft 1, 1945, Kommuniqués, Deklarationen, Proklamationen, Gesetze, Befehle, Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Berlin 1946

„Die Krim(Jalta)konferenz 1945". Teheran, Jalta, Potsdam, Konferenzdokumente der Sowjetunion, Band 2, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hg.), Moskau 1984, Köln 1986

„Die Oder-Neiße-Friedensgrenze", Reihe „Die Wahrheit dem Volke" Nr. 6, Amt für Information der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (Hg.), Berlin 1950

„Die Potsdamer (Berliner) Konferenz der höchsten Repräsentanten der drei alliierten Mächte – UdSSR, USA und Großbritannien" (17. Juli – 2. August 1945), Dokumentensammlung, Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941 bis 1945, Band 6, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hg.), Moskau/Berlin 1986

„Die Teheraner Konferenz 1943". Teheran, Jalta, Potsdam, Konferenzdokumente der Sowjetunion, Band 1, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hg.), Moskau 1984, Köln 1986

„Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945–1956", Berlin 1965

„Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Band I, Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hg.), Berlin 1951, Erstausgabe 1948

„Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Band II, Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hg.), Berlin 1951

„Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Band IV, Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hg.), Berlin 1954

„Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe III, Band 1, Mai 1945 – April 1946, Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hg.), Berlin 1959

„Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946", Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hg.), Berlin 1990

„Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945–1948", Dokumente und Materialien, Rößler, Ruth-Kristin (Hg.), Goldbach 1994

„Grundlegende Rede, vorgetragen im Namen der Vereinigten Staaten von Amerika **von Robert H. Jackson, Hauptanklagevertreter der USA beim Internationalen Militärgerichtshof zu Nürnberg",** Dokumente der Zeit, Frankfurt/Main 1946

Heidmann, E./ Wohlgemuth, K. (Hg.): **„Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition** (1943 bis 1949)" Dokumente und Materialien zur Zeitgeschichte, Berlin 1968

Judick, Günter / Schleifstein, Josef / Steinhaus, Kurt (Hg.): **„KPD 1945–1968",** Dokumente, Band 1 1945–1952, Neuss 1989

Mammach, Klaus (Hg.): **„Die Brüsseler Konferenz der KPD",** Frankfurt am Main 1975

Molotow, W. M.: **„Fragen der Außenpolitik",** Reden und Erklärungen April 1945 – Juni 1948, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1949

Molotow, W. M.: **„Molotow über Deutschlands Zukunft",** Wortlaut der Rede Molotows auf der Sitzung der Außenministerkonferenz in Paris vom 9. Juni und Zweite Rede Molotows vom 10. Juni, in: „Wissen und Tat", Nr. 4, 15. August 1946

Molotow, W.M.: „Molotow **über das Schicksal Deutschlands", Erste Erklärung,** abgegeben auf der Sitzung des Rates der Außenminister am 9. Juli 1946 in Paris, in: „Neue Welt", Nr. 6, Juli 1946

Molotow, W.M.: „Molotow **über das Schicksal Deutschlands", Zweite Erklärung,** abgegeben auf der Sitzung des Rates der Außenminister am 10. Juli 1946 in Paris, in: „Neue Welt", Nr. 6, Juli 1946

„Potsdamer Abkommen und andere Dokumente", herausgegeben vom Kongreß-Verlag GmbH, Berlin 1951

„Programm der KPD", 1918, Nachdruck Buchladen Georgi Dimitroff, ohne Jahr

„Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes", Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 197 vom 24. August 1930, in: „Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands", eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946, 2. durchgesehene Auflage, Berlin 1955

„Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (**SPD**) **und** Kommunistischen Partei Deutschlands (**KPD**) am 21. und 22. April 1946", Berlin 1946

„Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen **Internationale", 1935, Band I,** Nachdruck Erlangen 1974

„Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen **Internationale", 1935, Band II,** Nachdruck Erlangen 1974

„Revolutionäre deutsche Parteiprogramme", Berlin 1964

Rudenko, R. A.: **„Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf!"** Die Reden des sowjetischen Hauptanklägers Generalleutnant R. A. Rudenko im Nürnberger Prozeß der deutschen Hauptkriegsverbrecher, Berlin 1946

Scheel, Klaus (Hg.): **„Die Befreiung Berlins 1945** – eine Dokumentation), Westberlin 1985

Schukow, Georgi K.: **„Erinnerungen und Gedanken",** Berlin 1976,

„Sowjetpolitik gegenüber Österreich. April 1945 – April 1947", Eine Dokumentensammlung, Wien 1947

„Sozialistische Bildungshefte", herausgegeben vom Zentralsekretariat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abteilung Parteischulung, zu politischen Bildungsabenden, Berlin

„Die antifaschistische-demokratische Republik", Nr. 2, 1946

„Unser Kampf gegen die Hetze der Reaktion", Nr. 8, 1946

„Die Nazilüge vom „Lebensraum", Nr. 2, 1947

„Die Rassenlüge der Nazis", Nr. 9, 1947

„Die Nazilüge vom „deutschen Sozialismus", Nr. 17, 1947

„Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland", Dokumente aus den Jahren 1945–1949, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hg.), Berlin 1968

Vollnhals, Clemens (Hg.): **„Entnazifizierung** – Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949", München 1991

„Vortragsdispositionen", Herausgegeben vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, ohne Ort

„Der Sieg des Faschismus in Deutschland und seine Lehren für unseren gegenwärtigen Kampf", Nr. 1, 1945

„Die Kriegsschuld Deutschlands und die Mitschuld des deutschen Volkes", Nr. 3, 1945

„Die Beschlüsse der Berliner Konferenz der Regierungschefs der drei demokratischen Großmächte", **Nr. 5, 6, 7, 1945**

„Der Kampf gegen die Naziideologie", Nr. 12, 1945

„Reaktionäres Preußentum, Zweiter Teil", Nr. 14, 1945

„Demokratische Schulreform", Nr. 17, 1945

„Der zweite Weltkrieg, die Sicherung des Friedens und die Sowjetunion", **Nr. 20, 1945**

„Der nationale Kampf der KPD und die Einheit Deutschlands", Nr. 3, 1946

„Der Weg zum Sozialismus", Nr. 5, 1946

„Kriegsverbrecher, aktivistische Nazis und nominelle Pgs", Vortragsdisposition", Nr. 7, 1946

„Zur Geschichte der Kommunistischen **P**artei **D**eutschlands", eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946, 2. durchgesehene Auflage, Berlin 1955

„Zur ökonomischen Politik der Sozialistischen **E**inheitspartei **D**eutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik", Zusammenstellung von Beschlüssen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sowie Gesetzen und Verordnungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik – 11. Juni 1945 bis 21. Juli 1955, Berlin 1955

„Zur Sozialpolitik in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945–1949", Dokumente und Materialien, Berlin 1984

Bücher und Beiträge

Abusch, Alexander: „Am **Ende des zweiten Weltkrieges",** in: „Freies Deutschland" (Alemania Libre), German Democratic Monthly, 4. Jahrgang, Nr. 10, September 1945, Mexiko

Abusch, Alexander: **„Irrweg einer Nation",** Berlin 1946

Autorenkollektiv: „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum", und Klahr, Alfred, „Gegen den deutschen Chauvinismus", Moskau 1942, deutsche Ausgabe Moskau 1947, Nachdruck 1997, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 1997

Autorenkollektiv: „Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus", Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 1998

Badstübner, Rolf / Loth, Wilfried (Hg.): **„Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953",** Berlin 1994

Bednareck / Beschorner / Kühne / Lipski: **„Ein erfülltes Programm",** Zum 40. Jahrestag des Aufrufs des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945, Berlin 1985

Benz, Wolfgang (Hg.): **„Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2",** Frankfurt/Main 1993

„Braunbuch Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin, Staat Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft", Nationalrat der nationalen Front des demokratischen Deutschland / Dokumentationszentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR (Hg.), Berlin 1968

Brecht, Bertolt: **„Arbeitsjournal",** Zweiter Band 1942 bis 1955, Frankfurt/Main 1974

Brecht, Bertolt: **„Flüchtlingsgespräche"** in: Gesammelte Werke in 20 Bänden, Band 14, Prosa 4, Frankfurt/Main 1980

Brecht, Bertolt: **„Schriften zur Politik und Gesellschaft** 1919–1956", Frankfurt/Main 1977

„Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", Peking 1965

Dimitroff, Georgi: **Ausgewählte Schriften Band 3** (1935–1948), Berlin 1958

Dimitroff, Georgi: **„Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus",** 1935, in: „Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale", Band I, Nachdruck Erlangen 1974

Dimitroff, Georgi: **„Gegen Faschismus und Krieg",** Ausgewählte Reden und Schriften, Leipzig 1982

Dimitroff, Georgi: **„Neue Wege zum Sozialismus",** in: „Kommunisten und Staatsmänner – Im Kampf für den Sozialismus", Wien 1947

Dimitroff, Georgi: **„Schlußrede vor Gericht",** in: „Dimitroff – der Held von Leipzig", Nachdruck 1972, ohne Ort

Doernberg, Stefan: **„Kurze Geschichte der DDR",** Berlin 1969

Fedossejew, P.: **„Die idealistische Dialektik Hegels** und ihr Gegensatz zur marxistisch dialektischen Methode", in: „Bolschewik", Nr. 9/1944, Moskau 1944

Fisch, Walter: **„Der deutsche Weg der Demokratie",** in: „Wissen und Tat", Heft 1, 1. Juni 1946

Forster, B.: **„Freies Land im Morgenrot",** Berlin 1948

Gerber, R.: **„Unser Kampf gegen den deutschen Chauvinismus“,** in: „Kommunistische Internationale“, Nr. 9/1935

Giefer, Rena / Giefer, Thomas: **„Die Rattenlinie.** Fluchtwege der Nazis“, Eine Dokumentation, Frankfurt/Main 1991

Goldhagen, Daniel Jonah: **„Hitlers willige Vollstrecker.** Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust“, Berlin 1996

Gomulka, Wladyslaw: **„Die Volksdemokratie“,** in: „Kommunisten und Staatsmänner – Im Kampf für den Sozialismus“, Wien 1947

Góra / Wronski: **„Sie waren mit uns“,** Warschau 1966

Grotewohl, Otto: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders!“, **Rede** Otto Grotewohls **am 11. November 1945,** in: „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, 2/92, Berlin 1992

Grotewohl, Otto: **„Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik“,** Reden und Aufsätze, Auswahl aus den Jahren 1945–1953, Band 1, 1945–1949, Berlin 1954

Grotewohl, Otto: **„Vom Kommunistischen Manifest bis zum Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“,** in: „Einheit“, Heft 2/1946, März 1946

Grotewohl, Otto: **„Wo stehen wir, wohin gehen wir?“,** Rede des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Otto Grotewohl, am 14. September 1945, Berlin 1945

Grotewohl, Otto: **„Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“,** Aus Reden und Aufsätzen, Band III, 1946–1950, Stuttgart 1953

Hegel, G.W.F.: „Grundlinien der **Philosophie des Rechts“,** Werke 7, Frankfurt/Main 1986

Hegel, G.W.F.: „Vorlesungen über die **Philosophie der Geschichte“,** Werke 12, Frankfurt/Main 1986

Klahr, Alfred: **„Gegen den deutschen Chauvinismus“ (Auschwitz 1944),** in: Autorenkollektiv: „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum“ / Alfred Klahr, „Gegen den deutschen Chauvinismus“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 1997

Klahr, Alfred: **„Zur österreichischen Nation“,** Wien 1994

Klemperer, Victor: **„LTI“,** 1946, Leipzig 1996

„Kommunisten und Staatsmänner – Im Kampf für den Sozialismus", Wien 1947

Langbein, Hermann: „... **nicht wie die Schafe zur Schlachtbank",** Frankfurt/M. 1980

Lange, Fritz: **„Die Volkserhebung von 1813",** Berlin 1952

Lehmann: „Der Sozialismus – Betrachtungen zum Maximalprogramm", in: „Einheit", Monatszeitschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei, Gemeinsame theoretische Zeitschrift des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, Heft 2, März 1946

Leonhard, Wolfgang: **„Die Revolution entläßt ihre Kinder",** Köln 1990

Manussewitsch, A.J.: **„Der Versailler Friedensvertrag 1919",** Große Sowjetenzyklopädie, Reihe Geschichte und Philosophie, Heft 17, Moskau 1951, Berlin 1953

„Materialien zum Studium des dialektischen und historischen Materialismus", Frankfurt/Main 1997

Merker, Paul: **„Das Dritte Reich und sein Ende.** Deutschland – Sein oder Nicht-Sein?", **Band 2,** Mexiko 1945, Frankfurt/M. 1972

Merker, Paul: **„Die Potsdamer Beschlüsse",** in: „Freies Deutschland" (Alemania Libre), German Democratic Monthly, 4. Jahrgang, Nr. 10, September 1945, Mexiko

Norden, Albert: **„Um die Nation",** 1952, Nachdruck Regensburg, ohne Jahr

Oelßner, Fred: **„Das Kompromiß von Gotha** und seine Lehren", Überarbeitete Rede anläßlich der 75. Wiederkehr des Vereinigungskongresses der deutschen Arbeiterparteien vom 22. bis zum 27. Mai 1875 in Gotha, Gehalten in Gotha am 24. Mai 1950, Berlin 1952

Oelßner, Fred: **„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands** – die Erbin der deutschen Arbeiterbewegung", in: „Einheit", Heft 2/1946, März 1946

Offenberg, Ulrike: **„Seid vorsichtig gegen die Machthaber".** Die jüdischen Gemeinden in der SBZ und der DDR 1945–1990, Berlin 1998

Padover, Saul K.: **„Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45“,** Frankfurt/M. 1999

Pieck, Wilhelm: **„Der Kampf um Demokratie“,** in: „Die Internationale“, 1936, Heft 4/5, in: Wilhelm Pieck, „Reden und Aufsätze“, Bd. I, Berlin 1952

Pieck, Wilhelm: „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur“, in: **„Gesammelte Reden und Schriften“, Band V,** Berlin 1972

Pieck, Wilhelm: **„Die Bedeutung der Prinzipienerklärung“,** in: „Einheit“, Heft 2/1946, März 1946

Pieck, Wilhelm: **„Erfahrungen und Lehren** der deutschen Parteiarbeit im Zusammenhang mit den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale“, in: Mammach, Klaus (Hg.): „Die Brüsseler Konferenz der KPD“, Frankfurt am Main 1975

Pieck, Wilhelm: **„Gesammelte Reden und Schriften“, Band I,** Berlin 1959

Pieck, Wilhelm: **„Gesammelte Reden und Schriften“, Band V,** Berlin 1972

Pieck, Wilhelm: **„Gesammelte Reden und Schriften“, Band VI,** Berlin 1972

Pieck, Wilhelm: **„Reden und Aufsätze“,** Auswahl aus den Jahren 1908–1950, **Band I,** 1908 bis Mai 1945, 3. Auflage, Berlin 1952 (Erstausgabe 1951)

Pieck, Wilhelm: **„Reden und Aufsätze“,** Auswahl aus den Jahren 1908–1950, **Band II,** Juni 1945 bis November 1950, 3. Auflage, Berlin 1952, Erstausgabe 1951

„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch gegen den gemeinsamen Feind!“ („Antitogliatti“) Leninismus und moderner Revisionismus in Westeuropa, im Original Peking 1963, Nachdruck Berlin 1972

Rehberg, Georg: **„Hitler und die NSDAP** in Wort und Tat“, Berlin 1946

Reimann, Max: **„Die Lehren der Bundestagswahlen“,** Berlin 1953

Scholl, Inge, **„Die weiße Rose“,** Frankfurt/Main 1985

Shdanow, J.: **„Der imperialistische Charakter der deutschen Rassenlehre“,** in: „Neue Welt“, Nr. 3, Berlin, Juni 1946

Thälmann, Ernst: **„Für Brot und Freiheit!“,** Rede im Berliner Sportpalast, 12. September 1930, „Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Band II, 1. Auflage Berlin 1955, Nachdruck Frankfurt/M. 1972

Thorez, Maurice: **„Ausgewählte Reden und Schriften** 1933–1960“, Berlin 1962

Thorez, Maurice: **„Die Erneuerung der Demokratie“,** in: „Kommunisten und Staatsmänner – Im Kampf für den Sozialismus“, Wien 1947

Timm, Angelika: **„Der Streit um Restitution und Wiedergutmachung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“,** in: „Babylon“, Beiträge zur jüdischen Geschichte, Heft 10–11/1992, Frankfurt/M. 1992

Timm, Angelika: **„Hammer Zirkel Davidstern“,** Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997

„Über Fehler und Mängel in der Beleuchtung der Geschichte der deutschen Philosophie am Ausgang des 18. und Beginn des 19. Jahrhunderts“, in: „Bolschewik“, Nr. 9, 1944 (deutsch nachgedruckt in: „Materialien zum Studium des dialektischen und historischen Materialismus“, Frankfurt/Main 1997

Ulbricht, Walter: **„Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik“,** Band 1, Berlin 1961, Erstausgabe 1945

Ulbricht, Walter: **„Die Legende vom ‚deutschen Sozialismus‘“,** Berlin 1946

Ulbricht, Walter: „Die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1935 bis zum Vereinigungsparteitag 1946. **Bericht auf dem XV. Parteitag der KPD“,** 1946, **„Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Band II,** 1933–1946, Stuttgart 1953

Ulbricht, Walter: **„Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“,** Aus Reden und Aufsätzen, **Band II,** 1933–1946, Stuttgart 1953

Ulbricht, Walter: **„Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung",** Aus Reden und Aufsätzen, **Band III,** 1946–1950, Stuttgart 1953

Ulbricht, Walter: **„Zur Geschichte der neuesten Zeit",** Die Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, Band I, 1. Halbband, Berlin 1955

Weisenborn, Günther: **„Der lautlose Aufstand",** Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945, Frankfurt/M. 1974

Zeitschriften

„Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung", Berlin, Nr. 2/92

„Deutsche Volkszeitung", Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin, Nr. 1 / 1. Jahrgang, vom 13. Juni 1945 bis Nr. 77 / 2. Jahrgang vom 2. April 1946

„Die Rote Fahne", Zentralorgan der KPD, Berlin, Nr. 197, 24. August 1930 und „Rote Fahne", Nr. 7 („Sonderausgabe gegen Hitlers Judenpogrome") November 1938

„Die Welt", Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Stockholm, Nr. 6, 1940

„Einheit", Monatszeitschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei, Gemeinsame theoretische Zeitschrift des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin, Nr. 1, 1946 und Nr. 2, 1946

„Einheit", Theoretische Monatsschrift für Sozialismus, herausgegeben vom Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin, Nr. 1, 1946 bis Nr. 7, 1946 (Nr. 7 mit Sonderbeilage: „Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik")

„Freies Deutschland" (Alemania Libre), German Democratic Monthly, Mexiko, 4. Jahrgang, Nr. 10, September 1945

„Kommunistische Internationale“, Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Berlin, Nr. 9, 1935 und Nr. 10, 1937

„Neue Welt“, Berlin, Nr. 1–16, 1946

„Neue Zeit“ (Halbmonatsschrift), Moskau, Jahrgänge 1945 und 1946

„Neuer Weg“, Monatszeitschrift für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung, hrsg. vom Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland, Nr. 3/1946 und Nr. 3-4/1947

„Neues Deutschland“, Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin, 1. Jahrgang, Nr. 6 vom 28. April 1946 bis 2. Jahrgang, Nr. 207 vom 24. Dezember 1946

„Tägliche Rundschau“, Frontzeitung für die deutsche Bevölkerung, herausgegeben von der Roten Armee bzw. dann Zeitung für die deutsche Bevölkerung, hrsg. von der Sowjetischen Militäradministration, Berlin, Nr. 1 vom 15. Mai 1945 bis Nr. 301 (489), vom 25. Dezember 1946

„Wissen und Tat“, Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Kultur, Frankfurt/M., Nr. 1/1946 bis Nr. 8/1946

Bisher erschienene Ausgaben von „Rot Front“:

Nr. 1, Januar 1996

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 1:
Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Resolution 2:
Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution

Resolution 3:
Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus
(Teil I)

Zur Vorgeschichte, Entstehung und Entwicklung des deutschen Imperialismus

Die Einverleibung der DDR - Raub und Betrug des west/deutschen Imperialismus

Karl Marx:
Krieg den deutschen Zuständen!
Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosohie

156 Seiten, Preis 10,- DM

Nr. 2, Juli 1996

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 3:
Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!
(Teil II)

Prüfsteine im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus, gegen deutschen Chauvinismus und Rassismus, Faschisierung und verschärfte Ausbeutung

Resolution 4:
Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland

I. Die Rolle des Proletariats als führende Klasse der sozialistischen Revolution

II. Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus

III. Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen des bewaffneten Kampfs und des bewaffneten Aufstands

W. I. Lenin:
Die Lehren des Moskauer Aufstands
324 Seiten, Preis 20,- DM

Nr. 3, Januar 1997

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 5:
Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus
(Teil I u. II)

I. Hauptmerkmale der Kommunistischen Partei

II. Zwei grundlegende Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau der Kommunistischen Partei: Unversöhnlicher Kampf gegen den Opportunismus und Kritik/Selbstkritik
(Prinzipielle Methoden des innerparteilichen Kampfes)

J. W. Stalin:
Dem Genossen G. Telija zum Gedenken
266 Seiten, Preis 20,- DM

Nr. 4, Juli 1997

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 5:
Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus
(Teil III)

III. Theorie – Kader – Organisation – die drei grundlegenden Bestandteile des Aufbaus der Kommunistischen Partei

W. I. Lenin:
Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben
318 Seiten, Preis 20,- DM

Nr. 5, Januar 1998

Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland 1949 – 1974

Streik der Landarbeiterinnen und Landarbeiter 1951 ● Der Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952

Kampf auf der Howaldt-Werft 1955 ● Streik der Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter 1956 / 1957

Septemberstreiks 1969 ● Pierburg 1973 ● Ford 1973 – ohne und gegen die Gewerkschaftsführung

W. I. Lenin:
Über Streiks

Diskussionsbeiträge zu den Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

217 Seiten, Preis 15,- DM

Nr. 6, Juli 1998

Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen

Zum Programm der KPD ● Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 31. Dezember 1918

Den Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für die proletarische Revolution und den Kommunismus weiterführem

Diskussionsbeitrag zu einigen Fragen der Einschätzung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

203 Seiten, Preis 15,- DM

Nr. 7, Januar 1999 (Sondernummer)

Stellungnahmen von „Gegen die Strömung" zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland und in anderen Ländern von 1984 bis 1997

Zehn Stellungnahmen von „Gegen die Strömung" zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland 1984 – 1997

Chronologischer Überblick von Kämpfen der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten und unterdrückten Massen in West/Deutschland seit 1947

Anhang

Fünf Stellungnahmen von „Gegen die Strömung" zu Kämpfen von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern

238 Seiten, Preis 20,- DM

Inhaltsverzeichnis

Editorial 5

Inhaltsübersicht 7

Statt einer Einleitung 9

Teil A: Voraussetzungen: Die Verbrechen des Nazifaschismus und ihre Bedeutung für die Linie der KPD/SED 33

Einleitung 35

I. Die Verbrechen des Nazifaschismus und deren Konsequenzen als Ausgangspunkt 38

1. Die Aufdeckung der größten Nazi-Verbrechen im Nürnberger Prozeß 1945/46 42

a) Nazi-Terror gegen antifaschistische und kommunistische Kräfte 42

b) Plünderungen und Zerstörungen der Nazis in anderen Ländern 43

c) Millionenfache Sklavenarbeit 44

d) Bombardierung von Städten, Geiselerschießungen, Zwangsgermanisierungspolitik 45

e) Massenmord an Kranken und Behinderten 46

f) Massenmord an Polen und Polinnen 47

g) Massenmord an der sowjetischen Bevölkerung und an sowjetischen Kriegsgefangenen 47

h) Antisemitischer Terror, antisemitische Pogrome und rassistischer Völkermord an der jüdischen Bevölkerung in Europa 50

i) Rassistischer Völkermord an „Zigeunern", den Sinti und Roma 52

2. Die Notwendigkeit und die Probleme der Besetzung Deutschlands durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition 53

a) Gründe für die Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands und warum es direkt nach 1945 kein „Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" gab 53
b) Zum Charakter der Anti-Hitler-Koalition **57**
c) Die Sowjetarmee und die deutsche Bevölkerung **63**
d) Über die Unmöglichkeit des „Exports der Revolution" **65**

3. Zur Mitschuld der werktätigen und ausgebeuteten Massen an den Nazi-Verbrechen und zur Notwendigkeit von Reparationen 69

II. Die Abkommen und Maßnahmen der Alliierten als Rahmenbedingung für den Kampf der KPD/SED 75

1. Das Potsdamer Abkommen 75
a) Zum Charakter des Potsdamer Abkommens **75**
b) Die zentralen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zur Entnazifizierung auf militärischem, politischem, ökonomischem und ideologischem Gebiet 78
Auf militärischem Gebiet 78
Auf politischem Gebiet 79
Auf ökonomischem Gebiet 84
Auf ideologischem Gebiet 86
c) Das Potsdamer Abkommen über die Verantwortung der deutschen Bevölkerung für die Naziverbrechen und zur Notwendigkeit von Reparationen 87
Die deutsche Bevölkerung muß von ihrer Verantwortung für die Nazi-Verbrechen überzeugt werden 87
Deutschland muß in größtmöglichem Ausmaße Reparationen leisten 89
d) Das Potsdamer Abkommen zur Festlegung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens und zur Notwendigkeit der Umsiedlung von deutscher Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn **91**
e) Staatliche Unabhängigkeit Österreichs 97

2. Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46 99

3. Die alliierten Kontrollratsgesetze und -beschlüsse über die Entnazifizierung 103
a) Kontrollratsgesetz Nr. 10 104
b) Die alliierten Entnazifizierungsbeschlüsse Nr. 24 und Nr. 38 105

III. Grundlegende Anforderungen an die Theorie, Linie und Politik der KPD 110

1. Bestandsaufnahme 110

2. Probleme des Maximalprogramms 112

3. Probleme des Minimalprogramms und des taktischen Hauptkettengliedes 116
a) Das abgestufte Vorgehen gegen die Nazi-Verbrecher und ihre Anhänger als ein Kernpunkt der Entnazifizierung 117
b) Gegen den Ökonomismus des „positiven Aufbaus" und die „Schlußstrichmentalität" 121
c) Die Unterschätzung der nationalen Demagogie als Quelle der Nazi-Ideologie und die falsche Antwort eines „guten" Nationalismus 121
d) Die erstrangige Begründung für die tagespolitische Unmöglichkeit einer sozialistischen Revolution lag nicht an geschichtlichen und objektiv-ökonomischen Besonderheiten Deutschlands, sondern im subjektiven Bereich, der fehlenden Bewußtheit und Organisiertheit der Mehrheit der Arbeiterklasse 124
4. Richtige Positionen und deren Bedeutung 126

Zusammenfassung 141

Teil B:
Kritische Einschätzung des KPD-Aufrufs vom 11. Juni 1945 143

Einleitung 145

Der Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 1945 150

I. Richtige Positionen des Aufrufs des ZK der KPD 170

1. Zu den bisher welthistorisch einmaligen Nazi-Verbrechen 170
2. Der Nazifaschismus wurde „von außen" militärisch besiegt 171
3. Die Hauptschuldigen an den Nazi-Verbrechen werden benannt 172
4. Betonung der Mitschuld der breiten Massen der deutschen Werktätigen an den Nazi-Verbrechen 172
5. Indirekte Kritik an den SPD-Führern, die „Hitler den Weg ebneten" 174
6. Selbstkritische Haltung zum Kampf der KPD gegen die Nazis 174

7. Entnazifizierung als Hauptaufgabe des demokratischen Kampfes 175

8. Anerkennung der Pflicht zu Reparationszahlungen an die vom Nazifaschismus überfallenen Völker 176

II. Kritik des Aufrufs des ZK der KPD 179

1. Keine Verteidigung der nötigen Besetzung Deutschlands 179
a) Das Vermögen „in die Hände des Volkes"? 180
b) „Deutschland das Sowjetsystem aufzwingen"? 181
c) „Das Sowjetsystem aufzuzwingen (...) entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen"? 183

2. Kein Verständnis für die Unmöglichkeit der „Einheit des deutschen Volkes" (zum Hauptkettenglied Entnazifizierung) 184
a) „Verhängnisvolle Folgen der Spaltung des Volkes"? 184
b) „Werde sich jeder Deutsche bewußt"? 185
c) Diktatorische Unterdrückung der Nazis oder „alle demokratischen Rechte und Freiheiten für das Volk"? 185

3. Kein Bruch mit dem deutschen Nationalismus 186
a) „Eine Katastrophe (...) ist über Deutschland hereingebrochen"? 188
b) Die Problematik der Begriffe „Volk" und „deutsches Volk" 191
„Bevölkerung" und „Volk" 191
„Volk" im Rahmen der Klassenanalyse und „schaffendes Volk" 192
„Deutsches Volk" und deutscher Nationalismus 193
Nazifaschismus und deutsches Volk (I): Die Perspektive der Alliierten im Potsdamer Abkommen 194
Nazifaschismus und deutsches Volk (II): Die Perspektive der KPD 194
Nazifaschismus und deutsches Volk (III): Die Perspektive der einzelnen KPD-Kader 197

4. Drei unverzeihliche Auslassungen 200
a) Wer war Opfer der rassistisch motivierten Völkermorde 200
b) Keine Forderung nach Reparationen für die in Deutschland Verfolgten 201
c) Nichts zu den neuen Grenzen 202

Zusammenfassung 203

Teil C:
Hauptkettenglied Entnazifizierung – ein Prüfstein 205

Einleitung 207

I. Wichtige Ergebnisse der Entnazifizierung in der SBZ 212

1. Erfolge der Entnazifizierung auf politischem Gebiet 212

2. Enteignung der Monopolindustrie sowie anderer Nazi- und Kriegsverbrecher 221

3. Enteignung der Großgrundbesitzer und Junker und die Durchführung einer demokratischen Bodenreform mit Unterstützung von Teilen der werktätigen Bevölkerung 224

Fazit 230

II. Zunehmend Kompromisse mit den sogenannten „kleinen" Nazis 231

1. Juni – Dezember 1945 237

2. Januar – April 1946 259

3. Ausblick: Nach Gründung der SED 280

Zusammenfassung 292

III. Weitere Prüfsteine im Kampf um das Hauptkettenglied 296

1. Zur weltgeschichtlichen Einmaligkeit der Nazi-Verbrechen 296

2. Zur Mitschuld der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Werktätigen an den Nazi-Verbrechen und zur Frage der Reparationen 300

3. Zur Besetzung Deutschlands 304

4. Deutsche Wehrmacht und „unsere deutschen Kriegsgefangenen" 306

5. Zum Kampf gegen die Nazi-Ideologie 307

6. Zur Oder-Neiße-Grenze und zu den Umsiedlungen 309

7. Keine Kriegserklärung an den deutschen Nationalismus 312

Teil D:
Gründung der SED – Verzicht auf Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus 315

Einleitung 317

I. Ausgangspunkte der KPD für den Kampf um die Vereinigung 319

1. Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 319

2. Kein Handel um Prinzipien, Offenlegung der Widersprüche und Zugeständnisse, verschärfter Kampf gegen den Sozialdemokratismus 322

3. Die Verteidigung der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus vor allem gegen jegliche revisionistischen Verfälschungen und Verkürzungen und als Ausgangspunkt für die konkrete Analyse nach 1945 324

II. Die Vorbereitung der Vereinigung 329

1. Vorbereitende Beratungen und Konferenzen 329
   a) Änderung der Position des ZK der KPD zum Zeitpunkt und zur Linie der Vereinigung 329
   b) Zur ersten gemeinsamen Konferenz des ZK der KPD und des ZA der SPD am 20. und 21. Dezember 1945 335
   c) Zur zweiten gemeinsamen Konferenz des ZK der KPD und des ZA der SPD am 26. Februar 1946 340
   d) Fazit der Vorbereitungsphase 345

2. Ideologische Vorbereitung der Vereinigung in den ersten Nummern der „Einheit" 346
   a) Die Debatte um Ackermanns opportunistische Begründung eines „besonderen deutschen Wegs zum Sozialismus" 348
   b) Oelßners „Weg zum Sozialismus mit den Mitteln der Demokratie" 362
   c) Weitere Debatten 366

3. Zentrale Diskussionen auf dem 15. Parteitag der KPD 369
   a) Statt Erkämpfung des Kommunismus „sozialistisches Endziel" 374
   b) Piecks revisionistischer „völlig neuer Weg" zum Sozialismus 374
   c) Ackermanns „wesentlich geänderte Haltung zur Demokratie" 378

d) SED als „Partei aller Schichten des schaffenden Volkes“ 380
e) Zu Änderungen an den „Grundsätzen und Zielen“ und dem Statut der SED 382

4. Zu den Positionen auf dem 40. Parteitag der SPD 385

III. Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED 387

1. Positionen und Diskussionen auf dem Vereinigungsparteitag **387**
a) Die opportunistische Theorie vom „in der Mitte treffen“ als Grundlage der Vereinigung von KPD und SPD **388**
b) Opportunistisches zur Frage des Wegs zum Sozialismus und zu den Zielen der proletarischen Revolution **390**

2. Zum programmatischen Grunddokument des Vereinigungsparteitags „Grundsätze und Ziele der SED“ 392
a) Zur Darstellung der Lage in Deutschland 1945/46 394
Kein Wort über die in der Geschichte einzig dastehenden Verbrechen des Nazifaschismus, über die Mitschuld, die Notwendigkeit der Besetzung, die Oder-Neiße-Grenze und die Umsiedlungen 396
Der Nazifaschismus – ein „nationales Unglück“ für „Deutschland“? 397
Setzte der Nazifaschismus „Existenz und Zukunft der Nation aufs Spiel“? 400
Erforderte der „Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft“ und die „Erhaltung der Einheit Deutschlands“ die Vernichtung der noch vorhandenen Elemente des Nazifaschismus, des Militarismus und Imperialismus? 401
Welche „Einheit der Arbeiterbewegung“? 402
Der Nazifaschismus – Herrschaftsinstrument nur von „Teilen des Finanzkapitals“? 402
Der Sozialismus als das „große geschichtliche Ziel“ der Arbeiterklasse? 403
b) Zum Abschnitt I: „Gegenwartsforderungen“ 404
c) Zum Abschnitt II: „Der Kampf um den Sozialismus“ 408
Völlige Verwirrung der Frage von Sozialismus und Kommunismus 409
Die opportunistische Formulierung von der „Eroberung der politischen Macht“ 410
Der revisionistische „besondere deutsche Weg zum Sozialismus“ 410
d) Zum Abschnitt III: „Das Wesen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ 413

Zusammenfassung 416

Gesamtzusammenfassung 419

Anmerkungen 429

Anmerkung 1: Richtige Ausgangspunkte und schwerwiegende Fehler und Mängel bei der Bewußtmachung der weltgeschichtlichen Einmaligkeit der Nazi-Verbrechen 431

a) Wichtige Beiträge zur Aufklärung über Nazi-Verbrechen im Zentralorgan der KPD („Deutsche Volkszeitung") 433

b) Ein bezeichnendes Versäumnis: Kein zentrales Dokument der KPD/SED zu den Nazi-Verbrechen 436

c) Ein beschämender Streit um die Frage „Wer ist Nazi-Opfer?", Juni – September 1945 438

d) Ausblick: Nach der Gründung der SED 446

Nachlassende Aufklärung über die Nazi-Verbrechen im „Neuen Deutschland" 446

Was für das Zentralkomitee der SED „das schlimmste aller Verbrechen" war 446

Anmerkung 2: Richtige Feststellungen und zunehmend falsche Äußerungen zur Mitschuld und zu den Reparationen 448

a) Richtige Positionen im Zentralorgan der KPD zur Frage der Mitschuld, August 1945 449

b) Wichtige und richtige Ausführungen in der „Vortragsdisposition" Nr. 3 (1945), „Die Kriegsschuld Deutschlands und die Mitschuld des deutschen Volkes" 455

c) Unterstützung der Reparationsbeschlüsse des Potsdamer Abkommens – aber kein zentrales KPD/SED-Dokument 459

d) Zur Debatte zwischen Pieck und Grotewohl über die Mitschuld der deutschen Arbeiterklasse, Sept. 1945 464

e) Die Debatte auf dem Vereinigungsparteitag der SED zeigt grobes Mißverständnis und Entstellung der Mitschuld und der Notwendigkeit der Reparationen 468

Grotewohls falsche Antwort auf die Frage, worin die Mitschuld der deutschen Arbeiterklasse am Machtantritt der Nazis bestand 468

Wie Reimann die Pflicht der deutschen Arbeiterklasse zu Reparationszahlungen ignoriert 470

f) Ausblick: Nach der Gründung der SED 471

Richtige Positionen zur Mitschuld im „Neuen Deutschland", April – Mai 1946 471

Der Wahlaufruf des ZK der SED zu den Gemeindewahlen vom Juni 1946 leugnet indirekt die Mitschuld 472

Richtige Positionen im „Neuen Deutschland" zur Mitschuld und zu den Reparationen, Juli 1946 474

Grotewohl leugnet die Mitschuld der deutschen Bevölkerung im „Neuen Deutschland", Oktober 1946 476

Anmerkung 3: Defensive und falsche Haltung zur Besetzung Deutschlands 477

a) Zweideutige und falsche Gesamthaltung zum Potsdamer Abkommen, dem Grunddokument über die Notwendigkeit, die Ziele und Aufgaben der Besetzung Deutschlands 478

Die „Erklärung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz" (12. August 1945) vertuscht brennende Fragen des Potsdamer Abkommens 478

Piecks faule Position auf der Kundgebung der Blockparteien am 12. August 1945 479

Die „Vortragsdisposition" Nr. 5/6/7 (1945) über das Potsdamer Abkommen – Ein richtiger Ansatzpunkt, der sich nicht durchsetzen konnte 480

Wie Grotewohl wiederholt demagogisch gegen das Potsdamer Abkommen polemisierte 481

Ein wesentliches Versäumnis – kein zentrales Dokument der KPD zum Potsdamer Abkommen 482

Defensive und vor dem antikommunistischen Druck zurückweichende nationalistische Position Ulbrichts zur Besetzung Deutschlands, Dezember 1945 483

Wie Grotewohl auf dem 40. Parteitag der SPD großspurig erklärt, daß nach der Schaffung der SED als Massenpartei die Rote Armee in der SBZ angeblich „unnötig" sei 487

Zur nationalistisch-überheblichen Haltung Grotewohls gegenüber der Sowjetarmee als Besatzungsmacht und zu seinem nationalistischen Gejammer auf dem Vereinigungsparteitag der SED 488

b) Ausblick: Die SED verkündet, daß Deutschland angeblich bereits wieder ein „anerkannter freier demokratischer Staat in der Gemeinschaft der Völker" sei 491

Anmerkung 4: Haltung zu den Kriegsgefangenen: Nach anfänglich auch richtigen Ansätzen vor allem nationalistisch-populistische „Heimkehr"-Propaganda 492

a) Richtiger Ausgangspunkt: Aufklärung über Verbrechen der Nazi-Wehrmacht in der „Deutschen Volkszeitung", dem Zentralorgan der KPD, sowie in der „Täglichen Rundschau" der SMAD 493

b) Die Anweisung des ZK der KPD, die „Sorge für die heimkehrenden Kriegsgefangenen" zu „einer der ersten Sorgen unserer Partei" zu machen, widerspricht zutiefst dem Hauptkettenglied Entnazifizierung 495

c) Nationalistische Töne zur „Frage der deutschen Kriegsgefangenen" auf dem 40. Parteitag der SPD 496

d) „Bitte" nach „Rückkehr unserer Kriegsgefangenen" auf dem Vereinigungsparteitag der SED 499

e) Ausblick: Nach der Gründung der SED 500

Das „Neue Deutschland" zu den deutschen Kriegsgefangenen (Mai bis Dezember 1946) – Soldaten und Offiziere der Nazi-Wehrmacht werden vom ZK der SED zu „Nazi-Opfern" erklärt 500

Das ZK der SED: „Herzliche Weihnachtsgrüße an unsere Kriegsgefangenen" (24. 12. 1946) 502

Anmerkung 5: Zum Kampf gegen die Nazi-Ideologie 504
a) Die „Vortragsdispositionen" Nr. 12 (1945) und 14 (1945) und ein Artikel in der „Deutschen Volkszeitung" (7. 10. 1945) – wichtige, wenngleich zum Teil mit gravierenden Fehlern und Versäumnissen behaftete Schritte zum Kampf gegen den Nazi-Rassismus und die reaktionäre „deutsche Ideologie" 505
b) Selbstkritische Feststellungen von Ackermann auf dem 15. Parteitag der KPD zu den Schwächen des Kampfes gegen die Nazi-Ideologie 511
c) Der Vereinigungsparteitag der SED zum Kampf gegen die Nazi-Ideologie 514

Anmerkung 6: Haltung zur Oder-Neiße-Grenze und zu den Umsiedlungen als Prüfstein: Teilweise richtige Ausgangspunkte, vor allem aber Zurückweichen vor dem chauvinistischen Druck 518
a) Zur Oder-Neiße-Grenze 520
Ulbrichts Rede auf einer Funktionärskonferenz der KPD Berlins, 25. 6. 1945 520
Die „Vortragsdisposition" Nr. 5, 6, 7 (1945), „Die Beschlüsse der Berliner Konferenz", begründete richtig die Notwendigkeit und Gerechtigkeit der Oder-Neiße-Grenze 521
Eine richtige öffentliche Stellungnahme zur Oder-Neiße-Grenze im Zentralorgan der KPD 525
Grotewohls Halbwahrheit auf dem Vereinigungsparteitag der SED: „noch sind die deutschen Grenzen nicht endgültig festgelegt" 527
Ausblick: Nach Gründung der SED – Debatte über die Oder-Neiße-Grenze im „Neuen Deutschland", September – Dezember 1946 528
b) Keine Propaganda der Notwendigkeit der Umsiedlungen 533
Zur Debatte über die Haltung zu den Umsiedlern auf den erweiterten ZK-Sitzungen der KPD, November 1945 533
Gemeinsame Konferenz des ZK der KPD und des ZA der SPD am 26. Februar 1946 534
Richtiges und Falsches zu den Umsiedlungen im theoretischen Organ der KPD, „Neuer Weg", März 1946 535
Ausblick: Nach der Gründung der SED – Nationalistische Haltung zu den Umsiedlern 536

Anmerkung 7: Ein sich durchziehender Kernfehler: Keine Kriegserklärung an den deutschen Nationalismus! 539
a) Grotewohls deutsch-nationalistische Umwandlung von Grundthesen des „Manifests der Kommunistischen Partei" und andere nationalistische Positionen in der „Einheit", Februar 1946 540
b) Deutscher Nationalismus auf dem 40. Parteitag der SPD: „einzig und allein im Dienste an unserem Volk" (April 1946) 544
c) Deutsch-chauvinistische Töne von Pieck: „stellt das Vaterland über alles", Februar 1946 546
d) Eine neue, „positive Einstellung zur Nation" als theoretische Untermauerung deutsch-nationalistischer Grundpositionen auf dem 15. Parteitag der KPD 547

Ackermanns deutsch-nationalistisch-revisionistische Antwort auf die Frage „Wie steht der Marxist zur Nation?" 547
Originalton Pieck: „lassen uns in unserer Arbeit leiten einzig und allein von den Interessen des deutschen Volkes" 551
Originalton Ulbricht: „Alles für unser deutsches Vaterland!" 552
Deutscher Nationalismus auf dem Vereinigungsparteitag der SED: Ein „Herz für Deutschland" 552
e) Ausblick: Nationalismus im „Sozialistischen Bildungsheft": „Unser Kampf gegen die Hetze der Reaktion" (1. Oktober 1946) 555

Anhang 559

Vorbemerkung 561

Anhang 1: Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und die Brüsseler Konferenz (1935) sowie die Berner Konferenz der KPD (1939) 563
1. Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 564
2. Strategische und taktische Ziele des Klassenkampfs auf der Brüsseler und Berner Konferenz der KPD 566
3. Die Bedingungen für die Vereinigung von KPD und SPD auf der Brüsseler und Berner Konferenz der KPD 574

Anhang 2: Zur Linie der KPD zur „nationalen Frage" 578

Anhang 3: Stellungnahmen führender Kader der KPD und des ZK der KPD 1945/46 zu der Frage, warum nach 1945 in der SBZ nicht sofort der Aufbau des Sozialismus begonnen werden konnte 589

Anhang 4: „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum" 599

Anhang 5: Kritische Anmerkungen der KPdSU(B) 1944 im theoretischen Organ „Bolschewik" zum reaktionären Staatsverständnis Hegels als Kernstück deutscher Ideologie 603

Anhang 6: Alfred Klahr: „Gegen den deutschen Chauvinismus" 607

Anhang 7: Paul Merker: „Das Dritte Reich und sein Ende" 612

Anhang 8: Zum Buch von Alexander Abusch „Irrweg einer Nation – ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte" von 1946 618
1. Überblick 618

2. Wichtige und richtige Positionen 619
3. Fehler, Mängel und Diskussionspunkte 625

Anhang 9: Bemerkungen zu der Broschüre von Georg Rehberg, „Hitler und die NSDAP in Wort und Tat" 629

Anhang 10: Bemerkungen zu Walter Ulbrichts Schrift „Die Legende vom ‚deutschen Sozialismus'", Berlin 1946 638

Anhang 11: Zur Verbreitung der revisionistischen Position eines „besonderen nationalen Wegs zum Sozialismus" innerhalb der kommunistischen Weltbewegung 1944 bis 1946 642

Anhang 12: Ausgangspunkte der KPD im Kampf für die Vereinigung der KPD mit Teilen der SPD 649
1. Die Vereinigung von Bolschewiki und Menschewiki 1906 649
2. Die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei in Deutschland 1875 653
3. Die Vereinigung der KPD mit dem linken Flügel der USPD 1920 654

Anhang 13: „Vortragsdisposition" Nr. 5 (1946), „Der Weg zum Sozialismus" (Zur Diskussion um das Maximalprogramm der Einheitspartei) 658

Anhang 14: Kritik an Fred Oelßners Schrift „Das Kompromiß von Gotha" (1950) 661

Anhang 15: Schlaglichter auf die Beziehungen von SMAD und KPD/SED 665

Personenregister 673

Literaturverzeichnis 677

Inhaltsverzeichnis 695

"Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Marx/Engels:
"Manifest der Kommunistischen Partei"

Preis 50,- DM